



Die  
Bundesregierung



**GUT LEBEN IN  
DEUTSCHLAND**  
Was uns wichtig ist

# Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland





## Inhaltsverzeichnis

<b>I. Vom Bürgerdialog zum Bericht</b> . . . . .	2–11
1. Einführung und Hintergrund . . . . .	3–4
2. Verständnis der Bundesregierung von Lebensqualität . . . . .	4–5
3. Ziele der Regierungsstrategie. . . . .	5
4. Konzept und Ablauf des Bürgerdialogs . . . . .	6–7
5. Vom Bürgerdialog zum Bericht und Indikatoren-System . . . . .	8–9
6. Wissenschaftlicher Beirat . . . . .	10
<b>II. Zwölf Dimensionen der Lebensqualität</b> . . . . .	12–17
Lebensqualität: Was Bürgern wichtig ist . . . . .	13–15
Lebensqualität: Zwölf Dimensionen und 46 Indikatoren . . . . .	15–17
<b>Unser Leben</b>	
1. Gesund durchs Leben . . . . .	18–33
2. Gut arbeiten und gerecht teilhaben . . . . .	34–55
3. Bildungschancen für alle . . . . .	56–69
4. Zeit haben für Familie und Beruf . . . . .	70–83
5. Ein sicheres Einkommen . . . . .	84–103
<b>Unser Umfeld</b>	
6. Sicher und frei leben . . . . .	104–119
7. Zuhause sein in Stadt und Land . . . . .	120–133
8. Zusammenhalten in Familie und Gesellschaft. . . . .	134–149
<b>Unser Land</b>	
9. Wirtschaft stärken, in die Zukunft investieren . . . . .	150–163
10. Natur erhalten, Umwelt schützen. . . . .	164–179
11. Frei und gleichberechtigt leben . . . . .	180–189
12. In globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern . . . . .	190–201
<b>III. Nächste Schritte</b> . . . . .	202–207
Literaturverzeichnis . . . . .	219–232
Abbildungsverzeichnis . . . . .	233–236
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	237–238

# Vom Bürgerdialog zum Bericht

## ■ I. Vom Bürgerdialog zum Bericht

### ■ 1. Einführung und Hintergrund

Im Dezember 2013 vereinbarten CDU, CSU und SPD im **Koalitionsvertrag**: „Wir wollen unser Regierungshandeln stärker an den Werten und Zielen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten und führen daher einen Dialog mit ihnen über ihr Verständnis von Lebensqualität durch. [...] Auf dieser Basis werden wir ein Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität in Deutschland entwickeln. Es soll im regelmäßigen Abstand in verständlicher Form über Stand und Fortschritt bei der Verbesserung von Lebensqualität in Deutschland Auskunft geben.“<sup>1</sup>

#### Die internationale Diskussion um Wohlstand und Lebensqualität

Mit dieser Vereinbarung griffen die Koalitionspartner eine international wie national geführte Diskussion über ein ganzheitliches Verständnis von Lebensqualität, Wohlstand und Fortschritt auf. Eine **bessere Erfassung und Messung von Lebensqualität** soll die Bemühungen von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern um höhere Lebensstandards befördern und Ergebnisse transparent machen. Neben dem wirtschaftlichen Erfolg sollen Aspekte wie Gesundheit, Bildungschancen, Zugang zu kulturellen Gütern, Freiheit, sozialer Zusammenhalt, politische Mitbestimmung und Umweltverträglichkeit gemessen und berücksichtigt werden. Vor allem internationale Institutionen haben in den letzten Jahren maßgeblich zur Vertiefung der Thematik beigetragen, allen voran die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Vereinten Nationen (VN), die Weltbank und die Europäische Kommission.

Auch die **globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von 2008** gab der Diskussion über Lebensqualität<sup>2</sup> und einen umfassenden Wohlstandsbegriff Auftrieb. Vielfach wurde das Streben nach kurzfristiger Gewinnmaximierung als eine der Ursachen der Krise beklagt. 2009 veröffentlichte eine Expertenkommission unter der Leitung der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartya Sen sowie des Ökonomen Jean-Paul Fitoussi Vorschläge zu einer ganzheitlichen Wohlstandsmessung als Basis für politisches Handeln.<sup>3</sup>

Die **Impulse der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission** wurden in den folgenden Jahren in einer Reihe neu entwickelter Berichts- und Indikatoren-Systemen aufgegriffen. Dazu gehören der „Index für ein besseres Leben“ der OECD, das Projekt zur „Messung des nationalen Wohlergehens“ des britischen Statistikamtes, der italienische „Bericht zu gerechtem und nachhaltigem Wohlstand“ oder der Eurostat-Bericht zur Lebensqualität.<sup>4</sup>

#### Die deutsche Diskussion um Wohlstand und Lebensqualität

Auch in Deutschland gewann das Thema Lebensqualität in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den letzten Jahren an Aufmerksamkeit. 2010 erarbeiteten der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der französische Conseil d'Analyse Économique im Auftrag von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy eine **gemeinsame Expertise zur Messung von Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit**.<sup>5</sup> 2012 entwickelten Experten im „Dialog über Deutschlands Zukunft“ der Bundeskanzlerin den Vorschlag, einen bundesweiten Dialogprozess zu Zukunftsfragen der Lebensqualität durchzuführen und in ein „Berichtssystem Lebenswertes Deutschland“ zu überführen.<sup>6</sup>

Intensiv diskutierte 2011 bis 2013 im Deutschen Bundestag die **Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“**. Der Schlussbericht dokumentiert, welche große Bedeutung die Politik dem Thema für die Gesellschaft beimisst. Neben vielen grundsätzlichen und fachlichen Erwägungen schlug die Kommission ein System zur Messung des gesellschaftlichen Wohlstands vor, die **„W3-Indikatoren“**. Der Bundestag forderte die Bundesregierung auf, zu prüfen, inwiefern die Ergebnisse der Enquete-Kommission in ihr bestehendes Berichtswesen eingepasst werden können.<sup>7</sup>

Mit der **nationalen Nachhaltigkeitsstrategie** von 2002 und ihren kontinuierlichen Weiterentwicklungen sowie der im September 2015 verabschiedeten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der VN verpflichtet sich die Bundesregierung darauf, die Lebensqualität zu steigern, Verantwortung für nachfolgende Generationen zu übernehmen, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und dies sowohl in Deutschland als auch weltweit. Beide sind verbunden mit dem Auftrag, Wohlstand und Lebensqualität heute nicht auf Kosten anderer Menschen oder der nächsten Generation zu schaffen.

National wie international lag also eine Fülle von Berichten und Indikatoren-Systemen vor, auf die bei der Erarbeitung des Regierungsberichts zur Lebensqualität in Deutschland zurückgegriffen werden konnte. Die Bundesregierung hat sich gleichwohl dafür entschieden, einen **eigenen Ansatz** zu verfolgen. Der Grund hierfür liegt insbesondere im Wert, den die Bundesregierung dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern als Ausgangspunkt für zukünftiges Handeln zuschreibt.

## ■ 2. Verständnis der Bundesregierung von Lebensqualität

### Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

Lebensqualität ist eng verbunden mit der Frage nach dem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Leistungsfähigkeit individuellen Strebens und des Wettbewerbs mit sozialem Ausgleich und Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt. In der kürzesten und prägnantesten Formulierung von Ludwig Erhard erstrebt sie „Wohlstand für alle“. In der Sozialen Marktwirtschaft ist die **Freiheit des Einzelnen** untrennbar mit der **Verantwortung für das Gemeinwesen** verbunden. Eine auf freien Preisen und Wettbewerb basierende Wirtschaftsordnung, Zusammenhalt, Respekt, wechselseitige Unterstützung in Familie und Partnerschaft, in gesellschaftlichen Organisationen ebenso wie in religiösen Gemeinschaften, in Kommunen und Nachbarschaften fördern die Entfaltung und die Teilhabe eines jeden. Die Offenheit der Lebenswege, Chancengleichheit und soziale Mobilität, individuelle Leistung und unternehmerischer Wagemut ebenso wie Sozialpartnerschaft und solidarische Risikoabsicherung im Sozialstaat sind wesentliche Prinzipien. Diese **Prinzipien und Werte** sind seit Jahrzehnten Leitlinie der Politik in der Bundesrepublik. In einer zu-

nehmend vernetzten Welt kommt zudem der globalen Verantwortung eine wachsende Bedeutung zu. Diese Prinzipien und Werte zielen nicht nur auf ein wirtschaftlich-materielles Wachstum der Volkswirtschaft, sondern auch auf eine hohe Lebensqualität.

### Lebensqualität als Leitbegriff

Die Bundesregierung versteht Lebensqualität als Leitbegriff einer **Politik, die ökonomische, soziale und ökologische Ziele gleichzeitig verfolgt**. Längst geht es nicht mehr nur darum, für Wachstum und materiellen Wohlstand zu sorgen. Es geht nicht nur um ein „Mehr“ an materiellen Gütern, sondern um ein „Besser“ bei der Qualität ihrer Produktion und bei ihrer Verteilung, aber auch bei den Chancen für ein gutes Leben und den Bedingungen, in denen wir leben. Die unterschiedlichen Aspekte von Lebensqualität in ihren sich positiv verstärkenden wie konkurrierenden Wechselbeziehungen zu sehen, ist wichtig für wirksames Regierungshandeln.

### Prioritäten wandeln sich

Lebensqualität ist ein offener Begriff. In den längeren historischen Entwicklungslinien spiegelt er die Bemühungen um **gesellschaftlichen Fortschritt** wieder, an dem eine größtmögliche Zahl von Menschen auf Dauer teilhaben soll. Es gibt hierfür aber **keinen abgeschlossenen, feststehenden Katalog von Dimensionen und Aspekten**, die für eine Gesellschaft und ihre Mitglieder relevant sind. Was konkret unter Lebensqualität verstanden wird, ist abhängig von der jeweiligen Zeit und von individuellen Wertentscheidungen.<sup>8</sup> Objektive **Probleme und subjektive Prioritäten unterliegen dem Wandel**: Waren etwa wirtschaftliches Wachstum, die Bekämpfung der Armut und eine gerechte Verteilung zunächst das Hauptziel sich entwickelnder Gesellschaften, trat im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in den Vordergrund. Sollte der Sozialstaat zunächst absolute Armut bekämpfen, erhielt er mehr und mehr die Aufgabe, die Balance zwischen Lebensstandardwahrung und Risikoabsicherung zu wahren. Gegenstand früherer Diskussionen zur Gleichberechtigung war z. B. dass Ehemänner nicht mehr länger über Arbeitsverhältnisse ihrer Frauen bestimmen konnten oder ob Frauen auch Berufe ergreifen können, die traditionell von Männern ausgeübt wurden. In jüngerer Vergangenheit rückte hingegen die Gleichbehandlung von Mann und Frau bei Gehalt und

Karrierechancen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer in den Fokus. Herausforderungen und Prioritäten wandeln sich. Das soll der Bericht zur Lebensqualität abbilden.

Der Bundesregierung geht es dabei um den gesellschaftlichen und politischen Leitbegriff Lebensqualität. Dieser ist nicht gleichbedeutend mit dem individuellen Streben nach Glück.<sup>9</sup> Individuelles Glück kann politisch nicht herbeigeführt werden. Die Politik hat vielmehr die Aufgabe, die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass Menschen ihre individuellen Ziele verfolgen und dass sie große Lebensrisiken solidarisch absichern können und dass zugleich übergeordnete gesellschaftliche Ziele wie Freiheit, Partizipation, Gleichheit vor dem Gesetz und Gerechtigkeit erreicht werden können.

Lebensqualität ist ein ganzheitlicher Zielbegriff, der wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen umfasst. Die Verbesserung der Lebensqualität ist Aufgabe der Politik ebenso wie gesellschaftlicher Kräfte, der Wirtschaft und nicht zuletzt der einzelnen Bürgerinnen und Bürger selbst.

### ■ 3. Ziele der Regierungsstrategie

Mit der **Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“** rückt die Bundesregierung die Lebensqualität in den Fokus ihres Regierungshandelns. Sie kommt zugleich dem Ersuchen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und des Bundestages nach. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger soll **Maßstab für eine erfolgreiche Politik** werden.

#### **Orientierung an den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger**

Um handlungsrelevant für eine Politik zu werden, die sich den aktuellen Herausforderungen stellt und sich an den Prioritäten der Bürger orientieren will, ist es erforderlich, ein gutes Verständnis zu entwickeln, **was Bürgerinnen und Bürger unter Lebensqualität verstehen**. Die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“ stellte daher

einen halbjährigen Konsultationsprozess mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern an den Anfang. So unterschiedlich wie die Lebensbedingungen und Wertorientierungen der Menschen, so verschieden sind auch ihre Vorstellungen von einem „guten Leben“. Bürger konnten in einem **breiten und ergebnisoffenen Bürgerdialog** beschreiben und mitdiskutieren, was Lebensqualität konkret für sie bedeutet – für jeden persönlich und für die Gesellschaft.

#### **Heterogen, nicht repräsentativ**

Der Bericht zur Lebensqualität in Deutschland, den die Bundesregierung erstmals vorlegt, basiert auf dem Verständnis der Menschen, die sich am Bürgerdialog beteiligt haben. Ergänzend wurden Erkenntnisse der Forschung zur Lebensqualität herangezogen. Der Bürgerdialog war nicht repräsentativ im wissenschaftlichen Sinn. Aufgrund der Vielfalt der Gruppen, die sich beteiligt haben, ergab der konsultative Prozess jedoch ein **differenziertes Bild der gesellschaftlichen Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und der damit verbundenen politischen Herausforderungen**.

#### **Regierungsbericht und Indikatoren**

Ziel der Bundesregierung ist die **Verbesserung der Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger**. Der Bericht ist die Basis für ein gemeinsames Verständnis darüber, was zu einem guten Leben in Deutschland gehört. Er zeigt viele thematische Schnittstellen auf und spiegelt die wachsende Komplexität der Herausforderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wider. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer engen ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Die **Indikatoren** helfen, den Erfolg der ergriffenen Maßnahmen messbar zu machen. Nicht zuletzt soll durch den Bericht der **gesellschaftliche Diskurs** über die Lebensqualität in Deutschland angeregt und verstetigt werden.

#### ■ 4. Konzept und Ablauf des Bürgerdialogs

Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für das Gespräch zum Thema Lebensqualität zu gewinnen, hat die Bundesregierung eine **Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen** um Unterstützung gebeten. Vielfalt war dabei ein wichtiges Ziel. Der Einladung, als Organisatoren und Veranstalter am Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland“ teilzunehmen, folgten die unterschiedlichsten Vereine und Verbände. So z. B. das Bundeswehrsozialwerk, die Arbeiterwohlfahrt,

Gewerkschaften, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag oder die Landfrauen. Unterschiedliche Kirchen und Religionsgemeinschaften haben sich ebenso aktiv beteiligt wie viele Volkshochschulen aus dem ganzen Bundesgebiet.

„Wir wünschen uns einen konstanten und andauernden Bürgerdialog.“

aus dem Bürgerdialog der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung in Hamburg am 4. Juni 2015

Abbildung 1: Auftaktveranstaltung des Bürgerdialogs am 13. April 2015



„Trauen Sie sich Vielfalt zu“, ermunterte Bundeskanzlerin Merkel die anwesenden Veranstalter von Bürgerdialogen beim Auftakt in Berlin. „Wir sind angewiesen auf die öffentliche Diskussion“, unterstrich Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel.



### Dialogveranstaltungen im ganzen Land

Insgesamt konnten dank des großen Engagements aus vielen Bereichen der Gesellschaft zwischen April und Oktober 2015 **203 Bürgerdialoge** durchgeführt werden – in allen Bundesländern, in Großstädten ebenso wie in kleinen Landgemeinden. Einladung und Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer oblag dabei allein den Veranstaltern. Bei **50 Veranstaltungen**, die die Bundesregierung organisierte, waren die Bundeskanzlerin, Bundesministerinnen oder Bundesminister persönlich vor Ort.

### Online-Dialog und Postkarten-Aktion

Wer nicht selbst bei einem Bürgerdialog dabei sein konnte, hatte online die Möglichkeit mitzumachen. Auf der Webseite [www.gut-leben-in-deutschland.de](http://www.gut-leben-in-deutschland.de) konnten die Nut-

zerinnen und Nutzer individuell auf die Fragen antworten: „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ und „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“. Auch über **Postkarten und Coupons**, die bei Großveranstaltungen verteilt oder auflagenstarken Zeitschriften beigelegt wurden, war eine Teilnahme möglich. Insgesamt haben sich rund **15.750 Menschen** am Bürgerdialog über die Lebensqualität in Deutschland beteiligt.

Rund 15.750 Bürgerinnen und Bürger haben beim Dialog „Gut leben in Deutschland“ mitgemacht – in 203 Veranstaltungen vor Ort, im Online-Dialog oder per Postkarte. So ist ein differenziertes Bild über die gesellschaftlichen Prioritäten entstanden, das nicht repräsentativ im wissenschaftlichen Sinn, aber vielfältig, konkret und aussagekräftig ist.

Abbildung 2: Dialogorte



## ■ 5. Vom Bürgerdialog zum Bericht und Indikatoren-System

Im Bürgerdialog wurden viele unterschiedliche Bürgermeinungen zu einer Vielzahl von Themen gesammelt. Diese galt es nun systematisch auszuwerten. Jede Stimme sollte gehört, jede Meinung aufgenommen werden.

### Unabhängige wissenschaftliche Auswertung

Ein **unabhängiges, wissenschaftliches Dienstleisterteam** hat die in Bürgerdialogen, online oder schriftlich geäußerten Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zur Lebensqualität analysiert. Eine Kombination von gängigen Wissenschaftsmethoden der qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse mit einer innovativen, lernfähigen Textanalyse-Software stellte sicher, dass die im Dialogprozess diskutierten Themen und Aspekte von Lebensqualität in all ihrer Detailliertheit und Differenziertheit erfasst wurden. Sie wurden dann in einem nächsten Schritt nach transparenten, nachvollziehbaren und möglichst wertneutralen Kriterien in einem **Kategoriensystem** geordnet und beschrieben.<sup>10</sup>

### Verdichtung der Ergebnisse

Das Kategoriensystem des unabhängigen Auswerter wurde anschließend von der Bundesregierung zu **zwölf Dimensionen von Lebensqualität** verdichtet. Dabei wurden eng verwandte Themen zusammengefasst und Überschneidungen beseitigt. Zudem hat die Bundesregierung auch Erkenntnisse der Forschung zur Lebensqualität<sup>11</sup> sowie bestehende nationale und internationale Referenzprojekte<sup>12</sup> berücksichtigt. Maßgeblich blieb aber die Orientierung an den Ergebnissen des konsultativen Bürgerdialogs.

### Auswahl der Indikatoren

Um den Stand und die Entwicklung der Lebensqualität in diesen Dimensionen darzustellen, hat die Bundesregierung anschließend **Indikatoren** ausgewählt. Diese Messgrößen sind statistische Hilfsmittel, die den aktuellen Stand der erfassten Lebensqualität zeigen. Über die Zeit beobachtet, zeigen sie, wie sich relevante wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Ziele, Zustände oder Strukturen entwickeln: Hat sich die Lebensqualität in Deutschland in einem bestimmten Aspekt verbessert, bleibt sie unverändert oder muss eine Verschlechterung festgestellt werden?

Indikatoren machen frühzeitig auf kritische Entwicklungen aufmerksam und identifizieren so potentielle Handlungsfelder für die Politik. Auch wenn politische Interpretationen weiter vorgenommen werden müssen, versachlichen sie die Diskussion über Fortschritt oder Rückschritt einer Gesellschaft, indem sie fachliche Informationen zur Verfügung stellen.

Bei der Auswahl der Indikatoren hat die Bundesregierung gängige **statistische Qualitätskriterien** berücksichtigt: Die Indikatoren sollen aussagekräftig sein (Validität), die Dimensionen von Lebensqualität zuverlässig messen (Realität) sowie möglichst aktuell und in Zeitreihen verfügbar sein. In der großen Mehrzahl der Fälle wurden **objektiv messbare Indikatoren** verwendet. **Subjektive Indikatoren**, die individuelle Wahrnehmungen befragter Bürgerinnen und Bürger wiedergeben, wurden nur vereinzelt herangezogen. Gleiches gilt für sogenannte **Input-Indikatoren**, d. h. Messgrößen, die finanzielle Aufwendungen für bestimmte Zwecke und nicht die erzielten Ergebnisse erfassen<sup>13</sup> sowie für **Struktur-Indikatoren**, die nicht beeinflussbar sind oder nicht beeinflusst werden sollen.

Für die meisten Dimensionen, bspw. für „Natur erhalten, Umwelt schützen“, stand eine Fülle von Indikatoren zur Verfügung, aus der eine Auswahl getroffen werden musste. Für andere Dimensionen ist die Datenverfügbarkeit bzw. Messbarkeit unbefriedigend (vgl. Kapitel III).

### Blick der Bürgerinnen und Bürger

Zentrales Auswahlkriterium für die Indikatoren war der Blick der Bürgerinnen und Bürger auf Lebensqualität und somit die **Bürger- und Alltagsnähe der Indikatoren**. So sind bspw. die Ausgaben des Bundes für die Verkehrsinfrastruktur eine gängige Messgröße für Mobilität. Für Bürger ist hingegen die Frage relevanter, wie gut wichtige Bildungs-, Versorgungs- und Kultureinrichtungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem eigenen Fahrzeug erreicht werden können oder wie viel Zeit man für das Pendeln zur Arbeitsstätte benötigt. Nicht immer standen Daten zur Verfügung, um das Kriterium der Bürgernähe zu erfüllen. Teils war diese Perspektive auch nicht die Aussagekräftigste für ein Thema. Ein grundsätzlicher Wechsel hin zur Perspektive der Bürgerinnen und Bürger ist gegenüber vorhandenen Berichts- und Indikatoren-Systemen klar erkennbar.

Auch die Tatsache, dass sich die Lebensqualität von Jung und Alt, Mann und Frau, in städtischen oder ländlichen Gebieten stark unterscheidet, ist zu beachten. Soweit möglich hat die Bundesregierung daher die Indikatoren z. B. **nach Geschlecht, Alter, Region und Migrationshintergrund differenziert**, um unterschiedlichen Situationen, Bedürfnissen und Problemlagen Rechnung zu tragen. Weitere Indikatoren, wie bspw. die Verteilung der Einkommen und Vermögen, weisen auf **sozial unterschiedliche Lebenslagen** hin, die sich auf die Lebensqualität der jeweiligen Gruppen auswirken.

### Das Indikatoren-System

Insgesamt hat die Bundesregierung den **zwölf Dimensionen** der Lebensqualität **46 Indikatoren** zugeordnet. Darüber hinaus stehen **zwei Platzhalter** für wichtige Aspekte von Lebensqualität, zu denen derzeit noch keine geeigneten Messgrößen vorliegen. Mit dieser Anzahl an Indikatoren geht die Bundesregierung einen Mittelweg zwischen einem möglichst verständlichen und übersichtlichen Indikatoren-System und einem System, das die Lebenswirklichkeit möglichst präzise und vielseitig abbildet.

Einige **Querschnittsthemen** betreffen mehr als eine Dimension von Lebensqualität. Dazu gehören Freiheit, Gerechtigkeit, die Gleichstellung von Frau und Mann, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, regionale Unterschiede der Lebensqualität in Stadt und Land sowie Nachhaltigkeit.<sup>14</sup> Diese Querschnittsthemen werden im vorliegenden Bericht einerseits durch die soziodemografische Differenzierung zahlreicher Indikatoren abgebildet. Beispielsweise werden bei der Erwerbstätigkeit und mehreren Bildungsindikatoren Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden. Andererseits gibt es auch einige Indikatoren, die Querschnittsthemen direkt aufgreifen, bspw. die Bildungsmobilität zwischen Generationen.

Grundsätzlich stehen **alle Dimensionen und Indikatoren gleichberechtigt** nebeneinander, d. h. die Bundesregierung nimmt bewusst **keine Hierarchisierung oder Gewichtung** vor. Alle Dimensionen von Lebensqualität, alle Themen und Blickwinkel sind wichtig.

Die **Gesamtschau über das Indikatoren-System** macht thematische Schnittstellen und inhaltliche Zusammenhänge deutlich und ermöglicht eine sorgfältige Situationsanalyse und fundierte Diskussion über vordringliche Handlungsfelder. Dies gilt insbesondere deshalb, weil einige Indikatoren in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Maßnahmen, die sich positiv auf einen Indikator auswirken, können einen anderen Indikator negativ beeinflussen. Zudem ist die Gewichtung von Bedürfnissen in einer Gesellschaft Teil des demokratischen Prozesses.

Der Bericht spricht eine Vielzahl von Adressaten an. Bund, Länder und Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften, gesellschaftliche Initiativen und Organisationen sowie nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger selbst: Die Verbesserung der **Lebensqualität ist eine Gemeinschaftsaufgabe** von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Indikatoren-System zur Lebensqualität in Deutschland umfasst in zwölf Dimensionen und 46 Indikatoren die wesentlichen Facetten der Lebensqualität. Hauptkriterium der Auswahl waren die Ergebnisse des Bürgerdialogs.

## ■ 6. Wissenschaftlicher Beirat

Begleitet wurde die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ durch einen sechsköpfigen wissenschaftlichen Beirat. Die Expertinnen und Experten haben sich im gesamten Prozess mit ihren Erfahrungen eingebracht und wertvolle Unterstützung geleistet.

Der wissenschaftliche Beirat der Regierungsstrategie wurde im Februar 2015 berufen. Ihm gehörten die folgenden Personen an: Stefan Bergheim vom Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt in Frankfurt am Main, Heinz-Herbert Noll, ehemals Zentrum für Sozialindikatoren-Forschung am GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim, Susanne Schnorr-Bäcker vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und Sabine Walper vom Deutschen Jugendinstitut in München. Zudem konnten Christoph M. Schmidt vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen und Gert G. Wagner von der Technischen Universität in Berlin ihre Erfahrungen als Berater der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ in die Regierungsstrategie einbringen.

Für eine Vertiefung der Diskussion über Lebensqualität haben die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats verschiedene Forschungsfragen in Diskussionsbeiträgen ausgeführt, die als eigenständige Publikation vorliegen.<sup>15</sup>

Die Verantwortung für die Erstellung des Berichts sowie die Auswahl der Indikatoren liegt bei der Bundesregierung.

Die **Dokumentation** zum Regierungsbericht beschreibt den Hintergrund der Regierungsstrategie, den Prozess des Bürgerdialogs, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Auswertung und den Weg vom Bürgerdialog zum Bericht und Indikatoren-System der Bundesregierung.<sup>16</sup>

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen Lebensqualität, Dialogprozesse und Indikatoren-Forschung bieten die **Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats**. Sie beleuchten den historischen Hintergrund der Diskussion und zeigen, wie vielschichtig und komplex die Erfassung und Messung von Lebensqualität ist.<sup>17</sup>

Ein **digitaler Bericht und das Indikatoren-System** findet sich auf der Webseite [www.gut-leben-in-deutschland.de](http://www.gut-leben-in-deutschland.de). Beide laden zur aktiven Nutzung ein, auch auf mobilen Endgeräten. Indikatoren und Grafiken machen Lebensqualität in allen Facetten erfahrbar und teilbar.



# Zwölf Dimensionen der Lebensqualität in Deutschland

■ **II. Zwölf Dimensionen der Lebensqualität in Deutschland**

■ **Lebensqualität: Was Bürgern wichtig ist**

Rund 15.750 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich am Dialog. Sie diskutierten das Thema Lebensqualität in großer inhaltlicher Breite. Was war den Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig? Was wurde häufig genannt? Fast 400 verschiedene Themen und Facetten sind im Bürgerdialog insgesamt angesprochen worden. Davon wurden folgende Aspekte von Lebensqualität besonders häufig genannt:

**Frieden** war für die Bürgerinnen und Bürger das wichtigste Thema im Dialog überhaupt und eine zentrale Voraussetzung für Lebensqualität in Deutschland. Die Bewahrung des Friedens im eigenen Land, aber auch der Einsatz für Frieden in der Welt wurde von den Menschen am häufigsten genannt.

Lebensqualität hängt auch von der **Höhe der Bezahlung** ab. Die Menschen wollen von ihrem eigenen Einkommen leben können und sich finanziell gut abgesichert fühlen. Wichtig war den Bürgerinnen und Bürgern auch, dass Arbeit angemessen bezahlt wird und die Einkommen in Deutschland gerecht verteilt sind.

Sich selbst entfalten zu können und persönliche Freiheit zu genießen, das macht für viele Teilnehmer Lebensqualität in Deutschland aus. **Persönliche Freiheit und Entfaltungsfreiheit** bedeutet für die Menschen, eigenverantwortlich entscheiden und handeln zu können.

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen und ist damit zentral für ihre Lebensqualität. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Dialogs ging es vor allem um mehr **Wohnraum** zu bezahlbaren Preisen, z. B. für Familien und junge Menschen. Besonderer Handlungsbedarf wurde vor allem in den Großstädten, wie München oder Frankfurt am Main, gesehen.

Abbildung 3: Häufig genannte Aspekte im Bürgerdialog



**Solidarität und Hilfsbereitschaft** sind Grundpfeiler für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und machen Deutschland lebenswert – darauf haben viele Menschen im Bürgerdialog hingewiesen. Nicht nur an sich selbst, sondern auch an andere denken und ihnen helfen, das fördert das Gemeinschaftsgefühl und damit auch das Wohlbefinden.

Ohne das **Gefühl von Sicherheit** ist Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger nur schwer vorstellbar. Es wurde weniger über konkret erlebte Kriminalität diskutiert, sondern darüber, dass sich Menschen sicher fühlen wollen, und zwar in ihrer eigenen Wohnung, in öffentlichen Verkehrsmitteln, bei Tag und in der Nacht. Darüber hinaus beeinflusst die weltpolitische Lage das Sicherheitsgefühl. So wurde in den Bürgerdialogen auch über die internationale Verantwortung Deutschlands diskutiert.

Weder die Herkunft noch das Einkommen der Eltern dürfen über die Bildungschancen von Kindern entscheiden. Die **Chancengleichheit im Bildungssystem**, das allen Kindern die gleichen Zugangsmöglichkeiten eröffnen soll, war ein zentrales Thema. Angesprochen wurden auch die klassischen Übergänge im Bildungssystem: von der Grundschule in die weiterführende Schule oder vom Gymnasium an die Hochschule. Hier wünschten sich die Bürgerinnen und Bürger mehr Durchlässigkeit im Schulsystem.

Im viel diskutierten Themenfeld **Willkommenskultur und Integration** ging es um den Umgang der Deutschen mit Migranten und Flüchtlingen. Hier zeigte sich ein sehr differenziertes Meinungsbild: Von Gastfreundschaft und dem Wunsch nach Integration über Skepsis, wie gut sich Integrationsprozesse beeinflussen lassen, bis hin zur Sorge über die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft.

Menschen können in ihrem Leben in Situationen kommen, in denen es ihnen nicht gelingt, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu sichern. Dann sind sie auf Transferleistungen des Staates angewiesen. Wie wichtig es ist, dass man sich im Notfall auf **sozialstaatliche Leistungen** verlassen kann, das wurde von den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog thematisiert.

Eine **intakte Natur** macht Lebensqualität in Deutschland aus. Die Natur ist in ihrer ganzen Vielfalt – z. B. Wälder, Seen und Meere, aber auch Stadt- und Nationalparks – ein wichtiger Rückzugs- und Erholungsraum für die Men-

schen. Insbesondere in ländlichen Regionen wurden Natur und Ruhe als zentrale Faktoren für Lebensqualität explizit benannt. Dieser Erholungsraum muss aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger bewahrt werden und für alle leicht zugänglich sein.

**Respekt und Rücksichtnahme** war ein wichtiges Thema. Vielfach kamen die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger über die Normen und Werte des Zusammenlebens zur Sprache. Es wurde sehr deutlich: Ein respektvoller und rücksichtsvoller Umgang macht den Alltag lebenswert.

Die Bürgerinnen und Bürger wertschätzen die Möglichkeit, in Freiheit leben zu können. Die eigene Meinung frei zu äußern, das hat für sie einen hohen Stellenwert. **Meinungs- und Informationsfreiheit** war den Menschen vor allem für die allgemeine Lebensqualität wichtig.

Pluralität und Vielfalt hat für die Bürgerinnen und Bürger einen hohen Wert. Abweichende Meinungen zulassen, offen sein für individuelle Lebensmodelle und andersartige Weltanschauungen und Religionen akzeptieren, darum ging es bei der häufig diskutierten **Toleranz zwischen gesellschaftlichen Gruppen**.

Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, vor dieser Herausforderung stehen viele Menschen in Deutschland. Das bestätigte der Dialog. Mehr Flexibilität in der Kinderbetreuung und bei Arbeitszeiten, das sind nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürgern Ansätze für eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Kinder dürfen nicht zu einem Hindernis für die Karriere gemacht werden.

Das **soziale Engagement** vieler Menschen war für die Dialogteilnehmer Ausdruck für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Im Ehrenamt für Andere da zu sein – das ist auch wichtig für die eigene Lebenszufriedenheit. Hierfür wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger noch mehr Anerkennung von Politik und Gesellschaft.

Ein **funktionierender Rechtsstaat**, das ist nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger ein hohes Gut. Der Rechtsstaat soll für Sicherheit sorgen und Gesetze und Regeln konsequent durchsetzen.

Die Lebensqualität hängt auch von der **Sicherheit des Arbeitsplatzes** ab. Die Befristung von Arbeitsverträgen wurde



von den Menschen als belastend empfunden. Viele Teilnehmer betonten auch, dass ihnen die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt wichtig sei. Die Zufriedenheit mit der eigenen Tätigkeit stand für die Bürgerinnen und Bürger in engem Kontext zur individuellen Lebensqualität.

Die Bürgerinnen und Bürger thematisierten häufig **Verteilungsgerechtigkeit**, insbesondere die Schere zwischen arm und reich. Sie forderten eine gerechtere Verteilung von Möglichkeiten und Ressourcen in Deutschland im Allgemeinen.

**Politische Partizipation** – das war den Menschen im Dialog sehr wichtig. Viele Bürgerinnen und Bürger machten deutlich, dass sie sich in den politischen Prozess einbringen und sich insgesamt stärker beteiligen möchten. Einige forderten mehr Bürgerbeteiligung durch Volksentscheide oder Volksbefragungen. Andere wünschten sich eine transparentere und besser verständliche Politik.

Auch **individueller Wohlstand** wurde angesprochen. Vielen Bürgerinnen und Bürgern war es wichtig, sich eigenes Vermögen aufzubauen. Der Wunsch nach Grundbesitz oder einem Eigenheim wurde in diesem Zusammenhang öfter formuliert.

Jeder sollte **Zugang zu Gesundheitsleistungen** erhalten, unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht oder Wohnort. Das bestehende Gesundheitssystem wurde insgesamt gelobt. In ländlichen Regionen war den Bürgerinnen und Bürgern vor allem die flächendeckende ärztliche Versorgung auf hohem Niveau – wie in Städten und Ballungszentren – ein großes Anliegen.

#### Weiterführende Hinweise

Diese Zusammenfassung besonders wichtiger und häufig genannter Aspekte der Lebensqualität kann nur einen ersten Eindruck über die vielfältigen Meinungen wiedergeben, die im Dialog zur Sprache kamen. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder auf eine Rangfolge.

Details zu den **Ergebnissen des Bürgerdialogs** sowie Hintergrundinformationen enthält die **Dokumentation** zur Regierungsstrategie.<sup>18</sup> Eine weitere Vertiefung ermöglicht der **Abschlussbericht** der wissenschaftlichen Auswertung des Bürgerdialogs.<sup>19</sup>

## ■ Lebensqualität: Zwölf Dimensionen und 46 Indikatoren

Auf der Basis dieser Dialogergebnisse hat die Bundesregierung zwölf Dimensionen der Lebensqualität in Deutschland und 46 Indikatoren sowie zwei Platzhalter zu ihrer Beschreibung und Messung ausgewählt – angereichert durch Forschungsergebnisse und unter Berücksichtigung bestehender Berichts- und Indikatoren-Systeme.

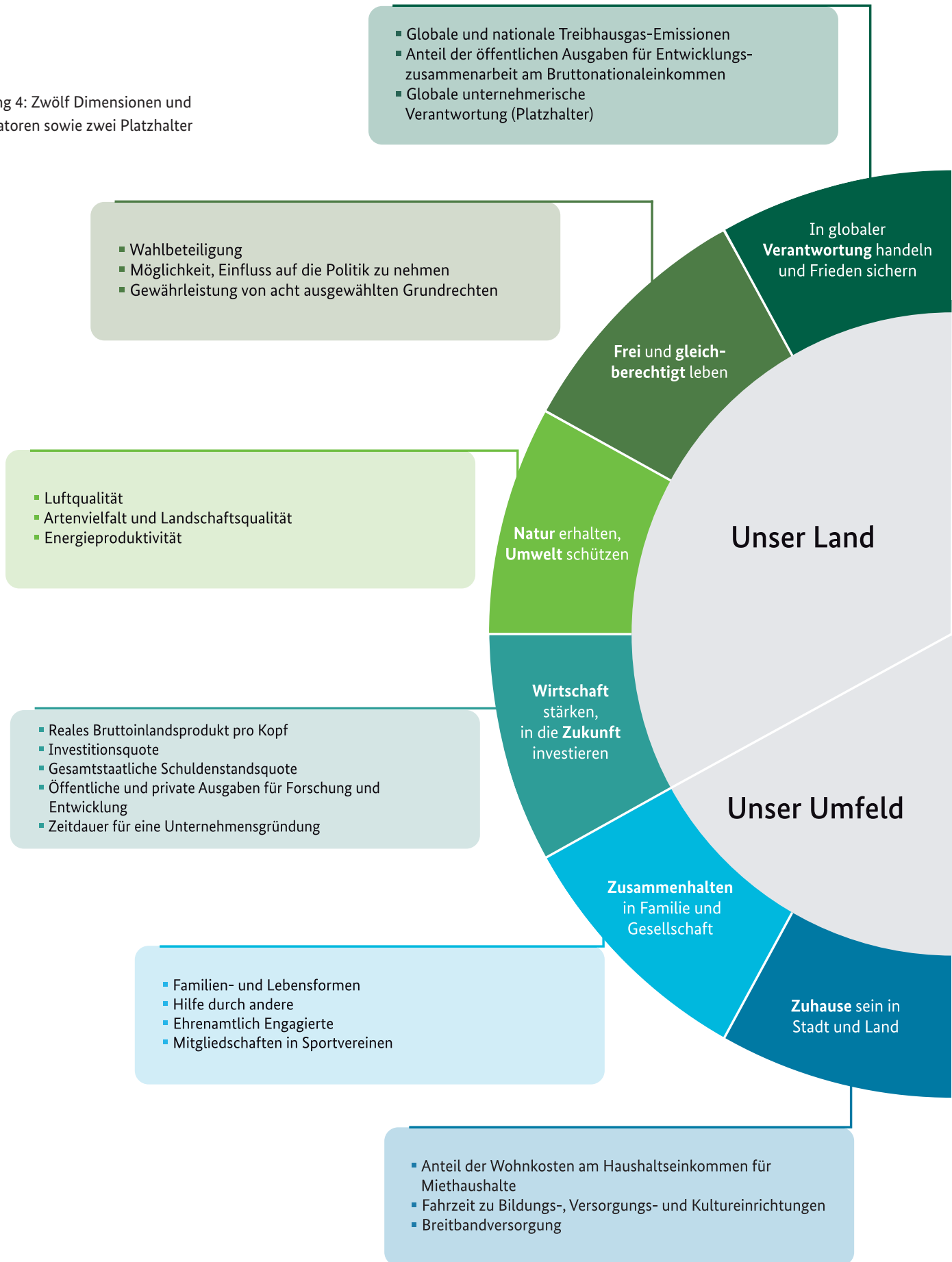
Diese zwölf Dimensionen werden im Folgenden nach Aspekten geordnet, die das Leben der Menschen ganz unmittelbar betreffen, das Lebensumfeld der Menschen beschreiben oder den nationalen und globalen Rahmen bilden: **„Unser Leben, unser Umfeld, unser Land“**. So wird Lebensqualität als ein breites und facettenreiches Konzept beschrieben, das sich vom individuellen Erleben bis hin zum globalen Rahmen erstreckt.

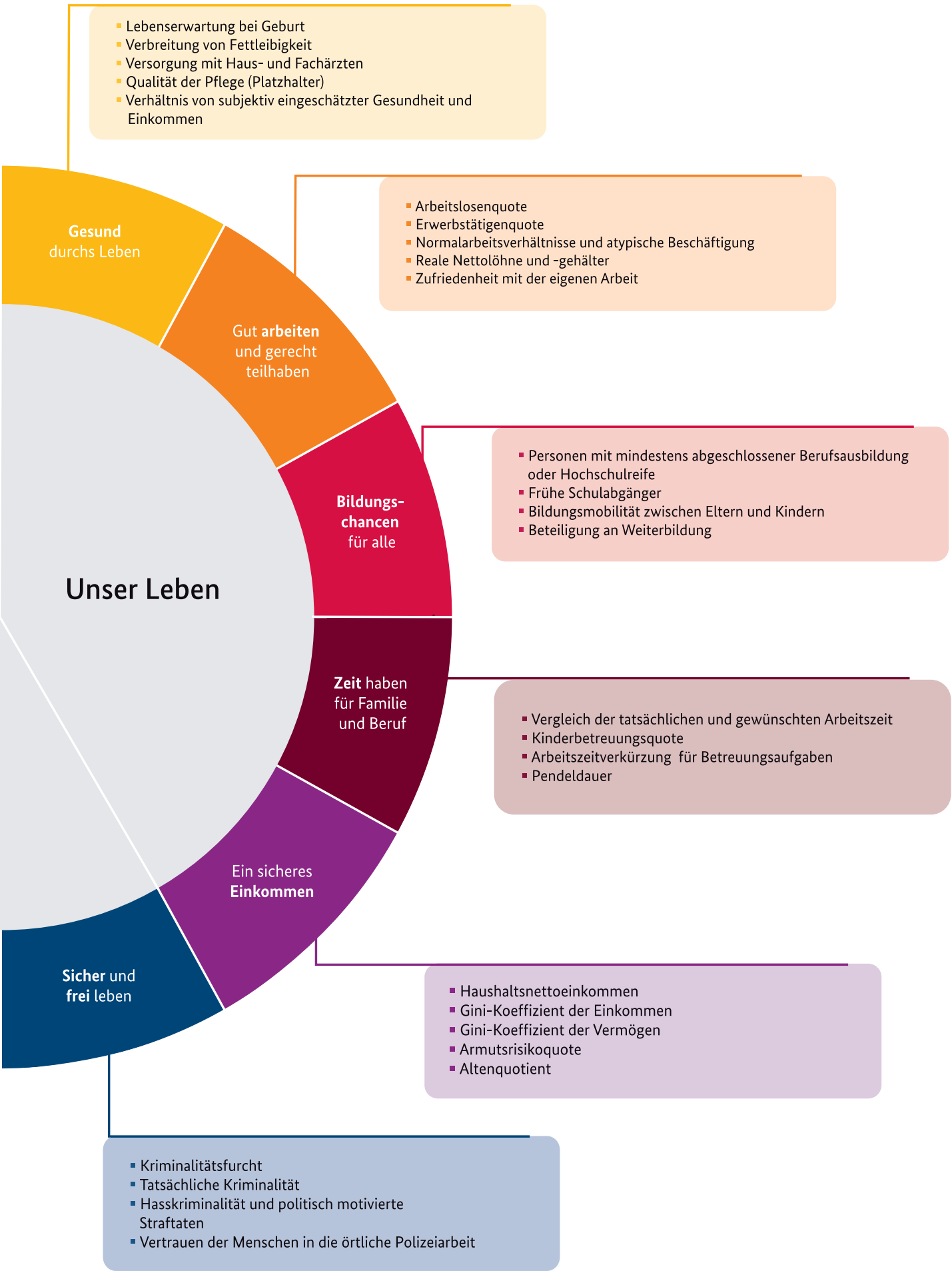
**„Unser Leben“** – diese fünf Dimensionen beziehen sich auf die **unmittelbaren Lebensumstände der Menschen**: ihre Gesundheit, ihre Arbeit, ihre Bildung und ihr Einkommen sowie die Zeit, die sie für Beruf, Familie und Freizeit haben.

**„Unser Umfeld“** beschreibt in drei Dimensionen die **Lebenswelt** der Menschen: vom Wohnraum, über die Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land bis zur Sicherheit im persönlichen Umfeld und zum gesellschaftlichen Miteinander.

Die vier Dimensionen **„Unser Land“** bündeln den **nationalen und globalen Rahmen**. Konkret geht es um die Grundlagen für das Zusammenleben und den Fortschritt in Deutschland sowie Deutschlands Rolle in der Welt: eine starke Wirtschaft, eine gesunde Umwelt, die demokratisch-freiheitliche Grundordnung sowie die Verantwortung, die Deutschland im globalen Kontext trägt.

Abbildung 4: Zwölf Dimensionen und 46 Indikatoren sowie zwei Platzhalter





# Gesund durchs Leben

## ■ 1. Gesund durchs Leben

Gesundheit ist für die Bürgerinnen und Bürger ein sehr hohes Gut. Das zeigte sich im Dialog. Die Verantwortung hierfür sahen sie bei sich selbst, aber auch in einem gut organisierten und qualitativ hochwertigen Gesundheitssystem. Das breite Angebot der medizinischen Versorgung, die freie Arztwahl und die Qualität der Gesundheitsleistungen kamen im Bürgerdialog oft zur Sprache. Die Menschen zeigten sich mehrheitlich zufrieden mit dem deutschen Gesundheitssystem und würdigten, dass grundsätzlich alle Bürger Zugang zur Krankenversicherung haben. Als ungerecht bewerteten viele Menschen aber die Trennung von privat und gesetzlich Versicherten, konkret die empfundenen Unterschiede in der Versorgung oder in den Wartezeiten auf Facharzttermine. Hier wurde die Erwartung geäußert, dass alle Bürgerinnen und Bürger medizinisch gut behandelt werden und im Krankheitsfall schnell einen Arzt oder ein Krankenhaus erreichen können, unabhängig davon, wie alt sie sind, wieviel Geld sie haben, wie sie versichert sind und wo sie wohnen.

*„Am wichtigsten ist natürlich Gesundheit – und ausreichend Möglichkeiten diese beizubehalten, also ein tragfähiges Gesundheitssystem, das bezahlbare oder kostenfreie Leistungen für alle anbietet.“*

aus einer Online-Antwort vom 23. Juni 2015

### ■ Ein langes, gesundes Leben: Indikator Lebenserwartung bei Geburt

Dank des medizinischen Fortschritts können altersbedingte körperliche Beeinträchtigungen immer besser und effektiver behandelt werden. Viele Dialogteilnehmer äußerten, es sei ihnen wichtig, ihre Gesundheit auch im Alter bestmöglich zu erhalten.

Wissenschaftliche Studien zeigen: Der stetige Anstieg der Lebenserwartung hängt mit der medizinischen Entwicklung zusammen. Seit Jahrzehnten werden die Menschen älter, d.h. die Sterblichkeit verzögert sich immer weiter.<sup>20</sup> Eine hochwertige, gut erreichbare Gesundheitsversorgung mit innovativen Arzneimitteln, wirksamen Therapien und modernen Untersuchungsmethoden, aber auch wichtige Fortschritte in der Erforschung von Krankheiten sind hierfür entscheidend.<sup>21</sup>

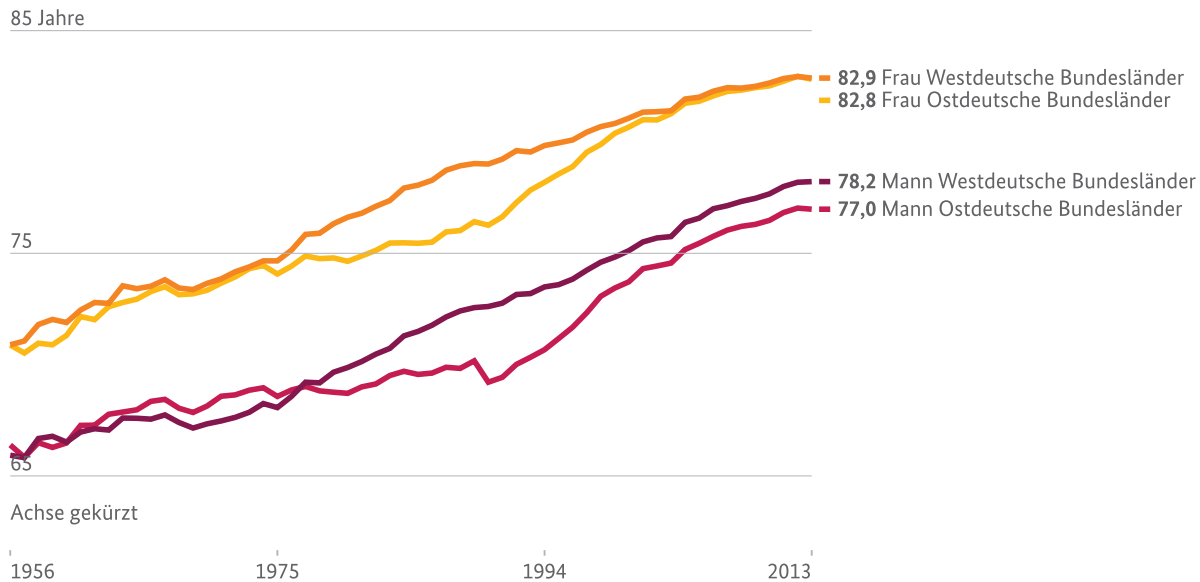
Der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung und die Fortschritte in Medizin und Forschung lassen sich auf direktem Weg nur schwer anhand einer Kennzahl messen. Allerdings kann auf die **Lebenserwartung bei Geburt** als Indikator für den allgemeinen Gesundheitszustand einer Gesellschaft zurückgegriffen werden.<sup>22</sup> Die Lebenserwartung bei Geburt gibt die durchschnittlich zu erwartende Lebensdauer eines neugeborenen Kindes an. Sie ist Ausdruck des materiellen Wohlstands, der allgemeinen Lebensbedingungen und der persönlichen Lebensführung sowie der medizinischen Versorgung. Kurzum: ein wichtiger Indikator für Lebensqualität.

Grundlage für die Berechnung der Lebenserwartung sind die aktuellen Sterbetafeln. Sie setzen die registrierten Sterbefälle und den aktuellen Bevölkerungsstand ins Verhältnis – in Deutschland lebten 2015 rund 82,2 Millionen Menschen. Die Lebenserwartung zählt neben der Geburtenziffer und der Zu- und Abwanderung zu den zentralen demografischen Kenngrößen.

Seit den späten 1950er Jahren steigt die Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland kontinuierlich an, Jahr für Jahr um knapp drei Monate.<sup>23</sup> Ein Junge, der heute zur Welt kommt, kann mit einer Lebenserwartung von über 78 Jahren rechnen. Ein heute geborenes Mädchen hat durchschnittlich eine Lebenserwartung von über 83 Jahren (vgl. Abb. 5).<sup>24</sup>

Ein Datenvergleich der deutschen Gesamtbevölkerung mit anderen OECD-Ländern zeigt: Deutschland liegt mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 80,9 Jahren im Mittelfeld und damit etwas über dem OECD-Durchschnitt, knapp hinter Großbritannien, Finnland und Irland.<sup>25</sup> Mit 83,4 Jahren liegt Japan im OECD-Vergleich seit Jahrzehnten an der Spitze.

Abbildung 5: Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt



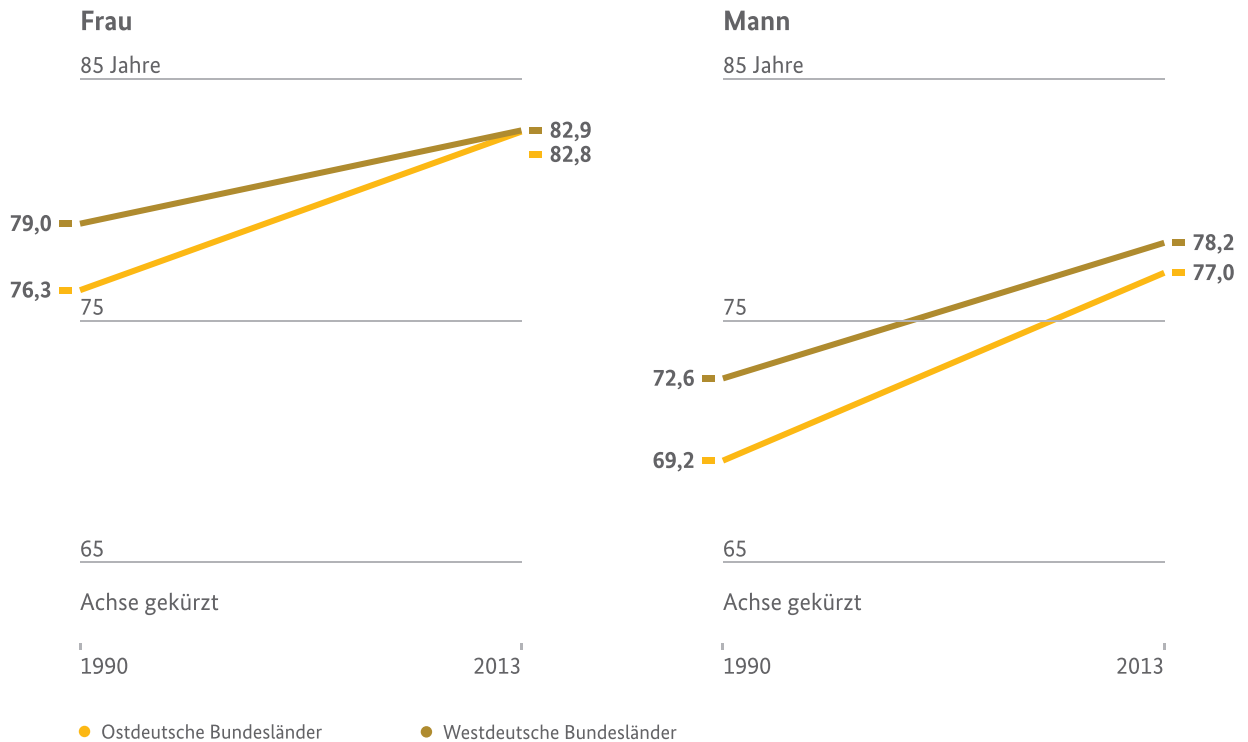
Quelle: Human Mortality Database. University of California, Berkeley (USA) und Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Deutschland). Verfügbar unter [www.mortality.org](http://www.mortality.org), zuletzt aufgerufen am 09.05.2016.

Sehr aufschlussreich ist ein Vergleich der historischen Entwicklung der Lebenserwartung in Ost- und Westdeutschland: In den ersten zehn bis 15 Jahren nach dem Mauerbau 1961 stieg die Lebenserwartung in beiden Landesteilen nahezu identisch an. Infektionskrankheiten gingen zurück, insbesondere durch Impfungen und den Einsatz von Antibiotika; die Säuglingssterblichkeit konnte erfolgreich gesenkt werden. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bis zur Deutschen Einheit begann sich die Lebenserwartung bei Geburt in Ost- und Westdeutschland auseinanderzuentwickeln. Im Westen stieg sie kontinuierlich an, im Osten stagnierte sie. In Westdeutschland reduzierte sich zwischen Mitte der 1970er Jahre und Anfang der 1990er Jahre vor allem die Sterblichkeit infolge von Herz-Kreislauf-Erkrankungen in den hohen Lebensaltern. Im Osten führten vor allem das geringe Rentenniveau und ein weniger leistungsfähiges Gesundheitssystem zur Stagnation.<sup>26</sup> Zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung waren die Ost-West-Unterschiede in der Lebenserwartung bei Geburt am größten. So lebten westdeutsche Männer 1990 im Schnitt fast dreieinhalb Jahre länger als ostdeutsche; bei den Frauen betrug der Abstand knapp drei Jahre.<sup>27</sup>

Seither konnten diese Unterschiede stark reduziert werden: Ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung haben Frauen in den ostdeutschen Ländern den Abstand komplett aufgeholt. Sie liegen mittlerweile auf dem gleichen Niveau wie westdeutsche Frauen. Bei den Männern in den ostdeutschen Ländern ist die Lebenserwartung zwar um rund acht Jahre angestiegen, liegt aber immer noch 1,2 Jahre hinter der in den westdeutschen Ländern zurück (vgl. Abb. 6). Der Aufholprozess seit der Wiedervereinigung beruht auf zahlreichen Faktoren, wie z. B. verbesserten Umweltbedingungen, veränderten Ernährungsgewohnheiten, dem verbesserten Lebensstandard im Alter und der Modernisierung des Gesundheitssystems in den ostdeutschen Ländern.<sup>28</sup>

Es bleiben regionale Unterschiede, die nicht mit der deutschen Teilung erklärt werden können. So beträgt z. B. die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern bei Geburt in Baden-Württemberg 79,2 Jahre, in Sachsen 77,7 Jahre und im Saarland 76,7 Jahre.

Abbildung 6: Zugewinne in der Lebenserwartung bei Geburt seit der Deutschen Wiedervereinigung nach Geschlecht



Quelle: Human Mortality Database. University of California, Berkeley (USA) und Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Deutschland). Verfügbar unter [www.mortality.org](http://www.mortality.org), zuletzt aufgerufen am 09.05.2016.

Die insgesamt steigende Lebenserwartung in Deutschland stellt die Gesundheitspolitik vor neue Herausforderungen. Denn chronische Erkrankungen nehmen zu, gerade im hohen Alter. Dies gilt insbesondere für Demenz. Die Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung bewusst und entwickelt das Gesundheitssystem und die Pflege weiter, damit sie leistungsfähig bleiben (zu einer Beschreibung einzelner Maßnahmen vgl. die übrigen Indikatoren in dieser Dimension).

Steigende Lebenserwartung heißt aber auch: Immer mehr Menschen haben die Chance, länger gesund und leistungsfähig zu bleiben. Die Bundesregierung unterstützt diese Entwicklung mit der Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention von 2015. Damit wird mehr getan für die Früherkennung von Krankheiten und Krankheitsrisiken und für einen besseren Impfschutz. Im Rahmen der nationalen Präventionsstrategie werden Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit

besser koordiniert. Die Kranken- und Pflegekassen in Deutschland geben mehr als 500 Millionen Euro jährlich für präventive Maßnahmen aus.

Die **Lebenserwartung bei Geburt** gibt die durchschnittlich zu erwartende Lebensdauer eines neugeborenen Kindes an. Die Lebenserwartung ist ein etablierter und international vergleichbarer Indikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Die Daten zum Indikator Lebenserwartung bei Geburt werden vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung und der University of California, Berkeley, in der Human Mortality Database (HMD) veröffentlicht. Für die Zeitreihen wird auf Daten der HMD zurückgegriffen, weil Sterberaten und Lebenserwartung hier über die Zeit konsistent und nach international vergleichbarer Methodik berechnet werden. Grundlage für die Berechnung sind Daten des Statistischen Bundesamtes, die sämtliche statistische Gütekriterien erfüllen.

## ■ Fit bleiben, bewusst leben: Indikator Verbreitung von Fettleibigkeit

„[...] Zugang zu guter Ernährung und Spaß an Bewegung von Anfang an ist wichtig.“

aus dem Bürgerdialog des Bundesministeriums für Gesundheit am 28. Juli 2015 in Berlin

Viele Bürgerinnen und Bürger diskutierten über die Verantwortung, die jeder selbst für sein Leben und seine Gesundheit trägt. Das Themenspektrum reichte von regelmäßiger Bewegung über gesunde Ernährung bis hin zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol und dem Verzicht auf Nikotin. Vereinzelt sprachen sie die Notwendigkeit einer Kennzeichnung von Inhaltsstoffen in Lebensmitteln an.

Gesundheitsdaten aus der Forschung<sup>29</sup> belegen: Mit regelmäßiger körperlicher Aktivität und gesunder Ernährung lebt es sich gesünder und länger. Denn chronische Krankheiten lassen sich vermeiden oder wenigstens aufschieben.<sup>30</sup>

Ausreichende Bewegung und gute Ernährung sind wichtige Bausteine für die individuelle Gesunderhaltung und nicht zuletzt auch für das eigene Körpergewicht. Der **Body Mass Index (BMI)** setzt das Körpergewicht einer Person in Bezug zur Körpergröße (kg/m<sup>2</sup>). Nach Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gilt ein Erwachsener ab einem BMI zwischen 25 und unter 30 als übergewichtig. Als fettleibig gelten Menschen mit einem BMI von 30 und höher.

Ein BMI von 30 und höher stellt eine Gefahr für die Gesundheit dar. Das Risiko zu erkranken ist bei fettleibigen Menschen erhöht. Dazu zählen Diabetes Typ II, Schlaganfall sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen<sup>31</sup>, aber auch psychische Probleme oder gar Depressionen<sup>32</sup>. Das bedeutet für die meisten Betroffenen weniger Lebensqualität.

Der BMI wird daher als Indikator für die **individuelle Gesundheitsvorsorge** in das Indikatoren-System aufgenommen. Der Fokus liegt dabei auf der Entwicklung des **Anteils der Personen mit einem Body Mass Index von 30 und höher**, da in diesem Fall von einer nennenswerten Beeinträchtigung der Lebensqualität ausgegangen werden kann.

Im Zeitraum von 15 Jahren (1999 bis 2013) ist der Anteil der fettleibigen Personen in Deutschland um 36 Prozent gestiegen. 1999 waren knapp zwölf von 100 Personen in Deutschland fettleibig, 2013 bereits 16 von 100 Personen. Im Vergleich der OECD-Länder liegt Deutschland zwar im Mittelfeld, aber deutlich hinter Ländern wie der Schweiz, Norwegen und Italien mit rund elf Fettleibigen pro 100 Personen. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Mexiko oder Neuseeland, wo jeder dritte Erwachsene fettleibig ist, schneidet Deutschland wiederum deutlich besser ab.<sup>33</sup>

Männer sind häufiger von Fettleibigkeit betroffen als Frauen. 2013 lag die Häufigkeit der Fettleibigkeit bei Männern (17 Prozent) drei Prozentpunkte höher als bei Frauen (rund 14 Prozent).

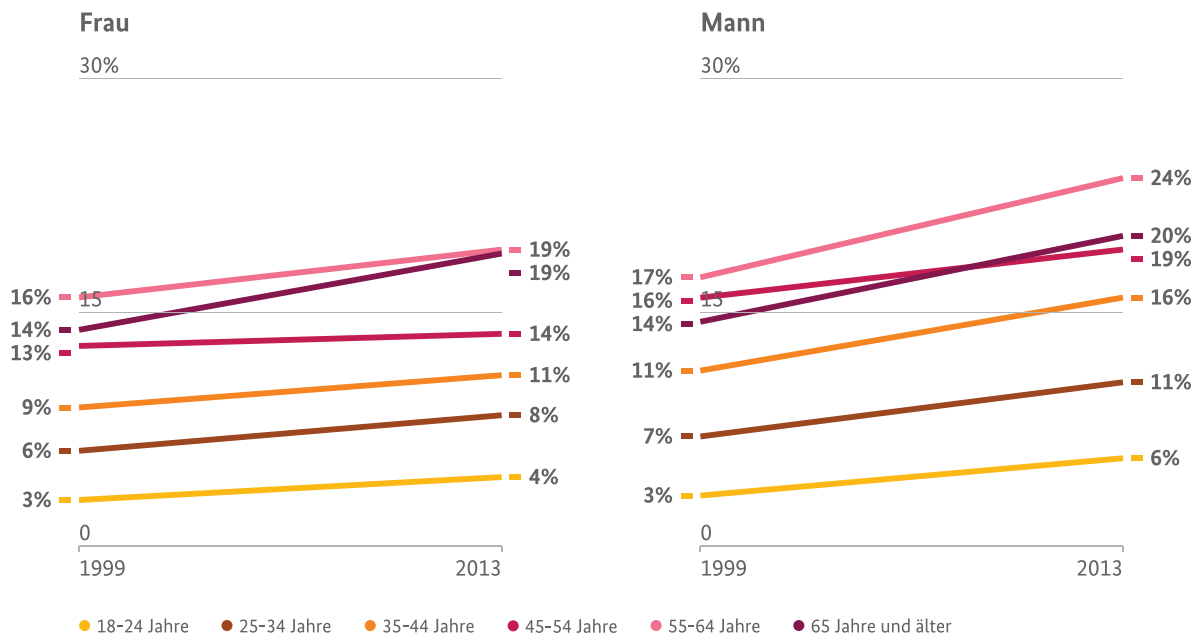
Das Risiko für Fettleibigkeit steigt mit zunehmendem Alter (vgl. Abb. 7). Zwischen 1999 und 2013 ist das Risiko aller Altersgruppen kontinuierlich gewachsen. Der Anteil der Männer und Frauen mit einem BMI von 30 und höher ist in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen am höchsten. Jeder vierte Mann und jede fünfte Frau dieser Altersgruppe war 2013 fettleibig.

Bei jungen Erwachsenen (18 bis 24 Jahre) ist zwar nur etwa jede 20. Person fettleibig, aber in dieser Altersgruppe sind mit 65 Prozent die größten prozentualen Zuwächse zu beobachten. Dieser Befund ist auch mit Blick auf die Verbreitung von Fettleibigkeit unter Kindern und Jugendlichen relevant. Denn die Wissenschaft zeigt, dass Übergewicht und Fettleibigkeit in jungen Jahren auch das Risiko im Erwachsenenalter deutlich erhöhen.<sup>34</sup>

Zwar ist der Anteil der Menschen mit einem BMI von 30 und höher zwischen 1999 und 2013 in allen Bundesländern gestiegen, durchschnittlich von 11,5 auf 15,7 Prozent. Die Bundesländer unterscheiden sich aber deutlich in Höhe und Entwicklung der Fettleibigkeit. Teilweise geht dies auf eine unterschiedliche Altersstruktur zurück: Ältere sind im Durchschnitt stärker von Fettleibigkeit betroffen als Jüngere und in Ländern, wie z. B. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, ist die Bevölkerung im Durchschnitt älter als etwa in den Stadtstaaten.<sup>35</sup> Abbildung 8 zeigt die Bundesländer mit den jeweils höchsten und niedrigsten Anteilen an Fettleibigen im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt.



Abbildung 7: Entwicklung des Anteils an Fettleibigen nach Altersgruppen 1999 und 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnungen.

Der BMI ist ein Indikator für Gesundheit, der stark mit der **persönlichen Lebensführung** des Einzelnen verbunden ist. Ein hoher Fleisch- und Wurstkonsum sowie stark fett- und zuckerhaltige Lebensmittel stehen nicht im Einklang mit den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für eine gesunde und vollwertige Ernährung. Ernährungsgewohnheiten sind allerdings persönliche Entscheidungen, die – positiv wie negativ – durch das tatsächliche Angebot und individuelle Vorlieben beeinflusst werden. Sie werden bereits in früher Kindheit geprägt. Insofern kommt der Ernährungsbildung große Bedeutung zu.

Die Folgen von gesundheitsschädlichen Ernährungsgewohnheiten sind mit Blick auf die steigende Anzahl der Menschen mit Fettleibigkeit individuell wie gesamtgesellschaftlich deutlich. Bewegungsmangel und körperliche Inaktivität beeinflussen das Körpergewicht und das individuelle Wohlbefinden ebenso.

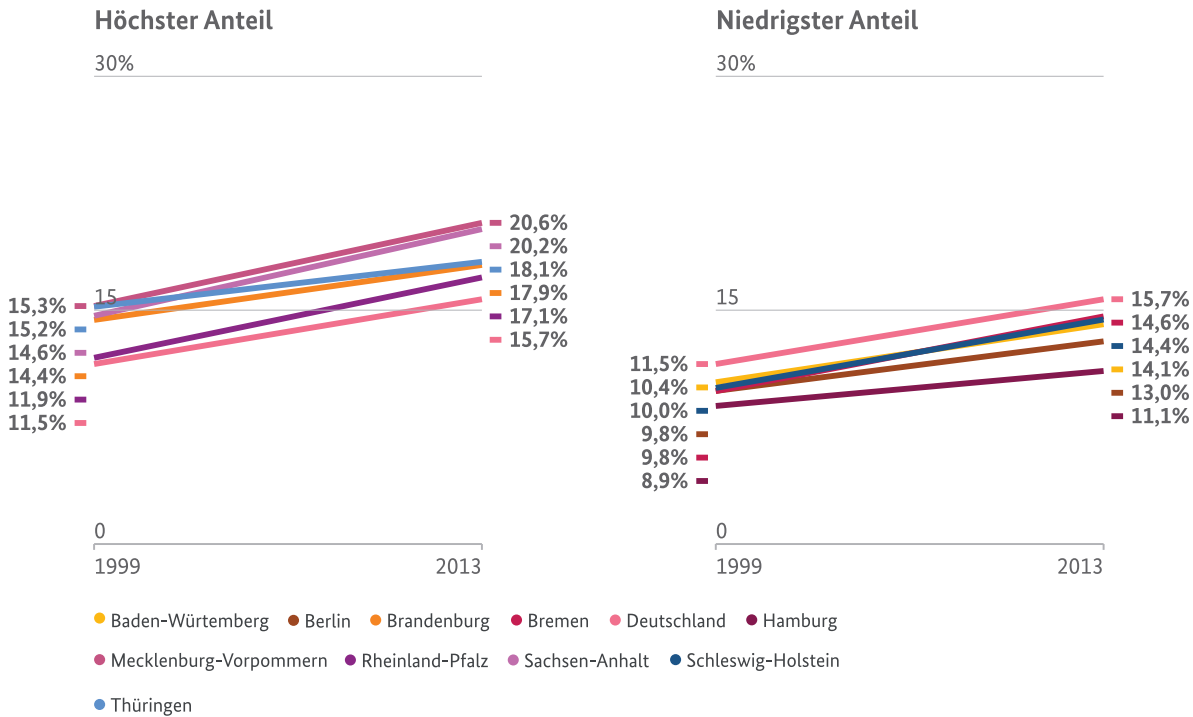
Der Entstehung von Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen<sup>36</sup> vorzubeugen, hat seit langer Zeit Priorität in der nationalen Ernährungs- und Gesundheitspolitik. So werden die Ernährungsbildung, die Ver-

besserung der Schul- und Kitaverpflegung sowie die Qualitätsentwicklung gefördert und Qualitätsstandards bei der Prävention von Übergewicht bei Kindern gesetzt. Kinderärzte und Hebammen sprechen die Themen Ernährung und Bewegung in den Früherkennungs-Untersuchungen präventiv an.

Hier setzen auch die zahlreichen Projekte des Nationalen Aktionsplans „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ und das dazugehörige Bürgerportal mit Bewegungs-, Ernährungs- und Fitnesstipps an.<sup>37</sup> Darüber hinaus können sich die Bürgerinnen und Bürger bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, dem aid-infodienst und dem Netzwerk „Gesund ins Leben“ über einen gesunden Lebensstil informieren.

Im Verbraucherschutz setzt der Staat Rahmenbedingungen für die Transparenz von Informationen, z. B. über Angaben auf Lebensmittelverpackungen. Es kommt darauf an, das Bewusstsein für ein gesundes Leben frühzeitig zu wecken, ohne den Einzelnen zu bevormunden.

Abbildung 8: Entwicklung des Anteils an Fettleibigen nach Bundesländern 1999 und 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnungen. Der Wert 9,8 für das Jahr 1999 in der rechten Grafik gilt für Berlin und Bremen.

Der Indikator **Verbreitung von Fettleibigkeit** misst den Anteil der Personen in Deutschland mit einem **Body Mass Index (BMI) von 30 und höher**. Er dient als Indikator für die individuelle Gesundheitsvorsorge von Menschen. Der BMI ist weltweit etabliert und vergleichbar, aber kein perfekter Indikator. Denn er gibt keine Informationen über das Verhältnis von Körperfett und Muskulatur und die tatsächliche körperliche Fitness.

Die Berechnungen zum BMI basieren auf Daten des vom Statistischen Bundesamt erhobenen Mikrozensus, einer detaillierten Befragung. Alle vier Jahre werden im Modul „Fragen zur Gesundheit“ Angaben zu Gewicht und Körpergröße erhoben. Erfahrungsgemäß schätzen Menschen in Befragungen ihre Körpergröße zu groß und ihr Gewicht zu gering ein. Die Verbreitung von Fettleibigkeit wird daher meistens unterschätzt.<sup>38</sup> Mit einer regelmäßigen Wiederholung der Befragung und der Regionalisierung ist der Mikrozensus die aktuellste und zur Beobachtung von Langzeittrends am besten geeignete Datenquelle.

Zukünftig werden Daten der Nationalen Kohorte (NAKO) genutzt. Hier können Informationen zu Körpergröße und Körpergewicht kontrolliert gemessen und die Verbreitung von Fettleibigkeit zuverlässiger erfasst werden. Die NAKO ist die größte repräsentative Kohortenstudie in Deutschland, die in den nächsten zehn Jahren mehr als 200.000 Menschen zwischen 20 und 69 Jahren wiederholt medizinisch untersuchen und zu ihren Lebensumständen befragen wird. Die Datenbasis für Kinder und Jugendliche ist unbedingt zu verbessern, um frühzeitig auf besorgniserregende Trends reagieren zu können.

■ **Medizinische Versorgung in Deutschland:**  
Indikator Versorgung mit Haus- und Fachärzten

„Ich wünsche mir, dass eine standortnahe medizinische Versorgung gewährleistet bleibt.“

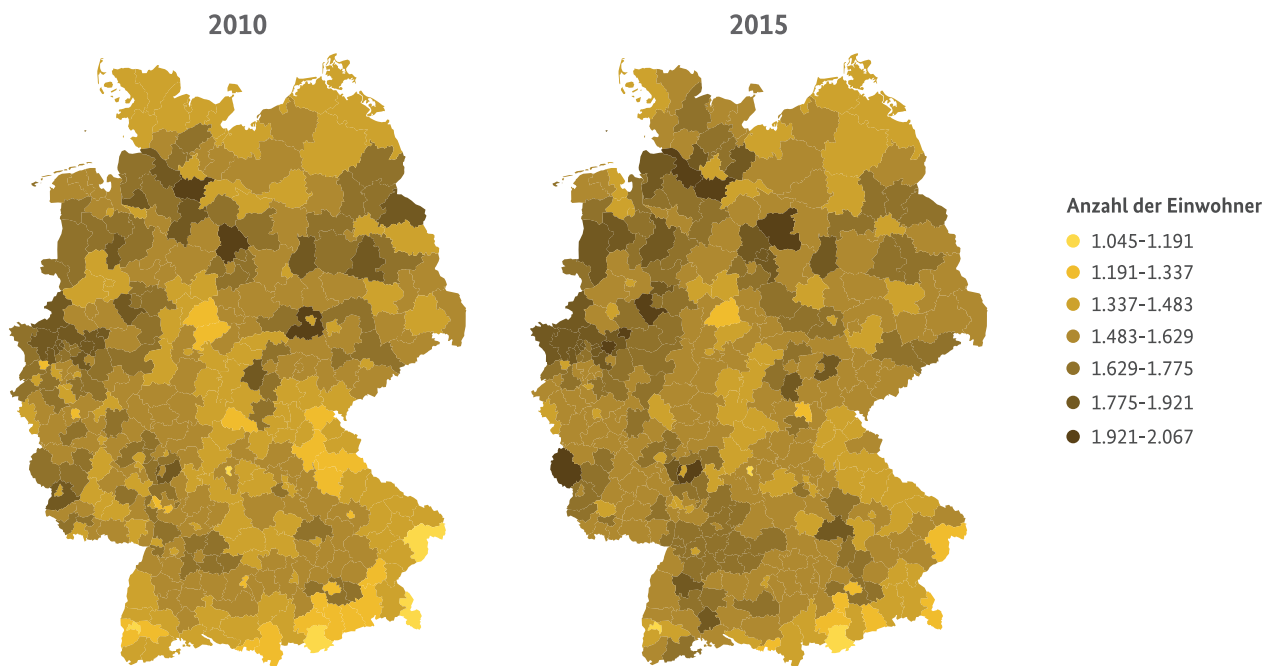
aus dem Bürgerdialog der Diakonissenanstalt  
Emmaus in Niesky am 20. Oktober 2015

Über das deutsche Krankenversicherungssystem haben die Dialogteilnehmer engagiert diskutiert. Mehr Lebensqualität bedeutete für die Menschen auch, dass ein Arzt vor Ort ist und sich genügend Zeit für den Patienten nimmt und ihm zuhört. Besonders häufig brachten vor allem die Dialogteilnehmer in ländlichen Gebieten den Bedarf nach einer guten Erreichbarkeit und Verfügbarkeit medizinischer Versorgung zum Ausdruck.

Der Indikator **Versorgung mit Haus- und Fachärzten** beschreibt die ärztliche Versorgungsdichte. Er misst, wie viele Einwohner ein Haus- oder Facharzt durchschnittlich in einer Kreisregion versorgt.<sup>39</sup>

2015 versorgte jeder Hausarzt in Deutschland im Schnitt rund 1.580 Einwohner pro Kreisregion. 2010 waren es 1.539 Einwohner. Ein Hausarzt heute behandelt im Durchschnitt 41 Einwohner mehr als vor fünf Jahren. Die Bedarfsplanung im Gesundheitswesen trägt dazu bei, dass die haus- und fachärztliche Versorgung in ganz Deutschland flächendeckend sichergestellt wird. Der in der Bedarfsplanungsrichtlinie festgelegte Verhältniswert liegt bei 1.671 Einwohnern pro Hausarzt.<sup>40</sup> In den vergangenen Jahren konnten sich zwar in Regionen mit vielen Hausärzten keine Weiteren mehr niederlassen. Zugleich wurden aber regionale Anreize gesetzt, um die ärztliche Versorgung in schlechter versorgten Gebieten zu verbessern.

Abbildung 9: Anzahl der Einwohner, die ein Hausarzt pro Kreisregion versorgt 2010 und 2015

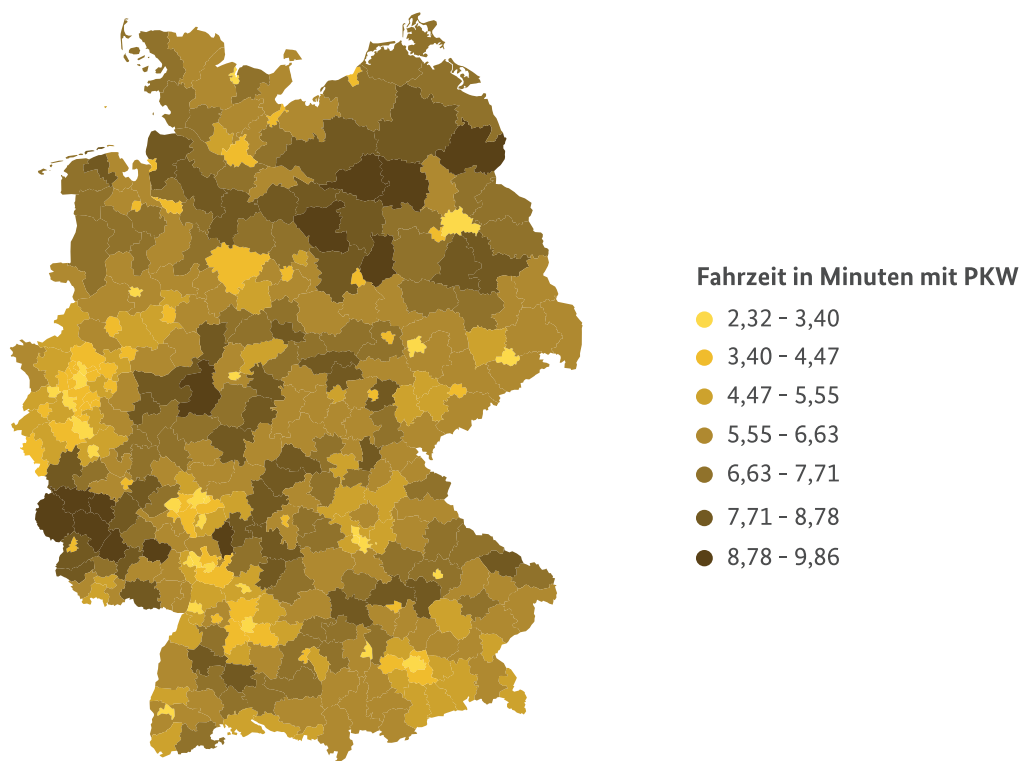


Quelle: Kassenärztliche Bundesvereinigung, Sonderauswertung. Datenstand: Arztzahlen 31. Dezember 2015, Bevölkerung 31.12.2013.

Es zeigt sich eine große regionale Heterogenität in der hausärztlichen Versorgung (vgl. Abb. 9). Besonders vorteilhaft erscheint die Versorgungssituation bspw. in Freiburg. Dort versorgt ein Hausarzt 1.099 Einwohner. Hausärzte in Gütersloh müssen sich hingegen um durchschnittlich 2.066 Einwohner kümmern und versorgen damit annähernd doppelt so viele Einwohner wie Ärzte in Freiburg. Allerdings ist in vielen vermeintlich unterversorgten Regionen die Nähe zur Großstadt hilfreich, da die dort ansässigen Hausärzte das Umland mitversorgen.

Der nächstgelegene Hausarzt ist in allen Kreisregionen Deutschlands durchschnittlich innerhalb von zehn Minuten mit dem PKW erreichbar. Während Bewohner Münchens im Schnitt 2,3 Minuten Fahrtzeit bis zum nächsten Hausarzt brauchen, sind die Bewohner im Eifelkreis Bitburg-Prüm in Rheinland-Pfalz fast vier Mal so lange unterwegs, knapp zehn Minuten im Schnitt.<sup>41</sup> Auch hier zeigen sich große regionale Unterschiede. Die kürzesten Anfahrtswege haben ausnahmslos Bewohner von Großstädten. Die Bewohner mit den längsten Anfahrtswegen zum nächstgelegenen Hausarzt wohnen vor allem in flächengroßen Landkreisen (vgl. Abb. 10).

Abbildung 10: Durchschnittliche Fahrtzeit mit PKW zum nächsten Hausarzt in einer Kreisregion in Minuten 2015

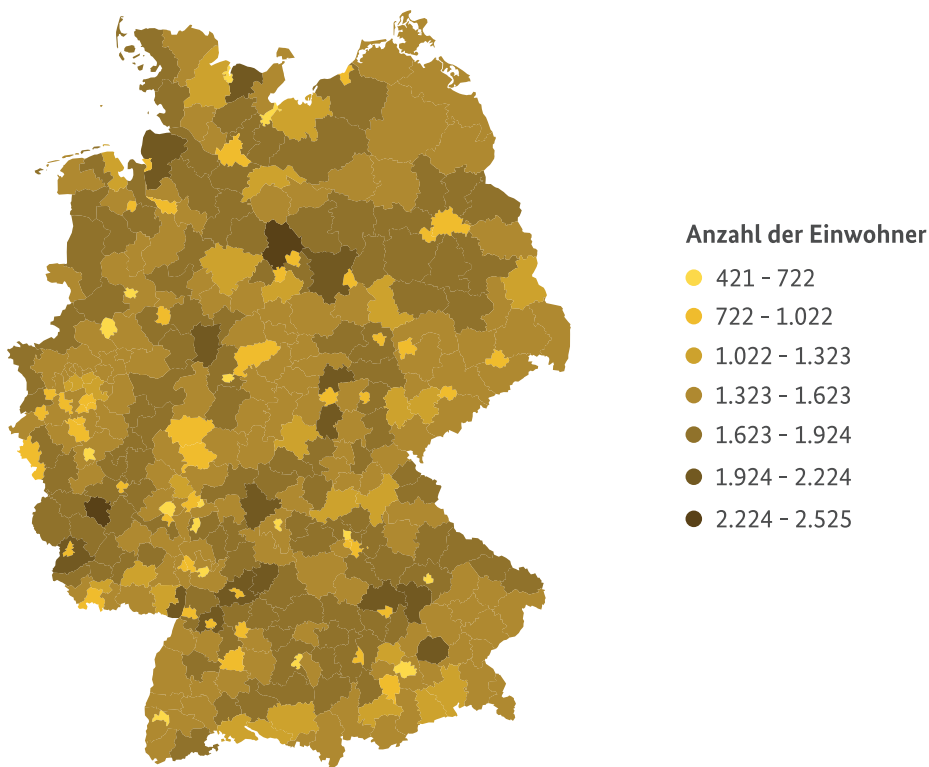


Quelle: Kassenärztliche Bundesvereinigung, Sonderauswertung. Datenstand: Arztzahlen 31. Dezember 2015, Bevölkerung 31.12.2013.

Auch wenn vielen Dialogteilnehmern eine gute ärztliche Versorgung in Wohnortnähe wichtig war, sind bei der Wahl des Hausarztes auch andere Kriterien von Bedeutung, z. B. die Qualität der ärztlichen Versorgung, die Praxisorganisation und die Wartezeiten auf Termine sowie menschliche Aspekte in der Arzt-Patienten-Beziehung. Das Prinzip der freien Arztwahl stellt sicher, dass jeder Versicherte in Deutschland seinen Hausarzt frei wählen kann – dafür werden auch entsprechend längere Fahrtzeiten in Kauf genommen. Der Indikator ist damit lediglich als Messgröße für die allgemeine Erreichbarkeit von Hausärzten zu verstehen und blendet andere Aspekte der ärztlichen Versorgung aus.

Deutlich ausgeprägter als bei der hausärztlichen Versorgung sind die regionalen Unterschiede bei den **allgemeinen Fachärzten** (vgl. Abb. 11). Dazu zählen Augenärzte, Chirurgen, Frauenärzte, Hautärzte, Hals-Nasen-Ohren-Ärzte, Nervenärzte, Orthopäden, Psychotherapeuten, Urologen und Kinderärzte. Im Durchschnitt versorgt ein allgemeiner Facharzt 1.451 Einwohner. Die Spannbreite reicht von 447 Einwohnern pro allgemeinem Facharzt in Heidelberg bis 2.347 Einwohner pro allgemeinem Facharzt in Gifhorn. Bei den allgemeinen Fachärzten konzentriert sich die Versorgung viel stärker in den Städten, die das Umland entsprechend mitversorgen.

Abbildung 11: Anzahl der Einwohner, die ein allgemeiner Facharzt pro Kreisregion versorgt 2015



Quelle: Kassenärztliche Bundesvereinigung, Sonderauswertung. Datenstand: Arztzahlen 31. Dezember 2015, Bevölkerung 31.12.2013.

Mit dem Versorgungsstärkungsgesetz von 2015 setzt sich die Bundesregierung dafür ein, auch in Zukunft eine gut erreichbare medizinische Versorgung auf hohem Niveau für alle Patientinnen und Patienten sicherzustellen – egal ob in der Stadt oder auf dem Land. So wurden Maßnahmen gegen die Überversorgung mit Ärzten in den Städten ergriffen und Anreize für die Niederlassung von Ärzten in strukturschwachen Gebieten gesetzt. Um mehr Mediziner für den Beruf des Hausarztes zu gewinnen, wird die Weiterbildung in der Allgemeinmedizin gefördert. Die Einrichtung kommunaler medizinischer Versorgungszentren wurde ermöglicht. Die neuen Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen helfen Patienten mit Überweisungen seit Januar 2016, innerhalb von maximal vier Wochen einen Facharzttermin zu bekommen.

Ein weiterer, wichtiger Baustein in der Sicherstellung einer flächendeckend guten medizinischen Versorgung ist das Krankenhausstrukturgesetz, mit dem erstmals festgelegt worden ist, dass die Krankenhäuser für gute Qualität mehr Geld bekommen können. Für eine gute Krankenpflege im Krankenhaus gibt es ein Pflegestellenförderprogramm. Damit können neue Kräfte eingestellt und angemessen finanziert werden. Zusätzlich werden über einen Strukturfonds Mittel von Bund und Ländern zur Verfügung gestellt, um vor Ort die Zusammenarbeit von Krankenhäusern zu verbessern oder ihre Konzentration auf bestimmte Fachgebiete zu unterstützen.

Der Indikator **Versorgung mit Haus- und Fachärzten** misst, wie viele Einwohner ein Haus- oder Facharzt durchschnittlich in einer Kreisregion versorgt. In Kreisregionen werden kleinere kreisfreie Städte unter 100.000 Einwohnern mit Landkreisen zusammengefasst. Die Daten basieren auf Angaben aus dem Bundesarztregister, das alle Ärzte und Psychotherapeuten in der vertragsärztlichen Versorgung erfasst. Diese Daten sind auch Grundlage für die Bedarfsplanung im Gesundheitssystem, deren Ziel eine ausgewogene haus- und fachärztliche Versorgung ist.

■ **Pflegebedingungen messbar und transparent machen:** Platzhalter Qualität der Pflege

„Sollte ich in ein Pflegeheim müssen [...], möchte ich menschlich – nicht nach Minuten – gepflegt werden. Sondern nach geistigem & körperlichem Bedarf.“

aus einer Online-Antwort vom 12. September 2015

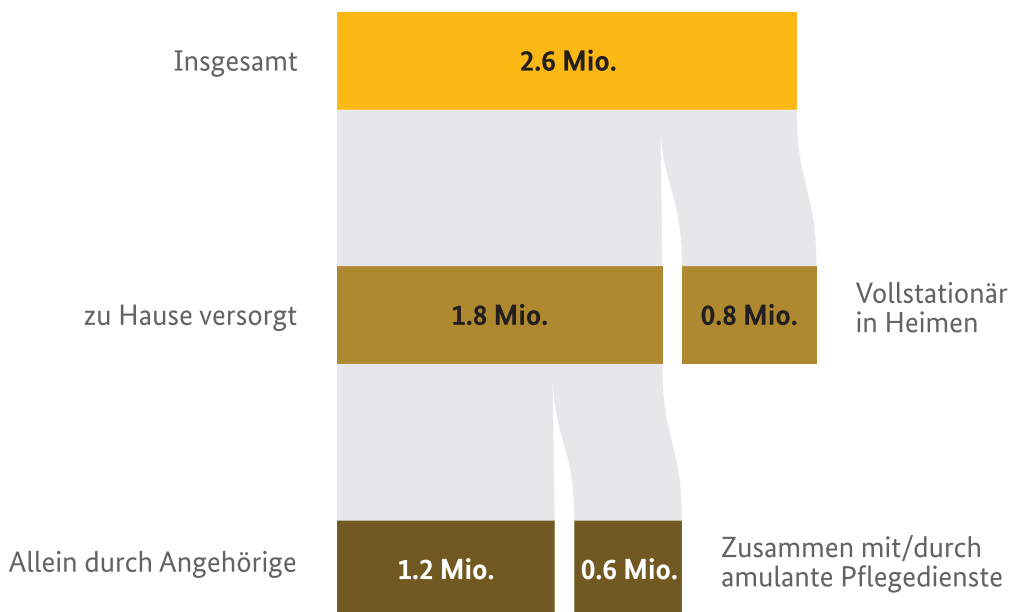
Auf Pflege angewiesen zu sein, gehört zu den Lebenssituationen, die jeden Menschen im Lebensverlauf irgendwann treffen können. Das Thema hat die Dialogteilnehmer beschäftigt und wird künftig weiter an Bedeutung gewinnen. So stellten die Bürgerinnen und Bürger den Bedarf einer qualitativ hochwertigen pflegerischen Versorgung fest, ambulant wie stationär. Die Menschen wünschen sich, im Alter in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können – in Stadt und Land.

Insgesamt waren zum Jahresende 2013 rund 2,6 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig (vgl. Abb. 12). Das sind ca. 3,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bei den

Über-65-Jährigen ist jede achte Person pflegebedürftig.<sup>42</sup> Betrachtet man die sogenannte **Lebenszeitprävalenz**, d.h. die Wahrscheinlichkeit, jemals im Leben pflegebedürftig zu sein, so sind es über die Hälfte aller Menschen in Deutschland, die zu irgendeinem Zeitpunkt in ihrem Leben Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen<sup>43</sup> – meist gegen Ende des Lebens. Wichtig ist: Der prognostizierte Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen ist nicht Folge eines erhöhten Risikos, pflegebedürftig zu werden. Es ist viel mehr der Tatsache geschuldet, dass wir länger leben (vgl. Indikator *Lebenserwartung bei Geburt* in dieser Dimension) und das Risiko, pflegebedürftig zu werden, mit zunehmendem Alter steigt.

Die individuelle Situation der Pflegebedürftigen ist sehr unterschiedlich: Aktuell werden sieben von zehn Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Die große Mehrheit der im eigenen Haushalt lebenden Betroffenen wird ausschließlich durch Angehörige gepflegt, ein Drittel durch ambulante Pflegedienste. Knapp 30 Prozent der Pflegebedürftigen lebt dauerhaft in einem Pflege- oder Altenheim.

Abbildung 12: Anzahl der Pflegebedürftigen nach Art der Versorgung zum Jahresende 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt: Pflegestatistik 2013.<sup>44</sup>

Die Bundesregierung arbeitet kontinuierlich daran, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen möglichst gut zu unterstützen und die langzeitpflegerischen Versorgungsstrukturen bundesweit weiterzuentwickeln. Unabhängig davon gilt es, die „Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen“ als Maßstab würdevoller Pflege weiter zu verbreiten und in den Einrichtungen umzusetzen. Vor mehr als 20 Jahren hat Deutschland als eines der ersten Länder eine gesetzliche Pflegeversicherung eingeführt. Seitdem wurde die Pflegeversicherung kontinuierlich verbessert. Unabhängig von der Alterung der Bevölkerung und dem damit zwangsläufig verbundenen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen, ist es Ziel der Politik, dass Pflegebedürftigkeit durch Prävention und entsprechende Therapieangebote möglichst spät, bestenfalls überhaupt nicht eintritt. Mindestens ebenso wichtig ist die Versorgungsqualität, wenn es doch zur Pflegebedürftigkeit kommt.

In dieser Legislaturperiode hat die Bundesregierung drei Pflegestärkungsgesetze auf den Weg gebracht. Im ersten Pflegestärkungsgesetz wurden die Leistungen für Pflegebedürftige deutlich ausgeweitet und flexibilisiert. Neben der Dynamisierung sämtlicher Leistungsbeträge wurden die finanziellen Zuschüsse für wohnumfeldverbessernde Baumaßnahmen erhöht, um den Haushalt barrierefrei gestalten zu können. Zur Entlastung pflegender Angehöriger wurden die Betreuungsleistungen z. B. in der Tages- und Nachtpflege sowie in der Kurzzeitpflege verbessert. Das kommt vor allem pflegenden Frauen zugute, die mit 65 Prozent den überwiegenden Anteil der pflegenden Angehörigen darstellen.<sup>45</sup> Darüber hinaus haben ab 2017 alle Versicherten in Pflegeheimen einen Rechtsanspruch auf zusätzliche Betreuungskräfte.

Im zweiten Pflegestärkungsgesetz wurde Pflegebedürftigkeit neu definiert. Zum 1. Januar 2017 werden Menschen mit Demenz-Erkrankungen beim Zugang zu Leistungen aus der Pflegeversicherung Menschen mit körperlichen Einschränkungen gleichgestellt. Im Fokus stehen die persönlichen Beeinträchtigungen und Fähigkeiten eines jeden Pflegebedürftigen. Im Ergebnis werden viele von ihnen deutlich höhere Leistungen als heute erhalten. Für eine bessere Qualität in der stationären und in der ambulanten Pflege werden zudem die Messung und Darstellung von Pflegequalität (Pflegetoten) grundlegend überarbeitet. Dieser Prozess wird von wissenschaftlichen Sachverständigen begleitet.

Das dritte Pflegestärkungsgesetz stärkt die Kommunen, damit sie Pflegebedürftige und deren Angehörige zukünftig besser wohnortnah unterstützen können – durch Beratung und eine bessere Zusammenarbeit der Beratungsstellen vor Ort.

**Pflegebedürftigkeit** geht für die Betroffenen, aber auch ihre Angehörige mit zum Teil großen physischen und psychischen Anstrengungen und finanziellen Belastungen einher. Was Pflegebedürftige unter Lebensqualität verstehen, unterscheidet sich von Mensch zu Mensch und hängt maßgeblich vom Grad der Einschränkung und der individuellen Pflegesituation ab. Es macht einen Unterschied, ob der Betroffene noch selbständig im eigenen Haushalt lebt und nur punktuell Unterstützung durch Familienangehörige oder einen ambulanten Pflegedienst braucht oder ob eine dauerhafte stationäre Pflege erforderlich ist.

Diese unterschiedlichen Lebenslagen von Pflegebedürftigen machen die Messung von **Qualität in der Pflege** schwierig. Derzeit ist kein geeigneter Indikator verfügbar.

Aus diesen Gründen wird zum jetzigen Zeitpunkt **kein Indikator** im Bereich Pflege in das Indikatoren-System aufgenommen, sondern ein **Platzhalter** eingefügt. Dieser weist auf zusätzlichen Datenbedarf hin, der mit der Überarbeitung des „Pflege-TÜV“ (Darstellung von Pflegequalität) möglicherweise behoben wird.



■ **Gesundheitsversorgung für alle:** Indikator Verhältnis von subjektiv eingeschätzter Gesundheit und Einkommen

„Ein Termin beim Arzt muss davon abhängen, wie dringend der Fall ist, und nicht davon, wer besser zahlt.“

aus dem Bürgerdialog von ver.di in Köln  
am 19. Juni 2015

Eine gute Gesundheitsversorgung für alle und ein offener und gerechter Zugang zu Gesundheitsleistungen war für die Bürgerinnen und Bürger ein zentrales Thema im Dialog. Sie waren mehrheitlich zufrieden mit dem deutschen Gesundheitssystem, das grundsätzlich alle Menschen versorgt und ihnen den gleichen Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung garantiert. Mehrfach wurde der Wunsch geäußert, unabhängig vom Einkommen und vom Wohnort, gut versorgt zu sein. Die Aufteilung in gesetzliche und private Krankenversicherung empfanden zahlreiche Dialogteilnehmer als ungerecht. Konkret benannten sie Unterschiede in der Versorgung oder bei Wartezeiten auf Facharzttermine. Außerdem wurden individuell zu tragende Gesundheitskosten von einigen Bürgerinnen und Bürgern abgelehnt.

Um auf mögliche Lücken im Bereich Gesundheit hinzuweisen, ist die Betrachtung des Zusammenhangs zwischen subjektiv eingeschätzter Gesundheit und Einkommen ein Weg. Der mögliche Zusammenhang zwischen der tatsächlichen und der subjektiv eingeschätzter Gesundheit einerseits und sozio-ökonomischer Faktoren andererseits ist bereits Gegenstand zahlreicher Forschungsarbeiten.<sup>46</sup> Die Zusammenhänge sind komplex. Ob die eigene Gesundheit als gut oder schlecht empfunden wird, ist nicht auf einen einzigen Faktor zurückzuführen, sondern hat viele Ursachen.<sup>47</sup> Neben der Gesundheitsversorgung spielen Einkommenshöhe, Bildungsstand und Beruf einer Person ebenso eine Rolle wie die individuelle Lebensführung und Gesundheitsvorsorge.

Der Indikator **Verhältnis von subjektiv eingeschätzter Gesundheit und Einkommen** misst die selbst eingeschätzte Gesundheit für verschiedene Einkommensgruppen. Die zur ihrer Gesundheit Befragten ordnen sich auf einer 5er-Skala von „schlecht“, „weniger gut“, „zufriedenstellend“, „gut“ bis „sehr gut“ ein.<sup>48</sup> Dargestellt werden die Anteile der

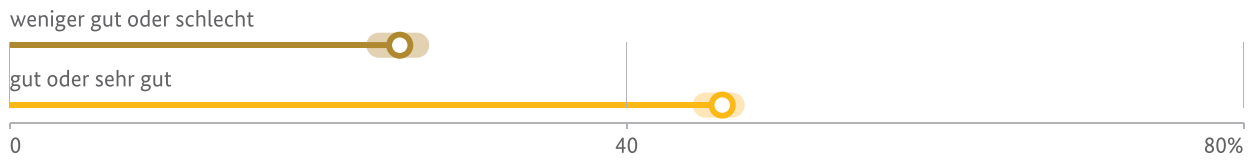
Personen zwischen 20 und 64 Jahren mit ihren jeweiligen Einschätzungen im Verhältnis zu ihren Einkommenspositionen. Die individuelle Einkommensposition wird anhand der Gesamtverteilung der realen Nettohaushaltseinkommen in Deutschland nach Abzug von Steuern und zuzüglich staatlicher Transferzahlungen ermittelt.

Je geringer das Einkommen, desto höher ist der Anteil derjenigen, die ihren Gesundheitszustand als „schlecht“ oder „weniger gut“ einschätzen (vgl. Abb. 13). Am unteren Ende der Einkommensverteilung (1. Quintil, d.h. die 20 Prozent der Menschen in Deutschland mit den geringsten Einkommen) schätzt jeder Vierte seinen Gesundheitszustand als „weniger gut“ oder „schlecht“ ein. An der Spitze der Einkommensverteilung (5. Quintil, d.h. die oberen 20 Prozent) ist es dagegen nur jeder Achte. Ein Vergleich von Männern und Frauen zeigt dabei keine Unterschiede. Betrachtet man hingegen die Anteile der Menschen in Deutschland, die ihre Gesundheit als „gut“ oder „sehr gut“ einschätzen, so zeigen sich ebenfalls Unterschiede: Am unteren Ende der Einkommensverteilung empfindet nahezu jede zweite Person (46 Prozent) ihre Gesundheit als „gut“ oder „sehr gut“. An der Spitze der Einkommensverteilung schätzen rund 60 Prozent ihre Gesundheit als „gut“ oder „sehr gut“ ein. Unabhängig vom Einkommen zeigt sich: Der Anteil der Menschen mit „gut“ oder sogar „sehr gut“ eingeschätzter Gesundheit ist höher als der Anteil der Menschen, mit „weniger gut“ oder „schlecht“ eingeschätzter Gesundheit.

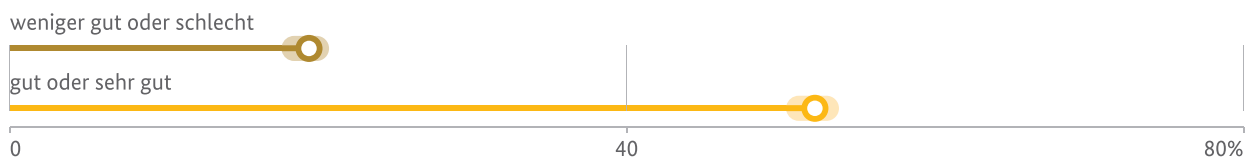
Die unzureichende Datenlage erlaubt keine direkte Gegenüberstellung der tatsächlichen Gesundheit mit dem Einkommen, sondern nur der wahrgenommenen Gesundheit.<sup>49</sup> Der Indikator ist eine Annäherung an ein komplexes Themenfeld: Kausale Schlussfolgerungen, wonach etwa ein geringes Einkommen zu einer schlechten Gesundheit führt, sind nur bedingt möglich.<sup>50</sup> Ein geringes Einkommen kann eine schlechte Gesundheit nach sich ziehen. Eine schlechte Gesundheit kann aber auch die Einkommenschancen des Einzelnen beeinträchtigen, insbesondere da ein als schlecht eingeschätzter Gesundheitszustand erheblichen Einfluss auf die durchschnittliche Arbeitszeit hat. Klar ist, dass die Frage der individuellen Gesundheit in einem Zusammenhang mit den materiellen Möglichkeiten des jeweiligen Haushalts stehen kann. Der dargestellte Befund wird aber auch maßgeblich durch andere Faktoren beeinflusst und verstärkt, allen voran durch Bildungsunterschiede. Eine höhere Bildung ist eine wesentliche

Abbildung 13: Anteil der Personen, die ihre Gesundheit als „weniger gut“ oder „schlecht“ bzw. „gut“ oder „sehr gut“ einschätzen, differenziert nach Einkommensklassen 2013

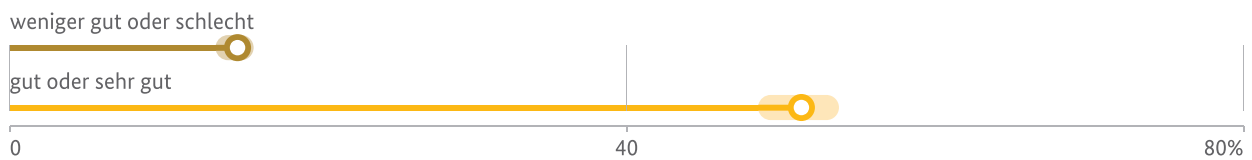
**1. Quintil (unterste Einkommen)**



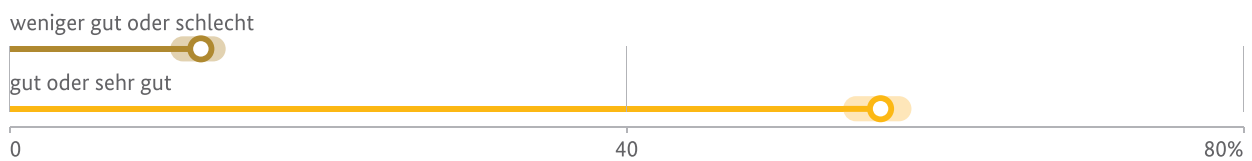
**2. Quintil**



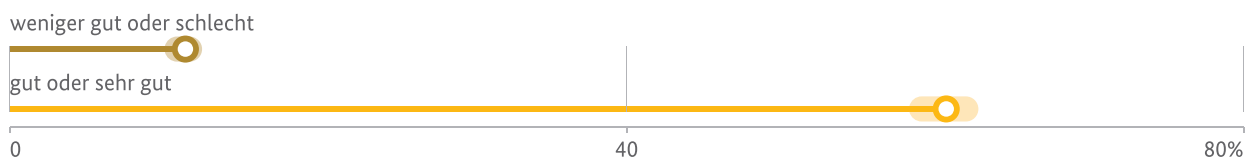
**3. Quintil**



**4. Quintil**



**5. Quintil (oberste Einkommen)**



95-Prozent-Konfidenzintervall

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1. Berücksichtigt werden Personen in Privathaushalten zwischen 20 und 64 Jahren.<sup>51</sup>

Voraussetzung für verbesserte Einkommens- und Aufstiegschancen des Einzelnen, was sich wiederum positiv auf die subjektiv eingeschätzte Gesundheit auswirkt. Altersunterschiede, Alkohol- und Nikotinkonsum sowie Persönlichkeitsmerkmale oder der Beruf und die Branche, in der eine Person arbeitet, spielen ebenfalls eine Rolle.<sup>52</sup> Dabei geht es auch um unterschiedliche körperliche und psychische Belastungen am Arbeitsplatz.

Ziel des Sozialstaates ist es, eine universelle Gesundheitsversorgung aller Menschen sicher zu stellen. Grundsätzlich haben alle Menschen in Deutschland Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung über das Krankenversicherungssystem. Klar ist: Gesundheitliche Einschränkungen sollen nicht zu Einkommensarmut führen und umgekehrt. Die gesundheitliche Versorgung des Einzelnen soll nicht von seinem Einkommen abhängig sein. Deshalb stellt das Solidarprinzip in der Krankenversicherung sicher, dass die Versorgung mit essentiellen Gesundheitsgütern in Deutschland vom Einkommen entkoppelt ist. Alle Versicherten haben einen gleichen Leistungsanspruch, ganz gleich, ob sie wenig oder viel verdienen oder ob sie krank oder gesund sind. Individuelle Zuzahlungen sind einkommensbegrenzt. Das heißt, Geringverdiener oder chronisch Kranke sind in gewissem Maß von Zuzahlungen befreit. Für Versicherte, die wegen einer chronischen Erkrankung in Dauerbehandlung sind, gilt grundsätzlich eine geringere Belastungsgrenze von nur einem Prozent der jährlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt.

Auch das Verhalten des Einzelnen beeinflusst seine Gesundheit und auch die Verhältnisse, in denen er lebt. Das Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention setzt unmittelbar in den Lebenswelten der Menschen an. Gesundheit direkt dort zu fördern, wo Menschen leben, lernen oder arbeiten berücksichtigt, dass der Alltag einen erheblichen Einfluss auf die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten des Einzelnen hat. Bislang erreichten die Präventionsangebote nicht immer diejenigen, die den größten gesundheitlichen Nutzen von den Angeboten haben. Sogenannte „aufsuchende“ Leistungen sollen sozial bedingte Ungleichheiten vermindern. Insgesamt stehen den Kranken- und Pflegekassen ab 2016 jährlich 500 Millionen Euro für Präventionsmaßnahmen zur Verfügung.

Der Indikator **Verhältnis von subjektiv eingeschätzter Gesundheit und Einkommen** zeigt den Anteil der Menschen, die ihre Gesundheit als „schlecht“, „weniger gut“, „gut“ oder „sehr gut“ einschätzen in verschiedenen Einkommensgruppen. Die Daten beziehen sich auf Personen in Privathaushalten im Alter von 20 bis 64 Jahren. Der Gesundheitszustand wird über die **subjektive Selbsteinschätzung** der Befragten erfasst. Die **Einkommensposition** wird über die Gesamtverteilung der inflationsbereinigten verfügbaren Einkommen nach Abzug von Steuern und zuzüglich staatlicher Transfers ermittelt. Datenquelle ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Die Befragung erhebt die Einkommen auf Basis einer Stichprobe.

# Gut arbeiten und gerecht teilhaben

## ■ 2. Gut arbeiten und gerecht teilhaben

„Meine Arbeit sollte Perspektive haben, ich möchte mich auf einen angemessenen Lohn und eine Zukunft in diesem Beruf verlassen können.“

aus einer Online-Antwort vom 26. September 2015

Die Vielfalt diskutierter Aspekte erstreckte sich von klassischen Arbeitnehmerinteressen wie Beschäftigungssicherheit, gute Bezahlung und Arbeitszeiten über moderne Arbeitsorganisation bis hin zur allgemeinen Zufriedenheit mit der eigenen Tätigkeit.

Auch die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ war ein häufig diskutiertes Thema, ebenso wie der Wunsch, neben der Arbeit ausreichend Zeit zu haben für persönlich wichtige Lebensbereiche. Der Aspekt „Zeit“ war den Menschen so wichtig, dass er in diesem Bericht eine eigenständige Dimension von Lebensqualität ist (vgl. Dimension „Zeit haben für Beruf und Familie“).

Als „gut“ empfinden Bürgerinnen und Bürger ihre Arbeit, wenn sowohl objektive als auch subjektive Faktoren stimmen. Eine gute Entlohnung und ein sicherer Arbeitsplatz sind demnach ebenso relevant wie ein gutes Arbeitsklima, Selbstbestimmtheit in der Arbeitsgestaltung und Zufriedenheit mit der Arbeit.

Arbeit wurde im Dialog mit viel Positivem verbunden: sich etwas leisten zu können, etwas Sinnvolles zu tun und unter Menschen zu sein. Eine Beschäftigung verbessert die Möglichkeiten, am kulturellen und gesellschaftlichen

Leben aktiv teilzunehmen.<sup>53</sup> Eine Arbeitsstelle mit einem festen Gehalt und eine solide Absicherung für den Fall einer Arbeitslosigkeit geben Menschen in der Regel Sicherheit und steigern ihre Lebenszufriedenheit, das belegen auch wissenschaftliche Studien.<sup>54</sup> Arbeitnehmer, die ihren Job als unsicher empfinden, sind in der Teilhabe am sozialen Leben benachteiligt. Viele Bürgerinnen und Bürger wiesen im Dialog darauf hin, wie wichtig es ihnen ist, „gebraucht zu werden“. Das bezogen sie auf die Arbeit, aber auch auf die Familie, Freunde oder ein Ehrenamt (vgl. Indikator *Ehrenamt* in „Zusammenhalten in Familie und Gesellschaft“). Die Fülle von Aspekten zeigt, wie wichtig Arbeit für Menschen und ihre Lebensqualität ist und wie unterschiedlich sie den Wert von Arbeit für sich definieren.

**Arbeitslosigkeit verringern: Indikator Arbeitslosenquote**

„Ich brauche die Sicherheit mich auch mal in schwierigen Zeiten auf den Staat verlassen zu können. Zum Beispiel in der Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit und bei Krankheit.“

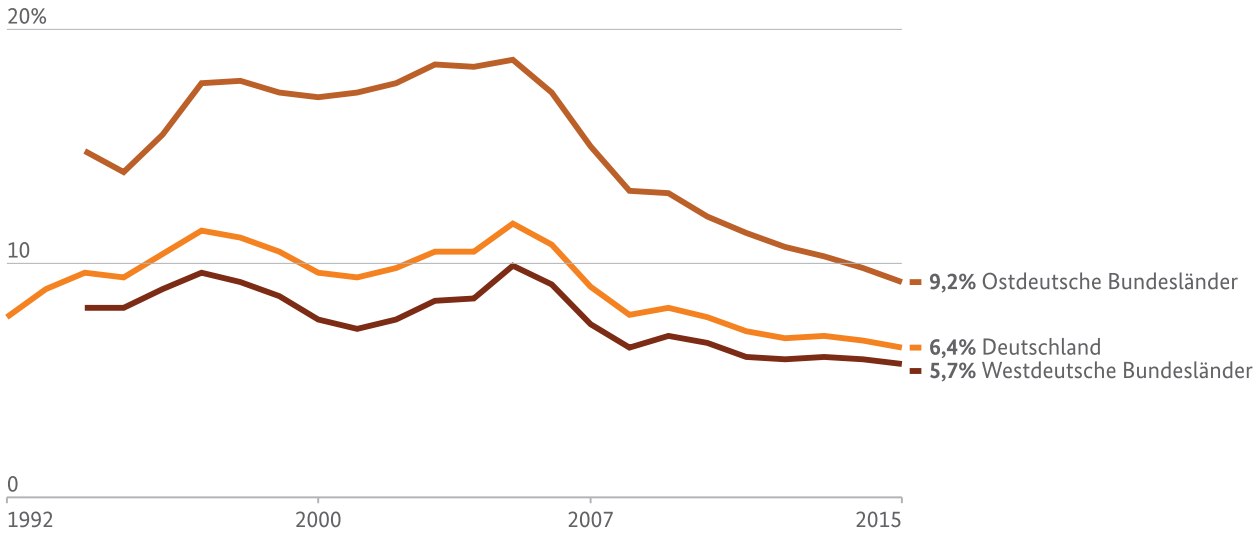
aus einer Online-Antwort vom 19. Oktober 2015

Der Schutz vor Arbeitslosigkeit war den Dialogteilnehmern sehr wichtig. Vor allem das Risiko von Langzeitarbeitslosigkeit bereitete ihnen Sorgen. Im Falle von Arbeitslosigkeit wollen sie sich auf den Sozialstaat verlassen können. Die Meinungen darüber, ob der deutsche Sozialstaat die Menschen in Deutschland ausreichend schützt, gingen auseinander. Die Mehrheit der Teilnehmer wünschten sich Jobs mit Zukunftsperspektive und eine positive wirtschaftliche Entwicklung, die neue Arbeitsplätze schafft.

Die Forschung zeigt, wie ausgesprochen negativ sich Arbeitslosigkeit auf die Lebensqualität auswirken kann.<sup>55</sup> Das Ausmaß wird von der Dauer der Arbeitslosigkeit bestimmt. Einbußen an Lebensqualität können sich über mehrere Jahre verfestigen, selbst wenn die Arbeitslosigkeit längst überwunden ist.<sup>56</sup> Die Lebenszufriedenheit von Männern wird stärker von Arbeitslosigkeit beeinträchtigt als die von Frauen.<sup>57</sup> Arbeitslosigkeit beeinträchtigt nicht nur die Betroffenen selbst, sondern auch die Angehörigen. Zahlreiche Studien haben die gesundheitlichen Folgen von Arbeitslosigkeit nachgewiesen, für die Arbeitslosen selbst<sup>58</sup>, aber auch für ihre Angehörigen<sup>59</sup>.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird mit dem Indikator **Arbeitslosenquote** gemessen. Sie gibt an, wie viele Menschen in einem Monat Arbeit suchen und bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) als arbeitslos gemeldet sind.

Abbildung 14: Entwicklung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

In den letzten 20 Jahren war die Arbeitslosenquote **starken Schwankungen** ausgesetzt (vgl. Abb. 14). Auf zwei historische Höchststände folgten deutliche Erholungen. Bei der ersten Spitze im Jahr 1997 waren fast 4,4 Millionen Männer und Frauen arbeitslos gemeldet. In den westdeutschen Ländern lag die Arbeitslosenquote damals bei knapp zehn Prozent, in den ostdeutschen bei knapp 18 Prozent. Zuvor kam es in den 1990er Jahren zu einem dramatischen Abbau von Arbeitsplätzen in den ostdeutschen Ländern infolge des Übergangs von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft. Zudem kam es in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre aufgrund der Schrumpfung des überdimensionierten Bausektors und des öffentlichen Sektors zu einem nochmaligen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Bei der zweiten Spitze im Januar 2005 überstieg die Arbeitslosenzahl die fünf Millionen-Marke, der Jahresdurchschnitt lag bei knapp 4,9 Millionen Arbeitslosen. In den ostdeutschen Ländern war fast jede fünfte Erwerbsperson (18,7 Prozent) arbeitslos, in den westdeutschen Ländern rund jede zehnte (9,9 Prozent).

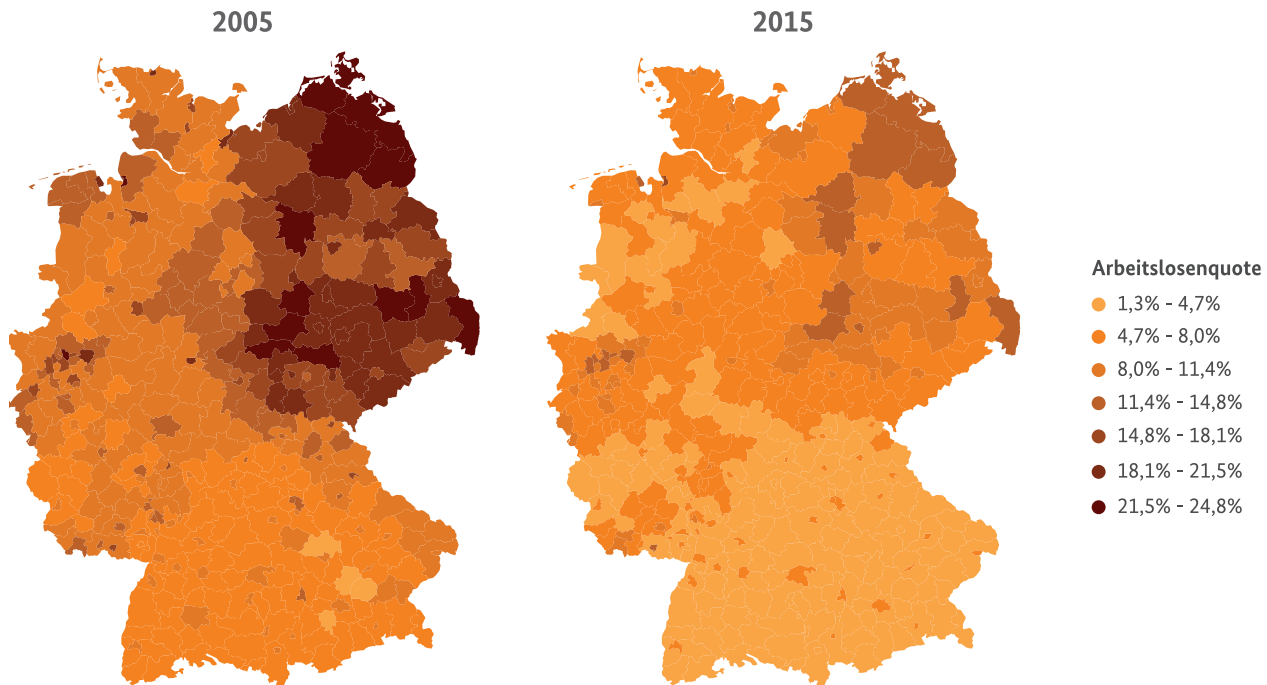
Der historische Höchstwert der Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 hat viele Ursachen: Wirtschaftliche Modernisierungs- und Investitionsrückstände, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, ein wenig dynamischer und durchlässiger Arbeitsmarkt, ineffektive Arbeitsämter und fehlende Beschäftigungsförderung bei arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern zählen dazu. Hinzu kam ganz wesentlich der statistische Effekt, dass erstmals hunderttausende Sozialhilfeempfänger in der Arbeitslosenstatistik erfasst wurden. Durch die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe erhielten sie Zugang zur aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die tiefgreifenden Strukturreformen am Arbeitsmarkt – die als Hartz-Reformen bekannten „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ – haben hier gegengesteuert. Sie gingen weit über statistische Effekte hinaus und wirkten sich in den folgenden Jahren nach und nach sehr positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Zusammen mit einer guten Wirtschaftsentwicklung und beschäftigungsorientierten Tarifabschlüssen der Sozialpartner haben sie seit zehn Jahren zu einem **deutlichen und kontinuierlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit** in den west- und insbesondere in den ostdeutschen Ländern beigetragen und die **Dynamik des Arbeitsmarktes verbessert**.

Die positive Arbeitsmarktentwicklung stellte sich als sehr robust heraus. Sie konnte selbst von der **globalen Finanzmarktkrise 2008 und 2009, die einen massiven Konjunkturunbruch nach sich zog**, nicht dauerhaft beeinträchtigt werden. Aktive arbeitsmarktpolitische Instrumente und der Europäische Sozialfonds (ESF) haben in erheblichem Maße zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes und zur Sicherung der Fachkräftebasis für den daran anschließenden Aufschwung beigetragen. Im Jahresmittel stieg die Arbeitslosenquote zwischen 2008 und 2009 nur geringfügig, um 0,34 Prozentpunkte (entspricht 156.000 Arbeitslosen mehr). Schon im nächsten Jahr sank sie wieder unter das Vorkrisenniveau, nachdem Deutschland, auch durch Investitionsprogramme und durch die beitragsfinanzierten Leistungen zur Kurzarbeit, den Einbruch erfolgreich aufgefangen hatte.<sup>60</sup> Deutschland lag damit 2010 **deutlich unter dem EU-Durchschnitt** von 9,6 Prozent.<sup>61</sup>

2015 suchten im Jahresdurchschnitt noch 2,8 Millionen Menschen Arbeit (6,4 Prozent). In den westdeutschen Ländern lag die Arbeitslosenquote bei 5,7 Prozent, in den ostdeutschen bei 9,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote hat sich seit dem historischen Höchststand 2005 fast halbiert und lag auf dem niedrigsten Niveau seit fast 25 Jahren.

Bedeutsamer als die Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Ländern sind heute regionale Unterschiede (vgl. Abb. 15). Im Jahresdurchschnitt 2015 reichte die Spannweite von einer Arbeitslosenquote von 15,1 Prozent in der Stadt Bremerhaven bis zu einer Quote von 1,3 Prozent im Landkreis Eichstätt. Im Vergleich hatte der Landkreis Uecker-Randow 2005 die höchste Arbeitslosenquote mit 27,6 Prozent. Der Landkreis Freising hatte mit 4,3 Prozent die geringste Arbeitslosenquote.

Abbildung 15: Regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit in Deutschland auf Kreisebene 2005 und 2015



Quelle: Laufende Raumbewertung des BBSR, Bundesagentur für Arbeit.

Ein besonderes Augenmerk der Politik liegt auf der Bekämpfung der **Jugend- sowie der Langzeitarbeitslosigkeit**. Arbeitslosigkeit am Anfang der Erwerbskarriere hat für viele Betroffene langfristige Konsequenzen. Dazu zählen ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko im Erwachsenenalter, geringere Verdienstmöglichkeiten und gesundheitliche Probleme.<sup>62</sup>

Der Einstieg junger Menschen ins Erwerbsleben hat sich in den letzten Jahren **verbessert**. Der Anteil der 15- bis 24-jährigen Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt 2015 bei 5,3 Prozent und damit deutlich unter der Gesamtquote von 6,4 Prozent. Im Vergleich dazu lag die Quote 2008 noch bei sieben Prozent (vgl. Abb. 16).

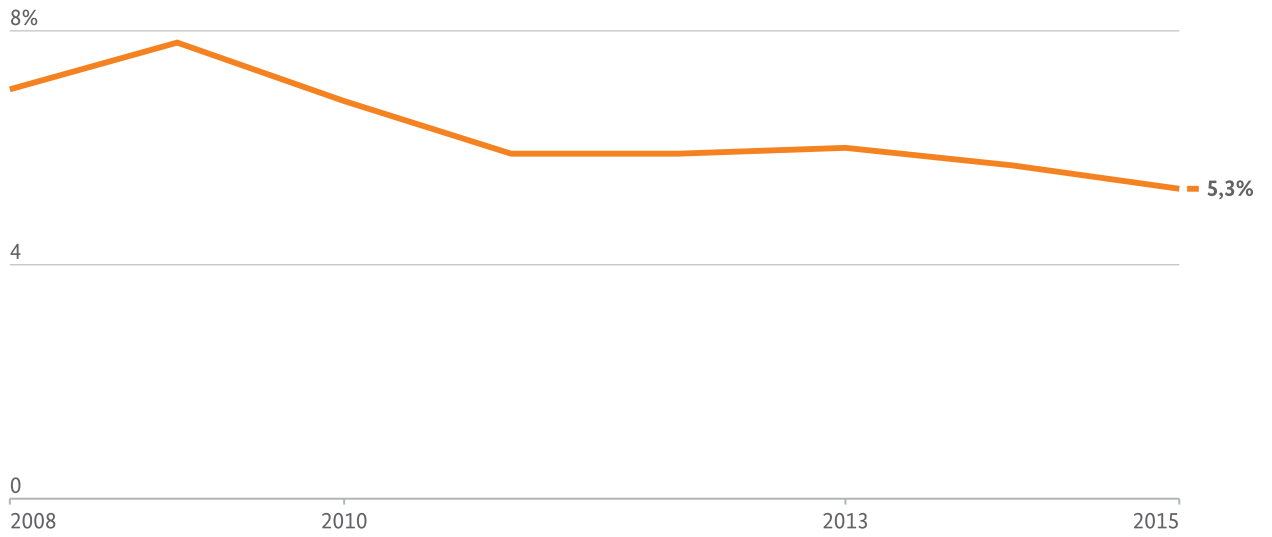
In Deutschland leistet insbesondere das betriebliche **duale Ausbildungssystem** einen wesentlichen Beitrag zum wirksamen Schutz gegen Jugendarbeitslosigkeit. In vielen Ländern der Europäischen Union (EU) hingegen hat die globale Finanzkrise die Arbeitsmarktchancen junger Menschen noch einmal massiv verschlechtert. Das Wachstum der Wirtschaft blieb gering, Investitionen sind eingebrochen und haben das Vorkrisenniveau noch nicht wieder er-

reicht. 2011 lag die Jugendarbeitslosigkeit in Ländern wie Spanien oder Griechenland bei über 40 Prozent.<sup>63</sup> Viele Länder haben daher großes Interesse am deutschen Ausbildungssystem gezeigt.

Von **Langzeitarbeitslosigkeit** spricht man, wenn Arbeitslose ein Jahr oder länger durchgehend arbeitslos gemeldet sind. Neben den damit verbundenen ökonomischen Risiken durch den Einkommensverlust sind vor allem die gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen erheblich.<sup>64</sup> Die Zahl der Langzeitarbeitslosen erreichte 2006 ihren Höchstwert und ist seitdem um rund 800.000 gesunken (vgl. Abb. 17). Der relative Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit ist damit etwas stärker ausgeprägt als der Rückgang der Gesamtarbeitslosigkeit. Daher ist auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen seit seinem Höchststand in 2007 (46,1 Prozent) etwas gesunken. Das wird auch auf die Hartz-Reformen zurückgeführt.<sup>65</sup> Dennoch waren 2015 bundesweit durchschnittlich immer noch etwas mehr als eine Million Menschen betroffen. Mehr als jeder dritte Arbeitslose (37,2 Prozent) ist langzeitarbeitslos. Auch hier zeigen sich große regionale Unterschiede.

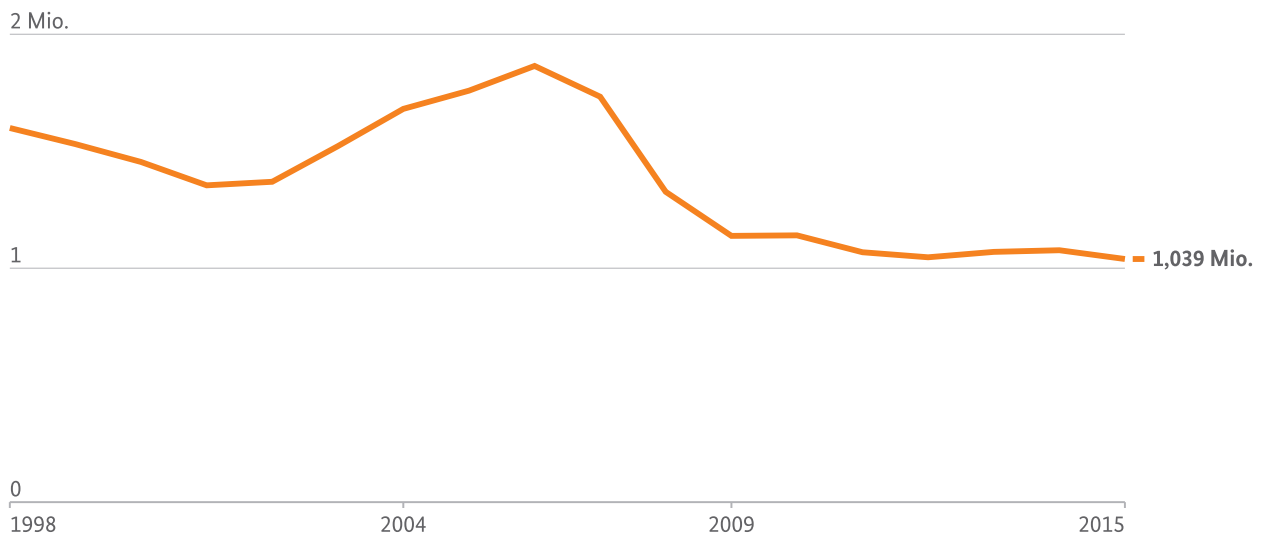


Abbildung 16: Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 17: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist seit jeher eine Kernpriorität aller Bundesregierungen. Die weitreichenden Reformen der Jahre 2003 bis 2005 waren hierbei insgesamt erfolgreich. Die Bundesregierung setzt ihre Bemühungen kontinuierlich fort. 2014 hat der Bund mit dem Konzept „Chancen eröffnen - soziale Teilhabe sichern“ zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit verschiedene Maßnahmen und zwei spezielle Programme für Langzeitarbeitslose im Rechtskreis der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zweites Sozialgesetzbuch – SGB II) aufgelegt. An dem Bundesprogramm des ESF zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem SGB II auf den allgemeinen Arbeitsmarkt sollen rund 23.000 Personen teilnehmen. Das Programm wird mit rund 770 Millionen Euro aus ESF- und Bundesmitteln finanziert. Mit dem Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ sollen primär zwei Personengruppen erreicht werden: Menschen, die wegen gesundheitlicher Einschränkungen besonderer Förderung

bedürfen, und Menschen, die mit Kindern in der Bedarfsgemeinschaft zusammenleben. Hiermit fördert der Bund rund 15.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bis Ende 2018 und stellt dafür 600 Millionen Euro bereit. Langzeitarbeitslose werden außerdem von den wohnortnahen Jobcentern in sogenannten Netzwerken ABC (Aktivierung, Beratung und Chancen) unterstützt, um ihre Chancen bei der Jobsuche zu verbessern.

Alle Maßnahmen folgen dem Prinzip „**Fördern und Fordern**“: Jeder hat einen Anspruch auf Unterstützung und Förderung, um den Einstieg bzw. Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Die Allgemeinheit, die über Steuern die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende finanziert, kann jedoch auch fordern, dass der Arbeitslose seinen Teil leistet.

Der Indikator **Arbeitslosenquote** stellt den Anteil derjenigen Menschen an allen zivilen Erwerbspersonen dar, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen bzw. eine weniger als 15 Wochenstunden umfassende Beschäftigung ausüben, die Arbeit suchen und das bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet haben.<sup>66</sup>

**Zivile Erwerbspersonen** sind Arbeitssuchende und alle Erwerbstätige, also auch Selbstständige. Berücksichtigt werden in dieser Statistik Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben.

**Arbeitslose** sind Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen bzw. eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, eine versicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden suchen, den Vermittlungsbemühungen der BA zur Verfügung stehen und sich bei der BA arbeitslos gemeldet haben.

**Arbeitssuchende** sind Personen, die eine Beschäftigung als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer suchen. Dies gilt auch, wenn sie bereits eine Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit ausüben.

■ **Allen Menschen die Teilnahme am Arbeitsleben ermöglichen: Indikator Erwerbstätigenquote**

„Wichtig ist Arbeit und Aufgabe bis ins hohe Alter für alle Menschen. Jeder Mensch sollte das Gefühl haben, gebraucht zu werden.“

aus dem Bürgerdialog der Lebenshilfe  
in Kellinghusen am 27. April 2015

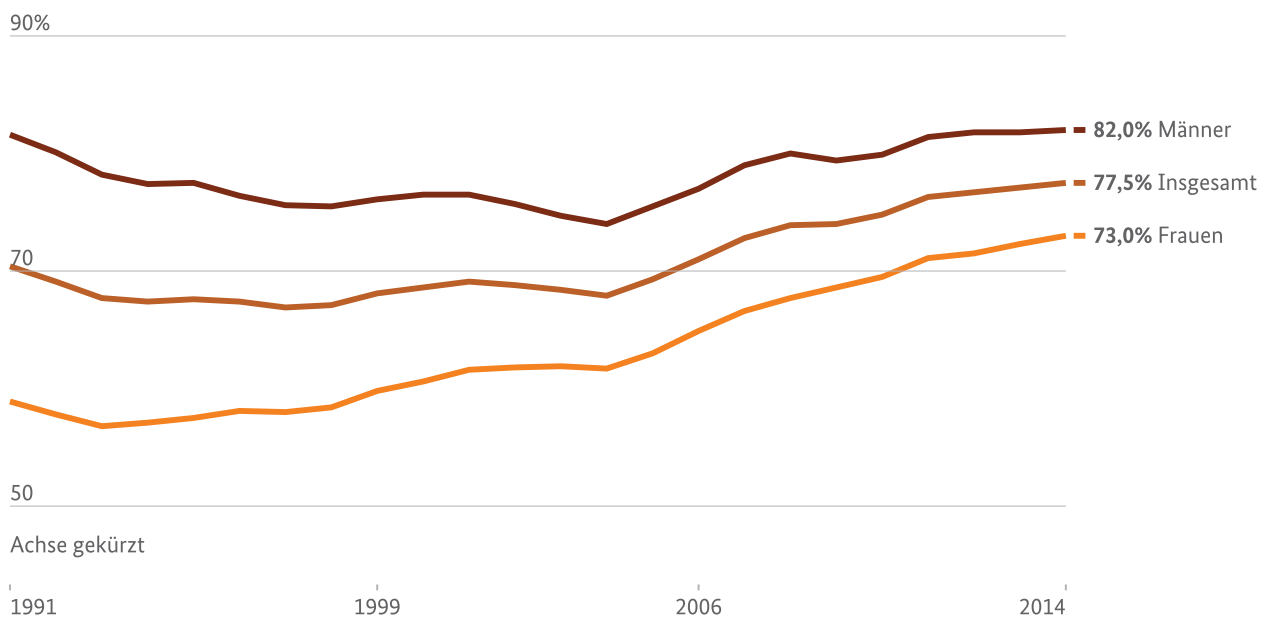
Alle Menschen in Deutschland sollen die Möglichkeit haben, am Arbeitsleben teilzunehmen. Das war den Teilnehmern im Bürgerdialog wichtig. **Chancengleichheit** war dabei einer der wichtigsten Aspekte der Diskussionen zum Thema Arbeit. Der Arbeitsmarkt soll Jedem und Jeder vergleichbare berufliche Chancen und Perspektiven eröffnen, gleich welchen Alters, Geschlechts und Herkunft.

Der etablierte Gradmesser für die Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt ist die **Erwerbstätigenquote**. Sie lässt sich differenzieren für Altersgruppen, Geschlecht, Migrations-

hintergrund und Behinderung darstellen. In Ergänzung zur Arbeitslosenquote weitet die Erwerbstätigenquote die Perspektive. Sie reflektiert die grundsätzliche Entscheidung von Menschen am Erwerbsleben teilzunehmen.

Seit der Wiedervereinigung ist die Erwerbstätigenquote von 70,4 Prozent auf 77,5 Prozent gestiegen (vgl. Abb. 18). Das heißt konkret: Fast vier von fünf Menschen in Deutschland im Alter von 20 bis 64 Jahren sind erwerbstätig. Diese Entwicklung ist vor allem auf den Anstieg der **Erwerbsbeteiligung von Frauen** in den westdeutschen Ländern zurückzuführen, die sich dem höheren Niveau in den ostdeutschen Ländern angenähert hat. Das hat auch mit immer mehr und höheren Bildungsabschlüssen von Frauen zu tun. Zudem wurde für Frauen eine eigenständige Erwerbstätigkeit und Existenzsicherung immer wichtiger. Während die Erwerbstätigkeit der Männer in Deutschland nach einem Abfall bis zum Jahr 2004 erst 2012 wieder über dem Niveau von 1991 war, ist die Erwerbstätigkeit der Frauen seit 1991 um rund 14 Prozentpunkte gestiegen.

Abbildung 18: Entwicklung der Erwerbstätigenquote der 20–64-Jährigen nach Geschlecht



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Bund, Länder und Kommunen unterstützen die Berufstätigkeit von Frauen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung (vgl. Indikator *Kinderbetreuungsquote* in „Zeit haben für Familie und Beruf“).

In diese Richtung wirken auch das Elterngeld, das Elterngeld Plus sowie das Mutterschutzgesetz. Das Elterngeld und das Elterngeld Plus ermöglichen Eltern nach der Geburt eines Kindes vorübergehend die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen. Das Elterngeld Plus bietet die Möglichkeit, den Elterngeldbezug zu verlängern und gleichzeitig einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Die BA bietet zudem Beratungsprogramme für Berufsrückkehrerinnen. Der gesetzliche Mutterschutz hat die Aufgabe, die in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehende (werdende) Mutter und ihr Kind vor Gefährdungen der Gesundheit sowie vor Überforderung am Arbeitsplatz, vor finanziellen Einbußen und vor dem Verlust des Arbeitsplatzes während der Schwangerschaft und einige Zeit nach der Geburt zu schützen.

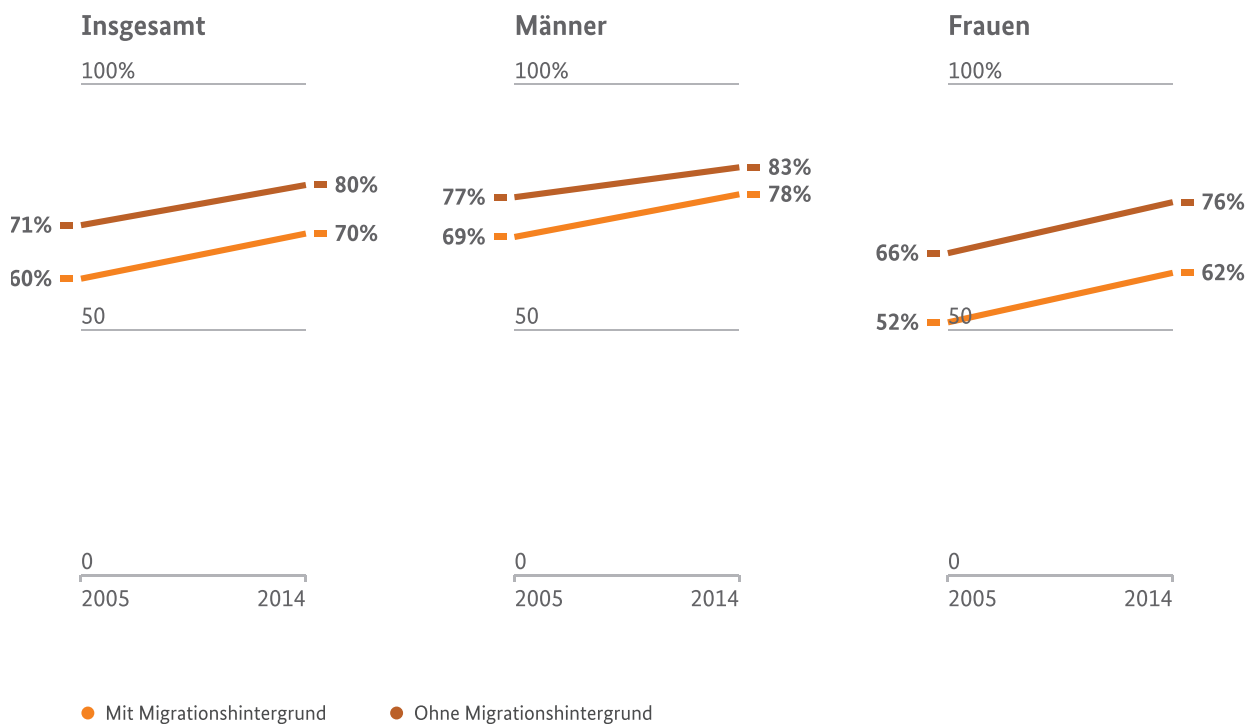
Auch Ältere sind in viel größerem Umfang erwerbstätig. In der Altersgruppe von 55 bis 64 Jahren gibt es heute

rund drei Millionen mehr Erwerbstätige als 2000. Von den 60- bis 64-Jährigen sind heute rund 52 Prozent erwerbstätig; 2005 waren es nur rund 28 Prozent. Die Erwerbsbeteiligung älterer Frauen hat besonders zugenommen, zugleich hat der Anteil älterer Frauen ohne Berufsausbildung weiter abgenommen.

Die Zahlen belegen, dass auch **Menschen mit Migrationshintergrund** von der guten Arbeitsmarktentwicklung profitiert haben. Zwischen 2005 und 2014 stieg deren Erwerbstätigenquote deutlich – von rund 60 auf 70 Prozent. Es bleibt aber immer noch eine erhebliche Lücke zu den Personen ohne Migrationshintergrund, für die die Erwerbstätigenquote 2014 bei rund 78 Prozent lag (vgl. Abb. 19).

Auch zeigen sich bei den Menschen mit Migrationshintergrund deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Erwerbstätigenquote der Männer mit Migrationshintergrund liegt mit 78 Prozent nur fünf Prozentpunkte unter der Erwerbstätigenquote der Männer ohne Migrationshintergrund. Frauen mit Migrationshintergrund erreichen lediglich eine Erwerbstätigenquote von rund 62 Prozent im Vergleich zu 76 Prozent bei den Frauen ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 19: Entwicklung der Erwerbstätigenquote nach Migrationshintergrund



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Das von der Bundesregierung geförderte „Netzwerk Integration durch Qualifizierung“ unterstützt seit 2005 die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt, etwa indem Migranten zur Anerkennung ihrer Qualifikationen beraten und so in bildungsadäquate Beschäftigung gebracht werden. Das Netzwerk umfasst mittlerweile 16 Landesnetzwerke und 365 Teilprojekte.<sup>67</sup>

Eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt hat mit dem starken **Flüchtlingszuzug in jüngster Vergangenheit** an Bedeutung gewonnen. Der Einfluss der Zuwanderung auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird zunehmend sichtbar werden und für einige Jahre sichtbar bleiben. Denn die Integration von Flüchtlingen wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Umso bedeutsamer sind wirksame Maßnahmen, um die Asylverfahren zu beschleunigen und Flüchtlinge bei der Arbeitsmarktintegration passgenau zu unterstützen und auf diese Weise ihre Einkommen zu erhöhen und somit auch die staatlichen Haushalte zu entlasten. Die Forschung betont viele Faktoren, vor allem die Förderung des Spracherwerbs, Bildung und berufliche Ausbildung sowie die Anerkennung etwaiger beruflicher Abschlüsse.<sup>68</sup>

Das Modellprojekt „Early Intervention“ richtete sich an Flüchtlinge. Ziel des Programms war es, früh die Potentiale von Geflüchteten für den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu erkennen und sie bereits im laufenden Asylverfahren in Maßnahmen zur **Arbeitsmarktintegration** einzubeziehen. Im Rahmen des Integrationsgesetzes, das am 6. August 2016 in seinen wesentlichen Teilen in Kraft getreten ist, werden u.a. 100.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten geschaffen, um Flüchtlinge an den deutschen Arbeitsmarkt heranzuführen. Die Umsetzung erfolgt durch ein befristetes Arbeitsmarktprogramm, das von der BA verwaltet wird.

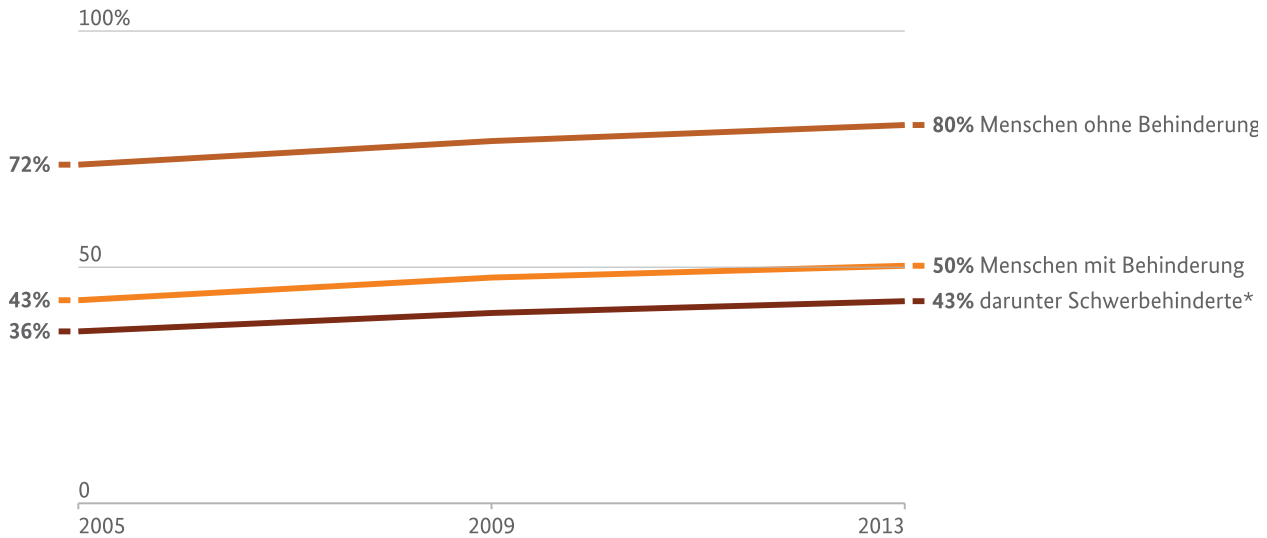
Darüber hinaus werden mit dem Integrationsgesetz bestimmte Instrumente der Arbeitsförderung in Abhängigkeit von Aufenthaltsstatus und Voraufenthaltsdauer befristet geöffnet und für Geduldete wie für Ausbildungsbetriebe mehr Rechtssicherheit für die Dauer der Berufsausbildung und nach erfolgreichem Abschluss einer qualifizierten Ausbildung für den anschließenden Berufseinstieg geschaffen.

Die Integration der geflüchteten Menschen geht über die Arbeitsmarktintegration hinaus. **Gesellschaftliche Integration** trägt dazu bei, dass Zuwanderer ihre neue Umgebung verstehen und dass sie hier verstanden werden. Vor diesem Hintergrund sind der Erwerb der deutschen Sprache, die Vermittlung von Werten und entsprechender Verhaltensweisen unerlässliche Voraussetzungen, um Integration erfolgreich zu gestalten. Je früher Integration beginnt, umso erfolgreicher kann sie sein. Die Integrationskurse sind das staatliche Kernangebot. Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz und dem Integrationsgesetz wurden die Verpflichtungsmöglichkeiten ausgeweitet und ein frühzeitiger Spracherwerb bereits während des Asylverfahrens für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive sichergestellt.

Die Erwerbsbeteiligung von **Menschen mit Behinderung** ist seit mehr als zehn Jahren ebenfalls deutlich gestiegen, von 2005 bis 2013 um rund sieben Prozentpunkte (vgl. Abb. 20).<sup>69</sup> Auch hier bleibt es eine wichtige Aufgabe, den großen Abstand zu Menschen ohne Behinderung (rund 50 zu 80 Prozent) zu verringern. Bei Männern und Frauen mit einer Schwerbehinderung (Grad der Behinderung 50 Prozent und höher) liegt die Erwerbstätigenquote nur bei 43 Prozent. Hier gab es zwischen 2005 und 2013 eine Steigerung um gut sechs Prozentpunkte.

Das Bundesteilhabegesetz wird deshalb die bestehenden Förderprogramme erheblich ergänzen. Ziel ist u. a., erwerbstätigen Menschen mit Behinderung mehr Wahlmöglichkeiten zwischen speziellen Werkstätten und dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu geben. Ziel der Bundesregierung ist insbesondere, mehr Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Der erste Arbeitsmarkt meint diejenigen Arbeitsverhältnisse, die nicht von staatlicher Seite gefördert werden.

Abbildung 20: Entwicklung der Erwerbstätigenquote von Menschen mit und ohne Behinderung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus. \*Grad der Behinderung: 50 Prozent oder höher.

Die **Erwerbstätigenquote** erfasst den Anteil der erwerbstätigen 20- bis 64-Jährigen an der Bevölkerung, die mindestens eine Stunde in der Woche einer Tätigkeit nachgehen, um damit Geld zu verdienen.

In den meisten Statistiken bezieht sich die Erwerbstätigenquote auf den Anteil der 15- bis 64-Jährigen. Die hier vorgenommene Anpassung der Altersgrenzen hat den Grund, dass 15- bis Unter-20-Jährige in der Regel noch in Ausbildung sind und dem Arbeitsmarkt daher noch nicht zur Verfügung stehen.

Daten zur Situation von Menschen mit Behinderung werden nur alle vier Jahre, zuletzt 2013, erhoben.

■ **Beschäftigungsformen:** Indikator Normalarbeitsverhältnisse und atypische Beschäftigung

„Ich gehöre zu den eher jüngeren Menschen (21) und habe unheimliche Zukunftsängste. Man hört [...] nur noch von befristeten Jobs mit keinerlei Chance auf ein sicheres Dasein bei einem Unternehmen.“

aus einer Online-Antwort vom 21. September 2015

Der Arbeitsmarkt soll aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger ausreichend viele sichere Arbeitsplätze bieten. Wenn unsichere Arbeitsverhältnisse zu einem Dauerzustand werden, wird dies von den Meisten als belastend empfunden. Dementsprechend wurde die Verbreitung von befristeten Arbeitsverträgen oder Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse kritisiert.

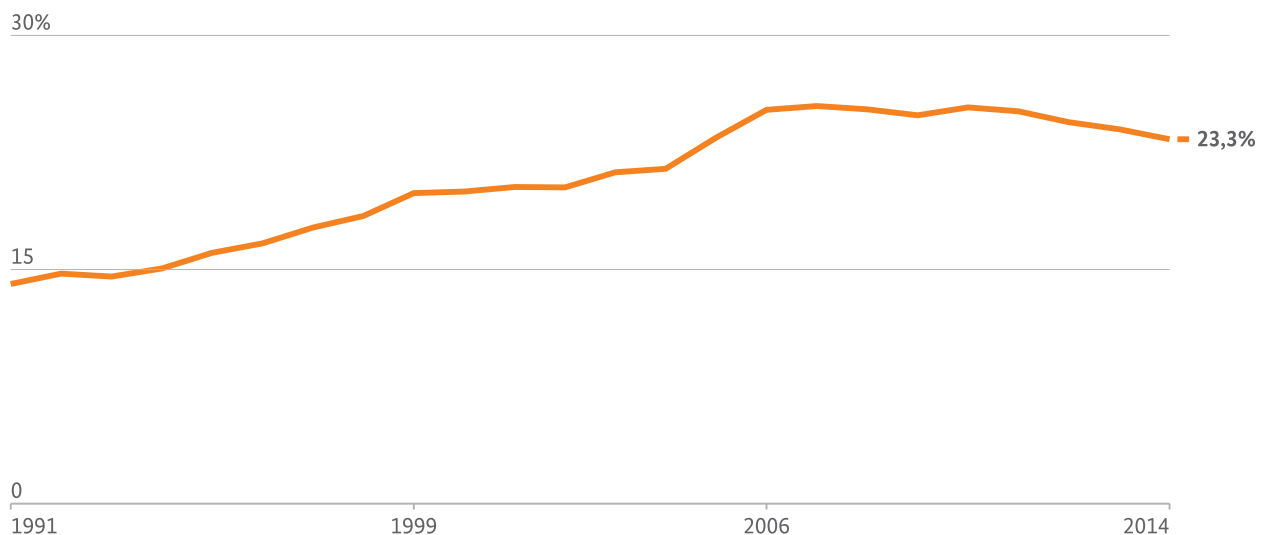
Der Oberbegriff „**atypische Beschäftigung**“ fasst ganz unterschiedliche Beschäftigungsformen zusammen: Befristete Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung, Teilzeitbeschäftigung bis zu 20 Wochenstunden und Zeitar-

beit. Eine atypische Beschäftigung ist teils frei gewählt, teils in Kauf genommen als Einstieg in den Arbeitsmarkt, und teils unfreiwillig.

Befristete Beschäftigung ist bspw. im Hochschulbereich verbreitet für die Zeit zwischen Studienabschluss und Promotion. Minijobs als Form der geringfügigen Beschäftigung sind gerade bei Studenten, Rentnern und Frauen beliebt, die keine Voll- oder Teilzeitstelle suchen und sich etwas dazu verdienen wollen. Insbesondere Frauen arbeiten oft freiwillig in Teilzeit, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Sie würden aber häufig eine höhere Stundenzahl wählen als ihnen angeboten wird.

Andere sind unfreiwillig in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Sie nehmen dies in Kauf, da dies eine Brücke in ein Normalarbeitsverhältnis sein kann.<sup>70</sup> Auch staatlich geförderte Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit sind meistens ein erfolgreicher Schritt in eine langfristige Erwerbstätigkeit.<sup>71</sup> Selbständige Existenzgründer werden aber nicht als atypisch Beschäftigte erfasst, da sie nicht zu der Gruppe der abhängig Beschäftigten zählen.

Abbildung 21: Entwicklung des Anteils atypischer Beschäftigung an abhängiger Beschäftigung



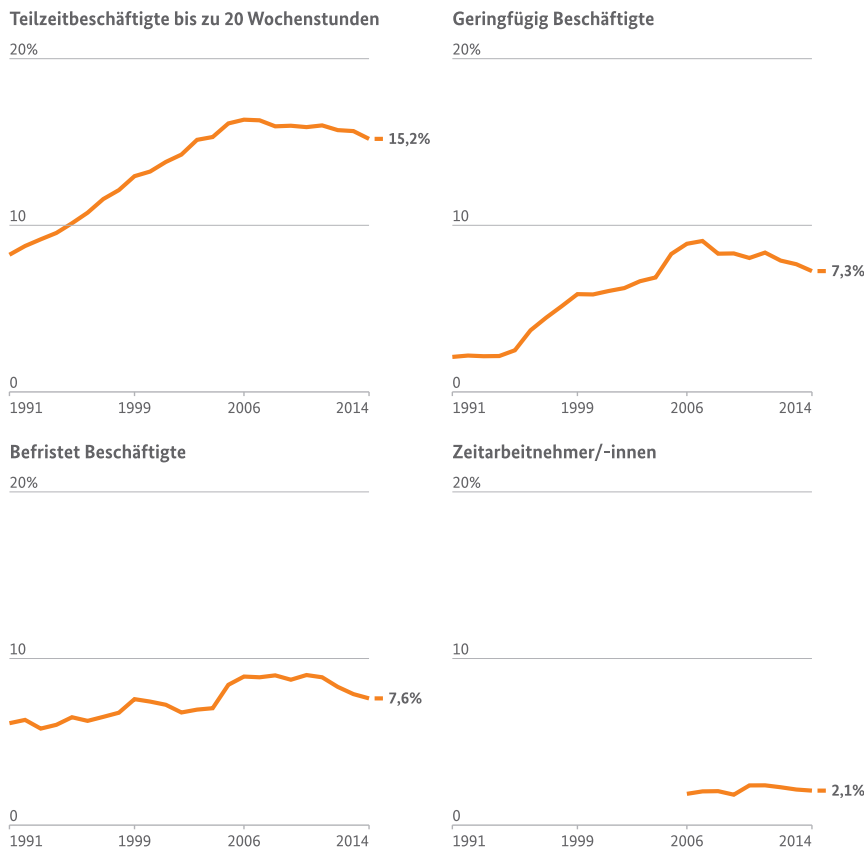
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Studien zeigen deutliche **Unterschiede** zwischen atypisch Beschäftigten und Beschäftigten mit einem Normalarbeitsverhältnis: In atypischen Beschäftigungsverhältnissen können die Löhne niedriger sein; atypisch Beschäftigte nehmen seltener an betrieblicher Weiterbildung teil und haben weniger stabile Erwerbskarrieren. Problematisch wird es, wenn es zu langen Phasen in atypischer Beschäftigung kommt. Dies geht häufig mit erhöhten Armutsrisiken einher – im Erwerbsleben, aber auch im Rentenalter.<sup>72</sup> Dann kann atypische Beschäftigung ein Risiko für die Lebensqualität der Betroffenen darstellen.<sup>73</sup> Generell ist die empfundene **Lebenszufriedenheit** in atypischen Arbeitsverhältnissen im Schnitt geringer.<sup>74</sup> Die Lebenszufriedenheitsforschung nennt insbesondere Zeitarbeit, die mit signifikant niedrigerer Zufriedenheit einhergeht. Sie ist aber **höher als im Falle von Arbeitslosigkeit**.<sup>75</sup>

Wie sich das Verhältnis unterschiedlicher Beschäftigungsformen zueinander entwickelt, wird über den **Vergleich von Normalarbeitsverhältnissen und atypischer Beschäftigung** im deutschen Arbeitsmarkt abgebildet. In Deutschland gab es 2014 insgesamt etwa 36 Millionen Erwerbstätige im Alter von 20 bis 64 Jahren. Von diesen waren rund 3,7 Millionen selbständig und rund 31,9 Millionen abhängig beschäftigt. Der Anteil der atypisch Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten betrug 2014 rund 23,3 Prozent. Seit einem Höchststand 2007 mit rund 25,5 Prozent der Beschäftigten ist dieser Anteil gesunken (vgl. Abb. 21).

2014 waren rund 4,8 Millionen Personen in Teilzeit, 2,4 Millionen befristet und 2,3 Millionen geringfügig beschäftigt. Im Vergleich dazu gab es mit etwa 661.000 Personen nur relativ wenige Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer. Das sind 1,8 Prozent aller Erwerbstätigen bzw. 2,1 Prozent aller abhängig Beschäftigten (vgl. Abb. 22).

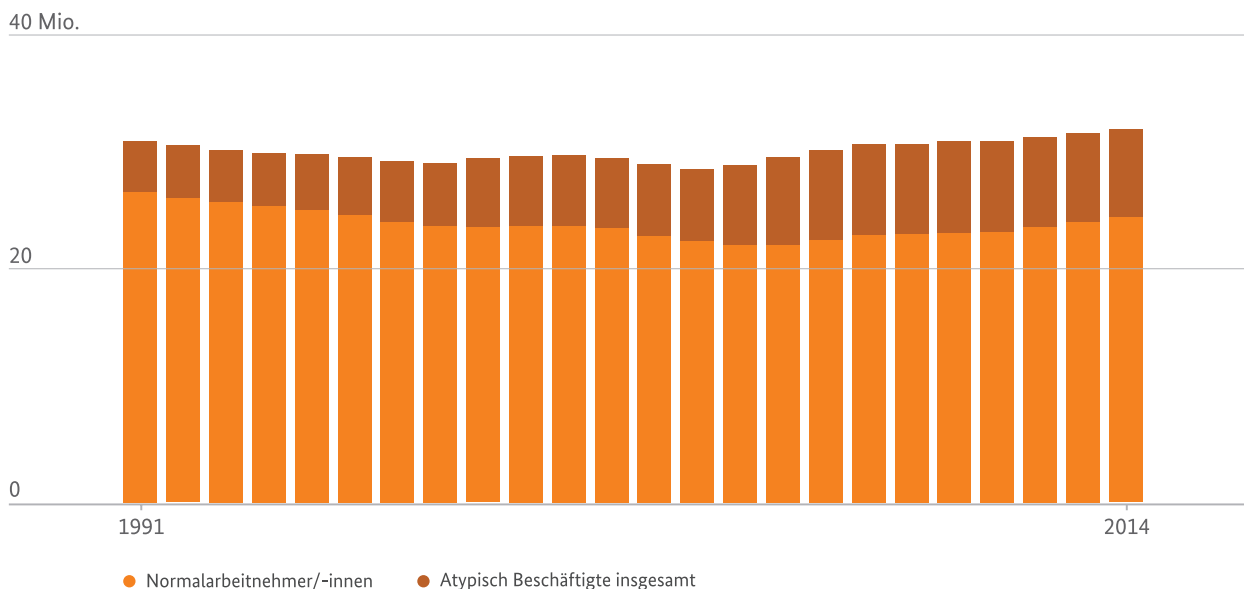
Abbildung 22: Entwicklung des Anteils der unterschiedlichen Formen atypischer Beschäftigung an abhängiger Beschäftigung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus. Es gilt zu beachten, dass die verschiedenen Formen von atypischer Beschäftigung nicht trennscharf sind und atypisch Beschäftigte doppelt gezählt werden können, bspw. wenn eine Person in Teilzeit arbeitet und befristet beschäftigt ist.



Abbildung 23: Anzahl atypisch und normal Beschäftigter 1991 bis 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

**Sowohl die atypische als auch die Normalbeschäftigung** sind seit 2000 in Deutschland **gewachsen** (vgl. Abb. 23).

Die Anzahl der atypisch Beschäftigten stieg zwischen 2000 und 2014 von rund 5,9 auf 7,5 Millionen Personen. Der Höchststand wurde 2010 mit rund 7,9 Millionen erreicht. Seitdem ist ein leichter Rückgang zu beobachten. Die Anzahl Normalbeschäftigter stieg zwischen 2000 und 2014 von 23,7 auf 24,5 Millionen. Ein Anstieg atypischer Beschäftigung allein auf Kosten der Normalarbeitsverhältnisse lässt sich nicht nachweisen.

Atypische Beschäftigungsformen sind bei Frauen deutlich häufiger verbreitet als bei Männern (vgl. Abb. 24). Das liegt nicht an Befristungen, hier gibt es keine Unterschiede. Es liegt vor allem an Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung, in der mehr Frauen tätig sind. Männer sind im Vergleich zu Frauen häufiger als Leiharbeiter tätig.

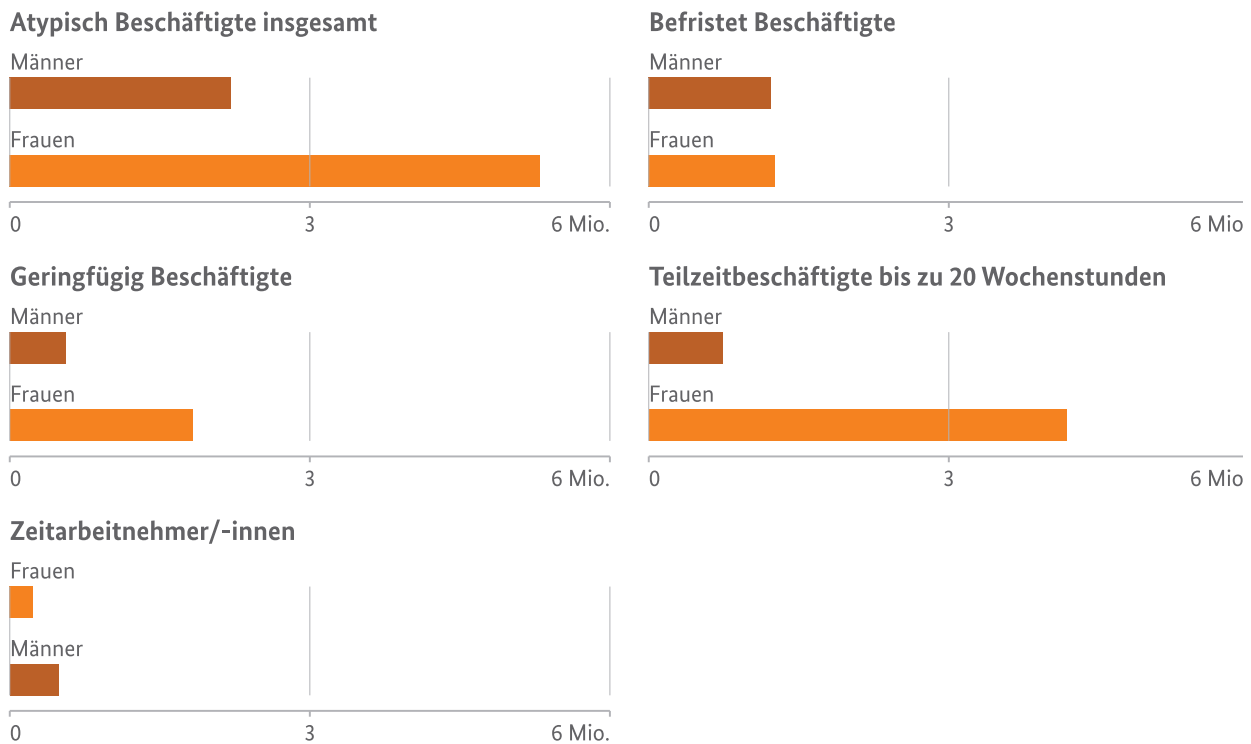
Viele Frauen in Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung **wollen mehr arbeiten**, wobei meist gar nicht einmal eine Vollzeitstelle angestrebt wird.<sup>76</sup> Teilzeit und Minijobs bieten Frauen zwar oftmals die nötige Flexibilität, um Erwerbstätigkeit und Familie miteinander vereinbaren zu können. Zu lange Erwerbsphasen in Teilzeit und geringfügiger

Beschäftigung verschlechtern aber langfristig die Einkommenschancen und erhöhen das Armutsrisiko, insbesondere im Falle von Scheidung und im Alter (vgl. Indikator *Armutsrisikoquote* in „Ein sicheres Einkommen“).

Während Männer sich insbesondere zu Beginn (Schüler, Studenten) und am Ende des Erwerbslebens (Altersteilzeit, Rentner) für Teilzeit entscheiden, ist Teilzeitarbeit bei Frauen in allen Altersgruppen vertreten, insbesondere in den Jahren nach der Familiengründung. Der wichtigste Grund für die Reduzierung der Arbeitszeit ist die Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen, wobei nur jede fünfte Frau eine unbefriedigende Betreuungssituation als Grund für Teilzeit nennt. Weitere Gründe sind persönliche oder familiäre Verpflichtungen sowie Schulausbildung, Aus- und Fortbildung oder Studium. Auch kann Krankheit oder die Situation, dass keine Vollzeittätigkeit gefunden wird, Grund für eine Teilzeittätigkeit sein. Nicht zuletzt sind die Anreizwirkungen im System der Steuern und Sozialbeiträge relevant und zu beachten, um eine Aufnahme oder Ausweitung der Beschäftigung zu erreichen.

Arbeitsmarktreformen, insbesondere die „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, die sogenannten Hartz-Gesetze, haben maßgeblich zum Rückgang der

Abbildung 24: Atypische Beschäftigungsformen nach Geschlecht 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Arbeitslosigkeit und Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beigetragen. Allerdings ging ein Teil des Beschäftigungsanstiegs auch mit einer Zunahme atypischer Beschäftigung einher. Zudem entstanden im Zuge der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes Regulierungslücken. Die Bundesregierung hat diese aufgegriffen und bspw. 2016 ein Gesetz auf den Weg gebracht, um die Arbeitnehmerüberlassung (d.h. Leiharbeit bzw. Zeitarbeit) auf ihre Kernfunktionen zu orientieren und Missbrauch von Werkvertragsgestaltungen zu verhindern.

Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Berufsabschluss ihre Beschäftigungschancen verbessern können, engagiert sich der Bund in der **Weiterbildung gering qualifizierter Menschen**. Unter anderem ist am 1. August 2016 das „Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung“ in Kraft getreten, das den Zugang zur beruflichen Weiterbildung insbesondere für gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Langzeit-

arbeitslose verbessert. Dem dient u.a. die Förderung des Erwerbs von Grundkompetenzen, die Verlängerung der Dauer von Maßnahmen bei einem Arbeitgeber für die bessere Eignungsfeststellung und die Einführung einer Weiterbildungsprämie bei Bestehen von Zwischen- und Abschlussprüfungen. Zudem wurde die „Spätstarter-Initiative“ der BA zur beruflichen Nachqualifizierung von jungen Menschen ohne Berufsabschluss zum 1. August 2016 fortentwickelt und verlängert. Darüber hinaus werden in einem gemeinsamen Projekt der BA und ausgewählten Zeitarbeitsunternehmen Möglichkeiten erprobt, wie Geringqualifizierte zu einem anerkannten Berufsabschluss geführt werden können.

Mit dem Programm Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer (WeGebAU) in Unternehmen fördert die BA seit 2006 die Weiterbildung von vor allem älteren sowie von geringfügig Beschäftigten insbesondere in kleinen und mittelgroßen Unternehmen. Das Programm IFLAS (Initiative zur Flankierung des

Strukturwandels) ermöglichte 2015 30.000 gering qualifizierten Arbeitslosen und Wiedereinsteigern den Erwerb anerkannter Berufsabschlüsse bzw. Teilqualifikationen.

pflichtige Beschäftigung. Menschen, deren Lohn nicht ausreicht für einen angemessenen Lebensstandard, hilft die Bundesregierung durch die **Aufstockung der Einkommen**.

Zudem berät die BA kleine und mittelgroße Unternehmen zu **familienorientierter Personalpolitik**, insbesondere zu Chancen von Teilzeitberufsausbildungen und lohnenswerter Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungs-

Der Indikator **Normalarbeitsverhältnisse und atypische Beschäftigung** misst den Anteil der Menschen, die in diesen Beschäftigungsformen tätig sind.

Laut Statistischem Bundesamt umfasst **atypische Beschäftigung** befristet und geringfügig Beschäftigte (Minijobs), Teilzeitbeschäftigte (bis zu 20 Wochenstunden) und Zeitarbeit. Im Gegensatz dazu wird eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung außerhalb der Zeitarbeit als ein „Normalarbeitsverhältnis“ bezeichnet.

Bei den verschiedenen Formen atypischer Beschäftigung sind **Doppelzählungen** enthalten, z. B. wenn eine Person in Teilzeit weniger als 20 Stunden im Rahmen eines befristeten Arbeitsvertrages arbeitet. Die Anzahl der atypisch **Beschäftigten** insgesamt ist daher **geringer** als die Summe aus den verschiedenen Formen atypischer Beschäftigung.

Wie bei der Erwerbstätigkeit beziehen sich die Zahlen zu Normalarbeitsverhältnissen und atypischer Beschäftigung auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.

**Gut entlohnte Arbeit: Indikator Reale Nettolöhne und -gehälter**

„Ein Postbote muss seine Familie ernähren können ohne staatliche Unterstützung.“

aus dem Bürgerdialog der Arbeiterwohlfahrt in Berlin am 17. Juni 2015

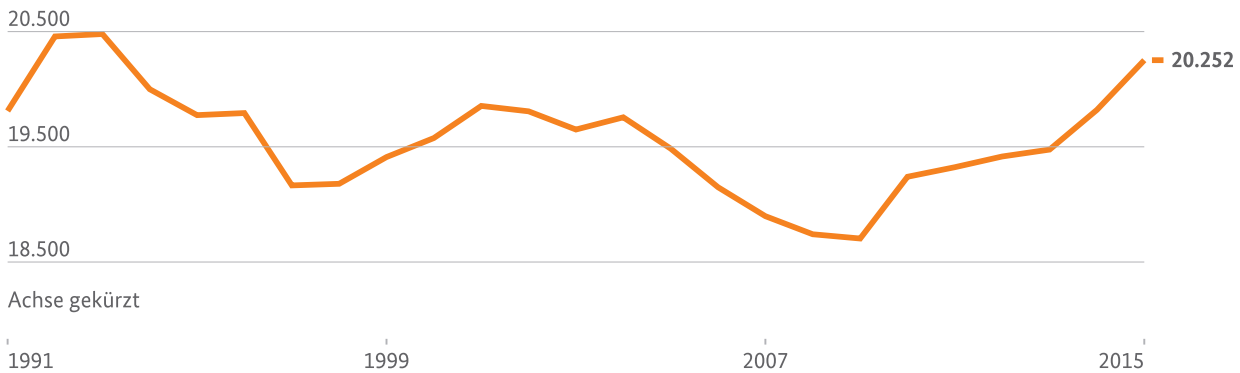
Die Höhe der Bezahlung wurde im Dialog sehr häufig angesprochen. Sie soll gerecht und angemessen sein und ein auskömmliches Leben ermöglichen. Der Mindestlohn wurde von der Mehrheit befürwortet. Vereinzelt wurde der Wunsch nach einem bedingungslosen Grundeinkommen geäußert.

Der Indikator **Reale Nettolöhne und -gehälter** misst, wie sich die jährlichen Nettolöhne und -gehälter der **abhängig Beschäftigten** unter Berücksichtigung der Preis-

entwicklung im Zeitverlauf verändert haben. Insofern handelt es sich um einen Indikator für die Kaufkraft des durchschnittlichen Beschäftigten.

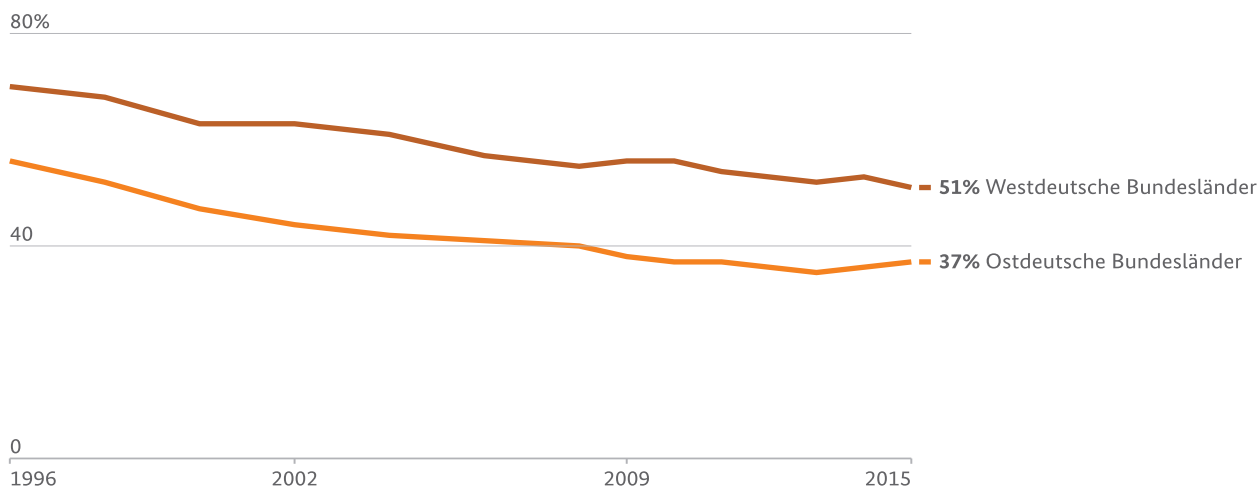
Die realen Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer bewegten sich unter Schwankungen von 1991 bis 2015 preisbereinigt zwischen 19.800 Euro und rund 20.300 Euro (vgl. Abb. 25). Die durchschnittliche Lohnentwicklung ist in den vergangenen 25 Jahren insgesamt hinter dem Wirtschaftswachstum zurückgeblieben. Nach einem starken Lohnschub zu Beginn der 1990er Jahre stagnierten die Real-löhne bis in die späten 2000er Jahre oder waren teilweise sogar rückläufig. Die verhaltene Entwicklung ist u. a. auf den Kostenschub zurückzuführen, dem Deutschland mit der Wiedervereinigung ausgesetzt war. Eine Rolle hat auch gespielt, dass es seit den Hartz-Reformen gelungen ist, wieder mehr niedrig qualifizierte Menschen in Arbeit zu vermitteln. Da ihre Entlohnung häufig unterdurchschnittlich ist, hat dies den durchschnittlichen Reallohnanstieg gedämpft.

Abbildung 25: Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (preisbereinigt) in Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt 2016, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.4.

Abbildung 26: Entwicklung der Tarifbindung bei Beschäftigten nach Flächentarifverträgen



Quelle: IAB Betriebspanel 2015.

Die stagnierenden Reallöhne der beiden vergangenen Jahrzehnte dürften auch Ausdruck einer schwächer werdenden Tarifbindung sein. Ergebnissen des Betriebspanels vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge waren 1996 noch sieben von zehn Personen in Westdeutschland in tarifgebundenen Betrieben beschäftigt (vgl. Abb. 26). 2015 traf das nur noch auf fünf von zehn Beschäftigten zu. In Ostdeutschland war die Tarifbindung seit jeher schwächer ausgeprägt. Aber auch hier ging der Anteil seit 1996 von rund sechs von zehn Beschäftigten (56 Prozent) auf zuletzt knapp vier von zehn Beschäftigten (37 Prozent) zurück. Allerdings ist der Anteil der Beschäftigten mit einem Haus- oder Firmentarifvertrag in Ostdeutschland mit 12 Prozent etwas höher als im Westen (8 Prozent). Die Anteile haben sich im Zeitverlauf nicht verändert.<sup>77</sup> Darüber hinaus ist bei einem Teil der Arbeitsverträge eine Orientierung an tarifvertraglichen Regelungen feststellbar, so dass Tarifverträge über die eigentliche Tarifbindung hinaus in gewissem Umfang für die Arbeitsbedingungen in der jeweiligen Branche prägend sind.

Die Tarifverhandlungen und Abschlüsse der Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bzw. Arbeitgeber) beeinflussen maßgeblich die Entwicklung der Löhne in Deutschland. Bei den Tarifverhandlungen spielt auch die Entwicklung der Produktivität des Sektors bzw. des Unternehmens eine Rolle. Eine produktivitäts- und beschäftigungs-

orientierte Lohnpolitik hat in der Vergangenheit zu der positiven Beschäftigungsentwicklung beigetragen.

Seit 2005 stellt sich die Situation allerdings wieder deutlich positiver dar. Zwar kam es bei den realen Nettolöhnen und -gehältern zwischen 2004 und 2009 im Durchschnitt zu einem erneuten Rückgang. Dieser ist im Wesentlichen auf die Struktur des Beschäftigungsaufbaus zurückzuführen. Letzterer wurde bis 2009 zu überproportionalen Teilen durch eine Zunahme von Frauen in Teilzeit und andere atypische Beschäftigungsverhältnisse getragen, wodurch es im Durchschnitt zu einer geringeren Bezahlung aller Arbeitnehmer kam (vgl. Indikator *Normalarbeitsverhältnis und atypische Beschäftigung* in dieser Dimension). Seit 2009 kam es zu einem spürbaren Anstieg der realen Nettolöhne und -gehälter. 2015 erreichten sie rund 20.300 Euro gegenüber 18.700 Euro in 2009 (vgl. Abb. 25). Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von 1,3 Prozent. Das Wirtschaftswachstum ist zuletzt also mit einem deutlichen Zuwachs der Reallöhne bei den Beschäftigten in Deutschland angekommen.

Für die Bundesregierung ist klar, dass die unmittelbare Frage der Lohnentwicklung durch die Tarifparteien zu beantworten ist. Unabhängig von dem in der Sozialen Marktwirtschaft bewährten und verfassungsrechtlich verankerten Prinzip einer sozialpartnerschaftlichen Lohn-

findung, hängt die Entwicklung der durchschnittlichen realen Nettolöhne aber auch von politischen Rahmenbedingungen ab.

Mit der Einführung des **gesetzlichen Mindestlohnes** von 8,50 Euro Anfang 2015 schützt die Bundesregierung Beschäftigte vor unangemessenen niedrigen Löhnen und nimmt so Einfluss auf das untere Ende des Lohngefüges. Hierdurch konnte auch der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die trotz Vollzeitbeschäftigung auf Sozialleistungen angewiesen sind, reduziert werden. Ob und in welchen Schritten der Mindestlohn zukünftig angehoben wird, entscheidet die unabhängige Mindestlohn-Kommission. Außerdem wird die Einführung des Mindestlohns wissenschaftlich evaluiert und begleitet.<sup>78</sup>

Ein progressiver Steuertarif bedeutet, dass Brutto-Lohnsteigerungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, aufgrund der sogenannten „**kalten Progression**“<sup>79</sup> nicht zwangsläufig zu höheren realen Nettolöhnen führen. Die Bundesregierung wirkt der „kalten Progression“ daher regelmäßig entgegen. Dies geschieht für die Jahre 2017 und 2018 – wie in den Jahren 2015 und 2016 auch – durch Anhebung der steuerlichen Freibeträge für Erwachsene und Kinder sowie durch Korrektur des Steuertarifs. Die Bundesregierung untersucht die „kalte Progression“ weiterhin regelmäßig und prüft etwaigen Handlungsbedarf.

Weiterer Handlungsbedarf besteht bei der **Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern**. Bezogen auf den Durchschnitt der Bruttostundenlöhne betrug diese 2015 im gesamten Bundesgebiet rund 21 Prozent, wobei der Unterschied in Ostdeutschland mit acht Prozent deutlich geringer ausgeprägt ist als in den westdeutschen Bundesländern mit 23 Prozent.<sup>80</sup> Die Annäherung in den Bruttostundenlöhnen von Männern und Frauen schreitet sehr langsam voran. So zeigen sich zwischen 2006 und 2015 nur geringfügige Veränderungen in den west- und ostdeutschen Ländern. Ein wesentlicher Teil der Differenz geht darauf zurück, dass Frauen häufiger und längere familiär bedingte Erwerbsunterbrechungen haben, seltener in Führungspositionen und häufiger in Teilzeit tätig sind, die ihrerseits häufig schlechter entlohnt wird. Andere Faktoren könnten überkommene Rollenbilder sein. Diese befördern indirekte Benachteiligung und schlechtere berufliche Chancen. Darüber hinaus gibt es direkte Diskriminierung. Denn vergleicht man Männer und Frauen mit gleicher Qua-

lififikation in vergleichbaren beruflichen Positionen, bleibt immer noch eine Lücke in der Bezahlung von ca. sieben Prozent.<sup>81</sup>

Die Bundesregierung will in einem Gesetz das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ besser zur Geltung bringen. Künftig sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen individuellen Auskunftsanspruch zu geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden in den Unternehmen haben.

Der Indikator **Reale Nettolöhne und -gehälter** misst, wie sich die jährlichen Nettolöhne und -gehälter der **abhängig Beschäftigten** unter Berücksichtigung der Preisentwicklung im Zeitverlauf (gemessen am Verbraucherpreisindex, 2010=100) verändert haben.

Der **Nettolohn** ist der Teil des Entgeltes, der nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge vom Bruttolohn bleibt. Um die reale Kaufkraft der Gehälter abzubilden, wird dieser **inflationbereinigt**.

Die Nettolöhne sind nicht mit dem durchschnittlichen Gesamteinkommen einer Person gleichzusetzen, da sie nur die Einkommen aus **abhängiger Beschäftigung** umfassen. Staatliche Transfers, selbstständige Tätigkeit, Kapitalvermögen oder Einkünfte aus Vermietungen und Verpachtung sind in den realen Nettolöhnen nicht enthalten. Diese werden im Indikator Haushaltsnettoeinkommen (vgl. Dimension „Ein sicheres Einkommen“) erfasst.

**Arbeitsbedingungen und sinnstiftende Arbeit:** Indikator Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit

„Für mich ist wichtig eine sinnstiftende Aufgabe zu haben. Das kann ein Beruf, eine Arbeit sein, die mir nicht nur Spaß macht, sondern die mich auch fordert [...]“

aus einer Online-Antwort vom 5. Oktober 2015

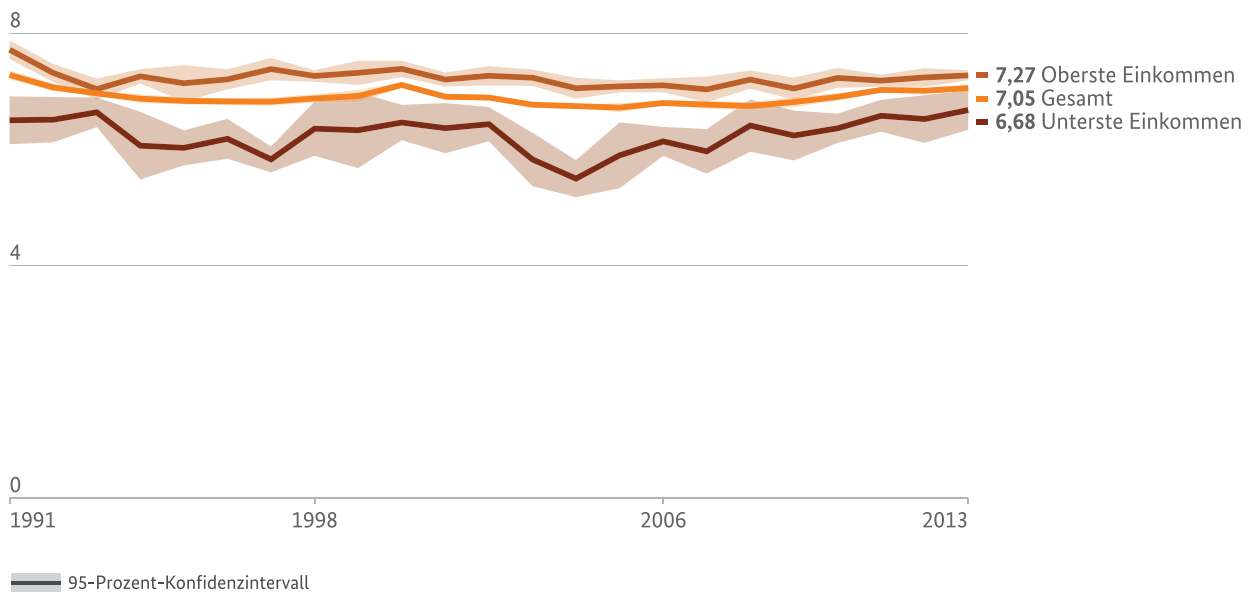
Arbeit wurde im Bürgerdialog nicht nur als Mittel zum Zweck gesehen. Die Menschen wollen mit ihrer beruflichen Tätigkeit zufrieden sein, einen sinnvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten und sich in ihrer Arbeit selbst verwirklichen.

Dialogteilnehmer wünschten sich ein gutes Arbeitsklima und gute Bedingungen wie z. B. flexible Arbeitszeiten und mehr Möglichkeiten, mobil zu arbeiten.

Der Zusammenhang von Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit wird auch in der Forschung diskutiert:<sup>82</sup> Ein hohes Stresslevel oder Konflikte am Arbeitsplatz gehen mit einer geringeren Zufriedenheit und sogar einem erhöhten Krankheitsrisiko einher.<sup>83</sup> Unterstützung von Kollegen und Rückhalt durch Vorgesetzte sowie Selbstbestimmtheit in den Arbeitsinhalten wirken dagegen positiv.<sup>84</sup>

Der Großteil der Erwerbstätigen in Deutschland ist **mit seiner Arbeit zufrieden**. Diese Beobachtung ist **seit etwa 25 Jahren** konstant. Seit 1991 liegt die durchschnittliche Zufriedenheit auf einer Skala von null (sehr unzufrieden) bis zehn (sehr zufrieden) bei etwa sieben (vgl. Abb. 27).

Abbildung 27: Entwicklung der Arbeitszufriedenheit nach Einkommensgruppen



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1. Die Arbeitszufriedenheit wird auf einer Skala von null (sehr unzufrieden) bis zehn (sehr zufrieden) gemessen.

**Sozio-demografische Merkmale** haben dabei **keinen großen Einfluss** auf das Ausmaß der Zufriedenheit im Beruf. Weder zwischen Frauen und Männern, noch zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt es nennenswerte Unterschiede. Auch das Alter hat keinen starken Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten. Lediglich Beschäftigte zwischen 45 und 54 Jahren haben eine marginal geringere Zufriedenheit als jüngere Beschäftigte.

Im Verlauf der vergangenen 25 Jahre zeigen sich jedoch zum Teil erhebliche und statistisch signifikante Unterschiede in der Arbeitszufriedenheit in Abhängigkeit vom Einkommen. Erwartungsgemäß liegt die Arbeitszufriedenheit der höchsten Einkommensgruppe (obere zehn Prozent der Einkommensverteilung) immer höher als die der niedrigsten Einkommensgruppe (untere zehn Prozent), allerdings verändert sich der Abstand der Gruppen im Zeitverlauf. Am Größten war dieser 2004 mit 1,6 Skalenpunkten. Der große Unterschied in der Arbeitszufriedenheit erklärt sich u. a. dadurch, dass sich die Unsicherheit am Arbeitsmarkt angesichts des historischen Höchstwertes der Arbeitslosigkeit im Januar 2005 insbesondere unter den wenig Qualifizierten und damit im unteren Einkommensbereich niederschlug. In den folgenden Jahren hat sich die Arbeitszufriedenheit der Gutverdiener und Niedrigverdiener jedoch kontinuierlich angenähert, was vor allem auf verbesserte Zufriedenheitswerte bei den untersten zehn Prozent der Einkommensverteilung zurückzuführen ist.

Der Umfang der Arbeitszeit, nämlich ob ein Beschäftigter Vollzeit oder Teilzeit arbeitet, spielt keine Rolle. Differenziertere Studien zur Arbeitszufriedenheit zeigen jedoch, dass **Zeitarbeiter** und **arbeitslos gemeldete Personen, die wenige Stunden arbeiten**, oft im Rahmen eines Minijobs, **deutlich unzufriedener** mit ihrer beruflichen Tätigkeit sind.<sup>85</sup> Um die Zukunftsaussichten für diese Gruppen zu verbessern, setzt sich die Bundesregierung seit Jahren für die Aus- und Weiterbildung von Geringqualifizierten ein. Auch die Orientierung der Arbeitnehmerüberlassung auf ihre Kernfunktion und die Verhinderung von Missbrauch bei Werkvertragsgestaltungen können hier positiv wirken (vgl. auch die beim Indikator *Arbeitslosenquote* aufgeführten Maßnahmen).

Auf viele Faktoren, die maßgeblich für die Arbeitszufriedenheit sind, hat die Politik keinen direkten Einfluss. So sind Menschen durchschnittlich zufriedener mit ihrer Arbeit, wenn sie sich generell sozial integriert fühlen, wenn sie generell glücklich oder zuversichtlich sind und wenn sie nur gelegentlich ärgerlich oder ängstlich sind.<sup>86</sup> Der Staat regelt den Rahmen für gesunde Arbeitsbedingungen. Es ist vor allem Aufgabe der Betriebs- und Tarifpartner, das Arbeitsklima und Arbeitsumfeld zu gestalten. Diese Aspekte haben großen Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit. Auch deshalb sind Tarifautonomie und Tarifbindung sowie betriebliche Mitbestimmung von großer Bedeutung.

Der Indikator **Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit** misst auf der Basis von Befragungsdaten, wie zufrieden die Menschen mit ihrer Arbeit sind.

**Arbeitszufriedenheit** ist ein komplexes Thema. Sie kann in detaillierten Umfragen erfasst werden, indem Personen ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten ihrer Berufstätigkeit bewerten, z. B. die Bezahlung, Freude an der Arbeit, Arbeitsbedingungen oder das Betriebsklima. Alternativ können Menschen allgemein nach der Zufriedenheit mit ihrer Arbeit gefragt werden. Letzteres Verfahren wird im Sozio-oekonomischen Panel verwendet, wobei Personen in Privathaushalten im Alter zwischen 20 und 54 Jahren ihre Arbeitszufriedenheit auf einer Skala von null bis zehn bewerten. Diese Erhebung wird im vorliegenden Indikatoren-System herangezogen, da eine kleinteiligere Erfassung den Rahmen des Berichts zur Lebensqualität sprengen würde.





# Bildungschancen für alle

### ■ 3. Bildungschancen für alle

„Bildung ist oft das Sprungbrett zu einem guten Leben.“

Dieses Zitat aus dem Online-Dialog vom 30. August 2015 steht stellvertretend für viele Diskussionen im Bürgerdialog. Bildung, darin waren sich die Menschen unabhängig vom Alter einig, ist eine der wichtigsten Dimensionen von Lebensqualität. Die im Bürgerdialog diskutierten Aspekte waren vielfältig: Besonders hervorgehoben wurde die **Chancengleichheit im Bildungssystem**, eine gute Ausstattung der Schulen, der Erhalt von Schulstandorten in ländlichen Regionen, moderne Lernmethoden sowie die Qualität der Hochschulen und auch das Lernen im Alter. Vielen Teilnehmern war es wichtig, dass in Schulen **lebenspraktische Lerninhalte** von gut ausgebildeten Lehrkräften vermittelt werden.

„Schulföderalismus ist überflüssig. Wir müssen die Kleinstaaterei abschaffen, ich sehe nicht ein, warum wir unterschiedliche Abiture haben.“

aus dem Bürgerdialog des BMWi  
in Magdeburg am 7. Juli 2015

Dazu zählten sie Kenntnisse über wirtschaftliche Themen, wie z. B. Wirtschaft und Steuern, aber auch Alltagsfertigkeiten, u.a. Ernährung sowie Computerkenntnisse. Viele forderten vor allem eine bessere Ausstattung der Schulen und mehr Lehrpersonal. Denn bei aller Wertschätzung für das deutsche Bildungssystem gab es auch **Kritik**. Diese betraf vor allem den Bildungsföderalismus. Hier beschwerten sich Bürgerinnen und Bürger über die uneinheitlichen Schul- und Prüfungsstrukturen und die von Bundesland zu Bundesland unterschiedlichen Lerninhalte. Vereinzelt schimmerte in den Diskussionen mit Blick auf das Bildungssystem aber auch eine gewisse Reformmüdigkeit durch. Einige Dialogteilnehmer mahnten eine bessere Planbarkeit an.

Bildung hört für die Menschen nicht mit der Schule, und auch nicht mit dem Berufs- oder Hochschulabschluss auf. Viele schätzen die Möglichkeit, **lebenslang zu lernen** und sich in allen Lebensphasen weiterbilden zu können.

### ■ Bildung – Schlüssel für ein gutes Leben:

Indikator Personen mit mindestens abgeschlossener Berufsausbildung oder Hochschulreife

„Bildung ist mehr als Wissen.“

aus dem Bürgerdialog der Griechisch-Orthodoxen  
Metropole in Bonn am 23. Juni 2015

Bildung fördert nicht nur die Orientierung und das Urteilsvermögen der Menschen sondern schafft auch Selbstbewusstsein. Deshalb ist Chancengleichheit beim Zugang zu guter Bildung so wichtig und eine Frage der Gerechtigkeit. Bildung hilft den Menschen vor allem, ihre Talente zu entwickeln und verbessert ihre **Chancen auf dem Arbeitsmarkt**. Das war den Bürgerinnen und Bürgern sehr bewusst. Wissenschaftliche Studien belegen: Höher Qualifizierte sind nicht nur geringeren Arbeitsmarktrisiken ausgesetzt. Sie haben auch bessere Karrierechancen und erzielen mehr Lebenseinkommen. Insofern kann Bildung für eine höhere Lebenszufriedenheit sorgen.<sup>87</sup>

Für die deutsche Volkswirtschaft ist Bildung der wichtigste Rohstoff. Durch den technischen Wandel steigt der **Bedarf an gut und hoch Qualifizierten** weiter. Neben Schulen sind die berufsvorbereitenden Fach- und Hochschulen sowie die duale berufliche Ausbildung die tragenden Säulen des deutschen Bildungssystems. Gerade die berufliche Bildung genießt in Deutschland hohe Wertschätzung – das spiegelte sich auch im Bürgerdialog wider.

Daher wird Bildungserfolg, also das Bildungsniveau einer Gesellschaft und näherungsweise auch die Qualität des Bildungssystems über den **Anteil der 25- bis 64-Jährigen mit mindestens Hochschulreife oder abgeschlossener Berufsausbildung** gemessen.<sup>88</sup>

Die Stärke des deutschen Bildungssystems zeigt sich im **internationalen Vergleich**: 2014 waren es bundesweit 87 Prozent der 25- bis 64-jährigen Bürgerinnen und Bürger, die entweder die Hochschulreife oder eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen konnten. Zum Vergleich: der OECD-Durchschnitt lag um gut zehn Prozentpunkte darunter – bei 76 Prozent.

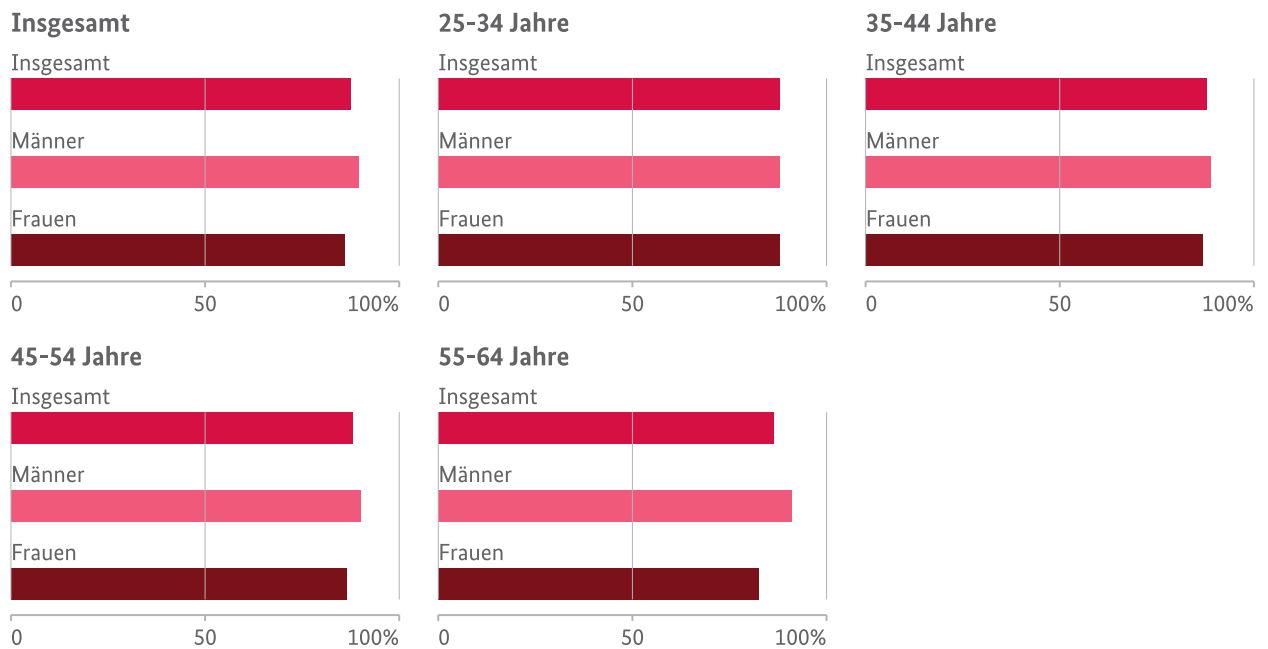
Besonders bemerkenswert ist der stetig zunehmende **Bildungserfolg von Frauen** in Deutschland (vgl. Abb. 28). Während seit 1991 der Anteil bei den Männern mit rund 89 Prozent auf stabil hohem Niveau liegt, stieg er bei den Frauen um elf Prozentpunkte auf 85 Prozent an. Das Aufholen der Frauen wird bei einem Blick auf die Altersgruppen noch deutlicher: Bei den 25- bis 34-Jährigen haben sie die Männer eingeholt. Bei den Hochschul- bzw. Meister- und Technikerabschlüssen oder gleichwertigen Fachschulabschlüssen haben junge Frauen mittlerweile die Nase vorn.

Bildung ist eine der wichtigsten **Voraussetzungen für die Integration** zugewanderter Menschen. Auch hier ist in den Jahren bis 2014 ein deutlicher **Aufholprozess** zu erkennen: Der Anteil der Migrantinnen und Migranten, die entweder Hochschulreife oder einen Berufsabschluss erreichen, nimmt bei den jüngeren Altersgruppen erheblich zu. Dennoch bleibt ein deutlicher Abstand zu den Menschen ohne Migrationshintergrund (vgl. Abb. 29). Diesen Abstand zu verringern, ist eine wichtige Aufgabe für die deutsche Bildungspolitik. Bund und Länder legen dazu alle zwei Jahre einen Nationalen Bildungsbericht vor.<sup>89</sup> Zusätzlich herausgefordert wird die Bildungspolitik durch die vielen zugewanderten jungen Flüchtlinge der Jahre 2015 und 2016, die zum Teil ohne schulische Abschlüsse bzw. gering qualifiziert sind. Ein Indiz dafür ist eine Befragung aus dem Jahr 2015: Von rund 220.000 Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen, u.a. aus Afghanistan, Irak und Syrien, haben rund 18 Prozent eine Hochschule, 20 Prozent ein Gymnasium, 32 Prozent eine Mittelschule und 22 Prozent eine Grundschule besucht. Sieben Prozent haben keine formelle Schulbildung.<sup>90</sup>

Bildung ist nach Artikel 30 Grundgesetz (GG) in Deutschland primäre Zuständigkeit der Bundesländer. In der Kultusministerkonferenz arbeiten die in den Ländern zuständigen Kultusminister zusammen und stellen länderübergreifende Qualitätsstandards in der Schulbildung insbesondere durch die Entwicklung gemeinsamer Leistungsstandards und die Einrichtung eines gemeinsamen Pools für Abituraufgaben sicher. Die Bundesregierung unterstützt die Länder und die Lernenden entsprechend der Zuständigkeiten des Bundes und fördert Lernende in allen Bildungsbereichen. So finanziert der Bund seit 2015 zu hundert Prozent die Unterstützung für die Ausbildung von Schülern und Studierenden nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Im Herbst 2016 erfolgt eine Steigerung der Fördersätze um sieben Prozent. Denn alle jungen Menschen in Deutschland sollen den Bildungsweg beschreiten können, der ihren Interessen und Begabungen entspricht – unabhängig von ihrer Herkunft und der finanziellen Situation ihrer Familie. Mit bundesweiten Maßnahmen zur Berufsorientierung leistet die Bundesregierung zusätzlich Unterstützung. Auch der Girls' Day und der Boys' Day soll Mädchen und Jungen früh darin bestärken, ihre eigenen Wege in der Berufs- und Studienwahl zu gehen, und zwar geschlechterunabhängig.

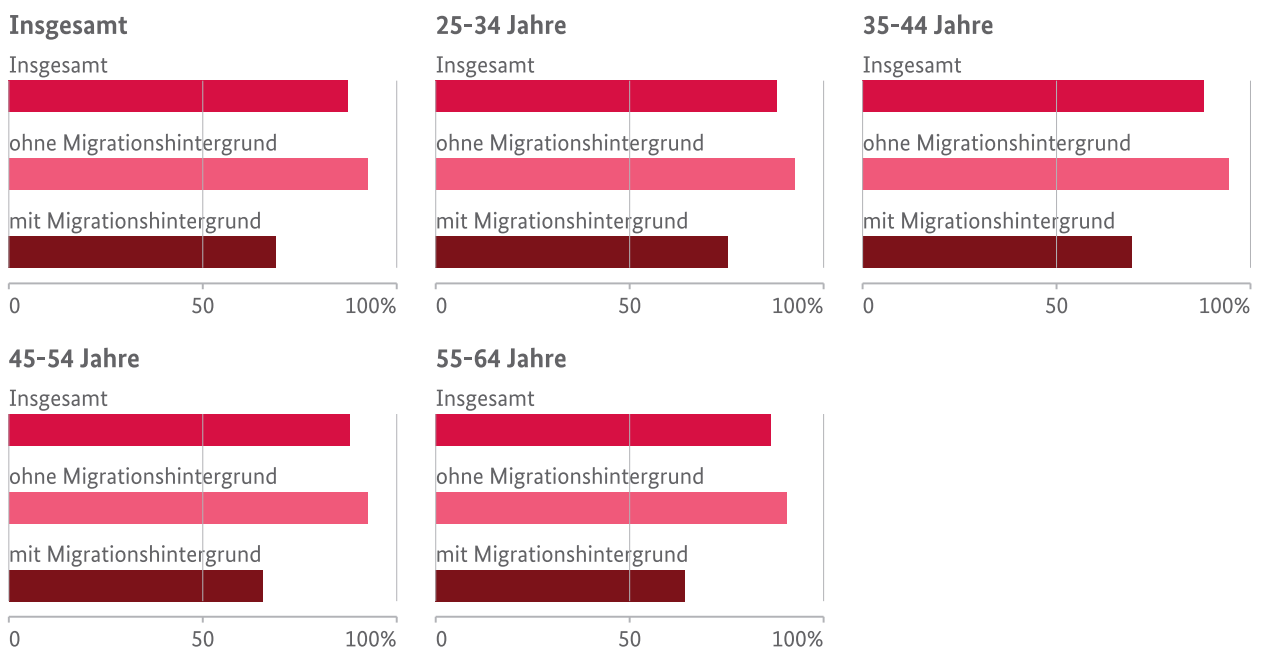
Der Indikator zum Bildungserfolg misst den **Anteil der 25- bis 64-Jährigen mit mindestens abgeschlossener Berufsausbildung oder Hochschulreife** (Abschluss im Sekundarbereich II). Die Daten basieren auf dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes von 2014.

Abbildung 28: Anteil der Personen mit mindestens einem Abschluss im Sekundarbereich II nach Altersgruppen und Geschlecht 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Abbildung 29: Anteil der Personen mit mindestens einem Abschluss im Sekundarbereich II nach Altersgruppen und Migrationshintergrund 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

**■ Risiken früh erkennen und verringern:**  
Indikator Frühe Schulabgänger

„Bildungsteilhabe muss unabhängig vom Einkommen gesichert sein.“

aus dem Bürgerdialog der Bertelsmann-Stiftung  
in Gütersloh am 8. Mai 2015

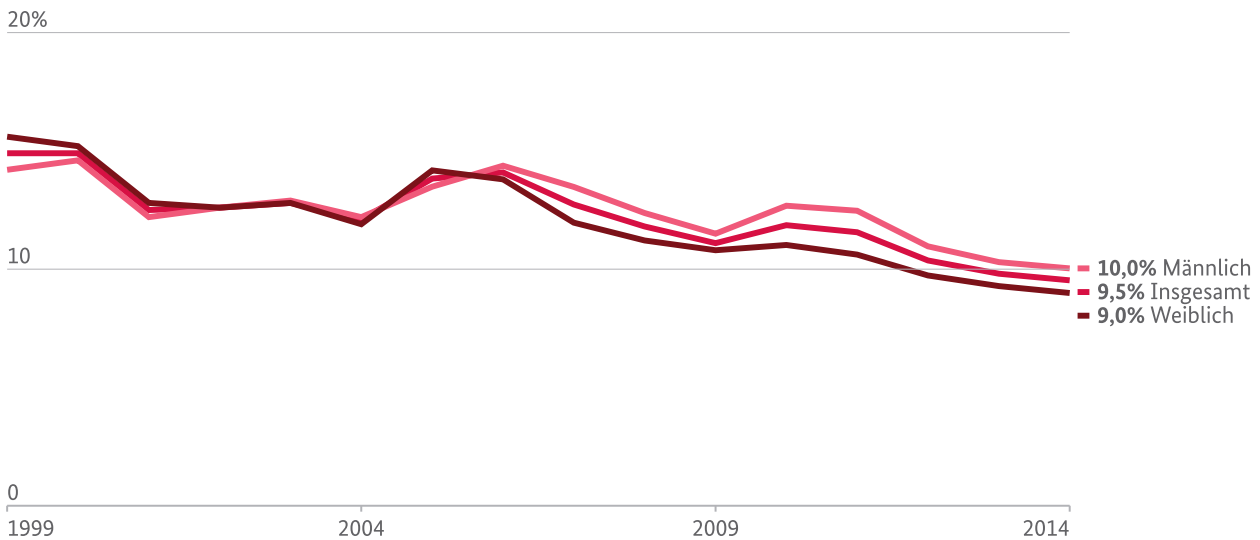
Die Weichen für den Bildungserfolg werden oft früh im Leben gestellt. **Fehlende Schul- oder Berufsausbildungsabschlüsse** führen zu schlechten Chancen am Arbeitsmarkt. Das sahen auch die Bürgerinnen und Bürger im Dialog so. Die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe seien für viele Menschen eingeschränkt. Betroffene sind später überproportional oft arbeitslos und von Armut bedroht. Der Zusammenhang ist wissenschaftlich eindeutig belegt: Bildung reduziert die Risiken von Armut und Arbeitslosigkeit junger Menschen.<sup>91</sup> Ziel der Bundesregierung ist es daher, dass alle Jugendlichen einen Schul- bzw. Berufsausbildungsabschluss erreichen. Das ist das Grundanliegen der von der Bundesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der BA und den Ländern initiierten „Allianz für Aus- und Weiterbildung“.

**Frühe Schulabgänger sind junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren**, die höchstens die Haupt- oder Realschule

erfolgreich abgeschlossen, anschließend aber keinen weiteren Abschluss gemacht haben und sich **nicht in Bildung oder Ausbildung befinden**. Bund und Länder haben sich das Ziel gesetzt, den Anteil der frühen Schulabgänger auf unter zehn Prozent zu senken. Dieses Ziel ist auch Teil der „Europa 2020-Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“. Erfreulicherweise tragen die eingeleiteten Maßnahmen bereits Früchte. Seit der erstmaligen Verabschiedung des Ziels durch den Europäischen Rat im Jahr 2003 ist der Anteil der frühen Schulabgänger in Deutschland von 12,8 auf 9,5 Prozent zurückgegangen (vgl. Abb. 30). Allerdings bleiben junge Männer in Deutschland mit zehn Prozent etwas stärker gefährdet als junge Frauen mit neun Prozent. Europaweit sank der Anteil von über 16 auf mittlerweile knapp über elf Prozent.<sup>92</sup>

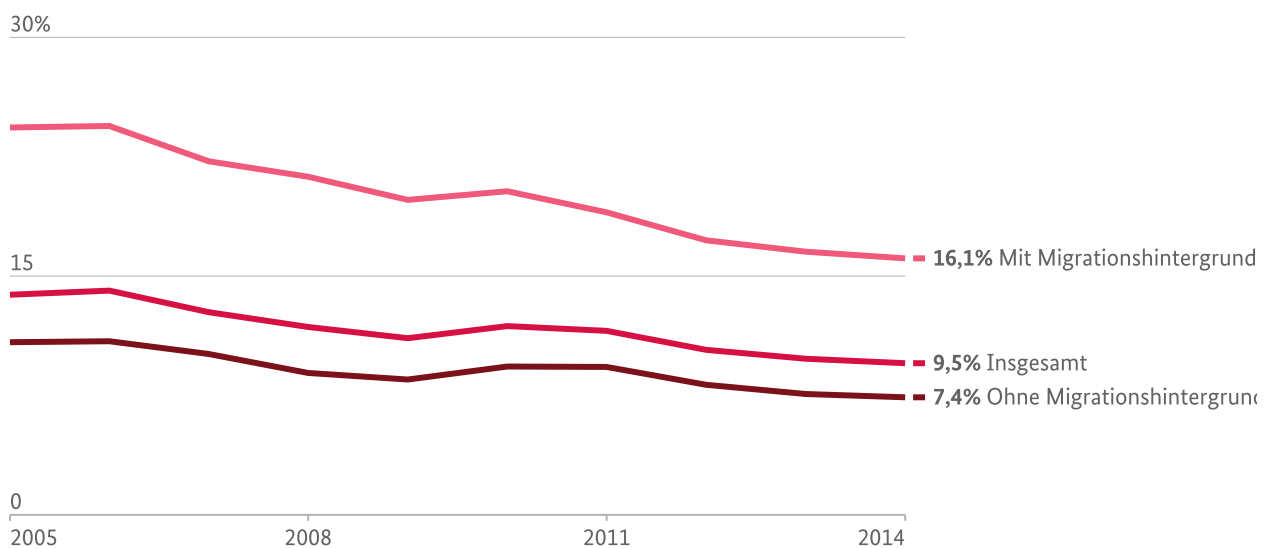
Überproportional betroffen sind **junge Menschen mit Migrationshintergrund** (vgl. Abb. 31). 2014 war jeder sechste Migrant (16 Prozent) zwischen 18 und 24 Jahren nicht oder nicht mehr in Bildung oder Ausbildung und hatte keinen Abschluss im Sekundarbereich II. Das ist immer noch zu hoch, im Vergleich zur Vergangenheit jedoch ein Fortschritt. 2005, bei der erstmaligen Erfassung des Migrationshintergrundes, lag der Anteil der frühen Schulabgänger unter den Migrantinnen und Migranten noch bei über 24 Prozent. Er konnte somit um ein Drittel reduziert werden.

Abbildung 30: Entwicklung des Anteils der frühen Schulabgänger an allen Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren nach Geschlecht



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Abbildung 31: Entwicklung des Anteils der frühen Schulabgänger an allen Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren nach Migrationshintergrund



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Wie auch bei anderen Bildungsindikatoren wird sich die weitere Verringerung des Abstands zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund durch die Ankunft vieler gering qualifizierter Flüchtlinge 2015 und 2016 voraussichtlich verzögern. 2015 waren 55,9 Prozent der Asylantragsteller unter 25 Jahre alt.<sup>93</sup> Hier sind insbesondere die Länder aber auch die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern, Betrieben, Kammern, Ausbildungspersonal und Ehrenamtlichen besonders gefordert, die Bildungsintegration zu sichern.

Bund und Länder tun viel für **Jugendliche, deren Abschluss gefährdet** ist. Im ganzen Bundesgebiet gibt es praxisbezogene Angebote zur Berufsorientierung, die zwischen den Ländern und der BA abgestimmt sind. Im Rahmen der Initiative „Bildungsketten“ fördern Bund und Länder einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf, bspw. mit dem ESF-Bundesprogramm Berufseinstiegsbegleitung. In der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ arbeiten Bundesregierung, BA, Wirtschaft, Gewerkschaften und Länder zusammen, um die berufliche Bildung zu stärken und sie für junge Menschen noch attraktiver zu machen. Die Allianz setzt zudem die Ausbildungsgarantie um: Jeder ausbildungsinteressierte Mensch soll frühest-

möglich zu einem Berufsabschluss geführt werden. Die „Assistierte Ausbildung“ unterstützt benachteiligte junge Menschen ihre betriebliche Ausbildung erfolgreich abzuschließen.

Der Indikator **Frühe Schulabgänger** misst, wie viele junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die höchstens einen Haupt- oder Realschulabschluss (Sekundarstufe I) haben, anschließend keinen weiteren Abschluss gemacht haben und sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden.

Die frühen Schulabgänger sind nicht zu verwechseln mit der Risikogruppe der **Schulabbrecher** ohne Hauptschulabschluss. Der Anteil ist in Deutschland relativ gering, er lag 2014 bei 5,8 Prozent.<sup>94</sup>

■ **Gleiche Chancen für alle:** Indikator Bildungsmobilität zwischen Eltern und Kindern

„Es ist mir wichtig, dass auch in Deutschland jedes Kind, gleich welcher sozialen Herkunft, die Möglichkeit hat, die Bildungswege einzuschlagen, die das eigene Potential verwirklichen helfen.“

aus einer Online-Antwort vom 22. August 2015

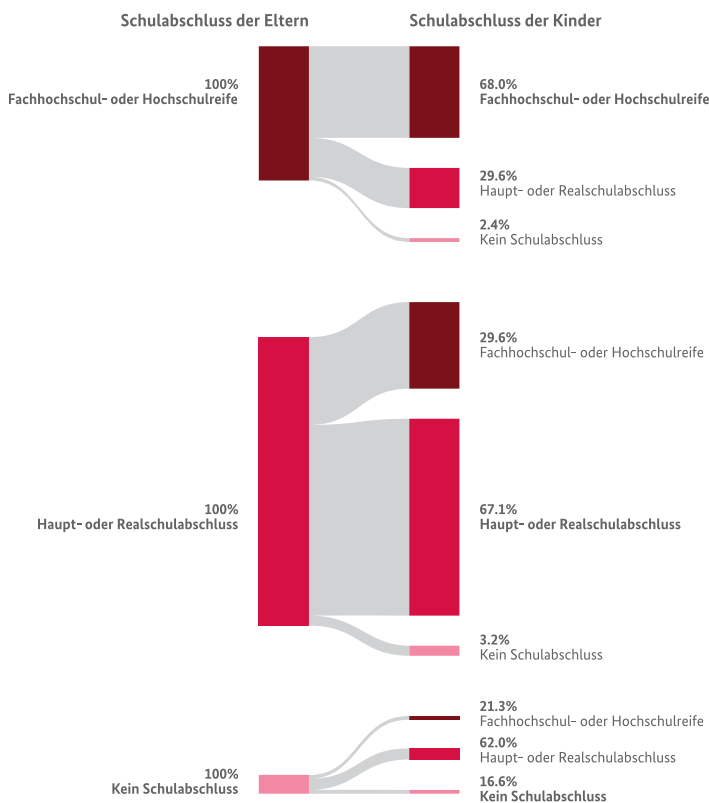
**Bildungsgerechtigkeit** war den Dialogteilnehmern besonders wichtig. Die Herkunft dürfe nicht über das Ausbildungsniveau der Kinder entscheiden. Darin waren sich die Dialogteilnehmer weitestgehend einig.

Wissenschaftliche Studien zeigen: Noch immer entscheidet nicht nur Leistung, sondern auch die Herkunft über den Bildungserfolg von Kindern, und damit auch über ihre

weiteren Lebenschancen.<sup>95</sup> In Deutschland sind Ungleichheiten, die von Generation zu Generation weitergegeben werden, zum Teil noch sehr ausgeprägt.<sup>96</sup> Das zeigt sich vor allem an den Übergängen des Bildungssystems in die weiterführende Schule, in die gymnasiale Oberstufe oder in die Hochschulausbildung.<sup>97</sup> Damit Bildung als Motor für gesellschaftlichen Aufstieg und Integration wirken kann, sollen alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen oder familiären Herkunft – höhere Abschlüsse erreichen können.

Ziel der Bundesregierung ist es, dass Kinder unabhängig von dem Bildungsniveau ihrer Eltern eine faire Chance auf einen hohen Bildungsabschluss haben. Der Indikator **Bildungsmobilität zwischen Eltern und Kindern** soll dieses Ziel noch stärker in den Fokus politischen Handelns rücken. Er vergleicht den **höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss der Eltern mit dem ihrer Kinder**.

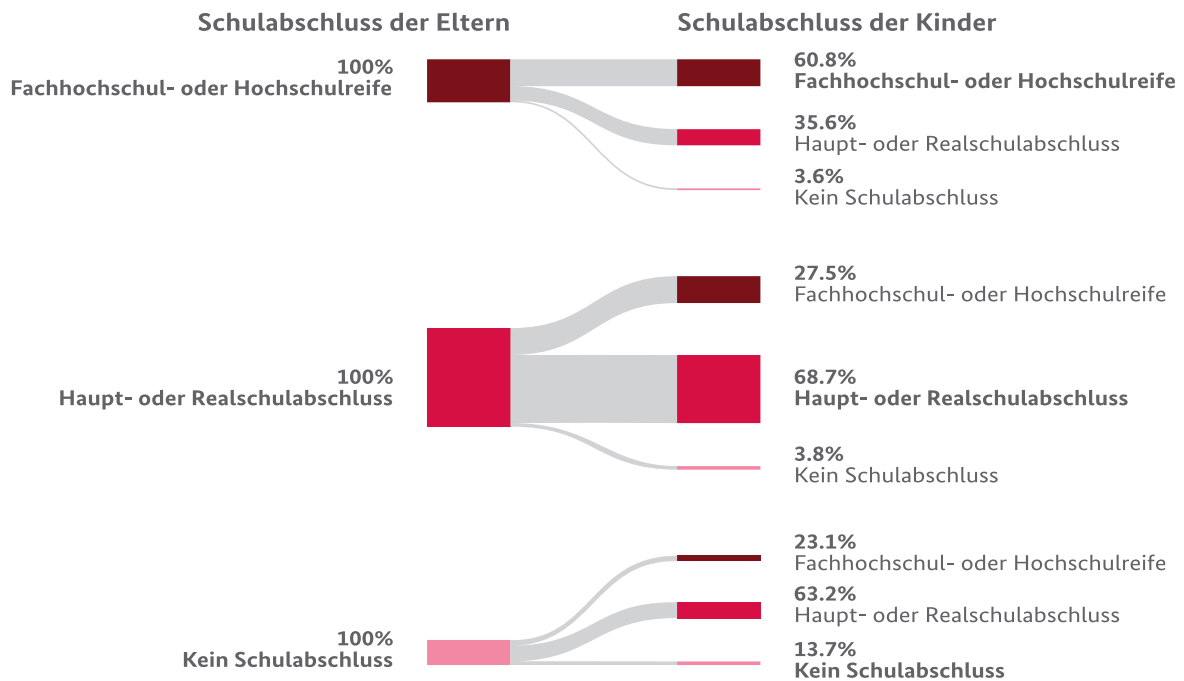
Abbildung 32: Bildungsmobilität zwischen Eltern und Kindern 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Sonderauswertung.



Abbildung 33: Bildungsmobilität zwischen Eltern und Kindern in Familien mit Migrationshintergrund 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Sonderauswertung.

Der Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und dem ihrer Kinder ist in Deutschland stark ausgeprägt (vgl. Abb. 32). Mehr als zwei Drittel der Kinder, deren Eltern Abitur oder Fachhochschulreife haben, erreichen dies ebenfalls. Ebenso machen zwei Drittel der Kinder, deren Eltern einen Haupt- oder Realschulabschluss haben, selbst einen solchen Abschluss. Der Anteil von Jugendlichen, die keinen Abschluss machen, ist in diesen Familien sehr gering. In Familien mit Eltern ohne Schulabschluss bleiben hingegen knapp 17 Prozent der Kinder auf dem gleichen niedrigen Bildungsniveau wie ihre Eltern und sehen sich somit den im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Risiken gegenüber.

Erfreulicherweise ist dennoch gerade in bildungsfernen Familien die aufwärtsgerichtete Bildungsmobilität am größten (vgl. Abb. 32): Über 80 Prozent der Kinder machen qualifizierte Abschlüsse, über 20 Prozent erreichen sogar die (Fach-) Hochschulreife. Blickt man auf die vergangenen zwanzig Jahre zurück, so zeigt sich eine **deutlich positive Entwicklung**.

2014 schaffte jedes fünfte Kind (rund 21 Prozent), dessen Eltern keinen Schulabschluss haben, die Hochschulreife.

1995 war es nur etwa jedes 13. Kind (rund acht Prozent). Auch Kinder, deren Eltern einen Haupt- oder Realschulabschluss haben, verfügten 2014 zu einem deutlichen größeren Teil über einen höheren Schulabschluss (30 Prozent) als noch gut zwanzig Jahre zuvor (19 Prozent). Immer mehr Kinder haben in Deutschland also in den letzten Jahren die Chance – unabhängig vom Bildungsstand ihrer Eltern – einen hohen Abschluss zu erreichen.

Bei den Familien mit Migrationshintergrund ist das Bild gemischt (vgl. Abb. 33). Haben schon die Eltern die Hochschulreife, gibt es bei den Kindern überdurchschnittlich viele, die zunächst nur einen Haupt- oder Realschulabschluss (rund 36 Prozent) oder keinen Schulabschluss (vier Prozent) schaffen. Ob sie im weiteren beruflichen Werdegang im Vergleich zu ihren Eltern einen höheren Abschluss erreichen, kann mit diesem Indikator allerdings nicht gezeigt werden. Erfreulich ist, dass überdurchschnittlich vielen Kindern mit Migrationshintergrund, deren Eltern keinen Schulabschluss haben, der Sprung zu einem Haupt- und Realschulabschluss (63 Prozent) oder gar zur Fachhochschul- oder Hochschulreife (23 Prozent) gelingt.

Um das zu messen, ob und inwieweit dies gelingt, wird auch der „**soziale Gradient**“ verwendet. Er misst den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzniveau von Jugendlichen in einem bestimmten Schulfach und wird beispielweise bei der internationalen Schulleistungsstudie der OECD (Programme for International Student Assessment – PISA) angewandt. Je höher der soziale Gradient ausfällt, desto größer ist der Zusammenhang zwischen dem Elternhaus und den Schülerkompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Der soziale Gradient lässt sich entweder auf Basis des sozioökonomischen Status (HISEI – Highest International Socio-Economic Index of Occupational Status) oder auf Basis des ökonomischen, kulturellen und sozialen Status (ESCS – Index of Economic, Social and Cultural Status) ermitteln. Letzterer bezieht neben Einkommen und Wohlstand der Familie auch soziokulturelle Komponenten mit ein: den höchsten Bildungsabschluss der Eltern, die berufliche Stellung der Eltern, die Ausstattung des Elternhauses mit Bildungsressourcen wie Büchern, Lernsoftware, einem eigenen Schreibtisch und einem ruhigen Platz zum Lernen und mit kulturellen Gütern wie klassischer Literatur, Gedichtbänden und Kunstwerken.

Die Entwicklung des sozialen Gradienten seit der ersten PISA-Erhebung im Jahr 2000 zeigt, dass die Abhängigkeit der Schülerkompetenzen von ihrem sozialen Hintergrund in Deutschland nach wie vor hoch ist, sich aber abgeschwächt hat. Im Lesen ist seit PISA 2000 mit einem Ausreißer 2006 der soziale Gradient mittlerweile von 55,7 auf 37,5 – also um fast 20 Punkte – gesunken und liegt praktisch auf OECD-Niveau. Der soziale Gradient bei den naturwissenschaftlichen Kompetenzen konnte hingegen noch nicht auf das OECD-Niveau aufschließen. Er lag jedoch zuletzt zumindest niedriger als bei den letzten beiden PISA-Erhebungen.

Nach wie vor ist die Abhängigkeit der Mathematikkompetenzen vom sozioökonomischen Hintergrund des Elternhauses in Deutschland im internationalen Vergleich jedoch sehr hoch. Legt man allerdings anstelle des rein sozioökonomischen Status HISEI den breiter angelegten Indikator ESCS zugrunde, zeigt sich zwischen PISA 2003 und PISA 2012 eine voranschreitende Entkoppelung zwischen Mathematikkompetenz und sozialer Herkunft.

Ein umfassendes Bild der Bildungsmobilität entsteht erst beim Blick auf den **gesamten Bildungsverlauf** eines jungen Menschen. Dabei sollten neben allgemeinbildenden Schulabschlüssen auch berufliche und akademische Qua-

lifikationen einbezogen werden. Dies ist auch wichtig, um das international anerkannte System der dualen Ausbildung und seinen wesentlichen Beitrag zur geringen Jugendarbeitslosigkeit und Chanceneröffnung für die junge Generation abzubilden. Bund und Länder haben zusammen mit Akteuren aus allen Bildungsbereichen, mit den Sozialpartnern und Wirtschaftsorganisationen sowie weiteren Experten den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) entwickelt. Der DQR ist ein Instrument zur Einordnung der Qualifikationen des deutschen Bildungssystems. Er soll zum einen die Orientierung im deutschen Bildungssystem erleichtern und zum anderen zur Vergleichbarkeit deutscher Qualifikationen in Europa beitragen. Ziel ist es, unter Maßgabe der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung im DQR alle schulischen, akademischen und beruflichen, aber auch auf anderen Wegen erworbene Qualifikationen abzubilden und so einen Rahmen für das lebenslange Lernen zu entwickeln.

Zusammenfassend lässt sich bei einigen positiven Befunden weiter Handlungsbedarf feststellen. Es ist von hoher Priorität, den nach wie vor bestehenden Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg weiter abzubauen. Die Bundesregierung unterstützt diesen Fortschritt mit verschiedenen **Bildungsinitiativen**, so z. B. mit der Qualifizierungsinitiative für Deutschland „Aufstieg durch Bildung“. Mit dem Ganztagschulprogramm des Bundes hat die Bundesregierung von 2003 bis 2009 den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen mit vier Milliarden Euro unterstützt. Entscheidend für die Chancengleichheit ist es, Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Familien dort zu helfen, wo die Eltern selbst nicht helfen können. Alle Kinder und Jugendlichen sollen die Chance haben, zusätzliche sportliche, kulturelle und andere Bildungsangebote zu nutzen. Auch durch das Bildungs- und Teilhabepaket erfahren 2,5 Millionen bedürftige Kinder und Jugendliche gezielte Unterstützung. Das Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ eröffnet bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen außerschulische kulturelle Bildungsangebote. Mit der Initiative „Lesestart“ werden kostenlos Bücher an die Familien von Kleinkindern verteilt, damit das Interesse am Lesen frühzeitig angeregt wird. Ziel der Bundesregierung ist auch eine deutliche Verbesserung der Chancengleichheit durch den erheblichen Ausbau der frühkindlichen Bildung (vgl. Indikator *Kinderbetreuungsquote* in „Zeit haben für Familie und Beruf“).

Der Indikator **Bildungsmobilität zwischen Eltern und Kindern** zeigt den Zusammenhang zwischen den **höchsten allgemeinbildenden Schulabschlüssen von Eltern und ihren Kindern**, und zwar für Kinder im Alter von **15 bis 25 Jahren**, die noch im Haushalt der Eltern leben<sup>98</sup> und sich nicht mehr im allgemeinbildenden Schulsystem befinden. Hier gilt es zu beachten, dass es gerade in den jüngeren Altersjahrgängen möglich ist, dass ein höherer Abschluss noch nachgeholt wird. Bei den Eltern wird der jeweils höhere Schulabschluss herangezogen. Auf Basis des Mikrozensus können im Familienkontext nur die höchsten allgemeinbildenden Schulabschlüsse, nicht jedoch weiterführende Bildungs- oder Berufsausbildungsabschlüsse ausgewertet werden. Letztere sind zwar für das Berufsleben und das Einkommen häufig entscheidender, werden aber oft erst nach Verlassen des Elternhauses erworben. Dies stellt aber keinesfalls eine Mindererschätzung dieser Abschlüsse dar. Gleiches gilt für den Haupt- oder Realschulabschluss, die im weiteren beruflichen Werdegang Basis für eine erfolgreiche Bildungskarriere sein können.

### ■ **Lebenslanges Lernen: Indikator Beteiligung an Weiterbildung**

„Ich glaube, die größte Chance ist das lebenslange Lernen – gerade bei der Digitalisierung.“

aus dem Bürgerdialog des BMWi  
in Magdeburg am 7. Juli 2015

Bildung hört nicht mit der Schule, mit dem Abschluss der Berufsausbildung oder dem (Fach-)Hochschulabschluss auf. Darin stimmten viele Dialogteilnehmer überein. Aus eigener Erfahrung bewerteten sie den Sinn und Zweck **beruflicher Weiterbildung** zumeist positiv. Denn Erwerbstätige sind gefordert, sich auch im Lauf ihres Berufslebens weiterzubilden. Dies ist in einer modernen Arbeitswelt aufgrund der immer kürzer werdenden Halbwertszeit des Wissens selbstverständlich.

Für Deutschland ist das Thema Weiterbildung von besonderer Bedeutung, da die Alterung der Bevölkerung im weltweiten Vergleich hier vergleichsweise schnell voranschreitet. Immer mehr ältere Menschen bleiben länger erwerbstätig (vgl. Indikator *Erwerbstätigenquote* in „Gut arbeiten und gerecht teilhaben“). Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sind auf stetige Weiterbildung angewiesen, um die Vorteile des technischen Fortschritts nutzen zu können. Für die Volkswirtschaft als Ganzes können potentielle Produktivitätsverluste in einer alternden Bevölkerung auf diese Weise abgeschwächt werden.<sup>99</sup> Lebenslanges Lernen dient zunächst jedoch der **persönlichen Weiterentwicklung**. Wer seine Talente entfalten kann, ist in der Regel

zufriedener, materiell besser abgesichert und sozial besser integriert. Dies gilt insbesondere für Personen mit mittleren oder hohen Bildungsabschlüssen.<sup>100</sup>

Lebenslanges Lernen hat **viele Formen**: Es reicht vom informellen selbstgesteuerten Lernen, z. B. beim Umgang mit moderner Technik und digitalen Medien oder beim Erlernen einer neuen Sprache, bis zum Wiedereinstieg in einen formalen Bildungsgang, z. B. durch ein Zweitstudium.

Der Indikator **Beteiligung an Weiterbildung** zeigt den Anteil der **18- bis 64-Jährigen**, die innerhalb der letzten zwölf Monate an einer betrieblichen, einer individuell **berufsbezogenen bzw. nicht-berufsbezogenen Weiterbildung** teilgenommen haben.

Bund und Länder haben sich 2008 ein gemeinsames Ziel gesetzt: Bis 2015 soll sich jeder Zweite mindestens einmal im Jahr an einer solchen Weiterbildung beteiligen. 2014 wurde dieses Ziel mit einer Quote von 51 Prozent erreicht. Der Anstieg betrifft alle Altersgruppen, besonders stark jedoch die 25- bis 34-Jährigen und die 55- bis 64-Jährigen mit über zehn Prozentpunkten (vgl. Abb. 34). Da im Zuge der Digitalisierung der Aufbau von digitalen Kompetenzen nicht nur für die Arbeit, sondern für viele Lebensbereiche besonders wichtig ist, wäre ein Indikator in diesem Bereich besonders zukunftsrelevant, ist aber noch nicht verfügbar.

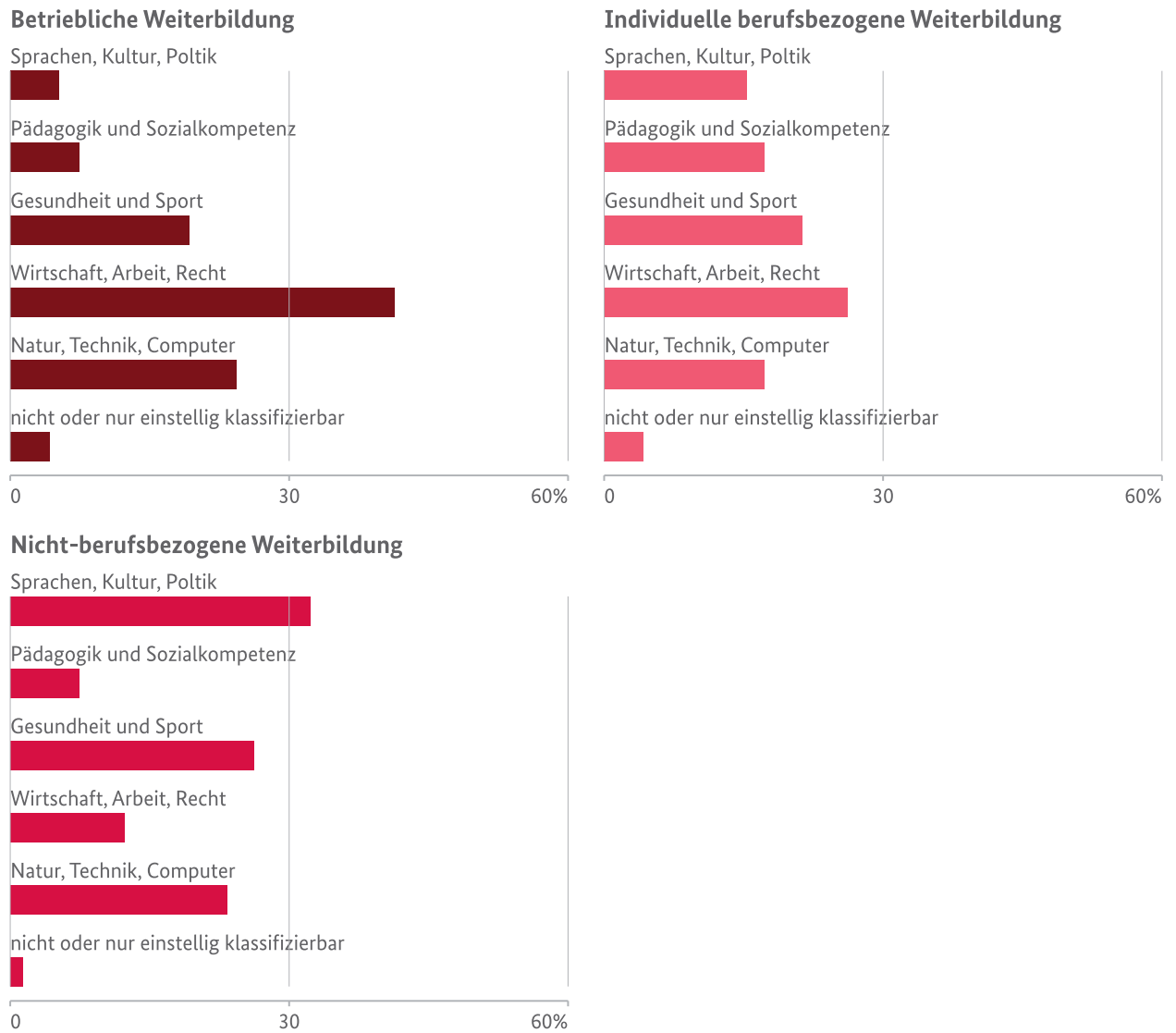
**Unternehmen sind der wichtigste Ort der Weiterbildung** in Deutschland. Hier finden 70 Prozent der erfassten Weiterbildungsaktivitäten statt. Demgegenüber stehen 13 Prozent individuelle berufsbezogene und 17 Prozent nicht-berufsbezogene Weiterbildungsaktivitäten.

Abbildung 34: Weiterbildungsbeteiligung nach Altersgruppen 2007 und 2014



Quelle: Adult Education Survey 2007 und 2014. Bis 2007: 19- bis 64-Jährige; ab 2010: 18- bis 64-Jährige.

Abbildung 35: Themenstruktur der verschiedenen Formen der Weiterbildung 2014



Quelle: Adult Education Survey 2014.

Auch die **digitalen Medien** bieten hier viele neue Chancen. Sie entkoppeln nicht nur Ort und Zeit. Sie bieten auch eine neue Freiheit in der Ausgestaltung, so dass Qualifizierungsangebote besser und individueller zugeschnitten werden können. Insbesondere durch die Web 2.0-Technologien haben sich neue Möglichkeiten der sozialen Vernetzung, Interaktion und Partizipation im Bereich der Weiterbildung eröffnet. So helfen die digitalen Medien dabei, Lern- und Arbeitsmittel besser in den beruflichen Alltag zu integrieren. Dadurch sind Lehrende und Lernende flexibler; zugleich erwerben sie weitere Medien- und Informationskompetenz.<sup>101</sup>

Die **Breite und Vielfalt** des lebenslangen Lernens in Deutschland zeigt sich auch in den **gewählten Themen** (vgl. Abb. 35): In der betrieblichen Weiterbildung dominieren „Wirtschaft, Arbeit, Recht“ (41 Prozent) und „Natur, Technik, Computer“ (24 Prozent). In der nicht-berufsbezogenen Weiterbildung liegen „Sprache, Kultur und Politik“ (32 Prozent) und „Gesundheit und Sport“ (26 Prozent) vorn.

Die Bundesregierung unterstützt die zunehmende Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich auch nach Schule, Studium oder Ausbildung weiterzubilden und lebenslang zu lernen. Die BA fördert nach dem SGB III eine Vielfalt von Qualifizierungsmaßnahmen. Daneben eröffnen Stipendien für beruflich Qualifizierte, die Bildungsprämie oder das „Meister-BAföG“, dessen Förderkonditionen am 1. August 2016 erheblich verbessert wurden und das seitdem „Aufstiegs-BAföG“ heißt, vielen Menschen Aufstiegschancen und neue berufliche Perspektiven. Daneben ist eine zunehmende Verankerung von **Weiterbildungsangeboten im Hochschulbereich** zu beobachten. Deren Zahl, die Angebotsvielfalt und die Bedarfsorientierung haben in den letzten Jahren zugenommen.<sup>102</sup>

Der Indikator **Beteiligung an Weiterbildung** zeigt den Anteil der **18- bis 64-Jährigen**, die **innerhalb der letzten zwölf Monate** an einer betrieblichen, einer individuell berufsbezogenen bzw. einer nicht-berufsbezogenen Weiterbildung teilgenommen haben.

Die Daten basieren auf dem **Adult Education Survey (AES)** von 2007 und 2014 von TNS Infratest. Daten zum Weiterbildungsverhalten werden seit 1979 alle zwei bis drei Jahre im Auftrag der Bundesregierung erhoben. Seit 2007 ist die Erhebung ein Baustein im Europäischen Statistischen System (ESS) und wird nach dem Konzept des AES durchgeführt. Ziel ist das Monitoring der Lernaktivitäten im Erwachsenenalter. Erfasst werden alle Arten des Lernens im Erwachsenenalter, d. h. reguläre Bildungsgänge, Weiterbildung und informelles Lernen.



# Zeit haben für Familie und Beruf



#### ■ 4. Zeit haben für Familie und Beruf

„Freie Zeit ist heute ein hohes Gut, vor allem in einer Welt, die nach immer mehr Arbeit und Stress schreit.“

aus einer Online-Antwort vom 18. August 2015

Mehr Zeit zu haben, das haben sich viele Menschen im Dialog gewünscht: Zeit für Familie und Freunde, mehr Freiraum für Sport, Hobbies und die eigenen Interessen. Aber auch die Zeit, sich im Krankheitsfall oder im Alter um die engsten Angehörigen kümmern zu können. Mit der gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen (vgl. Indikator *Erwerbstätigenquote* in „Gut arbeiten und gerecht teilhaben“) und veränderten Leitbildern von Müttern und Vätern<sup>103</sup> ist die faire Aufteilung der Zeit für Beruf und Familie sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu einer wichtigen gesamtgesellschaftlichen Herausforderung unserer Zeit geworden.

Viele der im Bürgerdialog diskutierten Aspekte fallen zunächst in den Bereich persönlicher Lebensentscheidungen. In der „Rush Hour des Lebens“, wie der Lebensabschnitt zwischen 25 und 50 Jahren gerne bezeichnet wird, ballen sich die meisten Entscheidungen und Aufgaben. Dazu zählen Familiengründung und Altersvorsorge, die Entscheidung für beruflichen Aufstieg und Arbeit in Teilzeit, aber auch der Umgang mit pflegebedürftigen Angehörigen.<sup>104</sup> Der zeitliche Druck, der damit häufig einhergeht, ist vielfach unvermeidbar. Trotzdem haben die Bürgerinnen und Bürger klare Vorstellungen. So erwarten sie bspw. flexiblere Arbeitszeiten, verbesserte Betreuungs- und schulische Ganztagsangebote für Kinder sowie mehr Unterstützung bei der Pflege naher Familienmitglieder. Hier sind neben dem Staat auch die Sozialpartner, also die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, gefordert. Sie unterstützen den Staat dabei, dass die Menschen ihre individuellen Lebensentwürfe frei wählen und umsetzen können.

#### ■ Familie und Arbeit – ein Leben in Balance: Indikator Vergleich der tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeit

„Arbeit bietet Freude, Spaß, Entfaltung – aber es werden immer mehr Zeitopfer verlangt.“

aus dem Bürgerdialog der evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen am 24. Juni 2015

Eine gute Balance zwischen Familie, Arbeit und Freizeit war den Menschen im Dialog wichtig. Ihre Alltagsprobleme, bestehend aus einem Balance-Akt zwischen Familie, Arbeit und Freizeit, beschrieben sie eindrücklich. Hohe Anforderungen im Job, zu wenig Zeit für die Kinder und die Partnerin oder den Partner sowie der daraus resultierende Stress – dies bewerteten die Bürgerinnen und Bürger negativ. Die Sorge vor Überlastung formulierte ein Teilnehmer im Online-Dialog am 7. September 2015 kurz und prägnant so: „Auspowern ohne Ende bringt auf Dauer keinem etwas.“

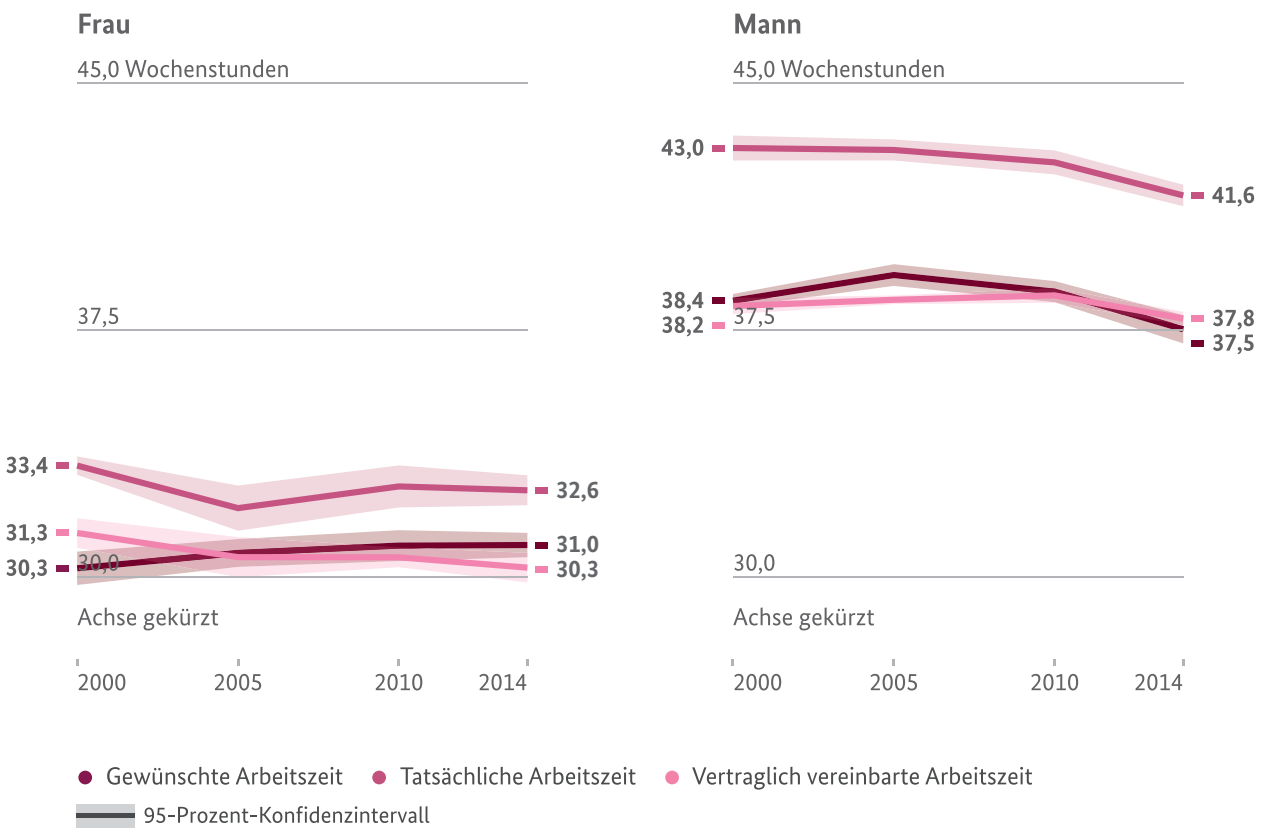
Forschungsergebnisse zeigen: Besonders belastend ist eine dauerhafte Abweichung zwischen der gewünschten und tatsächlichen Arbeitszeit.<sup>105</sup> Und zwar nicht nur für die betroffene Person selbst, sondern auch für die Familie bzw. den Partner.<sup>106</sup> Belastende Arbeitszeiten wie Nacht- oder Wochenendschichten und ständige Überstunden haben einen negativen Effekt auf die Lebenszufriedenheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.<sup>107</sup>

Frauen und Männer sind von der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** nach wie vor in unterschiedlicher Weise betroffen. Das hat vor allem mit der durchschnittlichen Arbeitszeit und dem individuellen Gehalt zu tun. Männer arbeiten überwiegend in Vollzeit und haben häufiger längere Arbeitszeiten. Frauen hingegen arbeiten häufiger in Teilzeit und geben als Grund dafür hauptsächlich familiäre Betreuungsaufgaben an. Bei berufstätigen Müttern mit minderjährigen Kindern liegt die Teilzeitquote bei rund 70 Prozent, bei Vätern dagegen bei rund sechs Prozent.<sup>108</sup> Dieser Unterschied wurde im Bürgerdialog von einigen kritisch gesehen. In den ostdeutschen Ländern arbeiten Frauen weiterhin häufiger in Vollzeit, nicht zuletzt, weil dort das ganztägige Betreuungsangebot für Kindergarten- und Schulkinder deutlich höher ist als in vielen westdeutschen Bundesländern.

Der Indikator zum **Vergleich der tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeit** misst, inwieweit die Arbeitszeitwünsche der Menschen realisiert werden können bzw. von der Realität abweichen. Das hängt von vielen individuellen Faktoren ab. Zum einen, ob sich die Vorstellungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern decken und den Wünschen nach flexiblen Arbeitszeiten entsprochen werden können. Zum anderen, ob sich berufstätige Ehe- und Lebenspartner auf ein Modell einigen können, wie sie die Zeit für Erwerbsarbeit und Familie so untereinander aufteilen, dass beide zufrieden sind. Der Indikator bildet daher auch ab, ob die Menschen mit ihrer **eigenen Zeitverwendung** zufrieden sind.

Die **tatsächlichen Arbeitszeiten** von Männern und Frauen sind im Betrachtungszeitraum leicht rückläufig und haben sich tendenziell angenähert – bei einer weiterhin bestehenden Differenz von rund neun Wochenstunden (vgl. Abb. 36). 2000 lag die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit von Männern bei 43 Stunden, 14 Jahre später arbeiteten Männer im Schnitt rund eineinhalb Stunden weniger. Im gleichen Zeitraum ist auch die tatsächliche Wochenarbeitszeit von Frauen um knapp eine Stunde (von 33,4 auf 32,6) zurückgegangen. Das hängt damit zusammen, dass die Teilzeitquote bei Frauen gestiegen ist, d. h. infolge zunehmender Erwerbsbeteiligung von Frauen in Teilzeitarbeit hat deren Anteil im Verhältnis zu den vollzeit-

Abbildung 36: Gewünschte, vereinbarte und tatsächliche Arbeitszeit von Frauen und Männern 2000 bis 2014



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1.

erwerbstätigen Frauen zugenommen (vgl. Indikator *Erwerbstätigenquote* in „Gut arbeiten und gerecht teilhaben“).

Sowohl Männer als auch Frauen arbeiten meist länger als vertraglich vereinbart. Männer arbeiten durchschnittlich zehn und Frauen acht Prozent mehr. Während bei den Männern der Abstand zwischen tatsächlicher und vereinbarter Arbeitszeit kleiner geworden ist, nimmt diese Differenz bei Frauen tendenziell zu.

Bei einem relativ hohen Anteil der Beschäftigten weicht die gewünschte und tatsächliche Arbeitszeit um mehr als fünf Stunden voneinander ab.<sup>109</sup> Bei Männern trifft dies bei jedem zweiten Beschäftigten zu (51,7 Prozent), bei Frauen liegt der Anteil mit knapp 55 Prozent sogar noch höher. Die Entwicklung der gewünschten Arbeitszeit verläuft bei Männern und Frauen dabei gegenläufig. Bei Männern ist die gewünschte Arbeitszeit seit 2005 rückläufig (von 39,2 auf 37,5 Stunden in 2014), wohingegen Frauen ihre Arbeitszeit in der Tendenz ausweiten möchten (von 30,3 Stunden im Jahr 2000 auf 31 Stunden im Jahr 2014).

Eine Ursache dieser gegenläufigen Entwicklung liegt darin, dass sich in Deutschland trotz der stetig zunehmenden Frauen- und Müttererwerbsbeteiligung an der traditionel-

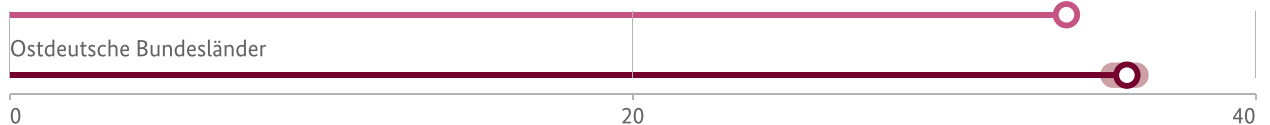
len Aufgabenteilung im Haushalt und bei der Betreuung von Kindern wenig geändert hat. Sie liegt immer noch weit überwiegend in Frauenhand. Denn Frauen leisten in der Regel weniger bezahlte Arbeit als Männer, arbeiten dafür aber deutlich länger im Haushalt und sorgen für Kinder und Pflegebedürftige. Sonderauswertungen auf Basis des SOEP zeigen: Selbst in Haushalten mit zwei Vollzeitbeschäftigten sind es in aller Regel Frauen, die Tag für Tag länger mit dem Haushalt und der Betreuung von Kindern beschäftigt sind. Sie kümmern sich rund eineinhalb Stunden am Tag um den Haushalt und fünf Stunden um die Betreuung der Kinder. Dagegen verbringen vollzeiterwerbstätige Männer im Schnitt lediglich rund eine Stunde mit Hausarbeit und zweieinhalb Stunden mit der Kinderbetreuung.<sup>110</sup>

Bei regional differenzierter Betrachtung zeigt sich: Die Menschen in den ostdeutschen Ländern arbeiten im Mittel fast zweieinhalb Wochenstunden länger als in den westdeutschen Ländern (vgl. Abb. 37). Dieser Unterschied ist vor allem auf den höheren Anteil von Frauen in Vollzeit oder vollzeitznahen Arbeitsverhältnissen zurückzuführen, der durch die guten Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten in den ostdeutschen Bundesländern erleichtert wird.

Abbildung 37: Gewünschte, vereinbarte und tatsächliche Arbeitszeit in ost- und westdeutschen Bundesländern 2014

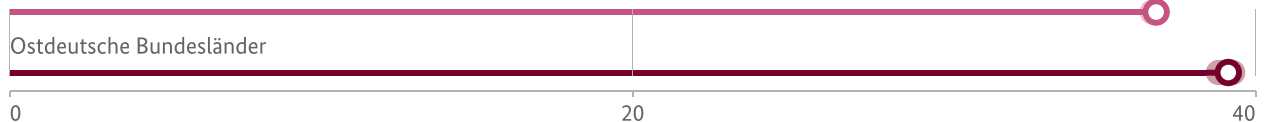
### Gewünschte Arbeitszeit

Westdeutsche Bundesländer



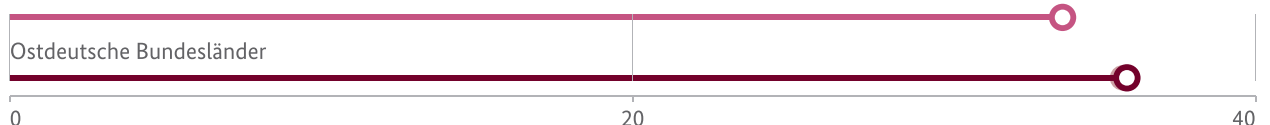
### Tatsächliche Arbeitszeit

Westdeutsche Bundesländer



### Vertraglich vereinbarte Arbeitszeit

Westdeutsche Bundesländer



— 95-Prozent-Konfidenzintervall

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1.

Wie Familienarbeit in der Partnerschaft organisiert wird und welche Arbeitszeitmodelle gewählt werden, sind primär private Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger. Diese Entscheidungen werden aber vor dem Hintergrund bestehender Angebote und Möglichkeiten getroffen. Wunsch und Wirklichkeit liegen hierbei noch oft auseinander. 60 Prozent der Paare wünschen sich eine gleichberechtigte Aufteilung der Aufgaben in Familie und Beruf. Aber nur wenige Paare können dies auch tatsächlich umsetzen. Außerdem zeigen Studien, dass auch die Einkommensverteilung zwischen den Partnern vor der Geburt des Kindes eine wichtige Rolle für die spätere Aufgabenteilung spielt.<sup>111</sup>

Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen in diesem Bereich ist es, verlässliche Rahmenbedingungen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter zu schaffen, die beiden Eltern ermöglichen, ihre Wünsche nach Zeit für Familie und Beruf zu erfüllen.

Mit dem Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ erleichtert die Bundesregierung jungen Eltern die Rückkehr ins Berufsleben ebenso wie durch das neue Elterngeld Plus. Im Koalitionsvertrag von 2013 wurde zudem vereinbart, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Anspruch auf befristete Teilzeit zu gewähren, sodass sie aus einer Teilzeitbeschäftigung wieder zur früheren Arbeitszeit zurückkehren können.

Mit dem Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ setzt sich die Bundesregierung bereits seit 2006 in Kooperation mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Industrie- und Handelskammertag,

Zentralverband des Deutschen Handwerks, und dem Deutschen Gewerkschaftsbund für familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein.

Das Programm „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten“ fördert zusätzlich lokale Initiativen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Gemeinsam arbeiten Sozialpartner, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände mit regionalen Akteuren an einer familienfreundlichen Personalpolitik in den Kommunen. Dazu gehört auch eine verbesserte Infrastruktur für Familien.

Der Indikator **Tatsächliche und gewünschte Arbeitszeit** vergleicht, ob die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten von ihrer tatsächlichen Arbeitszeit abweichen. Arbeitszeiten sind als jeweilige Mittelwerte der Arbeitsstunden angegeben.

Die Daten beziehen sich auf abhängig Beschäftigte zwischen 20 und 54 Jahren (ohne Azubis) inklusive Praktikanten. Personen mit einer Wochenarbeitszeit von weniger als fünf Stunden und einer gewünschten regelmäßigen Wochenarbeitszeit von mehr als 60 Stunden wurden nicht berücksichtigt.

Datenquelle ist das Sozio-oekonomische Panel. Angaben zur gewünschten, vereinbarten und tatsächlichen Arbeitszeit werden in Befragungen erhoben. Die errechneten Werte sind daher nur eine statistische Annäherung. Die Gründe für Abweichungen zwischen der tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeiten sind unbekannt.

## ■ Mehr Flexibilität für Familien: Indikator Kinderbetreuungsquote

„Junge Menschen sollten sich nicht mehr für Arbeit oder Familie entscheiden müssen. Beides sollte Hand in Hand gehen.“

aus einer Online-Antwort vom 22. Juni 2015

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt für viele nach wie vor eine große Herausforderung dar. Insbesondere dann, wenn beide Elternteile berufstätig sind. Die Dialogteilnehmer waren sich weitgehend einig, dass eine umfassendere Kinderbetreuung und flexiblere Arbeitszeiten der richtige Ansatz für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind. Dazu gehörte für sie vor allem eine gute institutionelle Infrastruktur für Familien. Konkret bedeutet das: ausreichend Betreuungsplätze für Kinder, aber auch für pflegebedürftige Angehörige. Flexibler sollten vor allem die Betreuungsangebote und Öffnungszeiten sein, so der vielfach geäußerte Wunsch im Dialog. Nur so lasse sich die Kinderbetreuung besser mit den beruflichen Anforderungen in Einklang bringen. Vor allem im ländlichen Raum wurde hier von den Bürgerinnen und Bürgern ein Aufholbedarf gesehen. Über den Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schulen, Kindertagesstätten und Horten wurde ebenfalls viel diskutiert.

Wissenschaftliche Studien belegen: Neben einer flexiblen Zeitpolitik wirkt sich vor allem ein umfassendes Betreuungsangebot für Kinder und pflegebedürftige Angehörige positiv auf die Lebensqualität der Menschen aus.<sup>112</sup> Ein gut ausgebauten Betreuungsangebot steigert die subjektive Lebensqualität der Eltern deutlich. Die doppelten Anforderungen an Väter und Mütter können so besser erfüllt und individuelle Arbeitszeitwünsche leichter realisiert werden.<sup>113</sup> Wird die Qualität der Kinderbetreuung von Eltern als gut empfunden, dann steigert das vor allem die Erwerbsbeteiligung der Mütter.<sup>114</sup> Frühkindliche Bildung und Betreuung hat zudem positive Effekte für die kognitive und sozio-emotionale Entwicklung von Kindern.<sup>115</sup> Der Nobelpreisträger James J. Heckman hat nachgewiesen: Frühkindliche Bildung bietet im Erwachsenenalter einen wirksamen Schutz gegen Armut. Sie erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und sorgt für eine bessere Gesundheit.<sup>116</sup> Werden Kinder frühzeitig in das Bildungssystem integriert, so trägt das langfristig zu mehr Chancengerech-

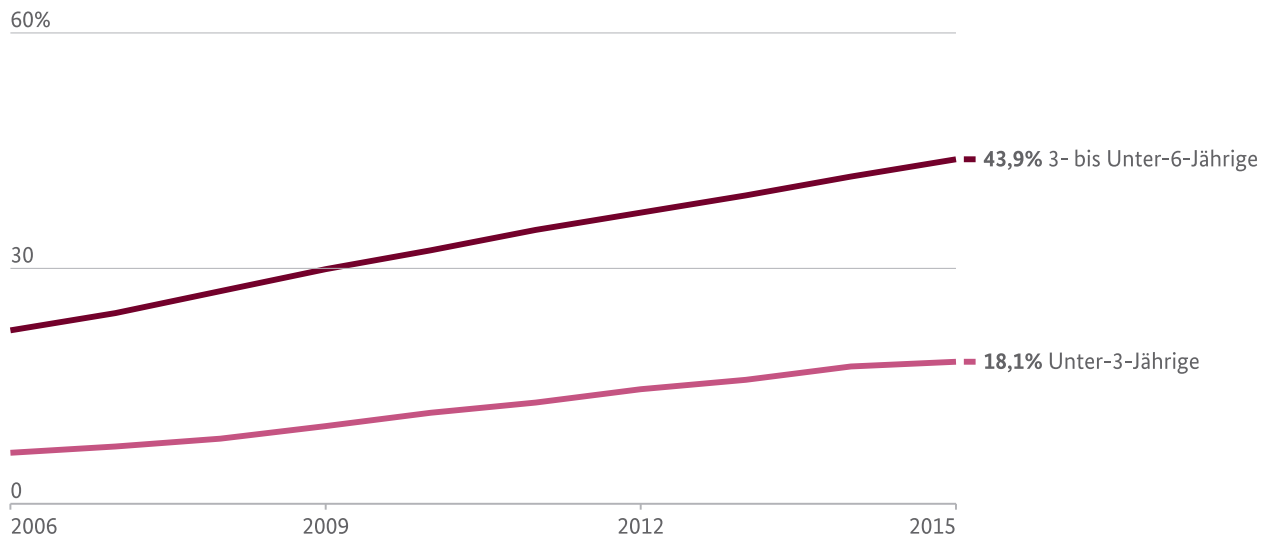
tigkeit bei. Zudem wird die Bildungsmobilität erhöht, da die sozio-demografische Herkunft, z. B. bei Kindern mit Migrationshintergrund, nicht mehr so stark ins Gewicht fällt.<sup>117</sup>

Die **Kinderbetreuungsquote** setzt die Zahl der in Kindertageseinrichtungen oder durch Tagesmütter betreuten Kinder ins Verhältnis zur Gesamtzahl aller Kinder einer Altersgruppe. Der **Betreuungsumfang** ist dabei von besonderer Bedeutung. Spürbar erleichtert wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nämlich erst ab einem Betreuungsumfang von durchgängig sieben Stunden und mehr pro Wochentag.<sup>118</sup> Die Ganztagsquote misst den Anteil der Kinder, die an Wochentagen mindestens sieben Stunden betreut werden.<sup>119</sup>

Im Vorschulalter werden die Ganztagsquoten getrennt ausgewiesen: für Kinder unter drei Jahren und Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren (vgl. Abb. 38). Seit 2006 zeichnet sich in beiden Fällen eine positive Entwicklung ab. So ist die Ganztagsquote der Unter-3-Jährigen von 6,5 auf 18,1 Prozent im Jahr 2015 gestiegen. Die Ganztagsquote der 3- bis Unter-6-Jährigen hat sich im gleichen Zeitraum von 22,1 auf 43,9 Prozent erhöht. Der Anteil bei den 3- bis Unter-6-Jährigen ist höher als bei den Unter-3-Jährigen, denn der Rechtsanspruch für ältere Kinder besteht bereits seit 1996, der für die 1- bis Unter-3-Jährigen erst seit 2013.

Ein weiterer Grund für die unterschiedlichen Werte sind die Wünsche vieler Eltern, die ihre Kinder entweder erst mit drei Jahren in den Kindergarten geben möchten oder, wenn sie unter drei Jahre alt sind, nur wenige Stunden betreuen lassen.

Abbildung 38: Entwicklung der Ganztagsquoten



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe.

Regional zeigen sich starke Unterschiede zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Bundesländern (vgl. Abb. 39).<sup>120</sup> Während die Ganztagsquoten in den ostdeutschen Bundesländern 2015 bei 39,6 Prozent (Kinder unter drei Jahren) und 74,2 Prozent (Kinder im Alter 3- bis Unter-6-Jährigen) lagen, betrug sie in den westdeutschen Bundesländern nur 12,8 bzw. 36,5 Prozent.

Zwischen 2009 und 2013 ist auch die frühkindliche Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund gestiegen. 2013 lag sie aber immer noch unter der Betreuungsquote von Kindern ohne Migrationshintergrund. Besonders deutlich ist der Unterschied bei den Unter-3-Jährigen: Nur 17 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund wurden in Kindertageseinrichtungen oder durch Tagesmütter betreut; bei Kindern ohne Migrationshintergrund waren es 35 Prozent.<sup>121</sup>

Im europäischen Vergleich stand Dänemark 2010 bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Teilzeit oder Vollzeit an der Spitze. Dort wurden insgesamt knapp 80 Prozent der Unter-3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen betreut. In Deutschland waren es 2010 nur etwa 20 Prozent. Lediglich Griechenland und Österreich wiesen im Vergleich von 18 westeuropäischen Ländern eine noch geringere Betreuungsquote auf. Auch dies verdeutlicht, wie stark sich die Betreuungssituation in Deutschland seither

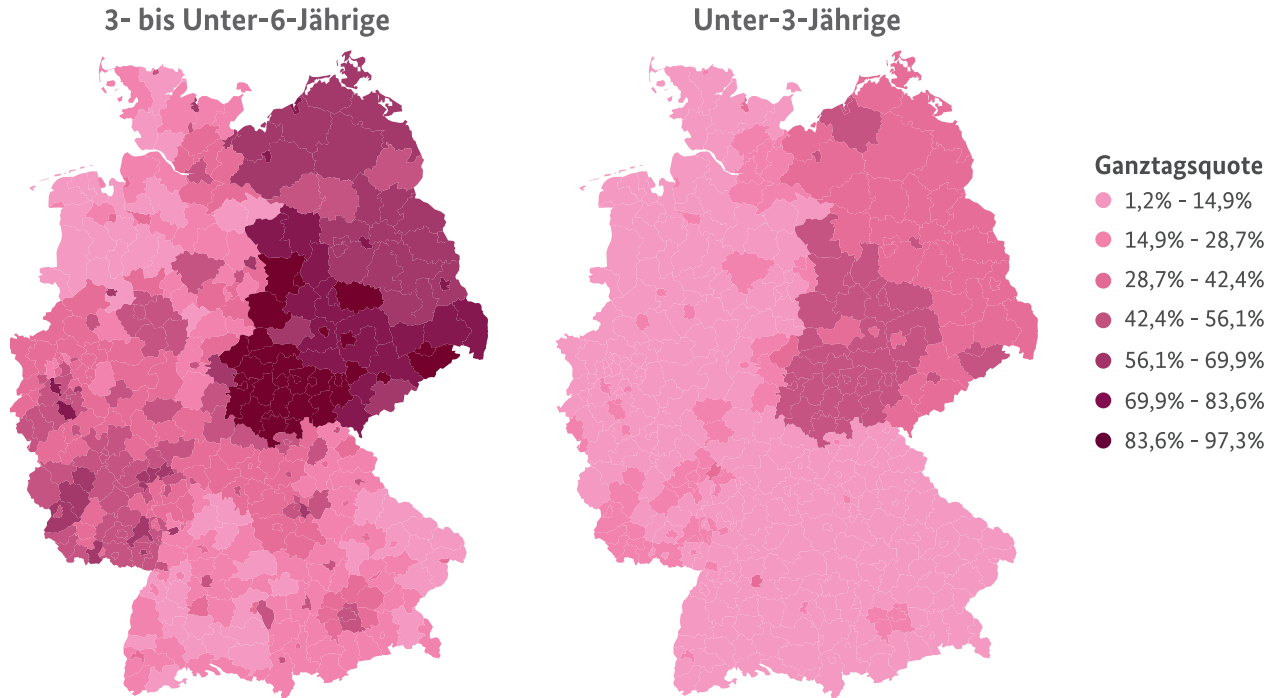
verändert hat. Betrachtet man den Anteil der vollzeitbetreuten Kinder im Vergleich zu allen betreuten Kindern, lag Deutschland in 2010 bereits etwas über dem Durchschnitt.<sup>122</sup>

Die Bundesregierung hat seit dem Start des Programms „Zukunft Bildung und Betreuung“ im Mai 2003 bereits viel für eine Verbesserung der Kinderbetreuung getan. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen allerdings, dass der Aufbau einer flächendeckenden Betreuungsinfrastruktur Zeit in Anspruch nimmt.<sup>123</sup>

Der Betreuungsbedarf hört nicht nach dem Kindergartenalter auf. Auch in der Schulzeit ist es wichtig, Kinder nachmittags betreuen lassen zu können. Nur so können viele Eltern im gewünschten Maß erwerbstätig sein und gleichzeitig ihren familiären Aufgaben nachkommen.<sup>124</sup> Die Betreuung erfolgt dabei entweder in Form von offenen und gebundenen Ganztagschulen<sup>125</sup> oder im Hort. Letzteres sind Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen für Kinder im Schulalter.<sup>126</sup>

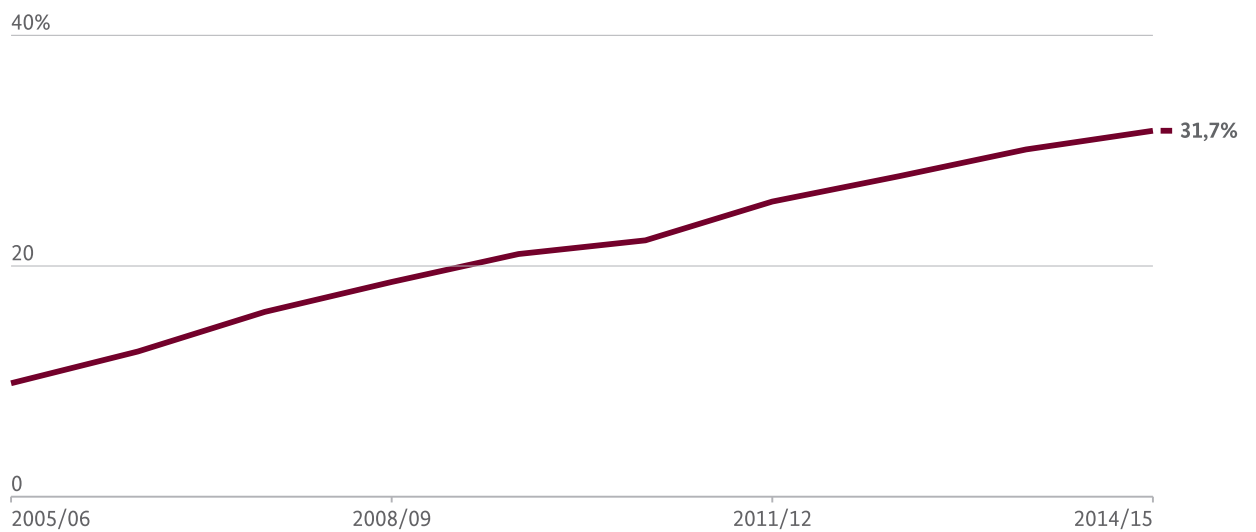
Zwischen dem Schuljahr 2005/2006 und 2014/2015 hat sich der Anteil der Kinder in Ganztagsgrundschulen von knapp zehn auf fast 32 Prozent erhöht (vgl. Abb. 40). Gleichzeitig ist auch die Nachmittagsbetreuung in Horten gestiegen – von 10,6 auf rund 16 Prozent (vgl. Abb. 41).

Abbildung 39: Ganztagsquoten der Unter-3- und der 3- bis Unter-6-Jährigen auf Kreisebene 2015



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe.

Abbildung 40: Entwicklung des Anteils der Kinder im Grundschulalter in Ganztagschulen



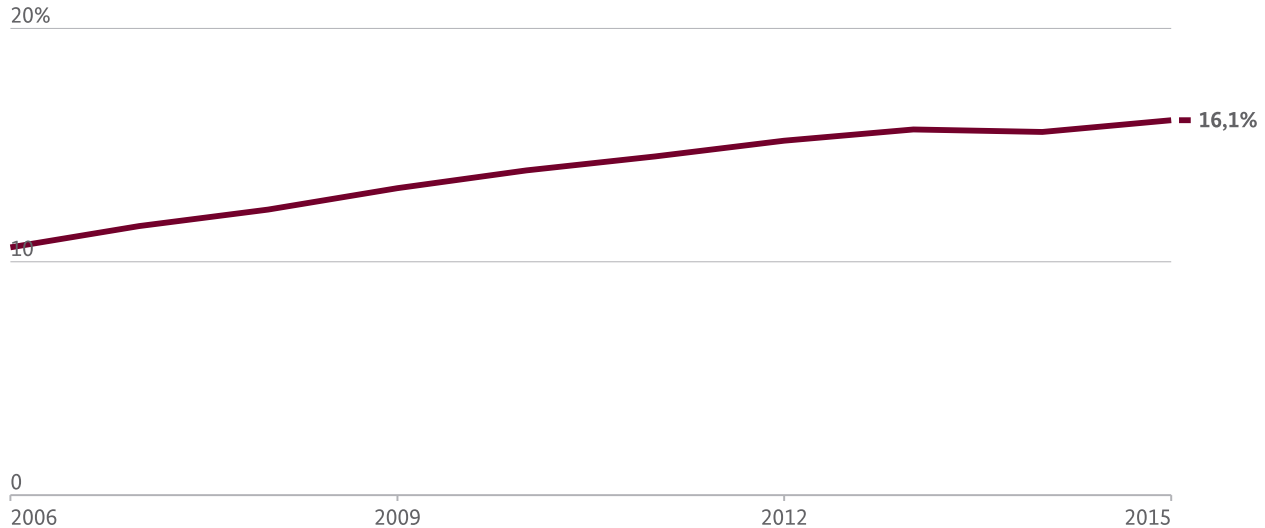
Quelle: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Zusammenstellung Forschungsverbund DJI/TU Dortmund, 2016.

Insgesamt hat die **Ganztagsbetreuung** somit in allen Altersgruppen zugenommen. Dazu haben auch die jüngsten Maßnahmen der Bundesregierung maßgeblich beigetragen. Denn jedes Kind hat seit August 2013 ab dem ersten vollendeten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Zudem unterstützt der Bund die Länder und Gemeinden beim Ausbau der Kindertagesbetreuung für Unter-3-Jährige massiv: bis 2014 mit insgesamt 5,4 Milliarden Euro, seit 2015 mit 845 Millionen Euro jährlich. 2017 und 2018 erhalten Länder und Kommunen zusätzlich 100 Millionen Euro jährlich als Unterstützung für die Betriebskosten. Mit dem Bundesprogramm „KitaPlus“ fördert die Bundesregierung mit weiteren 100 Millionen Euro diejenigen Betreuungseinrichtungen, die ganztägig Kinder betreuen und flexible Öffnungszeiten auch an Wochenenden anbieten. Davon profitieren insbesondere Alleinerziehende, Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter sowie Berufsgruppen, deren Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Betreuungszeiten liegen.

Der Indikator **Kinderbetreuungsquote** setzt die Zahl der in Kindertageseinrichtungen oder durch Tagesmütter betreuten Kinder ins Verhältnis zur Gesamtzahl aller Kinder einer Altersgruppe. Die **Ganztagsquote** misst den Anteil der Kinder, die an Wochentagen mindestens sieben Stunden betreut werden, wobei die Betreuung durch Kindertageseinrichtungen, öffentlich geförderte Kindertagespflege, Horte oder Ganztagschulen erfolgen kann.

Betreuungsquoten geben jedoch weder Auskunft über die Qualität der Betreuung noch darüber, ob es zusätzlichen Betreuungsbedarf gibt und wie groß dieser gegebenenfalls ist.

Abbildung 41: Entwicklung des Anteils der Kinder im Grundschulalter in Horten



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Erfasst werden Schulkinder unter elf Jahren.



■ **Betreuung von Kindern oder Pflege von Angehörigen – ein Balanceakt:** Indikator Arbeitszeitverkürzung für Betreuungsaufgaben

„Früher war die Pflege von Familienangehörigen normal, heute wird aber erwartet, dass man auch noch arbeiten geht“

aus dem Bürgerdialog des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks in Berlin am 29. Juni 2015

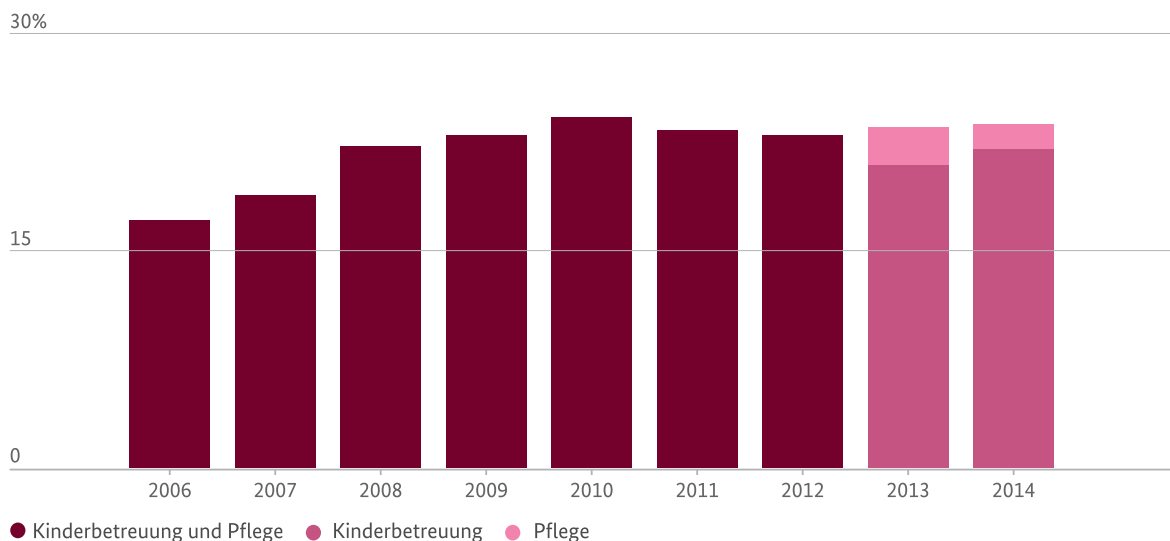
Betreuungsquoten allein geben keine Auskunft darüber, ob der tatsächliche Bedarf in Familien auch gedeckt wird. Ist dies nicht der Fall, dann fordert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die erwerbstätigen Eltern besonders heraus. Ähnliches gilt für Berufstätige, die pflegebedürftige Angehörige zu versorgen haben. Denn der fortschreitende demografische Wandel wirft auch verstärkt die Frage nach der Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf auf.<sup>127</sup>

Konkret ging es den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog um eine bessere Anerkennung, wenn sie Angehörige zuhause selbst pflegen. Weitere Aspekte waren bessere und schnellere Antragsverfahren, wenn es um Leistungen aus der Pflegekasse geht, und weniger Bürokratie in den Abläufen insgesamt.

Pflegebedürftige können durch professionelle ambulante Pflegedienste zuhause betreut werden. Zudem gibt es stationäre Einrichtungen, die Lang- oder Kurzzeitpflege anbieten. Für den Großteil der Menschen ist dies zwar keine vollwertige Alternative, aber eine wichtige Entlastung. Viele Bürgerinnen und Bürger sind der Ansicht, dass pflegebedürftige Angehörige idealerweise von engen Verwandten zuhause gepflegt werden sollten.<sup>128</sup> 84 Prozent der Berufstätigen zwischen 25 und 59 Jahren gehen jedoch davon aus, dass sich die Pflege von Angehörigen nur schwer mit dem eigenen Berufsleben vereinbaren lässt.<sup>129</sup> Das bestätigen auch 52 Prozent der Erwerbstätigen, die bereits Pflegeaufgaben übernehmen: Für sie gestaltet sich die Organisation von Pflege und Beruf oft schwer.<sup>130</sup> Von den Erwerbstätigen, die zukünftig gerne ihre Angehörigen selbst pflegen möchten, geht eine große Mehrheit (67 Prozent) davon aus, dass sie ihre Erwerbstätigkeit dafür zumindest einschränken müssen.<sup>131</sup>

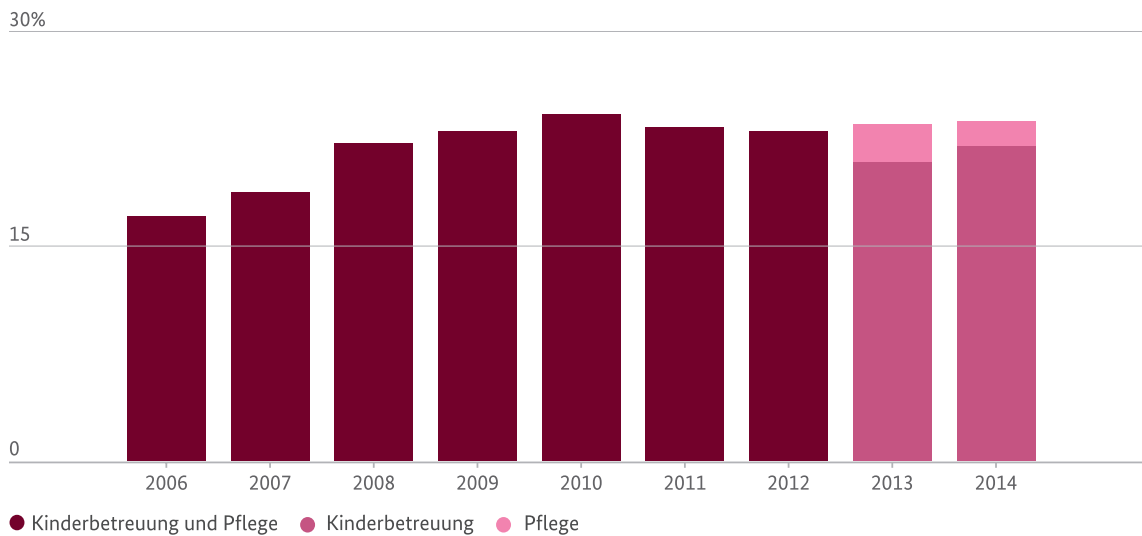
Der Konflikt in der Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit wird am ehesten durch den Indikator **Arbeitszeitverkürzung für Betreuungsaufgaben** abgebildet. Zu den Betreuungsaufgaben zählen die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen. Der Indikator misst zumindest annäherungsweise den **Betreuungsbedarf**. Damit die Bundesregierung pflegende Angehörige zukünftig besser unterstützen kann, sind weitere Datenerhebungen dringend notwendig.

Abbildung 42: Einschränkung der Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung und Pflege 2006 bis 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskräfteerhebung. Anteil der Teilzeitbeschäftigten, die als Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit die Betreuung von pflegebedürftigen Personen, Menschen mit Behinderung oder Kindern angeben.

Abbildung 43: Aufgabe der Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung und Pflege 2006 bis 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskräfteerhebung. Anteil der Nichterwerbstätigen, die als Hauptgrund für die Beendigung der letzten Tätigkeit die Betreuung von pflegebedürftigen Personen, Menschen mit Behinderung oder Kindern angeben.

Der Anteil der Personen, die ihre Erwerbstätigkeit aufgrund von Kinderbetreuung und Pflege einschränken, ist zwischen 2006 und 2014 von 17 auf 23,7 Prozent gestiegen (vgl. Abb. 42).

Ebenso hat sich der Anteil der Personen erhöht, die ihre Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung und Pflege ganz aufgeben: von rund acht auf etwa zwölf Prozent (vgl. Abb. 43). Auffällig dabei ist, dass vorwiegend Frauen die Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen übernehmen – zu Lasten der eigenen Erwerbstätigkeit. Die Zahlen der Jahre 2013 und 2014 machen zudem deutlich, dass Kinderbetreuung der häufigere Grund für die Einschränkung oder sogar Aufgabe der eigenen Erwerbstätigkeit ist. Die häusliche Pflege von Angehörigen fällt hier bisher noch nicht so stark ins Gewicht.

Es ist zu erwarten, dass der demografische Wandel die Situation weiter verschärfen wird. Mehr Menschen stehen dann vor der Herausforderung, Pflege und Beruf zu vereinbaren, und müssen hierfür ihre Erwerbstätigkeit möglicherweise einschränken. Die Zahlen unterstreichen dies: Gab es in Deutschland 2007 noch 2,25 Millionen Pflegebedürftige, so werden es 2030 voraussichtlich 3,37 Millionen Menschen mit Pflegebedarf sein. Dies entspricht einem Anstieg von 50 Prozent innerhalb von 23 Jahren.<sup>132</sup>

Die Bundesregierung hat Maßnahmen zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergriffen. Unter anderem wurden die Länder und Gemeinden beim Ausbau der Kindertagesbetreuung für Unter-3-Jährige finanziell unterstützt (vgl. Indikator *Kinderbetreuungsquote* in dieser Dimension). Auch die professionelle Pflege wurde gestärkt, um die Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf zu erleichtern. Mit dem Pflegestärkungsgesetz I hat der Bund die Leistungen für die ambulante Pflege um etwa 1,4 Milliarden Euro erhöht, für die stationäre Pflege um rund eine Milliarde Euro. Neben dieser finanziellen Förderung steht vor allem auch die Entlastung pflegender Angehöriger im Fokus der Bundesregierung. Zum 1. Januar 2015 sind aufgrund des Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf neue Regelungen insbesondere im Pflegezeitgesetz, im Familienpflegezeitgesetz und im SGB XI in Kraft getreten. So können sie sich entweder bis zu sechs Monate vollständig von der Arbeit freistellen lassen, also in Pflegezeit gehen. Oder aber die Beschäftigten entscheiden sich für die Familienpflegezeit. Dann können sie ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten auf eine wöchentliche Mindestarbeitszeit von 15 Stunden reduzieren. Zudem können Beschäftigte, die Angehörige pflegen, ein zinsloses Darlehen beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben beantragen. Neu eingeführt wurde auch das Pflegeunterstützungsgeld. Beschäftigte können sich ferner voll-

ständig oder teilweise für die auch außerhäusliche Betreuung von Minderjährigen oder in der letzten Lebensphase befindlichen Angehörigen freistellen lassen.

Der Indikator **Arbeitszeitverkürzung für Betreuungsaufgaben** ist grundsätzlich geeignet, den Konflikt der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf darzustellen.

Die hier zu beobachtenden Gründe für die Einschränkung oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit (Kinderbetreuung und Pflege) können bisher nur für die Jahre 2013 und 2014 getrennt ausgewiesen werden. Es wäre wünschenswert, den genauen Umfang der Teilzeittätigkeit zu erfassen, da es einen Unterschied macht, ob eine Person eine volle Stelle auf 20 oder auf fünf Wochenstunden reduziert. Weiterhin wäre es wichtig, die entsprechenden Fragen zu Einschränkung bzw. Aufgabe der Erwerbstätigkeit zu Pflichtfragen im Mikrozensus zu machen, so dass sich die Datenbasis verbessert.

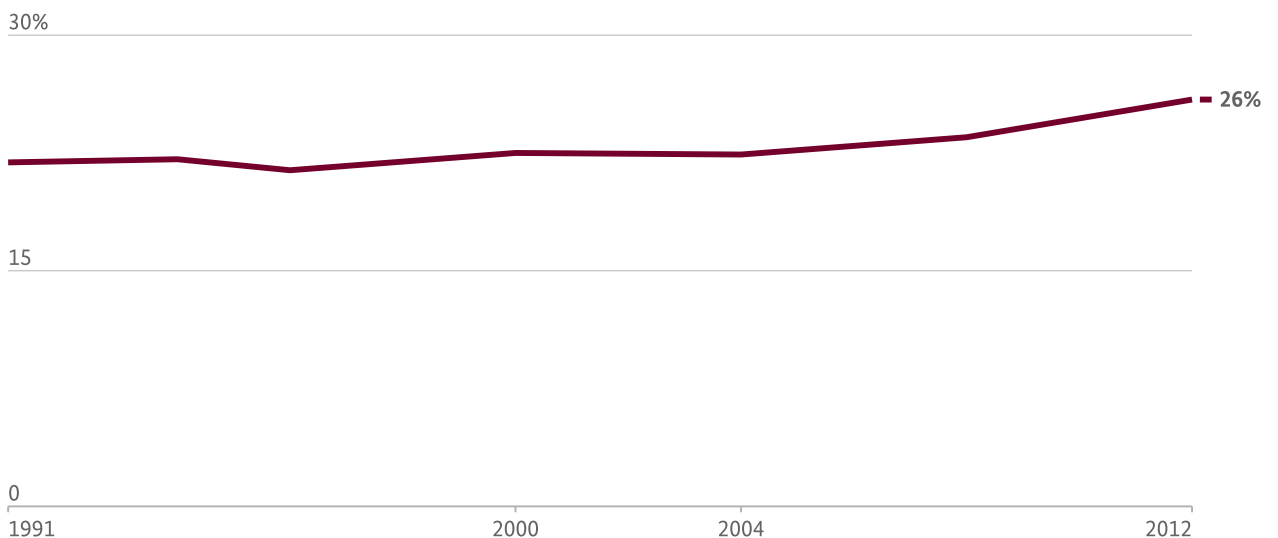
#### ■ **Lange Arbeitswege, weniger Zeit:** Indikator Pendeldauer

*„Mit der heutigen Technologie wäre in vielen Bereichen eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsortes möglich und gut machbar.“*

aus einer Online-Antwort vom 26. Juni 2015

Die Dialogteilnehmer sprachen sich generell dafür aus, die Arbeit insgesamt deutlich mobiler und flexibler zu gestalten. Oft mangelt es aber noch an unterstützender Technik, wie ausreichend schnelle und flächendeckende Breitband- und Mobilfunkverbindungen – insbesondere in ländlichen Regionen. Einige Bürgerinnen und Bürger sahen ihre Lebensqualität durch lange Arbeitswege beeinträchtigt. Ein Teil von ihnen wünschte sich eine Verbesserung der Straßen, Schienen, Radwege und des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.

Abbildung 44: Entwicklung des Anteils der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsweg über 30 Minuten



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Auch wissenschaftliche Studien zeigen: Je länger der Weg zur Arbeit, desto geringer die Lebenszufriedenheit.<sup>133</sup> Pendeln ist eine der Aktivitäten, die am häufigsten mit negativen Gefühlen assoziiert wird.<sup>134</sup> Besonders hohe Stresslevels entstehen durch nicht beeinflussbare Hindernisse, wie z. B. Staus oder Zugverspätungen.<sup>135</sup> Der Effekt ist stärker für Frauen als für Männer.<sup>136</sup> Autopendler berichten über mehr Stress als Zugpendler.<sup>137</sup> Außerdem gilt: Hausbesitzer neigen bei der Wahl ihrer Arbeitsstelle eher zum Pendeln als zu Umzügen.<sup>138</sup> Anders als von Ökonomen lange vermutet, gleichen sich die Nachteile eines langen Arbeitsweges bei Pendlern nicht durch ein höheres Gehalt oder eine bessere Wohnlage bzw. geringere Wohnkosten aus.<sup>139</sup>

Als Indikator für die **Pendeldauer** wird der **Anteil der Erwerbstätigen in Deutschland, die länger als eine halbe Stunde für ihren Arbeitsweg benötigen**, herangezogen.

In Deutschland gibt es einen Trend zur längeren Pendeldauer. Mehr als ein Viertel der deutschen Erwerbstätigen pendelte 2012 täglich länger als eine halbe Stunde von ihrem Wohnort zur Arbeit (vgl. Abb. 44).<sup>140</sup> Rund einer von 20 berufstätigen Deutschen ist Fernpendler, d. h. rund 1,8 Millionen Menschen pendeln tagtäglich über eine Stunde zur Arbeit. Dafür ziehen die Deutschen aber auch immer seltener für ihren Arbeitsplatz um und nehmen für die Beibehaltung ihrer Wohnung oder ihres sozialen Umfelds längere Pendeldauern in Kauf.<sup>141</sup> Hier zeigt sich, Pendeln ist eine individuelle Entscheidung. Der Staat kann aber Rahmenbedingungen schaffen, die den Menschen auch längere Wege zum Arbeitsplatz erleichtern.

Die meisten Erwerbstätigen, deren Arbeitsweg länger als eine halbe Stunde dauert, leben und arbeiten in Ballungsräumen (vgl. Abb. 45). In den Stadtstaaten sind es rund 42 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Im ländlichen Raum sind die Pendeldauern im Schnitt am geringsten. Fast ein Drittel der Berufstätigen brauchen hier maximal zehn Minuten zur Arbeit.

In Ballungsräumen und noch stärker in den Stadtstaaten gibt es einen Trend weg vom Auto hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Fahrrad. In den ländlichen Gebieten fahren Pendler, auch mangels guter Alternativen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), mit dem eigenen Auto zur Arbeit, was ein erheblicher Kostenfaktor ist. In den Einzugsgebieten von Großstädten hat sich bei der Wahl der Fortbewegungsmittel hingegen nicht viel verändert. Hier pendeln die Menschen vorwiegend mit dem eigenen PKW.

Bei den Pendlern, die über eine Stunde zur Arbeit fahren, gibt es den höchsten Anteil von Bahnfahrern – mit steigender Tendenz: plus elf Prozent von 2000 bis 2012. Entsprechend stark gefallen ist der Anteil der Fernpendler, die ihren Arbeitsweg mit dem Auto zurücklegen. Er liegt aber trotzdem noch bei fast 60 Prozent.

Die Bundesregierung fördert Mobilität als Grundlage individueller Entfaltung, des Rechts auf Teilhabe und gesellschaftlichen Austauschs. Sie setzt sich intensiv dafür ein, dass Menschen in Deutschland möglichst schnell und sicher unterwegs sind. Beispielsweise setzt die Bundesregierung weitere Anreize, um mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schienen- und Wasserwege zu verlegen. Zum Beispiel ist geplant, die LKW-Maut ab Mitte 2018 auf alle Bundesstraßen auszudehnen.

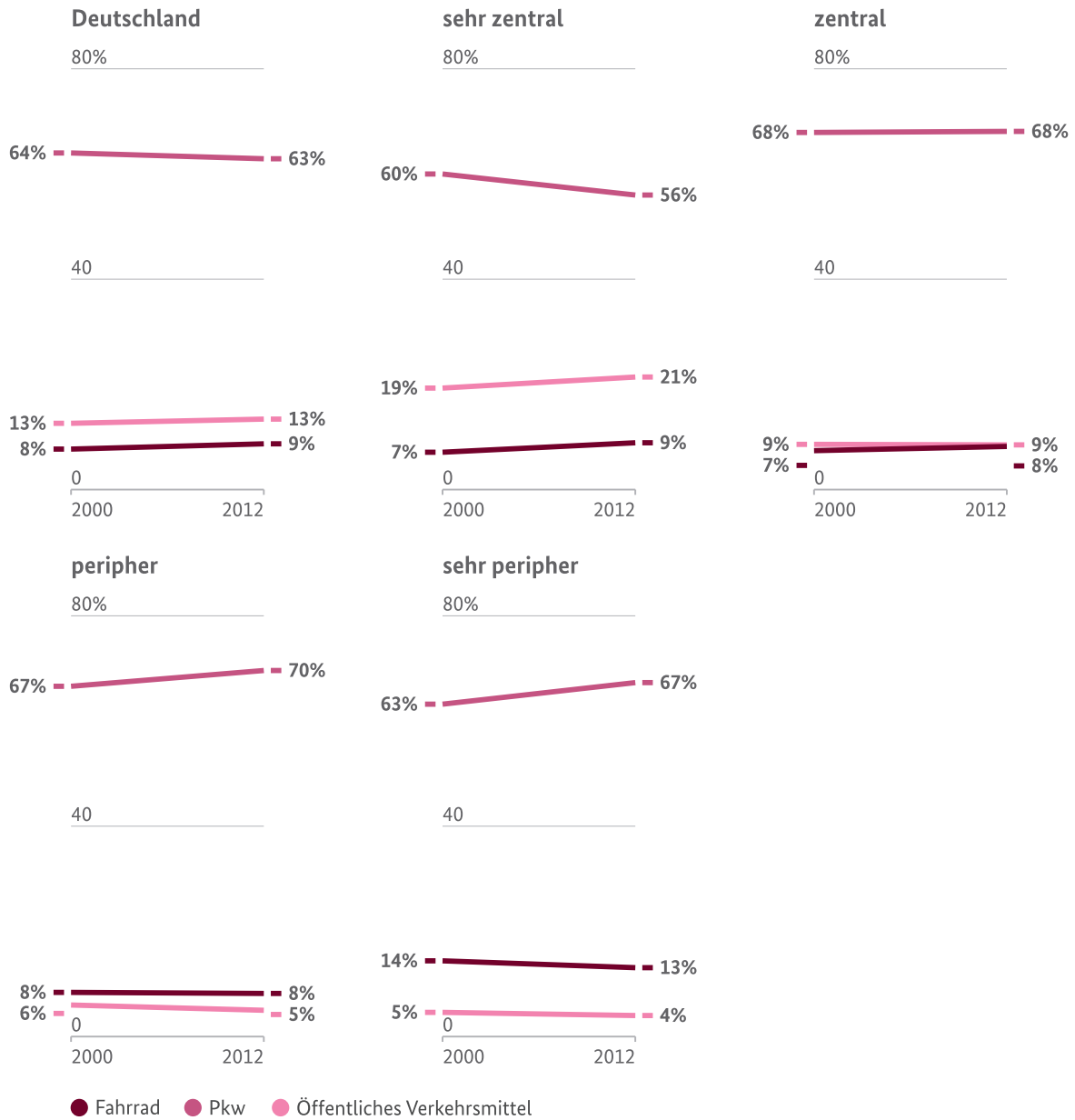
Gesetzlich hat die Bundesregierung 2016 auch für die Verbesserung des Wettbewerbs im Schienenverkehr gesorgt. So möchte sie ein gut nutzbares und attraktives Angebot für die Kunden auf der Schiene unterstützen. Zudem investiert die Bundesregierung in den Bau und Erhalt von Radwegen an Bundesstraßen. Mit dem Nationalen Radverkehrsplan setzt sie sich als Moderator und Impulsgeber für eine bessere Fahrradinfrastruktur in Ländern und Kommunen ein. Die Gestaltung des Mobilitätsangebotes vor Ort ist Aufgabe der Länder und Kommunen. Der Bund unterstützt sie dabei derzeit mit rund neun Milliarden Euro jährlich.

Um Pendlern das Leben zu erleichtern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, fördert die Bundesregierung auch flexible Arbeitsbedingungen. Diese ermöglichen es den Menschen, von zu Hause zu arbeiten oder ihre Arbeitszeiten sinnvoll anzupassen. In einem Weißbuch sollen mögliche Maßnahmen für ein modernes Arbeiten zusammengetragen werden. Basis dafür ist der Dialogprozess Arbeit 4.0.

Schließlich entlastet die Bundesregierung mit der Entfernungspauschale alle Berufspendler mit 30 Cent pro Kilometer. Dafür spielt es keine Rolle, ob sie diesen Weg zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Motorrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Auto zurücklegen.

Die Bundesregierung will für eine stärkere Durchmischung von Wohnen und Arbeiten sorgen. Das ist u.a. über Änderungen im Bau- und Planungsrecht möglich.

Abbildung 45: Nutzung verschiedener Verkehrsmittel durch Pendler 2000 und 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus. Ballungsräume: „sehr zentral“, Einzugsgebiete von Großstädten: „zentral“, ländlicher Raum: „peripher und sehr peripher“

Der Indikator **Pendeldauer** misst den Anteil der Erwerbstätigen (inklusive Auszubildenden) in Deutschland, die länger als eine halbe Stunde für ihren Arbeitsweg benötigen. Die Angaben zum Pendeln werden alle vier Jahre im Mikrozensus abgefragt. Fast ein Fünftel der Befragten machte 2012 keine Angaben zur Dauer des Arbeitsweges.<sup>142</sup>

# Ein sicheres Einkommen

## ■ 5. Ein sicheres Einkommen

„Ich brauche keinen Reichtum, keine Fernreisen oder Shoppingsonntage. Ich brauche eine gute Arbeit, die mir genug Einkommen ermöglicht, um mit meiner Familie gesund und zufrieden leben zu können.“

aus einer Online-Antwort vom 30. Juni 2015

Die Dialogteilnehmer waren sich einig: Das eigene Einkommen entscheidet darüber, ob persönliche Lebensziele erreicht werden können, und ist zentral für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. **Individueller Wohlstand** war für die persönliche Lebensqualität einer der wichtigsten Aspekte. Auch wurden **sozialstaatliche Leistungen** als Voraussetzung für die Lebensqualität in Deutschland häufig thematisiert. Sich auf einen gut ausgebauten Sozialstaat verlassen zu können und im Alter und bei Erwerbsminderung finanziell abgesichert zu sein, wurde eine hohe Bedeutung beigemessen. Konkret wurden Rentenerhöhungen, die Höhe des Arbeitslosengeldes II und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert.

Eine **gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen** gehörte zu den wichtigsten Aspekten von Lebensqualität. Teilnehmer äußerten sich überwiegend kritisch zur „Schere zwischen Arm und Reich“ und diskutierten staatliche Umverteilungsmaßnahmen durch Steuern und Transfers.

Fragt man Menschen, ob sie in ganz bestimmten Augenblicken ihres Tages zufrieden waren und vergleicht die Antworten mit dem Einkommen, dann zeigt sich: dieses (situationsbezogen gemessene) **emotionale Wohlbefinden** ist umso höher, je höher das Einkommen ist – aber nur bis zu einem bestimmten Punkt, dann bleibt es stabil.<sup>143</sup>

Anders ist es, wenn man Menschen ganz **allgemein** nach ihrer **Lebenszufriedenheit** befragt und diese mit dem Einkommen vergleicht. Hier ist der Zusammenhang – je höher das Einkommen, desto höher die Lebenszufriedenheit – nicht eindeutig. Ob eine Schwelle existiert, ab der bei zusätzlichem Einkommen die allgemeine Lebenszufriedenheit nicht mehr zunimmt, ist auch umstritten.<sup>144</sup>

Klar ist: Für Menschen wiegen Einkommensverluste schwerer als gleich hohe Einkommenszugewinne.<sup>145</sup> Der Verlust von Existenzsicherheit und die Sorge, den Lebens-

standard nicht halten zu können, ist insbesondere in den unteren und mittleren Einkommensgruppen eine Einschränkung der Lebensqualität. Im Umkehrschluss ist ein stabiler und verlässlicher sowie langfristig tragfähiger Sozialstaat eine notwendige Bedingung für hohe Lebenszufriedenheit (vgl. Indikator **Arbeitszufriedenheit** in „Gut arbeiten und gerecht teilhaben“). Hier liegt eine der Erklärungen für die starke Forderung nach sozialen Sicherungssystemen, um gegen den Einkommensausfall einer möglichen Arbeitslosigkeit abgesichert zu sein.

### ■ Was steht einem mittleren Haushalt im Monat finanziell zur Verfügung: Indikator Haushaltsnettoeinkommen

„Lebensqualität heißt für mich, dass wir uns keine Sorgen um das Geld machen müssen.“

aus einer Online-Antwort vom 22. August 2015

Der **individuelle Wohlstand** war den Menschen im Bürgerdialog ein wichtiges Anliegen. Damit verbanden sie vor allem **finanzielle Sicherheit**, die durch ein verlässliches Einkommen ermöglicht wird. Sie erwarten, für ihre Arbeit fair entlohnt zu werden. Der Mindestlohn wurde positiv bewertet. Vereinzelt wurde der Wunsch nach einem bedingungslosen Grundeinkommen laut. Nur für einige war materieller Wohlstand explizit weniger wichtig.

Der Indikator **Haushaltsnettoeinkommen** misst das inflationsbereinigte **verfügbare Einkommen eines mittleren Haushalts**<sup>146</sup> (Median<sup>147</sup>) in Deutschland, also was dem Haushalt **nach Abzug von Steuern und Abgaben und Hinzurechnung staatlicher Transfers** bleibt. Das Haushaltsnettoeinkommen ist auch die Basisgröße für eine Reihe anderer Indikatoren in diesem Bericht.

Das Haushaltsnettoeinkommen ist in Deutschland seit 1991 um knapp acht Prozent von rund 18.200 Euro auf rund 19.600 Euro gestiegen. Dieser Anstieg ist vor allem auf einen **Aufholprozess in den ostdeutschen Ländern** zurückzuführen, wo das Haushaltsnettoeinkommen um mehr als 15 Prozent von rund 14.800 Euro auf etwa 17.100 Euro gestiegen ist (vgl. Abb. 46).

Insgesamt fiel die Einkommensentwicklung des Medianhaushalts in den vergangenen zwei Jahrzehnten aber moderat aus. Zwischen 2000 und 2006 ist das Haushaltsnettoeinkommen in Gesamtdeutschland sogar um etwa 500 Euro gefallen. Im Jahr 2013, für das die aktuellste Zahl vorliegt, lag es etwa auf dem Niveau von 2000. Hinter dieser moderaten Entwicklung stehen die hohe Arbeitslosigkeit (vgl. Indikator *Arbeitslosenquote* in „Gut arbeiten und gerecht teilhaben“) in der ersten Hälfte der 2000er Jahre und die schwache Reallohnentwicklung in den jeweils unteren Einkommensgruppen insgesamt.

Letztere ist u.a. auf den strukturellen Wandel nach der Wiedervereinigung, den Beschäftigungszuwachs im niedrigeren Lohnsegment, dem technischen Wandel und die geringere Bezahlung von jüngeren Arbeitnehmern, aber auch auf die rückläufige Tarifbindung zurückzuführen.<sup>148</sup> Insgesamt hat die moderate Lohnentwicklung zu Beginn der 2000er Jahre zur Beschäftigungssicherung beigetragen. Als Folge des positiven Wachstums- und Beschäftigungstrends ergaben sich in den letzten Jahren merkliche Reallohnzuwächse (vgl. Indikator *Nettolöhne und -gehälter* in „Gut arbeiten und gerecht teilhaben“).

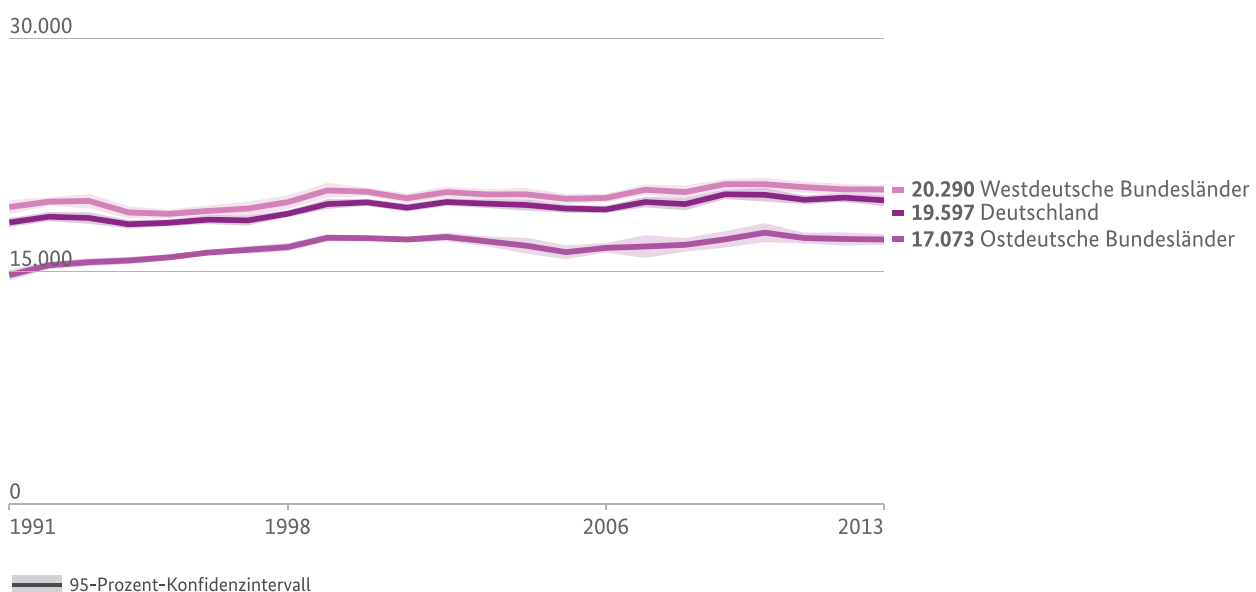
Ein wichtiges Ziel der Bundesregierung ist es, dass die Menschen in Deutschland über auskömmliche Einkommen

verfügen und einen hohen materiellen Lebensstandard genießen können. An erster Stelle geht es darum, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Teilhabe am Erwerbsleben durch gute Arbeit zu fairen Löhnen zu ermöglichen. In einer alternden Gesellschaft ist die Steigerung der Produktivität ein entscheidender Faktor für hohe Beschäftigung und Wirtschaftswachstum. Dies ist nur auf Basis eines guten Bildungs- und Ausbildungssystems und einer innovativen Wirtschaft möglich, die neue und wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen entwickelt und damit Arbeitsplätze sichert und schafft. Dafür sind angemessene staatliche Rahmenbedingungen, ein gutes Unternehmens- und Investitionsklima sowie eine gute Infrastruktur unabdingbar.

Ein stabiles Tariflohngefüge ist wichtig, damit Arbeitnehmer an gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsgewinnen teilhaben.

Am Zuwachs am gesellschaftlichen Wohlstand haben auch Rentnerinnen und Rentner Anteil. 2016 profitieren die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner von der höchsten Rentensteigerung seit mehr als zwei Jahrzehnten. So werden die Renten in den westdeutschen Ländern um über vier Prozent, in den ostdeutschen um fast sechs Prozent angehoben.

Abbildung 46: Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in Euro



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1. Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2010.



Für die Entwicklung der Nettoeinkommen ist auch die Belastung der Bürger und Unternehmen mit Steuern und Abgaben relevant. Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode die Steuerbelastung stabil gehalten und auch die schleichenden Mehrbelastungen durch die „kalte Progression“ ausgeglichen. Insgesamt stärkt die stabilitätsorientierte Finanz- und Steuerpolitik – bei gleichzeitig höheren Investitionen und gezielten Entlastungen – das Zukunftsvertrauen von Bürgern und Unternehmen und trägt somit zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung bei.

Die Bundesregierung fördert mit ihrer Wirtschaftspolitik Investitionen und Innovationen, sie entlastet Unternehmen von Bürokratie und sorgt mit ihrer Arbeits- und Sozialpolitik zugleich für die Stärkung von Sozialpartnerschaft und Tarifbindung. Auch die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur sind gestiegen. Mit der gezielten Förderung zukunftssträchtiger Wirtschaftsbereiche, der Hightech-Strategie und der Digitalen Agenda unterstützt sie die Entstehung gut bezahlter Arbeitsplätze mit Zukunftsperspektive.

Der Indikator **Haushaltsnettoeinkommen** misst die inflationsbereinigte Entwicklung des Einkommens eines mittleren Haushalts (Median) in Deutschland nach Abzug von Steuern und Abgaben und Hinzurechnung von Transfers wie z. B. das Arbeitslosengeld.

Neben den Erwerbseinkommen zählen zum Haushaltsnettoeinkommen auch Kapitaleinkommen einschließlich privater Renten, Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen, Sozialtransfers und Mietersparnisse durch selbst genutztes Wohneigentum. Das Nettoeinkommen jedes Haushaltes wird entsprechend seiner Größe und Zusammensetzung so gewichtet, dass die Einkommen unterschiedlicher Haushalte (z. B. Familien und Alleinlebende) vergleichbar sind.<sup>149</sup>

Auf die Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens im Zeitablauf können auch Veränderungen in den Haushaltsstrukturen einwirken, z. B. die Zunahme von Single- und Alleinerziehenden-Haushalten gegenüber Mehrpersonen-Haushalten.

Datenquelle ist das Sozio-oekonomische Panel.<sup>150</sup> Das Haushaltsnettoeinkommen wird in Befragungen erhoben. Deshalb sind die errechneten Werte immer eine statistische Annäherung. Sie erlauben grobe Trendaussagen.

■ **Die Verteilung der Einkommen in Deutschland:** Indikator Gini-Koeffizient der Einkommen

„Um die Lebensqualität zu verbessern, ist es meiner Meinung nach wichtig, die Schere zwischen arm und reich zu schmälern.“

aus einer Online-Antwort vom 6. August 2015

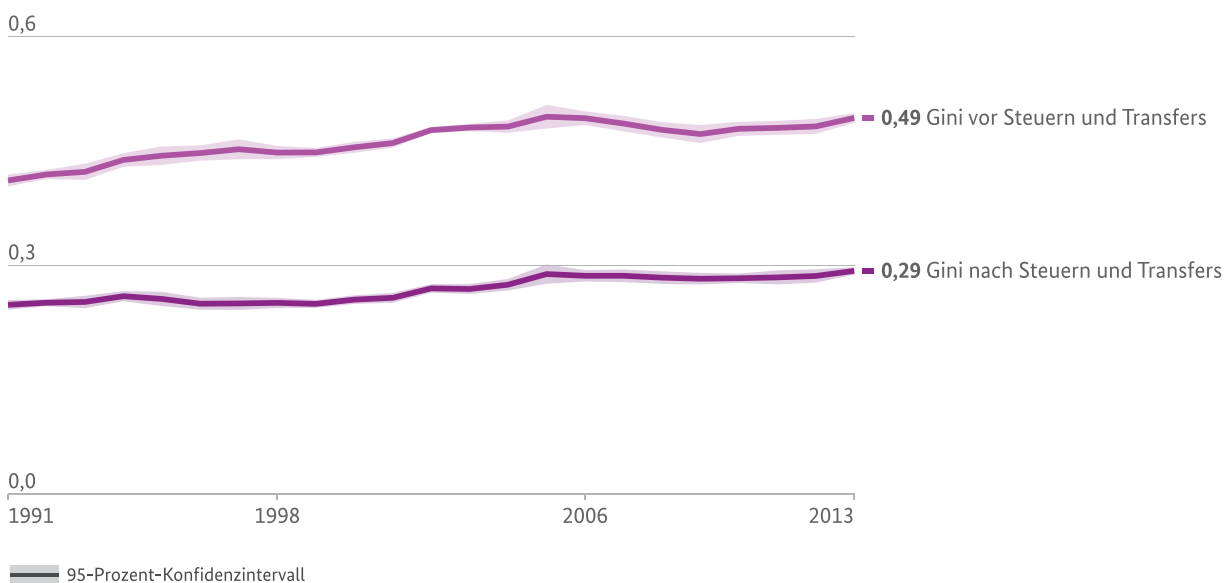
Mit Blick auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland kritisierten Dialogteilnehmer häufig „die Schere zwischen arm und reich“. Die Diskussionen zeigten eine große Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger bei diesem Thema. Im Bürgerdialog debattierten die Teilnehmer konkret über Steuersätze, eine einfachere und für jeden verständliche Steuererklärung und Maßnahmen gegen Steuerflucht und -hinterziehung.

International vergleichende Studien können zwar **nicht eindeutig** belegen, welches Maß an Einkommensungleichheit mit welchem Maß an **Lebenszufriedenheit** einhergeht. Für Europa gibt es aber Belege, dass Gesellschaften mit großen Einkommensunterschieden (bei vergleichbarem Pro-Kopf-Einkommen) weniger zufrieden sind als Gesellschaften mit einer homogeneren Einkommens-

verteilung.<sup>151</sup> Die **Präferenz für mehr Gleichheit** in einer Gesellschaft – die sogenannte Ungleichheitsaversion – ist in verschiedenen Ländern allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt.<sup>152</sup>

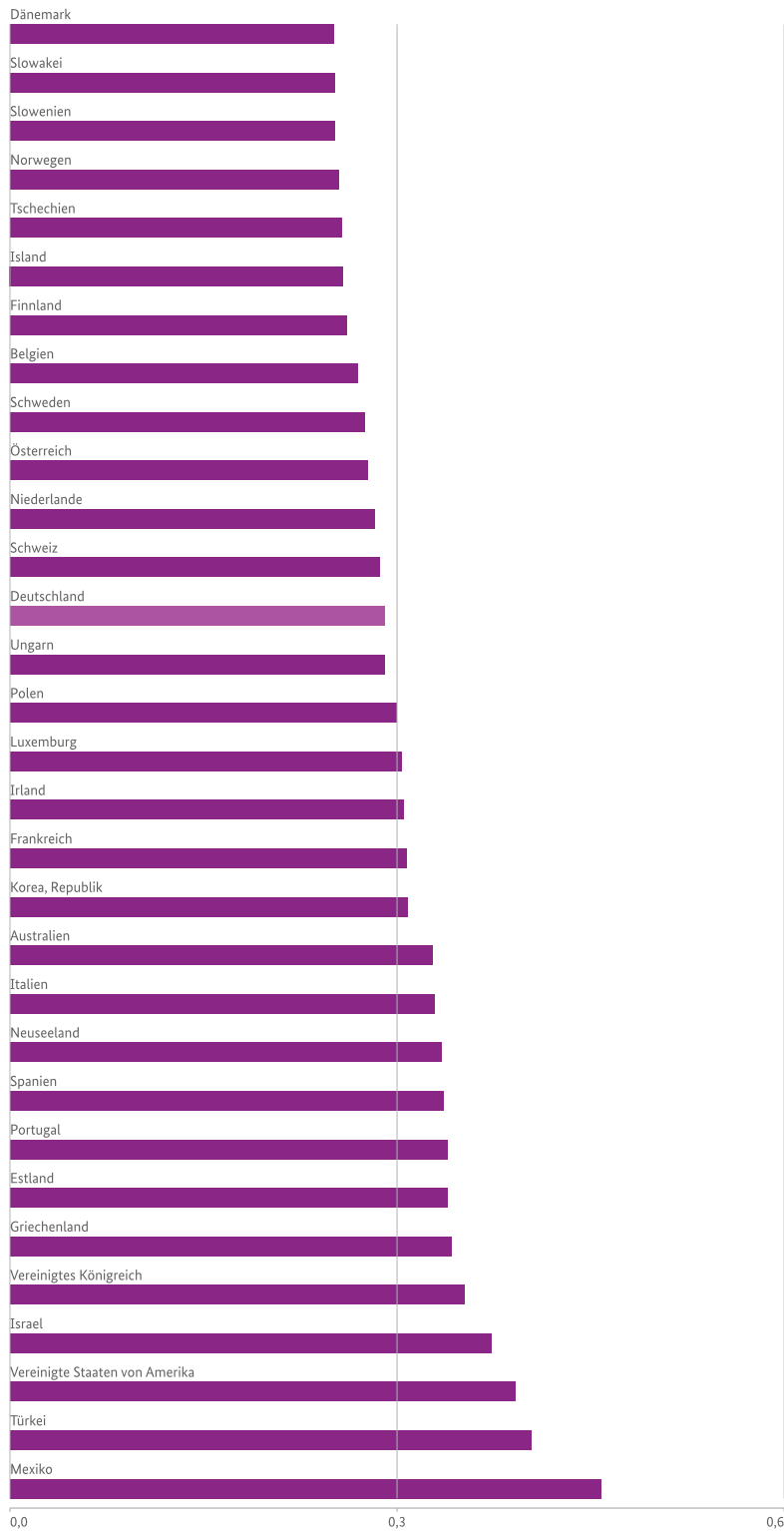
Wenn man das Verhältnis von Einkommensungleichheit und **Wirtschaftswachstum** betrachtet, sieht man, dass in Ländern mit vergleichsweise starker Einkommensungleichheit die gesellschaftliche Mobilität bei Einkommen und Bildung niedriger ist als in Ländern mit einer eher gleichen Einkommensverteilung.<sup>153</sup> Insbesondere wenn weite Teile der Bevölkerung kaum Aussicht auf Erfolg und Teilhabe haben, kann sich Ungleichheit als wachstumsschädlich erweisen. Daher spielt der gleichberechtigte Zugang zu qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten, Weiterbildungsmaßnahmen und funktionsfähigen Arbeitsmärkten mit guten Löhnen für positive Wachstums- und Verteilungsergebnisse eine entscheidende Rolle.<sup>154</sup> Andererseits kann durch ein gewisses Maß an Ungleichheit ein wachstumsförderlicher Anreiz zu Bildungs- und Erwerbsbeteiligung entstehen. In den Wirtschaftswissenschaften hat sich bislang noch kein abschließender Konsens über den Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Wachstum herausgebildet. Deutlich ist aber: Eine wenig stark divergierende Einkommensverteilung fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.<sup>155</sup>

Abbildung 47: Gini-Koeffizient der Haushaltsnettoeinkommen vor und nach Steuern und Transfers 1991 bis 2013



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1.

Abbildung 48: Gini-Koeffizient der Haushaltsnettoeinkommen im OECD-Vergleich 2012



Quelle: OECD, Income Inequality Indicator. Für Kanada, Chile und Japan gibt es noch keine Werte gemäß der neuen OECD Einkommensdefinition von 2012.<sup>156</sup>

Für die Verteilung der Einkommen ist der **Gini-Koeffizient für Haushaltseinkommen** ein etablierter international vergleichbarer Gradmesser für die Einkommensungleichheit. Er wird auf einer Skala von null bis eins gemessen. Je höher der Wert, desto größer ist die Ungleichheit. Bei einem Wert von null hätten alle Bürgerinnen und Bürger ein identisches Einkommen. Bei einem Wert von eins hätte eine Person das gesamte verfügbare Einkommen. Die **Wirksamkeit** von Umverteilungsmaßnahmen wird durch den Vergleich des Gini-Koeffizienten **vor und nach Steuern und Transfers** gemessen.

Die Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland war in den 1990er Jahren relativ konstant. Zwischen 2000 und 2005 ist der Gini-Koeffizient allerdings von 0,25 auf 0,29 gestiegen. In den letzten zehn Jahren blieb die Einkommensverteilung dagegen weitgehend stabil (vgl. Abb. 47). Hier zeigt sich der Einfluss der positiven Wachstums-, Beschäftigungs- und Lohnentwicklung der vergangenen Jahre in Deutschland: Wenn mehr Menschen eine Chance auf gute Arbeit zu leistungsgerechten Löhnen haben und auf Dauer erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden, verbessert sich die Wohlstandsteilhabe und die soziale Stabilität der Gesellschaft.

Im internationalen Vergleich der Gini-Koeffizienten der Haushaltsnettoeinkommen liegt Deutschland auf Platz 13 von 31 OECD-Staaten (vgl. Abb. 48). Die geringste Ungleichheit (bis zu 0,25) weisen u.a. die skandinavischen Länder auf. Die verfügbaren Einkommen in Spanien (0,34), Großbritannien (0,35), den USA (0,39) oder Mexiko (0,46) sind hingegen deutlich ungleicher verteilt als in Deutschland. Unter den G20, den größten Industrie- und Schwellenländern, weist Deutschland die geringste Ungleichheit bei den Haushaltsnettoeinkommen auf.

Wichtig ist, dass der Gini-Koeffizient der Haushaltseinkommen nach Steuern und Transfers (0,29 in 2013) deutlich unter dem der am Markt erzielten Einkommen (0,49 in 2013) liegt (vgl. Abb. 47). Dies zeigt, dass das **deutsche Steuer- und Sozialsystem eine erhebliche Reduktion der Ungleichheit** bewirkt. Aufgrund der Wirkung von Freibeträgen und Familienleistungen zahlen insbesondere Geringverdiener und Familien – etwa mit einem Durchschnittsverdienst und zwei Kindern – keine oder nur eine geringe Einkommensteuer. Insgesamt werden rund 23 Millionen Einkommensteuerpflichtige nicht mit Einkommensteuer belastet.<sup>157</sup> Mit steigendem zu versteuerndem Einkommen steigt im progressiven Steuersystem der Steuersatz von 14 Prozent (Eingangssteuersatz) auf den sogenannten Reichensteuersatz von 45 Prozent. Gut verdienende Bürgerinnen und Bürger leisten daher einen solidarischen Beitrag für die Gesellschaft.

Das Steuer- und Abgabensystem muss ausreichende Einnahmen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben und Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sichern. Zugleich kann die erfolgreiche Integration aller Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt nur gelingen, wenn die Ausgestaltung der Steuer- und Sozialsysteme Anreize zur Arbeitsaufnahme erhält.

Abbildung 49: Abgabenquote im internationalen Vergleich in Prozent des BIP 2014



Quelle: OECD 2015. Revenue Statistics 1965-2014. Bundesministerium der Finanzen 2016. Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2015.<sup>158</sup> \* Daten für Niederlande, Japan und Polen Stand 2013.

Die Abgabenquote, d.h. die Höhe der Steuern und Sozialabgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), betrug – in der Abgrenzung der OECD – 2014 in Deutschland 36,6 Prozent (vgl. Abb. 49). Im internationalen Vergleich liegt die Abgabenquote in Deutschland im Mittelfeld. Zum einen werden dadurch Bürger und Unternehmen finanziell nicht überfordert. Zum anderen stehen dem Niveau der Steuern und Abgaben ein für ein hochentwickeltes Industrieland angemessenes Niveau an öffentlichen Leistungen und ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem gegenüber. In Einklang mit dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft weist Deutschlands Steuer- und Sozialsystem eine ausgewogene Balance von individuellen Leistungsanreizen, gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und solidarischer Finanzierung auf.

Neben der Umverteilung der Markteinkommen ist vor allem auch die Verringerung der Ungleichheit der Markteinkommen selbst wichtig. Mit der Einführung des Mindestlohns und dem Gesetzentwurf, mit dem die Arbeitnehmerüberlassung, d.h. Leiharbeit bzw. Zeitarbeit, auf ihre Kernfunktion hin orientiert wird und der Missbrauch von Werkverträgen verhindert werden soll, unterstützt die Bundesregierung gezielt Bezieher unterer Einkommen. Dabei stellen Bildung und Weiterbildung in allen Lebensphasen sowie Erwerbsbeteiligung und inklusives Wachstum den prioritären Handlungsansatz zur Minderung von Ungleichheit dar. Sie setzt sich für die Qualifizierung und Weiterbildung insbesondere gering qualifizierter Menschen ein, um ihnen eine Perspektive auf besser bezahlte Arbeit

zu geben. Außerdem fördert die Bundesregierung die Bildungsmobilität schon im frühkindlichen Bereich, in Kindergärten und Schulen (vgl. Dimensionen „Bildungschancen für alle“ und „Zeit haben für Familie und Beruf“). Andere Maßnahmen begrenzen besonders hohe Einkommen, etwa bei der Manager-Vergütung oder in Boni-Systemen, bspw. durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung von 2009.<sup>159</sup>

Der **Gini-Koeffizient der Einkommen** misst die Ungleichverteilung der realen Haushaltseinkommen<sup>160</sup> (Markteinkommen und Nettoeinkommen). Die Skala des Gini-Index geht von null bis eins. Ein Wert von null würde bedeuten, dass alle Bürgerinnen und Bürger über ein identisches Einkommen verfügen. Bei einem Wert von eins würde eine Person das gesamte verfügbare Einkommen erhalten, alle anderen nichts.

## ■ Die Verteilung der Vermögen: Indikator Gini-Koeffizient der Vermögen

„Je gerechter es in der Gesellschaft zugeht, umso zufriedener und stabiler ist das Gemeinwesen.“

aus dem Bürgerdialog der Lebenshilfe  
in Wetzlar am 18. Juni 2015

Der Wohlstand einer Person bestimmt sich nicht nur über das monatliche Einkommen aus einer Anstellung oder Unternehmenstätigkeit, sondern auch über das **Vermögen**.<sup>161</sup> Für die Bürgerinnen und Bürger war im Bürgerdialog die Gerechtigkeit der Vermögensverteilung von großer Bedeutung. Ein ausreichend hohes Vermögen, das haben die Bürgerinnen und Bürger im Dialog deutlich gemacht, schafft Sicherheit in Notlagen, ermöglicht langfristig zu planen und eigene Ziele zu verwirklichen. Vermögen ist die beste Vorsorge für die Zeit nach der Erwerbstätigkeit.

Vermögen schützt vor plötzlichem Einkommensverlust z. B. bei Arbeitslosigkeit und ist insbesondere dadurch eine wichtige Grundlage für eine hohe Lebenszufriedenheit.<sup>162</sup>

Niedrige Einkommen gehen in der Regel mit niedrigen Vermögen der Haushalte einher. Dies verstärkt die materielle Ungleichheit.<sup>163</sup> Einkommensschwache Haushalte tun sich oft schwer mit der Vermögensbildung und haben einen erschwerten Zugang zu Krediten.<sup>164</sup> Dies schränkt ihre Möglichkeiten, Vermögen aufzubauen, weiter ein.

Der Indikator **Verteilung der Vermögen** beschreibt die Vermögensverteilung in Deutschland auf einer Skala von null bis eins, von gleich zu ungleich. Auch diese Messgröße findet sich in internationalen Vergleichen, allerdings mit deutlich stärkerer Einschränkung als beim Einkommen. Die analysierten Vermögen beinhalten Geldvermögen, Immobilienbesitz, Aktien und andere Anlagen abzüglich von Schulden. Sie basieren auf Befragungen, in denen Privathaushalte ihre Vermögenswerte einschätzen, u.a. auch den jeweils aktuellen Marktwert selbstgenutzter Immobilien.

Zwischen 2002 und 2012 bewegte sich der sogenannte Gini-Koeffizient für die **Vermögensverteilung relativ stabil** bei rund 0,8 (vgl. Abb. 50).<sup>165</sup> 2013 lag der Gini-Koeffizient für die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen bei 0,29. Die

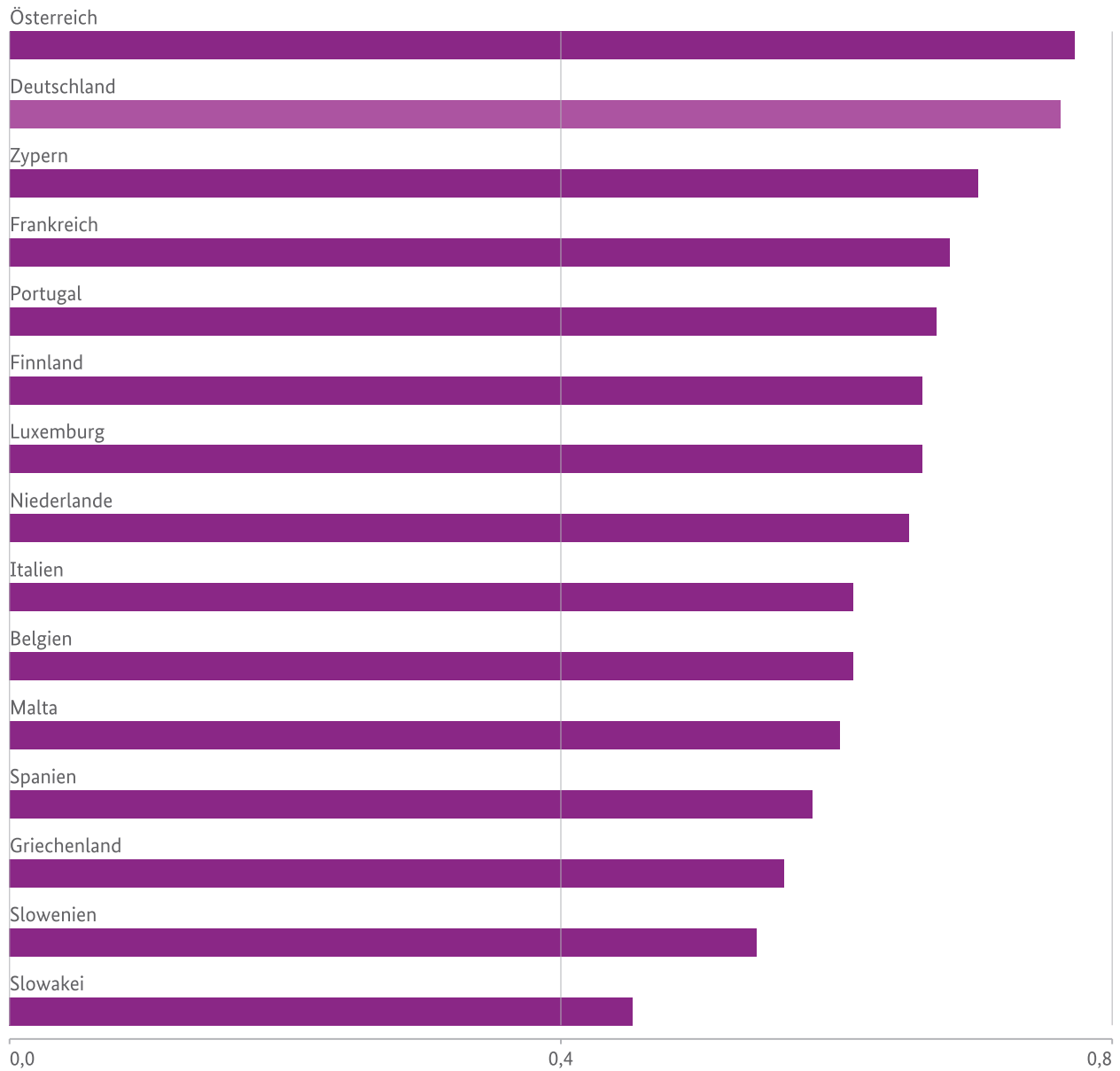
vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als 50 Prozent des gesamten Nettovermögens, das oberste Prozent der Haushalte rund ein Viertel.<sup>166</sup>

Mit Blick auf den Gini-Koeffizienten sind die **Vermögen in Deutschland also deutlich ungleicher verteilt als die Einkommen**. So betrug 2010 der Gini-Koeffizient in Deutschland 0,78 und entsprach damit dem Niveau von Österreich, während die Vermögen bspw. in Frankreich (0,68) und Italien (0,61) ausgewogener verteilt waren.<sup>167</sup>

Allerdings sind bei einem internationalen Vergleich der Vermögensungleichheit viele **länderspezifische Unterschiede** zu beachten. Der relativ hohe Gini-Koeffizient für Deutschland begründet sich u. a. dadurch, dass die **Renten- und Pensionsansprüche nicht als Vermögen berücksichtigt** werden. Gesetzliche Rentenansprüche und Pensionsansprüche sind in Deutschland aber im Vergleich zu vielen Ländern deutlich höher und wichtiger als z. B. die erfassten privaten Rentenansprüche.<sup>168</sup> Der internationale Vergleich zeigt außerdem, dass die Menschen in Deutschland häufig zur Miete anstatt in der eigenen Immobilie wohnen. Darüber hinaus war das durchschnittliche Nettovermögen in den ostdeutschen Ländern 2012 noch um mehr als die Hälfte niedriger als das der Westdeutschen.<sup>169</sup> Dies relativiert den Eindruck einer überdurchschnittlich hohen Vermögensungleichheit in Deutschland. Diese Einordnung ist zu beachten bei der Feststellung, dass Vermögen innerhalb Deutschlands ungleicher verteilt ist als Einkommen.

Die Bundesregierung legt besonderen Wert darauf, dass **alle Erträge, auch Vermögenserträge, gerecht besteuert** werden. Ein effizienter Steuervollzug sichert dabei die Durchsetzung von Steueransprüchen. Vermögende Menschen tragen entsprechend ihrer höheren wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit in Deutschland erheblich zur Finanzierung des Gemeinwesens bei – vor allem durch die progressive Einkommensteuer sowie durch die Erbschaftsteuer. Letztere wurde jüngst novelliert, um sie mit dem Grundgesetz in Einklang zu bringen und Überprivilegierungen zu vermeiden. Dabei wurde darauf geachtet, die mittelständisch und familiär geprägte Unternehmensstruktur in Deutschland nicht zu gefährden und Arbeitsplätze zu erhalten. Für die Verteilungsgerechtigkeit des Steuer- und Abgabensystems ist die progressive Einkommensteuer bestimmend. So erbrachten 2015 die einkommensstärksten zehn Prozent der Steuerzahler einen

Abbildung 50: Gini-Koeffizienten der Vermögen in EU-15



Quelle: Sierminska und Medgyesi (2013). Die Daten wurden in einer für den Euro-Raum harmonisierten Haushaltsbefragung, dem Eurosystem Household Finance and Consumption Survey, erhoben. Die Befragung fand in den Ländern in verschiedenen Jahren zwischen 2008 und 2011 statt.



Anteil von fast 55 Prozent des Einkommensteueraufkommens, die einkommensstärksten fünf Prozent einen Anteil von über 41 Prozent.<sup>170</sup>

Für die dauerhafte Akzeptanz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist die **Sicherung von Steuergerechtigkeit** eine wesentliche politische Aufgabe. Niemand sollte sich auf Kosten der Allgemeinheit der Steuerpflicht entziehen können. Mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Eindämmung von Steuervermeidung hat die Bundesregierung die Erhebung der Steuereinnahmen effektiver ausgestaltet.

Auch **internationale Steuerfairness** ist im Fokus der Bundesregierung. Sie setzt sich auf internationaler Ebene gegen Steuerhasen, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung ein. Zusammen mit seinen internationalen Partnern leistet Deutschland im Projekt Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) einen wichtigen Beitrag, dass es in der Besteuerung von Unternehmen international keine Lücken gibt. Ein entscheidender Schritt ist der ab September 2017 startende automatische Austausch von Informationen über Finanzkonten. Über 100 Staaten haben bisher ihre Bereitschaft zur Teilnahme erklärt. 2016 hat die Bundesregierung, auch als Reaktion auf die Veröffentlichung der sogenannten Panama Papiere, einen „Aktionsplan gegen Steuerbetrug, trickreiche Steuervermeidung und Geldwäsche“ vorgelegt. An dessen Umsetzung wird derzeit zusammen mit den europäischen und internationalen Partnern gearbeitet.

Die Bundesregierung setzt sich zudem für eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ein. Der Finanzsektor soll einen angemessenen Beitrag zur Bewältigung der Kosten der Finanzkrise leisten.

Ein wichtiges Element der Sozialen Marktwirtschaft ist seit jeher die Förderung von Vermögensbildung, insbesondere für Menschen mit keinem oder geringem Vermögen. Dazu dienen z. B. die Arbeitnehmer-Sparzulage und die Wohnungsbauprämie. Reformansätze zur Minderung von Ungleichheit sieht die Bundesregierung über eine ausgleichende Steuer- und Sozialpolitik hinaus in einer möglichst breiten Vermögensbildung und Ausweitung der Erwerbsbeteiligung zu guten Löhnen. Benachteiligungen am Arbeitsmarkt bspw. aufgrund des Geschlechts, des Alters oder der Herkunft sind abzubauen. Damit die Qualität der Beschäftigung insgesamt ein möglichst hohes Niveau erreicht, kommt der effizienten Förderung gleicher Bildungschancen und der Anwendung des so geschaffenen Wissens in Wirtschaft und Gesellschaft eine entscheidende Bedeutung zu.

Der **Indikator Gini-Koeffizient der Vermögen** beschreibt Vermögensverteilung in Deutschland auf einer Skala von null bis eins. Bei einem Wert von null hätten alle Haushalte gleich viel Vermögen. Bei einem Wert von eins würde ein Haushalt alles Vermögen auf sich vereinen.

Der Indikator wird auf Basis von SOEP-Befragungen (v29) (neben der Erhebung der Europäischen Zentralbank) berechnet. Grundlage für die Berechnung ist das Nettovermögen.<sup>171</sup> Die Erfassung von Vermögen anhand von Befragungsdaten ist mit erheblichen methodischen Problemen behaftet. So ist es insbesondere schwierig, sehr hohe Vermögen zu erfassen, da diese in Stichproben meist unterrepräsentiert sind.<sup>172</sup> Zudem ist die Bewertung von Vermögensgegenständen für die Befragten schwierig, da es teilweise keine oder nur stark schwankende Preise für Vermögensgüter (z. B. Immobilien) gibt. Auch deshalb werden vermögensrelevante Fragen häufig nicht beantwortet. Beispielhaft sind in diesem Zusammenhang skandinavische Länder, die Angaben zum Vermögen in bevölkerungsweiten Registern erfassen. Der Gini-Koeffizient ist somit nur eine Annäherung an die tatsächliche Vermögensverteilung.

■ **Menschen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens haben:** Indikator Armutsrisikoquote

„Wir sind ein reiches Land und trotzdem gehen bei uns Kinder hungrig ins Bett.“

aus dem Bürgerdialog von ver.di in Köln am 19. Juni 2015

Die **Sorge vor Armut** hat die Bürgerinnen und Bürger im Dialog beschäftigt. Speziell die Armut von Kindern und Jugendlichen wurde als großes Problem thematisiert. Bei der engagierten Diskussion über Armut war den Dialogteilnehmern mehrheitlich bewusst, dass der Sozialstaat solche Einschnitte abfedert. Einige Teilnehmer wiesen jedoch auf bestehende Lücken hin und mahnten Verbesserungen an.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Armut negative Folgen für die Lebenszufriedenheit der Betroffenen hat. Dieser **Effekt ist dauerhaft**. Selbst wenn eine Armutsphase beendet ist, bleibt die Lebenszufriedenheit häufig hinter dem Ausgangsniveau zurück.<sup>173</sup>

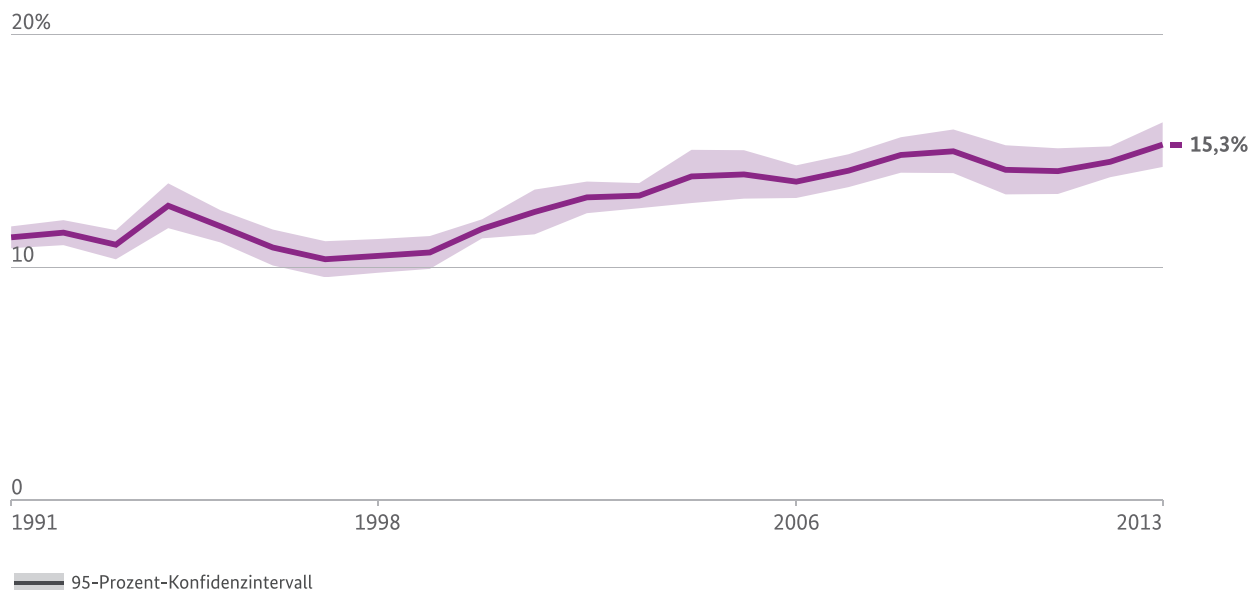
Armut hat viele Ursachen: Bildungsarmut, Verlust des individuellen Erwerbseinkommens, Verlust des Familienein-

kommens oder geringe Alterseinkommen. Kinderarmut tritt häufig dort auf, wo Alleinerziehende Kindererziehung und Erwerbsarbeit nicht in Einklang bringen können. Armut kann aber auch **Folge von Lebensrisiken** sein, wie schwere und lange Krankheitsphasen oder der Verlust des Arbeitsplatzes. Armut entscheidet über die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe.

Mit der **Armutsrisikoquote** wird der Anteil der Bevölkerung gemessen, der in Deutschland in **relativer Einkommensarmut** lebt. Das heißt: Diese Menschen verfügen über weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens. Menschen, deren Einkommen unterhalb dieser Schwelle liegt, gelten als **armutsgefährdet**. Dabei ist relative Armut von absoluter zu unterscheiden. Das staatliche Grundsicherungssystem schließt absolute Armut in Deutschland in der Regel aus.

Der Indikator kann getrennt nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und Haushaltstyp dargestellt werden. Die Armutsrisikoquote misst nicht den Grad individueller Bedürftigkeit (soziokulturelles Existenzminimum), sondern das Risiko in Armut zu gelangen. Vermögen oder auch die Wirkungen von Sach- und Dienstleistungen bleiben unberücksichtigt. Diese Facetten müssen bei der Analyse von Armutsrisiken und bei Bekämpfung von Armut auch beachtet werden.

Abbildung 51: Entwicklung der Armutsrisikoquote

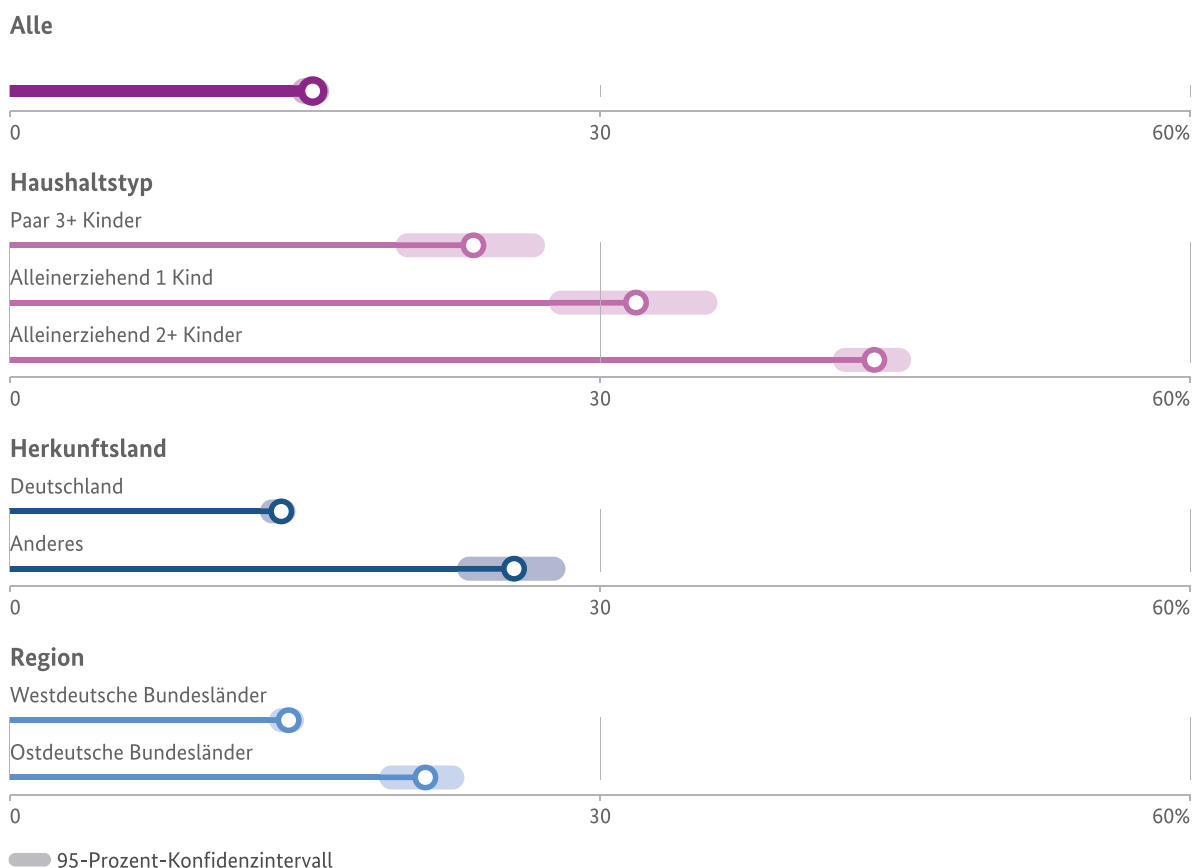


Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1.

Während die Armutsrisikoquote im Bundesdurchschnitt im Anschluss an die Jahre nach der Wiedervereinigung für eine kurze Phase etwa konstant blieb, kam es zwischen 1999 und 2005 zu einer Erhöhung von knapp elf auf rund 14 Prozent. Dieser deutliche Anstieg der Armutsrisikoquote ist u.a. auf die zunehmend schlechte Arbeitsmarktsituation in diesem Zeitraum zurückzuführen. Seitdem schwankte die Armutsrisikoquote zwischen 14 und etwas mehr als 15 Prozent. 2013 betrug sie 15,3 Prozent (vgl. Abb. 51).

Bei der Armutsrisikoquote gibt es mehrere **spezielle Risikogruppen**. Menschen mit Migrationshintergrund sind deutlich häufiger armutsgefährdet als Menschen ohne Migrationshintergrund (27 vs. 13 Prozent).<sup>174</sup> Frauen sind häufiger armutsgefährdet als Männer (16,5 vs. 14 Prozent). Die Menschen in den ostdeutschen Ländern sind unter Verwendung einer gesamtdeutschen Einkommensschwelle, also z. B. ohne Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden, häufiger armutsgefährdet als Westdeutsche (21 vs. 14 Prozent). Auch Alleinerziehende (32 Prozent mit einem Kind, 44 Prozent mit zwei oder mehr Kindern) und Paare mit mehr als zwei Kindern haben ein besonders hohes Armutsrisiko (23 Prozent) (vgl. Abb. 52).

Abbildung 52: Armutsrisikoquote für ausgewählte Gruppen 2013



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1.

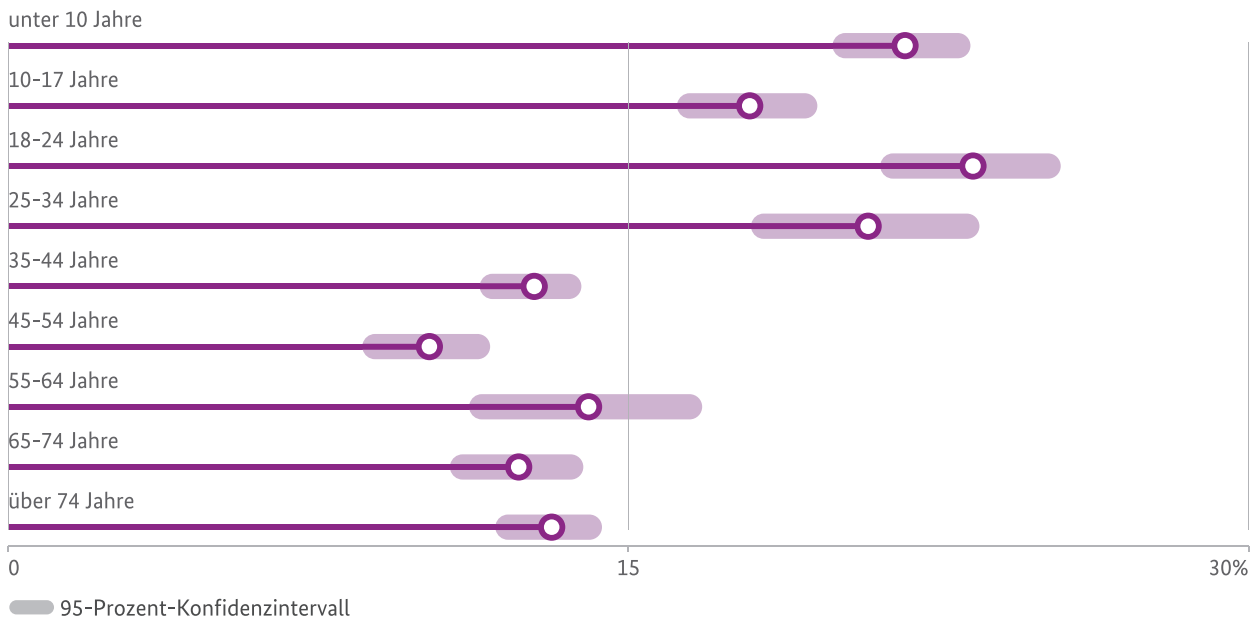
Das Risiko von Armut trifft Altersgruppen unterschiedlich, aber am deutlichsten die Jüngeren. Mit der Armut der Eltern geht häufig auch die Armut von Kindern und Jugendlichen einher. Das erhöhte **Armutsrisiko junger Erwachsener** wird dagegen von der Wissenschaft eher als unproblematisch eingestuft. Denn viele Mitglieder dieser Gruppe verdienen als Studenten, Auszubildende oder Berufsanfänger noch schlecht. Ihre Einkommenssituation verbessert sich nach dem Abschluss bzw. den ersten Karriereschritten jedoch vielfach deutlich.<sup>175</sup>

Derzeit liegt die Armutsrisikoquote von Seniorinnen und Senioren unter dem Bundesdurchschnitt (65-74-Jährige zwölf Prozent; ab 75 Jahren 13 Prozent) (vgl. Abb. 53). Es kann also nicht von einer allgemeinen akuten **Altersarmut** gesprochen werden. Lediglich rund drei Prozent der

65-Jährigen und Älteren beziehen Grundsicherung im Alter.<sup>176</sup> In Zukunft kann sich dieses Bild allerdings verändern. Langzeitarbeitslose, Erwerbsgeminderte, (Solo-) Selbständige und Alleinerziehende haben perspektivisch ein erhöhtes Armutsrisiko. Für die Bundesregierung ist die Vermeidung von Altersarmut auch mit Blick auf den demografischen Wandel ein zentrales Anliegen.

Interessant ist eine weitere Perspektive: Werden allein die Markteinkommen betrachtet, also Steuern und Transfers vernachlässigt, lag die Armutsrisikoquote im Jahr 2013 bei 35 Prozent. Nach dem Abzug von Steuern und der Hinzurechnung von Sozialtransfers betrug die Quote dagegen 15 Prozent (vgl. Abb. 54). Hier zeigt sich erneut die **positive und zielgerichtete Wirkung des deutschen Sozialstaats**.

Abbildung 53: Armutsrisikoquote nach Altersgruppen 2013



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1.

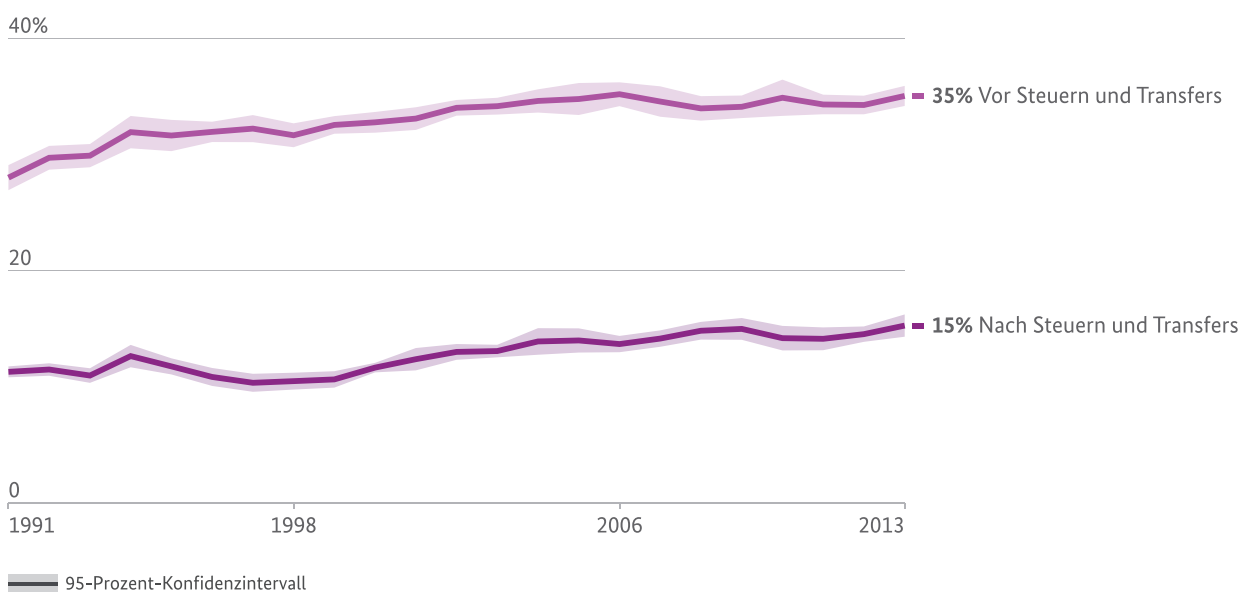
Die staatlichen Umverteilungsmechanismen führen demnach in Deutschland zu einer **deutlichen Verringerung relativer Armut**. Vom neuen Elterngeld Plus und vom Kindergeld sowie von der Erhöhung der Kinderfreibeträge profitieren Familien. Darüber hinaus gibt es noch Freibeträge für die Betreuung, Erziehung und Ausbildung von Kindern. Für 870.000 einkommensschwache Haushalte in Deutschland wurde 2016 außerdem das Wohngeld deutlich erhöht. Für einen durchschnittlichen Zwei-Personen-Haushalt bedeutete dies ein Plus von rund 70 Euro im Monat. Kinder aus einkommensschwachen Familien profitieren von der Erhöhung des Kinderzuschlags zum 1. Juli 2016. Der Kinderzuschlag deckt zusammen mit Kindergeld und anteiligem Wohngeld den Bedarf der Kinder (einschließlich der Kosten der Unterkunft) nach dem SGB II.

Die wichtigsten Mittel im Kampf gegen Armut sind eine erfolgreiche Bildungspolitik, insbesondere im frühkindlichen Bereich, sowie eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik. Beides führt zu geringer Arbeitslosigkeit, hoher Erwerbstätigkeit und sicheren, gut bezahlten Arbeitsplätzen (vgl. Dimensionen „Gut arbeiten und gerecht teilhaben“ und „Bildungschancen für alle“).<sup>177</sup> Für Eltern, insbesondere für Alleinerziehende, ist die Verfügbarkeit von passenden und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsangeboten Voraussetzung für Erwerbstätigkeit, wirtschaftliche Unabhängigkeit und Vermeidung von Armut.

Der Indikator **Armutsrisikoquote** misst den Anteil der Bevölkerung, dessen Haushaltseinkommen<sup>178</sup> unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegt. Diese entspricht 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens und betrug 2013 bspw. rund 11.800 Euro im Jahr für eine alleinlebende Person und 24.700 Euro für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren.

Die Armutsrisikoquote ist kein absolutes Maß für individuelle Bedürftigkeit, sondern für relative Armut und liefert damit zusätzliche Informationen über die Verteilung der Einkommen. Hilfreich für gezielte politische Maßnahmen ist die Differenzierung nach sozio-ökonomischen Gruppen. Da nicht bei allen Haushalten, die unter die definierte Einkommensschwelle fallen, auch eine materielle Mangelsituation besteht, kann zusätzlich die **materielle Deprivation** betrachtet werden. Eine Person gilt als materiell depriviert, wenn sie sich bestimmte Alltagsgüter nicht leisten kann, die als Voraussetzung für ein Minimum an Lebensstandard gelten. Die konkrete Berechnung der materiellen Deprivation aus Haushalts- und Personenfragebögen wird derzeit konzeptionell überarbeitet.

Abbildung 54: Armutsrisikoquote vor und nach Steuern und Transfers 1991 bis 2013



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1.

## ■ Im Alter verlässlich abgesichert sein: Indikator Altenquotient

„Politik soll den demografischen Wandel berücksichtigen, sonst sieht es für die zukünftigen Generationen schlecht aus.“

aus dem Bürgerdialog der Verbraucherzentrale  
Nordrhein-Westfalen in Schwerte  
am 9. September 2015

Bürger wollen im Alter finanziell ausreichend abgesichert sein. Sie erwarten, dass das Rentensystem bezahlbar bleibt und sich auch zukünftige Generationen keine Sorgen um eine sichere Rente machen müssen. Das war der einhellige Tenor im Dialog. Einige Bürgerinnen und Bürger sprachen über die Möglichkeit, zur Rente noch etwas dazuzuerdienen, über die Höhe der Grundsicherung im Alter sowie über Fragen der Rentengerechtigkeit. Sie diskutierten auch über das Renteneintrittsalter, kritisierten teilweise die „Rente mit 67“ und äußerten vereinzelt den Wunsch nach einem flexiblen Renteneintritt. Als ungerecht wurden die Unterschiede in der Höhe von Renten und Pensionen, aber auch in den Renten in Ost und West empfunden.

Für eine hohe Lebensqualität im Alter, wollen die Bürgerinnen und Bürger eine Sicherung ihres Lebensstandards. Um im Alter finanziell gut versorgt zu sein, sollte die individuelle Altersvorsorge auf mehreren Säulen aufbauen. Die gesetzliche Rentenversicherung ist dabei für die große Mehrheit der abhängig Beschäftigten nach wie vor die wichtigste Säule der Alterssicherung. Ergänzt wird die gesetzliche Rente durch zwei weitere Säulen, bestehend aus der freiwilligen betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Diese gewinnen nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels zunehmend an Bedeutung.

Ob die eigene Rente im Alter ausreicht, hängt von vielen Faktoren ab. Dazu zählt der Verlauf der Erwerbsbiographie, der eigene Gesundheitszustand oder der in der Erwerbsphase gewohnte Lebensstandard. Aber auch die Lebensverhältnisse, ob man alleine oder mit einem Partner zusammenlebt, geschieden ist oder alleinerziehend, spielen eine Rolle. Das Versorgungsniveau im Alter ist zudem abhängig von der Ausgestaltung des gesetzlichen Alterssicherungssystems und davon, ob Menschen betrieblich oder privat vorgesorgt haben.

Die Einkommenssituation im Alter ab 65 Jahren ist das Resultat der Altersvorsorge und spiegelt die Einkommenssituation der gesamten Erwerbskarriere wider. In das junge Erwachsenenalter fällt für viele Menschen der Übergang zwischen Ausbildung und Erwerbsarbeit und das Einkommen ist noch stark vom Berufseinstieg geprägt. In den folgenden Altersgruppen nimmt Erwerbstätigkeit eine große und auch wachsende Bedeutung ein. Ausbildungen sind weitgehend abgeschlossen und Berufserfahrung und Betriebszugehörigkeitszeiten sorgen für höhere Erwerbseinkommen, die das Nettoeinkommen dominieren. Dabei erzielen die Altersgruppen der 45 bis 54-Jährigen sowie der 55- bis 64-Jährigen aufgrund ihrer beruflichen Position das höchste mittlere Nettoeinkommen. Typischerweise sind die Einkommen – als Resultat der gesamten Erwerbsbiografie – im Alter niedriger als in der Erwerbsphase, aber auch die Kosten, etwa für Altersvorsorge, Immobilienerwerb oder Kindererziehung.<sup>179</sup>

Für Menschen im Rentenalter liegen detaillierte Daten über die Alterseinkommen aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Renten vor, die regelmäßig erhoben werden. Betrachtet man das **Versorgungsniveau** von Rentnerhaushalten, so ist die materielle Situation im Alter mehrheitlich gut.

Zum heutigen Zeitpunkt ist die große Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland nicht auf staatliche Unterstützung im Alter angewiesen. Leistungen der Grundsicherung im Alter bezogen im Dezember 2015 rund 536.000 Menschen – das sind rund drei Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung.<sup>180</sup>

Für künftige Rentnergenerationen weisen verschiedene wissenschaftliche Studien auf die **Gefahr steigender Altersarmut** hin. Mögliche Ursachen für ein in Zukunft steigendes Armutsrisiko sind vielfältig. Beispielsweise haben sich im langfristigen Trend Erwerbsbiographien und Haushaltskontexte verändert. Häufiger als früher gibt es längere Phasen in Teilzeit oder Unterbrechungen von Beschäftigung. Dies kann freiwilliger oder unfreiwilliger Natur sein. In letzterem Fall liegt die Ursache mitunter in der stärkeren Verbreitung von Langzeitarbeitslosigkeit.<sup>181</sup> Außerdem sind über die Jahrzehnte die Scheidungsraten und die Zahl Alleinerziehender gestiegen. Sie führt vor allem bei Frauen oft zu niedrigeren Renten und kann mit einem erhöhten Armutsrisiko im Alter verbunden sein.

Diese Entwicklungen werden zeitversetzt im Rentensystem sichtbar. Dem wirkt jedoch eine deutliche Zunahme der Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen und in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen entgegen. Auch hat sich die Anzahl der Beschäftigten, die über Anwartschaften aus zusätzlicher Altersvorsorge verfügen, im letzten Jahrzehnt deutlich erhöht.

Aktuell haben knapp 18 Millionen Beschäftigte (rund 60 Prozent) Anwartschaften an die betriebliche Altersvorsorge.<sup>182</sup> Die Anzahl der abgeschlossenen Verträge in der zusätzlichen privaten Altersvorsorge (Riester-Rente) liegt bei 16,5 Millionen.<sup>183</sup> Ob und in welchem Ausmaß Beschäftigte vorsorgen, hängt stark von Faktoren wie dem Bildungsgrad oder der Einkommensposition ab.<sup>184</sup>

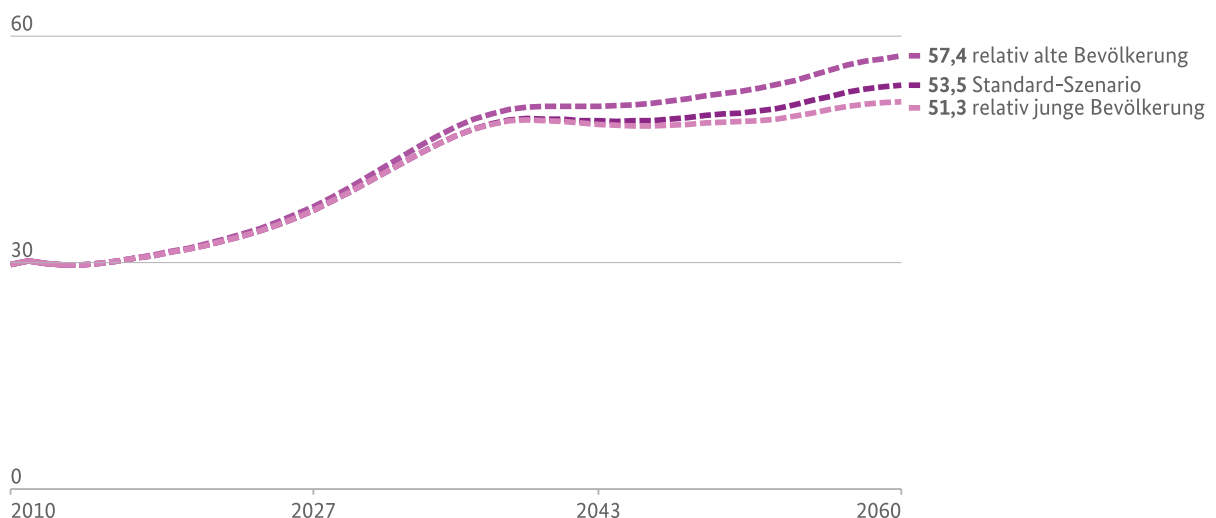
Einen großen Einfluss auf die weitere Entwicklung des Niveaus individueller Absicherung hat der demografische Wandel, vor allem der **Anstieg der Lebenserwartung**. Mit steigender Lebenserwartung wächst die Anzahl der Jahre, in denen Menschen eine Rente beziehen. Lag die durchschnittliche Rentenbezugsdauer in Westdeutschland 1960 noch bei knapp unter zehn Jahren, hat sie sich 2014 nahezu verdoppelt und liegt bei 19,3 Jahren.<sup>185</sup> Hinzu kommt der nahende Renteneintritt der „Baby-Boomer“, der geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1955 und 1964. Diese Entwicklung stellt die Finanzlage der Rentenversicherung vor eine große Herausforderung.

Die Altersstruktur der Bevölkerung lässt sich am sogenannten **Altenquotient** ablesen. Er beschreibt, wie viele ältere Menschen (67 Jahre und älter) 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 66 Jahre) gegenüber stehen.<sup>186</sup> Seit 2010 liegt er bei etwa 30, d.h. 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter stehen heute ca. 30 Rentner gegenüber. 2040 werden 100 Personen im erwerbsfähigen Alter mehr als 50 älteren Menschen gegenüberstehen (vgl. Abb. 55).

Für die Rentenversicherung verschlechtert sich damit das Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern. Weniger Erwerbstätige werden zukünftig mehr Rentner finanzieren müssen. Die jetzt ins Erwerbsalter hineinwachsenden Geburtsjahrgänge sind im Vergleich zu den „Baby-Boomern“ deutlich kleiner. Bis 2060 wird sich das Verhältnis weiter in Richtung der Älteren verschieben. Langfristig ist mit keiner demografischen Entspannung zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, in Zukunft das Erwerbspersonenpotenzial besser auszuschöpfen, denn ökonomisch ist nicht der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter von entscheidender Bedeutung, sondern ob diese Personen tatsächlich – mit möglichst hoher Produktivität – erwerbstätig sind. Die langfristige Tragfähigkeit aller Säulen der Alterssicherung kann erreicht werden, wenn es gelingt, durch steigende Erwerbsbeteiligung (in allen Per-

Abbildung 55: Entwicklung des Altenquotienten bis 2013 und Prognose bis 2060



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung und 13. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung.<sup>187</sup>

sonen- und Altersgruppen bis zum Rentenalter) und durch hinreichend hohe Löhne die Menschen in die Lage zu versetzen, für den Lebensabend vorzusorgen. Dabei ist sicherzustellen, dass sie nicht durch zu hohe Aufwendungen überfordert werden.

Zahlreiche Rentenreformen der letzten Jahre zielten darauf, angesichts dieser Herausforderungen die finanzielle Absicherung der Menschen im Alter für gegenwärtige und zukünftige Rentnergenerationen zu gewährleisten und langfristig Planungssicherheit für die Bürger zu schaffen. Dabei ist eine permanente Abwägung von meist gegenläufigen Interessen erforderlich – zwischen Rentenbeziehern und Beitragszahlern, aber auch zwischen den Generationen. Um die **Balance des Generationenvertrages** zu wahren, wurden u.a. das gesetzliche Renteneintrittsalter angehoben und die Ausgaben der GRV durch Leistungsbegrenzungen stabilisiert. Damit auch künftig die Generation der Erwerbstätigen nicht durch die Kosten der Alterung überfordert wird, steigen die Renten langfristig weniger stark als die Löhne. Gleichwohl ist auch künftig mit steigenden Renten zu rechnen. Zudem wird die betriebliche und private Vorsorge staatlich gefördert. Denn eine zukunftsfeste Alterssicherung kann nicht ausschließlich in der gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen. Um ein angemessenes Versorgungsniveau zu erreichen, muss die Alterssicherung auf mehrere Säulen verteilt werden. Für die Bundesregierung ist das sogenannte **Drei-Säulenmodell**, bestehend aus gesetzlicher Rente, sowie betrieblicher und privater Alterssicherung, Leitbild einer verantwortungsvollen Rentenpolitik.

2016 profitieren die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner von der höchsten Rentensteigerung seit mehr als zwei Jahrzehnten. So wurden die Renten in den westdeutschen Ländern um über vier Prozent, in den ostdeutschen um fast sechs Prozent angehoben. Die Leistungen der gesetzlichen Rente wurden in der aktuellen Legislaturperiode deutlich gestärkt. **Für langjährig Versicherte mit 45 Beitragsjahren** hat die Bundesregierung einen früheren abschlagsfreien Renteneintritt ermöglicht. Seit dem 1. Juli 2014 war ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren bereits mit 63 Jahren möglich, seit 2016 steigt die Altersgrenze in Stufen von zwei Monaten je Jahr an, bis sie bei 65 Jahren – und damit weiterhin zwei Jahre vor der künftigen Regelaltersgrenze mit 67 Jahren – liegt. Mit der sogenannten Mütterrente wurde die Anrechnung von Erziehungszeiten

verbessert. Das würdigt Kindererziehung als besonders wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und kommt gerade älteren Frauen zugute.

Die Bundesregierung hält an der „**Rente mit 67**“ fest, also daran, dass das Renteneintrittsalter sukzessive bis 67 angehoben wird. Mit steigender Lebenserwartung bleiben viele Menschen länger gesund und können damit länger aktiv zum gesamtgesellschaftlichen Wohlstand beitragen.

Der Indikator **Altenquotient** misst, wie viele Menschen, die 67 Jahre und älter sind, auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 66 Jahre) entfallen. Der Indikator gibt einen Hinweis auf die Belastungen, die der demografische Wandel für die Finanzierbarkeit des umlagefinanzierten Rentensystems mit sich bringt. Er lässt aber keine direkte Aussage über die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu. Hierzu müsste u. a. das Verhältnis der Bezieher von Renten und Pensionen zu den tatsächlich Erwerbstätigen betrachtet werden.

Für zukünftige Neuauflagen dieses Berichts prüft die Bundesregierung eine Darstellung typischer Haushalts- und Erwerbskonstellationen – und wie hier jeweils das Ziel der Lebensstandardsicherung im Alter erreicht wird, welchen Anteil die Einkünfte aus den drei Säulen der Alterssicherung jeweils ausmachen und in welcher Höhe hierzu Aufwendungen erfolgen müssen.





# Sicher und frei leben

## ■ 6. Sicher und frei Leben

„Ich möchte ein Leben ohne Angst. Ohne Angst vor Gewalt in der Öffentlichkeit.“

aus dem Bürgerdialog des Lesben- und Schwulenverband Deutschland in Berlin am 5. Mai 2015

Sicher und frei zu leben – das wurde im Dialog breit diskutiert. Die Themenpalette reichte von äußerer Sicherheit, Gefahren durch Terrorismus, Frieden und internationale Verantwortung bis hin zur inneren Sicherheit. Der Themenkreis äußere Sicherheit wird in Dimension „In globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern“ beschrieben. Die Dimension „Sicher und frei leben“ hat einen stärkeren Fokus auf das direkte Lebensumfeld.

Mehr Sicherheit im Alltag bedeutete für viele Bürgerinnen und Bürger im Dialog weniger Angst vor Straftaten – das war ein großes Anliegen. Forschungsergebnisse bestätigen: Opfer einer Straftat zu sein ist vor allem für die Betroffenen, aber auch für ihre Angehörigen, mit erheblichen und teils dauerhaften Einschnitten in ihr Leben und ihre Lebensqualität verbunden.<sup>188</sup>

Für die öffentliche Sicherheit zu sorgen und Kriminalität aktiv zu bekämpfen, das sahen die Bürgerinnen und Bürger als eine zentrale Aufgabe des Staates an. Die Dialogteilnehmer wünschten sich mehr Sicherheit im eigenen Umfeld und effektiveren Schutz vor Einbruch und Diebstahl. Zudem sprachen sie sich immer wieder für die Notwendigkeit einer starken Polizei und Justiz aus. Diese müsse Regeln konsequenter durchsetzen, damit die Bürgerinnen und Bürger diesen Institutionen vertrauen können. Dabei stellt die Arbeit der Polizei nur einen Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge dar, diese reicht vom Zivil- und Katastrophenschutz bis hin zur Landes- und Bündnisverteidigung.

## ■ Positives Sicherheitsgefühl, spezifische Ängste: Indikator Kriminalitätsfurcht

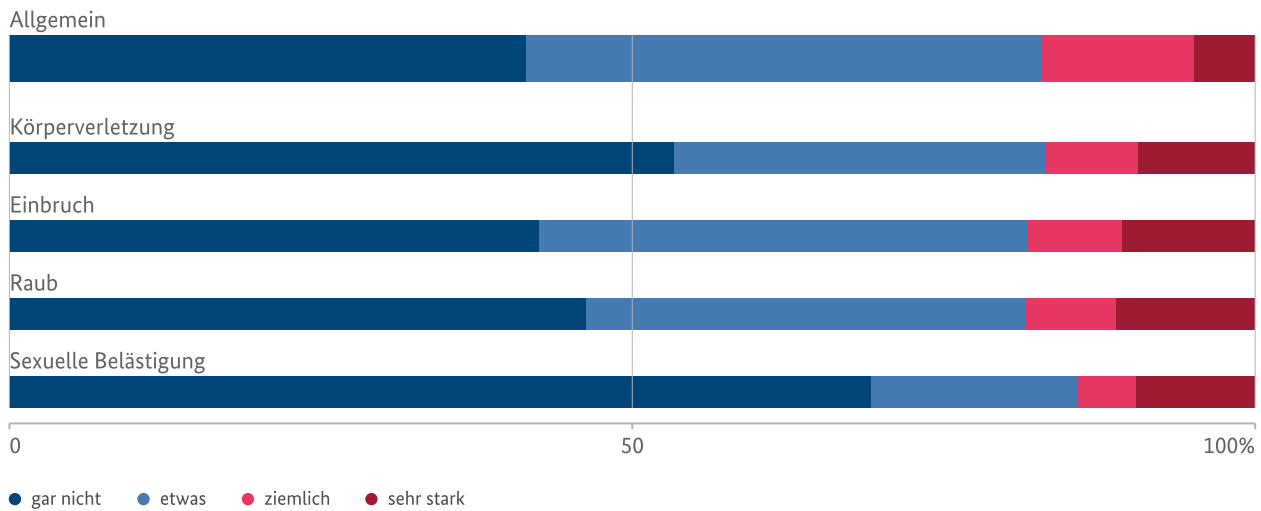
Viele Menschen empfinden Unsicherheit oder haben Angst davor, Opfer einer Straftat zu werden. Dabei spielt vor allem die **gefühlte Sicherheit** eine wichtige Rolle. Denn das subjektive Sicherheitsgefühl resultiert nicht allein aus dem Risiko, Opfer einer Straftat zu werden oder Kriminalität tatsächlich zu erfahren.<sup>189</sup>

Die Wissenschaft zeigt: Wie sicher sich die Menschen fühlen, hängt von ganz unterschiedlichen Faktoren ab. Dazu zählen bspw. das Wohnumfeld, das Lebensalter oder auch die Persönlichkeitseigenschaften.<sup>190</sup>

Gemessen wird das subjektive Sicherheitsgefühl über die sogenannte **affektive Kriminalitätsfurcht**. Der Indikator beschreibt die Furcht der Bürgerinnen und Bürger davor, selbst Opfer einer Straftat zu werden. Ermittelt wird diese Furcht anhand von repräsentativen Bevölkerungsumfragen wie dem **Deutschen Viktimisierungssurvey 2012**<sup>191</sup>. Darin wurde u. a. erfragt, wie sicher sich die Menschen nachts in ihrer Wohnumgebung fühlen.<sup>192</sup> Mithilfe dieser Frage kann näherungsweise abgebildet werden, wie sehr sich Menschen allgemein vor Straftaten fürchten. Für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger ist dieses **allgemeine Sicherheitsempfinden** ein wichtiger Faktor.

Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012 erhebt zusätzlich zur allgemeinen Kriminalitätsfurcht auch das Ausmaß der Angst vor **Körperverletzung, Einbruch, Raub und sexueller Belästigung**.

Abbildung 56: Kriminalitätsfurcht 2012



Quelle: Deutscher Viktimisierungssurvey 2012. Anteil der Befragten mit allgemeiner und deliktspezifischer Kriminalitätsfurcht, N = 35.405 (allgemeine Kriminalitätsfurcht), 11.584 (Körperverletzung), 11.608 (Einbruch), 11.601 (Raub), 11.604 (Sexuelle Belästigung).

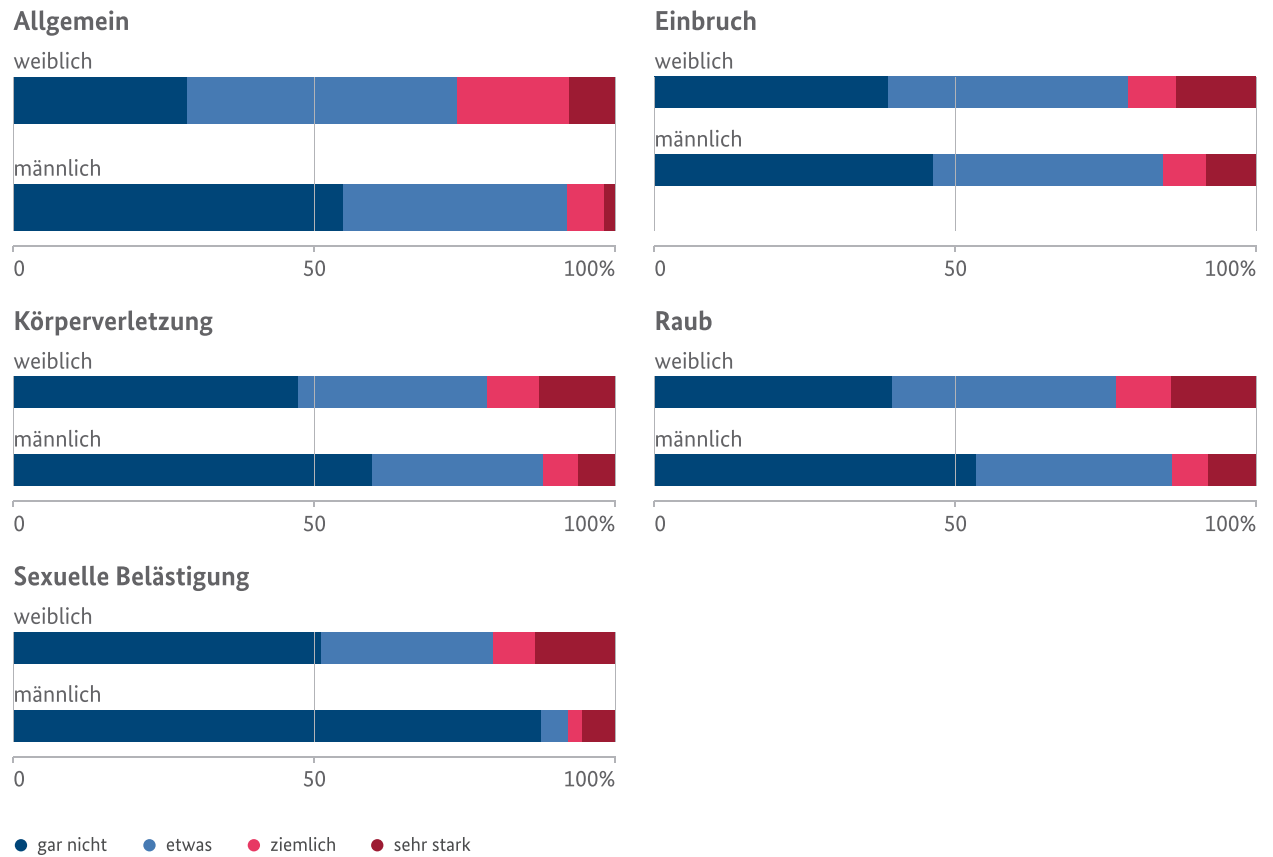
Die Antworten zeigen: In Deutschland lebt die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger relativ angstfrei (vgl. Abb. 56). Mehr als 80 Prozent der Befragten gaben an, sich nachts in ihrer Wohnumgebung eher sicher oder sehr sicher zu fühlen. Bei der Furcht vor spezifischen Straftaten verhält es sich ähnlich. Über 80 Prozent der Befragten gaben an, gar nicht oder nur leicht beunruhigt zu sein, Opfer von Raub, Einbruch, Körperverletzung oder sexueller Belästigung zu werden.

Die Angst, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden, **variiert relativ stark zwischen verschiedenen Personengruppen**. So fürchten sich insbesondere Frauen (vgl. Abb. 57) und ältere Menschen (vgl. Abb. 58) viel häufiger vor Kriminalität als Männer und Jüngere.

Dieses subjektive Sicherheitsempfinden von Frauen steht im Gegensatz zum objektiven (statistischen) Risiko, Opfer einer Straftat zu werden.<sup>193</sup> So wurden 2015 bspw. rund 564.000 Männer (vollendete: 521.129, versuchte: 43.112) in der Polizeilichen Kriminalstatistik als Opfer von Straftaten erfasst, bei den Frauen waren etwa 382.000 Opfer von Straftaten zu verzeichnen (vollendete: 359.796, versuchte: 22.096).<sup>194</sup>

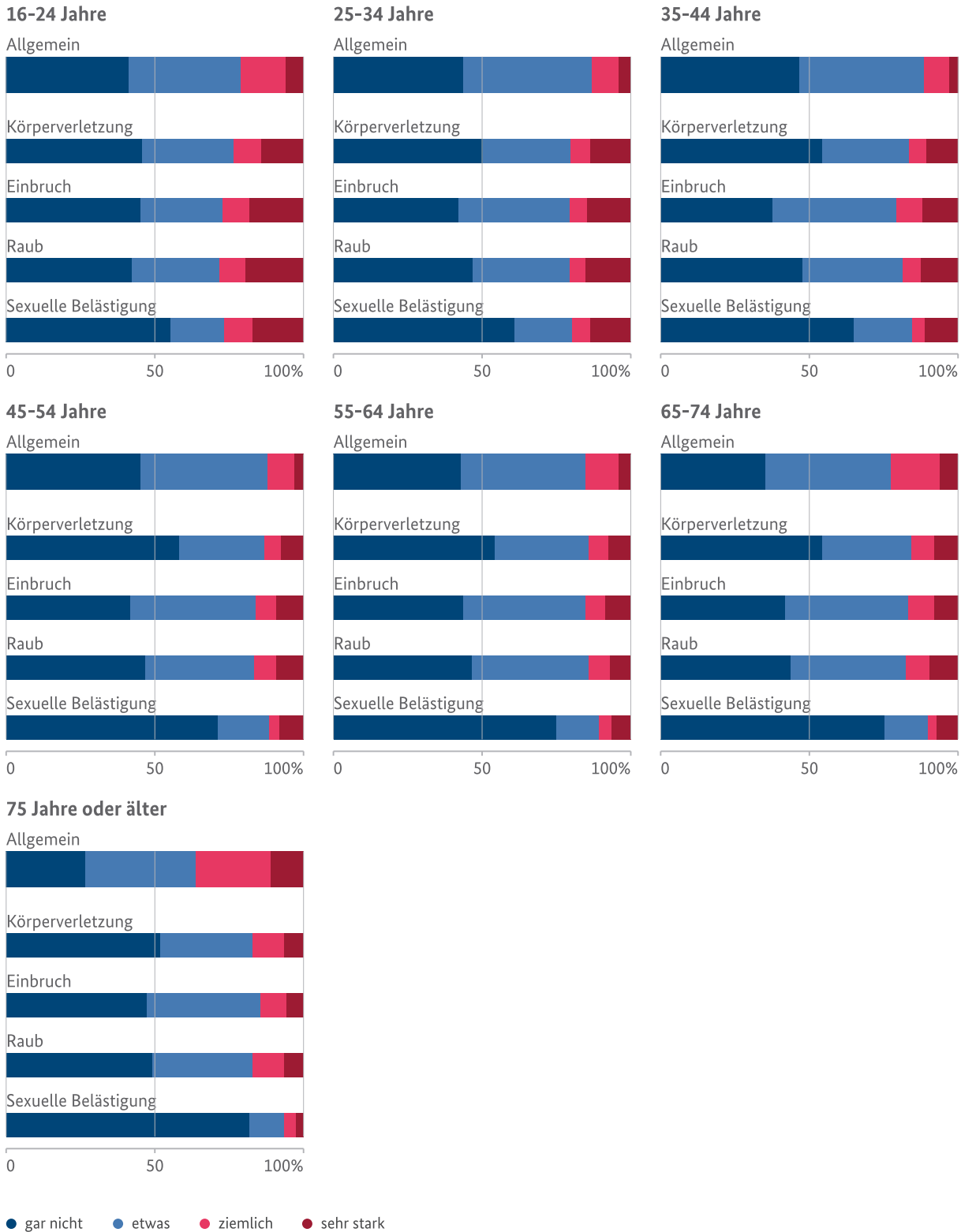
Ältere Menschen über 65 Jahren haben größere Angst vor Kriminalität im Allgemeinen (vgl. Abb. 58). Vor allem die 16- bis 24-Jährigen fürchten sich davor, Opfer von Gewalt, sexueller Belästigung, Einbruch oder Raub zu werden. Grob zusammengefasst nehmen die Ängste mit fortschreitendem Alter zunächst ab, und im Rentenalter wieder zu.

Abbildung 57: Kriminalitätsfurcht nach Geschlecht 2012



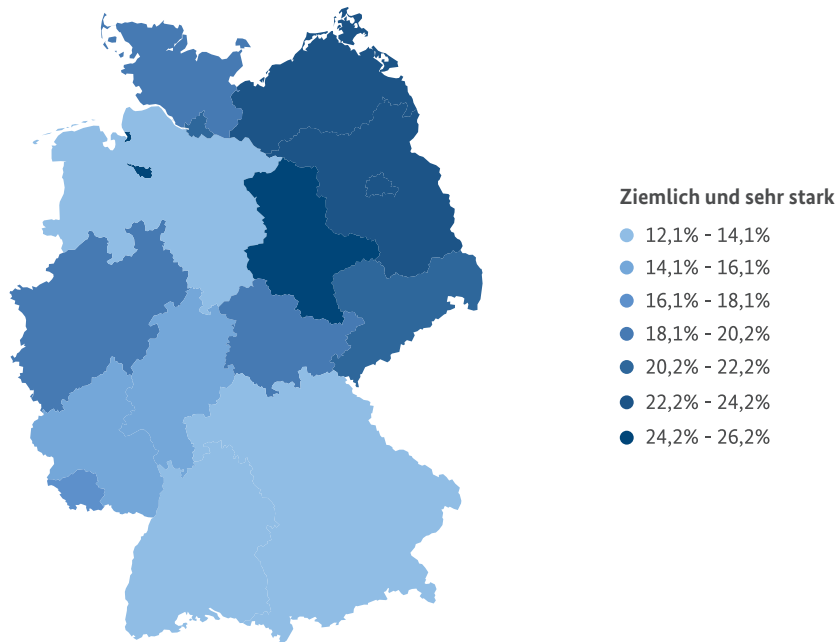
Quelle: Deutscher Viktimisierungssurvey 2012. Anteil der Befragten mit allgemeiner und deliktspezifischer Kriminalitätsfurcht, N = 35.405 (allgemeine Kriminalitätsfurcht), 11.584 (Körperverletzung), 11.608 (Einbruch), 11.601 (Raub), 11.604 (Sexuelle Belästigung).

Abbildung 58: Kriminalitätsfurcht nach Altersgruppen 2012



Quelle: Deutscher Viktimisierungssurvey 2012. Anteil der Befragten mit allgemeiner und deliktspezifischer Kriminalitätsfurcht, N = 35.405 (allgemeine Kriminalitätsfurcht), 11.584 (Körperverletzung), 11.608 (Einbruch), 11.601 (Raub), 11.604 (Sexuelle Belästigung).

Abbildung 59: Anteil der Bevölkerung mit allgemeiner Kriminalitätsfurcht (ziemlich und sehr stark) in den Bundesländern 2012



Quelle: Deutscher Viktimisierungssurvey 2012.

Die allgemeine Kriminalitätsfurcht zeigt regional ein uneinheitliches Bild. Die Einwohner Baden-Württembergs, Bayerns und Niedersachsens haben weniger Angst vor kriminellen Übergriffen als die Menschen im restlichen Bundesgebiet (vgl. Abb. 59). Kaum Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt es bei der Angst vor spezifischen Straftaten.

Im Ergebnis sind es vor allem ältere Menschen, die sich allgemein unsicherer in Deutschland fühlen. Gleiches gilt auch für die Bürgerinnen und Bürger im Norden und Osten Deutschlands. Konkret untermauern konnten die Befragten ihre subjektive Wahrnehmung allerdings nicht. Daher handelt es sich eher um eine latente Kriminalitätsfurcht mit unspezifischen Angstgefühlen. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass die Kriminalitätsfurcht die tatsächlich gemessene Kriminalität in den meisten Regionen Deutschlands in etwa widerspiegelt.<sup>195</sup>

Unabhängig von der tatsächlichen Gefahrenlage hängt das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung auch davon ab, dass Polizistinnen und Polizisten präsent sind, Bürger schützen, Straftaten verhindern oder rasch aufklären können. Das ist ein wesentlicher Baustein für mehr Lebensqualität in Deutschland.

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen ist durch politische Maßnahmen nur indirekt beeinflussbar. Wo die Politik aktiv werden kann, tut sie dies. Der Bundestag beschloss bspw. auf Vorschlag der Bundesregierung im aktuellen Haushalt 2016 ein umfangreiches „Sicherheitspaket“. Es sieht insgesamt 4.000 zusätzliche Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes vor. Hierbei wird die Bundespolizei bis zum Jahr 2018 mit jährlich jeweils 1.000 Stellen sowie zusätzlicher Schutzausrüstung und Einsatzmitteln gestärkt. Auch für den Bundesetat 2017 hat die Bundesregierung weitere Mittel und Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes vorgeschlagen.

Der Indikator **Kriminalitätsfurcht** misst das **subjektive Sicherheitsgefühl** der Menschen. Der Indikator beschreibt die Furcht der Bürgerinnen und Bürger davor, selbst Opfer einer Straftat zu werden. Ermittelt wird diese Furcht anhand von repräsentativen Bevölkerungsumfragen wie dem **Deutschen Viktimisierungssurvey 2012**.<sup>196</sup> Für den Survey wurde gefragt: „Wie sicher fühlen Sie sich nachts in ihrer Wohnumgebung?“<sup>197</sup> Mithilfe dieser Frage kann näherungsweise abgebildet werden, wie sehr sich Menschen allgemein vor Straftaten fürchten. Der Survey erfasst zudem die Angst vor spezifischen Straftaten.

Die Befragung wurde bisher erst einmal, 2012, durchgeführt. Veränderungen im Zeitablauf konnten daher noch nicht erfasst werden. Der Deutsche Viktimisierungssurvey wird fortgeführt. Eine Wiederholung ist für 2017 geplant.

### ■ Bundesweiter Rückgang von Gewaltdelikten: Indikator Tatsächliche Kriminalität

„Sicherheit im täglichen Leben ist mir wichtig. Ich möchte ohne Angst in öffentlichen Verkehrsmitteln reisen, mich auch in Parks und Nebenstraßen sicher fühlen. Die Präsenz der Polizei müsste hierfür erheblich verstärkt werden.“ Diese Antwort aus dem Online-Dialog vom 25. August 2015 zeigt ein bekanntes Dilemma auf: die persönliche Sicherheit im Alltag ist für den Einzelnen ein wesentlicher Aspekt seiner Lebensqualität. Sie korrespondiert jedoch nicht immer mit der Kriminalitätslage, die in der **Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS)** erfasst wird.

Aus der Fülle verfügbarer statistischer Daten wurde für das Indikatoren-System die **Anzahl der Gewaltstraftaten und Eigentumsdelikte** ausgewählt. Die PKS wird für die Bundesrepublik Deutschland einmal jährlich erstellt und führt sämtliche Kriminalitätsdelikte auf, die der Polizei bekannt geworden sind und veröffentlicht die entsprechenden Aufklärungsquoten. Dabei bildet sie das sogenannte **Hellfeld** der bundesdeutschen Kriminalität ab, d.h. sie veröffentlicht alle Straftaten, die der Polizei durch eigene Ermittlungen oder Strafanzeigen **bekannt geworden sind und registriert wurden**. Die PKS enthält keine Hinweise oder Schätzungen des sogenannten **Dunkelfelds**, also der Polizei nicht bekannt gewordene Straftaten. So werden

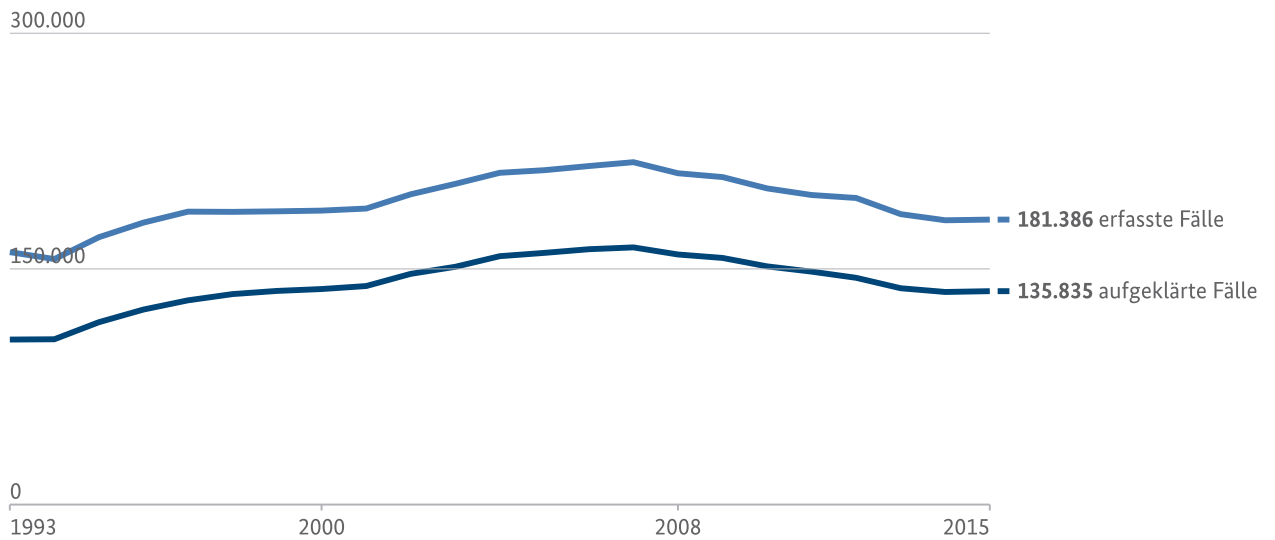
Tötungsdelikte fast immer zur Anzeige gebracht, während häusliche Gewalt häufiger im Verborgenen bleibt und nicht angezeigt wird. Daher kann die PKS die tatsächliche Kriminalität nicht exakt abbilden. Sie ist dennoch eine valide Grundlage für eine Annäherung an die reale Situation in Deutschland. Die Dunkelfeldforschung bemüht sich um ein vertieftes Verständnis nicht registrierter Straftaten. Das Bundeskriminalamt (BKA) befasst sich auf unterschiedliche Weise mit Forschungsaktivitäten zum Dunkelfeld. Zu nennen sind bspw. Projekte, die einen deliktischen Schwerpunkt haben, aber auch nationale und internationale Dunkelfelduntersuchungen mit ausgewählten Personengruppen, insbesondere Täter- und Opferbefragungen.

Die Gewaltkriminalität ist im gesamten Bundesgebiet von 1993 bis 2007 stark gestiegen. 2007 gab es einen Höchststand von 217.923 registrierten Fällen. Seitdem zeigt sich jedoch eine positive Entwicklung. So ist die Gewaltkriminalität zwischen 2007 und 2015 kontinuierlich gesunken, insgesamt um rund 17 Prozent auf 181.386 registrierte Fälle (vgl. Abb. 60).

Die Aufklärungsquoten haben sich zwischen 1993 und 2002 ebenfalls verbessert: Von 65,4 auf 74,4 Prozent. Seit 2002 bewegten sie sich relativ konstant zwischen 74,0 und 75,5 Prozent.

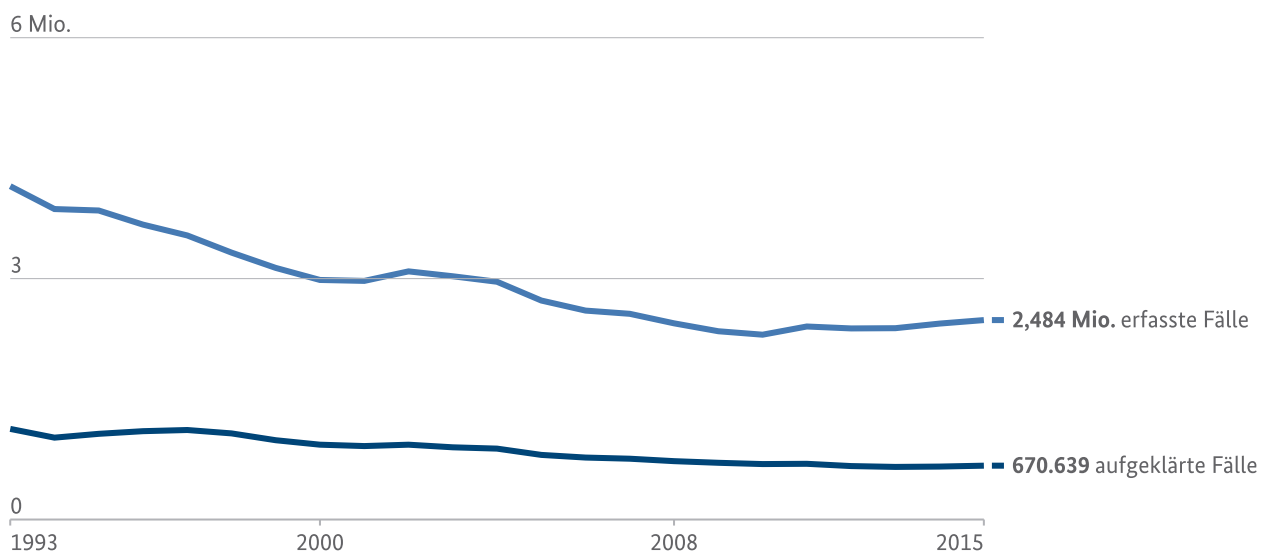


Abbildung 60: Erfasste und aufgeklärte Fälle von Gewaltkriminalität 1993 bis 2015



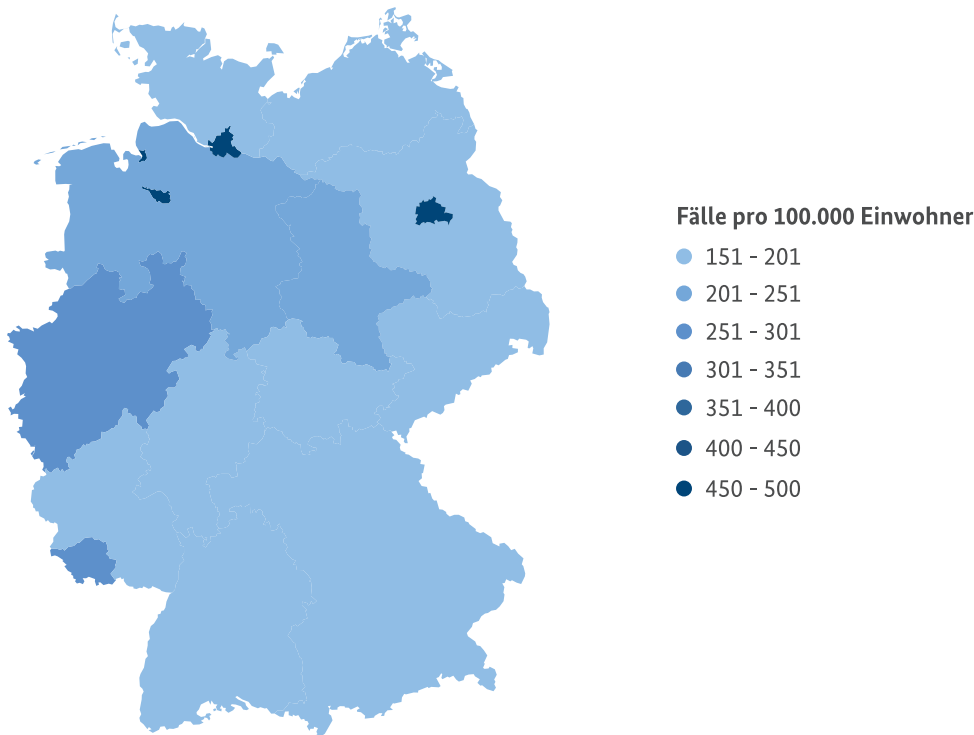
Quelle: PKS, Daten für Bundesrepublik Deutschland (ost- und westdeutsche Bundesländer) erst ab 1993 verfügbar.

Abbildung 61: Erfasste und aufgeklärte Fälle von Diebstahlskriminalität 1993 bis 2015



Quelle: PKS, Daten für Bundesrepublik Deutschland (ost- und westdeutsche Bundesländer) erst ab 1993 verfügbar.

Abbildung 62: Gewaltkriminalität nach Bundesländern 2015



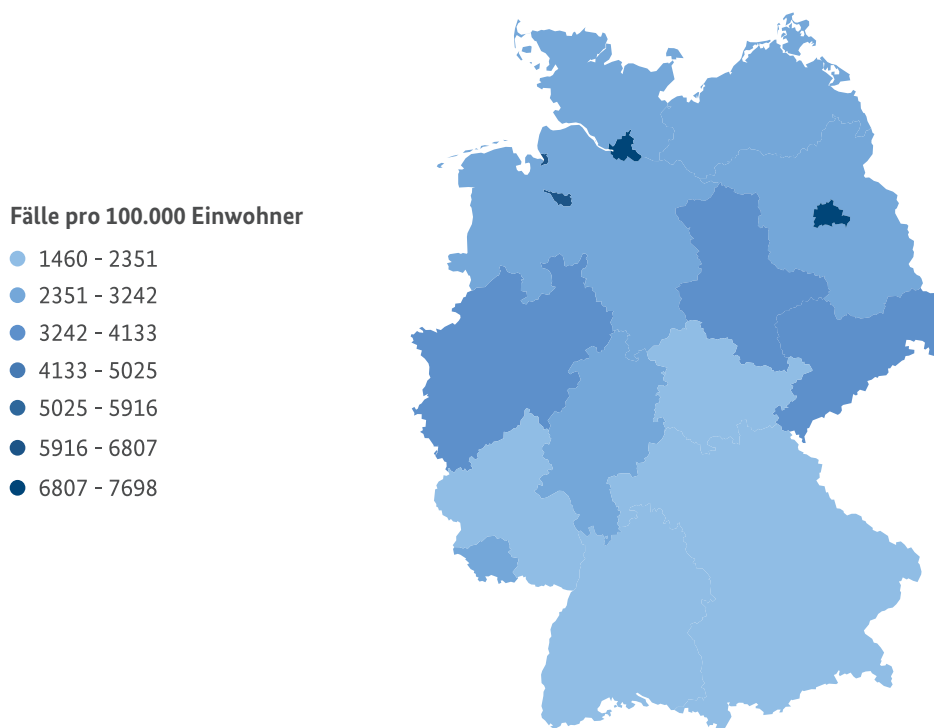
Quelle: PKS 2015.

Diebstahlskriminalität bildet mit rund 40 Prozent den größten Anteil an Straftaten insgesamt. Nach einigen Jahren des kontinuierlichen Rückgangs verzeichnet die Diebstahlskriminalität von 2010 bis 2015 einen Anstieg (vgl. Abb. 61). Besonders Wohnungseinbruchsdiebstähle haben stark zugenommen. 2015 wurden rund 167.000 Fälle registriert. Sie umfassen sowohl den *versuchten* als auch *vollendeten* Wohnungseinbruchdiebstahl. Dies entspricht einem Anstieg von fast zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Gesunken hingegen ist seit 2001 der Anteil der vollendeten Fälle: von 66,1 auf 57,3 Prozent im Jahr 2015. Grund dafür sind auch bessere Einbruchschutz-Maßnahmen in privaten Haushalten.

Die Aufklärungsquoten bei den Diebstahlsdelikten sind im Vergleich zur Aufklärung der Gewaltstraftaten unbefriedigend. Sie sind sogar seit 1998 gesunken, von 32,3 auf 27 Prozent im Jahr 2015. Hier erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass alle staatlichen Ebenen aktiv werden und Maßnahmen ergreifen.

Regional zeigen sich große Unterschiede zwischen den Bundesländern (vgl. Abb. 62 und 63). Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin waren 2015 deutlich stärker von Gewalt- und Diebstahlskriminalität betroffen als die Flächenländer. Vergleicht man hingegen die Flächenstaaten untereinander, ist klar ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. So wurden in Baden-Württemberg und Bayern 2015 deutlich weniger Fälle von Gewaltstraftaten und Diebstahlsdelikten registriert als im restlichen Bundesgebiet.

Abbildung 63: Diebstahlkriminalität nach Bundesländern 2015



Quelle: PKS 2015.

Bereits seit 2012 läuft die bundesweite Öffentlichkeitskampagne K-EINBRUCH, eine gemeinsame Initiative der Versicherungswirtschaft, von Industrieverbänden, Errichterfirmen und der Polizei. Auf der Internetseite [www.k-einbruch.de](http://www.k-einbruch.de) können sich Bürgerinnen und Bürger über einen wirksameren Schutz ihres Wohneigentums informieren. Ergänzend dazu wurde ein Förderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zum Einbruchschutz aufgelegt. Es unterstützt den Einbau einbruchhemmender Produkte mit bis zu 1.500 Euro. Angesichts der hohen Zahl von Wohnungseinbrüchen ist der Schutz vor Haus- und Wohnungseinbrüchen ein Schwerpunkt in der Arbeit der Bundesregierung.

Der Indikator **Tatsächliche Kriminalität** misst die Anzahl der jährlichen Gewaltstraftaten und Eigentumsdelikte. Als Quelle wird die polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) herangezogen, in der alle Straftaten erfasst sind, die der Polizei durch eigene Ermittlungen oder Strafanzeigen bekannt geworden sind und registriert wurden. Sie enthält keine Hinweise oder Schätzungen des sogenannten Dunkelfelds. Obwohl die PKS die tatsächliche Kriminalität nicht exakt abbilden kann, ist sie eine valide Grundlage für die Annäherung an die reale Kriminalität in Deutschland.

## ■ Mehr Respekt und Toleranz: Indikator Hasskriminalität und politisch motivierte Straftaten

Toleranz und ein rücksichtsvoller Umgang miteinander – das waren wichtige Aspekte im Bürgerdialog. „*Mir ist der gegenseitige Respekt wichtig, egal wer ich bin, woher ich komme, ein gutes Miteinander.*“ Dieses Zitat aus dem Bürgerdialog des Deutschen Gewerkschaftsbunds am 30. Juni 2015 in Berlin steht stellvertretend dafür, dass gesellschaftliche Vielfalt in Meinungen, Lebensmodellen, Religionen und Weltanschauungen für die Bürgerinnen und Bürger einen hohen Wert hat. Es bestand Konsens darüber, dass Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Glaube oder Herkunft keinen Platz in der Gesellschaft haben sollte. Differenziert wurde über den Umgang mit Migranten und Flüchtlingen gesprochen: Von Gastfreundschaft und dem Wunsch nach Integration über Skepsis wie gut sich Integrationsprozesse beeinflussen lassen bis hin zur Sorge über die Aufnahmekapazität der Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger betonten in diesem Kontext auch ihre Sorge bezüglich der Zunahme rechtsextremistischer Gewalt und rechtsradikalen Terrors. In dieser Entwicklung sahen sie eine große Gefahr für den Rechtsstaat, die es dringend abzuwehren gilt.

Seit 2002 wird in Studien erforscht wie sich sogenannte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland entwickelt. Hierzu werden abwertende Einstellungen und diskriminierende Vorurteile untersucht – aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen.<sup>198</sup> Für den Zeitraum von 2002 bis 2014 zeigt sich, dass abwertende Einstellungen gegenüber Migranten und auch homosexuellen Menschen kontinuierlich seltener geworden sind. Rassistische Einstellungen, die Ausdruck tiefer ideologischer Überzeugungen sind, blieben dagegen konstant. Antisemitische Ressentiments gingen leicht zurück. Islamfeindliche Abwertungen zeigten zwischen 2002 und 2014 ein Auf und Ab. Die aktuelle Entwicklung dieser Phänomene ist weiter Gegenstand laufender Forschungen und wird bei der Konzeption und Durchführung von Präventions- und Integrationsmaßnahmen berücksichtigt.<sup>199</sup>

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen und gesellschaftlichen Gruppen von besonderer Bedeutung. Denn diese

erzeugen ein Netz von zwischenmenschlichen Bindungen untereinander. Damit soziale Beziehungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen entstehen können, sind Toleranz und Respekt erforderlich.

Als ein **Indikator für Intoleranz** gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen können die Fallzahlen zur **Hasskriminalität** aus der Statistik zur Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) herangezogen werden.

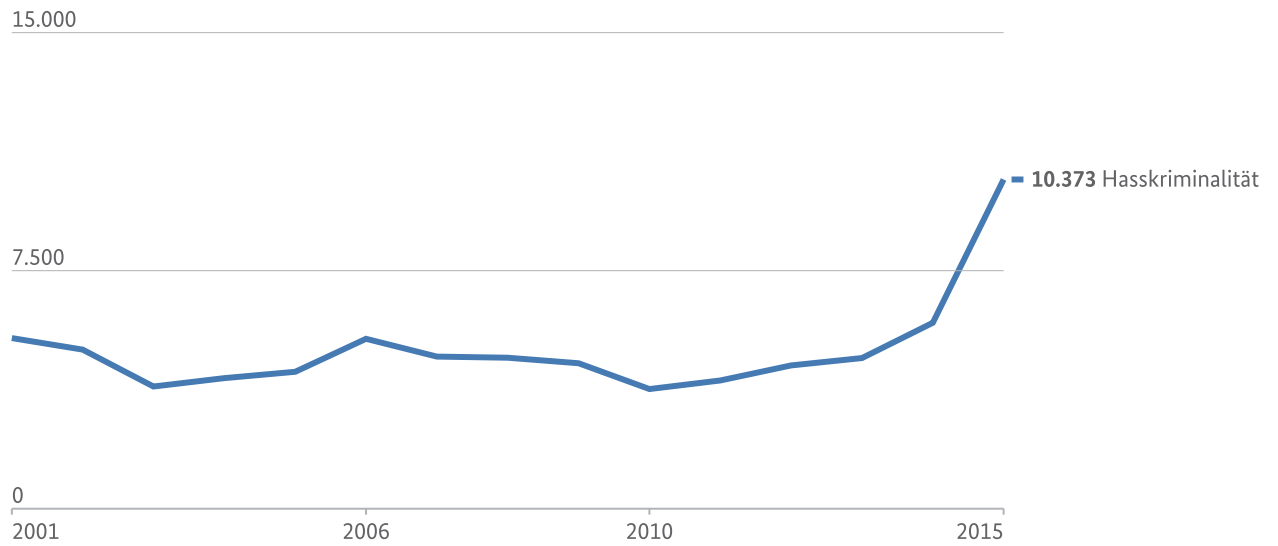
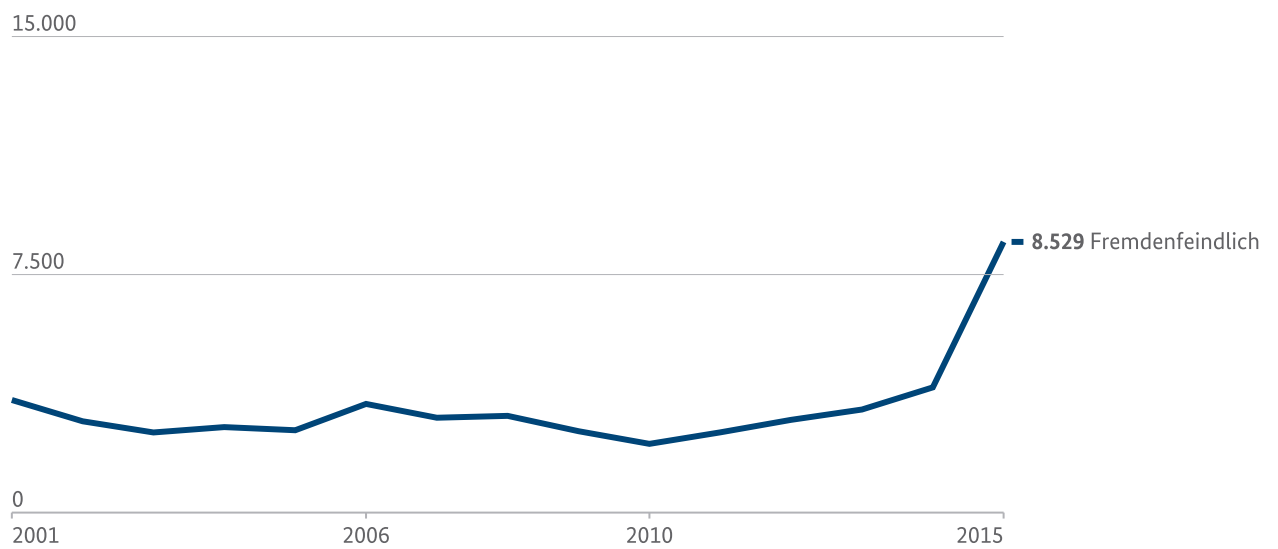
Bei Hasskriminalität handelt es sich um Straftaten, die durch gruppenbezogene Vorurteile motiviert sind. 2015 erreichte die Hasskriminalität mit 10.373 Fällen den Höchstwert seit der Einrichtung dieser Statistik im Jahr 2001 (vgl. Abb. 64). Das entspricht auch einer Steigerung von 77 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dafür war im Wesentlichen die besonders starke Zunahme von rund 116 Prozent bei fremdenfeindlichen Straftaten verantwortlich (2015: 8.529, 2014: 3.945). Stark angestiegen sind auch die gegen bestimmte Religionsgruppen gerichteten Straftaten (2015: 1.112, 2014: 696). Dagegen sind die antisemitischen Straftaten und die Hasskriminalität gegen Menschen mit Behinderung leicht zurückgegangen. Die Zahl der Straftaten, die im Zusammenhang mit der sexuellen Orientierung des Opfers stehen, hat sich auf niedrigem Niveau seit 2001 vervierfacht.

Geprägt wurde die Entwicklung auch vom starken Anstieg der strafbaren „Hasspostings“ im Internet. So ist die Hasskriminalität im Internet 2015 um 176 Prozent angestiegen, zum Vergleich: 3.084 in 2015, 1.119 in 2014.<sup>200</sup>

Die Bundesregierung geht gegen diese besorgniserregenden Entwicklungen mit aller Entschlossenheit vor. Deutschland ist ein weltoffenes Land, das einer vielfältigen Gesellschaft Raum und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Diese Vielfalt ist eine Quelle des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des kulturellen Reichtums. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz sind elementare Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung. Diese Errungenschaften sind das Resultat einer langen Entwicklung, die heute auch das gesellschaftliche Fundament bilden.

Die Bundesregierung wirkt den Entwicklungen bei der Hasskriminalität auf allen gesellschaftlichen Ebenen mit einer Strategie zur Demokratieförderung und Extremis-

Abbildung 64: Hasskriminalität gesamt und fremdenfeindlich 2001 bis 2015

**Hasskriminalität****Fremdenfeindlich**

Quelle: Statistik zur Politisch Motivierten Kriminalität (PMK), BMI.

musprävention entschieden entgegen. Wesentliche Bestandteile dieser Strategie finden sich in den Bundesprogrammen „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ([www.wir-fuer-demokratie.de](http://www.wir-fuer-demokratie.de)). Mit „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ werden Vereine, Projekte und Initiativen, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen, finanziell unterstützt. Neue Modellprojekte widmen sich ab August 2016 den Themenbereichen Rassismus und Antidiskriminierung.

Das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in strukturschwachen oder ländlichen Regionen. Die Projekte agieren präventiv vor allem im Vorfeld möglicher extremistischer Gefährdungen. So schaffen sie die Grundlage für ein gleichwertiges und gewaltfreies Zusammenleben. Ziel ist es, Gewalt, Extremismus und Kriminalität bereits im Vorfeld den Nährboden zu entziehen: durch eine breite universelle Förderung demokratischer Strukturen.

Der Indikator **Hasskriminalität und politisch motivierte Straftaten** umfasst alle Straftaten, die durch gruppenbezogene Vorurteile motiviert sind. Sie richten sich also aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status etc. gegen eine Person oder auf Grund einer solchen Motivation gegen eine Institution oder Sache.

#### ■ **Vertrauen in Polizei und Staat:** Indikator Vertrauen der Menschen in die örtliche Polizeiarbeit

„Wir brauchen nicht nur Regeln und Gesetze, sondern diese Regeln und Gesetze müssen auch eingehalten werden.“

Damit beschreibt ein Teilnehmer des Bürgerdialogs an der Berliner Charité am 31. Mai 2015 zutreffend die wesentliche Kernaufgabe des Staates.

In Deutschland sorgen Polizei und Justiz auf Bundes- und Länderebene für Ordnung, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Vielen Teilnehmern war es mit Blick auf ihren Alltag wichtig, dass Gesetze eingehalten und vollzogen werden. Dabei ging es ihnen auch um die öffentliche Akzeptanz und Präsenz der örtlichen Polizei. Zudem sahen sie in der unmittelbaren Vollzugskraft der Gerichte eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität in Deutschland. „Die Strafe muss auf dem Fuße folgen“, forderten einige Bürger im Dialog. Sie beanstandeten lange Ermittlungsverfahren und umständliche Gerichtsprozesse.

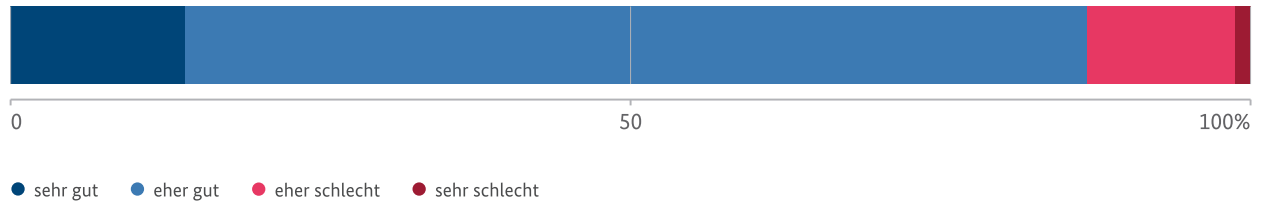
Das institutionelle Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ist ein wichtiger Gradmesser dafür, wie zufrieden sie mit der Arbeit eines Staates und seiner Institutionen sind. Da-

von hängt auch ab, welche Legitimität sie ihm zubilligen. Vertrauen in staatliche Institutionen entsteht bei Bürgerinnen und Bürgern im Bereich innere Sicherheit vor allem im direkten Umgang und durch konkrete Erfahrung, also im Polizeikontakt oder vor Gericht. Ergebnisse der Kriminalitätsforschung dokumentieren, dass der Kontakt mit Polizei und Justiz den Opfern helfen kann, die persönlich schwierige Situation zu verarbeiten und die damit verbundene Einschränkung an Lebensqualität zu überwinden.<sup>201</sup>

Als ein Indikator für das institutionelle Vertrauen wurde daher das **Vertrauen der Menschen in die örtliche Polizeiarbeit** ausgewählt. Das Vertrauen der Bevölkerung in die rechtstaatlichen Institutionen wird durch repräsentative Bevölkerungsumfragen ermittelt. Darin wird sehr allgemein gefragt, wie stark der jeweiligen Institution vertraut wird. Der **Deutsche Viktimisierungssurvey 2012**<sup>202</sup> bildet das Vertrauen in Polizei hingegen deutlicher ab: mit der Frage nach der empfundenen Effektivität örtlicher Polizeiarbeit.<sup>203</sup> Diese Frage kommt der Lebensrealität im Alltag viel näher und bildet deshalb die Grundlage für diesen Indikator.

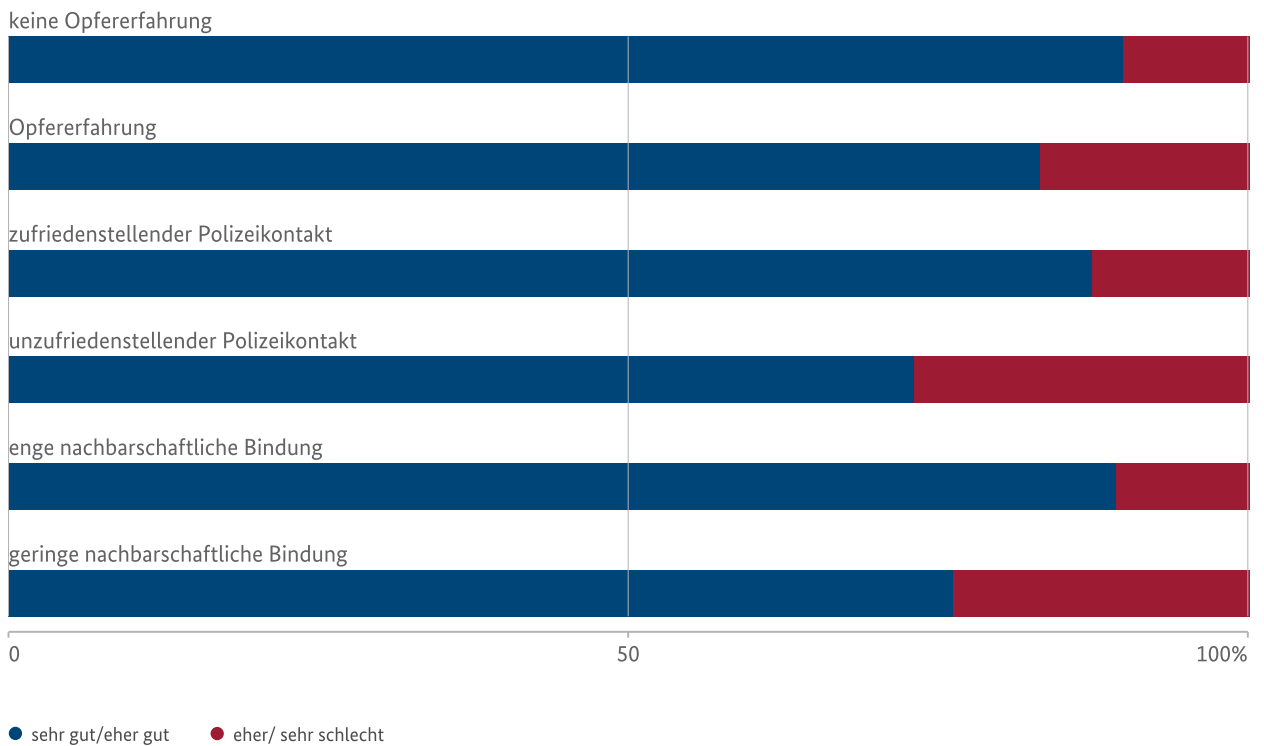
Ein Großteil der Befragten (87 Prozent) bewertet die Arbeit der örtlichen Polizei bei der Verbrechensbekämpfung als sehr gut oder gut. Nur rund ein Prozent aller befragten Personen empfindet die Effektivität der Polizeiarbeit als sehr schlecht, und knapp zwölf Prozent als eher schlecht (vgl. Abb. 65).

Abbildung 65: Bewertung der örtlichen Polizeiarbeit allgemein 2012



Quelle: Deutscher Viktimisierungssurvey 2012. N = 1.899.

Abbildung 66: Bewertung der örtlichen Polizeiarbeit 2012



Quelle: Deutscher Viktimisierungssurvey 2012. N = 1.059 (keine Opfererfahrung), 814 (Opfererfahrung), 447 (zufrieden mit letztem Polizeikontakt), 73 (unzufrieden mit letztem Polizeikontakt), 100 (enge nachbarschaftliche Bindung), 1.161 (geringe nachbarschaftliche Bindung).

Das Vertrauen Einzelner in die Polizei hängt stark von ihrer Lebenssituation und ihren bisherigen Erfahrungen mit der Polizei ab (vgl. Abb. 66). So bewerteten Befragte, die bereits Opfer von Kriminalität geworden sind, die Effektivität der Polizeiarbeit tendenziell schlechter. Menschen, die mit ihrem letzten Polizeikontakt unzufrieden waren, haben ein deutlich geringeres Vertrauen in die örtliche Polizeiarbeit. Personen, die zufrieden mit dem letzten Polizeikontakt waren oder gar keinen Polizeikontakt in den letzten zwölf Monaten hatten, sind mit der Arbeit der Polizei insgesamt deutlich zufriedener. Die Nachbarschaft hat ebenfalls Einfluss auf das Vertrauen in die Polizeiarbeit. So vertrauen Bürger, die ihre nachbarschaftliche Bindung als eng empfinden, der Polizeiarbeit mehr. Diejenigen, die den Kontakt zu ihren Nachbarn als gering einschätzen, vertrauen der Polizei weniger.

Insgesamt fällt die Bewertung der Polizeiarbeit durch die Bürgerinnen und Bürger positiv aus. Darauf lässt sich künftig aufbauen – vor allem, um die Qualität der Polizeiarbeit in Deutschland weiter zu verbessern. Denn innere Sicherheit, das hat der Bürgerdialog gezeigt, ist ein wichtiger Baustein für die Lebensqualität.

Der Indikator misst das **Vertrauen der Menschen in die örtliche Polizeiarbeit** anhand von Befragungsdaten aus dem Deutschen Viktimisierungssurvey 2012.<sup>204</sup> Das ist die bislang größte in Deutschland durchgeführte repräsentative Befragung zur Sicherheitslage in Deutschland. Rund 35.000 Personen wurden zu ihren Erfahrungen als Opfer von Kriminalität und zu ihrem Sicherheitsempfinden befragt. Im Rahmen der Umfragen wurden die Opfer u. a. gefragt: „*Wie gut arbeitet die örtliche Polizei bei der Verbrechensbekämpfung?*“ Detailliert wurde zudem nach der empfundenen distributiven und prozessualen Fairness der Polizei gefragt. Das bedeutet, ob arme und reiche Personen von der Polizei gleich behandelt werden bzw. wie oft die Polizei mehr Gewalt einsetzt, als rechtlich oder situationsbedingt geboten wäre.

Um das Vertrauen der Menschen in staatliche Institutionen noch besser abbilden zu können, wäre es wünschenswert einen vergleichbaren Indikator zum Vertrauen in die Justiz zu entwickeln.





# Zuhause sein in Stadt und Land

## ■ 7. Zuhause sein in Stadt und Land

„Das Rückgrat der Republik: eine gute Infrastruktur“

aus einer Online-Antwort vom 14. April 2015

Lebensqualität wurde von den Bürgerinnen und Bürgern in Städten und in ländlichen Gebieten sehr unterschiedlich beschrieben. Während z. B. in der Stadt auch ohne Auto Freizeit- und Kulturangebote bequem erreichbar sind, geht auf dem Land fast nichts ohne Auto. Doch dafür gibt es mehr Ruhe und Natur direkt vor der Haustür. Unterschiede zwischen dem Leben in der Stadt oder auf dem Land ziehen sich als Querschnittsthema durch viele Dimensionen, aber in Bezug auf Infrastruktur und Wohnen werden sie besonders deutlich.

Den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog waren insbesondere erschwinglicher Wohnraum, eine gute Infrastruktur und Grundversorgung sowie eine gute Anbindung an den öffentlichen Personen(nah)verkehr und das Internet wichtig. Was ein gutes Leben im direkten Wohnumfeld ausmacht, haben die Menschen in der Stadt und auf dem Land aber häufig sehr unterschiedlich beschrieben. Lücken in der Infrastruktur in ländlichen Gebieten wurden von den Teilnehmern vor allen Dingen in Bezug auf die Mobilität, Breitbandanschlüsse und die wohnortnahe Versorgung z. B. mit Einkaufsmöglichkeiten angesprochen. Diese Unterschiede empfanden die Bürgerinnen und Bürger ähnlich auch beim Stadt-Land-Gefälle in der ärztlichen Versorgung (vgl. Indikator *Anzahl von Einwohnern, die von einem Haus- oder Facharzt versorgt werden* in „Gesund durchs Leben“). Die Privatisierung von öffentlichen Versorgungseinrichtungen wie z. B. Gas-, Strom- und Wasserversorgung, wurde zum Teil kritisch beurteilt. Außerdem diskutierten die Bürgerinnen und Bürger die Vielfalt, Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit des kulturellen Angebots in Stadt und Land. Freizeit- und Sportmöglichkeiten, Museen und Galerien sowie Musikangebote wurden auch mit Lebensqualität in Deutschland assoziiert.

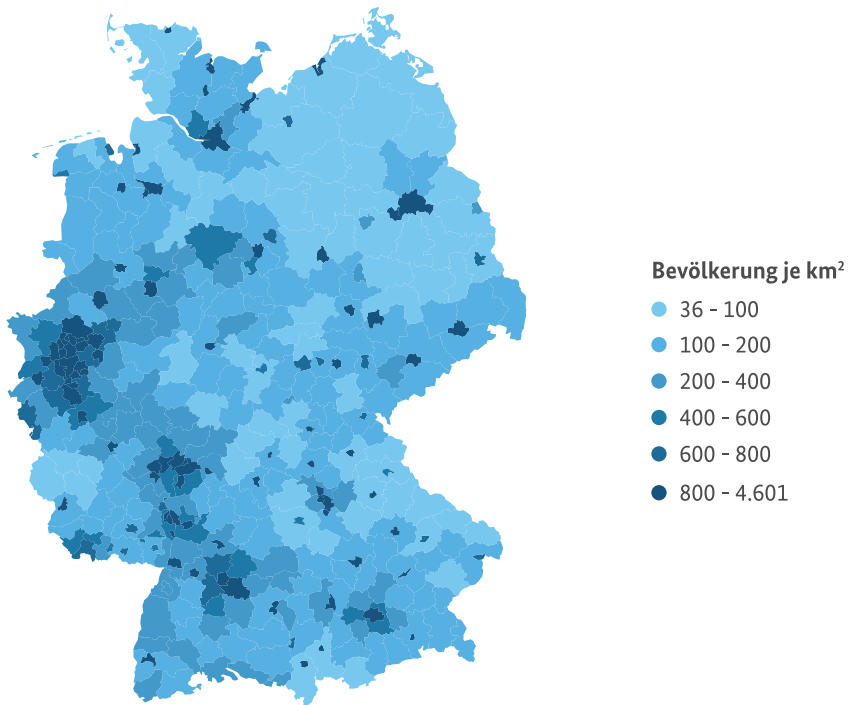
Forschungsergebnisse zeigen, dass Wohnen und Infrastruktur in einem Wechselverhältnis zu anderen für die Lebensqualität relevanten Dimensionen stehen. Eine gute Wohnumgebung mit sauberer Luft, gutem Wasser, fußläufig erreichbaren Grünflächen und wenig Lärm hat positive Effekte auf die Gesundheit. Die Qualität der Verkehrs-

infrastruktur beeinflusst das Mobilitätsverhalten und damit bspw. Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Zugleich hat sie aber auch Auswirkungen auf die Emissionen von Treibhausgasen und Luftschadstoffen (vgl. Indikator *Pendeldauer* in „Zeit haben für Beruf und Familie“, Indikator *Luftqualität* in „Natur schützen, Umwelt erhalten“ sowie Indikator *Treibhausgas-Emissionen* in „In globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern“). Studien zeigen, dass die Bevölkerungsentwicklung die Wachstumschancen einer Region und die Grundversorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen maßgeblich beeinflusst (und umgekehrt).<sup>205</sup> Dabei spielt auch die kulturelle Infrastruktur eine maßgebliche Rolle, denn Kunst und Kultur prägen unser Zusammenleben und unsere Werte – in Städten wie auch im ländlichen Raum.

Das politische Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse soll ein gutes Leben in allen Regionen Deutschlands sicherstellen. Diese stehen vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Bei der Bevölkerungsdichte und der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung gibt es in Deutschland **ausgeprägte regionale Unterschiede** (vgl. Abb. 67 und 68). In fast einem Fünftel der deutschen Landkreise und kreisfreien Städte leben weniger als 100 Menschen je Quadratkilometer. Im am dichtesten besiedelten Zehntel sind es über 1.500 Menschen.

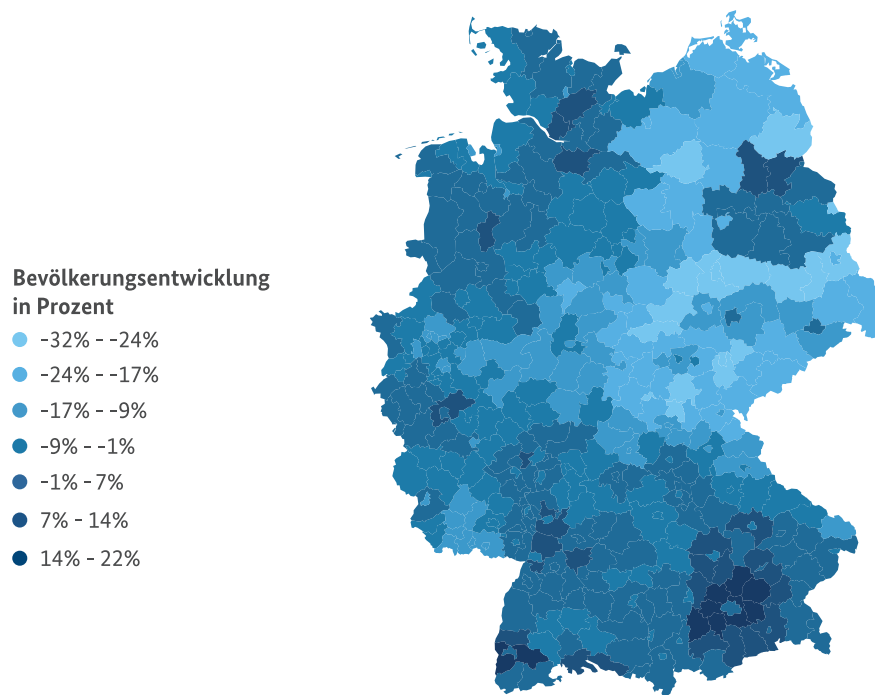
Für wirtschaftsstarke Landkreise, wie z. B. im Münchener Umland, wird bis 2035 ein Bevölkerungswachstum um bis zu 22 Prozent prognostiziert. In strukturschwächeren Landkreisen wird ein starker Bevölkerungsrückgang erwartet. In 18 Kreisen in Ostdeutschland wird die Bevölkerung Prognosen zufolge um ein Viertel bis ein Drittel schrumpfen. Zum Beispiel ist in Oberspreewald-Lausitz ein Rückgang um 32 Prozent vorhergesagt. Aber auch westliche Landkreise sind betroffen, z. B. der Landkreis Wunsiedel mit -20,9 Prozent (vgl. Abb. 68).

Abbildung 67: Bevölkerungsdichte nach Kreisen zum Jahresende 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Gemeindeverzeichnis.

Abbildung 68: Bevölkerungsentwicklung nach Kreisen 2012 bis 2035



Quelle: BBSR-Bevölkerungsprognose, Berechnungen: BiB.

■ **Bezahlbare Wohnungen:** Indikator Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen für Miethaushalte

„Die Hälfte meines Nettogehalts geht allein (!) für das Dach über meinem Kopf weg, also für meine Wohnung, die Nebenkosten, Gas und Strom. Bedeutet: Die Hälfte eines Monats, also zwei Wochen lang, arbeite ich nur, um mir eine Wohnung in meiner Stadt leisten zu können.“

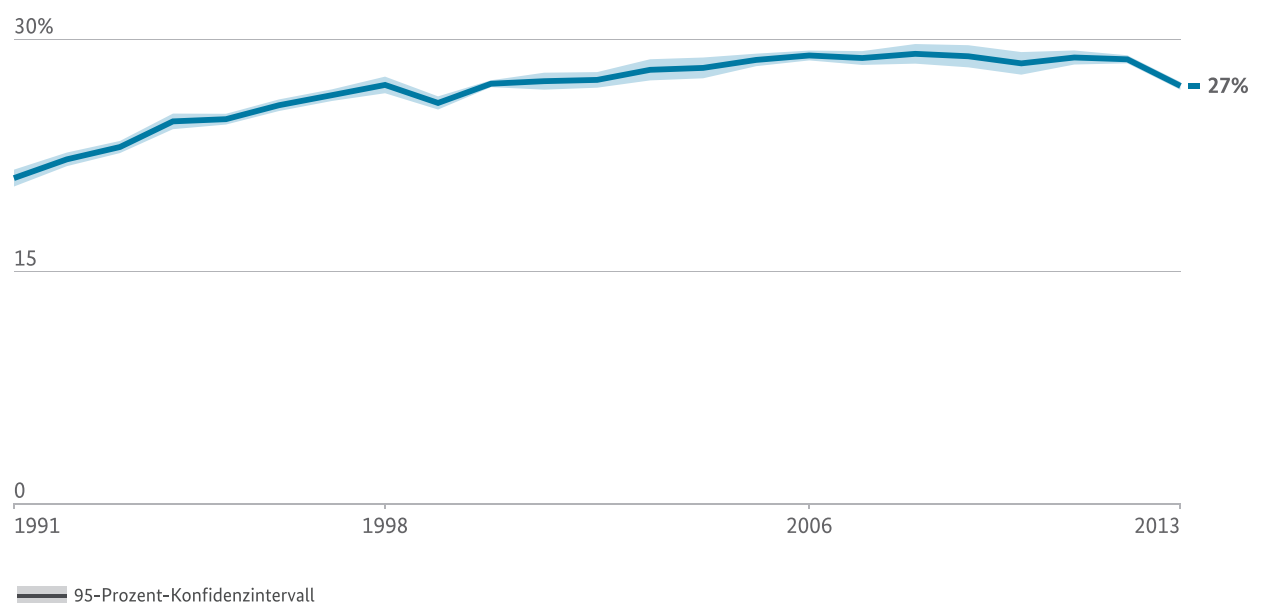
aus einer Online-Antwort vom 19. Oktober 2015

**Wohnen** gehörte im Dialog zu den wichtigsten Einzelthemen. Das unterstreicht: Wohnraum zählt zu den unverzichtbaren Grundbedürfnissen aller Menschen, für die der Staat mit unterschiedlichen Maßnahmen Sorge trägt.<sup>206</sup> Im Dialog ging es den Bürgerinnen und Bürgern um mehr Wohnraum zu bezahlbaren Preisen speziell für Familien, Niedrigverdiener und junge Menschen. Besonderer Handlungsbedarf wurde vor allem in Großstädten wie München oder Frankfurt am Main gesehen. Auch über Investitionen in den Wohnungsneubau und über die Qualität des Wohnraums wurde diskutiert.

Inwieweit die Nachfrage nach Wohnraum gedeckt wird, variiert regional sehr stark. Forschungsarbeiten zeigen, dass vor allem in Metropolen und beliebten Studentenstädten die Bevölkerung wächst und Wohnraum dort knapp wird, wohingegen strukturschwache Regionen Abwanderung und Wohnungsleerstand erleben.<sup>207</sup> Entsprechend unterschiedlich entwickeln sich die Preise für Wohnraum.<sup>208</sup>

Die Ausgaben für Wohnraum sind für die meisten Privathaushalte der größte monatliche Posten ihrer Konsumausgaben.<sup>209</sup> Der Indikator **Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen** bezieht sich auf Miethaushalte. Er gibt Aufschluss darüber, wie hoch der Anteil des monatlich verfügbaren Einkommens ist, den Menschen für Wohnraum inklusive der kalten und warmen Wohnnebenkosten aufwenden müssen.<sup>210</sup>

Abbildung 69: Anteil der Wohnkosten am Haushaltsnettoeinkommen für Miethaushalte 1991 bis 2013



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1. Seit 2013 wird in der SOEP Befragung genauer nach den einzelnen Posten der Nebenkostenrechnung gefragt. Die Veränderung von 2012 bis 2013 kann auf diese methodische Anpassung zurückzuführen sein.

Von 1991 bis Mitte der 2000er Jahre ist der Anteil der Wohnkosten am Haushaltsnettoeinkommen der Menschen in Deutschland von 21 auf 29 Prozent gestiegen, d. h., die Menschen haben im Schnitt einen immer größeren Teil ihres verfügbaren Einkommens für ihre Wohnung ausgegeben. Anschließend hat er sich kaum noch verändert (vgl. Abb. 69).<sup>211</sup>

Diese Entwicklung kann durch zahlreiche Faktoren erklärt werden. Hierzu gehören geringe Einkommenszuwächse in den unteren Einkommensgruppen und Veränderungen bei staatlichen Zuschüssen zu den Wohnkosten. Bedeutsam sind auch Entwicklungen auf dem Mietmarkt durch den demografischen Wandel, Zuzüge in den Städten und Wegzüge auf dem Land oder Wohnungsneubauraten. Alle genannten Faktoren können die Wohnkosten beeinflussen; sie wirken teils ausgleichend, teils verstärkend. Insgesamt sind die Mietpreise durchschnittlich seit Mitte der 1990er Jahre zwar nur moderat gewachsen. Dahinter liegen jedoch regional und lokal sehr unterschiedliche Entwicklungen – vor allem ein Anziehen der Preise in wirtschaftlich starken Ballungsräumen, Metropolen und Innenstädten.<sup>212</sup> Die jüngere Entwicklung deutet insgesamt auf einen neuen starken Aufwärtstrend hin, denn bei den neuvermieteten Wohnungen sind die Preise in den letzten Jahren erheblich gestiegen.<sup>213</sup> Diese Steigerungen liegen deutlich über der Inflationsrate.<sup>214</sup>

Insbesondere haben sich die **persönlichen Präferenzen** der Menschen mit der Zeit verändert. Seit 1991 ist bspw. die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche von rund 35 Quadratmeter auf rund 47 Quadratmeter im Jahr 2014 gestiegen.<sup>215</sup> Zudem sind die Anforderungen an Neubauten gestiegen (Lärm- und Brandschutz sowie energetische Anforderungen). Diese Maßnahmen haben neben den Marktentwicklungen zu einem Anstieg der Baukosten und Mieten beigetragen. Kurzfristige Schwankungen in der obigen Darstellung rühren insbesondere von den veränderlichen Energiepreisen her.

Der **demografische Wandel** verläuft in Deutschland regional sehr unterschiedlich. Dazu trägt bei, dass strukturschwache und ländliche Regionen einerseits und wirtschaftsstarke Räume, Metropolen und auch Studentenstädte andererseits in unterschiedlichem Maß von Zu- und Abwanderung betroffen sind. Deshalb entwickelt sich auch der Markt für Mietwohnungen sehr heterogen. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich fortsetzen.<sup>216</sup> Auch innerhalb von Metropolen gibt es große Unterschiede.<sup>217</sup>

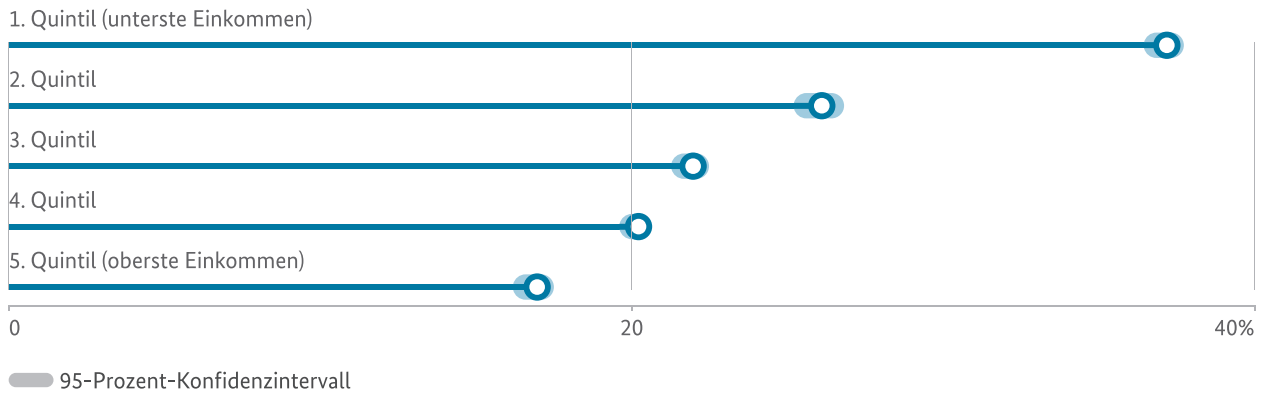
In einigen ländlichen Regionen und in manchen strukturschwächeren Städten stehen in den Orts- und Stadtzentren immer mehr Wohnungen leer. In vielen Großstädten gibt es dagegen immer weniger Leerstand dafür aber Engpässe bei Wohnungen im niedrigeren Preissegment.<sup>218</sup> 2013 lag der durchschnittliche Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen in Städten rund ein Zehntel über dem in ländlichen Regionen, wo aber die Mobilitätskosten höher sind.<sup>219</sup>

Im europäischen Vergleich ist die Wohnkostenbelastung in Deutschland überdurchschnittlich.<sup>220</sup> Hier ist jedoch zu beachten, dass es in Deutschland einen hohen Wohnungsstandard und einen großen Mietwohnungsmarkt mit gut ausgestatteten Wohnungen gibt.<sup>221</sup> Der Anteil der Mieterhaushalte an der Gesamtheit aller Haushalte lag 2013 bei 57 Prozent.<sup>222</sup> Hohe Mietquoten gibt es auch in Dänemark, in den Niederlanden und in der Schweiz und diese Länder haben oft ähnlich hohe Mietkosten im Verhältnis zum Einkommen wie Deutschland. Auch im Hinblick auf national unterschiedliche Anforderungen und Präferenzen beim Wohnen sind europäische Vergleiche nur eine grobe Orientierung.<sup>223</sup>

Im Großen und Ganzen gilt in Deutschland: Je niedriger das Einkommen, desto höher die anteilige Belastung durch die Wohnkosten (vgl. Abb. 70). Die 20 Prozent der Menschen in Deutschland mit den niedrigsten Einkommen (1. Quintil) geben im Schnitt rund 37 Prozent ihres verfügbaren monatlichen Budgets für Kaltmiete, Warmwasser und Heizung aus. In der nächsten Einkommensklammer (2. Quintil) sind es durchschnittlich nur 26 Prozent. Bei den oberen 20 Prozent sind es 17 Prozent. Allerdings gilt: Die niedrigsten Einkommensgruppen sind von Preissteigerungen prozentual immer am stärksten betroffen.

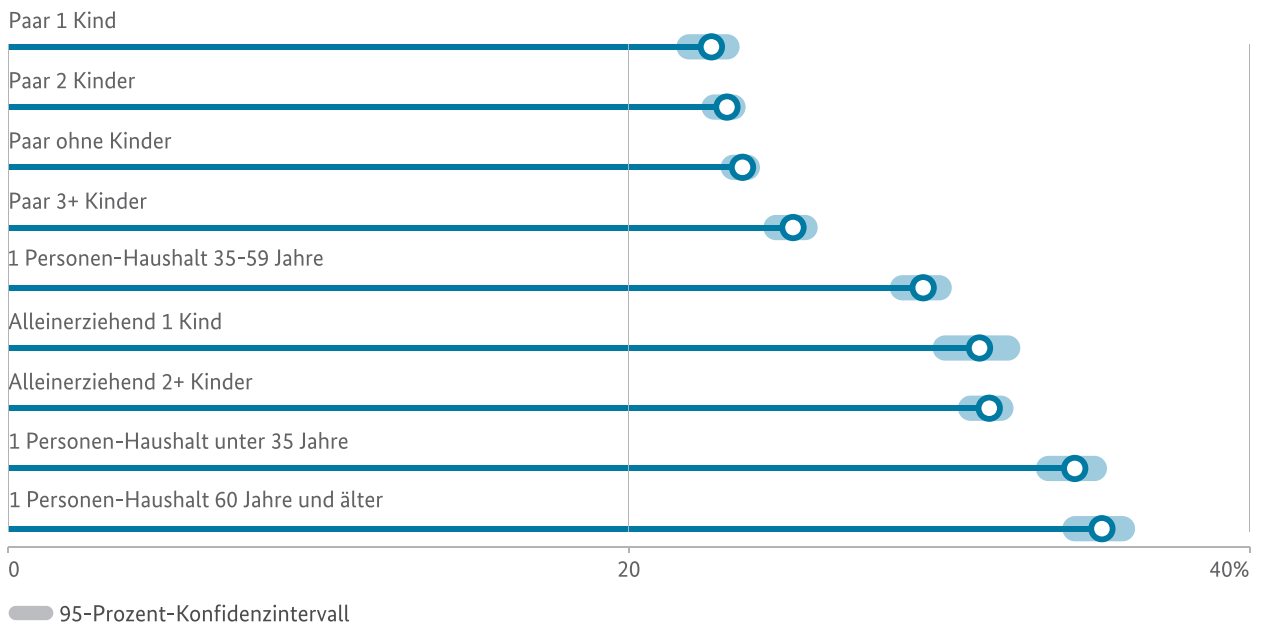
Welcher Anteil des monatlichen Einkommens für Wohnkosten reserviert ist, hängt auch stark davon ab, ob Menschen alleine leben und ob sie Kinder haben (vgl. Abb. 71). Single-Haushalte unter 35 und über 60 haben die höchsten Anteile der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen, jeweils gut ein Drittel. Bei Alleinerziehenden liegt der Wert etwas unter einem Drittel. Paare mit und ohne Kinder geben für ihre Wohnung den geringsten Teil ihres verfügbaren Einkommens aus.

Abbildung 70: Anteil der Wohnkosten am Haushaltsnettoeinkommen für Miethaushalte differenziert nach Einkommensklassen 2013



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1.

Abbildung 71: Anteil der Wohnkosten am Haushaltsnettoeinkommen differenziert nach Haushaltstypen 2013



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv31.1.

2014 fühlten sich nach eigener Einschätzung rund 17 Prozent der in Deutschland lebenden Personen durch ihre monatlichen Wohnkosten wirtschaftlich stark belastet. Unter der von Armut betroffenen Bevölkerung traf das auf rund 29 Prozent zu. Gegenüber 2008 hat sich die Belastung nach Einschätzung der befragten Haushalte damit spürbar verringert (2008 insgesamt: rund 24 Prozent; armutsgefährdet: rund 36 Prozent).<sup>224</sup>

Die Bürger erwarten von der Politik, dass sie die Grundvoraussetzungen schafft, damit ausreichend guter Wohnraum zu verträglichen Kosten zur Verfügung steht. Mit der „Wohnungsbau-Offensive“ hat die Bundesregierung den Rahmen gesetzt, um die Zahl der jährlich fertiggestellten neuen Wohnungen auf mindestens 350.000 zu steigern. Damit will sie im Zusammenwirken mit den Ländern und Kommunen die Situation auf dem Wohnungsmarkt deutlich verbessern – mit einem besonderen Augenmerk auf Geringverdiener, Studenten und Flüchtlingen mit Bleibeperspektive. Zu den beschlossenen Maßnahmen gehören u. a. die verbilligte Abgabe von Grundstücken der öffentlichen Hand und die Erhöhung der Mittel für die soziale Wohnraumförderung. So hat die Bundesregierung für die Jahre 2016 bis 2019 die sogenannten Kompensationsmittel des Bundes an die Länder für den sozialen Wohnungsbau auf über eine Milliarde Euro pro Jahr verdoppelt. Für die Jahre 2017 und 2018 ist eine Erhöhung der Mittel um nochmals 500 Millionen Euro vorgesehen.

Auch das Wohngeld wurde 2016 deutlich angehoben. Insgesamt unterstützt die öffentliche Hand rund fünf Millionen Haushalte mit Wohngeld und den Kosten der Unter-

kunft und Heizung im Rahmen der Mindestsicherungssysteme mit jährlich rund 17 Milliarden Euro wirkungsvoll bei den Wohnkosten.

Auch das Bauen selbst soll günstiger werden. Mit Vereinfachungen der Bauvorschriften können bestehende Gebäude leichter aufgestockt und Baulücken geschlossen werden. Mit der stärkeren Durchmischung von Wohnungen und Gewerben in bestimmten Gebieten wird die Innenentwicklung von Städten belebt. Das soll Arbeitswege verkürzen, die Lebensqualität erhöhen und die Integration erleichtern. Mit der „Mietpreisbremse“ hat die Bundesregierung 2015 außerdem einen Beitrag dazu geleistet, den Anstieg der Mietpreise in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten zu dämpfen. Mit dem „Bestellerprinzip“ hat sie auch bei der Wohnungssuche das marktwirtschaftliche Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ eingeführt, so dass es nunmehr für die Maklergebühren entscheidend ist, ob Vermieter oder Mieter Auftraggeber des Wohnungsvermittlers ist.

Der Indikator **Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen für Miethaushalte**<sup>225</sup> gibt an, wie hoch der durchschnittliche Anteil des monatlich verfügbaren Einkommens inklusive Heiz- und Warmwasserkosten ist, den Menschen für ihre Wohnung aufwenden. Der Indikator gilt nur für Mieterhaushalte. Wohngeld und Leistungen der Mindestsicherungssysteme sind Bestandteile des Haushaltsnettoeinkommens.



■ **Allen Menschen Mobilität ermöglichen:**  
Indikator Fahrzeit zu Bildungs-, Versorgungs- und Kultureinrichtungen

„Mein Sohn braucht drei verschiedene Ausweise und Tickets, um die 25 km zu seinem Ausbildungsplatz im Nachbarbundesland zu fahren. Die Zeiten der Bahnen und Busse sind nicht aufeinander abgestimmt.“

aus dem Bürgerdialog des BMEL in Weischlitz  
am 28. Oktober 2015

Der Erreichbarkeit von **Versorgungseinrichtungen** und dem **Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr** wurde im Bürgerdialog große Bedeutung beigemessen. Vor allem im ländlichen Raum wurde der ÖPNV für die mangelnde Anbindung und Taktung, die unzureichende Abstimmung zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln und das fehlende Nachtangebot kritisiert.

Auch Einkaufsmöglichkeiten waren für die Diskussions Teilnehmer in ländlichen Orten ein wichtiger Faktor für Lebensqualität. Sorge machte den Bürgerinnen und Bürgern, dass die Grundversorgung an vielen Orten nicht mehr gewährleistet ist, weil Geschäfte aufgegeben werden oder von Schließung bedroht sind. Rund 48 Prozent der Bevölkerung kann den nächsten Lebensmittelmarkt fußläufig nicht erreichen, d.h. muss mehr als 1.000 Meter zurücklegen. In den ländlichen Kreistypen liegt dieser Anteil sogar bei ca. zwei Dritteln der Bevölkerung.<sup>226</sup>

Der Dialog hat gezeigt, wie wichtig ein verlässlicher und gut getakteter ÖPNV besonders für die Lebenszufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum ist. Denn dort ist es wegen langer Distanzen oft keine Option, zu Fuß zu gehen oder aber mit dem Fahrrad zu fahren.

Die Erreichbarkeit von Bildungs-, Versorgungs- und Kultureinrichtungen ist nicht nur unter Versorgungsaspekten für die Bürgerinnen und Bürger wichtig. Sie erfüllen auch eine wichtige soziale Funktion und sind Treffpunkte für die Bevölkerung. Für die Attraktivität der Lebensbedingungen und des Wohnumfeldes der Menschen ist auch die Erreichbarkeit kultureller Angebote mitentscheidend.

Öffentliche Verkehrsmittel ermöglichen Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe für alle gesellschaftlichen Gruppen, ob für Jüngere und Ältere, Menschen mit Behinderung

oder andere, die nicht selbst fahren wollen oder können. Tatsache ist: Der ÖPNV gewinnt Jahr für Jahr an Attraktivität. 2015 wurden mit S-Bahnen, Straßenbahnen, U-Bahnen oder Bussen mehr als elf Milliarden Personen befördert – so viele wie nie zuvor.

Rund 5,5 Millionen Deutsche (7 Prozent) lebten 2014 in Haushalten, die sich kein Auto leisten können oder wollen.<sup>227</sup> Die Hälfte der Familien mit Kindern hat zwar ein Auto, ist aber für die Mobilität aller Familienmitglieder in vielen Fällen auf Busse und Bahnen angewiesen. Öffentliche Verkehrsmittel stoßen pro Fahrgast weniger Schadstoffe und Treibhausgase aus. Sie leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der gesunden Umweltbedingungen und zum Klimaschutz. Außerdem sind öffentliche Verkehrsmittel sicherer als PKWs.<sup>228</sup>

Auch die Forschung zeigt, dass ein bedarfsgerechter öffentlicher Nahverkehr wichtig für die Zufriedenheit der Menschen ist. Das gilt für den Weg zur Arbeit genauso wie für Mobilität in der Freizeit (vgl. Indikator *Pendeldauer* in „Zeit haben für Beruf und Familie“).<sup>229</sup> Der Indikator **Fahrzeit zu Bildungs-, Versorgungs- und Kultureinrichtungen** misst, wie schnell Menschen in Deutschland von zu Hause mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Auto in sogenannte Mittelzentren<sup>230</sup> und Oberzentren<sup>231</sup> gelangen.

Hier zeigen sich große Unterschiede zwischen den Verkehrsmitteln (vgl. Abb. 72 und 73): Mit dem Auto braucht nur ein Prozent der deutschen Bevölkerung länger als 30 Minuten bis in das nächstgelegene Mittelzentrum.

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln benötigt man hingegen in vielen ländlichen Regionen schon in der Hauptverkehrszeit, d.h. morgens zwischen 6:30 und 8:30 Uhr, eine Stunde oder länger, um in das nächste Mittel- oder Oberzentrum zu kommen.<sup>232</sup> Fast ein Drittel der Menschen in Deutschland braucht länger als eine halbe Stunde, um die nächste größere Stadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.<sup>233</sup>

Häufig ist der ÖPNV in den ländlichen Gebieten an den Schülerverkehr gekoppelt. Deshalb ist die Fortbewegung hier außerhalb der Hauptverkehrszeiten, insbesondere in den Schulferien und an Wochenenden erheblich schwieriger.

Daten des Mobilitätspanels zeigen, dass 2014 fast alle Menschen in Deutschland Bushaltestellen und etwas mehr als ein Drittel einen Bahnhof fußläufig erreichen konnten.<sup>234</sup>

Es gilt zu beachten: Die bestehenden Statistiken erlauben keine Aussage darüber, wie regelmäßig und in welchen Zeiträumen öffentliche Verkehrsmittel fahren. Diese Problematik wurde auch mehrfach im Dialog angesprochen: „Am Wochenende ist man hier aufgeschmissen, wenn man kein Auto hat.“ (Zitat eines Dialogteilnehmers in einem Seniorenheim in Zossen am 12. August 2015). Über die Taktung der unterschiedlichen Linien entscheiden die Länder und Kommunen.

Insgesamt hat sich der ÖPNV in Deutschland in den letzten Jahren positiv entwickelt. Von 1999 bis 2014 ist der Anteil des öffentlichen Verkehrs an der insgesamt zurückgelegten Wegstrecke von rund 17 auf rund 22 Prozent gestiegen; im Schnitt legen die Deutschen täglich etwas mehr als 41 Kilometer zurück, davon neun Kilometer mit öffentlichen Verkehrsmitteln.<sup>235</sup>

Die Bundesregierung schafft Grundlagen für die Daseinsvorsorge aller Menschen in Deutschland. Dazu gehört auch die Sicherung der Erreichbarkeit von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur.<sup>236</sup> Der Bund stellt den Ländern – trotz deren originärer Zuständigkeit für den ÖPNV – finanzielle Mittel von rund neun Milliarden Euro jährlich für Infrastruktur und Betrieb zur Verfügung, damit sie ihrer Aufgabe zur Versorgung der Bevölkerung mit Mobilität nachkommen können. Darin enthalten sind die sogenannten „Regionalisierungsmittel“ für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und den übrigen ÖPNV. Diese wurden 2016 um 800 Millionen Euro auf 8,2 Milliarden Euro erheblich erhöht und werden bis 2031 jährlich um 1,8 Prozent gesteigert. Hinzu kommen Steuervergünstigungen sowie Ausgleichsleistungen für den Schüler- und Ausbildungsverkehr und für die Beförderung Schwerbehinderter. Für die Förderung des Radverkehrs werden 2016 mehr als 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

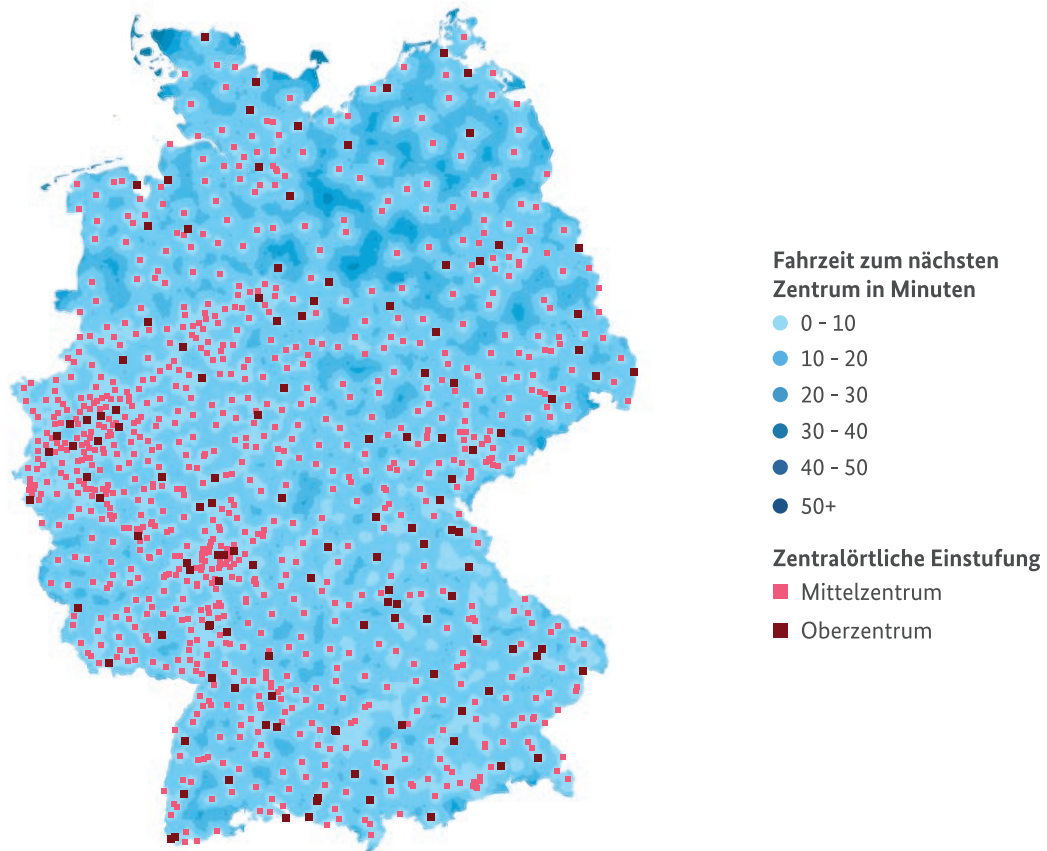
Zudem erneuert der Bund die Infrastruktur für den Zugverkehr in Deutschland. Bund und Bahn stellen allein für die Modernisierung der bestehenden Schieneninfrastruktur von 2015 bis 2019 insgesamt 28 Milliarden Euro zur Verfügung.

Die Bundesregierung fördert darüber hinaus die Einführung von einheitlichen elektronischen Tickets und einer digitalen Vernetzung im ÖPNV, die durchgängige elektronische Fahrplaninformation sowie die Entwicklung und Anwendung einheitlicher Standards. Außerdem unterstützt die Bundesregierung innovative Konzepte für die Sicherung der Mobilität in ländlichen Räumen. Hierzu gehören bspw. flexible Zubringerangebote zum Linienverkehr wie Ruf- und Bürgerbusse.

Für die Sicherung der Mobilität aller Menschen in Deutschland ist die Herstellung von Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr zentral. Bahnunternehmen müssen deshalb Programme zur Herstellung von Barrierefreiheit erstellen. Die Nahverkehrspläne der Kommunen müssen Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit enthalten. Auch die Bundesregierung unterstützt mit einem Modernisierungsprogramm, dass insbesondere kleine Bahnstationen barrierefrei werden und dadurch der Zugang für alle ermöglicht wird.

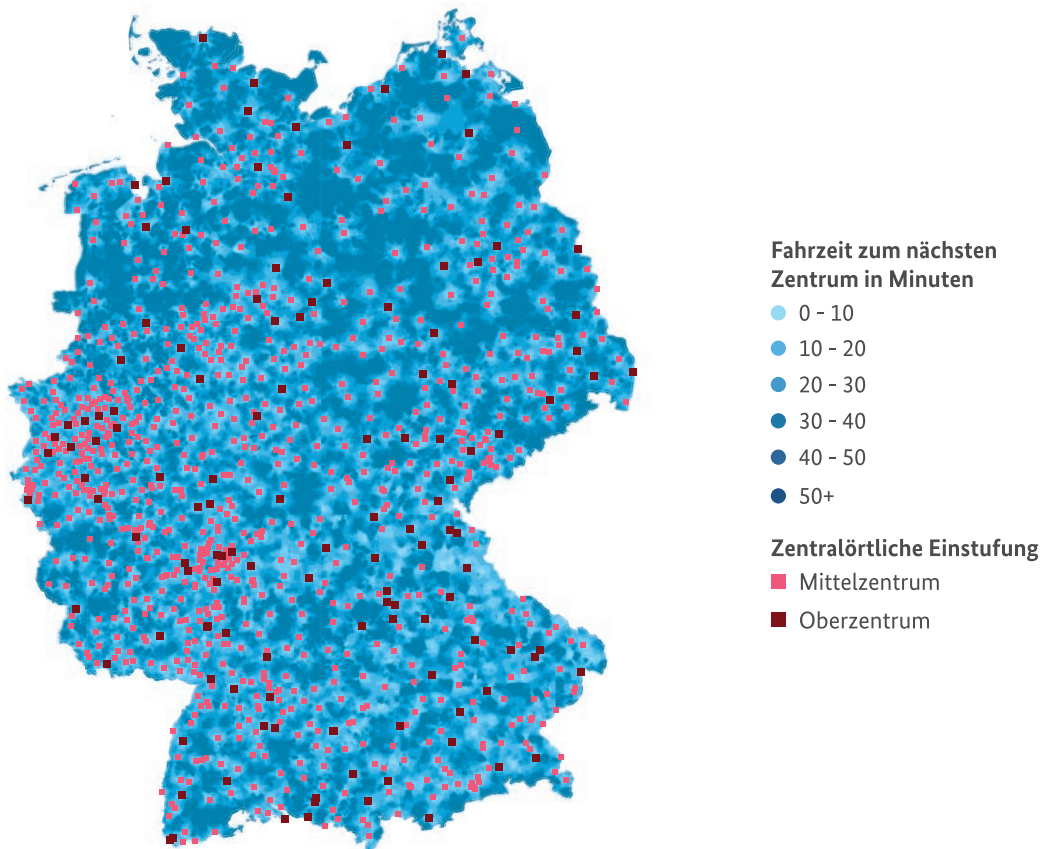
Neben der Sicherung von Mobilität setzt sich die Bundesregierung auch für die Stärkung der Bildungs-, Versorgungs- und Kulturinfrastruktur abseits der großen Metropolen ein. So hat die Bundesregierung z. B. die Dialogplattform Einzelhandel ins Leben gerufen, die mit allen beteiligten Gruppen auch Handlungsempfehlungen zur Sicherung der Versorgung der ländlichen Räume erarbeitet. Mehrfunktionshäuser, die künftig über die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz gefördert werden können, bieten z. B. Einkaufsangebote, lokale Dienstleistungen oder soziale Nutzungsmöglichkeiten. Die Kulturstiftung des Bundes fördert mit dem Programm „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“ einen Prozess, in dem Kulturinstitutionen in ausgewählten Regionen neue Kooperationsmodelle und Arbeitsformen erproben, um die vielfältige kulturelle Landschaft abseits der Metropolen weiterzuentwickeln.

Abbildung 72: Fahrtzeit zu Mittel- und Oberzentren 2012, Motorisierter Individualverkehr



Quelle: Erreichbarkeitsmodell des BBSR. Geometrische Grundlage: BKG, Kreise (Stand 31. Dezember 2012).

Abbildung 73: Fahrzeit zu Mittel- und Oberzentren 2012, Öffentlicher Verkehr



Quelle: Erreichbarkeitsmodell des BBSR. Geometrische Grundlage: BKG, Kreise (Stand 31. Dezember 2012).

Der Indikator **Fahrzeit zu Bildungs-, Versorgungs- und Kultureinrichtungen** misst, wie lange die Menschen in Deutschland mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem eigenen Auto (motorisierter Individualverkehr) in das nächste Mittel- oder Oberzentrum brauchen.

Ein Mittelzentrum hat folgende typische Ausstattung: Warenhaus, Krankenhaus, Fachärzte, Hotel, Altenpflegeheim, Theater, Museum, Jugendeinrichtung, weiterführende Schule, Bibliothek, größere Sportanlage, Bahnhof.

Ein Oberzentrum hat folgende typische Ausstattung: Fachhandel, größere Banken und Kreditinstitute, Fach-/Hochschule, Schwerpunktkrankenhaus, wissenschaftliche Bibliothek, Sportstadion, Fernbahnhof. Der Indikator wird vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) basierend auf Infrastruktur- und Fahrplandaten errechnet.

Daten zur fußläufigen Erreichbarkeit von Haltstellen wurden auf Basis des Deutschen Mobilitätspanels (MOP) berechnet. Die wichtigste deutsche Befragung zur Fortbewegung ist die Studie „Mobilität in Deutschland“. Die letzten verfügbaren Daten stammen allerdings aus dem Jahr 2008. In diesem Jahr wird die Erhebung „Mobilität in Deutschland 2016“ durchgeführt. Die Ergebnisse werden 2018 zur Verfügung stehen.

## ■ An der Digitalisierung teilhaben: Indikator Breitbandversorgung

„Es fehlt an Internet in manchen Ecken des Landes. Wie soll ein Schüler ohne Internet in der heutigen Zeit noch etwas lernen?“

aus einer Online-Antwort vom 7. Juli 2015

Die flächendeckende Breitbandversorgung war insbesondere ein großes Anliegen der Jüngeren im Dialog. Sie möchten einen guten Zugang zu Internetanwendungen haben, die ein zentraler Bestandteil ihres Soziallebens sind. Bei allen Teilnehmern bestand ein großes Bewusstsein für die umfassenden Chancen der Digitalisierung und der Wunsch nach optimalen Bedingungen für die Teilhabe an dieser Entwicklung. Über die Breitbandzugänge auf der Arbeit und zu Hause hinaus wurden mobiles Internet und das mangelnde Angebot an öffentlichen WLAN-Hotspots im Bürgerdialog thematisiert.

Die Digitalisierung wirkt sich auf viele Dimensionen von Lebensqualität aus. Fort- und Weiterbildung findet schon heute vielfach online statt und nicht wenige arbeiten mit Hilfe digitaler Technologien in Co-Working-Büros oder von zu Hause aus. Vernetzte Fertigungsprozesse – die Industrie 4.0 – der gesamte Dienstleistungssektor, aber auch vernetzte Landwirtschaftsbetriebe, hängen zunehmend von immer umfangreicheren Datenflüssen ab. Auch für die Ansiedlung von Unternehmen im ländlichen Raum spielt die Breitbandversorgung eine entscheidende Rolle.

Neue Medien verändern das Kommunikationsverhalten und damit die sozialen Kontakte der Menschen. Die Telemedizin kann das Verhältnis von Arzt und Patient aufrechterhalten und Versorgungsprozesse gerade im ländlichen Raum unterstützen und verbessern. Auch der Zugang zu Informationen und Medien und die politische Partizipation finden verstärkt in digitalen Räumen statt. Leistungsfähige Internet-Verbindungen sind ein zentraler Baustein der Infrastruktur von heute und morgen.

Der Indikator **Breitbandversorgung** misst, wie viel Prozent der Haushalte und Unternehmen mit schnellem Breitbandinternet, also mindestens 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s), versorgt sind.

Mitte 2016 war in Deutschland schon für mehr als **sieben von zehn Haushalten** der Zugang zu einem Internetanschluss mit über 50 Mbit/s möglich.<sup>237</sup> Das sind 5,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Es gibt noch viele Orte in Deutschland, an denen schnelles Internet nur für einen kleinen Teil der Menschen verfügbar ist (vgl. Abb. 74). In ländlichen Gemeinden sind im Schnitt nur drei von zehn Haushalten an eine schnelle Breitbandversorgung angebunden.<sup>238</sup> Diese „weißen Flecken“ auf der Landkarte macht der sogenannte Breitbandatlas der Bundesregierung sichtbar.<sup>239</sup>

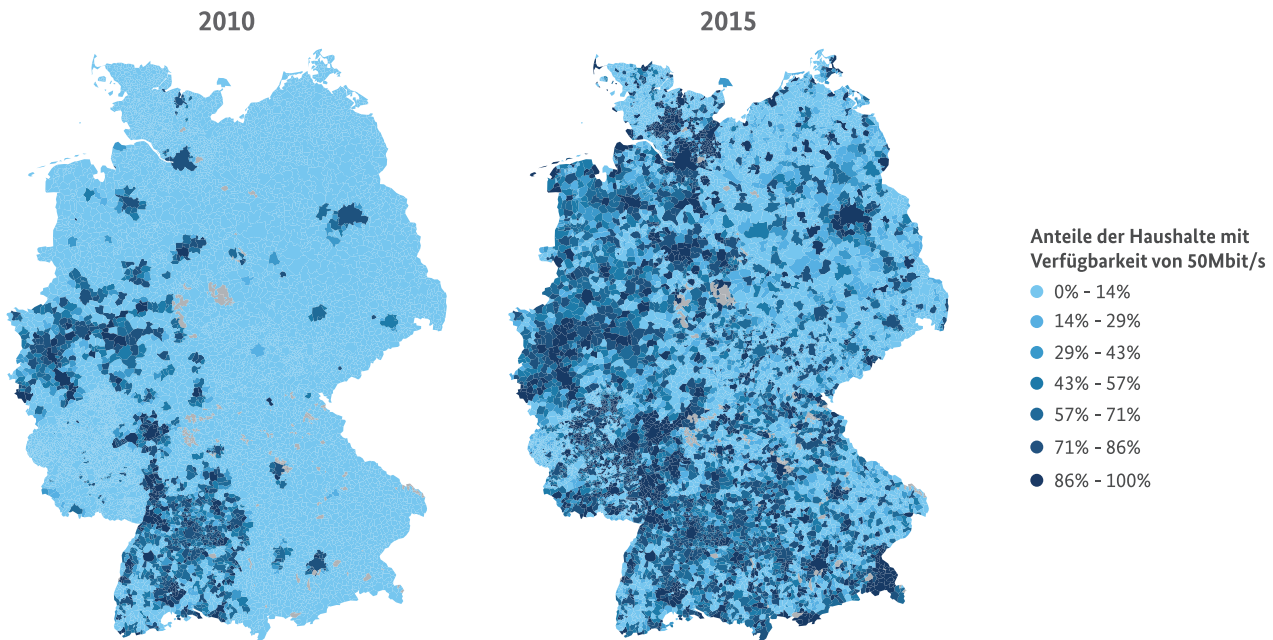
Die „Digitale Agenda“ ist eine der politischen Prioritäten der Bundesregierung in dieser Wahlperiode. Die Bundesregierung hat sich hier ein Ziel gesetzt: Bis 2018 sollen Breitbandnetze mit 50 Mbit/s im Download flächendeckend in ganz Deutschland verfügbar sein. Deshalb unterstützt die Bundesregierung mit dem Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau die Schließung der Lücken in der Versorgung mit schnellem Internet in ländlichen Gebieten und Randlagen. Es wurde Ende 2015 mit dem Prinzip Vorfahrt für Glasfaser gestartet. Weil sich der schnelle Ausbau in derzeit noch unterversorgten Gebieten für einzelne Telekommunikationsunternehmen wirtschaftlich nicht rechnet, werden gezielt betroffene Landkreise und Kommunen mit bis zu 15 Millionen Euro pro Projekt gefördert. Die Bundesregierung stellt bis zum Jahr 2018 insgesamt vier Milliarden Euro für die Förderung des Breitbandausbaus in Deutschland zur Verfügung.

Ab 2017 soll zusätzlich auch gelten: Wer eine neue Straße baut oder ein Baugebiet erschließt, muss Glasfaserkabel gleich mitverlegen. Außerdem soll es leichter werden, bestehende Infrastrukturen wie Wasserschächte oder Stromleitungen mit zu nutzen. Dadurch kann bis zu ein Viertel der Kosten des bundesweiten Netzausbaus gespart werden.

Datenintensive Anwendungen und zunehmende digitale Vernetzung technischer Geräte werden die notwendigen Breitbandgeschwindigkeiten um ein Vielfaches steigern und neue Anforderungen an Qualität und Zuverlässigkeit der Breitbandversorgung stellen. Die Möglichkeit eines flexiblen Aufrüstens des Breitbandnetzes in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entscheidet deshalb mit über die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie und die Beteiligungschancen der Menschen in Deutschland an der Digitalisierung. Die Bundesregierung versteht die Ver-



Abbildung 74: Verfügbarkeit von Internetzugängen mit mindestens 50 Mbit/s auf Gemeindeebene



Quelle: BMVI, TÜV Rheinland. Graue Flächen sind nicht-bewohnte Gemeinden in Deutschland.

sorgung mit 50 MBit/s als Zwischenziel. Die rechtlichen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen nehmen daher schon heute den Aufbau von Gigabit-Netzen in den Blick. Zugleich wird die rasche Einführung des 5G-Mobilfunkstandards unterstützt. Mit der gesetzlichen Klar-

stellung, dass WLAN-Betreiber genauso wie Accessprovider von der Haftung ausgeschlossen sind, hat die Bundesregierung die Voraussetzungen geschaffen, dass in Deutschland mehr solcher Internetzugänge entstehen.

Der Indikator **Breitbandversorgung** misst den Anteil der Haushalte, die mit der nötigen Infrastruktur für Internetgeschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s versorgt sind. Diese Daten sind im Breitbandatlas der Bundesregierung in einer hohen räumlichen Auflösung aufbereitet. Der Breitbandatlas beruht auf den freiwilligen Datenlieferungen von rund 340 Breitbandanbietern, die ständig aktualisiert werden. Der Breitbandatlas schließt eine wichtige Lücke in der Information von Haushalten und Unternehmen zum Netzausbau in Deutschland. Der Fokus der Daten liegt auf der Verfügbarkeit von Download-Geschwindigkeiten für Privathaushalte. Seit 2015 wird in einer Erweiterung auch die gewerbliche Breitbandverfügbarkeit der Anschlüsse erhoben.

In den Atlas werden in seiner kleinsten Auflösung nur Gebiete aufgenommen, in denen gemäß der amtlichen Daten des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) tatsächlich Menschen oder Unternehmen gemeldet sind. Deshalb können insbesondere Neubaugebiete nur mit einer zeitlichen Verzögerung aufgenommen werden. Mit zunehmender Vernetzung von Behörden und durch die Verwendung von Schnittstellen wird sich die Aktualisierung dieser Daten beschleunigen.



# Zusammenhalten in Familie und Gesellschaft



## ■ 8. Zusammenhalten in Familie und Gesellschaft

„Ohne Familie und Freunde fehlen einem die Flügel im Leben.“

aus dem Bürgerdialog der UNESCO in  
Magdeburg am 4. Mai 2015

Menschen leben in vielen Formen der Gemeinschaft: in der eigenen Familie, in einem verlässlichen Freundeskreis und im weiteren Bekanntenkreis oder in organisierten Verbänden und Vereinen. Im Dialog bestätigte sich, welchen **hohen Stellenwert** Familie und Gemeinschaft für alle Bürgerinnen und Bürger haben. **Gemeinsame Werte und Normen** begründen und stärken den Zusammenhalt der Gesellschaft. Solidarität und Hilfsbereitschaft, Respekt und Rücksichtnahme wurden von den Teilnehmern besonders häufig genannt. Zusammenhalt in der Gesellschaft drückt sich im Engagement und in der Hilfsbereitschaft aus, aber auch im alltäglichen Umgang miteinander. Wie tolerant und respektvoll die Mitglieder einer Gesellschaft sind, d. h. ob Meinungen offen ausgesprochen werden dürfen, ob Menschen unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Glaube oder Herkunft respektvoll behandelt werden, zeigt sich an einem gewaltfreien Umgang in Wort und Tat (vgl. Indikator *Hasskriminalität und politisch motivierte Straftaten* in „Sicher und frei leben“). Nicht nur an sich selbst, sondern auch an andere zu denken, das war den Menschen wichtig. Ob unter Nachbarn, im Verein oder im Ehrenamt: **Ein gutes Miteinander steigert das Wohlbefinden aller** – so der weit verbreitete Tenor im Bürgerdialog. Besonders in ländlichen Gemeinden wurde die Gemeinschaft in den Orten als Faktor für hohe Lebensqualität benannt.

## ■ Ehe noch immer häufigste Form des Zusammenlebens: Indikator Familien- und Lebensformen

„Wenn es mit der Familie klappt, klappt es auch anderswo.“ Das Zitat aus dem Bürgerdialog der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie in Leverkusen am 22. Juni 2015 steht stellvertretend für die Mehrheit der Menschen in Deutschland, die **Familie** oder **Partnerschaft** als ihren Lebensmittelpunkt bezeichnen. Familie schaffe Verlässlichkeit und Vertrauen. Sie Sorge für Zusammenhalt und gäbe Rückhalt, vor allem in schwierigen Zeiten. Die Bedeutung von Familie wurde von den Teilnehmern besonders häufig hervorgehoben. In persönlichen Krisen, wie z. B. Arbeitslosigkeit oder Krankheit, sei die Familie ein wichtiger Stabilitätsanker.

Das Familienleben in Deutschland ist heute vielfältig. Neben der klassischen Kernfamilie gewinnen **andere familiäre und nichtfamiliäre Lebensformen** zunehmend an Bedeutung.<sup>240</sup>

Was verbinden Menschen mit dem Begriff „Familie“? Dieser Frage gehen verschiedene Umfragen nach.<sup>241</sup> Verheiratete und unverheiratete Paare mit Kindern und mit oder ohne Großelterngeneration gelten für die überwältigende Mehrheit der Menschen als Familie. Mehr als die Hälfte der Befragten fassen auch Alleinerziehende als Familie auf. Darüber hinaus zeigt sich, dass insbesondere jüngere Menschen (20 bis 39 Jahre) ihr Familienverständnis erweitern. Sie betrachten größtenteils auch gleichgeschlechtliche Paare und Alleinerziehende mit Kindern als Familie.

Nach wie vor ist zwar das subjektive Wohlbefinden in der „klassischen“ Familie, bestehend aus Ehepartnern mit Kindern, im Vergleich zu anderen Lebensformen im Durchschnitt am höchsten. Die Zufriedenheit lediger Personen mit Partnern und kinderlos Verheirateter weicht aber nur unwesentlich davon ab.<sup>242</sup> Im Fall einer Trennung der Partner hingegen sinkt die Lebenszufriedenheit signifikant. Dies gilt insbesondere für die Jahre unmittelbar vor der Trennung<sup>243</sup>, wie psychologische Forschungsergebnisse dokumentieren. Angesichts der großen Bedeutung, die der Familie für die Lebensqualität zukommt, werden hier die Haushalts- und Familienstrukturen dargestellt. Eines aber ist klar: Welche Familien- und Lebensform die Menschen wählen, ist ihre persönliche Entscheidung. Die Politik schafft die staatlichen Rahmenbedingungen. Sie

sorgt dafür, dass kein Partnerschafts- oder Familienmodell diskriminiert wird und Familien mit Kindern gestärkt werden. Dabei steht die auf Dauer angelegte Sorge und Verantwortung für Partner, Kinder und Angehörige im Mittelpunkt.

Der **Indikator Familien- und Lebensformen** zeigt, wie sich das Zusammenleben in Deutschland im Zeitverlauf entwickelt hat. Die Daten entstammen dem Mikrozensus, in dem jeweils alle in einem Haushalt lebenden Personen befragt werden.

Der überwiegende Teil der Menschen in Deutschland, rund 57 Prozent, lebt mit einem Ehepartner oder einer Ehepartnerin zusammen (vgl. Abb. 75). Die Ehe ist somit nach wie vor die häufigste Lebensform. Allerdings zeigt sich auch hier der Wandel des Zusammenlebens deutlich: In den letzten knapp 20 Jahren sank die Zahl der Menschen, die verheiratet zusammenleben, von 66 auf 57 Prozent. Zugleich stieg der Anteil an Männern und Frauen, die in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft zusammenleben von sechs auf neun Prozent. Deutlich weniger als ein Prozent aller Männer oder Frauen leben mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft (78.000 Paare im Jahr 2013) zusammen. Selbst wenn also nur ein geringer prozentualer Anteil diese Lebensform wählt, sind gleichgeschlechtliche Partnerschaften heute eine gleichberechtigte Form des Zusammenlebens. Sie finden in Deutschland staatliche Anerkennung und weithin gesellschaftlichen Respekt.

Der größte Wandel ist aber, dass inzwischen mehr als jeder Dritte ohne Partner oder Partnerin lebt. Nur ungefähr jede sechste alleinlebende Person ist jünger als 30 Jahre. Mehr als jeder Dritte ist dagegen bereits im Rentenalter, also älter als 64 Jahre.

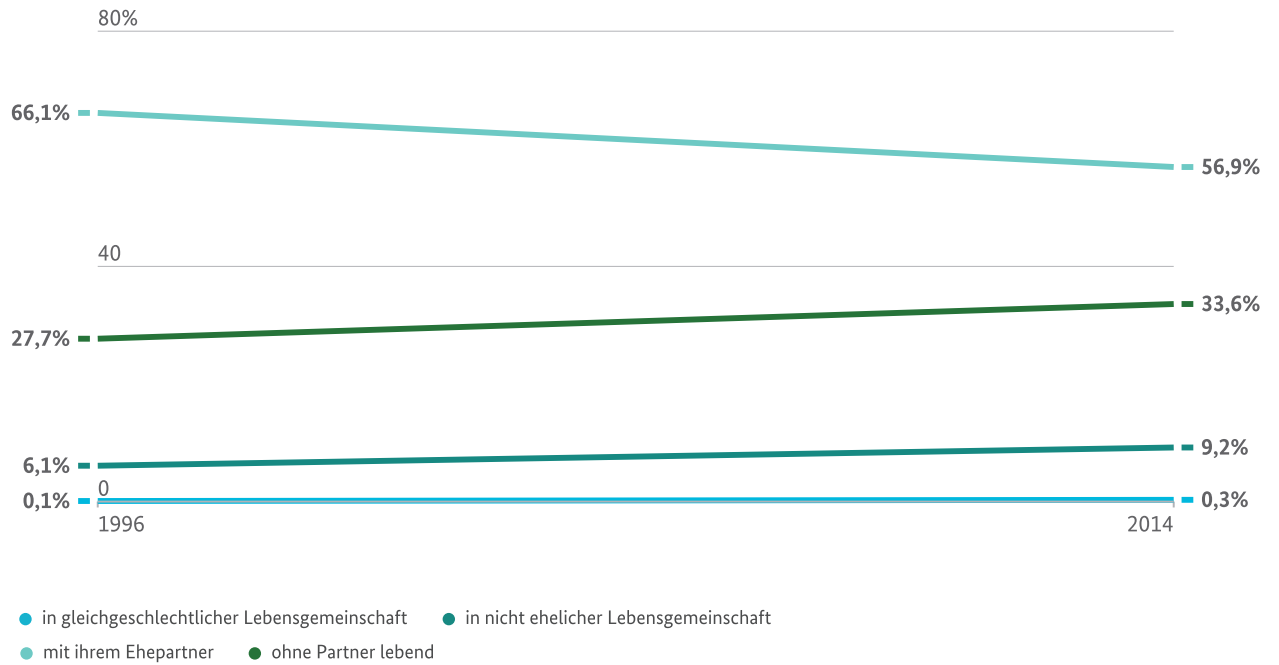
Knapp 18,6 Millionen Kinder lebten 2014 im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils, davon sind rund 13 Millionen unter 18 Jahre alt.<sup>244</sup> Mit rund 72 Prozent wächst der Großteil dieser Kinder nach wie vor bei verheirateten Eltern auf. Dies sind allerdings zehn Prozent weniger als 1996. Be-

merkenswert sind auch die regionalen Unterschiede: In den ostdeutschen Flächenländern leben mit 57 Prozent deutlich weniger Kinder bei verheirateten Eltern als in den westdeutschen Flächenländern, wo der Anteil bei 76 Prozent liegt (vgl. Abb. 76).

Besonderes Augenmerk gilt den Kindern von Alleinerziehenden, da sie überdurchschnittlich häufig von Armut bedroht sind und im Alltag mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind (vgl. Indikator *Armutsrisikoquote* in „Ein sicheres Einkommen“). In Deutschland leben rund 1,6 Millionen Alleinerziehende. Das bedeutet in jedem fünften Familienhaushalt mit Kindern unter 18 Jahren lebt nur ein Elternteil. Nach wie vor sind Alleinerziehende überwiegend weiblich: Knapp 1,5 Millionen sind Frauen (89 Prozent). Dem gegenüber stehen 180.000 alleinerziehende Väter.<sup>245</sup> Auch hier zeigen sich regionale Unterschiede: Der Anteil Alleinerziehender in den ostdeutschen Flächenländern stieg zwischen 1996 und 2014 von 19 auf fast 25 Prozent, in westdeutschen Flächenländern von zwölf auf 16 Prozent an. In Stadtstaaten und den ostdeutschen Flächenländern wächst somit mehr als jedes vierte Kind bei einem alleinerziehenden Elternteil auf.

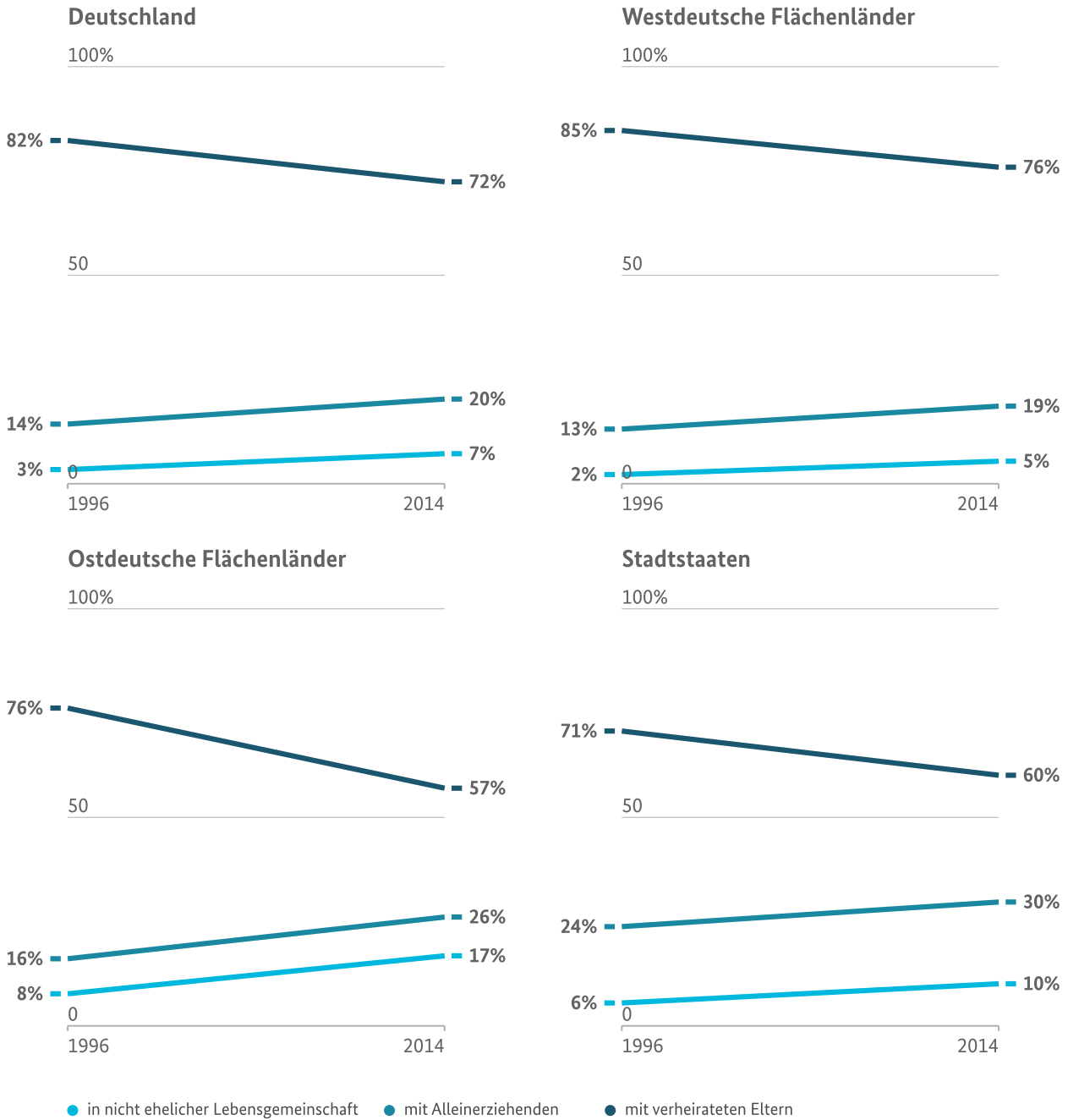
Ziel der Bundesregierung ist es, den Wunsch der Menschen nach Familie und stabilen Beziehungsformen durch gute Rahmenbedingungen zu unterstützen. Beispielsweise ist gerade für junge Familien, unabhängig von der Art ihres Zusammenlebens, das Elterngeld eine Hilfe. In der Familiengründungsphase lastet oft ein großer Druck auf ihnen: durch Ausbildung, Arbeit, Umzug in eine größere Wohnung oder die Erstausrüstung des Kindes. Weitere Entlastungen brachte das für Geburten ab dem 1. Juli 2015 geltende Elterngeld-Plus. Alleinerziehende werden ebenfalls finanziell unterstützt: durch steuerliche Erleichterungen wie den Entlastungsbetrag oder die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses. Die Bundesregierung hat außerdem die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften weiter verbessert.

Abbildung 75: Familien- und Lebensformen 1996 und 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus. Das Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft trat erst 2001 in Kraft, so dass für 1996 ausschließlich gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften berücksichtigt wurden.

Abbildung 76: Anteil der im Haushalt lebenden ledigen Kinder an der jeweiligen Familien- und Lebensform 1996 und 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Eltern sind durchgängig herausgefordert, so z. B. bei der Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher ist neben finanziellen Erleichterungen, wie z. B. dem Kindergeld, und Arbeitszeitflexibilisierung insbesondere auch eine gute **Infrastruktur** wichtig. Die Bundesregierung hat gerade in den letzten Jahren massiv in den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung investiert. Zusätzlich zu den bis 2014 für den Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung gestellten 5,4 Milliarden Euro fördert der Bund den qualitativen und quantitativen **Ausbau der Kindertagesbetreuung seit 2015** dauerhaft mit 845 Millionen Euro pro Jahr. Länder und Kommunen werden ab 2017 und auch in 2018 zusätzlich mit 100 Millionen Euro jährlich bei den Betriebskosten unterstützt. Durch den Wegfall des Betreuungsgeldes sind in 2016 zusätzliche Mittel freigeworden: Rund zwei Milliarden Euro stehen Ländern und Kommunen bis 2018 zur Verfügung, um die Kinderbetreuung weiter zu verbessern.<sup>246</sup>

Bund, Länder und Kommunen haben in den vergangenen Jahren somit erhebliche Anstrengungen unternommen, um ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen zur Betreuung der Kinder unter drei Jahren einzurichten. Während der weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung ein wichtiges Ziel bleibt, ist auch das Bedürfnis der Eltern, genügend Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, im Blick zu halten. Hierzu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Indikator **Familien- und Lebensformen** zeigt, wie sich das Zusammenleben in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre bis heute entwickelt hat. Die Daten basieren auf dem **Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes**. Mit einer Zufallsauswahl werden erst die Gebäude, in denen die Personen wohnen, ausgewählt. Anschließend erfolgt die Befragung der dort lebenden Personen. Um eine repräsentative Stichprobe zu erhalten, muss für alle Mitglieder eines ausgewählten Haushalts Auskunft gegeben werden.<sup>247</sup>

Mit der Erhebung im Jahr 1996 hat das Statistische Bundesamt auf das „Lebensformenkonzept“ umgestellt. Seitdem kommt es nicht mehr ausschließlich auf den familienrechtlichen Status sondern auf die **tatsächliche Form des Zusammenlebens** an. So wird z. B. das Zusammenleben zweier Menschen, in der ein Partner noch verheiratet ist, als nicht eheliche Lebensgemeinschaft gewertet. Zu den Lebensformen zählen Paare (Ehepaare und Lebensgemeinschaften, die mit und ohne ledige Kinder zusammenleben), alleinerziehende Elternteile mit Kindern im Haushalt sowie alleinstehende Personen (ohne Partnerin oder Partner und ohne Kind). Erfasst werden minder- und volljährige Kinder, sofern sie im Haushalt der Eltern bzw. eines Elternteils leben und ledig sind.<sup>248</sup>

**Freunde und Helfer im Leben:** Indikator Hilfe durch andere

Neben dem engeren Familienkreis ist ein stabiles soziales Umfeld von großer Bedeutung für die Lebensqualität. Im Online-Dialog hieß es dazu am 14. September 2015: „Freunde und Bekannte können viele Härten des Lebens abfedern und so zu einem guten Leben wesentlich beitragen.“ Besonders wichtig wird das persönliche Netzwerk, **wenn man Hilfe braucht**. Die Dialogteilnehmer zählten Freunde, Nachbarn oder Verwandte als wichtige Ansprechpartner auf. Sie sind besonders wertvoll, wenn es darum geht, Hilfe außerhalb des engsten Familienkreises zu erhalten.

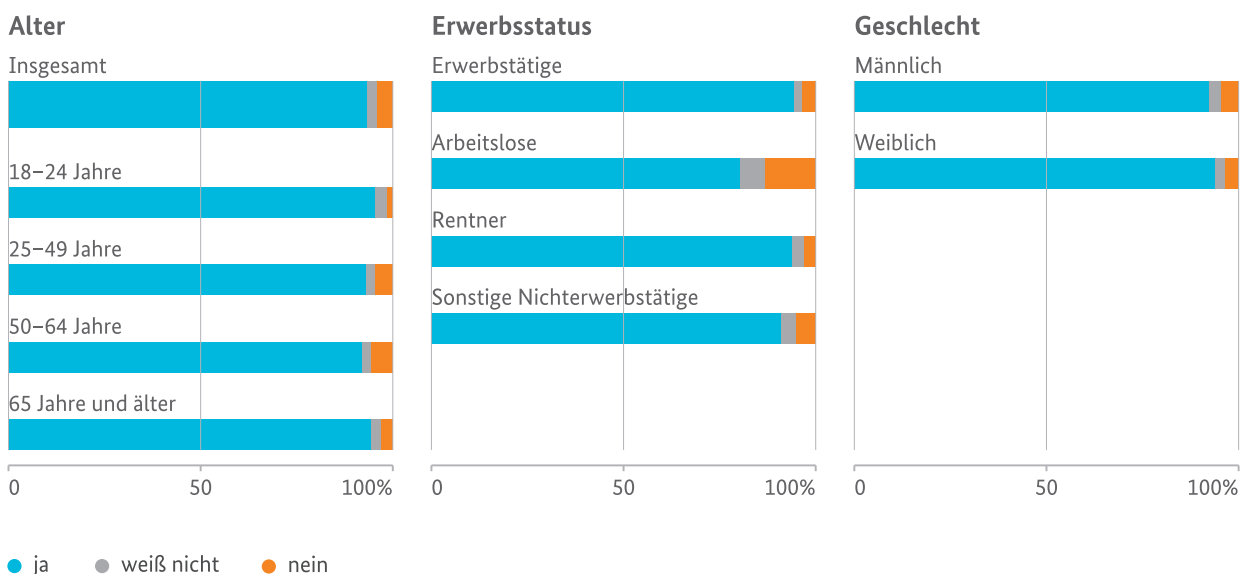
Forschungsergebnisse zeigen: Mit dem Rückgang klassischer Familienstrukturen gewinnen **andere Netzwerke an Bedeutung**.<sup>249</sup> Dies gilt umso mehr, da in Deutschland 18 Millionen Menschen alleinstehend sind und 3,8 Millionen Kinder in Haushalten mit einem alleinerziehenden Elternteil leben. Ein verlässliches Netzwerk wird bspw. da besonders wichtig, wo Großeltern nicht vorhanden sind oder nicht in der Nähe wohnen.

Der Mangel an praktischer Unterstützung wirkt sich ebenso negativ auf die Lebenszufriedenheit aus wie fehlende soziale Kontakte.<sup>250</sup> Im Gegensatz dazu steigt das Wohlbe-

finden derer, die Hilfe bekommen. Und auch diejenigen, die Hilfe leisten, tragen indirekt zu ihrem Wohlbefinden bei. Ob bei der kurzfristigen Betreuung von Kindern, Besorgungen im Alltag, Unterstützung bei Behördengängen oder im Falle gesundheitlicher Einschränkungen: Wer hilft, hat ein gutes Gefühl. Wer Hilfe bekommt, ist dankbar. Sich gegenseitig zu helfen und auf andere verlassen zu können, das macht gute persönliche und soziale Beziehungen aus.

Der Indikator **Hilfe durch andere** gibt Auskunft darüber, ob eine Person **die Möglichkeit hat**, Freunde, Nachbarn oder Verwandte um Hilfe zu bitten. Die soziale Einbindung des Einzelnen wird konkret über **den Anteil der Personen gemessen, die angeben, Hilfe durch andere zu erhalten**. In Deutschland sagen rund 93 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass sie eine konkrete Bezugsperson haben, die sie um Hilfe bitten können, wenn es darauf ankommt (vgl. Abb. 77). Lediglich drei Prozent sind sich nicht ganz sicher und nur vier Prozent haben gar keine Möglichkeit, andere bei Bedarf um Hilfe zu fragen. Die Hilfsbereitschaft liegt in Deutschland damit leicht über dem europäischen Mittelwert.<sup>251</sup>

Abbildung 77: Anteil der Personen, die angeben, Hilfe durch andere erhalten zu können 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt, EU-SILC.

Bei Männern und Frauen sowie in verschiedenen Altersgruppen zeigt sich ein weitgehend übereinstimmendes Bild. Unterschiede gibt es allerdings mit Blick auf den Erwerbsstatus. Für Arbeitslose ist es deutlich schwieriger, Freunde, Nachbarn oder Verwandte zu finden, die ihnen helfen. Dies ist ein wichtiger Hinweis für die Ausgestaltung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Maßnahmen.

Bei den Ergebnissen ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine **subjektive Einschätzung** der Befragten handelt. Es geht nicht darum, ob eine Person in einem bestimmten Zeitraum konkrete Unterstützung in Anspruch genommen hat. Es geht allein um die Möglichkeit, jemanden zu haben, der helfen könnte. Ungeachtet dessen gibt der Indikator einen Hinweis darauf, ob die Bürgerinnen und Bürger über ein verlässliches soziales Netzwerk verfügen. Ein Netzwerk, auf das sie vertrauen können. Sozialstaatliche Strukturen werden auch in Zukunft darauf aufbauen, dass Menschen zuerst in der Familie und im Bekanntenkreis Hilfe erhalten. In einer alternden und mobiler werdenden Gesellschaft können diese Netzwerke schwächer werden. Darauf sollten staatliche Institutionen entsprechend reagieren.

Das **Zusammenleben vor Ort prägen vor allem die Kommunen, Kirchen, Verbände und Vereine**, z. B. mit Bürgertreffpunkten, Selbsthilfestellen sowie Nachbarschaftszentren und Kulturvereinen. Diese häufig ehrenamtlich getragenen Vereine sind wichtige Akteure im Kulturbetrieb, die wesentlich zur kulturellen Vielfalt beitragen. Der Bund unterstützt sie dabei, etwa mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ oder durch die Förderung von

Mehrgenerationenhäusern. Mit dem Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ wurden 2016 zum 25. Mal Kommunen mit herausragendem bürgerschaftlichen Engagement, beispielhaften Ideen und zukunftsweisenden Konzepten ausgezeichnet. Die Bundesregierung fördert mit dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ viele Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus. Und der Förderpreis „Helfende Hand“ zeichnet jährlich Konzepte aus, die das Interesse für ein ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz wecken.

Der Indikator **Hilfe durch andere** misst den Anteil der Personen, die angeben, im Bedarfsfall Hilfe durch andere erhalten zu können. Die konkrete Frage lautet: *Haben Sie die Möglichkeit, einen Verwandten, Freund oder Nachbarn um Hilfe zu bitten?*

In der EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)<sup>252</sup> werden seit 2005 bundesweit Personen in rund 14.000 Haushalten auf freiwilliger Basis befragt. Angaben zum Merkmal Hilfe durch andere wurden für die Jahre 2006, 2013 und 2015 erhoben. Die vorgegebenen Antwortkategorien (Ja, Nein, weiß nicht) sind sehr grob und differenzieren nicht nach materieller oder nicht-materieller Hilfe. Die Aussagekraft ist also noch begrenzt. Daher sollen in der geplanten Stichprobenerweiterung im Mikrozensus für Deutschland künftig zusätzliche Informationen gesammelt und analysiert werden.

## ■ Ehrenamt wichtiger denn je: Indikator Ehrenamtlich Engagierte

„Ehrenamt steht bei mir hoch im Kurs. Ich will in meiner Freizeit auch etwas Sinnvolles für Andere machen.“

aus einer Online-Antwort vom 14. Juli 2015

Für viele Bürgerinnen und Bürger im Dialog hatte das ehrenamtliche Engagement einen sehr hohen Stellenwert. Es zählte zu den am häufigsten genannten Aspekten von Lebensqualität. Ein Großteil der Dialogteilnehmer war bereits freiwillig aktiv oder konnte sich vorstellen, ein Ehrenamt zu übernehmen. Denn dadurch können sie die Gesellschaft aktiv mitgestalten, mit anderen Menschen zusammenkommen und Verantwortung übernehmen. Die Bedeutung ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements hat sich gerade in jüngster Zeit im Umgang mit den nach Deutschland geflüchteten Menschen gezeigt. Viele Bürgerinnen und Bürger haben einfach angepackt – und sind größtenteils bis heute aktiv.

„Viele Menschen würden gern ehrenamtlich arbeiten, haben aber keine Zeit dazu“, so formulierte es ein Teilnehmer im Bürgerdialog des Kurpfälzischen Kammerorchesters Mannheim am 30. Juni 2015 stellvertretend für viele. Diejenigen, die ein Ehrenamt neben dem Beruf ausübten, wünschten sich noch mehr Anerkennung von Politik und Gesellschaft. Schließlich steigere ihr ehrenamtliches oder bürgerschaftliches Engagement nicht nur die eigene Lebensqualität. Im ländlichen Raum beklagten viele Dialogteilnehmer zunehmend Probleme bei der Nachwuchsgewinnung in Vereinen. Vereinzelt wünschten sie sich hauptamtliche Strukturen zur Unterstützung und Koordinierung des Ehrenamtes.

Die Forschung bestätigt: Bürgerschaftliches Engagement bedeutet für die Aktiven ein Mehr an Lebenszufriedenheit.<sup>253</sup> Den Menschen ist es wichtig, nicht nur spontan füreinander da zu sein. Sie übernehmen auch gern und freiwillig feste Aufgaben. Ob in der Kirchengemeinde, im

Hospiz, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Elternbeirat oder als Jugendtrainer im Sportverein – Tag für Tag stärken Menschen, die sich ehrenamtlich oder freiwillig engagieren, die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Auch im Bereich von Kunst und Kultur sind bürgerschaftliche Aktivitäten als Ergänzung des Engagements von Bund, Ländern und Kommunen nicht wegzudenken.

Der Anteil ehrenamtlich engagierter Menschen ist daher ein geeigneter Indikator für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Lebensqualität in Deutschland. 2014 haben sich in Deutschland über 30 Millionen Menschen im Alter über 14 Jahre in ihrer Freizeit freiwillig engagiert. Mit 43,6 Prozent sind dies fast zehn Prozentpunkte mehr als 15 Jahre zuvor – eine positive Entwicklung (vgl. Abb. 78).<sup>254</sup>

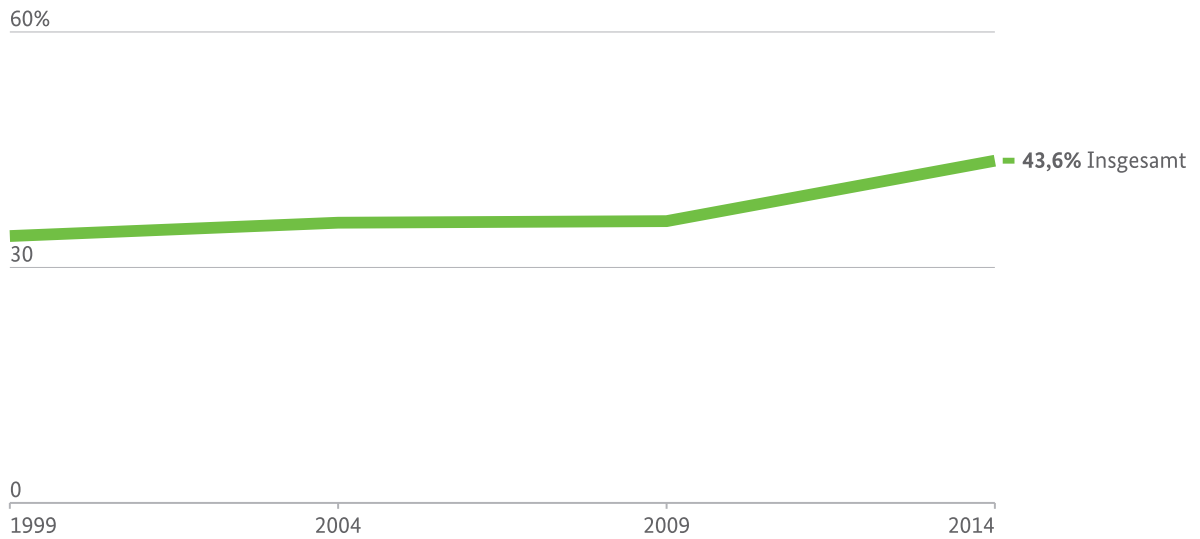
Der Anstieg zeigt sich über alle Altersgruppen. Bemerkenswert ist der Zuwachs bei den Jüngsten, im Alter von 14 bis 29 Jahren, und in der ältesten Altersgruppe, ab 65 Jahre aufwärts. Die Quote des Engagements bei den Älteren liegt dennoch deutlich unter dem Durchschnittswert. Das liegt daran, dass das Engagement von Personen ab einem Alter von 75 Jahren stark zurückgeht.

Eine Angleichung der Engagementquote zwischen den Geschlechtern hat im Lauf der Zeit stattgefunden. Männer (45,7 Prozent) und Frauen (41,5 Prozent) waren 2014 nahezu gleich engagiert. Dabei engagieren sich Männer und Frauen in unterschiedlichen Bereichen. So ist die Engagementquote der Männer im Bereich Sport und Bewegung mit knapp 20 Prozent höher als die der Frauen (rund 13 Prozent), obwohl der Sport auch bei den Frauen an erster Stelle steht. Mit 16,3 Prozent verzeichnet der Bereich Sport und Bewegung den höchsten Anteil von Freiwilligen insgesamt. Männer engagieren sich nach wie vor mehr als Frauen im Bereich der Politik und der politischen Interessenvertretung. Demgegenüber engagieren sich Frauen stärker als Männer in Schule und Kindergarten sowie im kirchlichen und sozialen Bereich.<sup>255</sup> Wie vielfältig das Ehrenamt insgesamt sein kann, zeigt Abbildung 79 – ein beeindruckendes und vielfältiges Spektrum gesellschaftlichen Zusammenhalts.

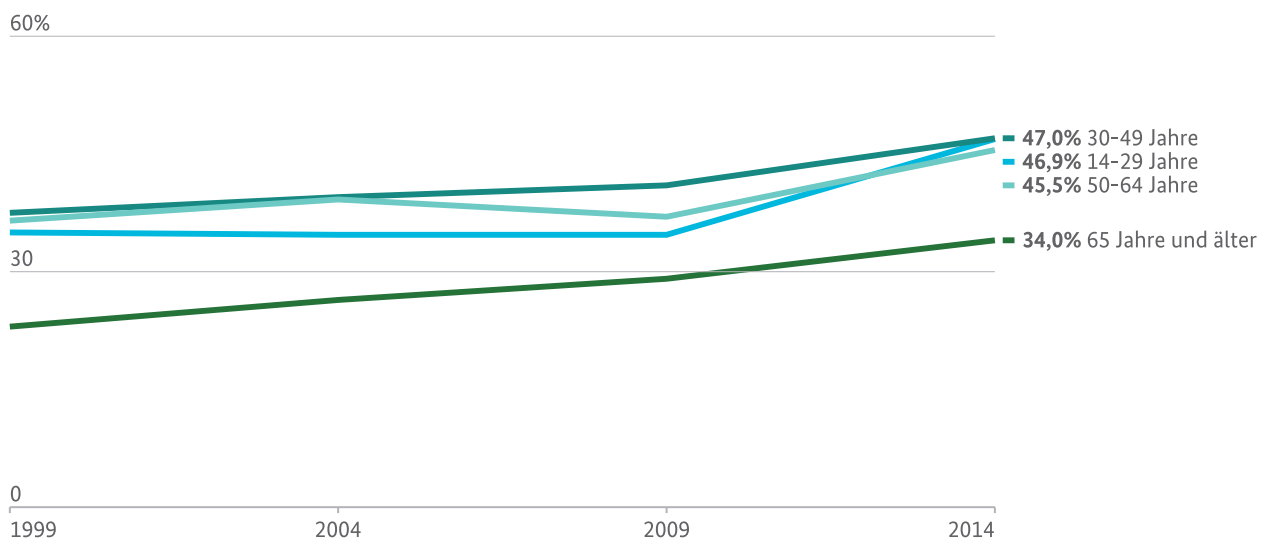


Abbildung 78: Entwicklung des Anteils ehrenamtlich Engagierter insgesamt und nach Altersgruppen

**Insgesamt**



**Nach Altersgruppen**



Quelle: Freiwilligensurveys 1999 bis 2014.

Abbildung 79: Ehrenamtliches Engagement nach Einzelbereichen 2014



Quelle: Freiwilligensurvey 2014.

Dem bürgerschaftlichen Engagement von **Menschen mit Migrationshintergrund** kommt eine besondere Bedeutung zu, da es als Indikator für die gesellschaftliche Integration verstanden werden kann. Engagierte Menschen mit Migrationshintergrund finden leichter einen Platz in der Gesellschaft, nehmen aktiv an der Gesellschaft teil und können anderen helfen, sich zu integrieren. Durch ihren bürgerschaftlichen Einsatz können sie Vorbild und Bindeglied in die Gesellschaft sein und wichtige Hilfestellung im Alltag leisten. Fremde kann so zur Heimat und der Fremde zum Nachbarn werden. Es liegt auf der Hand, wie wichtig dies für Lebensqualität und das Gemeinschaftsgefühl auf allen Seiten ist.

Mit einem Anteil von 31,5 Prozent sind Migranten unter Ehrenamtlichen heute deutlich schwächer vertreten als Bürgerinnen und Bürger ohne Migrationshintergrund (46,8 Prozent) (vgl. Abb. 80). Leider liegen verlässliche Angaben zum Migrationshintergrund erst ab 2014 vor, so

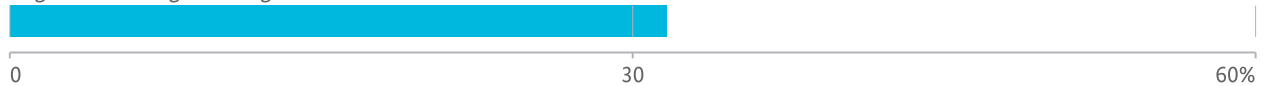
dass Vergleiche zu Vorjahren nicht möglich sind. In Schulen und Kindergärten sowie im kirchlich-religiösen Bereich übernehmen Frauen und Männer mit Migrationshintergrund vergleichsweise häufig ehrenamtliche Aufgaben.<sup>256</sup>

Das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund hängt maßgeblich von zwei Faktoren ab: der Zuwanderungsgeschichte und der Staatsangehörigkeit. Menschen mit Migrationshintergrund bringen sich am aktivsten in die Gesellschaft ein, wenn sie bereits in Deutschland geboren wurden. Bürgerinnen und Bürger, die nicht in Deutschland geboren wurden, vor allem aber Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, sind seltener ehrenamtlich aktiv. Bei Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, liegt der Anteil ehrenamtlich Aktiver mit 43,2 Prozent annähernd so hoch wie bei Menschen ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 80: Ehrenamtlich Engagierte nach Art des Migrationshintergrundes 2014

### Migrationshintergrund Insgesamt

Migrationshintergrund Insgesamt

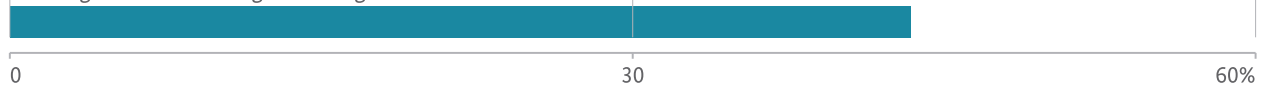


### mit deutscher Staatsangehörigkeit

mit eigener Zuwanderungserfahrung



ohne eigene Zuwanderungserfahrung

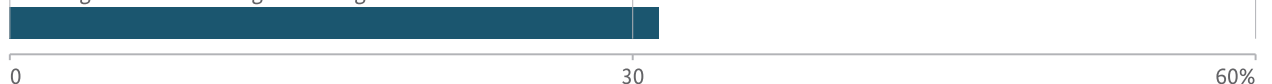


### ohne deutsche Staatsangehörigkeit

mit eigener Zuwanderungserfahrung



ohne eigene Zuwanderungserfahrung



Quelle: Freiwilligensurvey 2014.

Das Interesse von Menschen mit Migrationshintergrund für ehrenamtliches Engagement zu wecken ist eine **gemeinsame Aufgabe** für Bund, Länder und Kommunen. Auch die Verbände und Vereine selbst sind hier gefordert. Migranten selbstorganisationen sind bei der Umsetzung verschiedener Programme zur Engagementförderung bereits wichtige Partner, unter anderem beim Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“. Viele Schulen, Vereine oder Unternehmen unterstützen bereits das freiwillige Engagement in den Kommunen und vor Ort. Darüber hinaus haben Bund und Länder im November 2015 in einer Richtungsentscheidung sichergestellt, dass ein Engagement für Flüchtlinge nicht die Gemeinnützigkeit von Vereinen gefährdet, auch wenn deren Vereinsatzung nicht originär Hilfe für Flüchtlinge beinhaltet.<sup>257</sup>

Bund und Länder unterstützen die insgesamt positive Entwicklung im Ehrenamtsbereich. So wurde die steuerliche Behandlung der Vereine, Spenderinnen und Spender und Ehrenamtlichen verbessert. Über sogenannte Ehrenamtskarten erhalten ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger z. B. ermäßigten Eintritt oder andere Vergünstigungen in vielen öffentlich geförderten Kultureinrichtungen. Ergänzende Maßnahmen der Länder reichen vom Ausbau der notwendigen Infrastruktur bis zur Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen. Der Engagementbericht, den eine unabhängige Expertenkommission im Auftrag der Bundesregierung einmal pro Legislaturperiode erarbeitet, unterstützt mit seinen Handlungsempfehlungen eine nachhaltige Engagementpolitik.<sup>258</sup>

Um die Erfahrung von Stiftungen und bürgerschaftlich engagierten Unternehmen besser zu nutzen und sie aktiv in die Gestaltung der Gesellschaft einzubinden, rief die Bundesregierung die „**Nationale Engagementstrategie**“ ins Leben. Ihr Ziel ist es, freiwillig Engagierte besser anzuerkennen und höher wertzuschätzen. Um den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern ihre Wertschätzung und Anerkennung auszudrücken, verleiht die Bundesregierung eine Vielzahl an Preisen und Auszeichnungen, darunter den Deutschen Engagementpreis als „Preis der Preise“, und fördert die „Woche des Bürgerschaftlichen Engagements“, die seit 2004 jährlich vom Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement (BBE) veranstaltet wird.

Bei der Umsetzung von Programmen zur Stärkung der Engagementinfrastruktur setzt die Bundesregierung zunehmend auf die Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, bspw. im Rahmen des Programms „**Engagierte Stadt**“.

Etwa 100.000 Menschen engagieren sich in den verschiedenen Freiwilligendiensten, darunter im **Bundesfreiwilligendienst** eine (noch vor vier Jahren ungeahnt) große Zahl Lebensälterer. Anderen helfen, Mitmenschen etwas Gutes tun und dabei an Selbstvertrauen und Orientierung gewinnen – das wird vielfach von jungen Menschen als Motivation für ihr Freiwilliges Soziales oder Freiwilliges Ökologisches Jahr genannt. Der Regel-Bundesfreiwilligendienst mit derzeit über 35.600 Freiwilligen im Einsatz<sup>259</sup> bietet die Möglichkeit, sich im Bereich Integration, Sport, Betreuung zu engagieren. Darüber hinaus werden bis Ende 2018 jährlich bis zu 10.000 zusätzliche Bundesfreiwilligendienstplätze mit Flüchtlingsbezug zur Verfügung gestellt, um Asylberechtigten und Asylbewerberinnen und -bewerbern, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt in Deutschland zu erwarten ist, bei der Orientierung und Integration in Deutschland zu unterstützen. Mehr und mehr engagieren sich Freiwillige auch in den internationalen Diensten. Jährlich leisten rund 3.300 junge Menschen zwischen 18 bis 28 Jahren einen Freiwilligendienst in Ländern des globalen Südens mit dem Programm *weltwärts*. Zunehmend leisten auch Freiwillige aus diesen Ländern einen gemeinnützigen Dienst in Deutschland. Im August 2016 waren 3.446 Freiwillige mit Flüchtlingsbezug im Einsatz.

Der Indikator **Ehrenamtlich Engagierte** misst, welche Personen sich in Deutschland mit wie vielen Stunden ehrenamtlich und freiwillig engagieren. Er ist ein etablierter Gradmesser für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und somit für Lebensqualität in Deutschland.

Datengrundlage dafür ist der **Deutsche Freiwilligen-survey (FWS)**, die bundesweit umfangreichste Erhebung und die zentrale Grundlage der Sozialberichterstattung zum freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement in Deutschland. Befragt werden in einer repräsentativen Stichprobe Bürgerinnen und Bürger im Alter ab 14 Jahren. Die Daten zum FWS werden seit 1999 alle fünf Jahre erhoben. Der Stichprobenumfang wurde seit der ersten Erhebung des FWS fast verdoppelt. Er lag 2014 bei 28.690 Frauen und Männern. Im Freiwilligen-survey 2014 wurden neben deutschsprachigen Telefoninterviews auch Befragungen in sechs weiteren Sprachen durchgeführt. Dadurch konnte der Einbezug von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden.

## ■ Sport – Herzstück der deutschen Vereinskultur: Indikator Mitgliedschaften in Sportvereinen

„Sport verbindet viele Menschen, egal woher sie kommen.“ Dieser Satz eines Teilnehmers beim Bürgerdialog des Forums Menschenrechte in Herne am 20. Mai 2015 bringt es auf den Punkt: Sport verbindet alle Generationen und Kulturen. Die Bürgerinnen und Bürger bescheinigten dem Sport, ob in der Gruppe oder allein ausgeübt, eine positive Wirkung auf ihre Lebensqualität.

Viele waren sich bewusst: Regelmäßige Bewegung steigert das individuelle Wohlergehen und ist ein wichtiger Beitrag für ein gesundes Älterwerden. Das belegen auch wissenschaftliche Studien. Im Verein Sport zu treiben, fördert das eigene Wohlbefinden und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Sport schafft nicht nur einen Raum für Gemeinschaft, sondern vermittelt auch Werte wie Fairness und Toleranz. Und Sport ist auch ein erfolgreicher Inklusionstreiber. Denn zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung.

Die Rolle und Bedeutung der (Sport-)Vereine ist im Dialog an ganz unterschiedlichen Stellen zur Sprache gekommen, so z. B. an der Eliteschule des Deutschen Sports in Hamburg und bei den Rollstuhlbasketballern des USC München. Ein Sportler des USC stellte dazu im Bürgerdialog am 3. Oktober 2015 fest: „Inklusionssport steckt in Deutschland noch ziemlich in den Kinderschuhen – aber Sport für Menschen mit Handicap ist umso wichtiger.“

Dies belegen auch regelmäßige Studien zum Vereinssport: Sport fördert die Inklusion, Gesundheit, Integration und Gleichberechtigung.<sup>260</sup> Er spielt für die persönliche und gesellschaftliche Lebensqualität eine besondere Rolle. Wie viele Menschen in Deutschland in Vereinen sportlich aktiv sind, wird über den **Indikator Mitgliedschaften in Sportvereinen** ermittelt. Er misst den Anteil derer, die als Mitglied in mindestens einem Sportverein der 16 Landessportbünde registriert sind. Wie viele Menschen in Deutschland insgesamt Sport treiben, also bspw. in firmeneigenen Laufgruppen organisiert oder im Fitness-Studio aktiv sind, ist jedoch nicht zu ermitteln. Denn es gibt keine Datenerhebung über Freizeitsportler, die keinem Sportverein angehören.

Die Mitgliederentwicklung in den Landessportbünden verläuft seit Jahren relativ konstant. Sie lag zum Stichtag 1. Januar 2015 bei knapp **über 23,7 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in bundesweit über 90.000 Vereinen**. Insgesamt ist etwa ein Drittel der Bevölkerung im Deutschen Olympischen Sportbund organisiert. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland damit sehr gut ab.<sup>261</sup>

Positiv ist aber auch die Entwicklung im Vereinsleben allgemein: In Deutschland gibt es über 600.000 verschiedene Vereine und Verbände. Dazu gehören z. B. Musikvereine, Jugendclubs, Tierschutz- und Kunstvereine sowie Koch- oder Computerclubs. Um gemeinsame Ziele oder Interessen zu verwirklichen, übernehmen viele Menschen dafür oft ehrenamtlich eine Aufgabe im Verein oder sind zumindest Mitglied.

Die deutschen Turn- und Sportvereine gehören zu den mitgliederstärksten und bürgerschaftlich aktivsten Organisationen in Deutschland. Sie prägen das sozio-kulturelle Leben in Städten und Gemeinden. Ein Blick auf die Altersgruppen und regionalen Mitgliedschaften zeigt aber auch: Es gibt noch Potenzial, um neue Mitglieder zu gewinnen.

Besonders erfreulich: Fast zwei Drittel der **Kinder und Jugendlichen** treiben Sport im Verein. Die mit Abstand höchste Mitgliedsquote liegt bei Kindern und Jugendlichen zwischen sieben und 18 Jahren (vgl. Abb. 81). Mit der Volljährigkeit gehen die Mitgliedschaften in Sportvereinen spürbar zurück. Der Beginn einer neuen Lebensphase, also Ausbildung oder Studium, Berufseinstieg und Familiengründung, können Gründe dafür sein. **Ältere Menschen** hingegen sind zwar seltener in Sportvereinen organisiert, besuchen aber oft Kurse der Vereine, insbesondere im Präventionsbereich.<sup>262</sup>

Auffällig sind die Unterschiede der Mitgliedschaften in Sportvereinen. In den ostdeutschen Bundesländern ist weniger als jeder Siebte (15,2 Prozent) Mitglied in einem Sportverein, in den westdeutschen Bundesländern hingegen fast jeder Dritte (31,8 Prozent). Dies hat historische Gründe: In der ehemaligen DDR war ein Großteil der Sporttreibenden in Betriebssportgemeinschaften organisiert, die sich nach der Wende auflösten. Erst sukzessive ist auch in den ostdeutschen Ländern eine Vereinslandschaft entstanden.

**Eine besondere Bedeutung kommt dem Sport bei der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu.** Im Deutschen Behindertensportverband, dem Dachverband für Sportler mit Handicap, sind mittlerweile über 640.000 Mitglieder aktiv. Dazu kommen über 8.000 sportbegeisterte Mitglieder des Deutschen Gehörlosen-Sportverbandes sowie rund 49.000 Mitglieder von Special Olympics Deutschland, dem Sportverband für Menschen mit geistiger Behinderung.

Der Breitensport wird insgesamt durch die Länder gefördert. Den Spitzensport von Menschen mit Behinderung hingegen unterstützt die Bundesregierung nach den gleichen Kriterien wie bei Menschen ohne Behinderung. Darüber hinaus kooperieren viele Spitzenportverbände mit Behindertensportverbänden. So wird Inklusion in Sportvereinen aktiv unterstützt und gefördert.<sup>263</sup>

Einen wichtigen Beitrag leisten die Sportvereine beim Zusammenleben **von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund**. Unterschiede in Kultur und Religion können durch gemeinsamen Sport überwunden, der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Der Kontakt mit anderen baut Vorurteile ab und überwindet soziale Distanzen. Der Sport kann mit niederschweligen Angeboten die gesellschaftliche Integration von Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen fördern. Er bietet einen Rahmen für Begegnungen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Verständigung und gleichberechtigten Teilhabe von Menschen, unabhängig von Herkunft, Nationalität, Religion, Geschlecht, Sexualität, Sprache und Kultur.

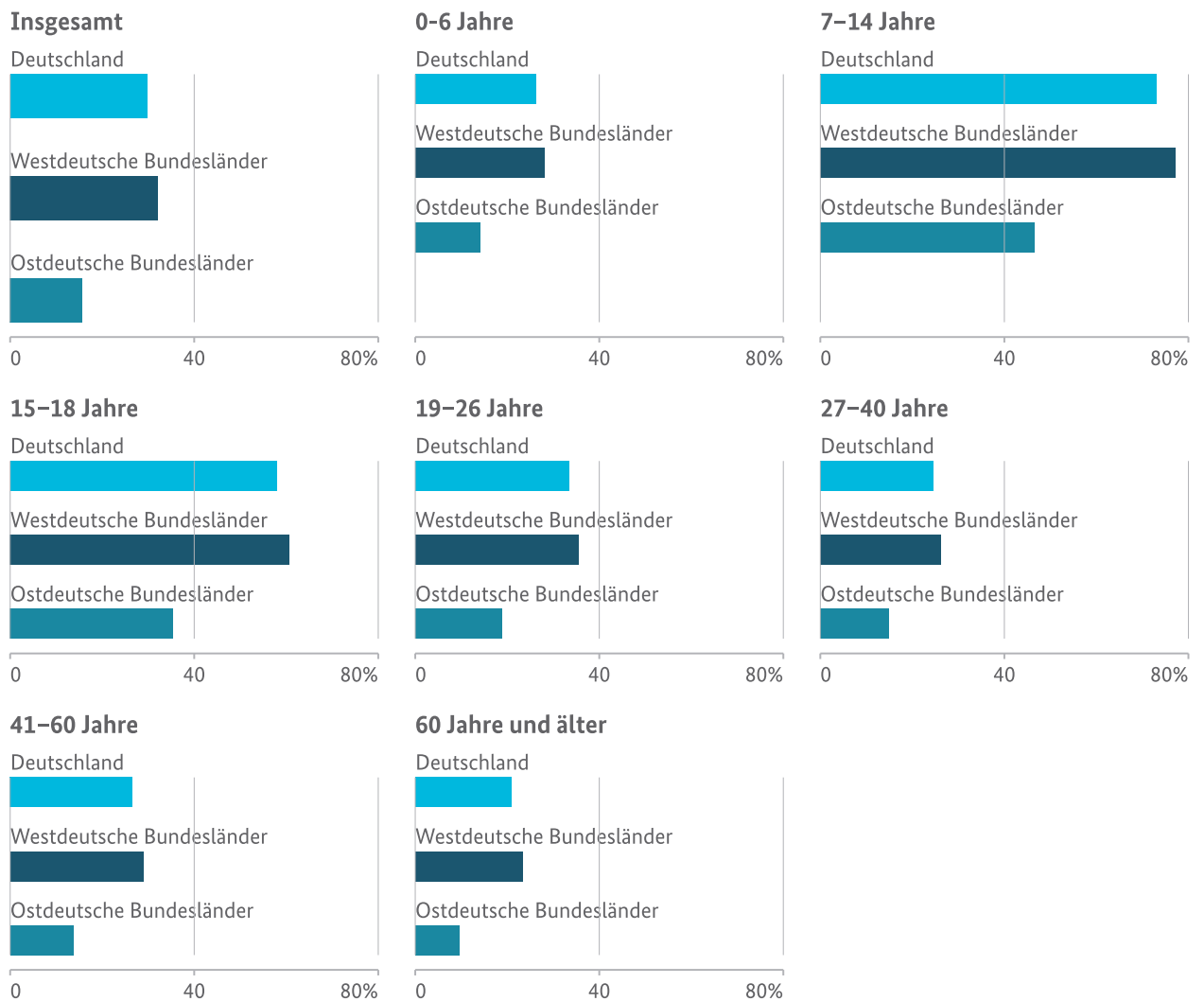
Mit Unterstützung der Bundesregierung führt der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) seit über 25 Jahren das Programm „Integration durch Sport“ durch. Der Etat im Bundeshaushalt 2016 ist auf mehr als elf Millionen Euro verdoppelt worden. Ende Oktober 2015 wurde das Programm geöffnet, so dass nun auch Asylbewerber und Geduldete teilnehmen können – unabhängig von Herkunft und Bleibeperspektive. Das Programm unterstützt rund 750 Stützpunktvereine in Deutschland, in denen fast ein Drittel der Mitglieder einen Migrationshintergrund hat.

Das enorme Potenzial des Sports für eine gelingende Integration in unsere Gesellschaft wird deutlich, wenn man die Neumitglieder im Jahr 2014 betrachtet. Mehr als die Hälfte haben einen Migrationshintergrund. Besonders er-

freulich: Auch bei den weiblichen Neumitgliedern wurden genauso viele Frauen und Mädchen mit und ohne Migrationshintergrund gewonnen. Letztere waren bisher eher weniger vertreten.

Der Indikator **Mitgliedschaften in Sportvereinen** basiert auf einer **Bestandserhebung des DOSB**. Sie wird jährlich durchgeführt und liefert verlässliche Angaben über die Anzahl von Sportvereinen und Vereinsmitgliedschaften. Die Analyse zur Mitgliederstruktur erfolgt bisher nur in Bezug auf Alter, Geschlecht und Organisationsgrad.<sup>264</sup> Bundesweit verlässliche Angaben zum Migrationshintergrund in Sportvereinen liegen daher noch nicht vor. Lediglich der **Sportentwicklungsbericht des Bundes** (SEB) erfasst inzwischen auch den Anteil der Migranten in deutschen Sportvereinen. Er wird seit 2004 alle zwei Jahre im Auftrag des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, des DOSB und der Landessportbünde erhoben. Der SEB 2013/2014 weist einen Anteil von 6,2 Prozent der Mitglieder mit Migrationshintergrund aus. Die Validität dieser Daten ist jedoch nicht eindeutig. Für künftige Erhebungen regt die Bundesregierung daher eine Ausweitung der Datenerhebung zur Verbesserung der Datengrundlage an.

Abbildung 81: Mitglieder in Sportvereinen nach Altersgruppen und Region 2015



Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund, Bestandserhebung 2015. Ausgewiesen wird der Anteil der Mitglieder in den Sportvereinen der Landessportbünde an der jeweiligen Altersgruppe. Stand: 1. Januar 2015.

# Wirtschaft stärken, in die Zukunft investieren



## ■ 9. Wirtschaft stärken, in die Zukunft investieren

„In Deutschland erwirtschaften viele Unternehmen und Freiberufler einen Wohlstand, von dem alle leben. Das ist schön. Das Leben würde noch lebenswerter werden, wenn die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Freiräume größer sind als jetzt.“

aus einer Online-Antwort vom 21. April 2015

Wirtschaft kam im Bürgerdialog weniger stark als andere Themen zur Sprache. Dennoch betonten viele Teilnehmer, wie wichtig eine dynamische Wirtschaft als Basis für eine hohe Lebensqualität ist. Innerhalb der Dimension Wirtschaft wurde am häufigsten über die **Ausgestaltung des Wirtschaftssystems**, über **Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft** und über den **Verbraucherschutz** gesprochen.

Bezogen auf die **Ausgestaltung des Wirtschaftssystems** äußerten sich die Teilnehmer häufig ablehnend gegenüber einer Dominanz von Wirtschaftsinteressen und der Macht von Lobbyisten, einige kritisierten den Kapitalismus allgemein. Auf große Skepsis stieß die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Die **Soziale Marktwirtschaft** wurde von den Bürgerinnen und Bürgern insgesamt positiv mit Lebensqualität assoziiert. Als **Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft** diskutierten die Teilnehmer konkret gute Wettbewerbsbedingungen, Investitionen in Technologie und Forschung, unternehmerische Freiräume für kleine und mittelständische Unternehmen sowie die Förderung innovativer Ideen. Relativ häufig wurde ein **wirksamer Verbraucherschutz** thematisiert, bspw. im Sinne von Lebensmittelsicherheit.

### ■ Neue wirtschaftliche Spielräume schaffen: Indikator reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf

„Wachstum darf nicht verteufelt werden, wir brauchen aber nachhaltiges Wachstum.“

aus dem Bürgerdialog des BMWi  
in Magdeburg am 7. Juli 2015

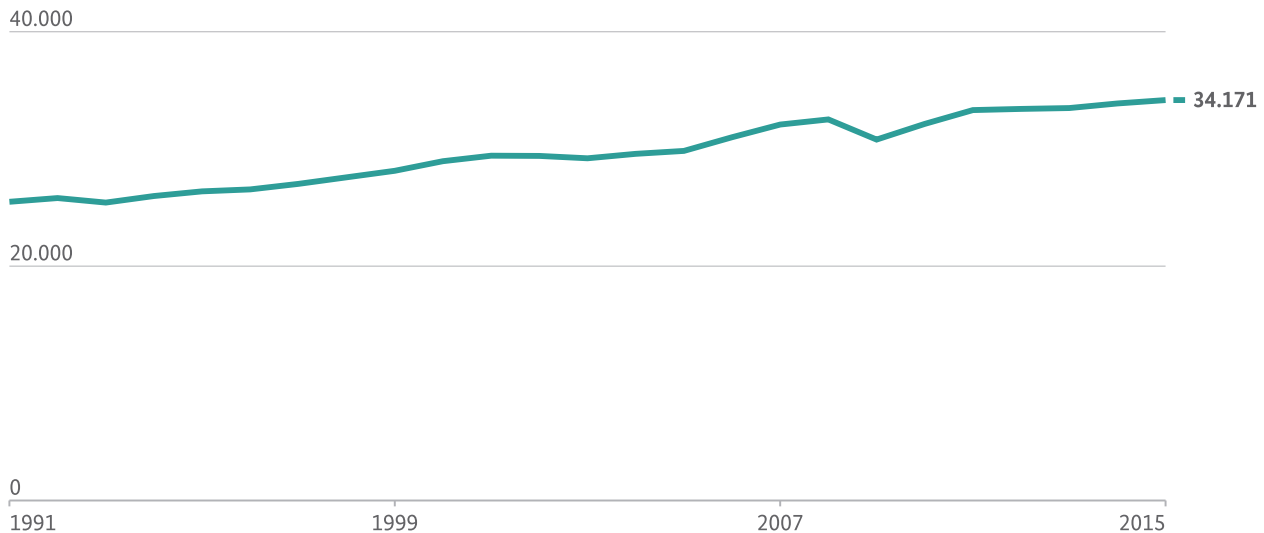
Es besteht Einigkeit in Wissenschaft und Statistik: Das **reale Bruttoinlandsprodukt (BIP)** eignet sich nicht als alleiniger Indikator für den Wohlstand der Gesellschaft.<sup>265</sup> Denn Wohlstand ist mehr als Wirtschaftswachstum. Und das BIP sagt noch nichts darüber aus, wie viele Menschen in welchem Maße vom Wachstum profitieren, wie inklusiv, dauerhaft und umweltgerecht es ist. Es ist dennoch ein zentraler und notwendiger **Indikator für die Wirtschaftskraft eines Landes**. Eine gute Entwicklung des BIP beeinflusst die Lebensqualität vielfältig positiv, z. B. durch ein höheres Wohlstands- und Beschäftigungsniveau, einen stabil finanzierten Sozialstaat mit universellen Leistungen für alle Bürgerinnen und Bürger oder ein gut ausgestattetes Gesundheitssystem.

Das sahen auch die Bürger so. Zugleich diskutierten sie aber auch, dass wirtschaftliches Wachstum – insbesondere ohne gesellschaftlich definierte Leitplanken – schädliche Auswirkungen auf die Lebensqualität haben kann, wie es die Wissenschaft z. B. mit Blick auf den Klimawandel auf globaler Ebene nachweist.<sup>266</sup>

Das BIP misst die Wirtschaftsleistung eines Landes. Zur besseren Vergleichbarkeit zwischen ländlichen und städtischen Regionen und bevölkerungsarmen und -reichen Ländern wird es pro Kopf angegeben. Während das BIP pro Kopf in Deutschland 1991 bei rund 25.500 Euro lag, betrug es 2015 rund 34.200 Euro (vgl. Abb. 82).<sup>267</sup> Dies entspricht einem Anstieg von 34 Prozent über 24 Jahre.

Die Messung des BIPs ist jedoch mit einigen Problemen behaftet. So werden z. B. Kinderbetreuung in der Familie, die häusliche Pflege durch Angehörige und Qualitätssteigerungen bei Produkten im BIP nicht oder nicht vollständig erfasst. Gleiches gilt für negative Auswirkungen von Wirtschaftswachstum, wie bspw. die Belastung der Umwelt durch Industrieproduktion. Problematisch gestaltet sich die Erfassung jener Wertschöpfung, die auf Schwarzarbeit beruht. Auch die Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands innerhalb der Bevölkerung misst das BIP pro Kopf nicht. In den Wirtschaftswissenschaften wird zudem neu die Frage diskutiert, inwiefern der durch kostenlose Internetleistungen generierte Wohlstand im BIP unterschätzt wird.<sup>268</sup> Es sollte daher durch andere Indikatoren ergänzt werden, bleibt aber eine entscheidende Größe für die Wirtschaftspolitik und ein guter Indikator für den materiellen Wohlstand einer Volkswirtschaft.

Abbildung 82: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf in Euro (preisbereinigt)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2016, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.4.

Die Entwicklung verlief **regional sehr unterschiedlich**. In den ostdeutschen Ländern ist es zu einem erheblichen Aufholprozess gekommen, insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre: Lag das BIP je Einwohner dort 1991 noch bei einem Niveau von 43,3 Prozent der westdeutschen Länder, erreichte es 2015 ein Niveau von 72,4 Prozent der westdeutschen Länder.<sup>269</sup> Wenngleich der Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse im Westen und Osten Deutschlands noch andauert, ist der Aufbau Ost eine deutliche Erfolgsgeschichte.<sup>270</sup>

Im **internationalen Vergleich** weist Deutschland ein relativ hohes BIP pro Kopf aus. So belegte die Bundesrepublik 2015 beim BIP pro Kopf Rang 15 von rund 180 Ländern.<sup>271</sup> Im Vergleich der EU-Mitgliedsstaaten weisen z. B. die Niederlande und Österreich ein etwas höheres BIP pro Kopf auf. Insbesondere in den Jahren zwischen 1994 bis 2001 sowie 2004 bis 2008 konnte Deutschland ein sehr robustes Wirtschaftswachstum verzeichnen. Infolge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise brach es 2009 real um 5,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ein. Allerdings konnte sich Deutschland relativ schnell erholen. So hatte das BIP pro Kopf bereits 2011 das Vorkrisenniveau erreicht. In einigen europäischen Ländern, wie z. B. Schweden und Österreich, war eine ähnlich positive Entwicklung des BIP zu beobachten.<sup>272</sup> Andere Volkswirt-

schaften brauchten deutlich länger, um sich von der Krise zu erholen oder hatten das Vorkrisenniveau bis Ende 2015 noch nicht erreicht, wie z. B. Italien und Spanien.<sup>273</sup>

Die Bundesregierung prognostiziert dreimal jährlich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung für Deutschland. Kernstück ist eine Projektion zur Entwicklung des BIP. Darauf aufbauend schätzt die Bundesregierung das Steueraufkommen und stellt den Bundeshaushalt auf.

Der Indikator **reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf** misst den inflationsbereinigten Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen), die in einer Volkswirtschaft pro Kopf produziert werden. Es ist ein international anerkanntes Maß für die Wirtschaftsleistung eines Landes. Seine prozentuale Veränderung wird als Wirtschaftswachstum bezeichnet. Hier wird der Indikator in Preisen von 2010 dargestellt.<sup>274</sup>

■ **Investieren in eine gute Zukunft:** Indikator Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen/BIP)

„Wohlstand muss man sich erarbeiten, daher sollte stets gelten erst zu investieren und dann umzuverteilen, denn ansonsten ist unser heute reiches Land morgen arm.“

aus einer Online-Antwort vom 12. Juni 2016

Die **Zukunftsfähigkeit** einer Volkswirtschaft lebt von Investitionen. Öffentliche Investitionen erhalten und schaffen neue Mobilitätsnetze, Infrastrukturen der Daseinsvorsorge und Gemeingüter. Durch private Investitionen, welche an den Gesamtinvestitionen einen Anteil von rund 90 Prozent einnehmen, entwickeln Unternehmen neue Produkte, führen bessere Produktionsprozesse ein oder erschließen neue Märkte. Eine rege Investitionstätigkeit sowohl öffentlich<sup>275</sup> als auch privat<sup>276</sup> ist wesentlich für die Steigerung der Produktivität eines Landes. Das schafft die Basis für eine hohe Lebensqualität. Die Dialogteilnehmer diskutierten vor allem über öffentliche Investitionen, bspw. in den Ausbau oder die Sanierung von Verkehrswegen, Schienennetzen und digitaler Infrastruktur.

Die **Investitionsquote** ist ein wichtiger Indikator insbesondere mit Blick auf die zukünftige Lebensqualität. Sie gibt an, wie viel Prozent der Wirtschaftsleistung in private und öffentliche Investitionen fließt. Zwischen 1991 und 2005 ist die Bruttoanlageinvestitionsquote in Deutschland von rund 25 auf rund 20 Prozent gesunken. Dabei ist zu beachten, dass in den 1990er Jahren infolge der deutschen Einheit zunächst viel investiert wurde. Seit 2002 hat sie sich auf einem Niveau von rund 20 Prozent stabilisiert (vgl. Abb. 83).

Im **Vergleich mit anderen Industrieländern** befindet sich Deutschland mit einer Gesamtinvestitionsquote von rund 20 Prozent im Mittelfeld. 2015 wurde z. B. in Frankreich und Schweden mehr, in Italien und Großbritannien deutlich weniger investiert. Im Vergleich lag Deutschland mit 19,9 Prozent über dem EU-Durchschnitt von 19,6 Prozent.<sup>277</sup>

Ein genaueres Bild bietet die getrennte Betrachtung der **staatlichen und privaten Investitionen** (vgl. Abb. 84). Auffällig ist hier das unterschiedliche Investitionsverhalten infolge der globalen Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Wäh-

rend die privaten Investitionen zwischenzeitlich drastisch einbrachen, investierte der Staat mehr, um die Konjunktur zu stärken (sogenannte antizyklische Investitionen).

Einige Wirtschaftswissenschaftler mahnen, dass Deutschland besonders bei den öffentlichen Investitionen im internationalen Vergleich hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibe.<sup>278</sup> Die zum Erhalt und zur Modernisierung der hochwertigen Infrastruktur notwendigen Investitionen, so die Kritik, würden nicht mobilisiert. Ein internationaler Vergleich staatlicher Investitionsquoten ist allerdings problematisch. So könnte die staatliche Investitionsquote in anderen Ländern höher sein, da der Staat mehr Aufgaben übernimmt, die in Deutschland privatwirtschaftlich organisiert sind.

Die Bundesregierung hat reagiert. Sie verfolgt einen umfassenden Ansatz zur Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen und hat in dieser Legislaturperiode zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Zukunfts- und wachstumsorientierte Investitionsausgaben des Bundes steigen von 31,5 Milliarden Euro (2016) auf 33,3 Milliarden Euro (2017) weiter an.

Die **kommunalen Investitionen**, die traditionell den größten Anteil an den öffentlichen Investitionen ausmachen, haben sich insgesamt in den letzten 15 Jahren nicht zufriedenstellend entwickelt. Die Ursache liegt auch in der anhaltenden Investitionsschwäche der finanzschwachen Kommunen. Auch deshalb unternimmt die Bundesregierung große Anstrengungen zur finanziellen Entlastung der Kommunen. Um der Gefahr einer weiteren Verfestigung der Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen strukturstarken und strukturschwachen Kommunen und Regionen entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung 2015 das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz verabschiedet. Über einen mit 3,5 Milliarden Euro ausgestatteten Fonds gewährt der Bund bis 2018 Finanzhilfen an die Länder (eine Verlängerung ist bis 2020 vorgesehen). Hierdurch sollen vor allem finanzschwachen Kommunen neue Investitionsspielräume in den Bereichen technischer und sozialer Infrastruktur eröffnet werden – mit Fördersätzen von bis zu 90 Prozent. Die 3,5 Milliarden Euro sind Teil einer massiven Entlastung der Länder und Kommunen durch den Bund in dieser Legislaturperiode. Im Zeitraum 2014 bis 2017 summiert sich diese Entlastung auf mehr als 65 Milliarden Euro.<sup>279</sup> Hieraus ergeben sich zusätzliche Spielräume für Investitionen.

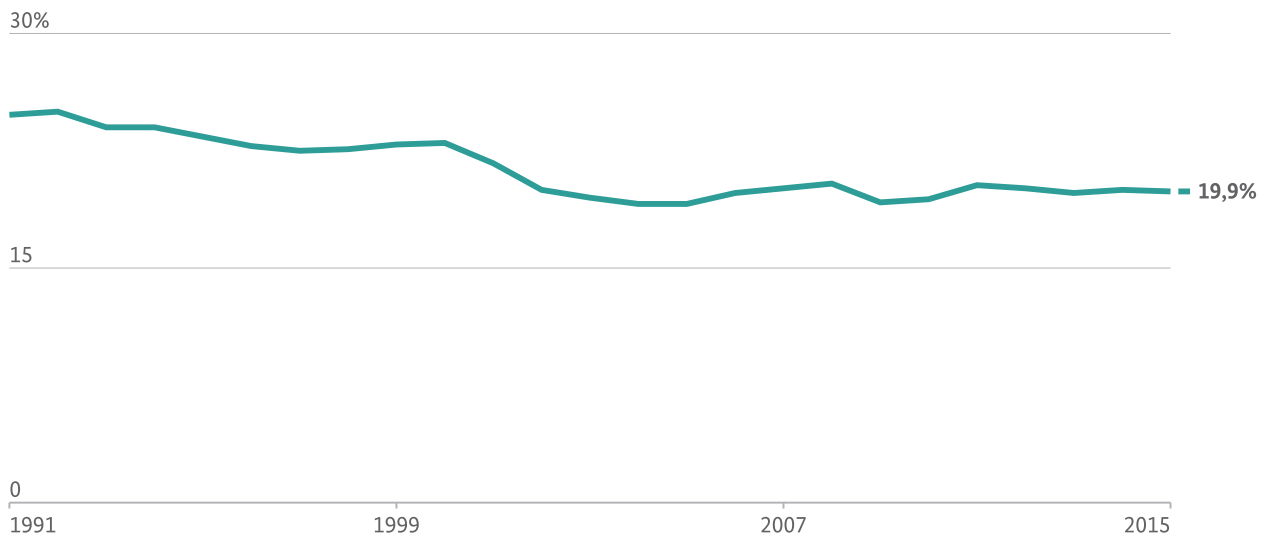
Außerdem unterstützt die Bundesregierung private Investitionen durch steuerliche Förderung, Förderzuschüsse und Kredite der KfW Bankengruppe (z. B. für Gebäudesanierung oder für den altersgerechten Umbau von Wohngebäuden). Der Staat investiert gezielt in den Ausbau des schnellen Internets, in Elektromobilität, die Erzeugung erneuerbarer Energie und in moderne Energienetze.

Der Bundesverkehrswegeplan 2030 sieht Investitionen in Höhe von insgesamt 269,6 Milliarden Euro vor. Mehr als zwei Drittel dieser Gelder sollen gezielt in die Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Infrastruktur investiert werden. Darüber hinaus sollen mehr als 1.000 Aus- und Neubauprojekte in den Bereichen Schiene, Straße und Wasserstraße umgesetzt werden. 132,8 Milliarden Euro sol-

len in die Modernisierung des Straßennetzes, 112,3 Milliarden Euro in die Schienenwege und 24,5 Milliarden Euro in die Wasserstraßen fließen. Für den Fernverkehr besteht ein übergreifendes Ziel darin, einen „Deutschland-Takt“ zu ermöglichen, d.h. kürzere Reisezeiten durch schnelle Verbindungen und optimale Anschlüsse in zahlreichen Bahnhöfen sowie ein leicht merkbarer Fahrplan mit mindestens stündlich verkehrenden Zügen.

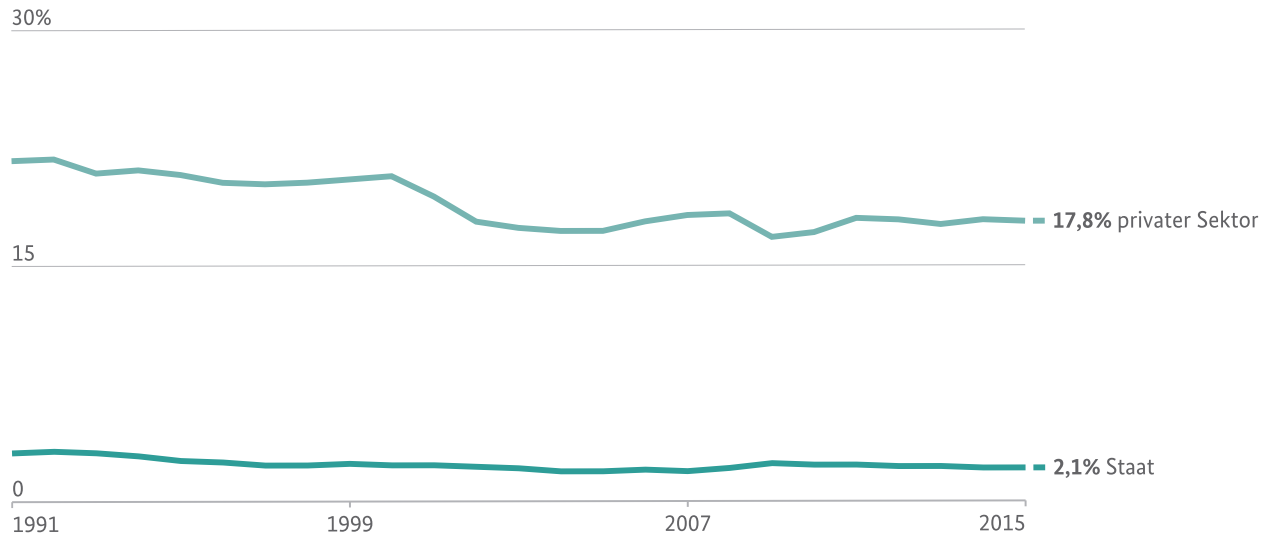
Auch der soziale Wohnungsbau wird in den nächsten Jahren massiv erweitert und die staatlichen Fördermittel für Forschung und Entwicklung werden weiter erhöht (vgl. Indikator *Ausgaben für Forschung und Entwicklung* in dieser Dimension).

Abbildung 83: Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt 2016, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.4.

Abbildung 84: Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP nach staatlichem und privatem Sektor



Quelle: Statistisches Bundesamt 2016, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.4.

Der Indikator **Investitionsquote** misst, wie viel Prozent der Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft investiert werden. Dazu werden die sogenannten Bruttoanlageinvestitionen ins Verhältnis zum BIP gesetzt. Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen den Wert der jährlichen staatlichen und privaten Investitionen in Anlagen, die länger als ein Jahr im Produktionsprozess eingesetzt werden sollen. Sie beinhalten Gebäude, Infrastruktur, Ausrüstung (Maschinen oder Fahrzeuge) und sonstige Anlagen (größtenteils Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken). Um zu beurteilen, ob ein Land viel oder wenig investiert, werden oft internationale Vergleiche herangezogen. Diese sind mit Problemen behaftet, z. B. wenn sich Länder wirtschaftlich oder demografisch sehr unterschiedlich entwickeln. Bei der differenzierten Betrachtung der staatlichen und privaten Investitionen ist es im internationalen Vergleich wichtig zu beachten, welche Investitionen (z. B. ins Schienennetz) in den jeweiligen Ländern aufgrund der Besitzverhältnisse der Staat und welche die Wirtschaft tätigen.

■ **Solide Haushalten, handlungsfähig bleiben:**  
Indikator Gesamtstaatliche Schuldenstandsquote (Bruttoschulden/BIP)

„Uns ist eine starke Wirtschaft, gesicherte Finanzen und Arbeitsplätze sowie eine gesicherte Rente wichtig.“

aus einer Online-Antwort vom 15. Juli 2015

Ein hoher Lebensstandard ist auf längere Sicht nur möglich, wenn er auf soliden Finanzen beruht. Das kam im Dialog deutlich zur Sprache: Generationengerechtigkeit, zukünftige Finanzierbarkeit des Sozialstaats und manchmal auch eine geringe Schuldenlast im Staatshaushalt war den Bürgerinnen und Bürgern wichtig. Das Geld, das wir heute ausgeben, muss klug investiert und solide finanziert werden – das war den Menschen bewusst. Als Gradmesser für diese sogenannte fiskalische Nachhaltigkeit kann die Entwicklung der **Schuldenstandsquote** betrachtet werden. Sie setzt die Schulden des Staates ins Verhältnis zum BIP.

Der **Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU** verpflichtet die Mitgliedstaaten, ihre Verschuldung auf 60 Prozent der Wirtschaftsleistung zu begrenzen.<sup>280</sup> Die Schuldenstandsquote stabilisierte sich in Deutschland nach einem Anstieg in den Jahren nach der Wiedervereinigung zwar unter dieser Grenze. Seit 2003 liegt die deutsche Staatsverschuldung jedoch darüber. Von 2005 bis 2007 konnte die Schuldenstandsquote durch höhere Steuereinnahmen und, im Zuge hoher Beschäftigung, sinkende Sozialausgaben sowie durch Einsparungen reduziert werden. In den Jahren 2009 und 2010 ist die Schuldenstandsquote dann in Folge der Maßnahmen in Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und der europäischen Staatsschuldenkrise deutlich angestiegen. Der Höchststand wurde 2010 mit 81 Prozent erreicht. Seit 2012 konnte sie dank guter Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung, historisch niedriger Zinsen im Euroraum und günstiger Finanzierungsbedingungen des Staates sowie des wachstumsorientierten Konsolidierungskurses der Bundesregierung kontinuierlich gesenkt werden – auf rund 71 Prozent im Jahr 2015 (vgl. Abb. 85).

Im **internationalen Vergleich** steht Deutschland mit dieser Entwicklung relativ gut da. Beispielsweise betrug die Schuldenstandsquote Großbritanniens 2015 rund 89 Pro-

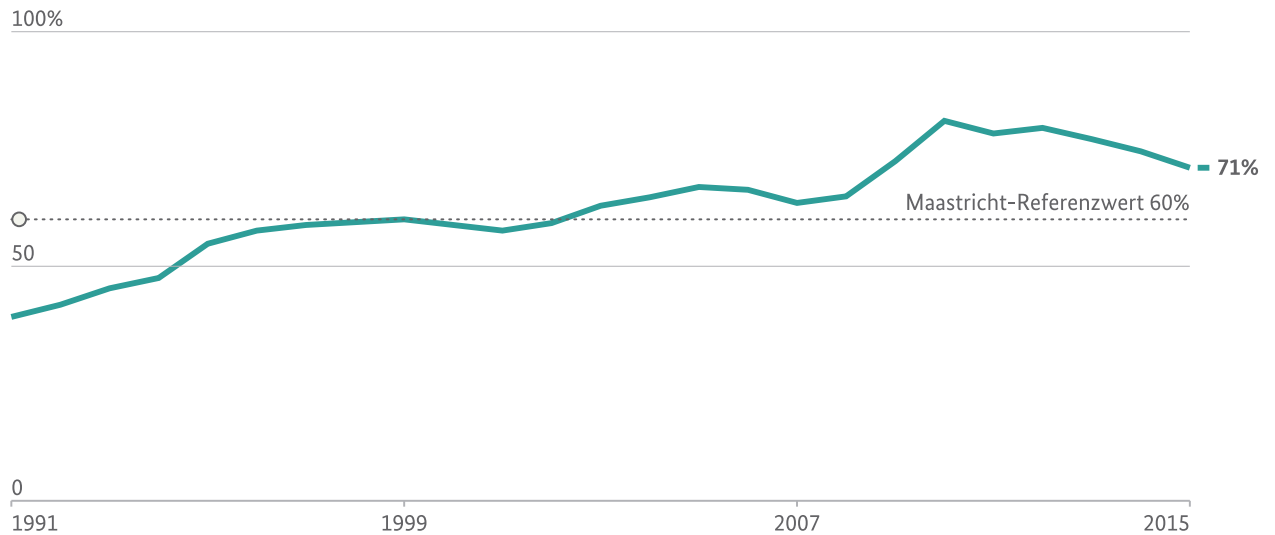
zent, die Frankreichs 96 Prozent und die der USA 106 Prozent. Die höchste Schuldenstandsquote weltweit hatte Japan mit 246 Prozent.<sup>281</sup>

Die Tragfähigkeitsberichte des BMF<sup>282</sup> zeigen, wie sich das Verhältnis zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben entwickeln müsste, um einen Anstieg der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote auch langfristig zu vermeiden. Die Tragfähigkeitslücke liegt je nach Annahme zur demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung zwischen 1,2 und 3,8 Prozent des BIP, d.h. langfristig müssten die öffentlichen Einnahmen in diesem Umfang angehoben bzw. die öffentlichen Ausgaben reduziert werden.

Die Bundesregierung geht seit 2009 einen Schritt weiter als der EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt, indem sie die Neuverschuldung durch die im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ begrenzt.<sup>283</sup> Diese schränkt die Aufnahme neuer Schulden zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten stark ein.

Der deutsche Staat hat Jahrzehnte lang mehr ausgegeben als eingenommen. 2014 hat der Bund **zum ersten Mal seit fast 50 Jahren einen Haushalt ohne neue Schulden** abgeschlossen. 2015 wurde im Staatshaushalt insgesamt (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) sogar ein leichter Haushaltsüberschuss von 0,7 Prozent des BIP erzielt. Auch für das Jahr 2016 hält die Bundesregierung an der „Schwarzen Null“ fest. Insgesamt ist Deutschland damit auf einem guten Weg, die Schuldenstandsquote, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, bis Ende des Jahres 2022 auf weniger als 60 Prozent des BIP zu senken. Trotz dieser Erfolge steht die deutsche Finanzpolitik vor umfangreichen Herausforderungen: Die Alterung der Bevölkerung ist für die sozialen Sicherungssysteme eine Herausforderung. Darüber hinaus stehen Bund, Länder und Kommunen vor der Aufgabe, Hunderttausende Flüchtlinge zu integrieren.

Abbildung 85: Entwicklung der Schuldenstandsquote



Quelle: Bundesbank (2016). Verschuldungen gemäß Maastricht-Vertrag – Deutschland – Gesamtstaat in % des BIP. Vorläufige Werte für 2014 und 2015. Stand 19.09.2016.

Der Indikator **Gesamtstaatliche Schuldenstandsquote** setzt die Brutto-Schulden von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen ins Verhältnis zum BIP. „Brutto“ bedeutet, dass allein die Schulden, nicht aber die Vermögenswerte des Staates berücksichtigt werden.

Ebenfalls nicht erfasst werden sogenannte implizite Schulden, d. h. zukünftige staatliche Zahlungsverpflichtungen wie bspw. Renten- und Pensionszahlungen. Die Summe aus expliziten und impliziten Schulden wird als „Nachhaltigkeitslücke“ bezeichnet.

**Innovation und Erfindergeist fördern:**  
 Indikator Öffentliche und private Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Verhältnis zum BIP

„Wir haben einen hohen Lebensstandard, weil viele Menschen gute Ideen haben und Patente entwickeln, auf deren Grundlage wir Exportweltmeister geworden sind.“

aus einer Online-Antwort vom 16. August 2015

„In Deutschland haben wir eine fehlende Innovationskultur. Auch weil es Ängste vor Verlust gibt und große Ängste zu scheitern. Es gibt kein Recht zu scheitern. Das ist eine andere Kultur als in den USA, wir erhalten keine zweite Chance.“

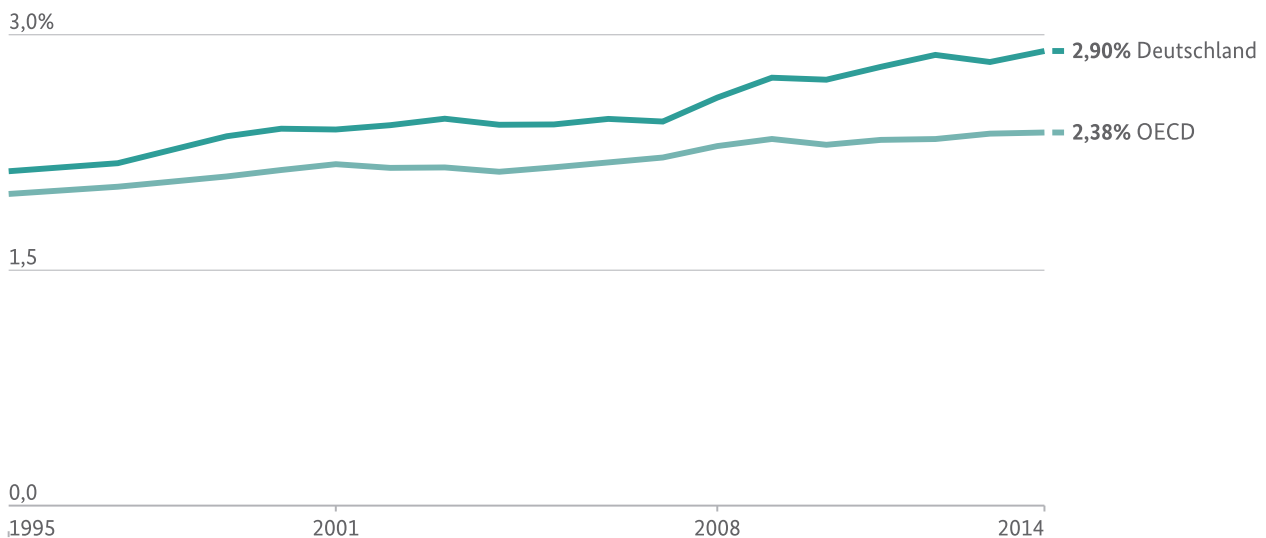
aus dem Bürgerdialog des Wirtschaftsrats der CDU in Dresden am 22. September 2015

Unterschiedlicher könnte die Einschätzung der Innovationskultur in Deutschland nicht sein. Wie sieht die Situation tatsächlich aus?

Wirtschaftswissenschaftler sind sich einig: Investitionen in Forschung und Entwicklung erhöhen die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften und schaffen damit Wachstum.<sup>284</sup> Wie wichtig es ist, Zukunftsthemen zu erkennen und innovative Ideen umzusetzen, war auch den Teilnehmern des Bürgerdialogs bewusst. Besonders in den Bereichen Gesundheit und Umwelt betonten die Menschen die große Bedeutung der Forschung.

Ein wichtiger, etablierter und international vergleichbarer Indikator für die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft sind die **Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in Relation zum BIP**. Diese sind von 1995 bis 2014 von 2,2 auf 2,9 Prozent gestiegen (vgl. Abb. 86). 2014 wurden in Deutschland gut 84 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben, 44 Milliarden Euro mehr als zwanzig Jahre zuvor. Damit hat Deutschland das in der Europa-2020-Strategie der EU vereinbarte Ziel von drei Prozent des BIP für FuE auszugeben nahezu erreicht. Der Großteil dieser Investitionen in FuE kam aus der Wirtschaft (68 Prozent). Die restlichen 32 Prozent wurden von Bund und Ländern aufgebracht.

Abbildung 86: Entwicklung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stifterverband-Wissenschaftsstatistik.



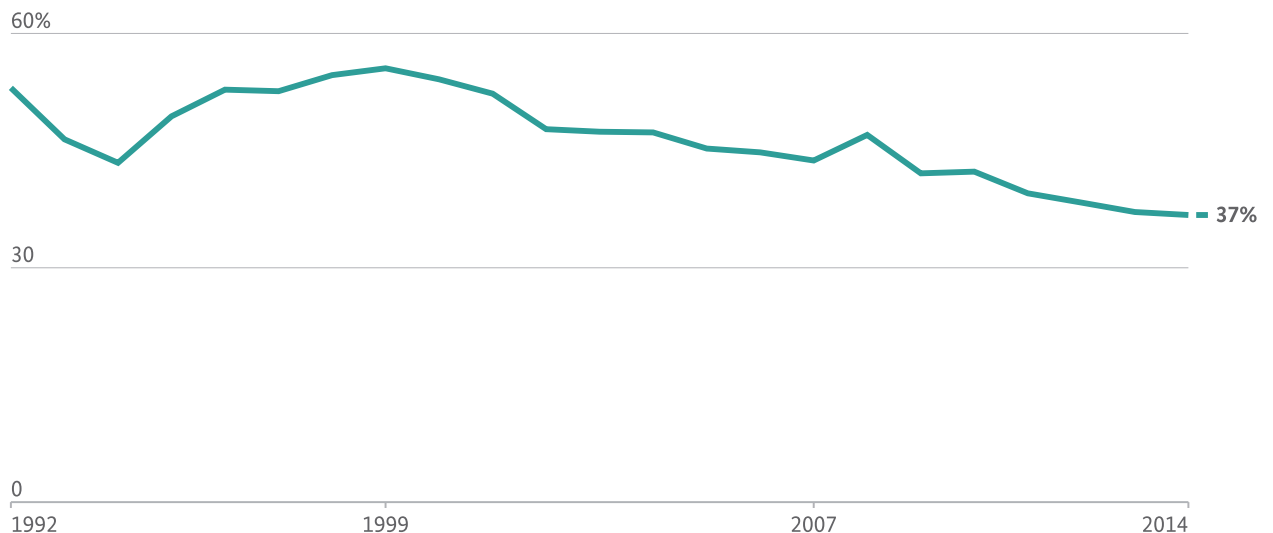
Der Blick auf die **EU-Mitgliedsstaaten** zeigt, wie gut Deutschland bei den Gesamtausgaben für FuE dasteht. 2014 lag die Bundesrepublik hier auf Rang fünf. Lediglich Finnland (3,17 Prozent), Schweden (3,16 Prozent), Dänemark (3,05 Prozent) und Österreich (2,99 Prozent) haben 2014 einen höheren Anteil des BIP in FuE investiert.<sup>285</sup> Allerdings sind im globalen Vergleich die zum Teil erheblich höheren Quoten anderer entwickelter Volkswirtschaften wie Südkorea mit 4,3 Prozent zu beachten.<sup>286</sup>

Auf Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie das Wachstum wirken sich FuE-Ausgaben erst dann aus, wenn innovative Ideen auch konkret umgesetzt werden. Hier fällt die Bilanz in Deutschland gemischt aus: Einerseits ist die sogenannte „**Innovatorenquote**“, also der Anteil der Unternehmen, die in den vorangegangenen drei Jahren Produkt- oder Prozessinnovationen eingeführt haben, im Zeitraum 1992 bis 2014 relativ stark gesunken (vgl. Abb. 87).<sup>287</sup> Andererseits gehören die deutschen Unternehmen im europäischen Vergleich immer noch zu den **innovativsten**. Beispielsweise belegte Deutschland im Zeitraum 2010 bis 2012 Rang eins in der EU hinsichtlich des Anteils innovativer Unternehmen an allen Unternehmen.<sup>288</sup>

Wissens- und forschungsintensive Industrien bieten auf Grund hoher Produktivität oft gut bezahlte Arbeitsplätze mit guten Entwicklungsmöglichkeiten. In Deutschland gibt es viele sogenannte „Hidden Champions“, d.h. mittelständische Unternehmen, die zu den Weltmarktführern in ihren Nischenmärkten gehören.<sup>289</sup> Etwa zehn Prozent der deutschen Beschäftigten sind in den wissensintensiven Industrien tätig. Unterschiede zwischen städtischen (10,7 Prozent) und ländlichen (9,5 Prozent) Räumen fallen dabei nur gering aus.<sup>290</sup>

Hier setzt bspw. die Hightech-Strategie der Bundesregierung an, die die Umsetzung von guten Ideen in neue Produkte und Dienstleistungen fördert. Der Schwerpunkt liegt auf besonders zukunftssträchtigen Bereichen, wie z. B. Automatisierungstechnik, IT-Sicherheit, neue Energiespeicher, intelligente Mobilität oder moderne Medizintechnik. Die Förderung für kleine und mittelgroße Unternehmen wird bspw. bis 2017 auf rund 320 Millionen Euro pro Jahr erhöht.

Abbildung 87: Entwicklung der Innovatorenquote



Quelle: Mannheimer Innovationspanel 2015, ZEW. Mit der Einführung des Unternehmensregisters hat sich seit 2006 die Grundgesamtheit für die Stichprobenziehung der Unternehmen geändert.

Deutschland fördert das automatisierte und vernetzte Fahren (AVF). 2015 hat die Bundesregierung die weltweit erste umfassende Strategie zum AVF beschlossen. AVF wird Komfort und Verkehrssicherheit erhöhen. Damit kann die Zahl der Unfälle mit Personenschäden dauerhaft sinken. Ältere Menschen können länger mobil bleiben und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung wird verbessert. Auch positive Effekte für Verkehrsfluss und Verkehrseffizienz sind zu erwarten und Emissionen können reduziert werden. Auf der A9 in Bayern ist das „digitale Testfeld Autobahn“ errichtet worden. Dort können innovative Technologien für mehr Sicherheit und Komfort im Realbetrieb getestet werden. Die Entwicklung „digitaler Testfelder“ wird insbesondere in Braunschweig, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Ingolstadt und München gefördert.

Mit den großen Wissenschaftspakten „Exzellenzinitiative“, „Pakt für Forschung und Innovation“ und „Hochschulpakt“ haben Bund und Länder Wissenschaft und Forschung in

den letzten Jahren massiv gestärkt. Die Bundesmittel für FuE wurden trotz der Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung (vgl. Indikator *Schuldenstandsquote* in dieser Dimension) von 2005 bis 2016 um insgesamt 75 Prozent auf rund 15,8 Milliarden Euro erhöht. All dies unterstreicht die Bemühungen, die starken Grundlagen für die zukünftige Lebensqualität zu erhalten und auszubauen.

Der Indikator **Öffentliche und private Ausgaben für Forschung und Entwicklung** beschreibt das prozentuale Verhältnis der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) zum BIP und umfasst die von Staat und Wirtschaft in FuE investierten Mittel.

### ■ Gründerkultur verbessern: Indikator Zeitdauer für eine Unternehmensgründung

„Unternehmer wollen stärker eigenverantwortlich agieren, statt entmündigt zu werden.“

aus dem Bürgerdialog des Deutschen Industrie- und Handelskammertages in Berlin am 9. Juli 2015

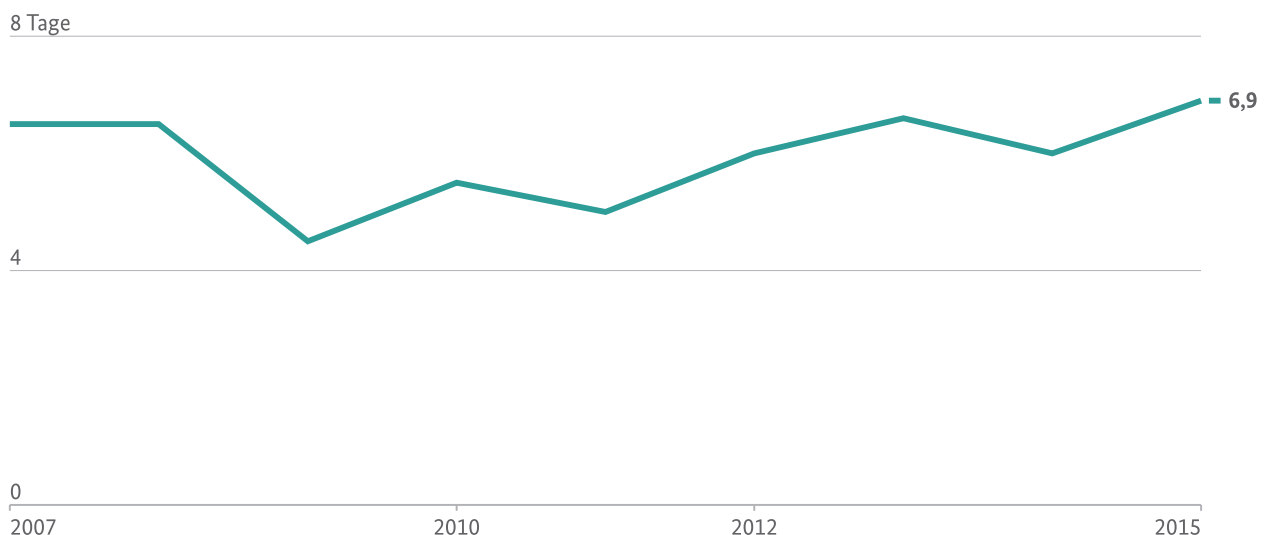
Kleine und mittelständische Unternehmen stellen in Deutschland 16 Millionen Arbeitsplätze und acht von zehn Ausbildungsplätzen. **Unternehmensgründungen** sorgen für mehr Wettbewerb und damit in vielen Sektoren für Innovation, höhere Produktivität und eine größere Produktpalette.<sup>291</sup>

Wirtschaftswissenschaftler fordern aufgrund sinkender Gründerzahlen eine **Verbesserung der Förderung von Unternehmensgründungen** und einen Abbau von bürokratischen Hürden für junge Unternehmen.<sup>292</sup> Auch einige Bürger forderten im Dialog explizit mehr unternehmerische Freiheiten in Deutschland.

Einen Hinweis auf Fortschritte in diesem Bereich könnte der Indikator **Zeitdauer für eine Unternehmensgründung** geben. Er zählt die durchschnittliche Anzahl von Tagen, die die behördlichen Schritte bis zur Gründung einer Kapitalgesellschaft in Deutschland in Anspruch nehmen.

2007 und 2008 hat eine Unternehmensgründung in Deutschland durchschnittlich 6,5 Tage gedauert und 783 Euro gekostet (vgl. Abb. 88 und 89). Ende 2008 wurde die sogenannte haftungsbeschränkte Unternehmergeellschaft (UG) eingeführt, die deutlich günstiger und schneller als eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) gegründet werden kann. Sie entspricht im Wesentlichen einer GmbH, für die Gründung benötigt man jedoch nur ein symbolisches Stammkapital von einem Euro statt 25.000 Euro. Die Einführung der UG war eine wesentliche Ursache dafür, dass sich Dauer und Kosten der Unternehmensgründung auf 4,5 Tage und 166 Euro im Jahr 2009 reduziert haben.

Abbildung 88: Entwicklung der Dauer von Unternehmensgründungen in Tagen



Quelle: EU-Kommission, Generaldirektion Wachstum, SME Performance Review.

Allerdings sind die Kosten durch die Anpassung der Gebührenordnung wieder leicht angestiegen. 2015 hat eine Unternehmensgründung in Deutschland durchschnittlich 6,9 Tage gedauert und 376 Euro gekostet. Bei der Dauer liegt Deutschland damit über dem EU-Durchschnitt von 3,4 Tagen, bei den Kosten nur leicht darüber (EU: 315 Euro).

Das hält motivierte Gründerinnen und Gründer sicher nicht ab, könnte aber Anlass sein, über eine weitere **Verbesserung der Gründerkultur** in Deutschland nachzudenken. Die Bundesregierung tut viel, um Gründerinnen und Gründer zu motivieren und zu unterstützen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Erleichterung des Zugangs zu passenden Finanzierungsmöglichkeiten für neue Unternehmerinnen und Unternehmer. Deshalb werden zur Stärkung des Wagniskapitalmarktes etablierte Förderprogramme des Bundes erweitert und aufgestockt (z. B. EXIST, GO-Bio, ERP/EIF-Dachfonds, European Angels Fund, INVEST, High-Tech Gründerfonds III), neue Förderprogramme ins Leben gerufen (z. B. mFUND)<sup>293</sup> sowie neue Finanzierungsinstrumente aufgelegt (z. B. Ko-Investitionsfonds coparion mit der KfW und ERP/EIF-Wachstumsfazilität).

Insgesamt stehen in den kommenden Jahren rund zwei Milliarden Euro an zusätzlichen öffentlichen Mitteln bereit. Außerdem hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, auch die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in Start-ups wettbewerbsfähiger zu gestalten.<sup>294</sup> Im September 2016 hat die Bundesregierung eine Neuregelung zur Verbesserung der steuerlichen Verlustnutzung beschlossen, um das Engagement von Investoren auch bei jungen innovativen Firmen zu stärken.

Neben der Verbesserung der Finanzierungsbedingungen profitieren Gründerinnen und Gründer von einer spürbaren Reduzierung bürokratischer Lasten. Nach einer Gesamtentlastung in Höhe von 1,4 Milliarden Euro durch das Bürokratieentlastungsgesetz und die Vergaberechtsreform wurde jüngst ein zweites Bürokratieentlastungsgesetz vom Bundeskabinett verabschiedet.

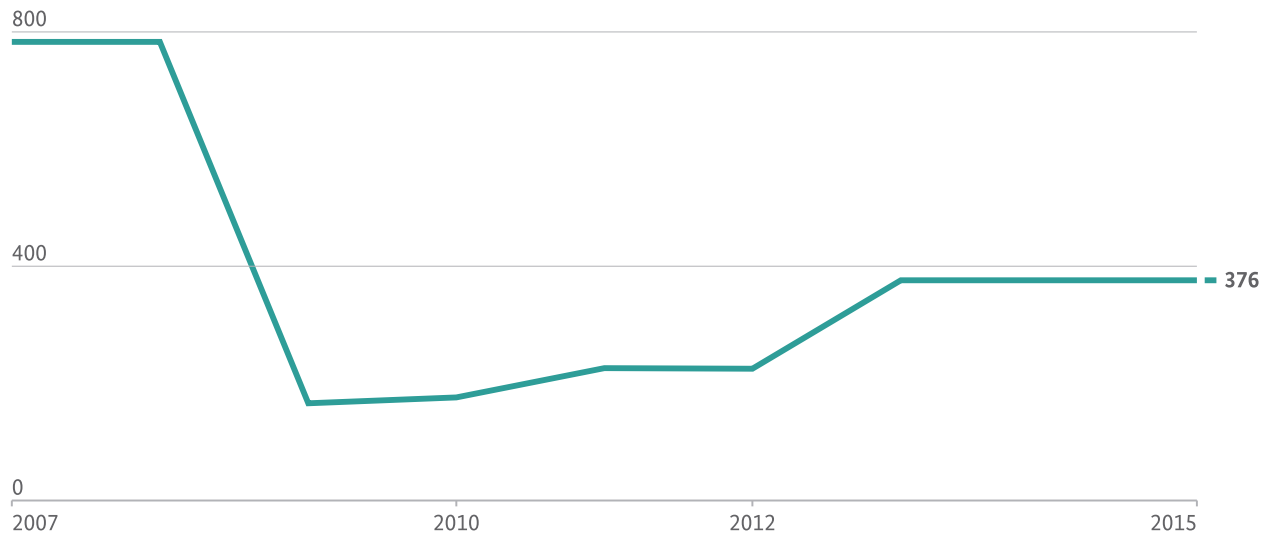
Die Bundesregierung hat in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt und der Wirtschaft das Projekt „Erfüllungsaufwand im Bereich Betriebsgründung – Ablauf von der Geschäftsidee bis zum ersten Umsatz“ durchgeführt. Auf Basis der Ergebnisse strebt die Bundesregierung weitere Verbesserungen für Gründerinnen und Gründer an, z. B. durch bessere Beratung, einheitliche Anlaufstellen und E-Government-Verfahren.

Der Indikator **Zeitdauer für eine Unternehmensgründung** misst die Tage, die die behördlichen Schritte bei der Gründung eines Unternehmens in Anspruch nehmen. Der Indikator bildet einen Aspekt der Gründerkultur eines Landes ab. Hier ist ein Vergleich mit anderen Ländern hilfreich, um Schwachstellen zu entdecken, gerade auch mit Blick auf den internationalen Wettbewerb von jungen Unternehmen.

Die für den Vergleich verwendete EU-Statistik bezieht sich nur auf die Gründung von haftungsbeschränkten Kapitalgesellschaften. Deshalb wird in Deutschland nur die Gründungsdauer für eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) bzw. eine haftungsbeschränkte Unternehmergeellschaft (UG) als Vergleichsgröße genutzt, die weniger als 20 Prozent der Gründungen ausmachen. Untersucht werden die Unternehmensgründungen in drei sehr unterschiedlichen Kommunen. In Deutschland sind das Bremerhaven, Meißen und München.

Der Indikator ist methodisch und inhaltlich nicht repräsentativ für die Gründerkultur in Deutschland, misst aber exemplarisch eine bürokratische Hürde bei der Unternehmensgründung. Im Bereich Gründerkultur bzw. Innovationskraft deutscher Unternehmen ist ein Austausch mit einem Indikator mit größerer Aussagekraft in Zukunft denkbar. Existierende Konzepte bzw. statistische Methoden überzeugen derzeit noch nicht.

Abbildung 89: Entwicklung der Kosten von Unternehmensgründungen in Euro



Quelle: EU-Kommission, Generaldirektion Wachstum, SME Performance Review.

# Natur erhalten, Umwelt schützen

## ■ 10. Natur erhalten, Umwelt schützen

*„Eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen sowie nachhaltiges Wirtschaften sind das A und O für eine langfristige Lebensqualität.“*

aus einer Online-Antwort vom 11. Juli 2015

Die Diskussionen im Bürgerdialog haben gezeigt, dass viele Menschen **gut über Themen wie Klimawandel, Umwelt- und Naturschutz informiert** sind. Eine gesunde Umwelt und intakte Natur muss als **Lebensgrundlage und Erholungsraum** erhalten bleiben – da waren sich die Bürgerinnen und Bürger im Dialog einig. Natur und Ruhe waren bei den Dialogen im ländlichen Raum die entscheidenden Faktoren für eine hohe Lebensqualität. Die Menschen haben beklagt, wie stark belastete Luft, Lärm oder verunreinigtes Wasser ihre Lebensqualität, insbesondere ihre Gesundheit beeinträchtigen. Neben Luft, Lärm und Wasser wurden auch schadstoffarme Lebensmittel als wichtige Bestandteile gesunder Lebensbedingungen immer wieder thematisiert.

Das Thema Lärm hat in den Bürgerdialogen eine besondere Rolle gespielt. In Ballungsräumen wünschten sich Menschen eine Reduzierung der Lärmbelastung, im ländlichen Raum betonten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die vorhandene Ruhe als entscheidenden Faktor für ihre Lebensqualität. Eine geringe Lärmbelastung wird häufig als ein wichtiges Qualitätsmerkmal einer Wohngegend angesehen.

Auch die **eigene Verantwortung** für Natur und Umwelt wurde durchaus gesehen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich für einen umweltbewussten Konsum und eine nachhaltige Produktion ausgesprochen. Konkret diskutiert wurde z. B., mehr nachhaltig und regional produzierte Lebensmittel zu kaufen, die Wegwerfkultur zu verändern sowie bewusster Fleisch zu essen. Für zahlreiche Menschen waren Tierschutz und die artgerechte Haltung in der Landwirtschaft die wichtigsten Umwelt-Themen.

Die Menschen diskutierten Umweltschutz auch im Kontext mit der Energie- und Wasserversorgung und dem Verkehrssektor. Erörtert wurden in einigen Dialogveranstaltungen Möglichkeiten zur Begrenzung des Autoverkehrs ebenso wie die weitere Entwicklung der Elektromobilität.

Für viele Bürger war zudem eine nachhaltige Stadt- und Ortsentwicklung wichtig. Im Zusammenhang mit TTIP machten sich die Bürgerinnen und Bürger vereinzelt Sorgen um die Einhaltung von Umweltstandards.

Auch der wissenschaftliche Befund zeigt, dass die Belastbarkeitsgrenzen der Erde durch Klimawandel, übermäßige Landnutzung und gestörte Stickstoff- und Phosphorkreisläufe überschritten sind.<sup>295</sup> Es drohen bleibende Umweltschäden, ein Rückgang der Artenvielfalt und potenziell katastrophale Auswirkungen<sup>296</sup> auf Lebensbedingungen, Volkswirtschaften, kurzum auf die Lebensqualität in allen Dimensionen weltweit. Daher ist Handeln geboten.

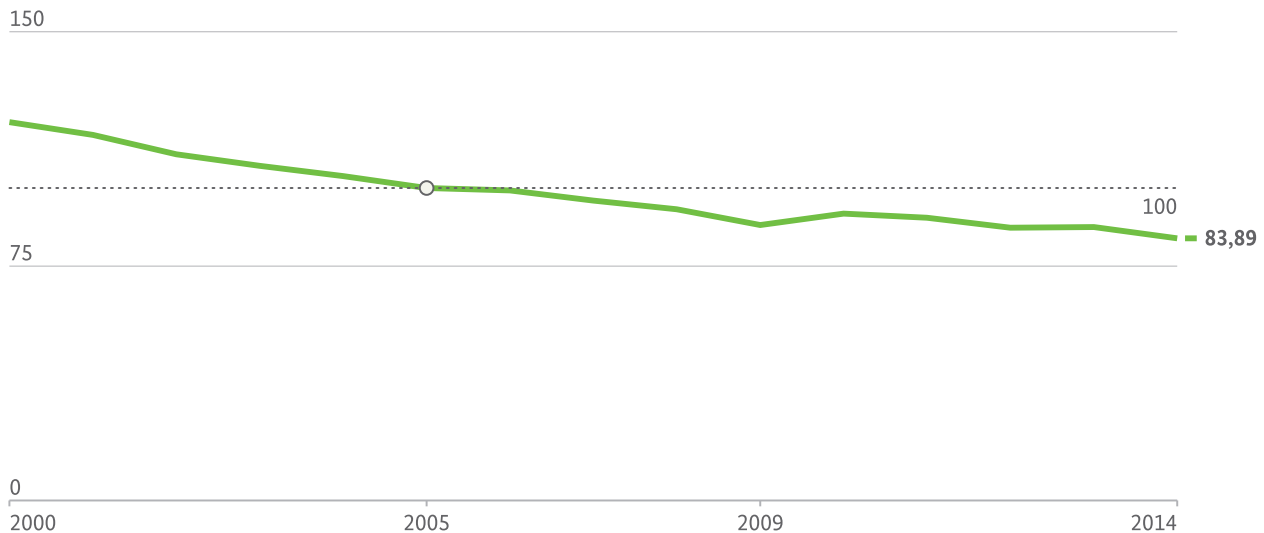
### ■ Eine saubere Umwelt für ein gesundes Leben: Indikator Luftqualität

*„Wir brauchen eine gesunde Umwelt und gesunde Ernährung, die wird immer schwieriger.“*

Bürgerdialog der VHS Gifhorn  
am 29. September 2015

Die Teilnehmer im Bürgerdialog stellten zahlreiche **Bezüge zwischen Umweltbelastungen und persönlichem Wohlbefinden** her. Zu den gesunden Lebensbedingungen gehörten für die Menschen im Dialog besonders saubere Luft und Wasser, gesunde Lebensmittel und eine geringere Lärmbelastung. Jeder zweite Mensch in Deutschland fühlt sich durch Lärm gestört.<sup>297</sup> Auch wissenschaftliche Studien zeigen: Straßen-, Schienen- oder Luftverkehrslärm beeinträchtigen das Wohlbefinden von Menschen.<sup>298</sup> Dauer-schallbelastungen außerhalb der Wohnungen von 65 Dezibel am Tag oder 55 Dezibel in der Nacht können zu Bluthochdruck und Herzinfarkt führen. Starke Lärmeinwirkungen können zudem durch Schlafstörungen und Erholungsdefizite auch die Leistungsfähigkeit negativ beeinflussen. Am deutlichsten ist der Zusammenhang von schmutziger Luft und Gesundheit. Eine erhöhte Schadstoffbelastung in der Luft steigert das Risiko zahlreicher Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen (bspw. Asthma bei Kindern)<sup>299</sup> und erhöht die vorzeitige Sterblichkeit durch Krebs.<sup>300</sup>

Abbildung 90: Entwicklung der Luftschadstoffe kombiniert (Index)



Quelle: Umweltbundesamt 2015. Basisjahr (Index=100) ist 2005.

Ein anerkannter Indikator für eine gesunde Umwelt ist die Belastung mit **Luftschadstoffen**. Betrachtet wird hier die Emission der Stoffe Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Stickstoffoxide (NO<sub>x</sub>), Ammoniak (NH<sub>3</sub>), flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (NMVOC) und Feinstaub PM<sub>2,5</sub>. Die Stoffe werden in dem kombinierten Indikator gleich gewichtet.<sup>301</sup>

Hinsichtlich der Luftqualität muss differenziert werden zwischen der Freisetzung, angegeben z. B. als jährliche Gesamtemission der Luftschadstoffe in Tonnen, die in Deutschland ausgestoßen werden und der Luftqualität vor Ort, die als Konzentration angegeben wird. Bei den Gesamtemissionen, die jedoch nicht die grenzüberschreitenden Einträge enthalten, konnte in Deutschland für Schwefel- und Stickoxide, Feinstaub und NMVOC ein Rückgang seit 2000 erreicht werden (vgl. Abb. 90). Dies ist bei Ammoniak – Hauptemittent ist die Landwirtschaft – jedoch nicht der Fall (vgl. Abb. 91). Die deutschen Ammoniak-Emissionen überschritten 2013 die nach EU-Recht einzuhaltende nationale Emissionshöchstmenge um 33 Prozent. Im Gegensatz zu den anderen Luftschadstoffen wiesen sie seit Anfang der 1990er Jahre keinen Abwärtstrend auf, sondern stagnierten und stiegen seit 2005

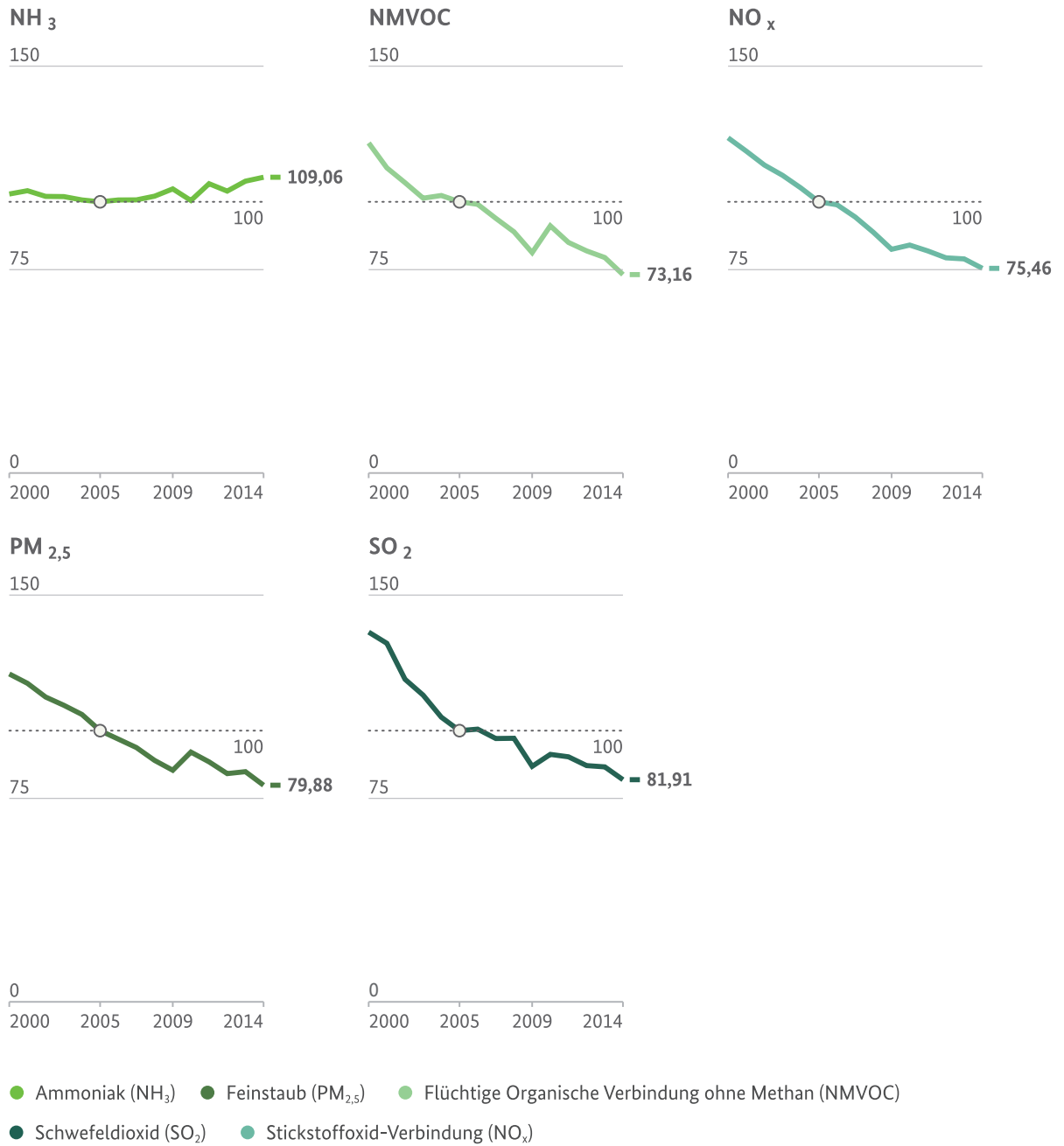
wieder an. Ammoniak-Emissionen stammen insbesondere aus großen Tierhaltungsbetrieben. Die Bundesregierung arbeitet an Maßnahmen zur Senkung dieser Emissionen (u. a. über Änderungen des Düngerechts sowie der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft).

Diese Angaben zu den Gesamtemissionen haben jedoch nur einen begrenzten Aussagewert hinsichtlich der Luftqualität vor Ort. So spielt bspw. in Straßennähe der Verkehr für die Stickstoffdioxid- und Feinstaubbelastung die dominierende Rolle. Messungen haben gezeigt, dass an vielen verkehrsnahen Messstationen in Deutschland die Konzentrationen stellenweise deutlich über den EU-Vorgaben und den Empfehlungen der WHO liegen.

Bei **Stickstoffdioxid** gibt es akuten politischen Handlungsbedarf, da an vielen Messstationen die zulässigen Konzentrationen überschritten werden (vgl. Abb. 92 und 93). An 27 Prozent der 514 Messstellen, an denen Stickstoffdioxid erfasst wird, wurde 2015 der gesetzlich festgelegte Jahresgrenzwert (Jahresmittelwert 40 µg/m<sup>3</sup>) überschritten.

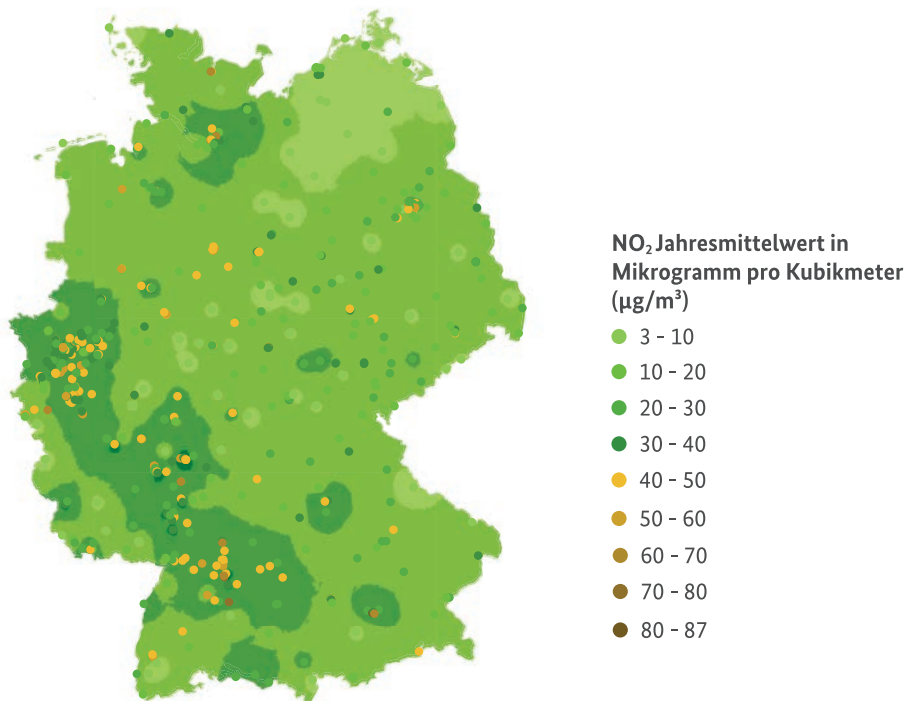


Abbildung 91: Entwicklung verschiedener Luftschadstoffe (Index)



Quelle: Umweltbundesamt 2015. Basisjahr (Index=100) ist 2005.

Abbildung 92: Jahresmittelwerte der Stickstoffdioxidbelastung 2015



Quelle: Umweltbundesamt 2015. Jahresmittelwerte gemessen an Messstationen der Luftmessnetze der Länder und des Umweltbundesamtes.

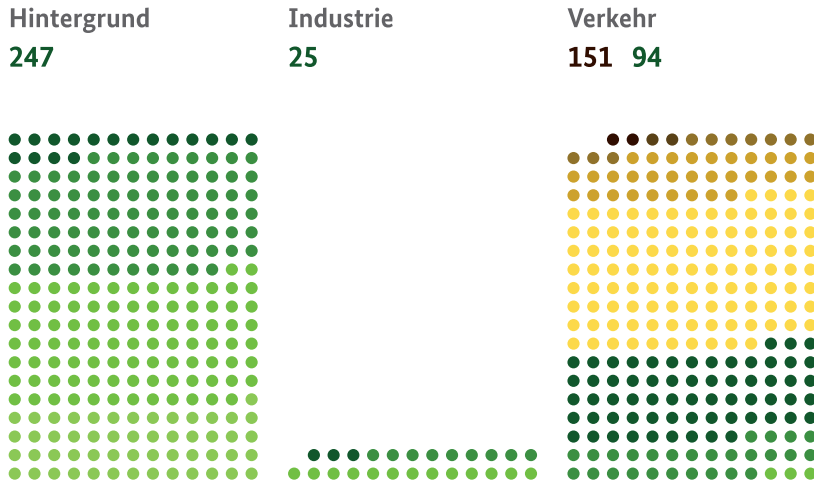
Der Verkehr trägt maßgeblich zur Luftverschmutzung bei, nicht nur durch den Ausstoß von Stickstoffoxiden durch Verbrennungsmotoren. Auch beim **Feinstaub** ist der Verkehr (inklusive mobiler Maschinen und Geräte) allein für rund ein Viertel der Emissionen verantwortlich. Nur Heizungen und Öfen in Gebäuden und Wohnungen erzeugen noch mehr Feinstaub.

Die Grenzwerte für Luftschadstoff-Konzentrationen gelten einheitlich für alle EU-Staaten. In zahlreichen Ländern werden Grenzwerte überschritten. Im **europäischen Vergleich** liegen die deutschen Messstationen beim Stickstoffdioxid im hinteren Drittel und beim Feinstaub im Mittelfeld der EU-Staaten (vgl. Abb. 94 und 95).<sup>302</sup>

Insgesamt konnten die Emissionen von Luftschadstoffen **seit den 1980er Jahren** etwa durch die Einführung von Filteranlagen in Kraftwerken und durch den Einbau von Katalysatoren und Filtern in Autos **stark reduziert** werden. Für eine weitere substantielle Senkung der Emissionen sind weitergehende Maßnahmen im Verkehr (Stickstoff-

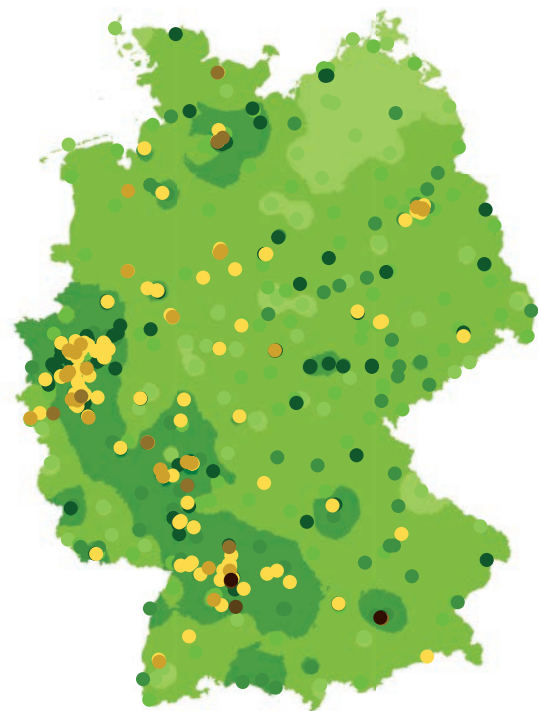
dioxide und Feinstaub), in der Landwirtschaft (Feinstaubbildung durch hohe Ammoniak-Emissionen) und auch beim Heizen (Feinstaub) erforderlich. So kann durch den fortwährenden Umbau der Fahrzeugflotte mit zunehmend emissionsarmen Fahrzeugen und gezielten Maßnahmen vor Ort der Ausstoß von Luftschadstoffen weiter reduziert werden. Vor allem die Stickstoffoxidemissionen durch Dieselfahrzeuge sind problematisch. Die Kommunen, in denen zum Teil Grenzwertüberschreitungen vorliegen, müssen deswegen Luftreinhaltepläne aufstellen, mit dem Ziel, die Luftschadstoffbelastungen zu reduzieren. Durch vielfältige Maßnahmen (z. B. durch die Förderung emissionsarmer Mobilität und durch verkehrslenkende Maßnahmen) versuchen die Behörden vor Ort, die Schadstoffbelastung weiter zu senken. Perspektivisch wird auch der zunehmende Einsatz von Plug-In-Hybrid- und reinen Elektrofahrzeugen zu einer Verbesserung der Luftqualitätssituation beitragen.

Abbildung 93: Überschreitung bzw. Einhaltung des gesetzlichen Stickstoffdioxid-Grenzwerts 2015



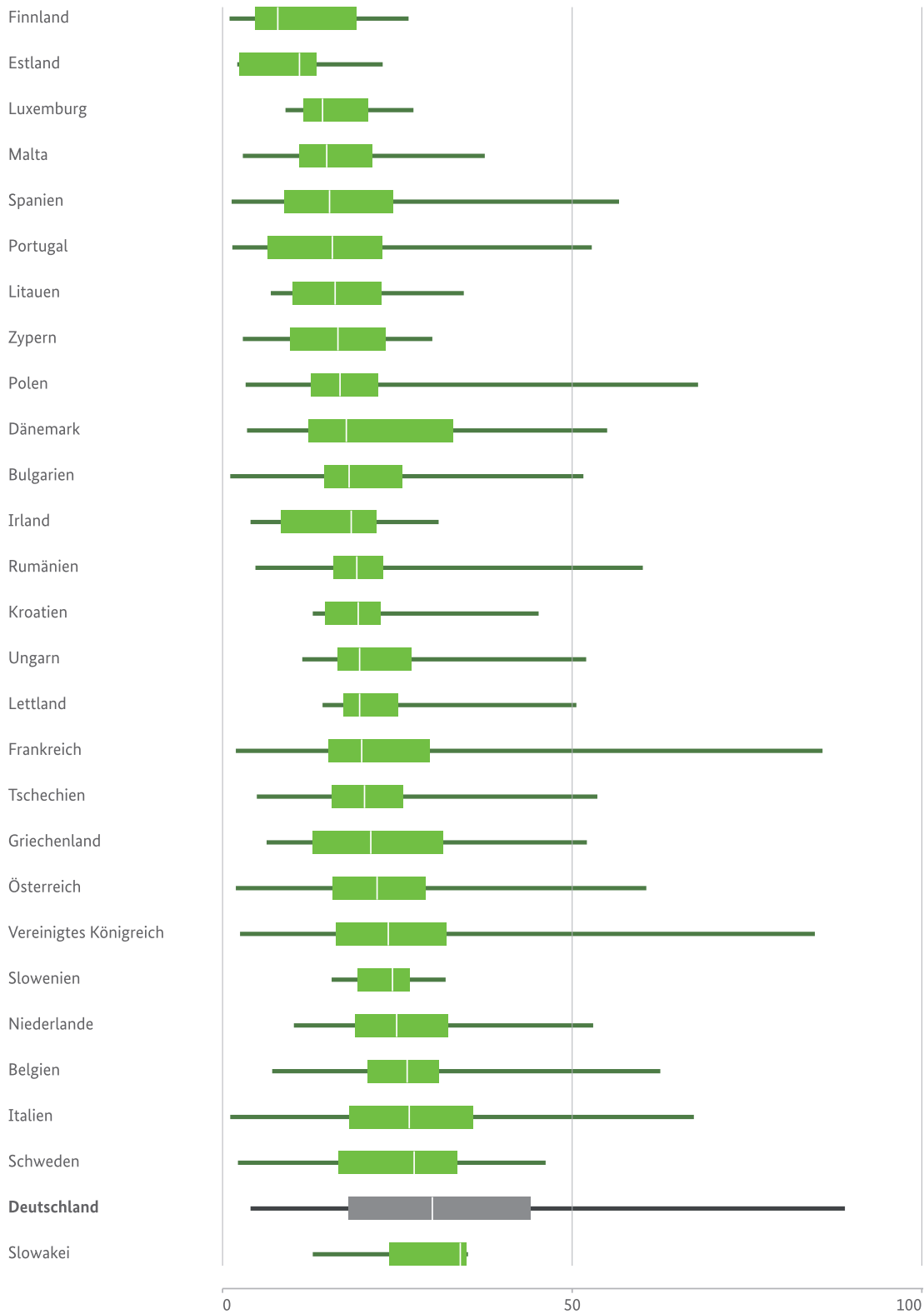
**NO<sub>2</sub> Jahresmittelwert in  
Mikrogramm pro Kubikmeter  
(µg/m<sup>3</sup>)**

- 0 - 10
- 10 - 20
- 20 - 30
- 30 - 40
- Grenzwert**
- 40 - 50
- 50 - 60
- 60 - 70
- 70 - 80
- 80 - 87



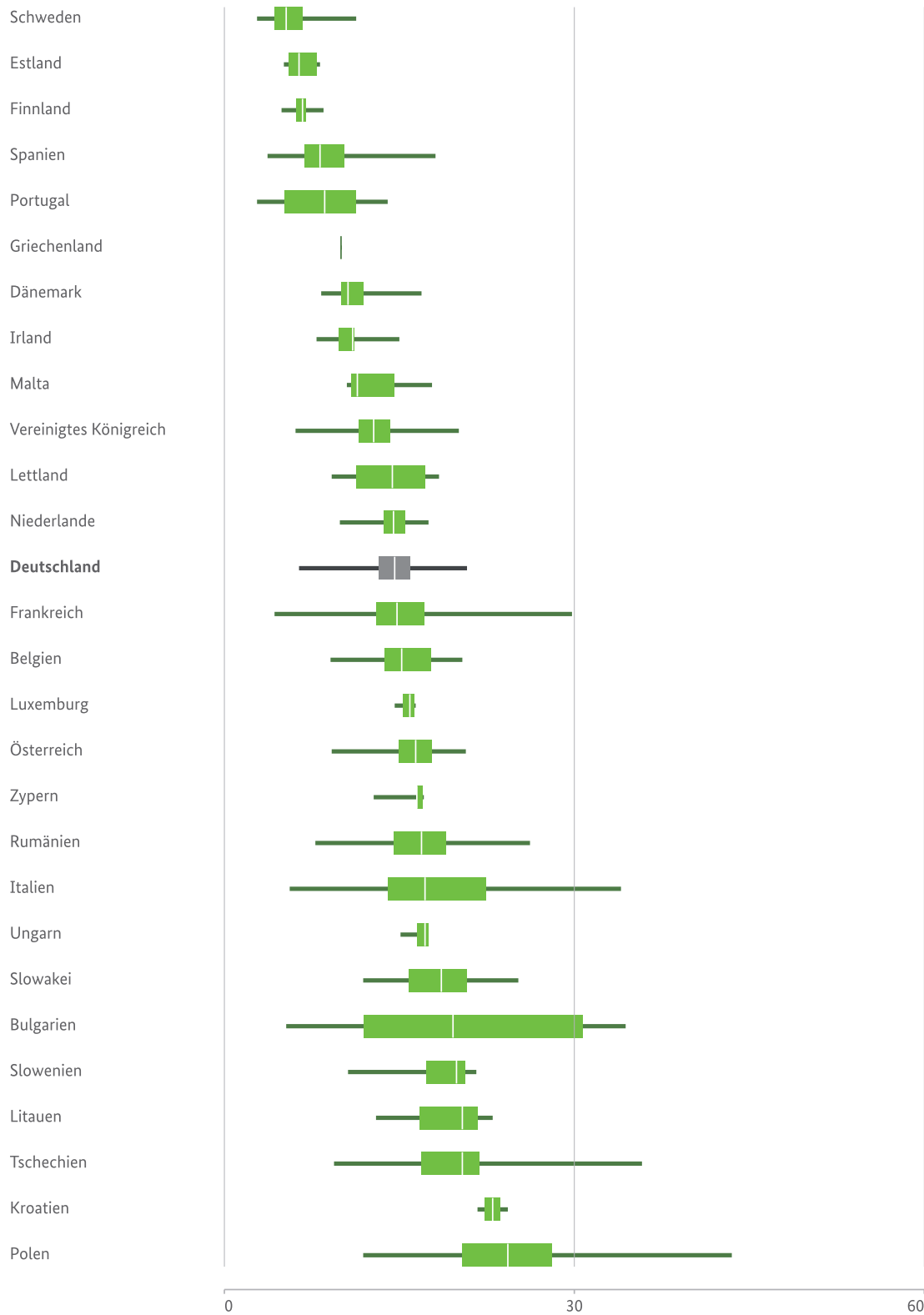
Quelle: Umweltbundesamt 2015. Jahresmittelwerte gemessen an den Messstationen der Luftmessnetze der Länder und des Umweltbundesamtes. Messstationen im sogenannten Hintergrund stehen nicht in der näheren Umgebung eines Industriebetriebes und auch nicht an einer viel befahrenen Straße.

Abbildung 94: Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) im EU-Vergleich 2013



Quelle: Europäische Umweltagentur.<sup>303</sup>

Abbildung 95: Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) im EU-Vergleich 2013



Quelle: Europäische Umweltagentur.<sup>304</sup>

Als wichtiger Beitrag zum Klima- und Umweltschutz hat sich die Bundesregierung bei der **Elektromobilität** ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Die Bundesregierung und Automobilindustrie werden hierfür jeweils 600 Millionen Euro für Kaufzuschüsse zur Verfügung stellen. Käufer eines rein elektrisch betriebenen Fahrzeugs bekommen 4.000 Euro Prämie. Für Plug-Ins, also Hybridfahrzeuge, die auch an der Steckdose geladen werden können, sind es 3.000 Euro. Weitere 300 Millionen Euro sind für den Ausbau der Ladeinfrastruktur vorgesehen. Eine Reihe von Ländern, z. B. Norwegen, die Niederlande oder China, haben bereits gute Erfahrungen mit der Einführung von Kaufzuschüssen und weiteren Anreizen für die Elektromobilität gemacht.<sup>305</sup>

Der Bund will zusätzlich zur Kaufprämie und zur Gewährung von Steuererleichterungen auch die Ladeinfrastruktur mit rund 300 Millionen Euro fördern. In Japan gibt es auch dank staatlicher Förderung schon mehr Elektroladestationen als konventionelle Tankstellen.<sup>306</sup> Auch reservierte Parkplätze mit Ladestationen, reduzierte Parkgebühren und freie Fahrt auf Busspuren für die Fahrer von Elektrofahrzeugen sollen diese Art der Fortbewegung attraktiver machen.

Da die meisten Luftschadstoffe weiträumig wirken, sind gemeinsame **europäische und internationale Regeln** besonders wichtig. Deutschland setzt sich international im Rahmen der Genfer Luftreinhaltekonvention aktiv für die Reduktion von Emissionen ein.

Der Indikator **Luftqualität** misst die Entwicklung des Ausstoßes von Luftschadstoffen in Deutschland. Er umfasst die Stoffe Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen ohne Methan und Feinstaub. Die Stoffe werden in dem **kombinierten Indikator** gleich gewichtet. Obergrenzen und Reduktionsziele für die Freisetzung dieser Luftschadstoffe sind in der Richtlinie zu nationalen Emissionshöchstmengen und im Göteborg-Protokoll der Genfer Luftreinhaltekonvention festgelegt.

In der Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa sind Grenz- und Zielwerte hinsichtlich der Luftschadstoffkonzentration definiert. Die Empfehlungen der WHO für Luftschadstoff-Konzentrationen in der Außenluft sind meist strenger.

■ **Wälder, Gewässer und Agrarland im Gleichgewicht halten:** Indikator Artenvielfalt und Landschaftsqualität (Vogelindex)

„Umweltschutz interessiert keinen, überall verwahrlost die schöne Natur zunehmend.“

aus einer Online-Antwort vom 19. Juni 2015

„Es gibt wunderschöne Landschaften und Städte [...] ein gemäßigtes Klima und eine einigermaßen saubere Umwelt.“

aus einer Online-Antwort vom 7. Juli 2015

Eine intakte Natur gehörte zu den am häufigsten genannten Aspekten im Bürgerdialog. Gesunde Wälder, sauberes Wasser, eine gute Luftqualität und Naherholungsgebiete in der Stadt, waren für die Menschen von besonderer Wichtigkeit. Die Einschätzungen über den Zustand der Natur gingen dabei weit auseinander.

Die Lebensqualitätsforschung zeigt: **Je stärker die Verbindung von Menschen mit der Natur**, d. h. je größer das Umwelt- oder Naturbewusstsein und je mehr Zeit sie im Grünen verbringen, **desto vitaler und zufriedener** sind sie.<sup>307</sup>

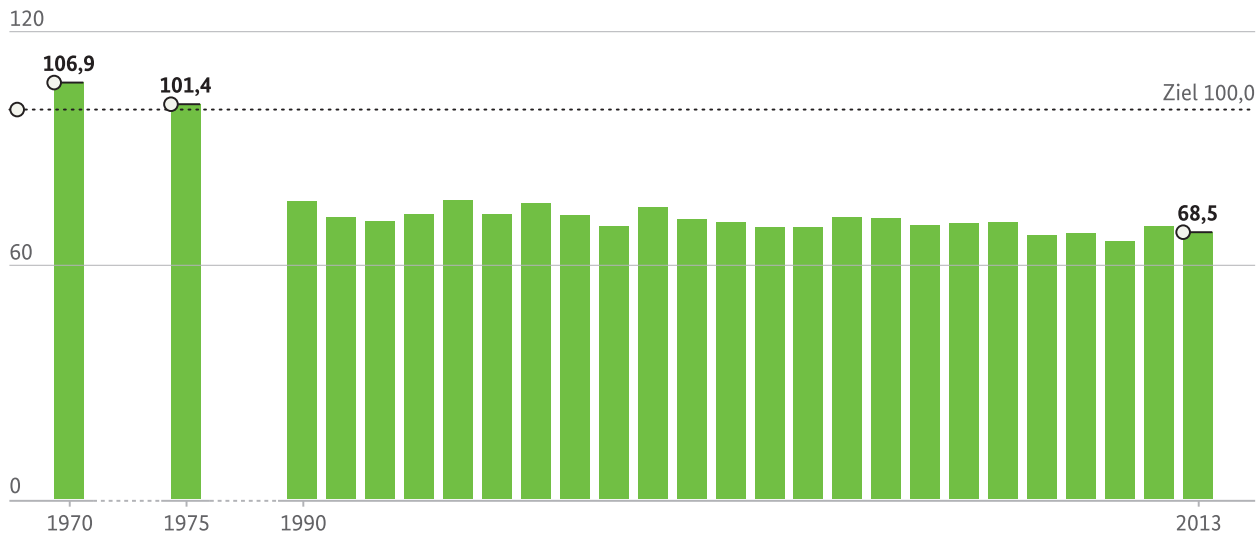
Studien zeigen auch, dass Aktivitäten an der frischen Luft einen stärkeren Effekt auf das Wohlbefinden der Menschen haben als Aktivitäten in geschlossenen Räumen.<sup>308</sup> Die medizinische Forschung hat viele weitere positive Wirkungen der Natur auf die **Gesundheit** identifiziert. Zum Beispiel ist der Kontakt von Menschen mit vielen Kleinorganismen, die nur in einer artenreichen Natur vorkommen, für die Entwicklung eines robusten Immunsystems wichtig.<sup>309</sup> Grünräume **und Gewässerstrukturen** bieten Anreiz für körperliche Aktivität. Sie können Ängsten entgegenwirken, Stressempfinden reduzieren sowie das allgemeine Wohlbefinden steigern. Außerdem besitzen sie eine Ausgleichsfunktion gegenüber Lärm und Klimaextremen.

Abwechslungsreiche und vielfältige Kulturlandschaften mit Wäldern, Wiesen und Äckern sind, im Vergleich zu dicht besiedelten Regionen, für die Erholung der Bevölkerung von großem Wert. Sie sind zudem Grundlage für Einkommen und Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. Darüber hinaus sind sie gemeinsam mit den Gewässern Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten, die in dicht besiedelten Ländern keine bzw. wenig Rückzugs- und Entwicklungsmöglichkeiten finden.

Die Bürger sind sich dieses Wertes durchaus bewusst und wissen um die **Komplexität ökologischer Zusammenhänge**. So ist eine große Artenvielfalt eine wesentliche Voraussetzung für einen leistungsfähigen Naturhaushalt und bildet eine wichtige Lebensgrundlage. Die genetische Vielfalt der Pflanzen und Tiere ist eine wertvolle Ressource für künftige Nutzungen und Innovationen. Deshalb gilt es, die Artenvielfalt nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch zur Sicherung unserer Ernährung und Rohstoffversorgung zu erhalten.

Als ein Gradmesser für den Zustand von Agrarflächen, Wäldern, Siedlungen, Binnengewässern sowie Küsten und Meeren wird aus einer Vielzahl möglicher Messzahlen der **Indikator für Artenvielfalt und Landschaftsqualität**, auch bekannt als **Vogelindex**, herangezogen. Die 51 ausgewählten Vogelarten repräsentieren die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen. Die Bestandsänderungen dieser Vogelarten erlauben indirekte Aussagen zur Landschaftsqualität und Nachhaltigkeit der Landnutzungen. Der Indikator Artenvielfalt und Landschaftsqualität ist daher ein international anerkannter Indikator für intakte, nachhaltig genutzte Lebensräume. Dabei ist nicht die absolute Artenvielfalt (Anzahl der Arten) entscheidend, sondern ob die einem bestimmten Lebensraum „zugehörige“ Artenvielfalt vorhanden ist.

Abbildung 96: Entwicklung der Artenvielfalt und Landschaftsqualität aggregiert



Quelle: Bundesamt für Naturschutz 2015. Abbildung enthält auch rekonstruierte historische Werte.

Gemessen am Vogelindex haben sich die Artenvielfalt und der Zustand der Landschaft in Deutschland in den letzten zehn Beobachtungsjahren (2003 bis 2013) statistisch signifikant verschlechtert, wenn man den Durchschnitt aller Landnutzungsformen – Agrarland, Siedlungen, Wälder etc. – betrachtet (vgl. Abb. 96). 2013 lag der Indikator bei nur 68 Prozent des Zielwertes für die Vogelbestände<sup>310</sup>, den sich die Bundesregierung in der Nachhaltigkeitsstrategie und der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt gesetzt hat.

Die Teilindikatoren haben sich jedoch unterschiedlich entwickelt. Der Teilindikator „Agrarland“ ist zwischen 1990 und 2013 um rund 15 Punkte gefallen und lag 2013 bei 59 Prozent des Zielwertes (vgl. Abb. 97).<sup>311</sup> Der hier besonders relevante Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft konnte in Deutschland in den letzten beiden Dekaden gemindert werden. In jüngerer Vergangenheit waren allerdings kaum Fortschritte zu verzeichnen. Deshalb wurde das für 2010 gesetzte Ziel in der Nachhaltigkeitsstrategie, den Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft auf 80 kg pro Hektar und Jahr zu mindern, verfehlt. Die Bundesregierung geht davon aus, dass durch die vorgesehenen Änderungen der Düngeverordnung mittelfristig mit Verbesserungen bei der Verringerung des Nitrateintrages in die Gewässer zu rechnen ist.

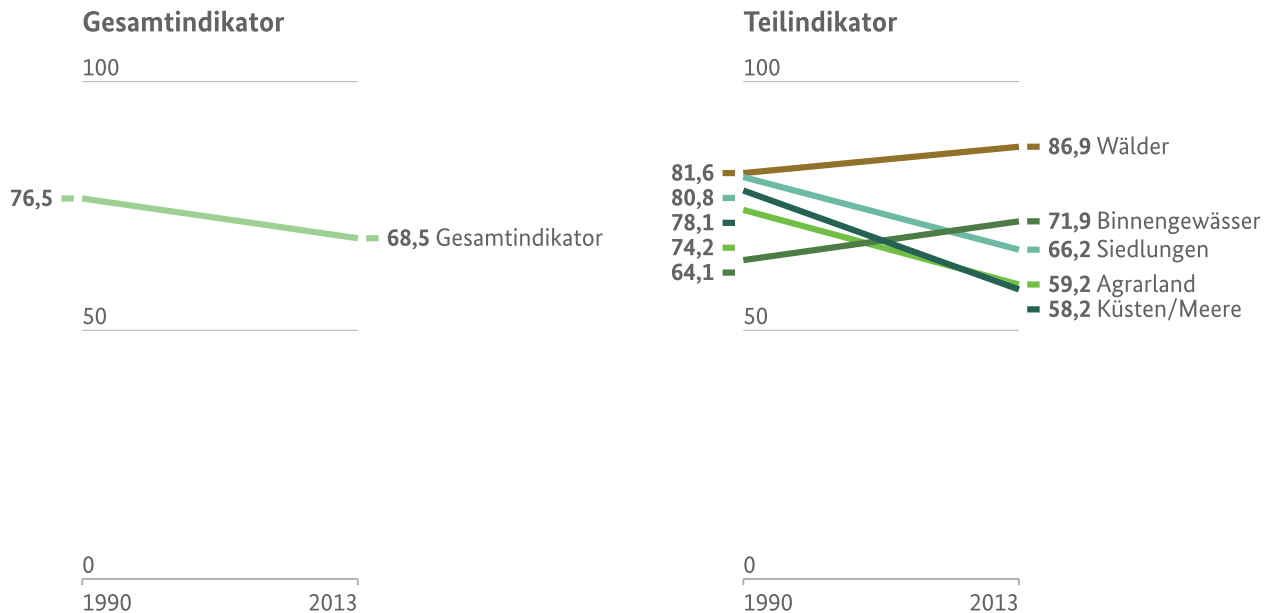
Beim Teilindikator „Siedlungen“ zeichnen sich durch die zunehmende Versiegelung von Flächen sowie den Verlust naturnaher Lebensräume und dörflicher Strukturen weitere Verschlechterungen ab.

Deutlich besser sieht es bei der Artenvielfalt und Landschaftsqualität der „Wälder“ aus: 2013 wurden 87 Prozent des Zielwerts erreicht. Wälder sind die einzige Landnutzungsform, deren Vogelindikatorwerte eine signifikante Verbesserung aufweist. Auf 72 Prozent des Zielwertes leicht verbessert hat sich zudem der Teilindikator „Binnengewässer“.

Um den Abwärtstrend beim Indikator „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ aufzuhalten und in einen positiven Trend umzukehren, hat die Bundesregierung mit der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt 2007 ein umfassendes nationales Programm vorgelegt. Auch die Waldstrategie 2020 verfolgt u.a. das Ziel, die Biodiversität im Wald weiter zu verbessern. Der 2014 veröffentlichte Indikatorenbericht der Bundesregierung zur Nationalen Strategie Biologische Vielfalt zeigt aber, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, die gesetzten Ziele zu erreichen. Um eine Trendwende zugunsten der biologischen Vielfalt herbeizuführen, müssen in möglichst allen betroffenen Politikfeldern zusätzliche Anstrengungen von Bund,



Abbildung 97: Entwicklung der Artenvielfalt und Landschaftsqualität, aggregiert und Teilindikatoren



Quelle: Bundesamt für Naturschutz 2015.

Ländern und auf kommunaler Ebene erfolgen. Dazu gehören ökologische Verbesserungen bei der Landnutzung – vor allem in der Landwirtschaft, bei Auenlandschaften und Wäldern, mehr Grün in der Stadt sowie Initiativen für Schutzgebiete und Wildnisflächen.

Durch die Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) wird ermöglicht, das Maßnahmenpektrum der Agrarstrukturförderung an die gewandelten Anforderungen an Land- und Forstwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume anzupassen. Damit können auch betriebliche Maßnahmen zur Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen, zum Naturschutz und zur Landschaftspflege, zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung und zur Förderung zukunftsfähiger dörflicher Strukturen unterstützt werden.

Da die Natur keine nationalen Grenzen kennt, setzt sich die Bundesregierung auf **europäischer Ebene** für eine nachhaltige Landnutzung ein. Europäische Richtlinien, wie die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie oder die Vogelschutz-Richtlinie, sorgen für den Schutz der Natur und der Artenvielfalt in allen EU-Ländern. Die 2014 beschlossene Reform der EU-Agrarpolitik hat zum Ziel, die biologische Vielfalt

in der Agrarlandschaft zu fördern. 2015 wurde bspw. das sogenannte „Greening“ der Direktzahlungen an Landwirte zur Anbaudiversifizierung zum Erhalt von Dauergrünland und für ökologische Vorrangflächen eingeführt.

Bürgerinnen und Bürgern war im Dialog auch die **internationale Dimension von Umweltschutz** wichtig. Dies ist gerechtfertigt, denn etwa 70 Prozent der Arten weltweit leben in den Tropen und Subtropen und hier in erster Linie in den tropischen Regenwäldern. Unter anderem im Rahmen der Biodiversitätskonvention der VN (CBD) und als Vorreiter für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen durch Entwaldung<sup>312</sup> setzt sich Deutschland für den Naturschutz weltweit ein. Deutschland hat außerdem gemeinsam mit anderen Ländern und zivilgesellschaftlichen Akteuren 2011 die „**Bonn Challenge**“ ins Leben gerufen. Bis 2020 sollen weltweit 150 Millionen Hektar Wald wieder aufgeforstet werden. Das ist fast viermal die Fläche von Deutschland.

Zwischen Artenvielfalt, Landschaftsqualität und anderen Lebensqualitäts-Indikatoren gibt es **vielfache Wechselverhältnisse**. Der Klimawandel stellt eine existentielle Gefährdung für viele Ökosysteme dar. Die Nutzung von pflanzlicher Energie zum Schutz des Klimas kann sich einerseits

durch eine intensive Flächennutzung und einen Verlust an Flächen mit hoher Biodiversität negativ, andererseits durch eine diversifizierte, ökologische Ausrichtung des Energiepflanzenanbaus wie Mischfruchtanbau oder Zweikulturen-Nutzungssysteme positiv auf die Artenvielfalt auswirken

Der Indikator **Artenvielfalt und Landschaftsqualität** bewertet den Zustand von Natur und Landschaft unter dem Einfluss vielfältiger Nutzungen, indem er Veränderungen der Bestände ausgewählter Vogelarten erfasst, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland repräsentieren. Dazu werden 51 Vogelarten gezählt, die in den verschiedenen Landschaftsformen zu Hause sind.<sup>313</sup> Die Daten für den Indikator Artenvielfalt und Landschaftsqualität werden im Wesentlichen von ehrenamtlichen Vogelbeobachtern in Zusammenarbeit mit den Staatlichen Vogelschutzwarten der Länder erfasst.

Das Vogelmonitoring und andere schon laufende Monitoringprogramme, wie z. B. das Fauna-Flora-Habitat Monitoring, das Monitoring von Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert und das Deutsche Bienenmonitoring sollen ergänzt und bundesweit zusammengeführt werden.

■ **Fortschritt und Produktivität durch Energieeffizienz:** Indikator Energieproduktivität

„Ökologie und Ökonomie – das gehört doch zusammen.“ Dieser Satz eines Teilnehmers am Bürgerdialog der VHS in Ottobrunn bei München am 25. Juni 2015 bringt auf den Punkt, worum es bei der **Energiewende** geht. Die Umstellung der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs auf erneuerbare Energien und die Reduzierung des Energieverbrauchs zielen auf den Schutz des Klimas<sup>314</sup> und die Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Sie will die Lebensbedingungen der Menschen, z. B. durch Verbesserungen der Luftqualität im Verkehrsbereich, verbessern. Zugleich hilft sie aber auch, die deutsche Wirtschaft zu modernisieren. Sie setzt Innovationsanreize für neue Produkte und schafft zahlreiche Arbeitsplätze.

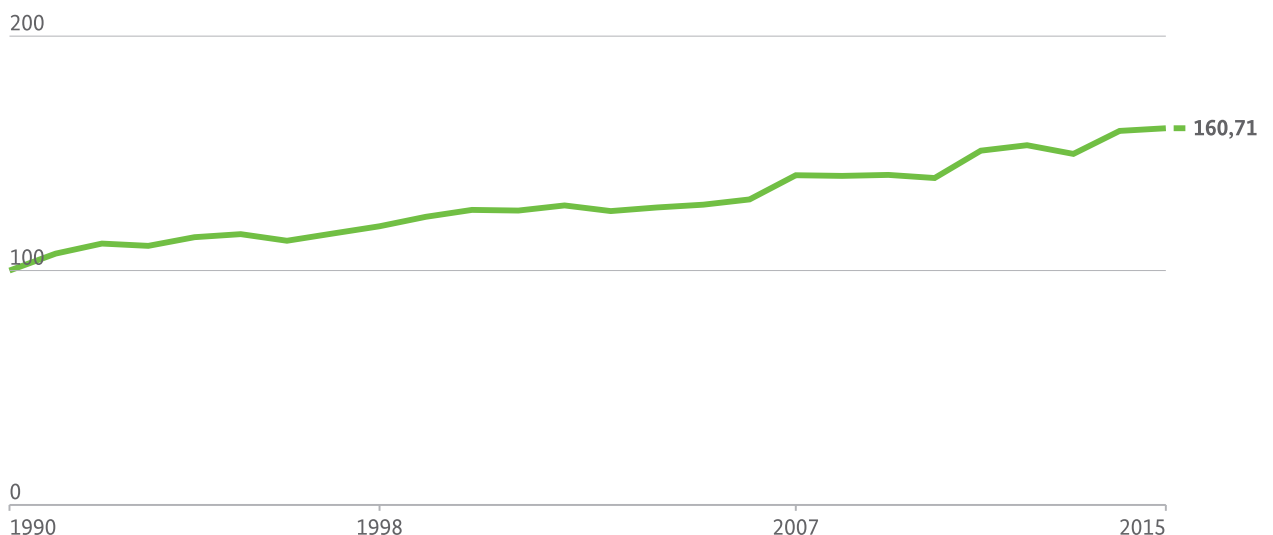
Die Menschen im Bürgerdialog fanden es gut, dass Deutschland mit der Energiewende international **Vorreiter im Bereich der Umweltinnovation** ist. Einzelne Teilnehmer sprachen sich aber auch gegen die Verwendung bestimmter Technologien, wie z. B. von Windrädern, in der Nähe ihrer Wohnung aus.

„Deutschland soll ein Vorbild in Sachen saubere Umwelt werden.“

aus einer Online-Antwort vom 13. August 2015

Die **Energieeffizienz** ist neben dem Umstieg auf eine erneuerbare Energieversorgung eine zentrale Säule der Energiewende. Energetisch sanierte Häuser sparen Energie und Kosten und verbessern gleichzeitig Wohnkomfort und Raumklima für die Bewohner. Deutsche Unternehmen werden durch eine höhere Energieeffizienz unabhängiger von Gas- und Öl-Importen oder Preisschwankungen auf den internationalen Rohstoffmärkten. Industrieunternehmen können durch Investitionen in Effizienz mittelfristig große Einsparungen realisieren und damit ihre Produktivität steigern. Antriebsfeder für eine effizientere Nutzung von Energie sind intelligente Technologien und Qualitätsprodukte. Die effizientere Nutzung von Energie wird durch die **Energieproduktivität** gemessen.<sup>315</sup>

Abbildung 98: Entwicklung der Energieproduktivität (preisbereinigtes BIP je Einheit Primärenergieverbrauch)



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. und Statistisches Bundesamt. Basisjahr (Index=100) ist 1990.

Seit 1991 ist die deutsche Wirtschaft um 36,5 Prozent gewachsen.<sup>316</sup> Dank innovativer Technologien und staatlicher Anreize ist im selben Zeitraum der Energieverbrauch um rund neun Prozent gefallen. Das bedeutet einen Anstieg der Energieproduktivität von rund 50 Prozent in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten (vgl. Abb. 98). Deutschland hat es geschafft, Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum zu entkoppeln, auch wenn sich viele kurzfristige Schwankungen von Jahr zu Jahr durch unterschiedliche Wetterverhältnisse erklären lassen, die sich z. B. auf den Heizbedarf auswirken.

Insbesondere im Wärmebereich gibt es weiterhin großes Einsparpotential. Das Energieeinsparrecht für Gebäude, das die energetischen Anforderungen an Neubauten und Bestandsgebäude sowie den Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung bestimmt, wird kontinuierlich weiterentwickelt. Der spezifische Energieverbrauch beim Heizen von Wohnungen ist seit 2002 bereits um 30 Prozent gesunken, d.h. die deutschen Verbraucher benötigen im Schnitt heute fast ein Drittel weniger Wärmeenergie pro Quadratmeter als damals.<sup>317</sup>

Die Bundesregierung will die **Energieproduktivität bis 2020 verdoppeln**.<sup>318</sup> Das heißt, 2020 soll Energie in Deutschland doppelt so effizient genutzt werden wie im Vergleichsjahr 1990. Ferner soll der Primärenergieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent bzw. bis 2050 um 50 Prozent gegenüber 2008 gesenkt werden.

Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz hat die Bundesregierung 2014 ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 werden Energieeffizienzmaßnahmen mit rund 17 Milliarden Euro gefördert. Diese Effizienzoffensive wird mit der Kommunikations- und Aktivierungskampagne „Deutschland macht's effizient“ verbunden. Sie will mehr Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Kommunen zum Engagement für Energieeffizienz anregen und auf die Förderprogramme des Bundes aufmerksam machen. Im Programm „STEP up!“ können sich Unternehmen mit ihren Stromsparmaßnahmen um Fördergelder bewerben. Mit dem Pilotprogramm „Einsparzähler“ werden intelligente neue Energiedienstleistungen und Geschäftsmodelle auf Basis digitaler Messgeräte gefördert. Investitionen in die Anschaffung besonders effizienter Querschnittstechnologien,

wie z. B. effiziente industrielle Pumpen, werden gefördert, ebenso wie Abwärmevermeidung und -nutzung in Wohngebäuden und Unternehmen.

Das aus Bundesmitteln finanzierte CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm (KfW-Programme zum energieeffizienten Bauen und Sanieren) wurde von knapp einer Milliarde Euro jährlich vor 2012 auf 1,8 Milliarden Euro jährlich in 2012 bis 2014 und auf zwei Milliarden Euro jährlich in 2015 bis 2018 aufgestockt, um die Förderangebote zu erweitern und noch weiter zu verbessern. Die Bundesregierung fördert die Energieberatung der Verbraucherzentralen und bei Bürgern vor Ort, je nach Haus- oder Wohnungsgröße mit bis zu 800 bzw. 1.100 Euro. Außerdem sind KfW-Kredite für Investitionen im Rahmen des „Energieeffizienzprogramms Produktionsanlagen/-prozesse“ jetzt nach der Energieeinsparung gestaffelt: Je mehr Energie ein Unternehmen durch die Maßnahme einspart, desto günstiger wird der Kredit.

Die **Energiewende** ist ein anspruchsvolles Modernisierungsprojekt nicht nur der Wirtschaft. Sie ist ein **Modernisierungsprojekt der ganzen Gesellschaft**. Als solches ist es auf die Innovationskraft von Wirtschaft und Wissenschaft und auf deren gemeinsamen Beitrag angewiesen. Die Bundesregierung unterstützt dies durch Investitionen in Forschung und Entwicklung für neue Technologien der Energiewende. Wenngleich fast neun von zehn Menschen in Deutschland die Ziele der Energiewende teilen<sup>319</sup>, nimmt die Bundesregierung Skepsis an der Machbarkeit und Geschwindigkeit der Anpassung der Energieversorgung und des Energieverbrauchs in Deutschland ernst. Sie investiert daher viel, um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für diese Aufgabe zu gewinnen und ein bewusstes Energiekonsumverhalten der Bürger zu befördern. Das reicht vom Kauf und Einsatz energiesparender Geräte über die Sanierung von Häusern und Wohnungen bis zum Ausschalten von Geräten nach Gebrauch.

Der Indikator **Energieproduktivität** setzt das Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis zum Primärenergieverbrauch. So wird gemessen, wie viel die deutsche Wirtschaft mit Hilfe der verwendeten Energie produziert.



# Frei und gleichberechtigt leben

## ■ 11. Frei und gleichberechtigt leben

„Ich möchte ohne Angst frei wählen dürfen, wie ich mein Leben gestalte.“

aus einer Online-Antwort vom 22. Juni 2015

Freiheit und Demokratie bilden das Fundament unseres Zusammenlebens. Die Bedeutung dieser Themen hat der Dialog bestätigt. Persönliche Freiheit und Meinungsfreiheit gehörten für die Teilnehmer sogar zu den am häufigsten genannten Aspekten von Lebensqualität. Diese Freiheitsrechte sind für die Bürger essentiell und Voraussetzung dafür, sich in der Gesellschaft entfalten und eigene Lebensziele verwirklichen zu können. Neben der individuellen Freiheit war ihnen auch die Möglichkeit wichtig, mitzugestalten und mitzuentcheiden und damit die Demokratie lebendig zu halten. Dass dies nicht nur Aufgabe der Politik, sondern auch Auftrag an sie selbst ist, wurde ebenfalls deutlich.

### ■ Wahlen – Basis der Demokratie: Indikator Wahlbeteiligung

„Demokratie ist ein Geschenk, aber es fehlt das Bewusstsein, wie grandios dieses Geschenk ist.“

aus dem Bürgerdialog des Deutschen Naturschutzrings in Berlin am 1. September 2015

Der Themenbereich „Demokratie und politischer Prozess“ wurde von den Bürgerinnen und Bürgern sehr intensiv diskutiert. Besonders häufig kamen Politikstil, politische Partizipation und Politikinhalt zur Sprache.

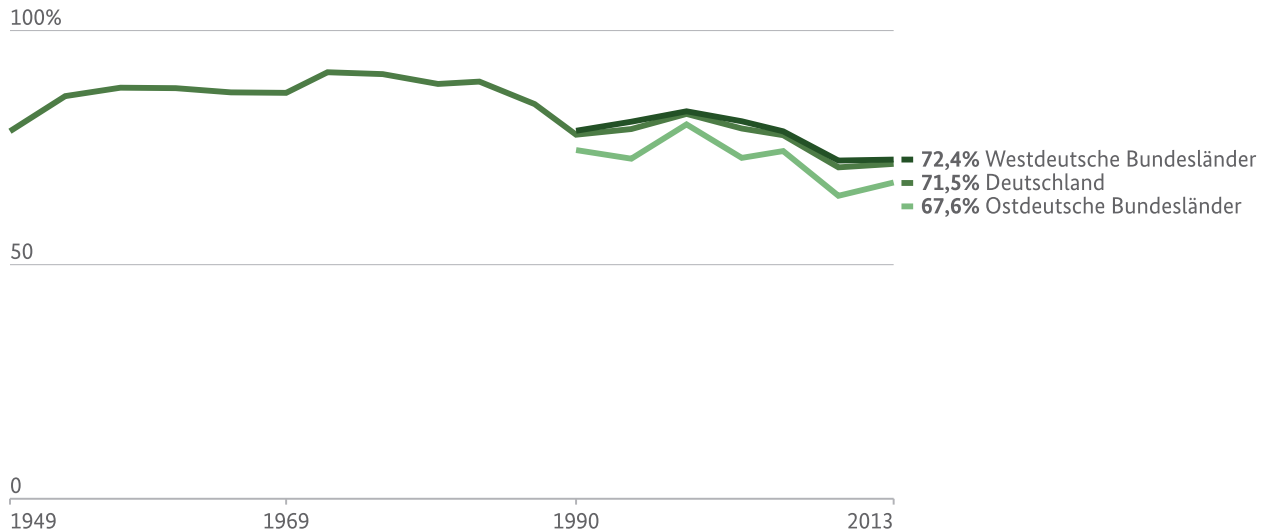
Bezogen auf den Politikstil wünschten sich die Teilnehmer u.a. ehrliche, unabhängige Politiker, die noch stärker auf die Belange der Bürger eingehen und sich den tatsächlichen Problemen der Menschen zuwenden. Dazu gehörte ihrer Ansicht nach auch, dass Politiker ihr Handeln und ihre Entscheidungen besser erklären, da Politik immer komplizierter wird. Eng an diese Kritikpunkte knüpften sich die Forderungen einiger Teilnehmer nach einer unabhängigeren und transparenteren Politik. Diese empfanden sie zu oft von Interessenverbänden anstelle von Bürgermeinung bestimmt.<sup>320</sup>

Auch wenn der Beitrag politischer Institutionen zur Lebensqualität schwer zu messen ist: Studien belegen, dass die Ausgestaltung des demokratischen Systems die Lebenszufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger wesentlich beeinflussen kann.<sup>321</sup> Grundlegend ist insbesondere das **Recht auf freie, gleiche und geheime Wahlen**. Eine hohe Wahlbeteiligung ist Ausdruck einer gesunden und lebendigen Demokratie. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, ist sichergestellt, dass ihre vielfältigen Interessen adäquat durch gewählte Vertreter repräsentiert werden. Denn politische Teilhabe findet in Deutschland in erster Linie durch Wahlen statt. Freie und geheime Wahlen gemäß Artikel 38 GG sind die Basis unserer Demokratie.

Die **Wahlbeteiligung** gibt den Anteil der Wahlberechtigten an, die ihre Stimme abgeben und damit ihr Wahlrecht nutzen. Sie ist damit ein guter Indikator für das politische Interesse der Menschen und oft auch Spiegelbild aktuell besonders strittiger politischer und gesellschaftlicher Entscheidungsfragen. Ausgehend von einer hohen Wahlbeteiligung seit den ersten Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland bis in die 1980er Jahre hinein, ist die Wahlbeteiligung bei **Bundestagswahlen** deutlich gesunken. In den ersten Jahrzehnten nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 machten deutlich über 80 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Bei den Wahlen 1972 und 1976 waren es im Zeichen der Auseinandersetzung um die „Neue Ostpolitik“ und den Terror der linksextremistischen Vereinigung „Rote Armee Fraktion“ (RAF) sogar mehr als 90 Prozent. Mit der Bundestagswahl von 1987 begann die Wahlbeteiligung zu sinken. 2009 erreichte sie mit 70,8 Prozent ihren bisherigen Tiefstand. Bei der Bundestagswahl 2013 lag sie bei 71,5 Prozent (vgl. Abb. 99).

Auffällig ist, wie unterschiedlich verschiedene Bevölkerungsgruppen ihr Wahlrecht nutzen. So gehen Bürgerinnen und Bürger in Arbeitslosigkeit, mit geringem Einkommen und niedrigem sozio-ökonomischen Status seltener wählen als höhere Einkommens- und Statusgruppen. Diese Tatsache zeigt sich auch regional dort, wo hohe Arbeitslosigkeit und prekäre Lebenslagen vorherrschen.<sup>322</sup>

Abbildung 99: Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Prozent aller Wahlberechtigten



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wahlen. Bis 1987 Wahlbeteiligung nur für die westdeutschen Bundesländer und Berlin-West.

In den neuen Bundesländern gehen die Wahlberechtigten seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 durchschnittlich seltener zur Stimmgabe als die in den alten Bundesländern. Auch beteiligen sich 18- bis Unter-40-Jährige weniger oft an Bundestagswahlen als ältere Bürgerinnen und Bürger.<sup>323</sup> Eine niedrige Wahlbeteiligung kann einerseits das Maß an politischer Mitbestimmung und Legitimierung der Institutionen schwächen. Andererseits tritt eine zusätzliche Verzerrung durch ungleiche soziale und regionale Wahlbeteiligung auf. Dadurch können die Interessen schwach artikulierter und gering repräsentierter Gruppen eher übersehen werden.

Eine ähnliche Tendenz zeigte sich bis vor kurzem auch bei **Landtagswahlen** (vgl. Abb. 100). Die deutlichsten Rückgänge gab es in den letzten rund 25 Jahren mit über einem Fünftel in Sachsen, Bremen und dem Saarland.<sup>324</sup> Bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg lag die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent. Zu einem leichten Umschwung kam es bei den Landtagswahlen im März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Dieser positive Trend wurde bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin im September 2016 fortgesetzt. Deutlich mehr Menschen sind hier wählen gegangen. Diese Wahlen standen unter dem Eindruck der intensiven Debatten um die Flüchtlingspolitik und motivierten so mehr Wahlberechtigte zur Stimmabgabe.

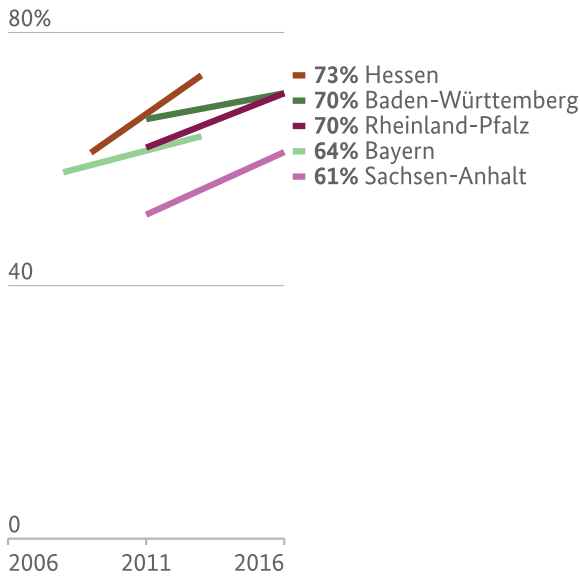
Die Teilnahme der deutschen Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen zum **Europäischen Parlament** ist im Vergleich zu Bundes- und Landtagswahlen gering (vgl. Abb. 101). Trotz der zunehmenden Bedeutung europäischer Entscheidungen für den Alltag der Menschen sank die Wahlbeteiligung seit den ersten Wahlen 1979. Gingen 1979 rund gut zwei Drittel der Stimmberechtigten zur Europawahl, entschieden sich seit 1999 weniger als die Hälfte zur Stimmabgabe. Nach Tiefstständen 2004 und 2009 mit nur 43 Prozent stieg die Beteiligung 2014 allerdings wieder leicht auf 48 Prozent. Im Vergleich der 28 EU-Mitgliedsstaaten liegt Deutschland im oberen Drittel.<sup>325</sup>

Bei den vergangenen **Kommunalwahlen** war die Wahlbeteiligung auf einem historischen Tiefstand, so z. B. im Herbst 2015 in Nordrhein-Westfalen (50 Prozent) und zuletzt im Frühjahr 2016 in Hessen (48 Prozent). Die Gründe dafür sind vielfältig: Fehlendes Interesse an den kommunalen Themen oder zu wenig Information lassen die Wahlbeteiligung schrumpfen. Umgekehrt zeigt sich aber auch: Sobald Bürgerinnen und Bürger von einem Thema persönlich betroffen sind, werden sie aktiv. Dies gilt insbesondere für Bürgerinitiativen gegen Fluglärm, Stromtrassen, bei Ortsumgehungsstraßen oder größeren Bauvorhaben. Hier sind Politik, politische Parteien und Bildungsträger gleichermaßen gefordert, besser zu erklären und mehr Transparenz zu schaffen.

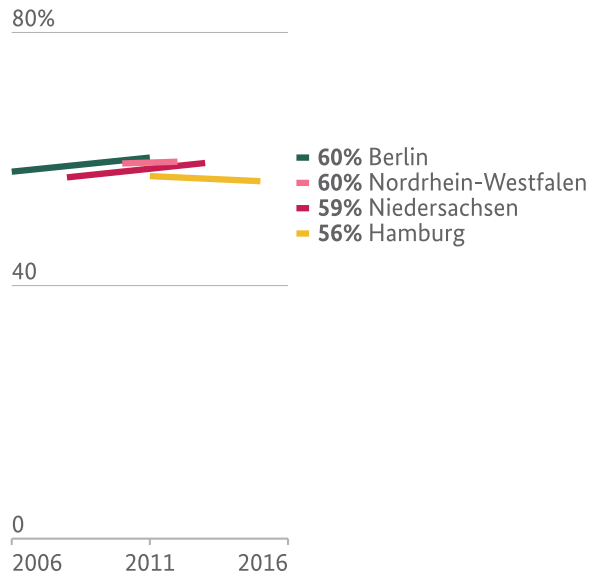


Abbildung 100: Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten und vorletzten Landtagswahlen in Prozent aller Wahlberechtigten

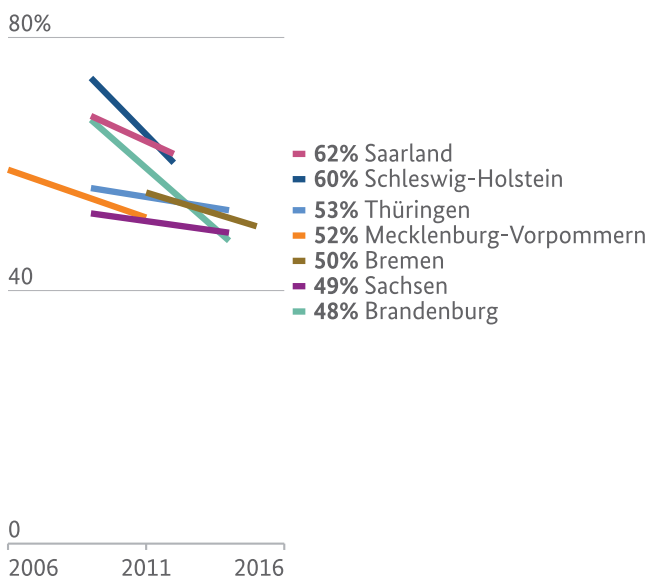
**Gestiegen**



**Stagniert**

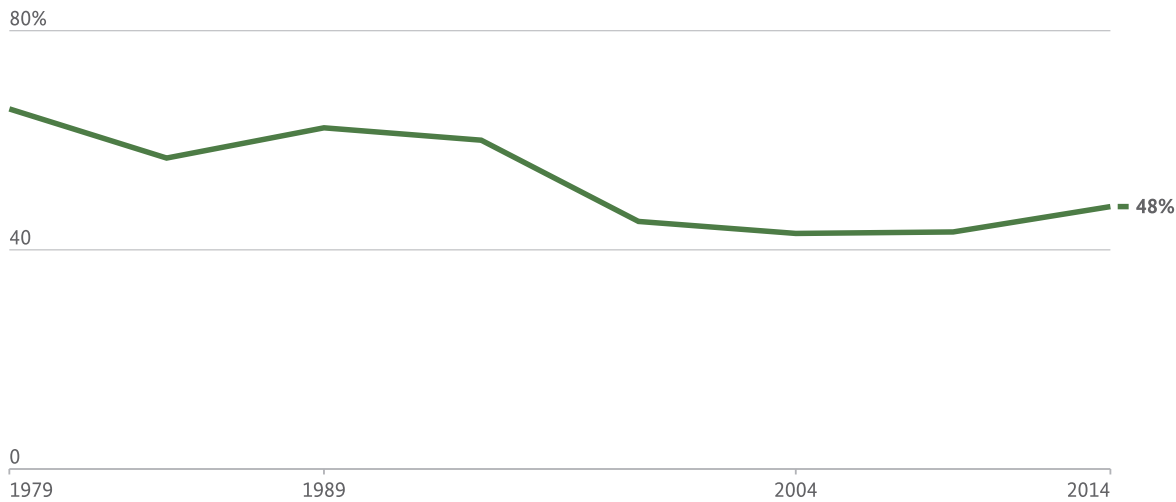


**Gesunken**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wahlen.

Abbildung 101: Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen in Deutschland in Prozent aller Wahlberechtigten



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wahlen.

Wichtige Eckpfeiler der **politischen Bildung** sind die schulischen und außerschulischen Angebote. Politische Bildung gehört zu den wichtigsten Bildungszielen, die etwa im Deutsch-, Geschichts- und Sozialkundeunterricht verfolgt werden. Seit der Nachkriegszeit setzen sich im außerschulischen Bereich die Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) sowie die Landeszentralen dafür ein, das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und sie zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte anzuregen. Ein Beispiel ist der digitale „Wahl-O-Mat“ der BPB, den Millionen von Bürgern nutzen, um ihre politische Positionen mit denen der Parteien abzugleichen. Auch die vom Bund geförderten, den Parteien nahe stehenden Stiftungen machen sich für politische Bildung und aktive

politische Teilhabe stark. Die Kritik der Bürgerinnen und Bürger muss für Politik Auftrag sein, immer wieder neue Formate zur Mitbestimmung und Mitgestaltung auszuprobieren.

Die **Wahlbeteiligung** ist ein etablierter und anerkannter Indikator für die **Messung politischer Partizipation**. In Deutschland herrscht ein hohes Maß an Vertrauen in den Wahlablauf und die amtlich festgestellten Endergebnisse. Dazu tragen ein transparentes Wahlverfahren und die Unabhängigkeit der jeweiligen Bundes- bzw. Landeswahlleiter<sup>326</sup> bei.

■ **Chancen zur Mitgestaltung kennen und nutzen:** Indikator Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen

Unsere Demokratie lebt nicht nur davon, dass Bürgerinnen und Bürger regelmäßig bei Wahlen ihre Stimme abgeben. Ebenso wichtig ist es, immer wieder neue Wege der Partizipation, der Begegnung und des Dialogs zu beschreiten.

„Ich wünsche mir mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger. Da ist diese Veranstaltung ein guter Anfang.“ Diese Aussage eines Teilnehmers aus dem Bürgerdialog des Naturpark-Vereins in Bad Dübener Heide am 6. Juni 2015 zeigt: Mehr politische Partizipationsmöglichkeiten, um sich stärker einzubringen – das war vielen Bürgerinnen und Bürgern im Dialog ein dringendes Anliegen. Konkret meinten sie oft die Stärkung der direkten Demokratie, etwa durch Volksentscheide auf Bundesebene.

Demokratie lebt auch von der überwiegend **ehrenamtlichen Arbeit** in Stadträten und Gemeindeparlamenten, in Parteien und Interessenverbänden, wie z. B. Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften. Das große Engagement dieser zivilgesellschaftlichen Akteure für mehr Lebensqualität zeigte sich u. a. darin, dass sie zahlreiche Bürgerdialoge im Rahmen der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ veranstaltet und besucht haben. Für viele der Teilnehmer war einer der Hauptbeweggründe, dass ihre Ideen und Anregungen bei der Bundesregierung Gehör finden und bestenfalls umgesetzt werden. Die mehrheitlich positive Reaktion auf das Format „Bürgerdialog“ unterstreicht, dass der direkte Austausch mit der Regierung die Bürgerinnen und Bürger angesprochen hat.

Für die Demokratie ist es entscheidend, dass Bürgerinnen und Bürger von der Politik gut informiert sind und mitgestalten können. Dies gilt für Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen. Verfestigt sich der Eindruck bei Bürgern, keinen Einfluss mehr zu haben, so droht eine Abwendung vom politischen System. Dem Ziel, die politischen Partizipationsmöglichkeiten zu erfassen, dient ein **Indikator**. Er erfasst, **wie stark Menschen ihren Einfluss auf die Politik einschätzen**. Diese subjektive Messgröße wird im ESS erhoben. An der siebten Umfragewelle des ESS, die konkret nach den Partizipationsmöglichkeiten im Land fragt, haben neben Deutschland weitere 20 EU-Staaten teilgenommen.<sup>327</sup>

Auch wenn Deutschland im europäischen Vergleich mit Platz sieben im oberen Drittel der Umfrage liegt, so zeigt sich im Einzelnen die Skepsis der Befragten. Die Möglichkeiten, die das politische System in der Bundesrepublik den Bürgerinnen und Bürgern gibt, werden insgesamt eher negativ bewertet (vgl. Abb. 102). Die größte Gruppe der Befragten (rund 46 Prozent) glaubt, dass sie keinen oder nur einen sehr geringen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Nur jeder Fünfte (19 Prozent) sieht wirklich gute Chancen, seinen Ideen und Meinungen wirksam Gehör zu verschaffen. Besonders ausgeprägt ist die Skepsis in den ostdeutschen Bundesländern. Dies geht einher mit einer vergleichsweise niedrigen Wahlbeteiligung in den ostdeutschen Ländern (vgl. Indikator *Wahlbeteiligung* in dieser Dimension).

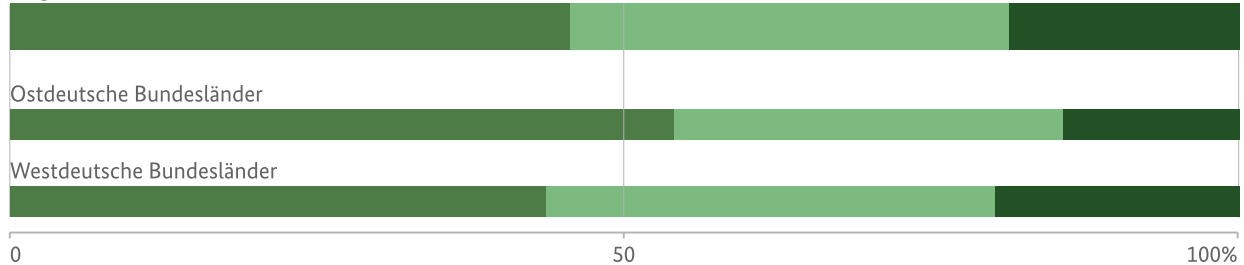
Wie bei der Wahlbeteiligung zeigt sich auch hier, dass stärker artikulierte Gruppen mit höherem sozio-ökonomischem Status einen besseren Zugang zu den Beteiligungsmöglichkeiten finden (vgl. Abb. 102). Frauen und Männer mit höheren Bildungsabschlüssen (mindestens Abitur oder Fachabitur) schätzen ihre Mitwirkungschancen deutlich optimistischer ein. Jeder Vierte (27 Prozent) von ihnen sieht große Einflussmöglichkeiten, während es bei Befragten mit Abschlüssen bis einschließlich Hauptschule nur jeder Zehnte ist. Annähernd zwei Drittel (62 Prozent) dieser Gruppe äußern sich pessimistisch.<sup>328</sup>

Deutlich wird zweierlei: Erstens müssen bestehende Möglichkeiten der politischen Beteiligung und ihre Wirksamkeit besser vermittelt werden. Dazu gehören Bürgersprechstunden von Amtsträgern, Petitionen, Bürger- und Volksbegehren oder -entscheide und vor allem das aktive und passive Wahlrecht. Es gilt, Mittel und Wege zu finden, die Beteiligungsmöglichkeiten und den Beteiligungswillen schwach repräsentierter Gruppen deutlich zu erhöhen. Zweitens müssen neue Formen der Partizipation, der Begegnung und des Dialogs zwischen Bürgern und Politikern erprobt werden. Das unterstützen die Dialogteilnehmer: „Auch diese Plattform ist ein Neuanfang, der unserer Demokratie wieder Schwung gibt und die stärkste Fraktion der Nichtwähler auflösen möge.“ (aus einer Online-Antwort vom 8. September 2015). Zugleich war den Bürgerinnen und Bürgern bewusst, dass auch sie selbst gefordert sind. Denn nur wer sich aktiv einbringt und mitmacht, der kann auch mitentscheiden.

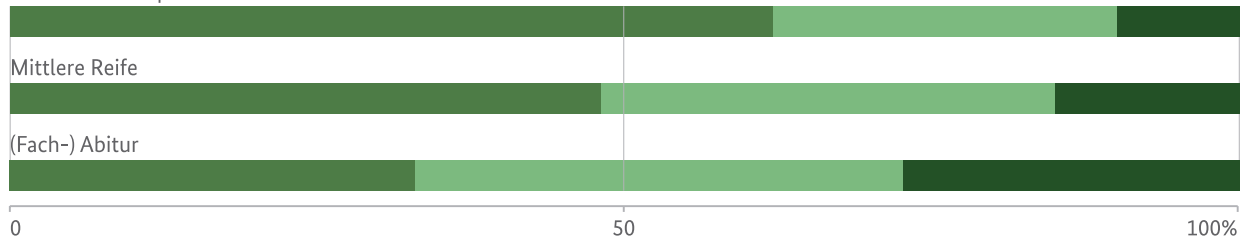
Abbildung 102: Wahrgenommene Einflussmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger auf Politik 2014

**Region**

Insgesamt

**Bildung**

Bis einschl. Hauptschule



● kein Einfluss ● mittlerer Einfluss ● starker Einfluss

Quelle: European Social Survey.

Die Bundesregierung bietet neue Wege des Dialogs und der Partizipation. Dazu gehören neben dem Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ auch der 2015 gestartete Bürgerdialog Stromnetz. Weitere Dialoge wurden zu den Themen Forschung und Verkehrssicherheit aber auch zur Sicherheitspolitik, wie etwa in der Entstehung des im Juli 2016 veröffentlichten „Weißbuchs“ zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung sowie zur Land- und Ernährungswirtschaft durchgeführt.<sup>329</sup>

Zudem hat die Bundesregierung ein Portal gegründet, mit dessen Hilfe Bürgerinnen und Bürger Regelungsentwürfe der Bundesregierung einsehen können. Das Portal bietet einen Überblick, was in den Ministerien bereits heute getan wird, um die Öffentlichkeit an der Vorbereitung von Regelungsentwürfen zu beteiligen. Die Webseite leitet Interessierte direkt zu den Beteiligungsangeboten der Ressorts weiter. Denn es ist wichtig, dass die Rechtssetzungsprozesse für Bürgerinnen und Bürger transparent und nach-

vollziehbar sind. Dem dient auch die fortlaufende Evaluierung bereits bestehender Regelungen. Weitere Ansätze der Bundesregierung finden sich im Arbeitsprogramm „Bessere Rechtssetzung 2014“.<sup>330</sup>

Die Frage, **wie stark Menschen ihren Einfluss auf die Politik einschätzen**, wurde 2014 neu in die Befragung des **European Social Survey (ESS)** aufgenommen. Der ESS ist eine auf wissenschaftlichen Maßstäben beruhende Erhebung, die seit 2002 alle zwei Jahre auf freiwilliger Basis durchgeführt wird. Sie sammelt Daten über Einstellungen und Verhaltensmuster der Bevölkerung in mehr als 30 europäischen Ländern. Deutschland hat bisher an allen ESS-Befragungen teilgenommen. Der Stichprobenumfang für Deutschland lag 2014 bei 3.019 Bürgerinnen und Bürgern, womit die Ergebnisse als repräsentativ eingestuft werden können.

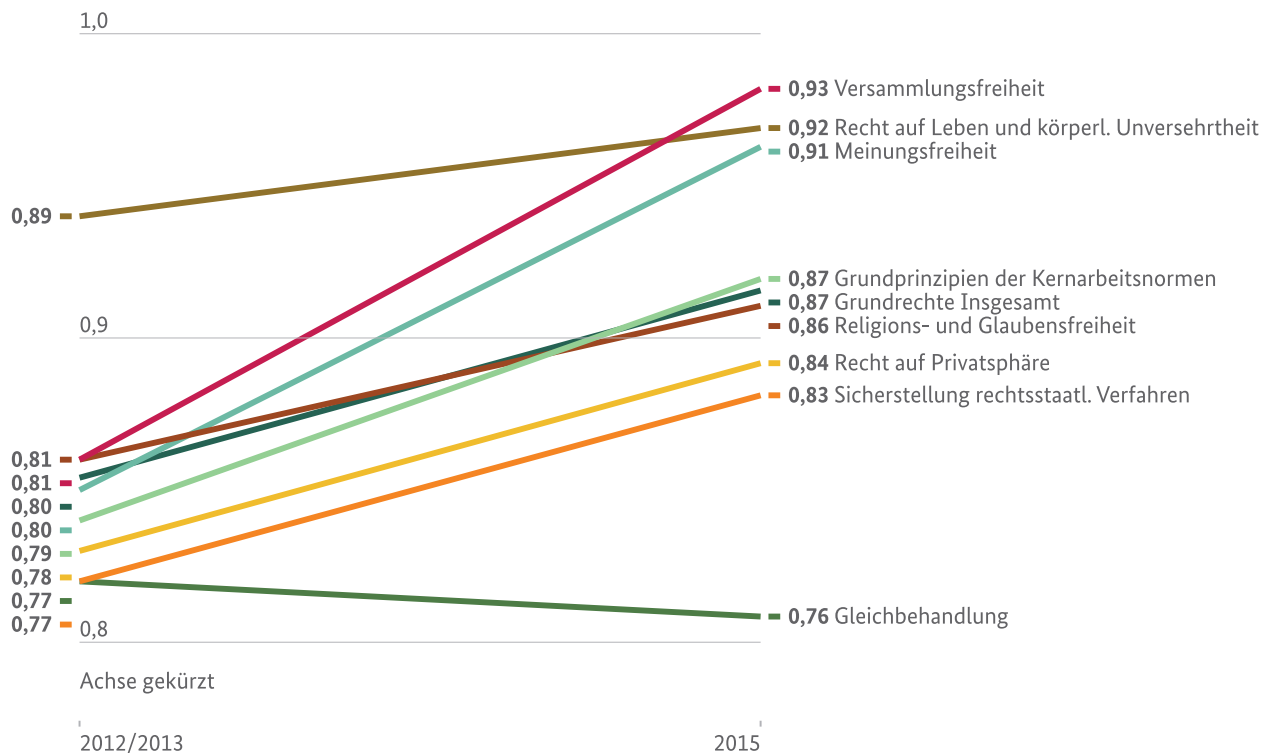
■ **Ein Land freier und gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger:** Indikator Gewährleistung von acht ausgewählten Grundrechten

„Seine Meinung sagen zu dürfen, ohne dabei gerichtlich belangt zu werden, stellt ein hohes Gut dar.“  
 aus einer Online-Antwort vom 16. Juni 2015

zu äußern, sich mit Hilfe der unabhängigen Presse informieren zu können, ungestört Glauben und Religion zu praktizieren – das war allen sehr wichtig. Freiheit gehörte zu den am häufigsten diskutierten Themen. Wissenschaftliche Studien belegen: Diese Grundrechte müssen sich in Gesetzen und Regeln widerspiegeln, um persönliche Freiheit und das Recht auf freie Selbstentfaltung zu gewährleisten.<sup>331</sup>

Freiheits- und Gleichheitsrechte prägen unsere Gesellschaft. Sie verbürgen, dass sich in Deutschland jeder frei entfalten kann, solange er damit die Rechte anderer nicht einschränkt. Die Bürgerinnen und Bürger diskutierten Freiheitsrechte in all ihren Facetten: Frei die Meinung

Abbildung 103: Entwicklung von acht ausgewählten freiheitsbezogenen Grundrechten in Deutschland



Quelle: World Justice Project; <http://worldjusticeproject.org/historical-data>; zuletzt aufgerufen am 26. April 2016.

Wie es um die Gewährleistung der Freiheits- und Gleichheitsrechte tatsächlich bestellt ist und wie Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern abschneidet, ist sehr schwer messbar. Der **Index des World Justice Project (WJP)** ist eine der wenigen international vergleichbaren Kenngrößen. Er basiert auf einer Bürgerbefragung und auf Experteninterviews. Acht Freiheitsrechte werden auf einer Skala von null bis eins (Optimal-Zustand) einzeln und zusammen gemessen: die Gleichbehandlung und Freiheit von Diskriminierung, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren, die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit, das Recht auf Privatsphäre, die Versammlungsfreiheit und Arbeitsrechte.

Im **internationalen Vergleich** ist Deutschland ein sehr freies Land, insbesondere die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind hoch (vgl. Abb. 103). Seit 2012 haben sich die Werte kontinuierlich verbessert. 2015 erreichte die Bundesrepublik den sechsten Platz von insgesamt 102 untersuchten Staaten.<sup>332</sup> Ein Verbesserungsbedarf wird Deutschland bei Fragen der Gleichberechtigung sowie der Beseitigung von Diskriminierung aufgrund des sozio-ökonomischen Hintergrunds, des Geschlechts bzw. der geschlechtlichen Identität, der Herkunft oder der sexuellen Orientierung bescheinigt.

Die Architektinnen und Architekten des Grundgesetzes haben bereits 1949 den Rahmen zur Sicherung der Freiheitsrechte gesetzt und wesentliche Grundrechte in **Artikel 1 bis 19 GG** verankert. Über **Einhaltung und Schutz der Grundrechte** wachen die unabhängige Justiz mit dem Bundesverfassungsgericht an der Spitze und nicht zuletzt die freien Medien. Dem dienen auch das vom Deutschen Bundestag 2006 beschlossene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt die Bundesregierung zivilgesellschaftliches Engagement gegen freiheitsfeindliche Ideologien und für die Stärkung von Demokratie. Dafür sollen 2017 über 100 Millionen Euro bereitgestellt werden.<sup>333</sup>

Die **Gewährleistung von acht ausgewählten Grundrechten** in Deutschland wird im **Index des World Justice Project** mittels Bürgerbefragung und Experteninterviews erfasst. Die Antworten werden zwischen null und eins skaliert und einzeln sowie gleichgewichtet als ein Gesamtindex dargestellt.<sup>334</sup>

Die Messung der Gewährleistung von Freiheitsrechten sowie von guter Regierungsführung ist ein neues und methodisch komplexes sowie umstrittenes Feld. Die hier genutzte Erhebung wird seit 2008 im Auftrag des WJP durchgeführt, einer renommierten unabhängigen, zivilgesellschaftlichen Vereinigung aus den USA. Grundrechte sind eines von neun Themen. Die Ergebnisse gelten als gute Annäherung an einen schwer messbaren Bereich und erlauben einen Vergleich von mittlerweile 102 Staaten. Ergebnisse für Deutschland liegen seit 2011 vor, werden aber aufgrund von Änderungen in den Fragestellungen erst ab 2012 berücksichtigt.<sup>335</sup>

Die Befragung hat methodische Lücken, denn sie erfasst in jedem Land lediglich 1.000 Bürger in den je drei größten Städten. Für Deutschland sind das Berlin, Hamburg und München. Zusätzlich werden je Land über 20 Experten zu Details konsultiert, allerdings über einen längeren Zeitraum gestreckt. Während die Befragung der 1.000 Bürger in Deutschland 2013 erfolgte, fand die Expertenbefragung zwischen Oktober 2014 und Januar 2015 statt.



# In globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern



## ■ 12. In globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern

„Wenn wir gut leben und arbeiten wollen, brauchen wir Frieden. Frieden ist die Basis für alles andere.“

aus dem Bürgerdialog der AWO Berlin  
am 17. Juni 2015

**Frieden** war der Aspekt von Lebensqualität, der im gesamten Bürgerdialog am häufigsten von den Teilnehmern diskutiert wurde. Die Bewahrung des Friedens im eigenen Land und der Einsatz für Frieden in der Welt waren den Menschen außerordentlich wichtig. Damit eng verbunden waren für die Bürgerinnen und Bürger bspw. gute diplomatische Beziehungen zu den Nachbarländern. Vereinzelt brachten sie eine ablehnende Haltung gegenüber Rüstungsexporten zum Ausdruck.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Bürgerdialogen haben festgestellt, dass auch die Menschen in Deutschland die Folgen von Unfreiheit, Krisen und Konflikten in der Welt zu spüren bekommen, wie die Fluchtbewegungen der vergangenen Monate zeigen. Einige Menschen äußerten ihre Angst vor extremistischen und terroristischen Anschlägen, insbesondere von Rechtsextremisten, aber auch von Islamisten.

Auch über **materiellen Wohlstand** diskutierten die Bürgerinnen und Bürger sehr häufig im globalen Zusammenhang. Vielen war es wichtig, dass sich Deutschland weltweit für die Steigerung des Lebensstandards einsetzt. Außerdem legten viele Menschen Wert auf **verantwortungsvolles Wirtschaften** und **nachhaltigen Konsum** sowie den Einsatz für den **globalen Klimaschutz**, um die Grundlagen von Lebensqualität für ihre Kinder und Enkel und für kommende Generationen zu erhalten.

Auf Ebene der VN hat sich die Bundesregierung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) verpflichtet und damit dem Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung in allen Politikbereichen. In Deutschland wird die Agenda 2030 vor allem durch die nationale Nachhaltigkeitsstrategie umgesetzt. Neben den Zielen, die wir in Deutschland verfolgen, leistet die Bundesregierung auch Beiträge für das globale Gemeinwohl (z. B. Klimaschutz, Frieden und Sicherheit) und zur Unterstützung der Entwicklungsländer.

Die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung ist weltweit stark engagiert bei der Prävention und Bearbeitung von gewaltsamen Konflikten, insbesondere in den Krisenregionen im Osten Europas und in Zentralasien, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nord- und Subsahara-Afrika. Eine zentrale Rolle spielt mit Blick auf Krisenprävention und -bewältigung auch die Ertüchtigungsinitiative. Die Bundesregierung stellt hierfür 2016 im Bundeshaushalt erstmals Mittel bereit, die gemeinsam vom Auswärtigen Amt und vom Bundesministerium der Verteidigung bewirtschaftet werden.<sup>336</sup> Ertüchtigung umfasst die drei Elemente Beratung, Ausbildung und Ausrüstung.

Deutschland verfügt über ein großes wirtschaftliches und politisches Gewicht. Es liegt im Selbstverständnis der Bundesregierung, auch international – im Verbund mit den Partnern in der EU, der NATO und den VN – für Frieden und Sicherheit der Menschen einzutreten. Um Kriege und gewaltsame Konflikte zu verhindern oder einzudämmen, um politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Konfliktursachen auf Dauer zu beseitigen und somit langfristig Frieden zu fördern, handelt Deutschland im vernetzten Ansatz. Er bringt außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Instrumente zusammen.

Die Finanzmittel für Mediation und Stabilisierung, für humanitäre Hilfe und Übergangshilfe sowie für Entwicklungszusammenarbeit in regionalen Spannungsgebieten, sind erheblich gestiegen. Die deutsche Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit trägt unmittelbar zur Reduzierung von Konflikt- und somit auch von Fluchtursachen bei, indem sie die betroffenen Regionen nachdrücklich stabilisiert, Flüchtlinge in der Region unterstützt und ihnen vor Ort Bleibe- und Zukunftsperspektiven verschafft. Über Maßnahmen des zivilen Friedensdienstes trägt die Bundesregierung zudem in weltweit 35 fragilen und von Gewalt betroffenen Ländern langfristig zur Krisenprävention und Friedensförderung bei.

Leider sind politische Lösungen in seltenen Fällen nicht nur mit Diplomatie zu erreichen. In diesen Fällen kann sich die internationale Gemeinschaft zu robustem, völkerrechtlich legitimiertem militärischem Eingreifen entscheiden, um der Diplomatie den Weg zu akzeptablen politischen Lösungen zu eröffnen.

Die Bundeswehr ist ein zentraler Teil des sicherheitspolitischen Handelns der Bundesregierung und wurde auch häufig im Bürgerdialog genannt. Sie ist als **Parlamentsarmee** demokratisch legitimiert und leistet einen Beitrag dazu, dass Deutschland seiner globalen Verantwortung und der Förderung von Frieden gerecht werden kann. Ihre Aufgaben reichen von Beobachtermissionen über humanitäre Einsätze bis hin zur robusten Friedensicherung und -erzwingung, wo dies notwendig ist.

Bei Rüstungsexporten verfolgt die Bundesregierung eine restriktive Genehmigungspraxis. In der jetzigen Legislaturperiode wurden neue Transparenzregeln zur Information des Parlaments über abschließende Rüstungsexportgenehmigungen der Bundesregierung, denen eine Befassung des Bundessicherheitsrats vorangegangen ist, eingeführt. Für den Export von Kleinwaffen wurden verschärfte Regeln beschlossen. In den Kleinwaffengrundsätzen ist festgehalten, dass prinzipiell keine Genehmigungen für die Ausfuhr von Komponenten und Technologie in Drittländer erteilt werden, die in dem betreffenden Land eine neue Herstellungslinie für diese Waffen oder entsprechende Munition eröffnen würden. Außerdem führt Deutschland sogenannte Post-Shipment-Kontrollen ein – also die Überprüfung vor Ort, ob der Endverbleib der Waffen beim Empfänger gesichert und eine Proliferation ausgeschlossen ist. Verantwortungsvolle Exportkontrolle leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention von illegaler Verbreitung von Waffen. Unter anderem mit seinem Engagement für den Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty) setzt sich Deutschland auch international für die Verbreitung guter Exportkontrollstandards ein und fördert mit bi- und multilateralen Maßnahmen die Implementierung und Universalisierung des Vertrags.

Deutschland setzt sich für ein werte- und regelbasiertes Wirtschaftssystem ein sowie im Kreis der G7- und der G20-Staaten für die Gestaltung der Globalisierung im Sinne gemeinsamer Prinzipien und Regeln. 2015 wurden unter deutscher Präsidentschaft beim G7-Gipfel in Elmau starke Impulse gesetzt. Dazu zählten u.a. gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus, Ausbau der Zusammenarbeit in Steuerfragen sowie der globale Klimaschutz.

Die Integration Deutschlands in den europäischen Ordnungsrahmen ist eine Grundkoordinate deutscher Politik und trägt in großem Maße zur Lebensqualität der deutschen Bevölkerung bei. Der EU-Binnenmarkt erlaubt den

Menschen überall in der Europäischen Union zu leben, zu studieren oder zu arbeiten. So können Freundschaften und Netzwerke über die Grenzen hinaus geschlossen und die kulturelle Vielfalt erlebt werden. Die EU leistet für die Mehrzahl der Dimensionen von Lebensqualität zentrale und wichtige Beiträge, ohne dass diese in diesem Bericht im Einzelnen quantifizierbar wären.

### ■ **Durch Klimaschutz Lebensgrundlage der Menschen erhalten:** Indikator globale und nationale Treibhausgas-Emissionen

„[Klimaschutz] das reicht ja nicht nur in Deutschland, das [...] ist doch ein weltweites Problem.“

aus dem Bürgerdialog der Caritas in Frankfurt am Main am 3. Juni 2015

Wissenschaftliche Studien zeigen: Der **Klimawandel** hat schon jetzt negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der Menschen in Deutschland<sup>337</sup> und weltweit<sup>338</sup>. Bei einer Klimaerwärmung um mehr als zwei Grad Celsius (im Vergleich zum globalen Temperaturdurchschnitt vor der Industrialisierung) drohen abrupte und potentiell katastrophale und unumkehrbare Folgen.<sup>339</sup> Bereits bei zwei Grad Celsius drohen gefährliche Folgen für viele Menschen weltweit, etwa durch den Anstieg des Meeresspiegels.

Klimaschutz ist neben seiner ökonomischen und ökologischen Dimension auch Gesundheitsschutz, denn: Hitze wirkt sich direkt auf Herzerkrankungen aus. Die Sonneneinstrahlung beeinflusst die Gesundheit durch die bodennahe Ozonkonzentration sowie die UV-Strahlung. Temperatur- und Feuchteveränderungen beeinflussen die Ausbreitung von Vektoren, Krankheitserregern, Allergenen und Schadstoffen in der Luft und in Gewässern. Extremwetterereignisse (z. B. Stürme, Sturmfluten oder Starkregen) können zu Unfällen, Verletzungen, Todesopfern und Infektionskrankheiten führen.

Wie wichtig **Deutschlands Beitrag zum globalen Klimaschutz** ist, war den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog sehr bewusst. Sie befürworteten die ambitionierte Klimapolitik der Bundesregierung. Basierend auf den Handlungsempfehlungen der Wissenschaft<sup>340</sup> und auf den bei der 21. VN-Klimakonferenz in Paris vereinbarten Ziele, soll die Klimaerwärmung auf unter zwei Grad Celsius und

möglichst auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden. Zudem sollen die globalen Finanzströme in eine klimaverträgliche Richtung geleitet und die Anpassung an den Klimawandel gestärkt werden.

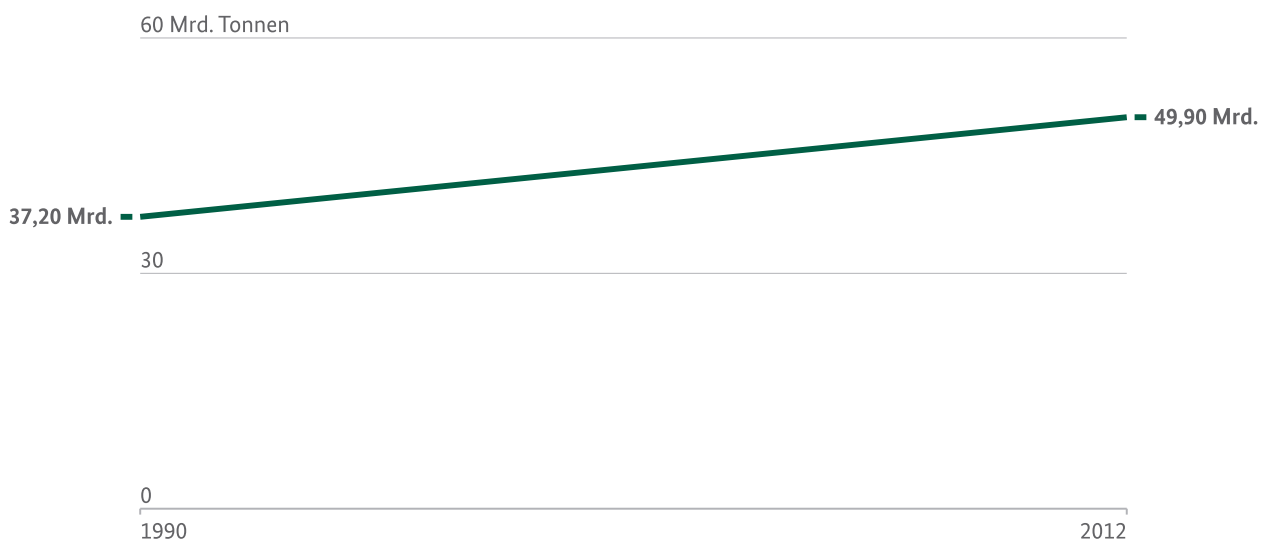
Deutschland setzt beim Klimaschutz insbesondere auf den zunehmenden Einsatz von erneuerbaren Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz. Das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung ist es, die klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2050 sogar um 80 bis 95 Prozent (gegenüber dem Niveau von 1990) zu senken.

Bei der 21. VN-Klimakonferenz in Paris hat sich die Bundesregierung erfolgreich dafür eingesetzt, universelle Ziele und Regelungen für die internationale Staatengemein-

schaft zu finden. Der Indikator **globale und nationale Treibhausgas-Emissionen** misst den Ausstoß von Treibhausgasen weltweit und national. Er dokumentiert damit Veränderungen im Bereich des Klimaschutzes.

Die Menschheit hat seit Beginn der Industrialisierung mehr als zwei Drittel ihres „Kohlenstoffbudgets“ zur Einhaltung der zwei Grad Celsius Obergrenze aufgebraucht – also der Menge an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten bzw. an Treibhausgasen, die die Atmosphäre zusätzlich aufnehmen kann, bevor der Klimawandel abrupte und potentiell katastrophale Folgen haben kann.<sup>341</sup> Dieses Budget wurde bis heute in zunehmendem Tempo aufgebraucht: Die **jährlichen globalen Treibhausgas-Emissionen** sind von 1990 bis 2012 um rund ein Drittel gestiegen (vgl. Abb. 104).

Abbildung 104: Entwicklung der globalen Treibhausgas-Emissionen (in Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>eq pro Jahr)

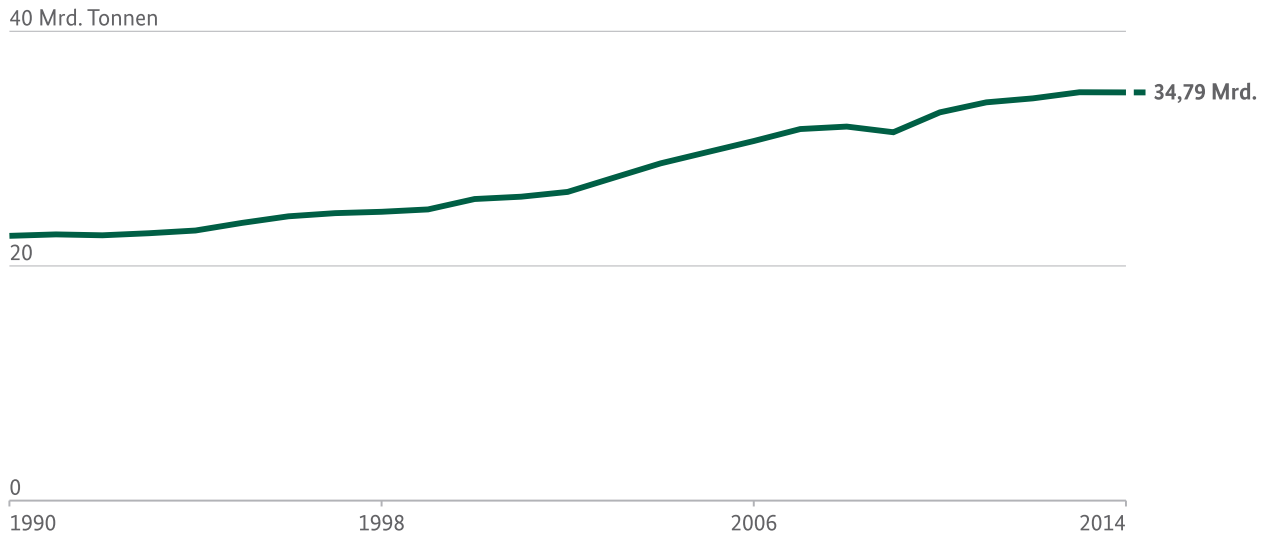


Quelle: Edgar JRC/PBL und FAOSTAT.<sup>342</sup>

Neue Daten zu CO<sub>2</sub>-Emissionen deuten darauf hin, dass die jährlichen globalen Emissionen **2014 zum ersten Mal trotz einer wachsenden Weltwirtschaft nicht gestiegen sind** (vgl. Abb. 105). Das im Pariser Klimaabkommen vereinbarte Ziel der Treibhausneutralität in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts erfordert im nächsten Schritt aber, dass diese Kurve abflacht, fällt und sich möglichst schnell dem Wert Null annähert, auch weil das ausgestoßene CO<sub>2</sub> noch lange in der Atmosphäre verweilt.

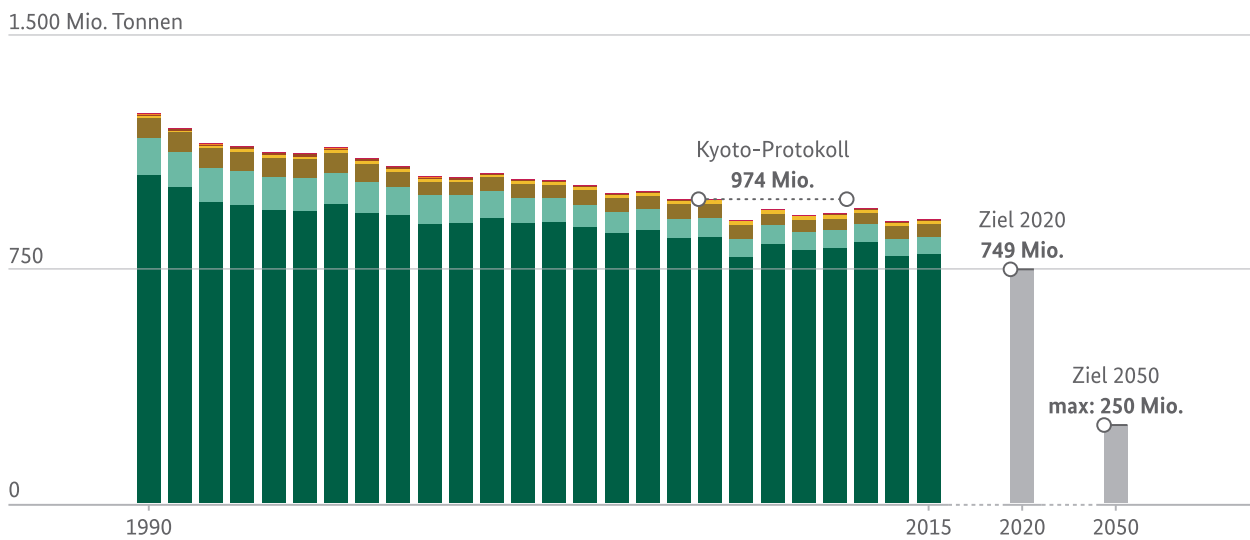
In **Deutschland** sind die jährlichen Treibhausgas-Emissionen seit 1990 um rund 27 Prozent gesunken (vgl. Abb. 106). Da die Projektionen aber gezeigt haben, dass die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen werden, um die Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren<sup>343</sup>, sind hier deutliche zusätzliche Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft notwendig. Dafür hat die Bundesregierung im Dezember

Abbildung 105: Entwicklung der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen (in Milliarden Tonnen pro Jahr)



Quelle: Edgar JRC/PBL. Der Edgar-Datensatz zu CO<sub>2</sub>-Emissionen enthält keine Emissionen aus CO<sub>2</sub>-neutraler Bioenergie und aus Landnutzungsveränderung oder Bränden von Wäldern, Mooren, usw.

Abbildung 106: Entwicklung der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland (in Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>eq pro Jahr)



● Kohlendioxid\* ● Methan ● Lachgas ● HFKW ● Schwefelhexafluorid ● FKW ● Stickstofftrifluorid

\*ohne Kohlendioxid aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft

Quelle: Umweltbundesamt 2015.

2014 das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 mit über 100 weiteren Maßnahmen für den Klimaschutz beschlossen. Allein von 2008 bis 2015 hat die Bundesregierung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative rund 21.000 Projekte mit über 663 Millionen Euro gefördert, die die Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sowie Investitionen in Klimaschutztechnologien unterstützen.

Darüber hinaus bereitet die Bundesregierung derzeit einen Klimaschutzplan 2050 vor, der für den Prozess zum Erreichen der langfristigen nationalen Klimaziele im Lichte des Pariser Klima-Abkommens eine inhaltliche Orientierung geben soll.

Deutschland übernimmt eine besondere Verantwortung, damit der 2015 in Paris vereinbarte **Umstieg auf treibhausgasneutrales Wirtschaften** weltweit gelingt. Mit der Energiewende und dem schrittweisen Umbau der Energieversorgung hin zu mehr erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz hat Deutschland auf diesem Weg bereits viel geleistet. Dazu zählen auch die Entwicklung, der Einsatz und der Export von Umwelttechnologien (z. B. im Bereich erneuerbare Energien oder Elektromobilität) sowie die finanzielle und technische Unterstützung von Entwicklungsländern im Rahmen der internationalen Klimafinanzierung. Diplomatische Bemühungen auf vielen Ebenen helfen, um gemeinsam mit anderen Ländern Wege zur Erreichung dieses Ziels zu definieren. Dazu gehört insbesondere auch eine aktive Rolle bei den Klimaverhandlungen, wie zuletzt beim Zustandekommen des Paris-Abkommens. Oder auch ein kontinuierliches Engagement in internationalen Foren für eine nachhaltigere Energieversorgung, wie z. B. der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA), die wesentlich auf deutsche Initiative hin gegründet wurde.

Der Klimawandel ist **eine der größten politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen** für die Staatengemeinschaft. Er bietet aber auch **große Chancen**, die Wirtschaft nachhaltig zu gestalten und wichtige neue unternehmerische Geschäftsfelder zu erschließen. Deutschland ist Exportweltmeister im Umweltschutz.<sup>344</sup> Durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) konnte die Bundesrepublik zum weltweiten Vorreiter im Bereich der sauberen Energie werden. 2015 wurden schon 31,6 Prozent des deutschen Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien abgedeckt.<sup>345</sup> Forschung und Entwicklung im Rahmen

des 6. Energieforschungsprogramms tragen entscheidend dazu bei, neue Technologien für die Energieversorgung von morgen verfügbar zu machen. Allein 2015 hat die Bundesregierung 863 Millionen Euro in Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen zur Entwicklung von erneuerbaren Energietechnologien, Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz, Speichern und Netzen investiert. Systemorientierte Maßnahmen nehmen dabei ständig an Bedeutung zu. In Deutschland waren 2014 insgesamt 355.400 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien beschäftigt.<sup>346</sup> Erneuerbare Energien sind an manchen Einsatzorten heute schon günstiger als konventionelle Energieträger.

Bei der Wärme und im Verkehr lagen die Anteile der erneuerbaren Energien 2015 allerdings erst bei 13,2 bzw. 5,3 Prozent.<sup>347</sup> Die Bundesregierung fördert deshalb die Energieeffizienz in beiden Bereichen: den Umstieg auf strombasierte und erneuerbare Alternativen in der Wärmeerzeugung und die Elektromobilität.

Zudem setzt sie sich dafür ein, dass vom europäischen Emissionshandel stärkere Anreize und Signale für die Reduzierung von Emissionen und den Einsatz von treibhausgasarmen Technologien ausgehen. Im Rahmen der internationalen „Carbon Pricing Leadership Coalition“ wirbt die Bundesregierung gemeinsam mit anderen Staaten, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren für die weltweite Einführung von CO<sub>2</sub>-Preisen. Entsprechend wurde letztes Jahr unter dem deutschen G7-Vorsitz auch eine G7-Kohlenstoffmarkt-Plattform gegründet, die in mehreren Bereichen als zeitgerechter Impulsgeber für den internationalen Prozess dienen soll.

In zahlreichen Ländern fördert die Bundesregierung **Klimaschutz-Projekte**. Mehr als eine halbe Milliarde Euro investiert sie jährlich in Maßnahmen zum Schutz von Wäldern und Biodiversität, zur Minderung von Treibhausgas-Emissionen und im Bereich der Anpassung an den Klimawandel.<sup>348</sup> Abholzung und Brände, vor allem in den Tropen, sind für etwa so viele Emissionen verantwortlich wie der Transportsektor, also wie alle Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge weltweit.<sup>349</sup> Ab 2020 will die internationale Staatengemeinschaft zusammen 100 Milliarden Euro jährlich für Klimafinanzierung bereitstellen. Die Bundesregierung strebt an, ihre internationale Klimafinanzierung bis 2020, bezogen auf das Jahr 2014, zu verdoppeln.

Der Indikator **globale und nationale Treibhausgas-Emissionen** misst den Ausstoß von Treibhausgasen weltweit und national und damit die Fortschritte beim Klimaschutz. Treibhausgase, dazu gehören neben CO<sub>2</sub> auch Stoffe wie Methan oder Lachgas, entstehen beim Verbrennen von Kohle, Öl und Gas, aber auch durch Entwaldung, in der Landwirtschaft und durch den Ausstoß z.B. von Kühlmitteln in die Atmosphäre. Treibhausgase werden in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten angegeben, die nach dem sogenannten AR4 Standard des Weltklimarats gemäß ihres Treibhauspotentials umgerechnet werden. Globale Emissionsdaten basieren auf unterschiedlichen Schätzungen und Hochrechnungen für die einzelnen Länder und Emissionsquellen, die das Joint Research Centre, das Forschungszentrum der EU, harmonisiert.

■ **Frieden sichern durch nachhaltige Entwicklung weltweit:** Indikator Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote)

„Unsicherheit fühle ich weniger zur Rentenentwicklung als vor Umweltveränderungen, Kriegsgefahr, Krisen und äußerer Bedrohung.“

aus dem Bürgerdialog des Slubfurt e.V. in Frankfurt/Oder am 3. Juli 2015

Die Flüchtlingsbewegungen nach Europa haben deutlich gemacht, dass geographisch weit **entfernte Konflikte unmittelbar im Alltag** der Menschen in Deutschland relevant werden können. Dies wurde an unterschiedlichen Stellen im Dialog angesprochen. Bürgerinnen und Bürger fordern mehr internationales Engagement, um Krisen zu vermeiden.

Der Entwicklungszusammenarbeit kommt seit Jahren wachsende Bedeutung zu, denn sie konzentriert sich nicht mehr nur auf Armutsbekämpfung, sondern verfolgt mehr und mehr das Ziel einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung unter Beachtung der Belastbarkeitsgrenzen der Erde.

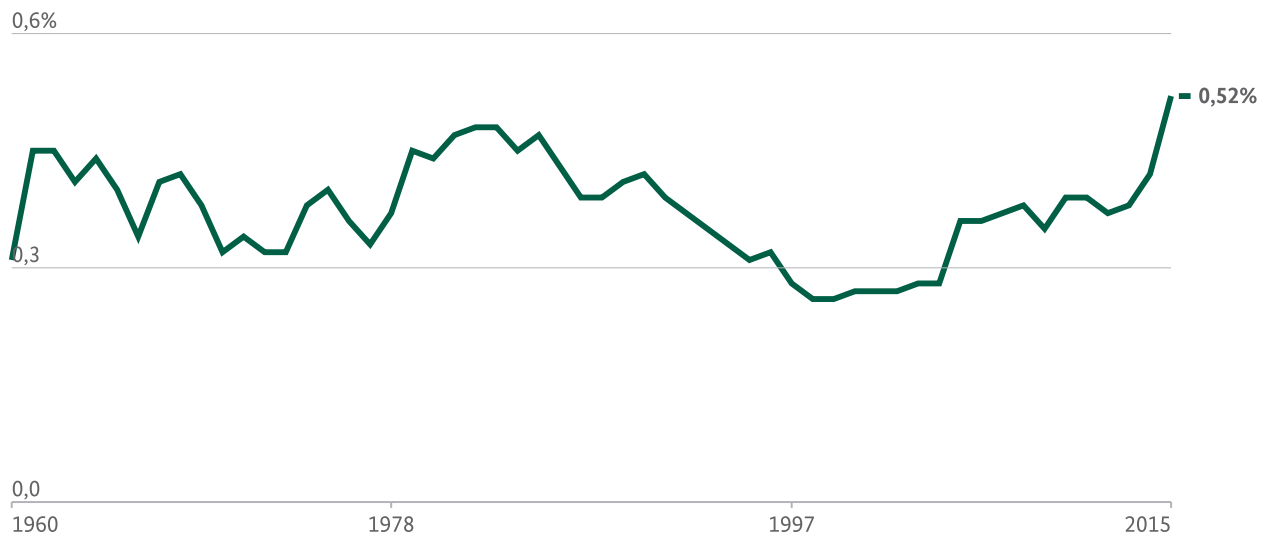
Nachhaltige Entwicklung ist nicht ohne Frieden, Sicherheit und Stabilität möglich. Deutschland trägt deshalb zur Verhütung von Konflikten bei und fördert den Aufbau von effektiven, verantwortungsvollen und transparenten Institutionen auf allen Ebenen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt ihre Partnerländer dabei, die politischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche soziale, ökologische und marktwirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Der **Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote)** ist ein von der OECD entwickelter Indikator für Entwicklungsbeiträge. Er erfasst die Ausgaben für die finanzielle, technische und humanitäre Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und die Beteiligung an multilateralen Entwicklungsinstitutionen und -fonds und wird nach international (auf OECD-Ebene) festgelegten Regeln gemessen. Damit wird der finanzielle staatliche Entwicklungsbeitrag in der Welt mess- und vergleichbar.

Deutschland hat sich im Rahmen der EU dazu verpflichtet, seine öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf **0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung** (gemessen am Bruttonationaleinkommen) zu steigern. Dieses Ziel hat die VN-Vollversammlung bereits 1970 formuliert. Im Rahmen der 2015 weltweit vereinbarten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der Addis Abeba Action Agenda zur Entwicklungsfinanzierung haben viele Industriestaaten, darunter auch die EU, dieses Ziel erneut bestätigt. Das 0,7-Prozent-Ziel wurde von der Bundesrepublik noch nicht erreicht. 2015 lag die deutsche ODA-Quote bei 0,52 Prozent (vgl. Abb. 107).<sup>350</sup>

Die Bundesregierung hat den Anteil der Entwicklungsausgaben an der Wirtschaftsleistung Deutschlands in den letzten zehn Jahren deutlich gesteigert und für den Zeitraum 2014 bis 2019 insgesamt 10,3 Milliarden Euro zusätzlich für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt. Mit dieser Erhöhung reagiert sie auch auf anhaltende humanitäre Krisen und die zunehmenden Herausforderungen im Bereich der internationalen Klimaschutzfinanzierung (vgl. Indikator *globale Treibhausgas-Emissionen* in dieser Dimension). Mehr als 65 Millionen Menschen sind weltweit auf die Flucht. Für die Versorgung von Kriegsflüchtlings in Syrien und den syrischen Nachbarländern hat Deutschland z.B. auf der Geberkonferenz in London im Februar 2016 2,3 Milliarden Euro zugesichert. Deutsch-

Abbildung 107: Entwicklung des Anteils der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote)



Quelle: OECD, Net ODA indicator.<sup>351</sup> Werte für 2015 sind vorläufig.

land ist mit 570 Millionen Euro 2016 auch wichtigster Geber des Welternährungsprogramms in der Syrienkrise. Außerdem hat Deutschland über neun Jahre 750 Millionen Euro für den neuen „Green Climate Fund“ zugesagt, der Entwicklungsländern beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel helfen soll.

Mit insgesamt rund 16 Milliarden Euro war Deutschland 2015 – wie bereits in den Vorjahren – hinter den USA und Großbritannien der drittgrößte Geber in der Entwicklungszusammenarbeit weltweit.<sup>352</sup> Dazu kommt die **private Entwicklungshilfe**, bspw. durch Vereine, Kirchen oder Verbände, die 2014 bei 1,1 Milliarden lag. Durch die gezielte **Einbindung der Wirtschaft** hat die Bundesregierung darüber hinaus weitere Finanz- und andere Umsetzungsmittel zur Unterstützung für nachhaltige Entwicklung mobilisiert.

Die ODA-Quote ist 2015 im Vergleich zu 2014 um knapp ein Viertel gestiegen. Ein nicht geringer Teil dieser Steigerung geht auf die Anrechnung von Aufwendungen für die Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland zurück. Die Regeln der OECD sehen vor, dass Ausgaben für Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Geberländern während der ersten zwölf Monate ihres Aufenthalts als ODA angerechnet werden. Die deutschen Inlandsflüchtlings-

kosten liegen international im Mittelfeld – trotz der besonderen Herausforderungen, denen sich Deutschland gestellt hat. Selbst wenn man diese Kosten abrechnen würde, wäre die deutsche ODA-Leistung 2015 noch um rund sechs Prozent höher als im Vorjahr.

Die **Entwicklungszusammenarbeit (EZ)** wirksam zu steigern, ist ein zentrales Anliegen **deutscher Entwicklungspolitik** und steht auch im Fokus internationaler Debatten. Die politischen Foren in Paris (2005), Accra (2008) und Busan (2011) sind Grundlage der international anerkannten „Wirksamkeitsagenda“. Unter dem Dach dieser Agenda wird eine große Bandbreite an Themen bearbeitet: Transparenz, Rechenschaftslegung, Ergebnisorientierung, sowie Nutzung und Stärkung der Partnersysteme. Deutschland bekennt sich zu seiner Verantwortung, die Verpflichtungen aus der Wirksamkeitsagenda in den Verfahren und Instrumenten der deutschen EZ zu verankern. Auf internationaler Ebene trägt die Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Wirksamkeitsagenda in den relevanten politischen Foren bei. Die **Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC)** ist dabei die wichtigste internationale Plattform. Deutschland bringt sich seit Gründung aktiv in die Diskussionen ein und wird auf dem zweiten Ministertreffen der GPEDC im November 2016 in Nairobi einen der Ko-Vorsitze übernehmen.



Die ODA-Quote (Official Development Assistance, ODA) misst den **Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen**, also dem Einkommen, das von Deutschen im Inland und Ausland erwirtschaftet wird. ODA erfasst die deutschen Ausgaben für die finanzielle, technische und humanitäre Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und die Beteiligung an multilateralen Entwicklungsinstitutionen und -fonds wie z. B. VN oder Weltbank. Zur ODA-Quote gehört bspw. auch die Kostenübernahme für Studenten aus Entwicklungsländern an deutschen Universitäten.

### ■ Die Wirtschaft für nachhaltige Entwicklung gewinnen: Platzhalter Globale unternehmerische Verantwortung

*„[...] ich denke, dass wir Weltbürger sind und durch Globalisierungseffekte auf einem langen Zeithorizont [zum Beispiel] die chinesische Lebensqualität die deutsche beeinflusst und umgekehrt“*

aus einer Online-Antwort vom 11. Juli 2015

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Bürgerdialog war klar: Auch **Unternehmen und Konsumenten tragen Verantwortung** in einer global vernetzten Welt. Globaler Handel mit weltweiten Lieferketten schafft Chancen, die Arbeits- und Lebensbedingungen in allen beteiligten Ländern zu verbessern.<sup>353</sup> Dies setzt jedoch eine gerechte Gestaltung des globalen Handels voraus, bei der menschenrechtliche, ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt werden. Die Globalisierung, insbesondere der weltweite Handel, haben Milliarden Menschen in den Schwellenländern aus der Armut befreit. Auch Deutschland und gerade die Marke „Made in Germany“ ist auf Zulieferer aus der ganzen Welt ebenso angewiesen wie auf Käufer. Die große Herausforderung ist aus Sicht der Bürger, auf den Weltmärkten gerechte und nachhaltige Bedingungen zu schaffen, die der lokalen Bevölkerung und Umwelt nicht schaden. So wurde bspw. gefragt, ob man die Soziale Marktwirtschaft globalisieren könne.

So forderten Einzelne von der Politik, dass sie die **Industrie stärker in die Pflicht** nimmt, verantwortungsvoll zu agieren. Deutsche Unternehmen können noch stärker mithelfen, Sozial- und Umweltstandards weltweit in ihren Lieferketten einzuhalten und zu heben. Die Offenlegung von Informationen nichtfinanzieller Art durch Unternehmen, die internationale Geschäftsbeziehungen unterhalten, fördert die Transparenz und unterstützt die nachhaltige Entwicklung.

Die Bundesregierung engagiert sich aktiv in unterschiedlichen Prozessen, um diese Ziele zu erreichen. Beispielsweise arbeitet sie zur Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte an einem Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte. Handlungsleitend ist dafür auch der G7-Beschluss der Staats- und Regierungschefs von Elmau (2015) zur „Verantwortung in der Lieferkette“.<sup>354</sup>

In der G7-Abschlussklärung von Elmau hat sich die Bundesregierung nachdrücklich zu den VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bekannt und die Erstellung substantieller Nationaler Aktionspläne begrüßt. Sie erarbeitet deshalb gegenwärtig einen Nationalen Aktionsplan, der eine klare staatliche Erwartungshaltung formuliert, die den Unternehmen bei der Beachtung der Menschenrechte eine eindeutige Orientierung, aber auch Unterstützung gibt.

Deutschland befindet sich zudem im Umsetzungsprozess der EU-Richtlinie zur Berichterstattung über nichtfinanzielle Informationen, der sogenannten Corporate Social Responsibility (CSR)-Richtlinie. Sie sieht für große Unternehmen von öffentlichem Interesse, insbesondere kapitalmarktorientierte Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern, neue handelsbilanzrechtliche Berichtspflichten zu Arbeitnehmer-, Sozial-, und Umweltbelangen, aber auch zur Achtung der Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung vor. Zudem sieht das neue EU-Vergaberecht vor, die Vergabe stärker zur Unterstützung strategischer Ziele nutzen zu können, etwa soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte zu fördern. Zudem ermöglicht es das neue EU-Vergaberecht den öffentlichen Auftraggebern, die Vergabe stärker zur Unterstützung strategischer Ziele zu nutzen, z. B. für soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte.

Auf europäischer Ebene setzt sich die Bundesregierung für ein System ein, das dazu beiträgt, dass wichtige Mineralien (z. B. Zinn, Tantal, Wolfram und Gold) von Unternehmen



auf verantwortungsvolle Weise beschafft werden können. Damit soll verhindert werden, dass sich bewaffnete Gruppen in Konfliktgebieten durch den Abbau dieser Mineralien finanzieren.

Die Bundesregierung setzt außerdem den **Rahmen** dafür, dass Grundsätze **unternehmerischer Verantwortung** in den wirtschaftlichen Beziehungen deutscher Unternehmen mit dem Ausland geachtet werden. Sie begleitet durch Instrumente zur Risikoabsicherung Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen. Wirtschaftsprüfer nehmen hierbei schon jetzt eine Umwelt- und Sozialprüfung vor. Außerdem setzt sich die Bundesregierung für die systematische Aufnahme von Nachhaltigkeitskapiteln in Freihandelsabkommen ein.

Beim G7-Gipfel in Elmau hat sich die Bundesregierung 2015 gemeinsam mit ihren Partnern dazu verpflichtet, Maßnahmen zur Förderung von Nachhaltigkeitsstandards in globalen Lieferketten zu ergreifen. Gleichzeitig wurde der globale Präventionsfonds „Vision Zero Fonds“ gegründet, mit dem Arbeitsunfälle weltweit verhindert werden sollen. Außerdem wurde ein engerer Austausch sowie wechselseitiges Lernen („Peer Learning“) zwischen den bestehenden nationalen Kontaktstellen für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen beschlossen. Die OECD-Leitsätze sind eines der wichtigsten und umfassendsten internationalen Instrumente zur Förderung verantwortungsbewusster Unternehmensführung. Sie enthalten Empfehlungen für verantwortliches unternehmerisches Handeln multinational tätiger Unternehmen in den Bereichen Menschenrechte, Soziales, Umwelt, Antikorruption, Steuern, Verbraucher, Berichterstattung sowie Forschung und Wettbe-

werb. Sie beinhalten auch eine enge Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung. Die nationalen Kontaktstellen sind u. a. dafür zuständig, bei Beschwerden aufgrund potentieller Verstöße gegen die OECD-Leitsätze zwischen den Parteien zu vermitteln.

Um diese **unternehmerische Gesellschaftsverantwortung** (CSR) zu fördern, unterstützt die Bundesregierung zudem Initiativen wie das Deutsche Global Compact Netzwerk, das Forum Nachhaltiges Palmöl, das Forum Nachhaltiger Kakao, das Bündnis für nachhaltige Textilien oder den Runden Tisch Menschenrechte im Tourismus oder Rankings von Nachhaltigkeitsberichten. Hier werden Standards definiert, Handlungsanleitungen und Formate für gegenseitiges Lernen angeboten sowie Kooperationen zwischen Regierung, Unternehmen und der Zivilgesellschaft angestoßen. Die Bundesregierung hat außerdem das Nationale CSR-Forum initiiert, ein Beratungsgremium der Bundesregierung, das sich aus Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, der Wissenschaft und Vertretern der beteiligten Bundesministerien zusammensetzt. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Nationalen CSR-Forums ist die Erarbeitung eines Berliner CSR-Konsenses zur Unternehmensverantwortung in Wertschöpfungs- und Lieferketten. Außerdem unterstützen Bundesregierung und EU durch Standards bei Verbraucher-Siegeln (z. B. Bio, Blauer Engel) oder mit den Portalen „Siegelklarheit.de“ und „Kompass Nachhaltigkeit“ Konsumenten und Beschaffer dabei, mit mehr Rücksicht auf Umwelt- und Sozialstandards einzukaufen. Weitere Unterstützungsmaßnahmen sind die KMU-Praxistage, der CSR-Preis der Bundesregierung und die Förderung von Rankings für Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Entsprechend den Anforderungen des Handelsgesetzbuchs berichten bestimmte große Unternehmen bereits seit 2006 in ihren Lageberichten über nicht-finanzielle Aspekte, z. B. über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange, soweit sie für die wirtschaftliche Lage und den Geschäftserfolg relevant sind. Eine Ausdehnung dieser Berichterstattung und eine Erweiterung auf andere gesellschaftliche Belange (z. B. Menschenrechte, Korruption, Gleichstellungsbelange) sieht die bis Dezember 2016 umzusetzende sogenannte CSR-Richtlinie 2014/95/EU vor. CSR-Aktivitäten und -Berichte gibt es in vielen deutschen Unternehmen schon seit Jahren. In einigen Fällen erhalten zivilgesellschaftliche Akteure Einblicke in Lieferketten und können so Bewertungen abgeben oder Ranglisten erstellen. Umweltberichte in Form von geprüften „Umwelterklärungen“ sind bereits seit 1995 im deutschen EMAS-Register öffentlich einsehbar. Der Runde Tisch für Nachhaltiges Palmöl hat sogar Karten der zertifizierten Anbaugebiete als offene Datensätze (Open Data) zugänglich gemacht.

Standards für Nachhaltigkeitsberichte von Unternehmen sind u. a. der vom Rat für nachhaltige Entwicklung erarbeitete und von der Bundesregierung unterstützte Deutsche Nachhaltigkeitskodex, der zunehmend im europäischen Kontext Beachtung findet, oder etwa die Global Reporting Initiative.

Im Rahmen eines **Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte** soll zukünftig eine regelmäßige Erhebung über den Umsetzungsstand der im Aktionsplan enthaltenen Elemente durch Unternehmen erfolgen.



# Nächste Schritte

### ■ III. Nächste Schritte

Der vorliegende Bericht ist der Auftakt zu einer **regelmäßigen Erhebung der Lebensqualität in Deutschland**. Die Bundesregierung plant, den Bericht „Lebensqualität in Deutschland“ einmal je Legislaturperiode fortzuschreiben. Daraus soll ein neues Berichtswesen entstehen, das sich in einem offenen und lernenden Prozess stetig weiterentwickeln kann und das Orientierung gibt, um Lebensqualität in Deutschland zu verbessern.<sup>355</sup> Auf Grundlage des vorliegenden Berichts- und Indikatoren-Systems ist es zukünftig möglich, politischen Handlungsbedarf zu identifizieren und Maßnahmen zu entwickeln, um die Lebensqualität in Deutschland zu erhalten und zu verbessern.

Viele Aspekte von Lebensqualität sind schon lange im Fokus von Bundesregierungen und von Regierungshandeln. Der vorgelegte Bericht erlaubt jedoch erstmalig eine ebenso **wissenschaftlich fundierte wie facettenreiche und detailierte Gesamtschau der Lebensqualität in Deutschland**. In zwölf Dimensionen wird mit Hilfe von 46 Indikatoren und durch die weitere Differenzierung, bspw. nach Geschlecht, Region, Stadt und Land, die Möglichkeit geschaffen, Zusammenhänge und Zielkonflikte zu erkennen sowie politische Maßnahmen zu fokussieren.

Die Veränderung der Indikatoren im Zeitablauf erlaubt zudem, die **Wirksamkeit** ergriffener Maßnahmen zur **Verbesserung der Lebensqualität** zu überprüfen. Die Entwicklung der Indikatoren zeigt, in welchen Bereichen Regierungshandeln in der Vergangenheit bereits zu Verbesserungen geführt hat. Welche Maßnahmen diese und vorherige Bundesregierungen ergriffen haben, um verschiedene Aspekte von Lebensqualität zu verbessern, wird in diesem Bericht exemplarisch, nicht vollumfänglich beschrieben.

Der Bericht und die Indikatoren zeigen aber auch, in welchen Bereichen Regierungshandeln bislang noch fehlt oder zu wenig Fortschritt zeigt. Diese **Handlungsbedarfe** zu analysieren und wirksame Antworten zu finden, ist Aufgabe der nächsten Jahre.

Die Auswahl und Schwerpunktsetzung der zu behandelnden Felder sowie Maßnahmen wird sicherlich auch von der **politischen und gesellschaftlichen Diskussion** über die Lebensqualität in Deutschland abhängen – vom Dialog da-

rüber, „was uns wichtig ist“. Der Bericht will den Diskurs darüber in der Öffentlichkeit anregen und die politische Debatte stärker an der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger ausrichten. Es ist ihr Verständnis von Lebensqualität, das hier der zentrale Dreh- und Angelpunkt ist. Wird in Zukunft die politische Diskussion stärker als bisher aus Sicht und Lebensrealität der Bürger geführt, dann hat der Bericht bereits ein wichtiges Ziel erreicht.

Primäres Ziel der Bundesregierung ist es, mit Hilfe dieses Berichts- und Indikatoren-Systems im Rahmen ihrer Kompetenzen und politischen Möglichkeiten, die Lebensqualität in Deutschland zu verbessern. Der Bürgerdialog hat allerdings auch deutlich gemacht: **Lebensqualität in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe**. Für ein hohes Maß an Lebensqualität und den Erhalt von Lebensqualität für künftige Generationen braucht es auch die Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern, gesellschaftlichen Gruppen, von Wirtschaft, Kultur und Politik. Das Indikatoren-System kann dafür **allen gesellschaftlichen Kräften hilfreiche Orientierung** geben.

#### Überarbeitung des Indikatoren-Systems

Der Bürgerdialog und der vorliegende Bericht stellen einen ersten Schritt der Bundesregierung dar, Lebensqualität in ihrer Vielfalt als gesellschaftspolitische Zielformel zu erfassen und durch ein Indikatoren-System messbar und anschaulicher zu machen. Bei den **Fortschreibungen** des Berichts werden einige grundsätzliche Aspekte immer wieder neu zu diskutieren sein.

Dazu gehört die Frage, **wie viele Dimensionen und Indikatoren** enthalten sein sollten. Jedes Indikatoren-System bewegt sich in einem **Spannungsverhältnis** zwischen **Übersichtlichkeit und Verständlichkeit** auf der einen, **Genauigkeit und Bürgernähe** auf der anderen Seite.

Die im vorliegenden Bericht gewählte Anzahl der Indikatoren für die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte der Lebensqualität trägt der **thematischen Vielfalt** Rechnung, mit der über 15.750 Bürgerinnen und Bürger über „Gut leben in Deutschland“ diskutiert haben.<sup>356</sup> Ob diese Abwägung sowie die Auswahl der Dimensionen und Indikatoren in allen Fällen sinnvoll getroffen wurden, wird sich in der praktischen Anwendung des Indikatoren-Systems erweisen.

Weiterer Diskussionsbedarf bleibt bestehen, denn Lebensqualität ist immer auch abhängig von **gesellschaftlichen Trends und aktuellen Herausforderungen**: in Politik und Demografie, Ökonomie und Ökologie, Gesellschaft und Kultur. Der Bürgerdialog, auf dem das vorliegende Indikatoren-System aufbaut, spiegelt die Situation aus dem Hier und Jetzt des Jahres 2015.

Auch die **Forschung zur Lebensqualität**, die als wichtige Quelle einbezogen wurde, schreitet stetig voran.<sup>357</sup> Bei der Fortschreibung des Berichts müssen neue Entwicklungen und Erkenntnisse zwingend beachtet und bei Bedarf entsprechende Indikatoren ersetzt oder ergänzt werden.

### Datenfülle in vielen Dimensionen

In vielen der zwölf Dimensionen der Lebensqualität gibt es ein **großes Angebot etablierter und verlässlicher Indikatoren**, um die im Dialog angesprochenen und aus Sicht der Wissenschaft wichtigen Aspekte der Lebensqualität abzubilden. Für einzelne Aspekte musste daher eine Auswahl aus vorhandenen Indikatoren getroffen werden, bspw. in der Dimension „Bildungschancen für alle“ zwischen den Risikogruppen der Schulabbrecher und der frühen Schulabgänger. Für jedes Thema spielte zugleich eine Fülle von Aspekten eine Rolle, so dass auch hier eine Beschränkung nötig wurde. Indikatoren können daher in der Regel nur **stellvertretend für ein breiteres Themenfeld** stehen.

### Datenlücken in anderen Dimensionen

In einigen Dimensionen gab es hingegen für manche Aspekte **Schwierigkeiten, geeignete Indikatoren zu finden**, die einerseits statistisch-wissenschaftlichen Gütekriterien entsprechen<sup>358</sup> und andererseits ausreichend verständlich und bürgernah sind.

Die Dimension „In globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern“ beinhaltet den am häufigsten im Dialog genannten Aspekt. **Frieden** war für die Bürgerinnen und Bürger die wichtigste Grundvoraussetzung für Lebensqualität. Dennoch ist die Stabilität des Friedens, über die Abwesenheit von Krieg hinaus, schwer mit Indikatoren zu messen. Deutschland ist zudem, auch wenn es selbst eine lange andauernde Friedensphase erlebt, stark betroffen durch Bürgerkriege und Kriege, wie aktuell die große Zahl von syrischen Flüchtlingen vor Augen führt. Hinweise auf eine erfolgreiche Sicherung des Friedens geben die

auswärtigen Beziehungen Deutschlands, z. B. der visafreie Reiseverkehr, den Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik in zahlreichen Ländern in Anspruch nehmen können. Auch die Bevölkerungsumfrage zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland, die regelmäßig vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZNSBw) erhoben wird, misst z. B. die Wahrnehmung der Arbeit der Bundeswehr in der Öffentlichkeit.

In diesem Bericht werden „Input-Indikatoren“, also finanzielle Aufwendungen zur Erreichung eines politischen Ziels, sehr zurückhaltend verwendet. Eine Ausnahme bildet die ODA-Quote, die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen, die ein Hilfsmittel sind, um finanzielles Engagement für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung zu „messen“. Wenngleich aus Gründen der Übersichtlichkeit im vorliegenden Bericht nur die ODA-Quote ausgewählt wurde, sind für den Erhalt des Friedens die steigenden Aufwendungen der Bundesrepublik für politische Stabilisierung und humanitäre Hilfe nicht minder wichtig.<sup>359</sup>

Auch das **global verantwortliche Handeln der deutschen Unternehmen** bei der Einhaltung der Menschenrechte in der Wirtschaft gewinnt angesichts der immer engeren weltwirtschaftlichen Vernetzung an Bedeutung, lässt sich derzeit aber noch nicht ausreichend zuverlässig messen. Hier enthält das Indikatoren-System einen Platzhalter, der in Zukunft zu füllen ist.

Wie der Frieden gehörte auch die **Freiheit** zu den bedeutenden übergreifenden Themen des Bürgerdialogs, die schwer zu messen sind. Die Messung von Freiheit, der Gewährleistung von Grundrechten und der sogenannten **guten Regierungsführung** ist jedoch ein eher junger Bereich der Statistik. In der Dimension „Frei und gleichberechtigt leben“, die Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie behandelt, wird in diesem Bericht daher über die Wahlbeteiligung hinaus auf nicht-amtliche, methodisch teils komplexe bzw. subjektive Befragungsdaten zurückgegriffen.

Auch in der Dimension „Zusammenhalten in Familie und Gesellschaft“ sind noch bessere Daten nötig. In Zeiten sich wandelnder und zunehmend vielfältiger Lebens- und Familienformen erscheint es sinnvoll, neben dem rechtlichen Familienstatus und der Art des Zusammenlebens auch weitere **soziale Netzwerke der Bürgerinnen und Bür-**

ger in den Blick zu nehmen. Denn diese prägen den Alltag der Menschen und bieten in Alltag und Notlagen Hilfe und Unterstützung. Der derzeit nur wenig differenzierte Indikator Hilfe durch andere bietet hier nur eine grobe Annäherung.

Eine Datenlücke war auch in der Dimension „Gesund durchs Leben“ zu verzeichnen. Hier fehlt ein überzeugender Indikator für **Qualität in der Pflege**. Dieser Indikator sollte die Perspektive der Gepflegten und die heterogenen Lebenssituationen in der Pflege (stationäre, ambulante oder häusliche Pflege, verschiedene Pflegestufen) berücksichtigen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Themas Pflege in einer alternden Gesellschaft wurde auch hier ein Platzhalter in das Indikatoren-System aufgenommen. An der Messbarkeit dieses Themenfeldes wird aktuell gearbeitet.

Ruhe war für viele Menschen im Bürgerdialog einer der entscheidenden Faktoren für Lebensqualität. Die Geräuschbelastung der Bevölkerung in Deutschland wird für Ballungsräume, Hauptverkehrsstraßen, Haupteisenbahnstrecken und Großflughäfen in Lärmkarten erfasst und dann durch konkrete Maßnahmen gemindert. Ob ein Geräusch zu Lärm wird, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Dazu zählen neben den akustischen – wie etwa der Schalldruck des Geräusches – auch psychologische Faktoren. Die subjektive **Lärmbelästigung** der Bevölkerung wird in Deutschland durch repräsentative, aber bislang noch nicht als Zeitreihen verfügbare Umfragen erhoben.<sup>360</sup> Die Befragungsergebnisse und die Ergebnisse der Lärmkartierung gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie (2002/49/EG) erlauben zusammen den Rückschluss auf dominante Lärmquellen und die Anzahl der vom Lärm Betroffenen. Sie zeigen Handlungsbedarf auf und helfen so bei der Formulierung umweltpolitischer Prioritäten.

Schließlich gibt es in verschiedenen Dimensionen **Weiterentwicklungsbedarf**:

- Im Sinne der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, die im DQR für lebenslanges Lernen deutlich gemacht wird, sollten bei der Erfassung von Bildungsmobilität neben schulischen Leistungen auch Abschlüsse der beruflichen Bildung einbezogen werden.
- Der Erhalt der Biodiversität wäre in Zukunft noch genauer zu beobachten, bspw. durch die Ergänzung und Zusammenführung laufender Monitoringprogramme.

- Der Indikator Zeitdauer für eine Unternehmensgründung gibt nur einen Hinweis auf die Gründerkultur bzw. unternehmerische Freiheit in einem Land.
- Beim BMI könnte der Mikrozensus als Datenquelle durch die noch genaueren Zahlen aus der Nationalen Kohorte ausgetauscht werden, sobald diese vorliegen.
- Fragen nach der Einschränkung der Erwerbstätigkeit für die Pflege Angehöriger oder die Kinderbetreuung sowie nach der Pendeldauer sollten zukünftig im Mikrozensus Pflichtangaben sein.
- Die Unterscheidung nach Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Sportentwicklungsbericht des Bundes sollte verbessert werden, um die positive Wirkung des Sportes auf die Integration noch besser messen zu können.
- Grundsätzlich besteht Bedarf an tiefer regionalisierten Daten, die für die Unterschiede in der Lebensqualität der Regionen besondere Bedeutung haben.

In einigen der genannten Fälle ist die Bundesregierung schon dabei, die **Datenlücken zu schließen**:

- Beispielsweise wird ein Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte ausgearbeitet.
- Indikatoren zur Messung von Qualität in der Pflege werden neu erarbeitet.
- Das BKA plant 2018 eine Fortführung des Viktimisierungssurveys. Damit lassen sich erstmals Veränderungen im Zeitverlauf darstellen.
- Die bessere Erhebung des Indikators Hilfe durch andere ist im Rahmen der Fortschreibung des Mikrozensus-Gesetzes auf den Weg gebracht.

Über diese Fälle hinaus versteht sich der vorliegende Bericht „Lebensqualität in Deutschland“ als **Anregung zur Weiterentwicklung der Statistik** – ob amtlich, wissenschaftlich oder seitens gesellschaftlicher Kräfte. Es gilt, die Lebensqualität in Deutschland insbesondere aus Perspektive der Bürgerinnen und Bürger noch genauer zu erfassen.

#### **Fortsetzung der Diskussion über Lebensqualität in Deutschland**

Der Bericht und die Dokumentation zum Bericht einschließlich der unabhängigen wissenschaftlichen Auswertung und der zugrunde liegenden Datensätze aus dem Bürgerdialog sind für die wissenschaftliche Begutachtung und Diskussion offen. Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt eine breite Auseinandersetzung der Wissenschaft mit den methodischen ebenso wie mit den politi-

schen Fragen des Berichts. Diese Diskussion wird von ihr bei der Weiterentwicklung des Berichts sowie bei der Analyse von Handlungsbedarfen und der Entwicklung politischer Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität berücksichtigt.

Die Bundesregierung leitet den „Bericht zur Lebensqualität in Deutschland“ nach Beschlussfassung des Bundeskabinetts an den Deutschen Bundestag und Bundesrat weiter. Ziel der Bundesregierung ist es, mit dem „Bericht zur

Lebensqualität in Deutschland“ den **Diskurs mit allen gesellschaftlichen Kräften in Deutschland** anzuregen und zu verstetigen, um gemeinsam die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.





## ■ Endnoten

- <sup>1</sup> Koalitionsvertrag (2013), S. 14–15.
- <sup>2</sup> Glatzer et al. (2015).
- <sup>3</sup> Stiglitz et al. (2009), Zitat S. 9.
- <sup>4</sup> Zu diesen und anderen Referenzprojekten vgl. Kap. I.2 der Dokumentation zu diesem Bericht.
- <sup>5</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Conseil d'Analyse Économique (2010).
- <sup>6</sup> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2012), S. 317–343.
- <sup>7</sup> Deutscher Bundestag (2013a, 2013b); Deutscher Bundestag (2013c), S. 30773C ff.
- <sup>8</sup> Glatzer (2015), S. 1–2.
- <sup>9</sup> Zur Glücksforschung vgl. Layard (2006). Zur Umsetzung dieses Ansatzes vgl. im deutschen Kontext den Deutsche Post Glücksatlas 2015, <http://www.gluecksatlas.de/cms/2015/start.html>, zuletzt aufgerufen am 26.01.2016; im internationalen Kontext den „World Happiness Report 2015“ der Vereinten Nationen: Helliwell et al. (2015).
- <sup>10</sup> Vgl. Kap. III.1 der Dokumentation zum vorliegenden Bericht. <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/20323684>.<sup>11</sup> Vgl. u.a. die Webseite der International Society for Quality-of-Life Studies [www.isqols.org](http://www.isqols.org), zuletzt aufgerufen am 31.05.2016.
- <sup>12</sup> Neben den oben genannten internationalen Projekten und den nationalen W3-Indikatoren waren dies der „Human Development Index“ der UNDP, die australischen „Measures of Australia's Progress“ und der „OXFAM Humankind Index for Scotland“, vgl. Kap. I.2 der Dokumentation zum vorliegenden Bericht. <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/20323684>
- <sup>13</sup> Zu den Auswahlkriterien vgl. Kap. IV.1 der Dokumentation zum vorliegenden Bericht. <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/20323684>
- <sup>14</sup> Mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie orientiert sich die Bundesregierung am Leitbegriff der nachhaltigen Entwicklung. Diese wird derzeit weiterentwickelt (vgl. Bundesregierung (2016)).
- <sup>15</sup> Vgl. Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/22776672>. Diese Publikation enthält auch Kurzbiographien der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats.
- <sup>16</sup> Dokumentation zum vorliegenden Bericht: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/20323684>.
- <sup>17</sup> Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/22776672>.
- <sup>18</sup> Dokumentation zum vorliegenden Bericht: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/20323684>.
- <sup>19</sup> Abschlussbericht der wissenschaftlichen Auswertung des Bürgerdialogs: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/24794576>.
- <sup>20</sup> Vaupel (2010).
- <sup>21</sup> Fach et al. (2016).
- <sup>22</sup> Die Lebenserwartung bei Geburt und die fernere Lebenserwartung im Alter beruhen auf der aktuell gemessenen Sterblichkeit, d.h. sie geben die Lebenserwartung nach den jeweils aktuellen Verhältnissen an und enthalten keine Prognosen.
- <sup>23</sup> Vaupel und von Kistowski (2005).
- <sup>24</sup> Statistisches Bundesamt (2016a).
- <sup>25</sup> Die Zahlen beziehen sich auf beide Geschlechter. OECD (2015a).
- <sup>26</sup> Für eine ausführliche Darstellung der Entwicklung in den ost- und westdeutschen Bundesländern vgl. Vogt (2013).
- <sup>27</sup> Für eine ausführliche Darstellung der Entwicklung in den ost- und westdeutschen Bundesländern vgl. Vogt (2013).
- <sup>28</sup> Bundesministerium des Innern (2010), S. 108ff; Forster (1996).
- <sup>29</sup> Ryan und Frederich (1997).
- <sup>30</sup> Mathers et al. (2015).
- <sup>31</sup> Ahima und Lazar (2013).
- <sup>32</sup> Steptoe et al. (2015).
- <sup>33</sup> OECD (2014).
- <sup>34</sup> Gupta et al. (2012).
- <sup>35</sup> Robert Koch Institut (2015).
- <sup>36</sup> Wijnhoven et al. (2013).
- <sup>37</sup> Webseite der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE): IN Form – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung, <https://www.in-form.de/buergerportal/start.html>, zuletzt aufgerufen am 13.06.2016.

- <sup>38</sup> Ein Abgleich von Befragungsdaten und Daten aus kontrollierten Messungen zeigt, dass der Anteil der Fettleibigen in der Gesamtbevölkerung bei Selbstauskunft um etwa zehn Prozent unterschätzt wird (für das Jahr 2009 heißt das rund 24 Prozent statt 15 Prozent).
- <sup>39</sup> Kreisregionen fassen kreisfreie Städte und umliegende Landkreise zusammen. Für die Messung der Versorgungsdichte ist diese regionale Differenzierung geeignet, da Ärzte in Städten häufig Patienten aus umliegenden Landkreisen mitversorgen. Insgesamt gibt es 361 Kreisregionen und 402 Kreise und kreisfreie Städte in Deutschland. Datenbasis: Laufende Raumb Beobachtung des BBSR Geometrische Grundlage: BKG, Kreise (Stand: 31. Dezember 2013).
- <sup>40</sup> Diese Zahl ist in der Bedarfsplanungsrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses festgelegt. Die Bedarfsplanung bezieht sich auf sogenannte Mittelbereiche. Diese regionale Planungseinheit liegt unterhalb der Kreisebene.
- <sup>41</sup> Für die Auswertung wird das Bundesgebiet in ca. 150.000 kleinräumige Einheiten, sogenannte Zentroide aufgeteilt. In jede dieser Einheiten fallen ca. 100 bis 300 Haushalte. Auf dieser Basis wird für jede Kreisregion, unter Berücksichtigung der Personenzahl, die durchschnittliche Fahrtzeit zum nächstgelegenen Hausarzt berechnet.
- <sup>42</sup> Statistisches Bundesamt (2015c).
- <sup>43</sup> Bertelsmann Stiftung (2012).
- <sup>44</sup> Statistisches Bundesamt (2015c).
- <sup>45</sup> Wetzstein et al. (2015).
- <sup>46</sup> Leigh et al. (2011).
- <sup>47</sup> Robert Koch Institut (2015).
- <sup>48</sup> Die Skala umfasst die folgenden Antwortmöglichkeiten: „sehr gut“, „gut“, „zufriedenstellend“, „weniger gut“, „schlecht“.
- <sup>49</sup> Dass der subjektive Gesundheitszustand eine valide Annäherung an die tatsächliche Gesundheit ist, wurde in verschiedenen Studien in Frage gestellt. Beispielhaft vgl. Miilunpalo et al. (1997). Befragungsdaten wie das SOEP messen gesundheitsbezogene Lebensqualität zudem über krankheitsübergreifende Indizes, wie dem SF 12 oder SF 36.
- <sup>50</sup> Der Nachweis eines kausalen Zusammenhangs erfordert ein komplexes Schätzmodell mit einer exogenen Einkommensgröße. Studien für Großbritannien konnten keinen Zusammenhang von Einkommen und physischer Gesundheit, wohl aber einen schwachen Zusammenhang von Einkommen und psychischer Gesundheit nachweisen. Vgl. Apouey und Clark (2015).
- <sup>51</sup> Die berechneten Werte sind eine statistische Annäherung. Um etwaige statistische Schwankungen aufgrund der Zusammensetzung der Stichprobe abzubilden, werden die obere und untere Grenze des 95 Prozent Konfidenzintervalls markiert.
- <sup>52</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012).
- <sup>53</sup> Muffels und Headey (2013).
- <sup>54</sup> De Witte (1999).
- <sup>55</sup> McKee-Ryan et al. (2005); Winkelmann und Winkelmann (1998).
- <sup>56</sup> Hahn et al. (2015); Lucas et al. (2004).
- <sup>57</sup> Winkelmann und Winkelmann (1998).
- <sup>58</sup> Browning und Heinesen (2012).
- <sup>59</sup> Marcus (2013).
- <sup>60</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf.
- <sup>61</sup> Europäische Vergleichszahlen finden sich bei Eurostat. Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund unterschiedlicher Definitionen von den offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ab, die für den vorliegenden Bericht herangezogen werden. Eurostat (2016a).
- <sup>62</sup> Bell und Blanchflower (2011).
- <sup>63</sup> OECD (2016d).
- <sup>64</sup> Herbig et al. (2013).
- <sup>65</sup> Klinger und Rothe (2012).
- <sup>66</sup> Die Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit ist nicht zu verwechseln mit der monatlichen Erwerbslosenquote des Statistischen Bundesamtes nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Vgl. zum Konzept der Erwerbslosenquote: Statistisches Bundesamt: Erwerbslosigkeit kurz erläutert, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbslosigkeit/Erwerbslosigkeit.html;jsessionid=058E456ECE790D15F6C7FD8E3FD24609.cae1>, zuletzt aufgerufen am 27.04.2016.
- <sup>67</sup> Entwicklungsgesellschaft für berufliche Bildung mbH: Netzwerk Integration durch Bildung, [www.netzwerk-iq.de](http://www.netzwerk-iq.de), zuletzt aufgerufen am 01.06.2016.
- <sup>68</sup> Brücker et al. (2014) sowie Buch et al. (2016).

- <sup>69</sup> Daten zur Erwerbstätigkeit von Menschen mit Behinderten werden gemäß dem Mikrozensusgesetz gemäß § 4 Absatz 2, Nr. 3 erhoben.
- <sup>70</sup> Eichhorst und Tobsch (2015).
- <sup>71</sup> Caliendo et al. (2010); Caliendo et al. (2012).
- <sup>72</sup> Voss und Weinkopf (2012).
- <sup>73</sup> Brehmer und Seifert (2009).
- <sup>74</sup> Kalleberg (2009).
- <sup>75</sup> Grund et al. (2014).
- <sup>76</sup> Wanger (2011); Rengers (2015).
- <sup>77</sup> Ellguth und Kohaut (2016). Haus- und Firmentarifverträge sind häufig eng an die Branchentarifverträge angelehnt.
- <sup>78</sup> Bruckmeier und Wiemers (2015).
- <sup>79</sup> Von „kalter Progression“ spricht man, wenn Einkommens- und Lohnerhöhungen lediglich die Inflation ausgleichen und es damit trotz unveränderter Leistungsfähigkeit zu einer höheren Durchschnittssteuerbelastung kommt.
- <sup>80</sup> Statistisches Bundesamt (2016b).
- <sup>81</sup> Statistisches Bundesamt: Gender Pay Gap, [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/QualitaetArbeit/Dimension1/1\\_5\\_GenderPayGap.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/QualitaetArbeit/Dimension1/1_5_GenderPayGap.html), zuletzt aufgerufen am 02.06.2016.
- <sup>82</sup> Rain et al. (1991).
- <sup>83</sup> Stansfeld et al. (2013).
- <sup>84</sup> Moen et al. (2016).
- <sup>85</sup> Brenke (2015).
- <sup>86</sup> Ebd.
- <sup>87</sup> Sabella (2013).
- <sup>88</sup> Statistisches Bundesamt: Bildungsstand - Bevölkerung nach Bildungsabschluss in Deutschland, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Bildungsabschluss.html>, zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- <sup>89</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016).
- <sup>90</sup> Rich (2016).
- <sup>91</sup> Gangl et al. (2003).
- <sup>92</sup> Eurostat (2016b).
- <sup>93</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016).
- <sup>94</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016), S. 273.
- <sup>95</sup> Breen und Goldthrope (1997).
- <sup>96</sup> Heineck und Riphahn (2009).
- <sup>97</sup> Maaz und Nagy (2010).
- <sup>98</sup> Da der Indikator auf der Haushaltsebene gemessen wird, können sich auch unterschiedliche, durch den eigenen Bildungsabschluss oder den der Eltern beeinflusste Auszugsverhalten in den Ergebnissen widerspiegeln.
- <sup>99</sup> Ludwig et al. (2012).
- <sup>100</sup> Bohulskyy et al. (2011).
- <sup>101</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung: Digitale Medien in der beruflichen Bildung, <https://www.bmbf.de/de/digitale-medien-in-der-bildung-1380.html>, zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- <sup>102</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bund-Länder-Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, <http://www.wettbewerb-offene-hochschulen-bmbf.de/>, zuletzt aufgerufen am 03.08.2016.
- <sup>103</sup> Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013).
- <sup>104</sup> Bertram et al. (2011).
- <sup>105</sup> Holly und Mohnen (2012).
- <sup>106</sup> Wunder und Heineck (2013).
- <sup>107</sup> Fagan et al. (2012).
- <sup>108</sup> Klenner und Lillemeier (2015).
- <sup>109</sup> Die Abweichung kann in zwei Richtungen gehen. Entweder arbeiten die Befragten mindestens fünf Stunden mehr oder weniger als gewünscht.

- <sup>110</sup> Holst (2016).
- <sup>111</sup> Institut für Demoskopie Allensbach (2014).
- <sup>112</sup> Lee et al. (2007).
- <sup>113</sup> Schober und Schmitt (2013).
- <sup>114</sup> Schober und Spieß (2014).
- <sup>115</sup> Anders (2013).
- <sup>116</sup> Heckman et al. (2013).
- <sup>117</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014).
- <sup>118</sup> Kreyenfeld und Krapf (2016).
- <sup>119</sup> Es gibt keine bundeseinheitliche Definition von Ganztagsbetreuung. Das Statistische Bundesamt definiert die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen als Ganztagsbetreuung, wenn sie durchgehend, das heißt ohne Unterbrechung über Mittag täglich sieben und mehr Stunden betreut werden. Bei den Grundschulen weichen die Definitionen zur Ganztagsbetreuung zwischen den Bundesländern ab.
- <sup>120</sup> Schober und Stahl (2014), S. 986f.
- <sup>121</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014), S. 244.
- <sup>122</sup> Seils (2013).
- <sup>123</sup> Ebd.
- <sup>124</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 65.
- <sup>125</sup> Minimalkonsens für Definition einer Ganztagschule der KMK: An mindestens drei Tagen in der Woche muss ein mindestens sieben Zeitstunden umfassendes Betreuungsangebot sicher gestellt sein.
- <sup>126</sup> Kinder in Horten werden im März des jeweiligen Schuljahres und Kinder in Ganztagsgrundschulen zum Schuljahresbeginn erfasst, die Kinder in der Gesamtbevölkerung (6,5 bis 10,5 Jahre) werden hingegen jeweils zum Jahresende erfasst. Die Anteile der Hortkinder und der Kinder in Ganztagsgrundschulen können nicht addiert werden, da Kinder aufgrund von Kooperationen von Schulen und Horten teilweise in beiden Betreuungsformen erfasst werden. Die Statistik zu Horten erstellt das Statistische Bundesamt, die zu Ganztagsgrundschulen die Kultusministerkonferenz.
- <sup>127</sup> Bertelsmann Stiftung (2012).
- <sup>128</sup> Institut für Demoskopie Allensbach (2011).
- <sup>129</sup> Institut für Demoskopie Allensbach (2010), S. 42.
- <sup>130</sup> Ebd.
- <sup>131</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014), S. 7.
- <sup>132</sup> Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2010), S. 27.
- <sup>133</sup> Pfaff (2014).
- <sup>134</sup> Kahneman et al. (2004).
- <sup>135</sup> Novaco et al. (1990).
- <sup>136</sup> Roberts et al. (2011).
- <sup>137</sup> Wener und Evans (2011).
- <sup>138</sup> Blanchflower und Oswald (2013).
- <sup>139</sup> Stutzer und Frey (2008).
- <sup>140</sup> Da diese Frage im Mikrozensus freiwillig ist, wird bei diesem Datensatz als Basis die Gesamtheit der gegebenen Antworten anstatt der Gesamtheit der Befragten verwendet.
- <sup>141</sup> Pfaff (2012).
- <sup>142</sup> Diese Zahl ist im Jahr 2012 aufgrund von Änderungen bei der Organisation der Befragung stark gestiegen. Inwiefern hierbei ein Selektivitätsproblem vorliegt kann erst in den kommenden Jahren beurteilt werden.
- <sup>143</sup> Kahneman und Deaton (2010).
- <sup>144</sup> Diese Diskussion wird in der Fachwelt ausführlich geführt. Unter anderem von: Easterlin (1974, 1995); Easterlin et al. (2010); Frey und Stutzer (2002); Frijters et al. (2004); Deaton (2008); Di Tella et al. (2010); Clark et al. (2008); Stevenson und Wolfers (2008, 2013); Sacks et al. (2010, 2012, 2013).
- <sup>145</sup> Boyce et al. (2013).
- <sup>146</sup> Der mittlere Haushalt hier ist der Medianhaushalt, d.h. die Hälfte der Haushalte in Deutschland hat mehr und die andere Hälfte weniger Einkommen.

- <sup>147</sup> Der Median ist der Wert, der an mittlerer Stelle steht, wenn man die unterschiedlichen Einkommen der Höhe nach auflistet, d.h. in diesem Fall: Die gleiche Anzahl an Haushalten liegt über und unter diesem Wert. Im Vergleich zum arithmetischen Mittel, also dem rechnerischen Durchschnitt, hat der Median den Vorteil, dass er robuster gegenüber stark abweichenden Werten (Ausreißern) ist. So können z. B. wenige sehr hohe Einkommen in einer Stichprobe dazu führen, dass das durchschnittliche Einkommen relativ groß und nicht repräsentativ für die Einkommenssituation von „durchschnittlichen“ Bürgerinnen und Bürgern ist.
- <sup>148</sup> Fitzenberger (2012), sowie den nachfolgenden Abschnitt zur Entwicklung der Einkommensungleichheit.
- <sup>149</sup> Die Gewichtung erfolgt anhand der sogenannten OECD-Skala. Die OECD-Skala weist dem Haupteinkommensbezieher den Faktor 1 zu, allen anderen Haushaltsmitgliedern über 14 Jahre den Faktor 0,5, allen anderen 0,3.
- <sup>150</sup> Aufgrund von Unterschieden in der Struktur von Fragebögen oder bei Stichproben kann es zu Differenzen zwischen den einzelnen Befragungen kommen, beispielsweise, wenn höhere Einkommen besser erfasst werden. Unterschiede in den Trends sind jedoch meist nicht statistisch signifikant. Durch eine Einbeziehung von administrativen Daten in die Erhebung dieser Statistik könnte die Datenqualität in Zukunft stark verbessert werden.
- <sup>151</sup> Verme (2011).
- <sup>152</sup> Rözer und Kraaykamp (2013); Alesina et al. (2004).
- <sup>153</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015).
- <sup>154</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015).
- <sup>155</sup> Benabou (2000). Für eine Übersicht siehe: Bertelsmann Stiftung (2013).
- <sup>156</sup> OECD (2016c); vgl. auch Milanovic (2014) und United Nations University - World Institute for Development Economics Research: World Income Inequality Database, <https://www.wider.unu.edu/project/wiid-%E2%80%93-world-income-inequality-database>, zuletzt aufgerufen am 27.06.2016.
- <sup>157</sup> Bundesministerium der Finanzen (2016d), S. 23.
- <sup>158</sup> OECD (2015b) und Bundesministerium der Finanzen (2016a).
- <sup>159</sup> Hierin werden u. a. die Vorstandsgehälter an ein angemessenes Verhältnis zu den Aufgaben und Leistungen gebunden. Auch werden die Vorstandsvergütung und damit die ausgehandelten Spitzengehälter transparenter gemacht.
- <sup>160</sup> Da sich der Indikator auf die Haushaltseinkommen bezieht, können auch hier Veränderungen der Haushaltsstrukturen die Daten im Zeitverlauf beeinflussen.
- <sup>161</sup> Grabka und Westermeier (2014).
- <sup>162</sup> Senik (2014).
- <sup>163</sup> Atkinson et al. (2002).
- <sup>164</sup> Neuberger (2015).
- <sup>165</sup> Berechnungen des DIW Berlin, SOEP v.29.
- <sup>166</sup> Sierminska und Medgyesi (2013).
- <sup>167</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014).
- <sup>168</sup> Rasner et al (2013).
- <sup>169</sup> Grabka und Westermeier (2014).
- <sup>170</sup> Bundesministerium der Finanzen (2016d).
- <sup>171</sup> Basis ist das individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten. Zum Nettovermögen zählen selbstgenutztes Wohneigentum, sonstiger Immobilienbesitz, Geldvermögen, Vermögen aus privaten Versicherungen und Bausparverträgen, Betriebsvermögen und Wertsachen (z. B. Gold) abzüglich Schulden (Hypotheken- und Konsumentenkredite).
- <sup>172</sup> Grabka und Westermeier (2014); Vermeulen (2016).
- <sup>173</sup> Clark et al. (2015).
- <sup>174</sup> Statistisches Bundesamt (2015a).
- <sup>175</sup> Goebel et al. (2015).
- <sup>176</sup> Statistisches Bundesamt (2015f).
- <sup>177</sup> Heckman (2000).
- <sup>178</sup> Da sich der Indikator auf die Haushaltseinkommen bezieht, können auch hier Veränderungen der Haushaltsstrukturen die Daten im Zeitverlauf beeinflussen.
- <sup>179</sup> Berechnungen für das mittlere Nettoeinkommen nach Altersgruppen des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) auf Basis des SOEP v.31.1.
- <sup>180</sup> Statistisches Bundesamt (2016e).

- <sup>181</sup> Simonson et al. (2011).
- <sup>182</sup> TNS Infratest Sozialforschung (2014).
- <sup>183</sup> Zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016) unter <http://www.bmas.de/DE/Themen/Rente/Zusaetzliche-Altersvorsorge/statistik-zusaetzliche-altersvorsorge.html>, zuletzt aufgerufen am 23.08.2016.
- <sup>184</sup> TNS Infratest Sozialforschung (2012).
- <sup>185</sup> Deutsche Rentenversicherung Bund (2015).
- <sup>186</sup> Konkret misst der Altenquotient die Anzahl der über 66-Jährigen, die je 100 Personen im Alter von 20 bis 66 Jahren gegenüberstehen.
- <sup>187</sup> Das hier gewählte Standard-Szenario geht von einer Geburtenrate von 1,4 Kinder je Frau, einer Lebenserwartung bei Geburt 2060 für Jungen von 84,8, für Mädchen von 88,8 Jahren und einem langfristigen Wanderungssaldo von Plus 200.000 Personen pro Jahr aus. Das Szenario einer relativ jungen (alten) Bevölkerung unterstellt eine Geburtenrate von 1,6 (1,4), eine Lebenserwartung bei Geburt 2060 für Jungen von 84,8 (86,7), für Mädchen von 88,8 (90,4) Jahren und ebenfalls einen langfristigen Wanderungssaldo von Plus 200.000 Personen pro Jahr.
- <sup>188</sup> Di Tella und MacCulloch (2008).
- <sup>189</sup> Garofalo (1979).
- <sup>190</sup> Hummelsheim et al. (2014).
- <sup>191</sup> Birkel et al. (2014).
- <sup>192</sup> Konkrete Formulierung der Frage: „Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden sich fühlen – wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?“
- <sup>193</sup> Dieses Phänomen wird in der Wissenschaft als „Kriminalitätsfurcht-Paradoxon“ bezeichnet. Vgl. Birkel et al. (2014), S. 67.
- <sup>194</sup> Bundesministerium des Innern (2016), S. 4 (Tabelle 2 -T02). Die Opfererfassung in der PKS umfasst ausschließlich Opfer bestimmter Straftaten/-gruppen, die i.d.R. höchstpersönliche Rechtsgüter betreffen (u.a. Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, Mord, Totschlag, z.T. Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung) also beispielsweise nicht Opfer des Einbruchdiebstahls.
- <sup>195</sup> Bug et al. (2015), S. 268.
- <sup>196</sup> Der Deutsche Viktimisierungssurvey ist eine nationale repräsentative Befragung, die gemeinsam vom BKA und dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht konzipiert wurde. Er entspricht höchsten wissenschaftlichen und methodischen Standards und bildet sowohl allgemeine als auch deliktspezifische Kriminalitätsfurcht ab. Vgl. auch Birkel et al. (2014).
- <sup>197</sup> Konkrete Formulierung der Frage: „Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden sich fühlen – wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?“
- <sup>198</sup> Hierzu zählen Migrantinnen und Migranten, Asylsuchende und Flüchtlinge, Sinti und Roma, jüdische Menschen, muslimische Menschen, Menschen anderer Hautfarbe sowie Menschen mit einer homosexuellen Orientierung.
- <sup>199</sup> Vgl. dazu u.a.: Wilhelm Heitmeyer (2002 – 2011); Zick und Preuß (2014).
- <sup>200</sup> Vgl. Statistik für Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) des BMI für das Jahr 2015. Für „Hasspostings“ im Internet gibt es keine eigenständige Kategorie in der Statistik. Die Fallzahlen wurden über eine Abfrage des Themenfeldes „Hasskriminalität“ unter Eingrenzung auf das Tatmittel „Internet“ ermittelt.
- <sup>201</sup> Barkworth und Murphy (2016).
- <sup>202</sup> Birkel et al. (2014).
- <sup>203</sup> Konkrete Formulierung der Frage: „Wie gut arbeitet die örtliche Polizei bei der Verbrechensbekämpfung?“. Um das Vertrauen in die Polizei abzubilden, berücksichtigt der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012 auch die empfundene distributive und prozedurale Fairness der Polizei.
- <sup>204</sup> Birkel et al. (2014).
- <sup>205</sup> Milbert (2015).
- <sup>206</sup> Noll und Weick (2009).
- <sup>207</sup> Milbert (2015).
- <sup>208</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015b).
- <sup>209</sup> Statistisches Bundesamt (2016d).
- <sup>210</sup> Der Indikator ist abhängig vom Einkommen und den regionalen Mietpreisen sowie den persönlichen Präferenzen hinsichtlich der Wohnungsgröße und -ausstattung.
- <sup>211</sup> Es ist zu beachten, dass das Sozio-oekonomische Panel seit dem Erhebungsjahr 2013 die unterschiedlichen Posten der Nebenkosten einzeln abfragt, anstelle einer Abschätzung der gesamten Nebenkosten. Die Veränderung im Anteil der Wohnkosten zwischen 2012 und 2013 kann auf die Veränderung der Erhebungspraxis zurückzuführen sein.

- <sup>212</sup> Kholodilin et al. (2014).
- <sup>213</sup> Kholodilin et al. (2016).
- <sup>214</sup> Schürt (2013).
- <sup>215</sup> Statistisches Bundesamt (2015b).
- <sup>216</sup> Held und Waltersbacher (2015).
- <sup>217</sup> Schürt und Götdecke-Stellmann (2014).
- <sup>218</sup> Schürt (2013).
- <sup>219</sup> Berechnungen des DIW Berlin, SOEP v31.1. Zahlen sind nicht in Abbildung 69 ausgewiesen.
- <sup>220</sup> Eurostat (2016e).
- <sup>221</sup> Noll und Weick (2009).
- <sup>222</sup> Statistisches Bundesamt (2013), S. 17. Diese Zahl beinhaltet auch sogenannte mietfreie Haushalte.
- <sup>223</sup> Außerdem wird in der europäischen Statistik selbstgenutztes Wohneigentum nicht berücksichtigt.
- <sup>224</sup> Statistisches Bundesamt (2016d).
- <sup>225</sup> Da sich der Indikator auf die Haushaltseinkommen bezieht, können auch hier Veränderungen der Haushaltsstrukturen die Daten im Zeitverlauf beeinflussen.
- <sup>226</sup> Neumeier (2014, 2015).
- <sup>227</sup> Eurostat (2016f).
- <sup>228</sup> Vorndran (2010).
- <sup>229</sup> Morris (2015).
- <sup>230</sup> Ein Mittelzentrum hat mindestens 30.000–40.000 Einwohner und hat die folgende typische Ausstattung: Warenhaus, Krankenhaus, Fachärzte, Hotel, Altenpflegeheim, Theater, Museum, Jugendeinrichtung, weiterführende Schule, Bibliothek, größere Sportanlage, Bahnhof.
- <sup>231</sup> Ein Oberzentrum hat 200.000–300.000 Einwohner und hat die folgende typische Ausstattung: Fachhandel, größere Banken und Kreditinstitute, Fach-/Hochschule, Schwerpunktkrankenhaus, wissenschaftliche Bibliothek, Sportstadion, Fernbahnhof.
- <sup>232</sup> Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2012).
- <sup>233</sup> Die Statistik des BBSR errechnet Erreichbarkeiten für den ÖV und MIV basierend auf einer einheitlichen Schwelle von 30 Minuten. Die Richtlinie integrierte Netzplanung differenziert hingegen zwischen MIV (30 min) und ÖV (45 min).
- <sup>234</sup> Quelle: Deutsches Mobilitätspanel.
- <sup>235</sup> „Modal Split“ in Bezug auf die Personenkilometer, Tagesdistanz je Verkehrsmittel. Bei der Auswertung im Jahresbericht des Mobilitätspanels 2014/15 wurden die Jahre 1994–1996 und 2012–2014 hier jeweils aggregiert.
- <sup>236</sup> § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG.
- <sup>237</sup> Das heißt aber nicht, dass so viele Haushalte auch einen Vertrag mit einem Telekommunikationsanbieter hatten, der ihnen solche Übertragungsraten ermöglichte.
- <sup>238</sup> TÜV Rheinland und Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2015), S. 8.
- <sup>239</sup> Die „weißen Flecken“ werden auch „NGA Flecken“ genannt. NGA steht für „Next Generation Access“ und bezeichnet Internetanschlüsse mit mindestens 30 MBit/s im Download.
- <sup>240</sup> Kreyenfeld und Konietzka (2015).
- <sup>241</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2013), S. 13; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2013: Familienleitbilder. Vorstellungen, Meinungen Erwartungen.
- <sup>242</sup> Engstler (2013).
- <sup>243</sup> Lucas (2005).
- <sup>244</sup> Hierzu gehören alle im Haushalt lebenden Kinder, unabhängig vom Alter sowie Adoptiv-, Pflege- oder Stiefeltern.
- <sup>245</sup> Zur Lebenslage von Alleinerziehenden vgl. auch Prognos AG (2015).
- <sup>246</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Gute Kinderbetreuung, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/kinderbetreuung.html>, zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- <sup>247</sup> Statistisches Bundesamt: Der Mikrozensus stellt sich vor, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Mikrozensus2.html>, zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.



- <sup>248</sup> Der Indikator berücksichtigt die Familien-/Lebensformen am Hauptwohnsitz auf Basis des jährlichen Mikrozensus. Der große Stichprobenumfang lässt valide Aussagen über die verschiedenen Lebensformen in Deutschland zu.
- <sup>249</sup> Antonucci et al. (2014).
- <sup>250</sup> Dolan et al. (2008).
- <sup>251</sup> Eurostat weist die beiden Antwortkategorien ‚Ja‘ und ‚Weiß nicht‘ generell zusammen aus. Für Deutschland ergibt sich damit ein Wert von knapp über 96 Prozent. Der europäische Vergleichswert liegt bei knapp über 93 Prozent. Eurostat: Quality of Life, [http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index_en.html), zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- <sup>252</sup> EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) ist eine Befragung in Deutschland im Rahmen der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen.
- <sup>253</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016); Thoits und Hewitt (2001).
- <sup>254</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016). Der Freiwilligen-survey wird regelmäßig über den Freiwilligen-survey des Deutschen Zentrums für Altersfragen erhoben.
- <sup>255</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016), S. 111 und S. 122 (Abbildung 3-B1).
- <sup>256</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016), S. 598 (Abbildung 23-5).
- <sup>257</sup> Bundesministerium der Finanzen (2016b), S.16–21; Bundesverband Deutscher Stiftungen (2015).
- <sup>258</sup> Deutscher Bundestag: Zweiter Engagementbericht der Bundesregierung: <http://www.zweiterengagementbericht.de/>, zuletzt aufgerufen am 27.06.2016.
- <sup>259</sup> Stand: August 2016.
- <sup>260</sup> Breuer und Feiler (2015).
- <sup>261</sup> Güllich und Krüger (2013).
- <sup>262</sup> Da für die Beteiligung an entsprechenden Kursen nicht zwingend eine Mitgliedschaft notwendig ist, sind die Kurse nicht Teil der jährlichen DOSB-Bestandserhebung und können nicht quantifiziert werden.
- <sup>263</sup> Deutscher Olympischer Sportbund: Fördermöglichkeiten Inklusion, [www.dosb.de/de/inklusion/foerdermoeglichkeiten/](http://www.dosb.de/de/inklusion/foerdermoeglichkeiten/), zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- <sup>264</sup> Der Indikator Mitgliedschaften in Sportvereinen bezieht sich auf die sogenannten A-Zahlen des DOSB, also die Mitgliederzahlen, die von den Vereinen gemeldet werden. Mit den sogenannten B-Zahlen melden die Vereine dann Mitglieder, die Fachverbänden (z. B. Deutscher Fußballbund, Deutscher Handballbund) zugeordnet werden.
- <sup>265</sup> Stiglitz et al. (2009); Deutscher Bundestag (2013a).
- <sup>266</sup> Für eine Auseinandersetzung über den Zusammenhang von Wachstum und nachhaltigem Wohlstand siehe zum Beispiel Jakob und Edenhofer (2014).
- <sup>267</sup> In Preisen von 2010.
- <sup>268</sup> Coyle (2016).
- <sup>269</sup> Zahl für 1991 nach ESVM 1995. Zahl für 2015 nach ESVM 2010.
- <sup>270</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2015b).
- <sup>271</sup> Weltbank (2016).
- <sup>272</sup> Eurostat (2016d).
- <sup>273</sup> Ebd. Wert für Spanien 2015 noch vorläufig.
- <sup>274</sup> Preisbereinigt, verkettet (2010 = 100).
- <sup>275</sup> Calderón und Servén (2004).
- <sup>276</sup> Fratzscher et al. (2016).
- <sup>277</sup> Statistisches Bundesamt (2016c), S. 100.
- <sup>278</sup> Gräf et al. (2014), S. 6ff; Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014), S. 20ff; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014), S. 8 und Fratzscher et al. (2016), S. 276.
- <sup>279</sup> Bundesministerium der Finanzen (2016c), S.17.
- <sup>280</sup> Diese Schwelle wird auch Maastricht-Referenzwert genannt.
- <sup>281</sup> Eurostat (2016c); International Monetary Fund (2016), Wert für Japan und die USA Schätzung des IWF.
- <sup>282</sup> Bundesministerium der Finanzen (2016e).

- <sup>283</sup> Artikel 109 (GG), Abs. 3.
- <sup>284</sup> Guellec und De La Potterie (2002).
- <sup>285</sup> Eurostat (2015).
- <sup>286</sup> OECD (2016a).
- <sup>287</sup> Rammer et al. (2016).
- <sup>288</sup> Eurostat: Innovationsstatistik, [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Innovation\\_statistics/de](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Innovation_statistics/de), zuletzt aufgerufen am 21.04.2016. Die Zahlen zum europäischen Vergleich beziehen sich auf den Zeitraum 2010–2012.
- <sup>289</sup> Ermann et al. (2011).
- <sup>290</sup> Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR): Indikator „Beschäftigte in wissensintensiven Industrien“, Stand 2013. <http://inkar.de/>, zuletzt aufgerufen am 30.08.2016.
- <sup>291</sup> Aghion und Griffith (2008).
- <sup>292</sup> Expertenkommission Stärkung von Investitionen in Deutschland (2015).
- <sup>293</sup> Weitere Informationen unter [www.mFund.de](http://www.mFund.de).
- <sup>294</sup> Konkrete Maßnahmen sind in dem „Eckpunktepapier Wagniskapital“ festgehalten, <https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/eckpunkte-wagniskapital,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>, zuletzt aufgerufen am 05.10.2016.
- <sup>295</sup> Steffen et al. (2015).
- <sup>296</sup> Weitzman (2007).
- <sup>297</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Umweltbundesamt (2015), S. 42f; sowie Umweltbundesamt: Lärmbelästigung, <http://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/laermbelaestigung>, zuletzt aufgerufen am 05.10.2016.
- <sup>298</sup> Eibich et al. (2015).
- <sup>299</sup> US Environmental Protection Agency (2016).
- <sup>300</sup> Pope et al. (2002).
- <sup>301</sup> Indexwerte basieren auf dem jährlichen Gesamtvolumen der Emissionen eines Stoffes. Das Basisjahr ist 2005.
- <sup>302</sup> Der Vergleich bezieht sich auf den Median der durchschnittlichen Jahreskonzentration der Luftschadstoffe an den einzelnen Messstationen.
- <sup>303</sup> Auch verfügbar unter European Environment Agency: Attainment situation for NO<sub>2</sub>, [http://www.eea.europa.eu/data-and-maps/daviz/attainment-situation-for-annual-limit-1#tab-chart\\_1](http://www.eea.europa.eu/data-and-maps/daviz/attainment-situation-for-annual-limit-1#tab-chart_1) (Stickstoffdioxid), zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- <sup>304</sup> Auch verfügbar unter European Environment Agency: Attainment situation for PM<sub>2,5</sub>: <http://www.eea.europa.eu/data-and-maps/daviz/attainment-situation-for-pm2.5-1#tab-used-in-publications> (Feinstaub PM<sub>2,5</sub>), zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- <sup>305</sup> International Energy Agency's Implementing Agreement for Renewable Energy Technology Deployment (2015).
- <sup>306</sup> The Japan Times (2015).
- <sup>307</sup> Die Verbindung von Mensch und Natur wird in verschiedenen Studien untersucht. Vgl. hierzu z. B. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Umweltbundesamt (2015); Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Bundesamt für Naturschutz (2016); Capaldi et al. (2014); MacKerron und Mourato (2013); Ryan et al. (2010).
- <sup>308</sup> Thompson et al. (2011).
- <sup>309</sup> Rook (2013).
- <sup>310</sup> Für die Zielwertbildung hat ein Expertengremium für jede einzelne Vogelart einen Bestandswert für das Jahr 2015 bestimmt, der erreicht werden kann, wenn europäische und nationale rechtliche Regelungen mit Bezug zum Naturschutz und die Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung zügig umgesetzt werden.
- <sup>311</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015a).
- <sup>312</sup> Hierfür wird im Kontext der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) das Regelwerk Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (REDD+) verwendet.
- <sup>313</sup> Die Vogelbestände in den einzelnen Landschaftsformen werden – entsprechend der relativen Flächenanteile an der Gesamtfläche Deutschlands – wie folgt gewichtet: Agrarland 0,52, Wälder 0,28, Siedlungen 0,11, Binnengewässer 0,06 und Küsten und Meere 0,03.
- <sup>314</sup> Zum Klimaschutz vgl. die Dimension „In globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern“.
- <sup>315</sup> Der Indikator BIP/Primärenergieverbrauch spiegelt neben der Energieeffizienz auch andere Effekte wider wie z. B. Verbesserungen in der Energieerzeugung und beim Transport oder Veränderungen bei der direkten Nutzung von Rohstoffen beispielsweise für die Herstellung von Kunststoff. Hier ist die zusätzliche Betrachtung der Endenergieproduktivität hilfreich. Diese bezieht sich auf den tat-

- sächlichen Verbrauch zum Beispiel von Strom aus der Steckdose. Potentiell könnte sich auch Strukturwandel im Sinne einer sektoralen Verlagerung von Wertschöpfung abbilden. Das war aber für Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern für den Zeitraum von 1995 bis 2009 nicht der Fall (siehe: Löschel et al. (2015)). Deshalb ist auch die Betrachtung der sektoralen Energieproduktivität von Relevanz.
- <sup>316</sup> Vgl. Indikator BIP in der Dimension „Wirtschaft stärken, in die Zukunft investieren“. Dort allerdings BIP pro Kopf. Für das vereinigte Deutschland liegen für 1990 keine Angaben zum BIP vor.
- <sup>317</sup> AG Energiebilanzen: Ausgewählte Effizienzindikatoren zur Energiebilanz Deutschland 1990-2014 (bereinigt um witterungsbedingte Temperatur- und Lagerbestandseffekte), <http://www.ag-energiebilanzen.de/38.0-Effizienzindikatoren.html>, zuletzt aufgerufen am 27.06.2016.
- <sup>318</sup> Bundesregierung (2012).
- <sup>319</sup> Andor et al. (2016).
- <sup>320</sup> Die Themen „Unabhängige Politik“, „Transparente Politik“ und „Politikstil“ sind vom wissenschaftlichen Auswerter trotz großer inhaltlicher Überlappung getrennt voneinander kategorisiert worden.
- <sup>321</sup> Frey und Stutzer (2000).
- <sup>322</sup> Faas (2010).
- <sup>323</sup> Statistisches Bundesamt (2014).
- <sup>324</sup> Der Rückgang von ebenfalls über 20 Prozentpunkten in Berlin dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die dortige Landtagswahl 1990 zeitgleich zur Bundestagswahl stattfand, was eine überdurchschnittliche hohe Wahlbeteiligung zur Folge hatte.
- <sup>325</sup> Einen europäischen Vergleich der Wahlbeteiligungen zwischen 1979 und 2014 bietet die Bundeszentrale für politische Bildung: Interaktive Grafiken: Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen, <http://www.bpb.de/dialog/europawahlblog-2014/185215/interaktive-grafiken-die-wahlbeteiligung-bei-europawahlen>, zuletzt aufgerufen am 11.04.2016.
- <sup>326</sup> Bundes- bzw. Landeswahlleiter sind der Präsident des Statistischen Bundesamtes ([www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de), zuletzt aufgerufen am 11.04.2016) bzw. die Präsidenten der Statistischen Ämter der Länder.
- <sup>327</sup> European Social Survey Round 7 Data (2014); vgl. auch Universität Bielefeld: Deutschland in Europa: Der European Social Survey, [www.uni-bielefeld.de/soz/ess/studienergebnisse/partizipation/die.html](http://www.uni-bielefeld.de/soz/ess/studienergebnisse/partizipation/die.html), zuletzt aufgerufen am 21.06.2016.
- <sup>328</sup> Auch wenn Personen mit höherer Bildung im ESS leicht überrepräsentiert sind, so zeigen Randanpassungen an den Schulabschluss, dass es hierdurch nur zu geringen Niveauverschiebungen kommt. Da die Zusammenhänge davon unberührt sind, wird in der Darstellung auf die übliche Gewichtung des ESS zurückgegriffen.
- <sup>329</sup> Am sogenannten „Weißbuch-Prozess“ waren Vertreter aus Politik, Bundeswehr und Zivilgesellschaft beteiligt. Die Institutionalisierung eines gesamtgesellschaftlichen sicherheitspolitischen Dialogs soll an der ressortgemeinsamen Bundesakademie für Sicherheitspolitik erfolgen, dazu hat sich die Bundesregierung im „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ bekannt.
- <sup>330</sup> Bundesregierung: Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung, [https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Buerokratieabbau/2\\_bessere\\_Rechtsetzung/\\_node.html](https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Buerokratieabbau/2_bessere_Rechtsetzung/_node.html), zuletzt aufgerufen am 27.06.2016.
- <sup>331</sup> Sen (2004).
- <sup>332</sup> World Justice Project (2015), S. 27.
- <sup>333</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Demokratie Leben, <https://www.demokratie-leben.de/>, zuletzt aufgerufen am 03.05.2016.
- <sup>334</sup> Eine umfangreiche Methodenbeschreibung findet sich unter: World Justice Project: Methodology, <http://worldjusticeproject.org/methodology>, zuletzt aufgerufen am 26.04.2016.
- <sup>335</sup> World Justice Project: Historical Data, <http://worldjusticeproject.org/historical-data>, zuletzt aufgerufen am 26.04.2016.
- <sup>336</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (2016).
- <sup>337</sup> Umweltbundesamt (2015).
- <sup>338</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (2014b).
- <sup>339</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (2014b); Weitzman (2007).
- <sup>340</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (2014a).
- <sup>341</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (2013), S. 27; für detaillierte Informationen zum Karbonbudget und Prognosen vgl. Global Carbon Atlas: <http://www.globalcarbonatlas.org/>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2016.

- <sup>342</sup> Die Edgar-Datenbank schätzt Treibhausgas-Emissionen u.a. basierend auf Daten zum Energieverbrauch der Internationalen Energieagentur, aus dem BP Statistical Review of World Energy und Veröffentlichungen der chinesischen Statistik-Behörde. Daten zu Emissionen aus dem Bereich Landnutzung sind noch nicht Teil der Edgar-Datenbank. Diese werden hier von der FAOSTAT verwendet. Der Edgar-Datensatz zu CO<sub>2</sub>-Emissionen enthält keine Emissionen aus CO<sub>2</sub>-neutraler Bioenergie und aus Landnutzungsveränderung oder Bränden von Wäldern, Mooren, usw.
- <sup>343</sup> Schwankungen wie die leichte Steigerung im Jahr 2015 lassen sich durch unterschiedliche Witterungsverhältnisse erklären.
- <sup>344</sup> Umweltbundesamt und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016).
- <sup>345</sup> Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik: Aktuelle Informationen der AGEE-Stat, <https://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energiedaten-und-analysen/arbeitsgruppe-erneuerbare-energien-statistik,did=629806.html>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2016. Für aktuelle Stromdaten vgl. Agora Energiewende: Agorameter, <https://www.agora-energiewende.de/de/themen/-agothem-/Produkt/produkt/76/Agorameter/>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2016.
- <sup>346</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2015a).
- <sup>347</sup> Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik: Zeitreihen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland, Stand Februar 2016, [http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Navigation/DE/Service/Erneuerbare\\_Energien\\_in\\_Zahlen/Zeitreihen/zeitreihen.html;jsessionid=D2EAFa0769248055F8B4F624D4F5E307](http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Navigation/DE/Service/Erneuerbare_Energien_in_Zahlen/Zeitreihen/zeitreihen.html;jsessionid=D2EAFa0769248055F8B4F624D4F5E307), zuletzt aufgerufen am 28.06.2016.
- <sup>348</sup> Hierfür wird im Kontext der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) das Regelwerk Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (REDD+) verwendet.
- <sup>349</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (2014b); Harris et al. (2012).
- <sup>350</sup> Wert für 2015 vorläufig.
- <sup>351</sup> OECD (2016b).
- <sup>352</sup> OECD (2016b). In diese OECD-Statistik fließen nur die Beiträge der Mitglieder des OECD-Entwicklungsausschusses und derjenigen Staaten, die ihre Entwicklungsbeiträge der OECD melden, wie zum Beispiel die Vereinigten Arabischen Emirate, ein.
- <sup>353</sup> Ruggie (2007).
- <sup>354</sup> G7 Germany (2015), S.7.
- <sup>355</sup> Teil davon ist auch die interaktive Aufbereitung des Berichts auf [www.gut-leben-in-deutschland.de](http://www.gut-leben-in-deutschland.de).
- <sup>356</sup> Der unabhängige und wissenschaftliche Auswerter hat die im Dialog angesprochenen Themen in nicht weniger als 17 „Oberkategorien“, 141 „Unterthemen“ und 255 „Unterfacetten“ aufgeteilt.
- <sup>357</sup> Zu aktuellen Ergebnissen der internationalen Forschung vgl. die Webseite der International Society for Quality-of-Life Studies: [www.isqols.org](http://www.isqols.org), zuletzt aufgerufen am 31.05.2016.
- <sup>358</sup> Vgl. Kap. IV.1 der Dokumentation zum vorliegenden Bericht: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/20323684>.
- <sup>359</sup> Die Aufwendungen der Bundesregierung für politische Stabilisierung und humanitäre Hilfe in Konfliktregionen, die durch die Bundeswehr geleistet werden, sind nicht in der ODA-Quote enthalten.
- <sup>360</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Umweltbundesamt (2015), S. 42f; sowie Umweltbundesamt: Lärmbelästigung, <http://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/laermbelaestigung>, zuletzt aufgerufen am 05.10.2016.

## ■ Literaturverzeichnis

AG Energiebilanzen: Ausgewählte Effizienzindikatoren zur Energiebilanz Deutschland 1990-2014, <http://www.ag-energiebilanzen.de/38-0-Effizienzindikatoren.html>, zuletzt aufgerufen am 27.06.2016.

Aghion, P. und Griffith, R. (2008): *Competition and growth: reconciling theory and evidence*. MIT Press: Cambridge und London.

Agora Energiewende: Agorameter, <https://www.agora-energiewende.de/de/themen/-agothem-/Produkt/produkt/76/Agorameter/>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2016.

Ahima, R.S. und Lazar, M.A. (2013): The Health Risk of Obesity - Better Metrics Imperative. *Science*, 341(6148), S. 856 – 858.

Alesina, A., Di Tella, R. und MacCulloch, R. (2004): Inequality and happiness: are Europeans and Americans different? *Journal of Public Economics* 88(9), S. 2009 – 2042.

Anders, Y. (2013): Stichwort: Auswirkungen frühkindlicher institutioneller Betreuung und Bildung. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 16(2), S. 237 – 275.

Andor, M., Frondel, M., Guseva, M. und Sommer, S. (2016): Zahlungsbereitschaft für grünen Strom: Zunehmende Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit. *RWI Materialien* Heft 105, <http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/382/>, zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.

Antonucci, T.C., Ajrouch, K.J. und Birditt, K.S. (2014): The Convoy Model: Explaining Social Relations from a Multidisciplinary Perspective. *The Gerontologist* 54(1), S. 82 – 92.

Apouey, B. und Clark, A.E. (2015): Winning Big but Feeling no better? The Effect of Lottery Prizes on Physical and Mental Health. *Health Economics* 24(5), S. 516 – 538.

Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik: Aktuelle Informationen der AGEE-Stat, <https://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energiedaten-und-analysen/arbeitsgruppe-erneuerbare-energien-statistik,did=629806.html>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2016.

Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik: Zeitreihen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland, Stand Februar 2016, [http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Navigation/DE/Service/Erneuerbare\\_Energien\\_in\\_Zahlen/Zeitreihen/zeitreihen.html;jsessionid=D2EAF0769248055F8B4F624D4F5E307](http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Navigation/DE/Service/Erneuerbare_Energien_in_Zahlen/Zeitreihen/zeitreihen.html;jsessionid=D2EAF0769248055F8B4F624D4F5E307), zuletzt aufgerufen am 28.06.2016.

Atkinson, T., Cantillon, B., Marlier, E. und Nolan, B. (2002): *Social Indicators. The EU and Social Inclusion*. Oxford University Press: Oxford.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): *Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf*. Bertelsmann: Bielefeld.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): *Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen*. Bertelsmann: Bielefeld.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): *Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*. Bertelsmann: Bielefeld, <http://www.bildungsbericht.de/de/nationaler-bildungsbericht>, zuletzt aufgerufen am 22.06.2016.

Barkworth, J. und Murphy, K. (2016): System Contact and Procedural Justice Policing. Improving Quality of Life Outcomes for Victims of Crime. *International Review of Victimology* 22(2), S. 105 – 122.

Bell, D.N.F. und Blanchflower, D.G. (2011): Youth Unemployment and the Great Recession. *Oxford Review of Economic Policy* 27(2), S. 241 – 267.

Benabou, R. (2000): Unequal Societies: Income Distribution and the Social Contract. *The American Economic Review* 90(1), S. 96 – 129.

Bertelsmann Stiftung (2012): Themenreport „Pflege 2030“: Was ist zu erwarten, was ist zu tun? Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2013): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt: messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich. Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.

Bertram, H., Bujard, M. und Rösler, W. (2011): Rush-Hour des Lebens. Geburtenaufschub, Einkommensverläufe und familienpolitische Perspektiven. *Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie* 8(2), S. 91 – 99.

- Birkel, C., Guzy, N., Hummelsheim, D., Oberwittler, D. und Pritsch, J. (2014): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012. Erste Ergebnisse zu Opfererfahrungen, Einstellungen gegenüber der Polizei und Kriminalitätsfurcht. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht: Freiburg.
- Blanchflower, D.G. und Oswald, A.J. (2013): Does high home-ownership impair the labor market? *NBER Working Paper* Nr. 19079.
- Bohulskyy, Y., Erlinghagen, M. und Scheller, F. (2011): Arbeitszufriedenheit in Deutschland sinkt langfristig. IAQ Report Nr. 3/2011, <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2011/report2011-03.pdf>, zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- Boyce, C.J., Wood, A. M., Banks, J., Clark, A.E. und Brown, G.D.A. (2013): Money, Well-Being, and Loss Aversion. *Psychological Science* 24(12), S. 2557 – 2562.
- Breen, R. und Goldthorpe, J.H. (1997): Explaining Educational Differentials: Towards a Formal Rational Action Theory. *Rationality and Society* 9(3), S. 275 – 305.
- Brehmer, W. und Seifert, H. (2009): Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? Eine empirische Analyse sozialer Risiken. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 41(4), S. 501 – 531.
- Brenke, K. (2015): Die große Mehrzahl der Beschäftigten in Deutschland ist mit ihrer Arbeit zufrieden. *DIW-Wochenbericht* Nr. 32/33/2015, S. 715 – 722.
- Breuer, C. und Feiler, S. (2015): Sportvereine in Deutschland – ein Überblick. In: Breuer, C. (Hrsg.): Sportentwicklungsbericht 2013/2014. Analyse zur Situation von Sportvereinen in Deutschland. Sportverlag Strauß: Köln.
- Browning, M. und Heinesen, E. (2012): Effect of job loss due to plant closure on mortality and hospitalization. *Journal of Health Economics* 31(4), S. 599 – 616.
- Bruckmeier, K. und Wiemers, J. (2015): Aufstocker: Trotz Mindestlohn: viele bedürftig. *Wirtschaftsdienst*, 95(7), 444.
- Brücker, H., Liebau, E., Romiti, A. und Vallizadeh, E. (2014): Anerkannte Abschlüsse und Deutschkenntnisse lohnen sich. *IAB Kurzbericht* Nr. 21.3/2014, S. 21 – 28.
- Buch, T., Niebuhr, A., Peters, C. und Stöckmann, K. (2016): Zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.
- Bug, M., Kroh, M., und Meier, K. (2015): Regionale Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht: Befunde der WISIND-Studie. *DIW-Wochenbericht* Nr. 12/2015, S. 259 – 269.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Asyl in Zahlen 2015. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Nürnberg, <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015-asyl.html?nn=1367528>, zuletzt aufgerufen am 22.06.2016.
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung: IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung, <https://www.in-form.de/buergerportal/start.html>, zuletzt aufgerufen am 13.06.2016.
- Bundesbank (2016): Zeitreihe BBK01.BJ9959: Verschuldung gem. Maastricht-Vertrag - Deutschland - Gesamtstaat - in % des BIP, [https://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen\\_Datenbanken/Oeffentliche\\_Finanz\\_in\\_Deutschland/oeffentliche\\_finanzen\\_in\\_deutschland\\_details\\_value\\_node.html?tsId=BBK01.BJ9959&listId=www\\_v27\\_web011\\_21a](https://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Oeffentliche_Finanz_in_Deutschland/oeffentliche_finanzen_in_deutschland_details_value_node.html?tsId=BBK01.BJ9959&listId=www_v27_web011_21a), zuletzt aufgerufen am 17.06.2016.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR): Indikator „Beschäftigte in wissensintensiven Industrien“, Stand 2013. <http://inkar.de/>, zuletzt aufgerufen am 30.08.2016.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2012): Raumordnungsbericht 2011. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Bonn.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Familienleitbilder. Vorstellungen. Meinungen. Erwartungen. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Wiesbaden.
- Bundesministerium der Finanzen (2016a): Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2015. Bundesministerium der Finanzen: Berlin.
- Bundesministerium der Finanzen (2016b): Monatsbericht des BMF März 2016. Bundesministerium der Finanzen: Berlin.
- Bundesministerium der Finanzen (2016c): Finanzbericht 2017. Bundesministerium der Finanzen: Berlin.

- Bundesministerium der Finanzen (2016d): Datensammlung zur Steuerpolitik, Ausgabe 2015. Bundesministerium der Finanzen: Berlin.
- Bundesministerium der Finanzen (2016e): Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Bundesministerium der Finanzen: Berlin.
- Bundesministerium der Verteidigung (2016): Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Bundesministerium der Verteidigung: Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2010): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2010. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (2016): Polizeiliche Kriminalstatistik 2015. Bundesministerium des Innern: Berlin.
- Bundesministerium des Innern (2016): Statistik zur Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) 2015. Bundesministerium des Innern: Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012): Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016): Statistik zur privaten Altersvorsorge (Stand: 31.05.2016), <http://www.bmas.de/DE/Themen/Rente/Zusaetzliche-Altersvorsorge/statistik-zusaetzliche-altersvorsorge.html>, zuletzt aufgerufen am 23.08.2016.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: Digitale Medien in der beruflichen Bildung, <https://www.bmbf.de/de/digitale-medien-in-der-bildung-1380.html>, zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bund-Länder-Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, <http://www.wettbewerb-offene-hochschulen-bmbf.de/>, zuletzt aufgerufen am 03.08.2016.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2013): Familienreport 2012. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Pflege - Wie Unternehmen Beschäftigte mit Pflegeaufgaben unterstützen können. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Vereinbarkeit-von-Beruf-und-Pflege.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, zuletzt aufgerufen am 14.06.2016.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland - Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Freiwilligensurvey-2014-Langfassung.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, zuletzt aufgerufen am 30.06.2016.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Demokratie Leben, <https://www.demokratie-leben.de/>, zuletzt aufgerufen am 03.05.2016.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Gute Kinderbetreuung, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/kinderbetreuung.html>, zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Umweltbundesamt (Hrsg.) (2015): Umweltbewusstsein in Deutschland 2014: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin und Dessau-Roßlau, [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/umweltbewusstsein\\_in\\_deutschland\\_2014.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/umweltbewusstsein_in_deutschland_2014.pdf), zuletzt aufgerufen am 30.06.2016.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Bundesamt für Naturschutz (2016): Naturbewusstsein 2015: Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Bundesamt für Naturschutz: Berlin und Bonn, [https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/gesellschaft/Dokumente/Naturbewusstsein-2015\\_barrierefrei.pdf](https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/gesellschaft/Dokumente/Naturbewusstsein-2015_barrierefrei.pdf), zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015a): Indikatorenbericht 2014 zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Berlin, [http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Pool/Broschueren/indikatorenbericht\\_biologische\\_vielfalt\\_2014\\_bf.pdf](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/indikatorenbericht_biologische_vielfalt_2014_bf.pdf), zuletzt aufgerufen am 27.05.2015.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. *Monatsbericht* November 2014. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2015a): Ein gutes Stück Arbeit: Die Energie der Zukunft: Vierter Monitoring-Bericht zur Energiewende. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Berlin, <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/V/vierter-monitoring-bericht-energie-der-zukunft.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>, zuletzt aufgerufen am 30.05.2016.



Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.) (2015b): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2015. Berlin.

Bundesregierung (2012): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie: Fortschrittsbericht 2012. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Berlin, [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/2012-05-08-fortschrittsbericht-2012.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/2012-05-08-fortschrittsbericht-2012.pdf?__blob=publicationFile), zuletzt aufgerufen am 30.06.2016.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015b): Wohngeld- und Mietenbericht 2014. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Berlin.

Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie: Neuauflage 2016, Entwurf: Stand 30.05.2016. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Berlin, [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/0-Buehne/2016-05-31-download-nachhaltigkeitsstrategie-entwurf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/0-Buehne/2016-05-31-download-nachhaltigkeitsstrategie-entwurf.pdf?__blob=publicationFile&v=4), zuletzt aufgerufen am 28.06.2016.

Bundesregierung: Amtlich einfach: Staat der kurzen Wege, [www.amtlich-einfach.de](http://www.amtlich-einfach.de), zuletzt aufgerufen am 27.06.2016. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Bundesregierung: Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung: [https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Buerokratieabbau/2\\_bessere\\_Rechtsetzung/\\_node.html](https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Buerokratieabbau/2_bessere_Rechtsetzung/_node.html), zuletzt aufgerufen am 27.06.2016.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (2015): Stiftungsengagement für Flüchtlinge: Möglichkeiten und rechtliche Grenzen. Bundesverband Deutscher Stiftungen: Berlin, [https://www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Mitglieder/Mitgliederlogin/Formulare\\_und\\_Muster/Faktenblatt\\_Fluechtlingshilfe.pdf](https://www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Mitglieder/Mitgliederlogin/Formulare_und_Muster/Faktenblatt_Fluechtlingshilfe.pdf), zuletzt aufgerufen am 29.08.2016.

Bundeszentrale für politische Bildung: Interaktive Grafiken: Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen, <http://www.bpb.de/dialog/europawahlblog-2014/185215/interaktive-grafiken-die-wahlbeteiligung-bei-europawahlen>, zuletzt aufgerufen am 11.04.2016.

Calderón, C. und Servén, L. (2004): The effects of infrastructure development on growth and income distribution (Nr. 270). World Bank Publications: Washington, DC.

Caliendo, M., Hogenacker, J., Künn, S. und Wießner, F. (2012): Alte Idee, neues Programm: Der Gründungszuschuss als Nachfolger von Überbrückungsgeld und Ich-AG. *Journal for Labour Market Research* 45(2), S. 99 – 123.

Caliendo, M., Künn, S. und Wießner, F. (2010): Die Nachhaltigkeit von geförderten Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit: Eine Bilanz nach fünf Jahren. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 42, S. 269 – 291.

Capaldi, C.A., Dopko, R.L. und Zelenski, J.M. (2014): The relationship between nature connectedness and happiness: a meta-analysis. *Frontiers in psychology* 5, Artikel Nr. 976.

Clark, A.E., D'Ambrosio, C. und Ghislandi, S. (2015): Poverty Profiles and Well-Being: Panel Evidence from Germany. In: Garner, T.L. und Short, K.S. (Hrsg.): Measurement of Poverty, Deprivation, and Economic Mobility. Research on Economic Inequality Volume 23, S. 1 – 22.

Clark, A.E., Frijters, P. und Shields, M.A. (2008): Relative income, happiness, and utility: An explanation for the Easterlin paradox and other puzzles. *Journal of Economic literature*, S. 95 – 144.

Coyle, D. (2016): Digitally Disrupted GDP, <http://voxeu.org/article/digitally-disrupted-gdp>, zuletzt aufgerufen am 29.06.2016.

De Witte, H. (1999): Job Insecurity and Psychological Well-Being: Review of the Literature and Exploration of Some Unresolved Issues. *European Journal of Work and Organizational Psychology* 8(2), S. 155 – 177.

Deaton, A. (2008): Income, Health, and Well-Being around the World: Evidence from the Gallup World Poll. *Journal of Economic Perspectives* 22(2), S. 53 – 72.

Deutsche Post Glücksatlas 2015: <http://www.gluecksatlas.de/cms/2015/start.html>, zuletzt aufgerufen am 26.01.2016.

Deutscher Bundestag (2013a): Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Schlussbericht. BT-Drucksache 17/13300.

Deutscher Bundestag (2013b): Entschließungsantrag zu der Beratung des Schlussberichts der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. BT-Drucksache 17/13730.

Deutscher Bundestag (2013c): Stenografischer Bericht: 243. Sitzung. Plenarprotokoll 17/243.



- Deutscher Bundestag: Zweiter Engagementbericht der Bundesregierung: <http://www.zweiterengagementbericht.de/>, zuletzt aufgerufen am 27.06.2016.
- Deutscher Olympische Sportbund: Fördermöglichkeiten Inklusion, [www.dosb.de/de/inklusion/foerdermoeglichkeiten/](http://www.dosb.de/de/inklusion/foerdermoeglichkeiten/), zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- Deutsche Rentenversicherung Bund (2015): Rentenversicherung in Zeitreihen. DRV Schriften Band 22. Deutsche Rentenversicherung Bund: Berlin.
- Di Tella, R. und MacCulloch, R. (2008): Gross National Happiness as an Answer to the Easterlin Paradox? *Journal of Development Economics* 86, S. 22 – 42.
- Di Tella, R., Haisken-De New, J.P. und MacCulloch, R. (2010): Happiness adaptation to income and to status in an individual panel. *Journal of Economic Behavior & Organization* 76(3), S. 834 – 852.
- Dolan, P., Peasgood, T. und White, M. (2008): Do we really know what makes us happy? A review of the economic literature on the factors associated with subjective well-being. *Journal of Economic Psychology* 29(1), S. 94 – 122.
- Easterlin, R.A. (1974): Does economic growth improve the human lot? Some empirical evidence. *Nations and households in economic growth* 89, S. 89 – 125.
- Easterlin, R.A. (1995). Will raising the incomes of all increase the happiness of all? *Journal of Economic Behavior & Organization* 27(1), S. 35-47.
- Easterlin, R.A., McVey, L.A., Switek, M., Sawangfa, O. und Zweig, J.S. (2010): The happiness–income paradox revisited. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 107(52), S. 22463 – 22468.
- EDGAR: European Commission, Joint Research Centre/ Netherlands Environmental Assessment Agency, Emissions Database for Global Atmospheric Research (2015): Release CO<sub>2</sub> time series 1990-2014 for the „Trends in global CO<sub>2</sub> emissions: 2015 report“, <http://edgar.jrc.ec.europa.eu/overview.php?v=CO2ts1990-2014>, zuletzt aufgerufen am 30.06.2013.
- EDGAR: European Commission, Joint Research Centre/ Netherlands Environmental Assessment Agency, Emissions Database for Global Atmospheric Research (2014), Release GHG time series 1990-2012 for „The Emissions Gap Report 2014 - a UNEP Synthesis Report“, <http://edgar.jrc.ec.europa.eu/overview.php?v=42FT2012>, zuletzt aufgerufen am 30.06.2013.
- Eibich, P., Kholodilin, K., Krekel, C. und Wagner, G.G. (2015): Fluglärm ist mit einer verringerten Lebensqualität auch abseits der Berliner Flughäfen verbunden. *DIW-Wochenbericht* Nr. 9/2015, S. 175 – 181.
- Eichhorst, W. und Tobsch, V. (2015): Not so standard anymore? Employment Duality in Germany. *Journal of Labour Market Research* 48, S. 81 – 95.
- Ellguth, P. und Kohaut, S. (2016): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB Betriebspanel 2015. WSI Mitteilung 4/2016, S. 284 – 291.
- Engstler, H. (2013): Lebenszufriedenheit der Menschen mittleren und höheren Alters in unterschiedlichen Lebensformen. In: Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010. Springer VS: Wiesbaden, S. 1 – 12.
- Entwicklungsgesellschaft für berufliche Bildung mbH: Netzwerk Integration durch Bildung, [www.netzwerk-iq.de](http://www.netzwerk-iq.de), zuletzt aufgerufen am 01.06.2016.
- Ermann, U., Lang, T. und Megerle M. (2011): Weltmarktführer: Ein räumlicher und zeitlicher Überblick. In: Nationalatlas aktuell 5 (11.2011) 11. Leibniz Institut für Länderkunde: Leipzig, [http://aktuell.nationalatlas.de/wp-content/uploads/11\\_11\\_Weltmarktfuehrer.pdf](http://aktuell.nationalatlas.de/wp-content/uploads/11_11_Weltmarktfuehrer.pdf), zuletzt aufgerufen am 29.08.2016.
- European Environment Agency: Attainment situation for NO<sub>2</sub>, [http://www.eea.europa.eu/data-and-maps/daviz/attainment-situation-for-annual-limit-1#tab-chart\\_1](http://www.eea.europa.eu/data-and-maps/daviz/attainment-situation-for-annual-limit-1#tab-chart_1) (Stickstoffdioxid), zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- European Environment Agency: Attainment situation for PM<sub>2,5</sub>: <http://www.eea.europa.eu/data-and-maps/daviz/attainment-situation-for-pm2.5-1#tab-used-in-publications> (Feinstaub PM<sub>2,5</sub>), zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- European Social Survey Round 7 Data (2014): Data file edition 2.0. NSD - Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC.
- Eurostat (2015): FuE-Ausgaben in der EU lagen unverändert bei knapp über 2% des BIP im Jahr 2014. Pressemitteilung 209/2015.

- Eurostat (2016a): Arbeitslosenquote (Code: tsdec450), <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=tsdec450>, zuletzt aufgerufen am 30.06.2016.
- Eurostat (2016b): Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger (Code: t2020\_40), [http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=t2020\\_40](http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=t2020_40), zuletzt aufgerufen am 14.04.2016.
- Eurostat (2016c): Öffentlicher Bruttoschuldenstand Prozentanteil des BIP (Code: tsdde410), <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/graph.do?tab=graph&plugin=1&pcode=tsdde410&language=de&toolbox=sort>, zuletzt aufgerufen am 17.04.2016.
- Eurostat (2016d): Reales BIP pro Kopf (Code: tsdec100), <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&language=de&pcode=tsdec100>, zuletzt aufgerufen am 30.06.2016.
- Eurostat (2016e): Share of housing costs in disposable household income, by type of household and income group (Code: ilc\_mdmed01), [http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-datasets/-/ILC\\_MDEED01](http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-datasets/-/ILC_MDEED01), zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- Eurostat (2016f): Share of persons who cannot afford a personal car (Code: ilc\_mddu05), [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc\\_mddu05&lang=en](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_mddu05&lang=en), zuletzt aufgerufen am 30.06.2016.
- Eurostat: Innovationsstatistik, [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Innovation\\_statistics/de](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Innovation_statistics/de), zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.
- Eurostat: Quality of Life, [http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index_en.html), zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.
- Expertenkommission Stärkung von Investitionen in Deutschland (Hrsg.) (2015): Stärkung von Investitionen in Deutschland. Bericht der Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie. Berlin.
- Faas, T. (2010): Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Nomos: Baden-Baden.
- Fach, E.-M., Rosenbach, F. und Richter, M. (2016): Mortalitätsentwicklung und Gesundheitsbewegungen in Europa: Eine historische Perspektive. In: Niephaus, Y., Kreyenfeld, M. und Sackmann, R. (Hrsg.): Handbuch Bevölkerungssoziologie. Springer VS: Wiesbaden, S. 529 – 563.
- Fagan, C., Lyonette, C., Smith, M. und Saldaña-Tejeda, A. (2012): The influence of working time arrangements on work-life integration or ‚balance‘: a review of the international evidence. *International Labor Organization (ILO) Conditions of Work and Employment Series* Nr. 32.
- FAOSTAT: Emissions - Land Use, [http://faostat3.fao.org/browse/G2/\\*/E](http://faostat3.fao.org/browse/G2/*/E), zuletzt aufgerufen am 22.06.2016.
- Fitzenberger, B. (2012): Expertise zur Entwicklung der Lohnungleichheit in Deutschland. Expertise im Auftrag des SVR, Arbeitspapier Nr. 04/2012.
- Forster, D.P. (1996): The East-West Life Expectancy Gap: The Contribution of Differences in the Quality of Medical Care. In: Hertzmann, C., Kelly, S. und Bobak, M. (Hrsg.): East-West Life Expectancy Gap in Europe. Kluwer: Dordrecht, S. 47 – 60.
- Fratzscher, M., Gornig, M. und Schiersch, A. (2016): Investitionsschwäche der Unternehmen schafft Handlungsbedarf. *DIW-Wochenbericht* Nr. 15/2016, S. 275 – 280.
- Frey, B.S. und Stutzer, A. (2000): Happiness, Economy and Institutions. *The Economic Journal* 110(446), S. 918 – 938.
- Frey, B.S. und Stutzer, A. (2002): What can economists learn from happiness research? *Journal of Economic literature* 40(2), S. 402 – 435.
- Frijters, P., Haisken-DeNew, J.P. und Shields, M.A. (2004): Money does matter! Evidence from increasing real income and life satisfaction in East Germany following reunification. *The American Economic Review* 94(3), S. 730 – 740.
- Gangl, M., Müller, W. und Raffé, D. (2003): Conclusions: Explaining Cross-National Differences in School-to-Work Transitions. In: Müller, W. und Gangl, M. (Hrsg.): Transition from Education to Work in Europe: The Integration of Youth into EU Labour Markets. Oxford University Press: Oxford, S. 277 – 305.
- Garofalo, J. (1979): Victimization and the Fear of Crime. *Journal of Research in Crime and Delinquency* 16(1), S. 80 – 97.
- Glatzer, W. (2015): Monitoring and Analyzing Quality of Life – An Introduction. In: Glatzer, W., Camfield, L., Møller, V., und Rojas, M. (Hrsg.): Global Handbook of Quality of Life: Exploration of Well-being of Nations and Continents. Springer: Niederlande, S. 1 – 11.
- Glatzer, W., Camfield, L., Møller, V. und Rojas, M. (Hrsg.) (2015): Global Handbook of Quality of Life: Exploration of Well-being of Nations and Continents. Springer: Niederlande.

- Global Carbon Atlas: <http://www.globalcarbonatlas.org/>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2016.
- Goebel, J., Grabka, M.M. und Schröder, C. (2015): Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch: junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht. *DIW-Wochenbericht* Nr. 25/2015, S. 571 – 586.
- Grabka, M.M. und Westermeier, C. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. *DIW-Wochenbericht* Nr. 9/2014, S. 151 – 164.
- Gräf, B., Möbert, J., Rakau, O. und Schneider, S. (2014): Ice bucket challenge und strukturelle Investitionslücke. Deutsche Bank Research, Ausblick Deutschland.
- Grund, C., Martin, J. und Minten, A. (2014): Beschäftigungsstruktur und Zufriedenheit von Zeitarbeitnehmern in Deutschland. SOEPpaper Nr. 677/2014.
- Guellec, D. und De La Potterie, B.V.P. (2002): R&D and productivity growth. *OECD Economic Studies* 2001(2), S. 103 – 126.
- Güllich, A. und Krüger, M. (Hrsg.) (2013): Sport. Das Lehrbuch für das Sportstudium. Springer Spektrum: Berlin, Heidelberg.
- Gupta, N., Goel, K., Shah, P. und Misra, A. (2012): Childhood obesity in developing countries: Epidemiology, determinants, and prevention. *Endocrine Reviews* 33(1), S. 48 – 70.
- G7 Germany (2015): Think Ahead. Act Together. An morgen denken. Gemeinsam handeln. Abschlusserklärung G7-Gipfel, 7.–8. Juni 2015, [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/G8\\_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/G8_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.pdf?__blob=publicationFile&v=4), zuletzt aufgerufen am 23.08.2016.
- Hahn, E., Specht, J., Gottschling, J. und Spinath, F.M. (2015): Coping with Unemployment: The Impact of Unemployment Duration and Personality on Trajectories of Life Satisfaction. *European Journal of Personality* 29(6), S. 635 – 646.
- Harris, N., Brown, S., Hagen, S. C., Baccini, A. und Houghton, R. (2012): Progress toward a consensus on carbon emissions from tropical deforestation. Winrock International and Woods Hole Research Center.
- Heckman, J.J. (2000): Policies to foster human capital. *Research in economics* 54(1), S. 3 – 56.
- Heckman, J.J., Pinto, R. und Savelyev, P. (2013): Understanding the Mechanisms through Which an Influential Early Childhood Program Boosted Adult Outcomes. *American Economic Review* 103(6), S. 2052 – 2086.
- Heineck, G. und Riphahn, R.T. (2009): Intergenerational Transmission of Educational Attainment in Germany – The Last Five Decades. *Journal for Economics and Statistics* 229(1), S. 39 – 60.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2002-2011): Deutsche Zustände. Band 1 – 10, Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Held, T. und Waltersbacher, M. (2015): Wohnungsmarktprognose 2030. *BBSR-Analysen Kompakt* Nr. 07/2015.
- Helliwell, J.F., Layard, R. und Sachs, J. (Hrsg.) (2015): World happiness report 2015. Sustainable Development Solutions Network: New York, [http://worldhappiness.report/wp-content/uploads/sites/2/2015/04/WHR15\\_Sep15.pdf](http://worldhappiness.report/wp-content/uploads/sites/2/2015/04/WHR15_Sep15.pdf), zuletzt aufgerufen am 20.06.2016.
- Herbig, B., Dragano, N. und Angerer, P. (2013): Gesundheitliche Situation von langzeitarbeitslosen Menschen. *Deutsches Ärzteblatt* 110 (23/24), S. 413 – 420.
- Holly, S. und Mohnen, A. (2012): Impact of Working Hours on Work-Life Balance. SOEPpaper Nr. 465/2012, <http://www.econstor.eu/bitstream/10419/62340/1/722921012.pdf>, zuletzt aufgerufen am 14.06.2016.
- Holst, E. (2016): Auch in Doppelverdienerhaushalten: Vollzeitwerbstätige Frauen leisten deutlich mehr Hausarbeit als Männer – Unterschiede verringern sich kaum. Sonderpressemitteilung des DIW zum Internationalen Weltfrauentag.
- Human Mortality Database: University of California, Berkeley (USA) und Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Deutschland), <http://www.mortality.org>, zuletzt aufgerufen am 09.05.2016.
- Hummelsheim, D., Oberwittler, D. und Pritsch, J. (2014): Die Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und generalisiertem Vertrauen – Mehrebenenanalysen zur Rolle individueller und kontextueller Faktoren. In: Eifler, S. und Pollich, D. (Hrsg.): Empirische Forschung über Kriminalität. Methodologische und methodische Grundlagen. Springer: Wiesbaden, S. 405 – 438.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2010): Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: Eine repräsentative Bestandsaufnahme unter Berufstätigen, Studie im Auftrag des BMFSFJ.

- Institut für Demoskopie Allensbach (2011): Monitor Familienleben 2010 – Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung – Berichtsband. Institut für Demoskopie Allensbach: Allensbach.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2014): Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf. Untersuchungsbericht zu einer repräsentativen Befragung von Elternpaaren im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Institut für Demoskopie Allensbach: Allensbach.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (2013): Summary for policymakers. In: Stocker T.F., Qin, D., Plattner, G.-K., Tignor, M.M.B., Allen, S.K., Boschung, J., Nauels, A., Xia, Y., Bex, V. und Midgley, P.M. (Hrsg.): *Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA, S. 1 – 29.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (2014a): Summary for Policymakers. In: Edenhofer, O., R. Pichs-Madruga, Y., Sokona, E., Farahani, S., Kadner, K., Seyboth, A., Adler, I., Baum, S., Brunner, P., Eickemeier, B., Kriemann, J., Savolainen, S., Schlömer, C., von Stechow, T., Zwickel und Minx, J.C. (Hrsg.): *Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA. S. 1 – 36.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (2014b): Summary for policymakers. In: Field, C.B., Barros, V.R., Dokken, D.J., Mach, K.J., Mastrandrea, M.D., Bilir, T.E., Chatterjee, M., Ebi, K.L., Estrada, Y.O., Genova, R.C., Girma, B., Kissel, E.S., Levy, A.N., MacCracken, S., Mastrandrea, P.R. und White, L.L. (Hrsg.): *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA, S. 1 – 32.
- International Energy Agency's Implementing Agreement for Renewable Energy Technology Deployment (2015): Driving renewable energy for transport: Next generation policy instruments for renewable transport. IEA Implementing Agreement for Renewable Energy Technology Deployment: Utrecht.
- International Monetary Fund (2016): World Economic Outlook Database, October 2015. Indikator: General government gross debt in percent of GDP, zuletzt aufgerufen am 22.06.2016.
- International Society for Quality-of-Life Studies, <http://isqols.org>, zuletzt aufgerufen am 31.05.2016.
- Jakob, M. und Edenhofer, O. (2014): Green Growth, Degrowth, and the Commons. *Oxford Review of Economic Policy* 30(3), S. 447 – 468.
- Kahneman, D. und Deaton, A. (2010): High income improves evaluation of life but not emotional well-being. *Proceedings of the national academy of sciences* 107(38), S. 16489 – 16493.
- Kahneman, D., Krueger, A.B., Schkade, D., Schwarz, N. und Stone, A. (2004): A survey method for characterizing daily life experience: The day reconstruction method (DRM). *Science* 306, S. 1776 – 1780.
- Kalleberg, A. (2009): Precarious Work, Insecure Workers: Employment Relations in Transition. *American Sociological Review* 74(1), S. 1 – 22.
- Kholodilin, K., Mense, A. und Michelsen, C. (2016): Die Mietpreispbremse wirkt bisher nicht. *DIW-Wochenbericht* Nr. 22/2016, S. 491 – 499.
- Kholodilin, K., Michelsen, C. und Ulbricht, D. (2014): Stark steigende Immobilienpreise in Deutschland: aber keine gesamtwirtschaftlich riskante Spekulationsblase. *DIW-Wochenbericht* Nr. 47/2014, S. 1231 – 1240.
- Klenner, C. und Lillemeier, S. (2015): Gender News: Große Unterschiede in den Arbeitszeiten von Frauen und Männern. *WSI Report* Nr. 22/2015.
- Klinger, S. und Rothe, T. (2012): The Impact of Labour Market Reforms and Economic Performance on the Matching of the Short-term and the Long-term Unemployed. *Scottish Journal of Political Economy* 59(1), S. 90 – 114.
- Koalitionsvertrag (2013): Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD „Deutschlands Zukunft gestalten“, 18. Legislaturperiode.
- Kreyenfeld, M. und Konietzka, D. (2015): Private Lebensformen in Ost- und Westdeutschland. In: Niephaus, Y., Kreyenfeld, M. und Sackmann, R. (Hrsg.): *Handbuch für Bevölkerungssoziologie*. Springer: Wiesbaden, S. 303 – 325.
- Kreyenfeld, M. und Krapf, S. (2016): Soziale Ungleichheit und Kinderbetreuung – Eine Analyse der sozialen und ökonomischen Determinanten der Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen. In: Becker, R. und Lauterbach, W. (Hrsg.): *Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit*. Springer VS: Wiesbaden, S. 119 – 144.

- Layard, R. (2006): *Happiness: Lessons from a new science*. Penguin UK: London.
- Lee, S., McCann, D. und Messenger, J.C. (2007): *Working Time Around the World: Trends in Working Hours, Laws, and Policies in a Global Comparative Perspective*. Routledge: London.
- Leigh, A., Jencks, C. und Smeeding, T. M. (2011): *Health and Economic Inequality*. In: Nolan, B., Salverda, W. und Smeeding, T.M. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Economic Inequality*. Oxford University Press: Oxford. DOI: 10.1093/oxfordhb/9780199606061.013.0016.
- Löschel, A., Pothén, F. und Schymura, M. (2015): *Peeling the onion: Analyzing aggregate, national and sectoral energy intensity in the European Union*. *Energy Economics* 52, S. S63 – S75.
- Lucas, R.E. (2005): *Time does not heal all Wounds. A Longitudinal Study of Reaction and Adaptation to Divorce*. *Psychological Science* 16, S. 945 – 950.
- Lucas, R.E., Clark, A.E., Georgellis, Y. und Diener, E. (2004): *Unemployment alters the set point for life satisfaction*. *Psychological science* 15(1), S. 8 – 13.
- Ludwig, A., Schelkle, T. und Vogel, E. (2012): *Demographic Change, Human Capital and Welfare*. *Review of Economic Dynamics* 15(1), S. 94 – 107.
- Maaz, K. und Nagy, G. (2010): *Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule des Sekundarschulsystems. Definition, Spezifikation und Quantifizierung primärer und sekundärer Herkunftseffekte*. In: Maaz, K., Baumert, J., Gresch, C. und McElvany, N. (Hrsg.): *Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten*. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bonn, S. 151 – 180.
- MacKerron, G. und Mourato, S. (2013): *Happiness is greater in natural environments*. *Global Environmental Change* 23(5), S. 992 – 1000, <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0959378013000575>, zuletzt aufgerufen am 02.06.2016.
- Marcus, J. (2013): *The Effect of Unemployment on the mental health of spouses – Evidence from plant closures*. *Journal of Health Economics* 32(3), S. 546 – 558.
- Mathers, C.D., Stevens, G.A., Boerma, T., White, R.A. und Tobias, M.I. (2015): *Causes of International increases in older age life expectancy*. *The Lancet* 385(9967), S. 540 – 548.
- McKee-Ryan, F., Song, Z., Wanberg, C.R. und Kinicki, A.J. (2005): *Psychological and physical well-being during unemployment: a meta-analytic study*. *Journal of applied psychology* 90(1), S. 53 – 76.
- Miilunpalo, S., Vuori, I., Oja, P., Pasanen, M. und Urponen, H. (1997): *Self-Rated Health Status as a Health Measure: the Predictive Value of Self-Reported Health Status on the Use of Physician Services and on Mortality in the Working-Age Population*. *Journal of Clinical Epidemiology* 50(5), S. 517 – 528.
- Milanovic, B.L. (2014): *All the Ginis: 1950-2012*, <http://go.worldbank.org/9VCQW66LA0>, zuletzt aufgerufen am 27.06.2016.
- Milbert, A. (2015): *Wachsen oder schrumpfen? BBSR-Analysen Kompakt Nr. 12/2015*. S. 1 – 23.
- Moen, P., Kelly, E.L., Fan, W., Lee, S.-R., Almeida, D., Kossek, E.E. und Buxton, O.M. (2016): *Does a Flexibility/Support Organizational Initiative Improve High-Tech Employees' Well-Being? Evidence from the Work, Family, and Health Network*. *American Sociological Review* 81(1), S. 134 – 164.
- Morris, E.A. (2015): *Should we all just stay home? Travel, out-of-home activities, and life satisfaction*. *Transportation Research A: Policy and Practice* 78, S. 519 – 536.
- Muffels, R. und Headey, B. (2013): *Capabilities and Choices: Do they Make Sen's for Understanding Objective and Subjective Well-Being? An Empirical Test of Sen's Capability Framework on German and British Panel Data*. *Social Indicators Research* 110(3), S. 1159 – 1185.
- Neuberger, D. (2015): *Financial Inclusion, Regulation, and Education in Germany*. *ADBI Working Paper Series* Nr. 530.
- Neumeier, S. (2014): *Modellierung der Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern : Untersuchung zum regionalen Versorgungsgrad mit Dienstleistungen der Grundversorgung*. *Thünen Working Paper* Nr.16, DOI:10.3220/WP\_16\_2014.
- Neumeier, S. (2015): *Regional accessibility of supermarkets and discounters in Germany - a quantitative assessment*. *Landbauforschung Applied Agricultural and Forestry Research* 65(1), S- 29-46, DOI:10.3220/LBF1439880683000.
- Noll, H.H. und Weick, S. (2009): *Wohnen in Deutschland: Teuer, komfortabel und meist zur Miete*. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* Ausgabe 41, S. 1 – 7.

- Novaco, R.W., Daniel S. und Louis C.M. (1990): Subjective and Objective Dimensions of Travel Impedance as Determinants of Commuting Stress. *American Journal of Community Psychology* 18, S. 231 – 257.
- OECD (2014): OECD Health Statistics. OECD: Paris.
- OECD (2015a): Health at a Glance 2015: OECD Indicators. OECD Publishing: Paris.
- OECD (2015b): Revenue Statistics 1965-2014. OECD Publishing: Paris.
- OECD (2016a), Gross domestic spending on R&D (indicator). doi: 10.1787/d8b068b4-en, zuletzt aufgerufen am 14.06.2016.
- OECD (2016b). Net ODA (indicator). doi: 10.1787/33346549-en, zuletzt aufgerufen am 28.04.2016.
- OECD (2016c): Income inequality (indicator). doi: 10.1787/459aa7f1-en, zuletzt aufgerufen am 13.06.2016.
- OECD (2016d): Youth unemployment rate (indicator). doi: 10.1787/c3634df7-en, zuletzt aufgerufen am 16.06.2016.
- Pfaff, S. (2012): Pendeln oder umziehen? Mobilitätsentscheidungen in Deutschland zwischen 2000 und 2009/Commuting or Relocation? Mobility Decisions in Germany between 2000 and 2009. *Zeitschrift für Soziologie*, S. 458 – 477.
- Pfaff, S. (2014): Pendelentfernung, Lebenszufriedenheit und Entlohnung – Eine Längsschnittuntersuchung mit den Daten des SOEP von 1998 bis 2009. *Zeitschrift für Soziologie* 43(2), S. 113 – 130.
- Pope III, C.A., Burnett, R.T., Thun, M.J., Calle, E.E., Krewski, D., Ito, K. und Thurston, G.D. (2002): Lung cancer, cardiopulmonary mortality, and long-term exposure to fine particulate air pollution. *Jama* 287(9), S. 1132 – 1141.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2012): Ergebnisbericht der Expertinnen und Experten des Zukunftsdialogs der Bundeskanzlerin 2011/2012. Langfassung. Berlin.
- Prognos AG (2015): Im Blickpunkt: Alleinerziehende wirksam unterstützen, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Rain, J.S., Lane, I.M. und Steiner, D.D. (1991): A current look at the job satisfaction/life satisfaction relationship: Review and future considerations. *Human relations* 44(3), S. 287 – 307.
- Rammer, C., Aschhoff, B., Crass, D., Doherr, T., Hud, M., Hünermund, P., Iferd, Y., Köhler, C., Peters B. und Schuber, T. (2016): Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft - Indikatorenbericht zur Innovationserhebung 2015. ZEW: Mannheim.
- Rasner, A., Frick, J. R. und Grabka, M. M. (2013): Statistical Matching of Administrative and Survey Data: An Application to Wealth Inequality Analysis. *Sociological Methods & Research* 42(2), S. 192 – 224.
- Rengers, M. (2015): Unterbeschäftigung, Überbeschäftigung und Wunscharbeitszeiten in Deutschland. Ergebnisse für das Jahr 2014. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Rich, A.K. (2016): Asylantragsteller in Deutschland im Jahr 2015. Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit, *BAMF-Kurzanalyse* Nr. 3/2016, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Nürnberg.
- Robert Koch Institut (2015): Gesundheit in Deutschland. Gesundheitsberichterstattung des Bundes gemeinsam getragen von RKI und dem Statistischen Bundesamt. Robert Koch Institut: Berlin.
- Roberts, J., Hodgson, R. und Dolan, P. (2011): “It’s driving her mad”: Gender differences in the effects of commuting on psychological health. *Journal of health economics* 30(5), S. 1064 – 1076.
- Rook, G.A. (2013): Regulation of the immune system by biodiversity from the natural environment: an ecosystem service essential to health. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 110(46), S. 18360 – 18367.
- Rözer, J. und Kraaykamp, G. (2013): Income Inequality and Subjective Well-Being. A Cross-National Study on the Conditional Effects of Individual and National Characteristics. *Social Indicators Research* 113(3), S. 1009 – 1023.
- Ruggie, J. G. (2007): Business and Human Rights: The Evolving International Agenda. *The American Journal of International Law* 101(4), S. 819 – 840.
- Ryan, R.M. und Frederick, C. (1997): On Energy, Personality, and Health: Subjective Vitality as a Dynamic Reflection of Well-Being. *Journal of Personality* 65(3), S. 529 – 565.



- Ryan, R.M., Weinstein, N., Bernstein, J., Brown, K.W., Mistretta, L. und Gagne, M. (2010): Vitalizing effects of being outdoors and in nature. *Journal of Environmental Psychology* 30(2), S.159 – 168.
- Sabella, D. (2013): Bildung und Lebenszufriedenheit in Deutschland: Eine empirische Analyse auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Bachelor+ Master Publishing: Hamburg.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Conseil d'Analyse Économique (2010): Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem. Expertise im Auftrag des deutsch-französischen Ministerrates. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung/Statistisches Bundesamt: Wiesbaden und Conseil d'Analyse Économique: Paris.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015): Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt, Jahresgutachten 2015/16. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014): Mehr Vertrauen in Marktprozesse, Jahresgutachten 2014/15. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Sacks, D.W., Stevenson, B. und Wolfers, J. (2010): Subjective well-being, income, economic development and growth. *NBER Working Paper* Nr. w16441.
- Sacks, D.W., Stevenson, B. und Wolfers, J. (2012). The new stylized facts about income and subjective well-being. *Emotion* 12(6), S. 1181 – 1187.
- Sacks, D.W., Stevenson, B. und Wolfers, J. (2013). Growth in subjective wellbeing and income over time. mimeo.
- Schober, P.S. und Schmitt, C. (2013). Ausbau der Kinderbetreuung: Entlastung der Eltern erhöht Zufriedenheit. *DIW-Wochenbericht* Nr. 50/2013, S. 3 – 11.
- Schober, P.S. und Spieß, C.K. (2014): Die Kita-Qualität ist für das Erwerbsverhalten von Müttern mit Kleinkindern relevant – Zusammenhang eindeutiger in Ostdeutschland. *DIW-Wochenbericht* Nr. 14/2014, S. 463 – 473.
- Schober, P.S. und Stahl, J.F. (2014): Trends in der Kinderbetreuung – sozioökonomische Unterschiede verstärken sich in Ost und West, *DIW-Wochenbericht* Nr. 40/2014, S. 986 – 994.
- Schürt, A. (2013): Wohnungseingipfe und Mietensteigerungen. *BBSR-Berichte Kompakt* Nr. 07/2013.
- Schürt, A. und Göddecke-Stellmann, J. (2014): Kleinräumige Wohnungsmarkttrends in Großstädten. *BBSR-Analysen Kompakt* Nr. 09/2014.
- Seils, E. (2013): Die Betreuung von Kindern unter drei Jahren: Deutschland im Vergleich mit 18 westeuropäischen Ländern. *WSI Report* Nr. 9/2013.
- Sen, A. (2004): *Rationality and Freedom*. Harvard University Press: Cambridge.
- Senik, C. (2014): Wealth and Happiness. *Oxford Review of Economic Policy* 30(1), S. 92 – 108.
- Sierminska, E. und Medgyesi, M. (2013): The distribution of wealth between households. Research note Nr. 11/2013. Europäische Kommission: Brüssel.
- Simonson, J., Gordo, L.R. und Titova, N. (2011): Changing employment patterns of women in Germany: How do baby boomers differ from older cohorts? A comparison using sequence analysis. *Advances in Life Course Research* 16(2), S. 65 – 82.
- Stansfeld, S.A., Shipley, M.J., Head, J., Fuhrer, R. und Kivimaki, M. (2013): Work Characteristics and Personal Social Support as Determinants of Subjective Well-Being. *PLoS ONE* 8(11), e81115. doi:10.1371/journal.pone.0081115.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2010): Demographischer Wandel in Deutschland - Heft 2: Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftigkeit im Bund und in den Ländern. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2013): Fachserie 15, Sonderheft 1: Wohnverhältnisse privater Haushalte. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2014): Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2013. Statement des Bundeswahlleiters Roderich Egeler am 28.01.2014, Berlin/Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2015a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Fachserie 1, Reihe 2.2., 2014. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015b): Gebäude und Wohnungen; Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden Bauabgang von Wohnungen und Wohngebäuden: Lange Reihen ab 1969 – 2014. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015c): Pflegestatistik 2013 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung Deutschlandergebnisse. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016d): Wirtschaftsrechnungen - Laufende Wirtschaftsrechnung: Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015f): KORREKTUR der Pressemitteilung 280/15 vom 6. August 2015: März 2015: 512 000 Personen beziehen Grundsicherung im Alter. Pressemitteilung Nr. 292, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/08/PD15\\_292\\_221.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/08/PD15_292_221.html), zuletzt aufgerufen am 13.07.2016.

Statistisches Bundesamt (2016a): Sterbetafel – Methoden und Ergebnisbericht zur laufenden Berechnung von Periodensterbetafeln für Deutschland und die Bundesländer. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016b): Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland bei 21%. Pressemitteilung Nr. 097, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/03/PD16\\_097\\_621.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/03/PD16_097_621.html), zuletzt aufgerufen am 14.06.2016.

Statistisches Bundesamt (2016c): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen - Arbeitsunterlage Investitionen - 2. Vierteljahr 2016. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016e): 1.038.000 Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Dezember 2015. Pressemitteilung Nr. 136, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/04/PD16\\_136\\_221.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/04/PD16_136_221.html), zuletzt aufgerufen am 05.10.2016.

Statistisches Bundesamt: Bildungsstand - Bevölkerung nach Bildungsabschluss in Deutschland, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Bildungsabschluss.html>, zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.

Statistisches Bundesamt: Der Mikrozensus stellt sich vor, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Mikrozensus2.html>, zuletzt aufgerufen am 15.06.2016.

Statistisches Bundesamt: Erwerbslosigkeit kurz erläutert, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbslosigkeit/Erwerbslosigkeit.html;jsessionid=058E456ECE790D15F6C7FD8E3FD24609.cae1>, zuletzt aufgerufen am 27.04.2016.

Statistisches Bundesamt: Gender Pay Gap, [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/QualitaetArbeit/Dimension1/1\\_5\\_GenderPayGap.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/QualitaetArbeit/Dimension1/1_5_GenderPayGap.html), zuletzt aufgerufen am 02.06.2016.

Statistisches Bundesamt: Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2014. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/04Kreise.html>, zuletzt aufgerufen am 29.06.2016.

Steffen, W., Richardson, K., Rockström, J., Cornell, S.E., Fetzer, I., Bennett, E.M., Biggs, R., Carpenter, S.R., de Vries, W., de Wit, C.A. und Folke, C. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. *Science* 347(6223), DOI: 10.1126/science.1259855.

Steptoe, A., Deaton, A. und Stone, A. (2015): Subjective Well-being, health and ageing. *The Lancet* 385(9968), S. 640 – 648.

Stevenson, B. und Wolfers, J. (2008): Economic growth and subjective well-being: Reassessing the Easterlin paradox. *NBER Working Paper* Nr. 14282.

Stevenson, B. und Wolfers, J. (2013): Subjective Well-Being and Income: Is There Any Evidence of Satiation? *American Economic Review* 103(3), S. 598 – 604.

Stiglitz, J., Sen, A. und Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.

Stutzer, A. und Frey, B.S. (2008): Stress that Doesn't Pay: The Commuting Paradox. *The Scandinavian Journal of Economics* 110(2), S. 339 – 366.

The Japan Times (2015): Japan has more car chargers than gas stations, [http://www.japantimes.co.jp/news/2015/02/16/business/japan-has-more-car-chargers-than-gas-stations/#.V8QRbX\\_EkfA](http://www.japantimes.co.jp/news/2015/02/16/business/japan-has-more-car-chargers-than-gas-stations/#.V8QRbX_EkfA), zuletzt aufgerufen am 24.05.2016.

Thoits, P.A. und Hewitt, L.N. (2001): Volunteer work and well-being. *Journal of health and social behavior*, S. 115 – 131.



- Thompson Coon, J., Boddy, K., Stein, K., Whear, R., Barton, J. und Depledge, M.H. (2011): Does participating in physical activity in outdoor natural environments have a greater effect on physical and mental wellbeing than physical activity indoors? A systematic review. *Environmental science & technology* 45(5), S. 1761 – 1772.
- TÜV Rheinland und Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2015): Bericht zum Breitbandatlas Ende 2015 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. TÜV Rheinland Consulting GmbH: Berlin.
- TNS Infratest Sozialforschung (2012): Verbreitung der Altersvorsorge 2011 – Endbericht. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.
- TNS Infratest Sozialforschung (2014): Machbarkeitsstudie für eine empirische Analyse von Hemmnissen für die Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge in kleinen und mittleren Unternehmen. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.
- Umweltbundesamt (2015): Monitoringbericht 2015 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel, Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung. Umweltbundesamt: Dessau-Roßlau, <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/monitoringbericht-2015>, zuletzt aufgerufen am 16.06.2016.
- Umweltbundesamt: Lärmbelästigung, <http://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/laermbelaestigung>, zuletzt aufgerufen am 05.10.2016.
- Umweltbundesamt und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016): Die Umweltwirtschaft in Deutschland 2015: Entwicklung, Struktur und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Umweltbundesamt und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Berlin und Dessau-Roßlau, <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/die-umweltwirtschaft-in-deutschland-2015>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2016.
- United Nations University - World Institute for Development Economics Research: World Income Inequality Database, <https://www.wider.unu.edu/project/wiid-%E2%80%93-world-income-inequality-database>, zuletzt aufgerufen am 27.06.2016.
- Universität Bielefeld: Deutschland in Europa: Der European Social Survey, [www.uni-bielefeld.de/soz/ess/studienergebnisse/partizipation/die.html](http://www.uni-bielefeld.de/soz/ess/studienergebnisse/partizipation/die.html), zuletzt aufgerufen am 21.06.2016.
- US Environmental Protection Agency (2016): Integrated Science Assessment for Oxides of Nitrogen – Health Criteria (Final Report). US Environmental Protection Agency: Washington, DC, EPA/600/R-15/068.
- Vaupel, J.W. (2010): Biodemography of Human Ageing. *Nature* 464(25), S. 536 – 542.
- Vaupel, J.W. und von Kistowski, K.G. (2005): Der bemerkenswerte Anstieg der Lebenserwartung und sein Einfluss auf die Medizin. *Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz* 48, S. 586 – 592.
- Wetzstein, M., Rommel, A. und Lange C. (2015): Pflegende Angehörige – Deutschlands größter Pflegedienst. GBE kompakt 6(3). Robert Koch Institut: Berlin.
- Verme, P. (2011): Life satisfaction and income inequality. *Review of Income and Wealth* 57(1), S. 111 – 127.
- Vermeulen, P. (2016): Estimating the top tail of the wealth distribution. *The American Economic Review* 106(5), S. 646 – 650.
- Vogt, T.C. (2013): How Many Years of Life Did the Fall of the Berlin Wall Add? A Projection of East German Life Expectancy. *Gerontology* 59, S. 276 – 282.
- Vorndran, I. (2010): Unfallstatistik-Verkehrsmittel im Risikovergleich. *Wirtschaft und Statistik* 12/2010. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Voss, D. und Weinkopf, C.(2012): Niedriglohnfalle Minijob. *WSI Mitteilungen* 65(1), S. 5 – 12.
- Wanger, S. (2015): Frauen und Männer am Arbeitsmarkt: Traditionelle Erwerbs- und Arbeitszeitmuster sind nach wie vor verbreitet. *IAB Kurzbericht* Nr. 5/2015, S. 1 – 8.
- Weitzman, M.L. (2007): A review of the Stern Review on the economics of climate change. *Journal of Economic Literature* 45(3), S. 703 – 724.
- Weltbank (2016): GDP per capita, PPP (current international \$), [http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.CD?order=wba-pi\\_data\\_value\\_2014%20wbapi\\_data\\_value%20wbapi\\_data\\_value-last&sort=desc&display=default](http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.CD?order=wba-pi_data_value_2014%20wbapi_data_value%20wbapi_data_value-last&sort=desc&display=default), zuletzt aufgerufen am 30.06.2016.
- Wener, R.E. und Evans, G.W. (2011): Comparing stress of car and train commuters. *Transportation Research Part F. Traffic Psychology and Behaviour* 14(2), S. 111 – 116.

Wijnhoven, T.M.A., Raaij, J.M.A., Spinelli, A., Rito, A.I., Hovengen, R., Kunesova, M., Starc G., Rutter H., Sjöberg A., Petrauskiene A., Petrova S., Farrugia Sant'angelo V., Wauters M., Yngve A., Rubana I.M., Breda J. und O'Dwyer, U. (2013): WHO European Childhood Obesity Surveillance Initiative 2008: weight, height and body mass index in 6–9-year-old children. *Pediatric Obesity* 8(2), S. 79–97.

Winkelmann, L. und Winkelmann, R. (1998): Why are the unemployed so unhappy? Evidence from panel data. *Economica* 65(257), S. 1–15.

World Justice Project (2015): World Justice Project: Rule of Law Index 2015. World Justice Project: Washington, D.C., [http://worldjusticeproject.org/sites/default/files/roli\\_2015\\_0.pdf](http://worldjusticeproject.org/sites/default/files/roli_2015_0.pdf), zuletzt aufgerufen am 16.06.2016.

World Justice Project: Historical Data, <http://worldjusticeproject.org/historical-data>, zuletzt aufgerufen am 26.04.2016.

World Justice Project: Methodology, <http://worldjusticeproject.org/methodology>, zuletzt aufgerufen am 26.04.2016.

Wunder, C. und Heineck, G. (2013): Working Time Preferences, Hours Mismatch and Well-Being in Couples: Are there Spillovers? *Labour Economics* 24, S. 244–252.

Zick, A. und Preuß M. (2014): ZuGleich. Zugehörigkeit und (Un)Gleichwertigkeit. Ein Zwischenbericht. Universität Bielefeld: Bielefeld, <http://faa.bplaced.net/wordpress/wp-content/uploads/2014/11/ZuGleich-Zwischenbericht.pdf>, zuletzt aufgerufen am 30.08.2016.

## ■ Abbildungsverzeichnis

Nr.	Inhalt	Seite
1	Auftaktveranstaltung des Bürgerdialogs am 13. April 2015	6
2	Dialogorte	7
3	Häufig genannte Aspekte im Bürgerdialog	13
4	Zwölf Dimensionen und 46 Indikatoren sowie zwei Platzhalter	16/17
5	Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt	20
6	Zugewinne in der Lebenserwartung bei Geburt seit der Deutschen Einheit nach Geschlecht	21
7	Entwicklung des Anteils an Fettleibigen nach Altersgruppen 1999 und 2013	23
8	Entwicklung des Anteils an Fettleibigen nach Bundesländern 1999 und 2013	24
9	Anzahl der Einwohner, die ein Hausarzt pro Kreisregion versorgt 2010 und 2015	25
10	Durchschnittliche Fahrtzeit mit PKW zum nächsten Hausarzt in einer Kreisregion in Minuten 2015	26
11	Anzahl der Einwohner, die ein allgemeiner Facharzt pro Kreisregion versorgt 2015	27
12	Anzahl der Pflegebedürftigen nach Art der Versorgung zum Jahresende 2013	29
13	Anteil der Personen, die ihre Gesundheit als „weniger gut“ oder „schlecht“ bzw. „gut“ oder „sehr gut“ einschätzen, differenziert nach Einkommensklassen 2013	32
14	Entwicklung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt	36
15	Regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit in Deutschland auf Kreisebene 2005 und 2015	38
16	Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit	39
17	Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit	39
18	Entwicklung der Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen nach Geschlecht	41
19	Entwicklung der Erwerbstätigenquote nach Migrationshintergrund	42
20	Entwicklung der Erwerbstätigenquote von Menschen mit und ohne Behinderung	44
21	Entwicklung des Anteils atypischer Beschäftigung an abhängiger Beschäftigung	45
22	Entwicklung des Anteils der unterschiedlichen Formen atypischer Beschäftigung an abhängiger Beschäftigung	46
23	Anzahl atypisch und normal Beschäftigter 1991 bis 2014	47
24	Atypische Beschäftigungsformen nach Geschlecht 2014	48
25	Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (preisbereinigt) in Euro	50
26	Entwicklung der Tarifbindung bei Beschäftigten nach Flächentarifverträgen	51
27	Entwicklung der Arbeitszufriedenheit nach Einkommensgruppen	53
28	Anteil der Personen mit mindestens einem Abschluss im Sekundarbereich II nach Altersgruppen und Geschlecht 2014	59
29	Anteil der Personen mit mindestens einem Abschluss im Sekundarbereich II nach Altersgruppen und Migrationshintergrund 2014	59
30	Entwicklung des Anteils der frühen Schulabgänger an allen Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren nach Geschlecht	60
31	Entwicklung des Anteils der frühen Schulabgänger an allen Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren nach Migrationshintergrund	61

Nr.	Inhalt	Seite
32	Bildungsmobilität zwischen Eltern und Kindern 2014	62
33	Bildungsmobilität zwischen Eltern und Kindern in Familien mit Migrationshintergrund 2014	63
34	Weiterbildungsbeteiligung nach Altersgruppen 2007 und 2014	66
35	Themenstruktur der verschiedenen Formen der Weiterbildung 2014	67
36	Gewünschte, vereinbarte und tatsächliche Arbeitszeit von Frauen und Männern 2000 bis 2014	72
37	Gewünschte, vereinbarte und tatsächliche Arbeitszeit in ost- und westdeutschen Bundesländern 2014	73
38	Entwicklung der Ganztagsquoten	76
39	Ganztagsquoten der Unter-3- und der 3- bis Unter-6-Jährigen auf Kreisebene 2015	77
40	Entwicklung des Anteils der Kinder im Grundschulalter in Ganztagschulen	77
41	Entwicklung des Anteils der Kinder im Grundschulalter in Horten	78
42	Einschränkung der Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung und Pflege 2006 bis 2014	79
43	Aufgabe der Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung und Pflege 2006 bis 2014	80
44	Entwicklung des Anteils der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsweg über 30 Minuten	81
45	Nutzung verschiedener Verkehrsmittel durch Pendler 2000 und 2012	83
46	Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen	86
47	Gini-Koeffizient der Haushaltsnettoeinkommen vor und nach Steuern und Transfers 1991 bis 2013	88
48	Gini-Koeffizient der Haushaltsnettoeinkommen im OECD-Vergleich 2012	89
49	Abgabenquote im internationalen Vergleich in Prozent des BIP 2014	91
50	Gini-Koeffizienten der Vermögen in EU-15	94
51	Entwicklung der Armutsrisikoquote	96
52	Armutsrisikoquote für ausgewählte Gruppen 2013	97
53	Armutsrisikoquote nach Altersgruppen 2013	98
54	Armutsrisikoquote vor und nach Steuern und Transfers 1991 bis 2013	99
55	Entwicklung des Altenquotienten bis 2013 und Prognose bis 2060	101
56	Kriminalitätsfurcht 2012	106
57	Kriminalitätsfurcht nach Geschlecht 2012	107
58	Kriminalitätsfurcht nach Altersgruppen 2012	108
59	Anteil der Bevölkerung mit allgemeiner Kriminalitätsfurcht (ziemlich und sehr stark) in den Bundesländern 2012	109
60	Erfasste und aufgeklärte Fälle von Gewaltkriminalität 1993 bis 2015	111
61	Erfasste und aufgeklärte Fälle von Diebstahlkriminalität 1993 bis 2015	111
62	Gewaltkriminalität nach Bundesländern 2015	112
63	Diebstahlkriminalität nach Bundesländern 2015	113
64	Hasskriminalität gesamt und fremdenfeindlich 2001 bis 2015	115

Nr.	Inhalt	Seite
65	Bewertung der örtlichen Polizeiarbeit allgemein 2012	117
66	Bewertung der örtlichen Polizeiarbeit 2012	117
67	Bevölkerungsdichte nach Kreisen zum Jahresende 2014	122
68	Bevölkerungsentwicklung nach Kreisen 2012 bis 2035	122
69	Anteil der Wohnkosten am Haushaltsnettoeinkommen für Miethaushalte 1991 bis 2013	123
70	Anteil der Wohnkosten am Haushaltsnettoeinkommen für Miethaushalte differenziert nach Einkommensklassen 2013	125
71	Anteil der Wohnkosten am Haushaltsnettoeinkommen differenziert nach Haushaltstypen 2013	125
72	Fahrtzeit zu Mittel- und Oberzentren 2012, Motorisierter Individualverkehr	129
73	Fahrtzeit zu Mittel- und Oberzentren 2012, Öffentlicher Verkehr	130
74	Verfügbarkeit von Internetzugängen mit mindestens 50 Mbit/s auf Gemeindeebene	132
75	Familien- und Lebensformen 1996 und 2014	137
76	Anteil der im Haushalt lebenden ledigen Kinder an der jeweiligen Familien- und Lebensform 1996 und 2014	138
77	Anteil der Personen, die angeben, Hilfe durch andere erhalten zu können 2013	140
78	Entwicklung des Anteils ehrenamtlich Engagierter insgesamt und nach Altersgruppen	143
79	Ehrenamtliches Engagement nach Einzelbereichen 2014	144
80	Ehrenamtlich Engagierte nach Art des Migrationshintergrundes 2014	145
81	Mitglieder in Sportvereinen nach Altersgruppen und Region 2015	149
82	Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf in Euro (preisbereinigt)	152
83	Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP	154
84	Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP nach staatlichem und privatem Sektor	155
85	Entwicklung der Schuldenstandsquote	157
86	Entwicklung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP	158
87	Entwicklung der Innovatorenquote	159
88	Entwicklung der Dauer von Unternehmensgründungen in Tagen	161
89	Entwicklung der Kosten von Unternehmensgründungen in Euro	163
90	Entwicklung der Luftschadstoffe kombiniert (Index)	166
91	Entwicklung verschiedener Luftschadstoffe (Index)	167
92	Jahresmittelwerte der Stickstoffdioxidbelastung 2015	168
93	Überschreitung bzw. Einhaltung des gesetzlichen Stickstoffdioxid-Grenzwerts 2015	169
94	Stickstoffdioxid (NO <sub>2</sub> ) im EU-Vergleich 2013	170
95	Feinstaub (PM <sub>2,5</sub> ) im EU-Vergleich 2013	171
96	Entwicklung der Artenvielfalt und Landschaftsqualität aggregiert	174

Nr.	Inhalt	Seite
97	Entwicklung der Artenvielfalt und Landschaftsqualität, aggregiert und Teilindikatoren	175
98	Entwicklung der Energieproduktivität (preisbereinigtes BIP je Einheit Primärenergieverbrauch)	177
99	Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Prozent aller Wahlberechtigten	182
100	Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten und vorletzten Landtagswahlen in Prozent aller Wahlberechtigten	183
101	Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen in Deutschland in Prozent aller Wahlberechtigten	184
102	Wahrgenommene Einflussmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger auf Politik 2014	186
103	Entwicklung von acht ausgewählten freiheitsbezogenen Grundrechten in Deutschland	187
104	Entwicklung der globalen Treibhausgas-Emissionen in Milliarden Tonnen CO <sub>2eq</sub> pro Jahr	193
105	Entwicklung der globalen CO <sub>2</sub> -Emissionen (in Milliarden Tonnen pro Jahr)	194
106	Entwicklung der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland (in Millionen Tonnen CO <sub>2eq</sub> pro Jahr)	194
107	Entwicklung des Anteils der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote)	197

## ■ Abkürzungsverzeichnis

AES	Adult Education Survey	EU-SILC	EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions)
AVF	Automatisiertes und vernetztes Fahren	FuE	Forschung und Entwicklung
BA	Bundesagentur für Arbeit	FAOSTAT	Statistik Einheit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Statistics Division of the Food and Agriculture Organization of the United Nations)
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz	FWS	Deutscher Freiwilligen survey
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	G20	Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	G7	Gruppe der sieben führenden Industriestaaten
BIP	Bruttoinlandsprodukt	GG	Grundgesetz
BKA	Bundeskriminalamt	GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
BKG	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	HMD	Human Mortality Database
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
BMF	Bundesministerium der Finanzen	IT	Informationstechnik
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
BMI	Body Mass Index	Kg	Kilogramm
BMI	Bundesministerium des Inneren	NAKO	Nationale Kohorte
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	NATO	Nordatlantikvertrags-Organisation (North Atlantic Treaty Organization)
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	NH <sub>3</sub>	Ammoniak
BPB	Bundeszentrale für politische Bildung	NM VOC	Flüchtige organische Verbindungen ohne Methan
CBD	Übereinkommen über biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity)	NO <sub>x</sub>	Stickstoffoxide
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	ODA	öffentliche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance)
CO <sub>2</sub>	Kohlenstoffdioxid	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
CO <sub>2</sub> eq	Kohlenstoffdioxid-Äquivalent	ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
CSR	unternehmerische Gesellschaftsverantwortung (Corporate Social Responsibility)	PBL	Niederländische Umweltbehörde (Planbureau voor de Leefomgeving)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern	PISA	Programme for International Student Assessment (Internationale Schulleistungsstudie der OECD)
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	PKS	Polizeiliche Kriminalitätsstatistik
DOSB	Deutscher Olympischer Sportbund	PMK	Politisch Motivierte Kriminalität
DQR	Deutscher Qualifikationsrahmen	PM <sub>2,5</sub>	Feinstaub
Edgar JRC	Emissionsdatenbank der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission		
EEA	Europäische Umweltagentur		
EIF	Europäischer Investitionsfonds (European Investment Fund)		
EMAS	Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (Eco-Management and Audit Scheme)		
ERP	Europäisches Wiederaufbauprogramm (European Recovery Programme)		
ESF	Europäischer Sozialfonds		
ESS	European Social Survey		
EU	Europäische Union		

SDG	Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal)
SGB	Sozialgesetzbuch
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SO <sub>2</sub>	Schwefeldioxid
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TTIP	Transatlantische Handels- und Investitions- partnerschaft (Transatlantic Trade and Invest- ment Partnership)
TÜV	Technischer Überwachungsverein
UG	haftungsbeschränkte Unternehmersgesellschaft
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Organization for Education, Science and Culture)
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
VHS	Volkshochschule
VN	Vereinte Nationen
WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization)
WJP	World Justice Project
ZEW	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung



## Impressum

### Herausgeber

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  
11044 Berlin

### Koordination

Bundeskanzleramt, Stab Politische Planung, Grundsatzfragen  
und Sonderaufgaben und Bundesministerium für Wirtschaft und  
Energie, Leitungs- und Planungsabteilung

### Stand

Oktober 2016

### Gestaltung

UVA Kommunikation und Medien GmbH, 14482 Potsdam

### Druck

MKL Druck GmbH & Co. KG, 48346 Ostbevern

### Bildnachweis

S. 6: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Kugler.

### Internet

Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland:  
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/  
PL/18795112](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112).

Dokumentation zur Regierungsstrategie:  
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/  
PL/20323684](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/20323684).

Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats:  
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/  
PL/22776672](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/22776672).

Government Report on Wellbeing in Germany  
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/  
PL/19335258](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/19335258)

Documentation of Government Strategy on Wellbeing  
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/  
PL/21426409](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/21426409)

Essays of the Scientific Advisory Board  
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/  
PL/23350043](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/23350043)

